



BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE
DES PARLAMENTARISMUS UND DER
POLITISCHEN PARTEIEN

HERAUSGEGEBEN VON DER
KOMMISSION FÜR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS
UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

BAND 92

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

JOSEF MÜLLER

DIE GESAMTDEUTSCHE
VOLKSPARTEI

Entstehung und Politik unter dem Primat
nationaler Wiedervereinigung
1950 – 1957

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e.V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch den Minister für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen.

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Copyright © 1990 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e.V., Bonn

Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1990

ISBN 3-7700-5160-2

VORWORT

Die vorliegende Arbeit ist die überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Dezember 1987 von der Philosophischen Fakultät III der Universität Regensburg angenommen wurde. Sie hätte ohne Hilfe und Anregungen von vielen Seiten nicht geschrieben werden können. Zu danken habe ich zunächst Prof. Dr. Mathias Schmitz für die Betreuung der Arbeit. Prof. Dr. Manfred Abelein danke ich für die Zweitbegutachtung.

Zu Dank verpflichtet bin ich ferner Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, der mir namens der literarischen Erbgemeinschaft Heinemann die uneingeschränkte Sichtung des umfangreichen Heinemann-Nachlasses ermöglichte.

Dem Leiter des AdSD, Werner Krause, seinen Mitarbeitern Gisela Krause und Horst-Peter Schulz danke ich für ihre Hinweise und zahlreiche erhellende Diskussionen. Stellvertretend für die unermüdliche Arbeit des Bibliotheks- und Archivpersonals des AdSD danke ich Christine Mester.

H. Bodensteiner, G. Hertel, D. Koch, A. Meyer zu Schwabedissen stellten mir großzügig zahlreiche Archivalien zur Verfügung. Sie haben mir damit einen unschätzbaren Dienst erwiesen.

Für schriftliche, mündliche Auskünfte, Hinweise und Hilfen danke ich: I. Aicher-Scholl, L. Bigge, H. Bodensteiner, E. Eppler, H. H. Gehle, W. Godde, M. Heidingsfelder, G. Hertel, H.W. Höffken, I. Jens, K. Klotzbach, Ch. Küpper, D. Koch, K. Lübbert, A. Meyer zu Schwabedissen, H. Müller-Westing, D. Posser, J. Rau, W. Rietz, W. Schenke, J. Schumann, R. Stöss, H. Werner.

Erste Entwurfskizzen fertigte Birgit Semler an. Das Manuskript wurde von Franziska Bruckner-Müller mit großer Sorgfalt und Umsicht erstellt. Heinrich Emmerl stellte dabei großzügig Hard- und Software zur Verfügung. Für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe der »Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien« danke ich der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, ihrem Präsidenten Prof. Dr. Rudolf Morsey und dem Generalsekretär Dr. Martin Schumacher, der die Drucklegung betreut hat.

Ihnen allen gilt mein aufrichtiger Dank. Ich hoffe, mit der vorliegenden Arbeit dem Gegenstand gerecht geworden zu sein, ohne in die Besserwisseri des Spätgeborenen zu verfallen.

Kelheim, Juli 1989

*Dem Andenken an
Josef Müller*

*In Dankbarkeit für
Elisabeth Müller*

INHALT

Vorwort	5
Verzeichnis der Ankürzungen	11
Einleitung	13

Erster Teil: Die Entfaltung des außenpolitischen Gegensatzes
in der Bundesrepublik im Zeichen der Wiederbewaffnung –
ideologisch-politische Voraussetzungen der Notgemeinschaft
für den Frieden Europas

Erstes Kapitel Standortbestimmung	22
--	----

Zweites Kapitel Heinemann im Kabinett Adenauer	31
---	----

Drittes Kapitel Theologisch-politische Grundhaltung Heinemanns	
1. Der Christ im Staat aus der Sicht Heinemanns	47
2. Die Wiederbewaffnungsfrage bei Heinemann unter dem Aspekt christlicher Deutung	53
3. Heinemanns »realistischer Pazifismus«	56
4. Heinemanns Argumente gegen die Wiederbewaffnung in der konkreten Situation der Bundesrepublik Deutschland	63
a) Die Interpretation der sicherheitspolitischen Lage und die Perzeption der Politik der Hegemonialmächte	64
b) Die gesamtdeutsche Option: Einheit und Frieden durch »Ausklammerung« aus dem Aufmarsch der Weltmächte ..	69
Aus gesamtdeutscher Raison gegen die Außenpolitik Adenauers	70
Das Konzept der Ausklammerung	72
c) Die Politik der kleinen Schritte	77

Viertes Kapitel Das außen- und deutschlandpolitische Grundmuster von Helene Wessel	
1. Deutschlands Rolle und Aufgabe zwischen Ost und West: Einheit, Entspannung, Verständigung	81
2. Europa: Dritte Kraft zwischen den Blöcken – europäische Idee und Realität im politischen Handeln Wessels	90

Fünftes Kapitel

Heinemann und Wessel – konzeptionelle, nichtidentitäre Gemeinsamkeiten in der innenpolitischen Bewertung der Wiederbewaffnung

1. Die Perzeption des Kommunismus als »inneres« Problem: die Politik der »sozialen Tat« und der »geistigen Festigung« . 101
2. Die Ablehnung der Wiederbewaffnung aus »innenpolitischen« Gründen
 - a) Die »Remilitarisierung« als innere Bedrohung 107
 - b) Die Notwendigkeit der Volksbefragung 109

Zweiter Teil:

Die Notgemeinschaft für den Frieden Europas – eine außerparlamentarische Sammlungsbewegung und ihre politischen Vorstellungen

Sechstes Kapitel

- Die Entstehung der Notgemeinschaft in Etappen 116
1. Der »Ruf zum Frieden« 118
 2. Einfluß und Rolle der »Stätte der Begegnung« 122
 3. Die Aktion zur Tat 126

Siebtes Kapitel

Das Selbstverständnis der Notgemeinschaft: außerparlamentarische Sammlungsbewegung gegen eine Wiederaufrüstung 134

Achstes Kapitel

Operationsformen: Aufruf, Petition und strukturelle Grenzen der Notgemeinschaft 138

Neuntes Kapitel

Die Notgemeinschaft – organisatorische Straffung oder Parteigründung? 149

Zehntes Kapitel

Die außenpolitische Konzeption der Notgemeinschaft

1. »Aufruf an das deutsche Volk« und die »Petition«: Gemeinsamkeiten und Differenzen in den politischen Grundsatzäußerungen der Notgemeinschaft 152
2. Die Negation der Politik der Stärke 156
3. Mit einem »neutralen Status« zur Einheit Deutschlands 162
4. Generalvertrag und deutsche Einheit
 - a) Die Zielantinomie von Westbindung und Wiedervereinigung 168
 - b) Die »Unsicherheit im Regierungslager« als Chance für die Notgemeinschaft 174
5. Die Verhinderung der europäischen Einigung durch die EVG 178
6. Die Notgemeinschaft und die Einheit Deutschlands 180

- a) Für gesamtdeutsche Beratungen: Grotewohls Aktionen und die Notgemeinschaft 181
- b) Die sowjetische Notdiplomatie im Jahre 1952: »Die Alternative zur Adenauerpolitik« 187
- c) Die Deutschland-Denkschrift der Notgemeinschaft vom 10. Oktober 1952: ein Versuch, zur Wiedervereinigung zu gelangen 198

Dritter Teil:

Die Gesamtdeutsche Volkspartei – der Versuch, die Notgemeinschaft zu parlamentarisieren

Elftes Kapitel

Hans Bodensteiner zwischen Notgemeinschaft und GVP-Gründung 209

Zwölftes Kapitel

Der Weg zur Partei 220

- 1. Interne Aktivitäten und politische Vorstellungen 222
- 2. Die Mülheimer Tagung am 18./19. Oktober 1952 als Vorentscheidung 232
- 3. Das Bemühen der Notgemeinschaft um nationalkonservative Kreise 236

Dreizehntes Kapitel

Die GVP – Gründung und politisches Selbstverständnis

- 1. Die Gründungsversammlung 241
- 2. Das politische Manifest der GVP 250
- 3. »Mit Gesamtdeutschland für ein unabhängiges Europa« 263

Vierzehntes Kapitel

Die GVP in ihrem Entscheidungsjahr 1953 269

- 1. Die Suche nach politischen Bundesgenossen für die Bundestagswahl 272
- 2. Das verhängnisvolle Wahlbündnis mit dem Bund der Deutschen
 - a) Die Ausgangslage 281
 - b) Der Weg zum Bündnis und der Dissens in der GVP 286
 - c) Das bürgerliche Wahlbündnis zerfällt – die Partei steht vor dem Zusammenbruch 297
- 3. Gesamtdeutsche Politik unter dem Vorzeichen nationaler und internationaler Veränderungen
 - a) Positive Aufnahme der »Veränderungen« in der sowjetischen Politik nach dem Tode Stalins 301
 - b) Ein Vorschlag der GVP zur »Lösung« der Deutschlandfrage 304

c) Churchills Entspannungsoffensive – eine »Bestätigung« gesamtdeutscher Politik im Sinne der GVP	310
d) Der 17. Juni 1953 – das »Signal zur Wiedervereinigung«	316
4. Das Desaster der Bundestagswahl	320
5. Die GVP führt ihre politische Arbeit fort	
a) Das Ziel der Wiedervereinigung bleibt	327
b) Strategische Überlegungen – die Tendenz zur Konfessionalisierung und Radikalisierung	329
c) Der vorläufige Verzicht auf Parlamentarisierung	333
 Fünfzehntes Kapitel	
Politik für eine außenpolitische Wende	
1. Innerdeutsche Gespräche – Idee und Realität	337
2. Hoffnung und Enttäuschung – die Vier-Mächte-Konferenz von Berlin	341
3. Internationale Gemeinsamkeit gegen EVG/NATO	352
4. Der außerparlamentarische Mobilisierungsversuch – die Gesamtdeutsche Aktion/Paulskirchenbewegung	357
5. Gesamtdeutsche Lösungsvorschläge und politische Einfluß- nahmeversuche im Zeichen der Genfer Gipfelkonferenz im Juli 1955	370
 Sechzehntes Kapitel	
Der Weg der Auflösung – der Weg zur SPD	
1. Die Annäherung an die SPD und erste Erosionstendenzen in der GVP	378
2. Der Prozeß der Auflösung	386
3. Die »GVP«-Politik in der SPD	393
Zusammenfassung	401
Kurzbiographien	409
Verzeichnis der Abbildungen	424
 Quellen- und Literaturverzeichnis	
I. Archivalien	425
II. Gedruckte Reden, Aufsätze und Artikel	425
III. Parlamentaria	426
IV. Pressedienst und Zeitungen der NG/GVP	426
V. Zeitungen und Zeitschriften	426
VI. Dokumentensammlungen und gedruckte Quellen	426
VII. Persönliche Schriften, Briefe, Erinnerungen, Memoiren, Unterredungen	427
VIII. Benutzte Literatur	428
IX. Bibliographien, Nachlaßverzeichnis	440
Register	441

Verzeichnis der Abkürzungen

ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik	EAK	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie	EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
AFL	American Federation of Labor	epd	Evangelischer Pressedienst
AG	Aktionsgruppe	epd, ZA	Evangelischer Pressedienst Zentralausgabe
Allg.	Allgemeine	ERP	European Recovery Program
AN	Aachener Nachrichten	ET	Essener Tageblatt
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte	EVD	Evangelischer Volksdienst
Archiv J. M.	Archiv Josef Müller	EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
BdD	Bund der Deutschen	FA	Foreign Affairs
BHD	Block der Heimatvertriebenen Deutschen	FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten	FDJ	Freie Deutsche Jugend
BN	Bremer Nachrichten	FDP	Freie Demokratische Partei
BNN	Badische Neueste Nachrichten	FH	Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Politik und Kultur
BNZ	Basler National-Zeitung	FN	Fußnote
BP	Bayernpartei	FNP	Frankfurter Neue Presse
BPT	Bundesparteitag	FR	Frankfurter Rundschau
BR	Bonner Rundschau	FRUS	Foreign Relations of the United States
BT	Bundestag	FSU	Frei-Soziale Union
BuVo	Bundesvorstand	FU	Föderalistische Union
BVerfG	Bundesverfassungsgericht	FVZ	Fuldaer Volkszeitung
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	GA	Generalanzeiger
CDU	Christlich-Demokratische Union	GB	Gesamtdeutscher Block
CSU	Christlich-Soziale Union	GDF	Gesamtdeutsche Freiheitspartei
CSV(D)	Christlich-Sozialer Volksdienst	GR	Gesamtdeutsche Rundschau
CVD	Christlicher Volksdienst	GuV	Glaube und Vernunft. Theoretisches Organ und Mitteilungsblatt für den Arbeitskreis Katholischer Jugend gegen die Wiederaufrüstungspolitik
DA	Deutschland Archiv	GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
DAG	Darmstädter Aktionsgruppe(n)	GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
DB	Deutscher Block	HA	Hamburger Abendblatt
DDR	Deutsche Demokratische Republik	HJ	Hitler-Jugend
DFG	Deutsche Friedensgesellschaft	HN	Hessische Nachrichten
DFU	Deutsche Friedensunion	HVZ	Hamburger Volkszeitung
DG	Deutsche Gemeinschaft	HZ	Historische Zeitschrift
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund	IdK	Internationale der Kriegsdienstgegner
Diss.	Dissertation	IfD	Institut für Demoskopie
DP	Deutsche Partei	IK	Industrie-Kurier
dpa	Deutsche Presseagentur	Inf.	Information
DPS	Demokratische Partei Saar	IVB	Internationaler Versöhnungsbund
DRP	Deutsche Rechtspartei	JK	Junge Kirche. Protestantische Monatshefte. Eine Zeitschrift der Bekennenden Kirche
DS	Deutsche Sammlung		
DSP	Deutsche Soziale Partei		
DU	Deutsche Union		
DUD	Deutschland-Union-Dienst		
DVP	Deutsche Volkspartei		
DVZ	Deutsche Volkszeitung		
DW	Deutsche Woche		
EA	Europa-Archiv		
EAC	European Advisory Commission		

JU	Junge Union Deutschlands	RP	Rheinische Post
KA	Keesings's Archiv der Gegenwart (ab 1956 Archiv der Gegenwart)	RZ	Rhein-Zeitung
KDV	Kriegsdienstverweigerer	SBZ	Sowjetische Besatzungszone
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
KR	Kölnische Rundschau	SOS	SOS. Zeitschrift für weltweite Verständigung
KuM	Kirche und Mann. Evangelische Monatsschrift für Fragen der Zeit	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
KV	Kreisverband	SRP	Sozialistische Reichspartei
LaVo	Landesvorstand	StdG	Stimme der Gemeinde zum kirchlichen Leben, zur Politik, Wirtschaft und Kultur. Eine Halbmonatsschrift der Bekennenden Kirche
LDP	Liberal-Demokratische Partei	StN	Stuttgarter Nachrichten
LLZ	Lüneburger Landeszeitung	STO	Stehordner
LPT	Landesparteitag	StZ	Stuttgarter Zeitung
LV	Landesverband	SU	Sowjetunion
MdB	Mitglied des Bundestages	SVZ	Schleswig-Holsteinische Volkszeitung
MdL	Mitglied des Landtages	SZ	Süddeutsche Zeitung
MdR	Mitglied des Reichstages	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen	Ud	Union in Deutschland
MM	Münchener Merkur	UN(O)	United Nations (Organization)
MRA	Moral Re-Armament	USA	United States of America
MZ	Mittelbayerische Zeitung	USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
NATO	North Atlantic Treaty Organization	VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
ND	Neues Deutschland	VZ	Volkszeitung
NG	Notgemeinschaft für den Frieden Europas	WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitung
NL	Nachlaß	WEU	Westeuropäische Union
NL Hei	Nachlaß Heinemann	WK	Weser-Kurier
NL We	Nachlaß Wessel	WN	Westdeutsche Nachrichten
NN	Nürnberger Nachrichten	WNP	Westdeutsche Neue Presse
NPC	Neue Presse Coburg	W.O.M.A.N.	Weltorganisation der Mütter aller Nationen
NPD	Nationale Partei Deutschlands	WP	Westfälische Post
NRW	Nordrhein-Westfalen	WR	Westdeutsche Rundschau/Westfälische Rundschau
NRZ	Neue Ruhr Zeitung	WT	Westdeutsches Tageblatt
NTW	Neuer Tag Weiden	WZ	Westfalen-Zeitung
NWK	Neuer Westfälischer Kurier	Z	Zentrumsfraktion
NWZ	Nordwest-Zeitung	ZA	Zeitungsausschnittsammlung
NZ	Neue Zeitung	ZBLG	Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte
NZZ	Neue Zürcher Zeitung	ZV	Zentralvorstand
PGR	Provisorischer Gesamtdeutscher Rat		
PV	Parteiivorstand		
PVS	Politische Vierteljahresschrift		
RDS	Rat der Deutschen Sammlung		
RM	Rheinischer Merkur		
RN	Ruhr-Nachrichten		
RNZ	Rhein-Neckar-Zeitung		

Einleitung

In den frühen fünfziger Jahren wurde eine heftige Diskussion um *die* richtige Wiedervereinigungspolitik geführt. Besonders eine kleine Partei, die Gesamtdeutsche Volkspartei, beteiligte sich an diesem Disput. Ja, ihre Gründung erfolgte gerade deswegen, weil man eine außen- und deutschlandpolitische Alternative zum Kurs Adenauers durchsetzen wollte. Die folgende Arbeit macht es sich zur Aufgabe, die Entstehung und die Politik dieser Partei historisch-deskriptiv und systematisch-programmatisch zu untersuchen. Schließlich war es die GVP »und nicht die Opposition, nicht die Sozialdemokratie«, die »eine klare Alternative zur Außenpolitik der Westverschmelzung und Wiederaufrüstung« entwickelte.¹

Leitfragen für die Arbeit waren: Welche politischen Ereignisse waren dafür verantwortlich, daß es zur Gründung der ›Notgemeinschaft für den Frieden Europas‹ kam? Von welcher Situationsdeutung gingen die entscheidenden Akteure aus? Ist eine gemeinsame ideologische Basis für die Notgemeinschaft/GVP auszumachen? Was war deren Anliegen? Worin lagen im einzelnen Übereinstimmungen und Differenzen? Welche strategischen Mittel wurden akzeptiert und angewandt? Welche Rückwirkungen nationaler wie internationaler Politik lassen sich für die Deutschlandpolitik der GVP festmachen? Können wir von einem Kontinuum sprechen, gab es Aufschwungtendenzen und Rückschläge? Wie reagierten die Akteure auf eine mögliche Diskrepanz zwischen Tätigkeit und politischem Erfolg? Gab es vielleicht Radikalisierungs-, Resignationstendenzen aufgrund des Ausbleibens eines politischen Erfolges? Änderte man die Strategie? Gab man die grundsätzlichen Ziele auf? Der Untersuchungszeitraum ist durch die historische Entwicklung vorgegeben. Er beginnt mit dem Rücktritt Heinemanns vom Amt des Bundesinnenministers, der gleichsam die Orientierungsmarke für die Ausprägung einer Opposition gegen die Westpolitik des Kanzlers bildete, und endet mit der Auflösung der GVP und ihrem Aufgehen in der SPD im Jahr 1957.

Die GVP kannte zwei herausragende Leitfiguren: Gustav W. Heinemann und Helene Wessel, vormalis Partei- und Fraktionsvorsitzende im Bundestag der Deutschen Zentrumspartei. Beide waren Repräsentanten *der* Strömungen, die die normativen Prämissen der GVP wie ihrer Vorläuferin der Sammlungsbewegung der Notgemeinschaft für den Frieden Europas bestimmten, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung. Stand Heinemann für einen Protestantismus reformierter Provenienz, repräsentierte Wessel das zahlenmäßig kleinere Spektrum eines europäisch-abendländisch motivierten Linkskatholizismus, der sich auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht als umgestaltende Kraft verstand.

1 So A. BARING über Heineman. Vgl. ders., Außenpolitik, Bd. 2, 1972, S. 89.

Von daher werden beide Grundpositionen in ihrer systematischen Perspektive beleuchtet, wie sie sich vornehmlich bis zur Gründung der Notgemeinschaft zeigten (vgl. Teil I, 3. und 4. Kapitel). Die Studie gliedert sich in drei Teile. Im ersten wird die Entfaltung des außenpolitischen Gegensatzes in der Bundesrepublik Deutschlands im Zeichen der Wiederbewaffnung bis zur Gründung der Notgemeinschaft beleuchtet.

Heinemanns politisch-theologische Grundhaltung (vgl. 3. Kapitel) manifestierte sich 1950/51 im Kampf gegen die Außen- und Sicherheitspolitik Adenauers vor den Augen einer breiten Öffentlichkeit und mündete wegen der vom Kanzler abweichenden Bewertung innen-, deutschland- und weltpolitischer Faktoren in dem Entwurf einer außenpolitischen Alternative zur offiziellen Regierungspolitik. Heinemanns Grundpositionen deutlich zu machen, heißt, zu zeigen, daß Heinemann in seinem Denken im Raum der Politik und im Raum der Theologie fußte. Damit soll und kann nicht die Entwicklung des Heinemannschen Denkens in seiner Biographie, die Entfaltung seiner Gedankengänge im Wandel vom freigeistigen Anhänger des Monistenbundes zum Bekenner eines lebendigen, in die Weltgeschichte eingreifenden Gottes in allen Nuancen und Facetten geklärt werden. Heinemann hatte kein »Damaskus- und Erweckungserlebnis«. Obschon sich Einflüsse seiner Frau und des Essener Pfarrers Friedrich Graeber nachweisen lassen², steht eine genaue Analyse noch aus, sofern sie in dieser Frage überhaupt zu leisten ist. Diese Analyse hätte auch die Verknüpfung demokratisch-republikanischer Tradition, der sich Heinemann verpflichtet fühlte, mit dem Protestantismus in der Nachfolge von Karl Barth und der Bekennenden Kirche zu betrachten und als Pole zusammenzudenken. Diese Aufgabe könnte nur eine politische Biographie leisten, die trotz aller vorhandenen Arbeiten zu Heinemann bis heute noch nicht geschrieben wurde. Im einzelnen wäre hier auch zu analysieren, welche Rolle dabei Heinemanns Versuch zukommt, als Uniierter reformiertes und lutherisches Erbe zum Teil zu verbinden. Ansatzweise ist das von Diether Koch versucht worden.³ Die vorliegende Studie behandelt Heinemanns theologisch-politisches Grundverständnis im Zusammenhang und im Gefolge der Barmer Synode, und zwar deshalb, weil sie sein grundsätzliches Verständnis vom Wirken des Christen im Staat freilegt.

Wessel hatte einen anderen ideologischen Hintergrund. Das Ernstnehmen von Glaubenswahrheiten als religiös empfindende Katholikin hatte bei ihr den Ausgangspunkt nicht in einer theologischen Reflexion. Ihre konfessionelle Überzeugung bildete die Grundlage, war Richtschnur für ihr politisches Handeln; in dem Sinne, daß sie meinte, das tun zu müssen, was sie tat. Bestimmender für die Entwicklung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Ideen, ihrer Analyse des weltpolitischen Handlungsfeldes und des Bedingungsrahmens deutscher *und* europäischer

2 H. VINKE, 1979, S. 40 ff. W. KOCH, 1972.

3 Koch, Der Christ in Kirche und Staat – am Beispiel Gustav Heinemann. Manuskript. Evangelische Akademie Hofgeismar. Fachgespräch zur kirchlichen Zeitgeschichte 10.–12. Oktober 1980: »1949 – Kirche vor dem Problem der Staatsgründung. Die evangelische Kirche und die Bundesrepublik Deutschland«.

Politik (vgl. 4. Kapitel) bis zu ihrer Mitarbeit in der Notgemeinschaft, war, daß sie versuchte, alte Leitvorstellungen des Zentrums in der Zwischenkriegszeit in die Welt nach 1945 mitzunehmen und einzupassen. Gerade im Kampf gegen die Westpolitik Adenauers zeigten sich trotz nicht deckungsgleicher Motive und Bewertungen Heinemanns und Wessels konzeptionelle Gemeinsamkeiten, die beide 1951 zur Gründung der Notgemeinschaft führten (vgl. 5. Kapitel).

Im Anschluß an die Analyse der politisch-programmatischen Faktoren, die zur Notgemeinschaft wiesen, wird eben diese im zweiten Teil der Arbeit sowohl in ihrer Entstehung als auch in ihrer organisatorisch-strategischen Arbeitsweise und in ihrem programmatischen Selbstverständnis untersucht. Die Entwicklung führte dann von der Notgemeinschaft zur GVP (vgl. Teil III.). Das Argument der GVP, die »militärische Integrierung der Bundesrepublik in den Westblock mache eventuell vorhandene Wiedervereinigungschancen von vornherein zunichte«,⁴ wurde nahezu zu einem »Glaubensgrundsatz« in der politischen Debatte um die EVG und die Pariser Verträge. Die GVP bekämpfte die Westintegration, weil sie die Wiedervereinigung wollte. Unter diesem Leitaspekt wird das programmatische Verständnis und die praktische Politik der GVP betrachtet. Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Innenpolitik bleiben deswegen weitgehend ausgeblendet. Diese Vorgehensweise hat ihre Berechtigung darin, weil diese Politikbereiche bei der GVP selbst eine alles in allem untergeordnete Rolle spielten.

Parteien bündeln spezifische ideologische Positionen, um ihrerseits auf die politische Willensbildung zugunsten der Ziele der Partei Einfluß zu nehmen. Gleichwohl existiert eine Partei nicht als monolithischer Block. Sicherlich herrschte in der GVP ein Konsens, der sich am Primat der nationalen Orientierung festmachen läßt, dennoch gab es differenzierte Meinungen in der Partei.

Dem Verfasser kam es darauf an, seine Analyse, die bislang weitgehend auf Heinemann eingengt war, durch die Einbeziehung weiterer relevanter Akteure der GVP (u. a. Hans Bodensteiner, Herbert Mochalski, Diether Posser, Erwin Respondek, Adolf Scheu und Helene Wessel) auf eine breite Grundlage zu stellen. Das hat zur Folge, daß innerparteiliche Strömungen sichtbar werden.

So zeigt sich, wie sehr gerade ein prononcierter Vertreter der Bekennenden Kirche, Pastor Herbert Mochalski, immer wieder bestrebt war, die Verständigung mit dem Osten und das Gespräch mit der DDR zu suchen. Gerade an seinen Positionen läßt sich exemplifizieren, daß bestimmte Politikkonzepte in der GVP, auch wenn sie sich national motivierten, keineswegs unstrittig waren. Die ursprüngliche Absicht, wegen der Bedeutung der Mochalskischen Position im Meinungsspektrum der GVP seinen ideologischen Standort als den des Repräsentanten des »linken« GVP-Flügels noch eingehender darzulegen, mußte unterbleiben.

4 H. K. RUPP, 1970, S. 47.

Trotz Mithilfe ehemaliger GVP-Mitglieder war es dem Verfasser nicht möglich, an entsprechende Archivalien Mochalskis zu gelangen.

Erstaunlich früh ist die GVP erstmals Gegenstand wissenschaftlicher Forschung geworden. 1955 legte Molt eine Studie vor, die sich mit der Soziologie und Ideologie des deutschen Neutralismus, vornehmlich der GVP, beschäftigte.⁵ Molt behandelte neben der GVP auch andere oppositionelle Gruppen des Neutralismus. Insofern bereitete er mit seiner verdienstvollen Studie der Arbeit Dohses den Weg.⁶ Molt muß sich naturgemäß auf die Jahre 1949 bis 1954 beschränken.

Faktisch schließt Molt die Behandlung und Analyse der GVP mit dem Jahr 1953 ab, insofern führt der von ihm genannte Untersuchungszeitraum bezogen auf die GVP in die Irre. Da sein Forschungsinteresse auf die Klärung der Bedingungen und Voraussetzungen der neutralistischen Opposition ausgerichtet ist, blendet er die Rückwirkungen nationaler und internationaler Entscheidungen in der Deutschlandpolitik auf die Notgemeinschaft/GVP aus: So spielen z. B. weder die Stalinnote vom März 1952 oder der 17. Juni 1953 noch die Initiativen der GVP im Vorfeld der Berliner Konferenzen 1954 bei ihm eine Rolle. Zudem beschränkt sich Molt im wesentlichen auf wenige Publikationen Heinemanns, der GVP/NG und auf eine Rede Wessels, so daß die GVP als ein einheitliches Ganzes erscheint. Die noch fehlende Einsichtsmöglichkeit in Akten tut das ihrige, die GVP stromlinienförmig erscheinen zu lassen und kann so auch dem Entwicklungsgang der GVP nicht oder nicht hinreichend gerecht werden. Die Studie hat ihre Bedeutung v. a. dort, wo sie die »Quellen der neutralistischen Doktrin und Ideologie«⁷ untersucht und das Verhältnis von Protestantismus, Pazifismus und Nationalismus zum Neutralismus klärt, das zur Ausbildung einer Theorie der ›Dritten Kraft‹ führte. Deutlich wird durch Molt, wie sehr der Neutralitätsgedanke in den verschiedensten Gruppen und Kreisen virulent war. Da er seine Arbeit verfaßte, als man weder vom zeitlichen Rahmen noch vom inhaltlichen Charakter her von einer abgeschlossenen Ära sprechen konnte, ist sie, wie Baring richtig schrieb, »in ihrer Wertung zugunsten der damals herrschenden Meinung voreingenommen«⁸. Vermutlich hat Barbara Tuchmann recht, wenn sie die rhetorische Frage aufwirft: »Sollte man – oder vielleicht auch kann man – über Geschichte schon schreiben, während sie noch qualmt?«⁹

Fast 20 Jahre nach dem Erscheinen der Arbeit von Molt beschäftigte sich eine weitere Studie mit der GVP. Auf 190 Seiten ging Barbara Jobke in ihrer ›erklärenden Monographie‹ Aspekten der Geschichte der GVP nach.¹⁰ Vor allem die Beschäftigung mit der südwestdeutschen GVP und ihre Landtagswahlbeteiligung in Baden-Württemberg im Jahr 1956 verhelfen zu einem zusätzlichen Erkenntnisgewinn über die GVP.

5 P. MOLT, 1955.

6 R. DOHSE, 1974.

7 P. MOLT, 1955, S. 2.

8 A. BARING, Außenpolitik, Bd. 2, 1971, S. 91, FN 10.

9 B. TUCHMANN, 1982, S. 31.

10 B. JOBKE, 1974.

Erstaunlich spät bemächtigte sich das Forschungsinteresse des deutschlandpolitischen Widersachers Adenauers. Diether Koch schloß 1972 diese Forschungslücke zu Heinemann mit einer material- und kenntnisreichen Studie, die für sich beanspruchen kann, wegweisend bei der Interpretation der Heinemannschen Deutschlandpolitik gewesen zu sein.¹¹ Eine entsprechende Arbeit zu Helene Wessel steht noch aus.¹²

Koch macht sich im wesentlichen Heinemanns Position zu eigen.¹³ Er versucht den Nachweis zu führen, daß in Heinemanns Politik eine vielversprechende Alternative zur Westintegration lag, die eine Restituierung des Gesamtdeutschlands ermöglicht hätte. Ungereimtheiten, Widersprüchlichkeiten und Brüche der Heinemannschen Argumentation – z. B. seine Einstellung zu einer deutschen Armee vor und nach der Stalin-Note, seine sich ändernde Bewertung des Verhältniswahlrechtes – werden so nicht betrachtet.

Implizit unterstellt Koch, daß die gesamtdeutsche Perspektive letztlich auch die der Westmächte gewesen wäre, hätte die offizielle westdeutsche Haltung dazu Anlaß gegeben. Dem ist mit Vorbehalt zu begegnen, wie beispielsweise die Behandlung der Stalinnote durch die Westalliierten zeigt¹⁴ (vgl. II. 6. b). Die Westmächte waren nicht bereit, ein neutralisiertes Gesamtdeutschland zu akzeptieren. Das lag nicht entscheidend daran, daß Adenauer möglicherweise die Wiedervereinigung gar nicht gewollt hat.¹⁵ Es ist und war nie ein Geheimnis, daß für den Kanzler eine deutsche Einheit qua Neutralität unter keinen Umständen in Frage kam. Es hieß auch die Möglichkeiten deutscher Politik zu überschätzen, hätte man von ihr erwartet, entscheidend im Ost-West-Konflikt mitwirken zu können und das gegen die Interessenlage der Westalliierten. Es liegt in der Sache des Themas – »Heinemann und die Deutschlandfrage« –, wenn bei Koch eben Heinemann die entscheidende Rolle in der GVP zugewiesen wird. Diese Dominanz von Heinemann im öffentlichen Erscheinungsbild der GVP kann und soll nicht bestritten werden. Allenfalls Wessel genoß ähnliche öffentliche Aufmerksamkeit. Es hieß aber Profil, Entwicklung und Initiativen einer demokratischen Partei zu verkennen, wollte man sie auf eine Person reduzieren.

Die eingehendere Beschäftigung mit der politischen Konzeption Wessels, während ihrer GVP-Tätigkeit, wird in dieser Arbeit erstmals unternommen. Gleiches gilt für Posser, Respondek u. a.. Quellengrundlage der vorliegenden Studie bilden die Nachlässe Heinemann, Wessel, Scheu und das Depositum Willems. Ausgewertet wurden auch die Privatarchive Bodensteiner, Hertel und A. Meyer zu Schwabedissen. Letzteres bestand aus einem Aktenordner zum »Deutschen Kongreß«.

11 D. KOCH, Heinemann, 1972.

12 Erste Aufschlüsse vermitteln folgende Arbeiten: E. FRIESE, Wessel, 1983. E. FRIESE, Wessel, 1987. U. SCHMIDT, Zentrums-Idee, 1981.

13 Vgl. auch seine jüngsten Publikationen. D. KOCH, Engagement, 1986. Ders., Ostpolitik, 1987. Ders., Kritik, 1988.

14 Vgl. R. STEININGER, Vertane Chance, 1985. Vgl. J. HESS/ F. WIELENGA, 1987, S. 369ff. Vgl. N. MEYER-LANDRUT, 1988.

15 So J. FOSCHEPOTH, Westintegration, 1988.

Aus den Archivbeständen wurden zur Analyse herangezogen:

- Aufsätze, Redemanuskripte, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel und Interviews,
- die nahezu überbordende Korrespondenz von Bodensteiner, Eppler, Heinemann, Hertel, Küpper, Mochalski, Posser, Scheu, Wessel u. a.,
- Mitschriften von Unterredungen, Aktennotizen, Stenogramme,
- Organisationsunterlagen, Vorstands-, Parteitags-, Präsidiumsprotokolle,
- Materialien unterschiedlichster Art (Memoranden, Parteibroschüren, Flugblätter etc.).

Von den ehemaligen Notgemeinschaftsmitgliedern Ehlen, Hammelsbeck, Stummel existieren auch Nachlässe. Die Nachlässe von Ehlen und Hammelsbeck sind entweder unerheblich, weil zu dürftig, oder die entsprechenden Unterlagen finden sich auch in den Nachlässen Heinemann, Scheu und Wessel. Der Nachlaß Stummel, der im Militärarchiv Freiburg liegt, enthält nur entsprechende Militaria aus seiner Dienstzeit.

Im Nachlaß Wessel finden sich viele Memoranden und Briefe von Erwin Respondek. Da er wichtige deutschlandpolitische Aktivitäten der NG/GVP initiierte, bemühte sich der Verfasser, einen Nachlaß Respondek ausfindig zu machen. Allein das Bundesarchiv Koblenz verfügt über zwei Briefe Respondeks, beide aus dem Jahr 1947. Da Respondek Privatdozent an der Alexander-Humboldt-Universität zu Berlin war, verfügt möglicherweise das dortige Archiv oder andere Stellen in der DDR über entsprechende Unterlagen. Die Suche nach einem Nachlaß in der DDR gestaltete sich ohne Erfolg. Sicherlich dürfte der dem Verfasser nicht einsehbare Nachlaß Brünings, der sich im Privatbesitz in den USA befindet, Unterlagen von und zu Respondek enthalten.

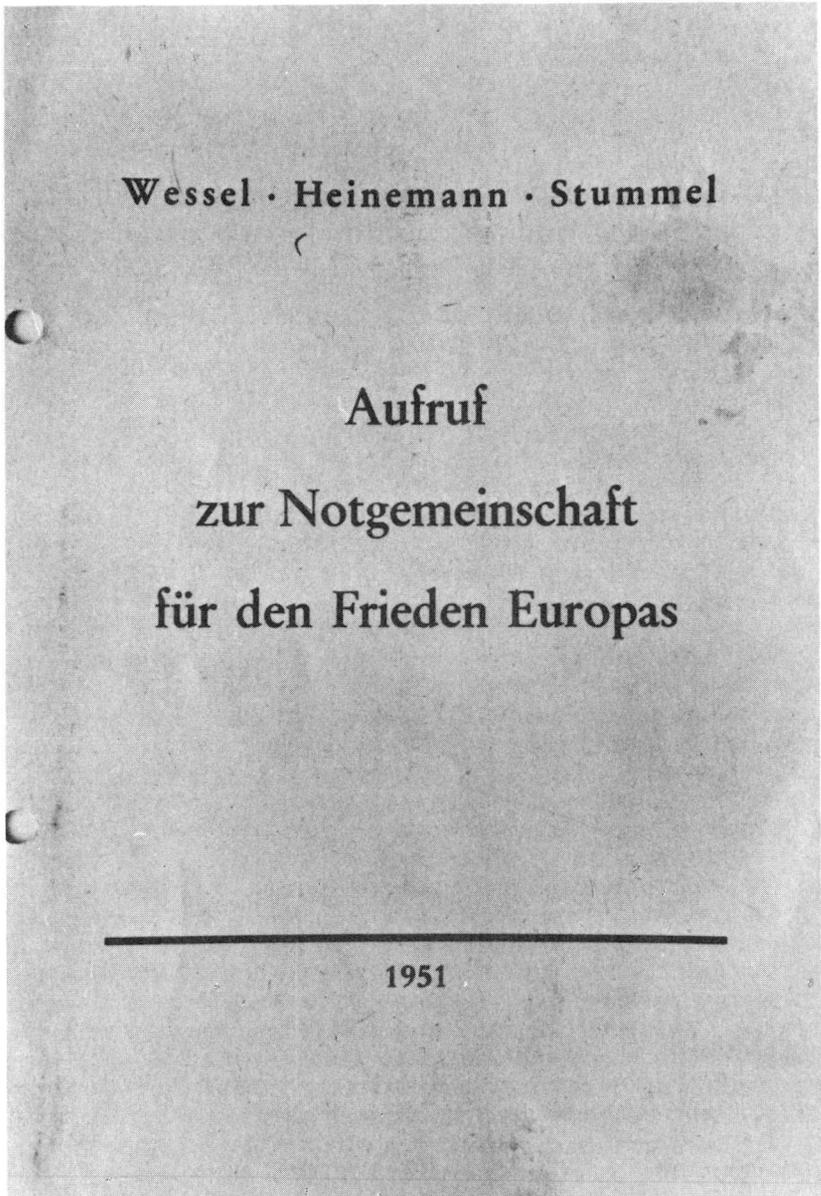
Schließlich bemühte sich der Verfasser auch um den Nachlaß Robert Scholls, dem vierten GVP-Präsidiumsmitglied neben Heinemann, Wessel und Scheu. Leider hat Scholl nach einem Umzug in den siebziger Jahren viel Aktenmaterial vernichtet, wesentliche Archivalien aus der GVP-Zeit sind nicht mehr vorhanden, so daß auf Veröffentlichungen und Briefe in den Nachlässen Heinemann, Scheu und Wessel zurückgegriffen werden mußte. Das Depositum Christel Küpper im Institut für Zeitgeschichte beginnt erst mit dem Jahr 1958. Es ist allenfalls interessant, wenn man untersuchen will, welchen weiteren politischen Weg ehemals führende GVP-Mitglieder gingen. Es zeigt sich nämlich deren Bemühen, auch künftig in der ›Friedensarbeit‹ tätig zu sein.

Die ausgewerteten Archivbestände wurden durch den Nachlaß Hermann Ehlers und den Bestand EAK im ACDP ergänzt. Zur Auswertung der veröffentlichten Meinung wurden die einschlägigen Zeitungssammlungen im AdSD, des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und des Archivs des Deutschen Bundestages sowie das Archiv des ›Neuen Tag‹ (Weiden) herangezogen. Schließlich vermittelten Gespräche mit GVP-Mitgliedern manche wertvolle Einsichten.

ERSTER TEIL

Die Entfaltung des außenpolitischen Gegensatzes in der Bundesrepublik Deutschland im Zeichen der Wiederbewaffnung¹ – ideologisch-politische Voraussetzungen der Notgemeinschaft für den Frieden Europas

¹ Trotz semantischer Bedenken – vgl. G. MEYER, 1986, S. 31 und E. NOLTE, 1985, S. 283 – bleibe ich bei diesem Terminus technicus.



Titelblatt der ersten Broschüre der Notgemeinschaft für den Frieden Europas

Die politische Diskussion in den ersten Jahren der Bundesrepublik wurde bestimmt von der Außen- und Deutschlandpolitik. Mit der Bundestagswahl 1953 fand sie zwar nicht ihr Ende, doch eine Vorentscheidung. Zwei Grundmodelle standen sich damals gegenüber: da war einmal die westliche Bündnispolitik. Ihre Vertreter wollten über die Integration der Bundesrepublik dem Westen zur Stärke verhelfen und durch die Stärke zur Wiedervereinigung gelangen; deren Gegner sahen gerade in dieser Integrationspolitik *das* entscheidende Hindernis für eine Wiedervereinigung Deutschlands. Gegen die Westintegrationspolitik, so wie sie der Kanzler Adenauer mit seiner westdeutschen Bewaffnungspolitik beispielhaft betrieb, lehnte sich eine vielfältige, aber inhomogene Opposition auf.² So opponierten studentische Aktionsgruppen gegen den Kurs Adenauers; es gab kadermäßig gelenkte kommunistische Hilfstruppen. Neben der bundesweit auftretenden, diffusen ›Ohne-Mich-Bewegung‹ gab es viele ausschließlich regional und lokal begrenzte Protestgruppen. Die einzelnen Organisationen und Gruppen waren – sowohl was ihre organisatorischen Ansätze als auch ihre Motivstruktur anlangte – sehr heterogen. Man opponierte gegen die Wiederbewaffnung aus einer puren Verweigerungshaltung heraus, andere waren dezidiert pazifistisch motiviert. Ebenso wurden ›rationale‹ Argumente gegen die Wiederbewaffnung angeführt, wie dies beispielsweise dem traditionellen Antimilitarismus eines Teils der Arbeiterbewegung eigen war. Als aber Bundesinnenminister Heinemann 1950 von seinem Amt zurücktrat, verhalf diese als ›Signal‹ verstandene Entscheidung jener Opposition zu Adenauer zur Artikulation, die sich im Gegensatz zu sonstigen oppositionellen Strömungen durch eine spezielle Tiefendimension auszeichnete. Diese bürgerlichen Wiederbewaffnungsgegner, die sowohl ethisch-religiös als auch politisch argumentierten, schlossen sich Ende 1951 zur Notgemeinschaft für den Frieden Europas zusammen. Diese Sammlungsbewegung speiste sich vornehmlich aus dem Lager der Protestanten reformierter Richtung. An ihrer Gründung beteiligten sich daneben Vertreter eines politischen Katholizismus, wie ihn die Zentrumsvorsitzende Helene Wessel repräsentierte. An den Beispielen *der* Repräsentanten der Notgemeinschaft, Heinemann und Wessel, sollen im folgenden die politischen Grundmuster näher untersucht werden, die zur Notgemeinschaft führten.

2 Vgl. K. OTTO, 1981, S. 52; S. 70 – 85. Vgl. K. HOLL, Pazifismus, 1988, S. 223 f.. Vgl. E. WEBER, 1983, S. 15 – 26.

Standortbestimmung

Als im Jahr 1949 die Bundesrepublik offiziell im staatsrechtlichen Sinne gegründet wurde, galt sie in den Augen der meisten Gründungsväter als ein Gebilde auf Zeit. Der neue Staat entbehrte noch der vollen Souveränität, die außenpolitische Stellung Deutschlands im internationalen System schien noch offen. Selbst die Vertreter neutralistischer Tendenzen glaubten an die Möglichkeit, den transitorischen Zustand, der ihrer Meinung nach seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bestand, dauerhaft aufheben zu können.¹ Konnten die handelnden Politiker überhaupt erkennen, daß die »Inkubationsphase der neuen Weltpolitik«², wie Besson die Jahre 1945 bis 1949 bezeichnete, mit der westdeutschen Staatswerdung zu Ende war? Sicherlich nicht, denn für sie war Deutschland in seiner Gesamtheit noch eine existentielle Größe und nicht ein bloßes gesamtdeutsches Ideal. Bundeskanzler Adenauer war wohl einer der wenigen Politiker, die sich, nachdem 1946/47 Deutschland in seinem alten Bestand nicht mehr gerettet werden konnte,³ als handlungsmächtige Gestalter sehr früh auf die Bedingungen der beiden deutschen Staatsgründungen einstellten, welche faktisch »die relative Offenheit der politischen Entwicklung Mitteleuropas«⁴ beseitigt hatten. Adenauers außenpolitisches Programm war dazu geeignet, der Rolle der Bundesrepublik im »Subsystem der neuen bipolaren Weltpolitik«⁵ gerecht zu werden. Einfach, aber prägnant formulierte Adenauer sein außenpolitisches Konzept in einem Brief an die Zentrumspolitikerin Helene Wessel, die ihn anlässlich eines Gesprächs auf dem Rittersturz um das Programm der Bundesregierung gebeten hatte: »Auf außenpolitischem Gebiet liegt unsere Linie fest. Sie richtet sich in erster Linie darauf, ein enges Verhältnis zu den Nachbarstaaten der westlichen Welt, insbesondere auch zu den Vereinigten Staaten herzustellen. Es wird von uns mit aller Energie angestrebt werden, daß Deutschland so rasch wie möglich als gleichberechtigtes und gleichverpflichtetes Mitglied in die europäische Föderation aufgenommen wird.«⁶ Das außenpolitische Programm Adenauers kritisierte Wessel nicht ausdrücklich. Ihr Hauptaugenmerk galt der Verhinderung »liberalistischer

1 Vgl. R. DOHSE, 1974, S. 224f.

2 W. BESSON, Außenpolitik, 1970, S. 22.

3 Vgl. H. P. SCHWARZ, Adenauer, 1986, S. 549ff.

4 M. GÖRTEMAKER, USA, 1985, S. 65.

5 W. BESSON, Außenpolitik, 1970, S. 24.

6 Adenauer an Wessel, 27.8.1949. Zit. n. K. ADENAUER, Briefe, 1985, S. 97.

und liberalkapitalistischer Tendenzen«⁷. Ihre Kritik richtete sich gegen die wirtschaftspolitischen Richtlinien, die auf eine Fortsetzung des Erhard'schen Wirtschaftskurses angelegt waren. Adenauers außenpolitische Aktivitäten standen seit der Konstituierung der Bundesrepublik unter der Leitidee, eine unauflösliche Verklammerung der Bundesrepublik mit dem Westen zu erreichen, die Wessel so nicht erkennen wollte oder konnte. Die Politik Adenauers gewährleistete die innere Existenz des Weststaates und sicherte ihn vor dem sowjetischen Expansionsdrang. Die Westbindung wurde für den Kanzler zum »dominanten sicherheitspolitischen Strukturprinzip«⁸. Die mit aller Energie von ihm forcierte Westintegration konnte er sich letztlich nur so vorstellen, daß die Bundesrepublik gleichberechtigt neben den anderen Staaten stand. Alle anderen politischen Maßnahmen waren Zwischenschritte auf dieses Ziel hin. Adenauer dachte von der Bundesrepublik aus und bezog sein Handeln zunächst auf sie. Weil er die Staatsraison der Bundesrepublik im Auge hatte, war seine politische Arbeit auf die Entfaltung ihrer Souveränität angelegt.⁹ Die Verankerung der Bundesrepublik im Westen hatte für Adenauer einen historischen Hintergrund. In einer Unterredung mit dem amerikanischen Außenminister meinte er: »Der Einfluß der römischen und christlichen Kultur während der Jahrhunderte hat Westdeutschland enger an Westeuropa angeschlossen, während Ostdeutschland immer nach Rußland geblickt hat.«¹⁰

Damit ist noch nichts darüber ausgesagt, daß Adenauer die Wiedervereinigung Deutschlands nicht wollte. Diesen Willen sprach ihm nicht einmal Gustav Heinemann ab, selbst in der entschiedensten Phase der Auseinandersetzung nicht. Hierin unterschied sich Heinemann grundlegend von dem anderen Protagonisten des politischen Protestantismus, Martin Niemöller. Für ihn lag – wie er es Ende 1950 in einem Gespräch mit CDU-Politikern ausdrückte – der Teilung Deutschlands eine bewußt konfessionelle Politik zugrunde. Von katholischer Seite werde die Wiedervereinigung nicht gewünscht. Adenauer habe die Wiedervereinigung noch nie konkret verlangt.¹¹ Niemöller war insofern konsequenter, als er auch schon gegen die Staatsgründung der Bundesrepublik opponierte. Für Heinemann und Wessel war dagegen die Gründung der Bundesrepublik niemals strittig. Faktisch trugen sie damit ihren Teil an einer Trennung Deutschlands mit. Helene Wessel hatte es in ihrer Bundestagsrede im September 1949 im Hinblick auf den zu erstrebenden deutschen Wiederaufbau sogar für positiv angesehen, daß in der Politik, soweit es sich jedenfalls um die westliche Welt handle, für Deutschland ein Stand erreicht worden sei, der

7 So Wessel in einem Interview, »In der Regierung müßte sich die Demokratie konzentrieren«, in: NWK v. 20.9.1949. Vgl. auch Wessel, »Die große Koalition als richtiger Weg«, in: NWK v. 21.9.1949.

8 Die Paraphrase wurde entlehnt von Haftendorn. Vgl. H. HAFTENDORN, Sicherheit, 1983, S. 69.

9 Krippendorff negiert diese Notwendigkeit. Vgl. E. KRIPPENDORFF, 1985, S. 60f.

10 Adenauer, zit. n. Memorandum of conversation prepared in the Office of the United States High Commissioner for Germany, 13.11.1949, FRUS, 1949, III, S. 309. Übersetzung J. Müller.

11 Niemöller, zit. n. Notiz über eine Besprechung Niemöllers mit den CDU-Politikern Holzapfel, Fratzscher, Tillmanns, Bayer am 12.12.1950, ÄCDP I – 369 – 07/2E II.

die Schaffung der Bundesrepublik ermöglicht habe.¹² Weststaatsgründung und Wiedervereinigung waren weder für Wessel noch für Heinemann unüberbrückbare Gegensätze. Ihr Eintreten für die Bundesrepublik bedeutete für sie nicht die Aufgabe Gesamtdeutschlands. Wessel ortete die ursächliche Schuld deutscher Teilung bei den Besatzungsmächten. Anlässlich der Bundestagsdebatte um die Einsetzung einer DDR-Regierung im Oktober 1949 erläuterte sie ihren Standpunkt: »Die zonale Aufgliederung Deutschlands, eines Staates, von dem man von vornherein wissen konnte, daß man ihn nicht mit ein paar Federstrichen zergliedern, daß man ihn nicht einfach von der Weltkarte wegstreichen kann, ist eine verhängnisvolle politische Entwicklung, die nicht auf das deutsche Schuldkonto zu verbuchen ist.«¹³ Die Beteiligung an der Errichtung der Bundesrepublik war demnach für Wessel nicht der entscheidende Schritt zur Trennung Deutschlands. Das gilt auch für den gesamtdeutsch orientierten Heinemann. Noch 1956 kritisierte er Adenauers Politik allein in der Koppelung von Weststaatsgründung *und* Westbindung. Die Errichtung der Bundesrepublik wurde auch von ihm aus innenpolitischen und ökonomischen Gründen als notwendig empfunden.¹⁴ Kurz vor der Aufnahme der Tätigkeit des Parlamentarischen Rates drückte er es in einer Rede vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin so aus: »Was aber auch immer begonnen wird, es zielt auf Deutschland ab! Alles soll in dem Maße das Ganze werden, als man uns die Freiheit zu solcher Gestaltung gibt.«¹⁵ Die Aktivitäten im westlichen Teil Deutschlands wurden vornehmlich innenpolitisch begründet, zumindest der Intention nach waren sie auf Gesamtdeutschland hin angelegt. »Wir alle wollten nur die Aufgaben einer inneren Erneuerung ergreifen«¹⁶, erläuterte Heinemann sein Eintreten für den Staat Bundesrepublik. Der »Übergang der deutschen Ordnungs- und Aufbauaufgaben an zwei deutsche Teilregierungen« bedeutete nach Heinemann nicht, »daß diesen Teilregierungen das für eine gesamtdeutsche Regierung selbstverständliche Programm der Erlangung neuer deutscher Selbstbestimmung (sog. Souveränität) aus allen Verstrickungen der Vergangenheit und der totalen Kapitulation zugefallen ist.« Heinemann verlangte: »Für beide Teilregierungen muß eine gesamtdeutsche Lösung die oberste Richtschnur sein und bleiben.«¹⁷ Für Heinemann war die Erlangung bundesdeutscher Souveränität verknüpft mit den Bedenken, die Bundesrepublik könnte sich aus der historischen Schuld der Deutschen herauschleichen. Das Bekenntnis zur Schuld des deutschen Volkes, wie es das Stuttgarter Schuldbekenntnis vom 19.10.1945 zum Ausdruck brachte

12 Vgl. Wessel, Dt. Bt., 7. Sitzung, 22.9.1949, S. 73 A.

13 Wessel, Dt. Bt., 13. Sitzung, 21.10.1949, S. 320 C.

14 Vgl. Heinemann, »Was Dr. Adenauer vergißt. Notizen zu einer Biographie« (von Paul Weymar, Konrad Adenauer, München 1955), in: FH, Juli 1956, S. 455 – 472.

15 G. HEINEMANN, Rede vor dem Schöneberger Rathaus, August 1948, in: ders., Vaterländer, 1976, S. 72. Vgl. auch Wahlrede Heinemanns 1949 in Heidelberg. Ebd., S.83.

16 Heinemann, »Die Politik der GVP«, Redemanuskript, 13.8.1953, S. 2, NL Hei 134.

17 G. HEINEMANN, »Deutsche Friedenspolitik« (Sept. 1951), in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 10.

und zu deren Mitunterzeichnern Heinemann gehörte, konnte und durfte nicht bloßes Zugeständnis an die Zeitumstände sein.¹⁸

Die Bundesrepublik war für die gesamtdeutsch orientierten Politiker Heinemann und Wessel ein Transitorium mit historischer Verpflichtung. Wie sollte dies auch anders sein in der Vorstellungswelt derer, denen Deutschland nicht nur ein ideeller Begriff war, sondern die Deutschland noch als ›Deutsches Reich‹ in seiner Verstrickung mit dem Nationalsozialismus erlebt hatten. Die Politik in der Bundesrepublik wurde von ihnen aus dem »Blickfeld von Gesamtdeutschland«¹⁹ konzipiert. Zumindest subjektiv wägen die gesamtdeutschen Politiker das jeweilige politische Handeln der Bundesrepublik unter der Prämisse ab, ob es der Wiedervereinigung nützlich sei oder ihr schade.

Adenauers Politik dagegen war von vornherein auf den Westen hin angelegt. Nur aus der westlichen Sicherheit heraus war seiner Meinung nach die Wiedervereinigung möglich und erstrebenswert.

Um die Ziele seiner Politik realisieren zu können, bedurfte Adenauer des Vertrauens der Westmächte.²⁰ Integration, Sicherheit und politische Handlungsfähigkeit konnte der Kanzler nur erreichen, wenn es ihm gelang, seine Ziele und seine Strategien mit denen der ehemaligen Kriegsgegner aus dem Westen in Einklang zu bringen. Schließlich hatten sie Deutschland ›annektiert«²¹ und ihm jeglichen eigenständigen Handlungsspielraum nach außen geraubt. Wollte Adenauer wirkungsmächtig werden und bleiben, konnte er sich nicht auf die außenpolitische Strategie einlassen, wie sie seinem oppositionellen Gegenspieler, Kurt Schumacher, vorschwebte, der in revisionistischer Manier die Anerkennung deutscher Gleichberechtigung vor einer deutschen Mitwirkung im internationalen Rahmen forderte.²² Demgegenüber war Adenauer geradezu bereit, diskriminierende Bestimmungen zu akzeptieren, die prima facie dem Gleichberechtigungsgrundsatz zuwiderliefen. Schließlich waren solche ›vertrauensschöpfenden‹ Vorausleistungen dazu geeignet, den Boden künftiger Gleichberechtigung zu bereiten. Wessel und Heinemann folgten Adenauer in dieser Hinsicht mehr oder minder zustimmend, wie ihre Einstellung zum Ruhrstatut zeigte. Adenauer schätzte das Statut trotz der besatzungsrechtlichen Fesseln im Sinne der Bereinigung der außenpolitischen Atmosphäre positiv ein, wie er dem Kabinett darlegte.²³ Innenminister Heinemann äußerte zwar Vorbehalte im Kabinett, da er wegen des Ruhrstatuts für die anstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen »unerfreuliche innenpolitische Rückwirkungen«²⁴ befürchtete, doch die innenpolitischen Bedenken hinderten ihn nicht, sein Placet zum Petersberger Abkommen zu geben. Auch Wessel hielt es bei aller Revisionsbedürftigkeit

18 Zur Bedeutung des Stuttgarter Schuldbekenntnisses für Heinemann: D. KOCH, Heinemann, 1972, S. 26 – 45. Zum Stuttgarter Schuldbekenntnis selbst: G. HEIDTMANN, 1958, S. 20.

19 Wessel, Dt. Bt., 13. Sitzung, 21.10.1949, S. 321 A.

20 Vgl. W. WEIDENFELD, Adenauer, 1985, S. 383.

21 Kritisch zur Verwendungsweise des Begriffs der Annexion: u. a. M. ABELEIN, 1985, S. 57.

22 Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 195f.

23 Vgl. 15. Kabinettsitzung am 25.10.1949, in: Kabinettsprotokolle 1949, 1982, S. 148.

24 Ebd., S. 148.

des Ruhrstatuts für geboten, »die Möglichkeit zu ergreifen, die uns Deutschen damit zu einer konstruktiven Mitarbeit immerhin gebotenen Gelegenheiten auszunutzen.«²⁵ Tatsächlich setzte beginnend mit dem Petersburger Abkommen eine allmähliche Verschiebung der Rolle der Bundesrepublik ein. Sie war nicht mehr nur Objekt alliierter Verfügungen, sondern wurde selbst Bestandteil der Verhandlungen. Es entsprach der genuinen Interessenlage der Bundesrepublik, sich des Objektstatus vollständig zu entledigen, soweit dies alliierte Konzessionen zuließen.

Die entscheidende Chance hierfür boten alliierte Überlegungen, die Bundesrepublik in ein militärisches Bündnis einzubeziehen. Adenauer handelte sich hiermit ein politisches Instrument ein, um besatzungsrechtliche Fesseln zu lockern und gänzlich aufzulösen. Der westdeutsche Wehrbeitrag hatte aber noch eine andere Auswirkung. Bürgerliche Politiker – wie Heinemann und Wessel – traten nun in Opposition zum außenpolitischen Kurs Adenauers. Sie erkannten die Unvereinbarkeit ihrer deutschlandpolitischen Vorstellungen mit der Wiederaufrüstungspolitik Adenauers. Sicherlich waren Adenauers Überlegungen gerade in der Frühphase der Wiederbewaffnungsdiskussion auch von einem sicherheitspolitischen Kalkül bestimmt, das vom Gedanken einer deutschen »Militärmacht für den Ernstfall«²⁶ geleitet wurde. Hans-Peter Schwarz erklärt das unablässige Drängen und Vorpreschen Adenauers in der Sicherheitsfrage 1949 mit dessen Befürchtung, es könnte auf kürzere bzw. mittlere Frist einen Krieg in Europa geben.²⁷ Die zeitliche Trennung in der Argumentation Adenauers, die Schwarz vornimmt, wenn er erst ab Juni 1950 Adenauer eine politische Instrumentalisierung des westdeutschen Wehrbeitrages zum Zwecke der Wiedergewinnung deutscher Souveränität unterstellt, ist zu analytisch. Die Ziele Sicherheit und Souveränität standen nicht in einem »Entweder-Oder-Verhältnis«, sondern in einer »Sowohl-Als-Auch-Beziehung«. Adenauers geschlossenes Weltbild, sein außenpolitisches Grundkonzept, das fest mit dem Ziel westdeutscher Souveränität rechnete, war das eine, das andere die politische Methodik: was war zweckmäßig, möglich und geboten? Gerade weil in militärischen Fragen 1949 entsprechende »deutsche Avancen eigentlich eher außen- und innenpolitisch kontraproduktiv wirken«²⁸ mußten, bediente sich Adenauer einer Strategie, die dem Rechnung trug. Adenauer durfte bei allem, was er vorhatte, die Alliierten nicht öffentlich desavouieren, die die Bundesrepublik offiziell auf eine »Politik der Entmilitarisierung«²⁹ verpflichtet hatten. Im internen diplomatischen Verkehr lotete Adenauer aus, wie weit er in der Sicherheitsfrage gehen konnte, indem er geschickt darlegte, was er nicht wollte, nämlich eine nationale Aufrüstung im Alleingang. Anlässlich des Besuchs des amerikanischen Außenministers erläuterte Adenauer

25 Wessel, Dt. Bt., 17. Sitzung, 15.11.1949, S. 434 A.

26 H. P. SCHWARZ, Adenauer, 1986, S. 727 – 739; hier S. 728.

27 Ebd., S. 736.

28 Ebd., S. 735.

29 Vgl. N. WIGGERSHAUS, 1982, S. 329.

diesem, warum er eine nationale Wiederaufrüstung ablehne: »Too much blood had been shed in the last war, and that it was just too dangerous to provide Germany with arms *at this stage*.«³⁰ (Hervorhebung, J.M.). Adenauer registrierte sehr wohl, daß Acheson ihm nicht widersprach und nicht jegliche Wiederbewaffnung der Bundesrepublik grundsätzlich und für die Zukunft ausschloß. Als im November/Dezember 1949 die internationale Presse nach Vorstößen von General Clay, der zwischenzeitlich schon Privatmann war, einen deutschen Wehrbeitrag erörterte³¹, nutzte der Kanzler die Gunst der Stunde zu Offensiven unterhalb der diplomatischen Ebene. Er nahm damit Einfluß auf den Diskussionsprozeß – Teile des amerikanischen Militärs hatten ja bereits 1947 die Möglichkeit der Aufstellung westdeutscher Truppen befürwortet³² – und ließ die Politiker wie die interessierte Öffentlichkeit wissen, daß die Bereitschaft der Bundesrepublik vorläge, sich in ein europäisches Verteidigungssystem zu integrieren.³³ Auf diese Weise konnte Adenauer den Alliierten eine westdeutsche Wiederaufrüstung schmackhaft machen, weil er sie in das europäische Sicherheitskonzept gegenüber der als bedrohlich empfundenen Sowjetunion einfügte. Die von ihm gewählte Interviewform erlaubte Adenauer, gegebenenfalls auch gegenüber der westdeutschen Öffentlichkeit zu dementieren, zu korrigieren und zu ergänzen.³⁴

Gleichzeitig trieben die Dinge auf einen Punkt zu, von dem aus weitere Schritte im Sinne Adenauers unausweichlich wurden. Adenauer hatte mit dieser Vorgehensweise eines erreicht: Der westdeutsche Verteidigungsbeitrag im europäischen Rahmen war ein nicht mehr wegzudiskutierender Tagesordnungspunkt der internationalen Politik. Wenn jetzt die Westmächte auf sein Angebot eingingen, dann ließ sich die Wiederbewaffnung dazu politisch instrumentalisieren, der Bundesrepublik die anvisierte Souveränität zu verschaffen. Was Adenauer vielleicht übersah, das waren die Konsequenzen, die er sich mit der Wiederbewaffnung in der Innenpolitik einhandelte.

Insgesamt war seine Vorgehensweise in ein Gesamtkonzept eingebettet, das auf das Vertrauen der Alliierten abzielte. Nationalen Ressentiments vorbeugend, ging er bei seinem Vorschlag von einer europäischen Oberhoheit aus, und er koppelte gleichzeitig das »Zugeständnis«, einen bundesdeutschen Wehrbeitrag im europäischen Verbund zu leisten, an eine Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik Deutschland sowie an die Gewährung ihrer Gleichberechtigung. Adenauers Ziele der Sicherheit und der Souveränität waren somit abgestimmt sowohl auf die Interessen der Alliierten als auch auf die der Bundesrepublik. Die Einstellungen der Bürger dieser Bundesrepublik, die noch unter der nachhaltigen Wirkung des Zweiten Weltkrieges standen, ignorierte er. Die Reaktion der west-

30 Adenauer, zit. n. Memorandum of conversation prepared in the Office of the United States High Commissioner for Germany, 13.11.1949, FRUS, 1949, III, S. 311.

31 Vgl. G. WETTIG, Entmilitarisierung, 1967, S. 274ff.

32 Vgl. M. DORMANN, 1970, S. 154.

33 Vgl. die ausführliche Schilderung bei G. WETTIG, Entmilitarisierung, 1967, S. 284 – 289.

34 Vgl. A. BARING, Außenpolitik Band 1, 1971, S. 138ff. Vgl. auch T. PRITTEE, 1971, S. 215 f.

deutschen Öffentlichkeit auf die Avancen Adenauers fiel dementsprechend negativ aus. Sie argumentierte in moralischen Kategorien, die der Zwecksetzung Adenauers nicht gerecht wurden, wie folgender Pressekommentar beispielhaft zeigt. Die Stuttgarter Zeitung schrieb: »Die Entwicklung hat jetzt einen Punkt erreicht, an dem die deutsche Öffentlichkeit nicht mehr schweigend zusehen kann. (...). Man faßt sich an den Kopf: ist es wirklich erst vier Jahre her, daß uns gesagt wurde, man dürfe den Deutschen niemals wieder auch nur ein Luftgewehr in die Hand geben? In Deutschland gab es damals und gibt es heute noch eine Anzahl Menschen, denen es bitter ernst ist, eine Rückkehr unseres Volkes zum Militärischen zu verhindern. Diese Menschen gründen ihren Entschluß auf die in mehrfacher Erfahrung erhärtete Erkenntnis, daß für unser Volk das Militärische eine gefährliche Versuchung bedeutet (...). Darum haben wir die Erklärungen der Siegermächte, sie wollten eine Remilitarisierung Deutschlands auf alle Zeit verhindern, aufrichtig begrüßt, auch wenn wir deren Begründung nicht immer akzeptiert haben.«³⁵ Man wies Deutschland im Umgang mit dem Militär eine gefährliche Sonderrolle zu und war deshalb mit seiner Entmilitarisierung voll und ganz einverstanden. Allein der Begriff Remilitarisierung, der auf die Wiederherstellung des Militärischen in Deutschland verweist, zeigt, wie sehr diese Position an der Intention Adenauers vorbeiging. Für den ausgesprochenen Zivilisten Adenauer war das Militär ein bloßes Mittel zum Zweck, nämlich zur Sicherheit und Souveränität der Bundesrepublik. Die Wiederbewaffnung fügte sich gleich einem Mosaikstein in Adenauers Gesamtkonzept der Westpolitik. Mit der militärischen Integration wäre die von ihm erwünschte Bindung an den Westen faktisch unauflöslich geworden. Darum ging es ihm letztlich. Die Diskussion um die Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik machte gleichsam die Scheidelinie in den außenpolitischen Orientierungen deutlich. Neben dem bürgerlichen Regierungsblock, der die Politik Adenauers fast vorbehaltlos unterstützte, entwickelte sich eine gleichfalls bürgerliche Opposition, die den außenpolitischen Kurs Adenauers ebenso entschieden bekämpfte. Ende 1949 waren die Standpunkte dieser oppositionellen Bürgerlichen noch nicht im einzelnen geklärt. Diesen Eindruck kann man zumindest gewinnen, wenn man die politische Kritik Heinemanns an Adenauer verfolgt. Obschon dessen Interviews, wie die öffentliche Diskussion gezeigt hatte, von politischer Brisanz waren, lassen sich weder interne noch öffentliche Äußerungen oder Anmerkungen Heinemanns finden, die Aufschluß darüber gäben, welche Position er in dieser Einzelfrage bezog. Sah sich Heinemann eingebunden in die Kabinettsdisziplin? Hielt er Adenauers Vorstoß sowieso nicht für realisierbar? Oder war es tatsächlich so, wie er es in der Rückschau formulierte, daß Adenauers Äußerungen »am Anfang gegensätzlich«³⁶ waren. Unterstellt man, daß Heinemann tatsächlich dieser Meinung war, dann mag sie sich aus der Vorgehensweise des Bundes-

35 »Landsknechte«, in: StZ v. 6.12.1949.

36 Heinemann, zit. n. D. KOCH, Heinemann, 1972, S. 107.

kanzlers ergeben haben, die »öffentlich und intern eine Politik der unverbindlichen Initiativen und Intentionen«³⁷ war. Trotz der »Slalomtechnik der öffentlichen Erklärungen Adenauers«³⁸, die nicht zuletzt auf das Taktieren der Westmächte abgestellt war, war Adenauers Politik dennoch alles andere als diffus oder gar gegensätzlich. Bei allem Lavieren und Taktieren in der Frage der westdeutschen Wiederbewaffnung hatte der Kanzler immer eindeutig ausgesprochen, worum es ihm ging: um eine westdeutsche Verteidigung im Verbund einer europäischen Armee. Die Erinnerung Heinemanns in dieser Frage erscheint geglättet. War sie es deshalb, weil er seine massive Oppositionspolitik gegen den politischen Kurs Adenauers bruchlos in einer konsequenten Linie sehen wollte? Immerhin opponierte er nicht gegen die Interviews Adenauers. Erst knapp ein Jahr später führten erneute sicherheitspolitische Initiativen Adenauers zum Rücktritt Heinemanns. Heinemanns Bitte an seine Mitstreiter in der Bekennenden Kirche vom Januar 1950 zeigt jedenfalls, daß es ihm gegebenenfalls nicht um Amt und Würden ging. Heinemann – noch Innenminister – appellierte an sie, »allen Fortgang kritisch zu beobachten und mir (...) zu sagen, wo der Kurs zweifelhaft oder gar falsch wird. Ich sitze locker genug im Sattel, um heruntersteigen zu können. (...)«³⁹

Entschiedener und eindeutiger nahm zu den Interviews demgegenüber die Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Bundestag, Helene Wessel, Stellung. Sie war auch die einzige, sieht man von der kommunistischen Linken ab, die in der Sicherheits«debatte« im Bundestag ohne Umschweife auf das Interview Adenauers eingehend erklärte: »Die Zentrumsfraktion ist der Auffassung, daß dem deutschen Volk der *Gedanke* (Hervorhebung, J. M.) einer Remilitarisierung in *irgendeiner Form* (Hervorhebung, J. M.) unmöglich zugemutet werden kann. Sie nimmt die Erklärung, die der Bundeskanzler in mehreren Interviews über die Aufstellung eines deutschen Truppenkontingents im Rahmen einer europäischen Streitmacht abgegeben hat, zum Anlaß, um mit Nachdruck zu betonen, daß sie sich jeder Art von Remilitarisierung auf das entschiedenste widersetzen wird.«⁴⁰ Diese Position von Wessel war mit der des Bundeskanzlers gänzlich unvereinbar. Sie war so kompromißlos formuliert, daß sie von Wessel von nun an ohne Gesichtsverlust nicht mehr aufgegeben werden konnte. Von welchen Prämissen ließ sich die Zentrumspolitikerin nun leiten? Die Argumente, die sie anführte, sollten in den folgenden Jahren zum Standardrepertoire der Wiederbewaffnungsgegner gehören. Nach Wessels Meinung durfte nicht der kleinste Schritt geduldet werden, »der irgendwie in einen neuen Krieg hineinführen könnte.«⁴¹ Wessel nimmt zum Teil einen pazifistischen Standpunkt ein, wenn sie den Krieg als Mittel der Politik generell ächtet. In der Bewaffnung der Bundesrepublik sah sie außerdem

37 H. BUCHHEIM, Adenauers Sicherheitspolitik, 1975, S. 147.

38 P. KOCH, 1985, S. 262.

39 Heinemann an Staewen, 20.1.1950, zit. n. D. KOCH, Heinemann, 1972, S. 109.

40 Wessel, Dt. Bt., 24. Sitzung, 16.12.1949, S. 740 D. Die ablehnende Haltung Ollenhauers war nur augenscheinlich strikt: vgl. U. LÖWKE, Für den Fall, 1969, S. 48f.

41 Wessel, Dt. Bt., 24. Sitzung, 16.12.1949, S. 741 A.

keine zusätzliche Sicherheit, sondern vielmehr die Förderung eines möglichen Dritten Weltkrieges. Die Zentrumsfraktion, so führte sie im Bundestag aus, sei sich der Tatsache bewußt, daß es nicht allein vom deutschen Volk abhängе, ob ein dritter Weltkrieg vermieden werden könne, daß es aber im Bereich der Möglichkeiten des deutschen Volkes liege, eines der Bollwerke zu werden, auf die sich der künftige Weltfriede gründe.⁴² So gesehen hatte ein nichtbewaffnetes Deutschland durchaus einen Entspannungseffekt in den krisengeschüttelten Zeiten. Ein zweites Argument deutet versteckt auf die gesamtdeutsche Orientierung Wessels hin, wenn sie nämlich der Bundesrepublik die verantwortliche Aufgabe zuweist, »unsere Brüder und Schwestern jenseits der Elbe davon zu überzeugen, daß wir den Frieden wollen und nichts als den Frieden.« Für den innenpolitischen Bereich sah Wessel das Gefahrenmoment der Entstehung einer neuen Militärkaste, die als unkontrollierbarer politischer Machtfaktor eines Tages den Feinden der Demokratie in die Hände spielen könnte. Die Sicherheit nach außen sollte Deutschland dadurch erhalten, daß Deutschland zu einem Eckpfeiler in einer Organisation des Weltfriedens gemacht wird.⁴³ Wessel spielte damit wohl auf die Vereinten Nationen an. Mit dieser Rede skizzierte Wessel einen außen- und sicherheitspolitischen Kurs, der in seinen Grundannahmen nicht mehr mit der offiziellen Regierungspolitik zu vereinbaren war.

Wessel konnte als Oppositionspolitikerin diese entschiedene Haltung einnehmen. Heinemann, der diese Position, wie sich später zeigen sollte, teilte, hielt sich – aus welchen Gründen auch immer – zurück. Adenauer, Heinemann und Wessel waren gleichermaßen entschieden für die Gründung der Bundesrepublik eingetreten, mochten sich ihre Motive auch unterscheiden. Adenauer hatte primär das Ziel der im Westen verankerten souveränen Bundesrepublik im Auge, Wessel und Heinemann dachten an Gesamtdeutschland. Im Verlauf der Wiederbewaffnungsdiskussion sollten sich diese unterschiedlichen Orientierungsmuster eindeutig herauschälen und gegensätzliche, ja unvereinbare Positionen bilden. Zweifelsfrei waren ex eventu die Gründung der Bizone, die Annahme des Marshallplans, die Staatsgründung der Bundesrepublik selbst und deren Beitritt zum Ruhrstatut wesentlich gewichtiger für die Trennung beider deutscher Staaten als das Adenauersche Angebot zur Wiederbewaffnung. Doch erst mit ihr begannen sich viele der oppositionellen Bürgerlichen ihres grundsätzlichlich anderen außen- und deutschlandpolitischen Ansatzes bewußt zu werden.

42 Vgl. Wessel, Dt. Bt., 24. Sitzung, 16.12.1949, S. 741 A.

43 Ebd., S. 741 A.

Heinemann im Kabinett Adenauer¹

Die politische Zurückhaltung Heinemanns auf die Interviews Adenauers ist um so erstaunlicher, da das Verhältnis beider zueinander ein kompliziertes war. Erste Differenzen zwischen Adenauer und Heinemann ergaben sich, als jener noch 1947/48 in Nordrhein-Westfalen Justizminister und Adenauer dort CDU-Fraktionsvorsitzender war. Heinemann wurde dem politischen Umfeld Arnolds zugerechnet, der zu den innerparteilichen Widersachern Adenauers gehörte. Entgegen dem politischen Willen Adenauers hatte Arnold nicht nur in seiner ersten Koalitionsregierung die KPD miteinbezogen, sondern auch eine wirtschaftspolitische Richtung vertreten, die Adenauer nicht billigte. Heinemanns Kurs der sozialen Gestaltung der Gesellschaft, seine Position in der Frage der Mitbestimmung wie zur Sozialisierung des Bergbaus lagen gleichfalls konträr zur Adenauerschen Position.² Die Reserviertheit war beiderseitig gegeben, wie ein Brief Adenauers zeigt: »Auf der Sitzung in Hohensyburg (dort tagte am 17.4.1948 die nordrhein-westfälische CDU-Landtagsfraktion, J. M.) benahmen sich Arnold und Heinemann mir gegenüber betont zurückhaltend, wenn nicht direkt unfreundlich.«³

Heinemann hatte seinerzeit das Amt des Justizministers in Nordrhein-Westfalen absprachegemäß nur für eine Übergangszeit übernommen. Sein vorzeitiger Rücktritt ist vermutlich auf die direkte Einflußnahme Adenauers zurückzuführen.⁴ Von diesen Spannungen zwischen Adenauer und Heinemann gibt ein Brief Heinemanns bald nach seiner Demission vom Amt des Bundesinnenministers Aufschluß: »Ich hatte meine Erfahrungen schon als Justizminister in Düsseldorf gemacht und mich unter anderem auch deshalb aus dem Bundestag herausgehalten. Nachträglich hat man uns doch wieder zusammengespannt und bei aller Loyalität, mit der ich das Amt des Bundesinnenministers angetreten und geführt habe, abermals die Unmöglichkeit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit erlebt. Nun ist es vorbei.«⁵

Noch 1959 – im Abstand von elf Jahren – wird deutlich, daß der Grund für die Spannungen, die Heinemann mit Adenauer hatte, auch darin

1 Vgl. jetzt auch E. VOLKMANN, 1987, S. 10 – 32.

2 Siehe Posser, »Für eine bürgerliche Politik aus christlicher Verantwortung – Das Vermächtnis von Gustav Heinemann«, Rede vor dem Gesprächskreis Kirche und SPD in Bayern am 7.7.1977, Manuskript, S. 18, Archiv J. Müller.

3 Adenauer an Flecken, 24.4.1948, in: K. ADENAUER, Briefe, 1984, S. 220.

4 Vgl. H.P. SCHWARZ, Adenauer, 1986, S. 543.

5 Heinemann an Coerper, 20.10.1950, NL Hei 34.

gründete, wie Adenauer den Politikbetrieb verstand und in ihm agierte. Anlässlich eines Geburtstagsglückwunsches zu seinem 60. Geburtstag bedankte sich Heinemann für die menschlich warme Gratulation des ihm politisch und kirchlich nicht wohlgesonnenen Theologen Helmut Thielicke und schrieb ihm zu Adenauer: »Herr Dr. Adenauer hat mir persönlich nichts zu Leide getan, so daß ich mich etwa rächen müßte. Ich kann noch nicht einmal erkennen, daß er mich in meinen Gedanken überhaupt sonderlich bewegt. Freilich habe ich ihn oft und hart attackiert. Ich halte seine Politik sachlich für falsch und seine Menschenverachtung für verhängnisvoll. Was das letztere anlangt, so mag ihn seine Lebenserfahrung gelehrt haben, daß nahezu alle Menschen im weitesten Sinne gekauft oder erpreßt werden können. Eine solche Erfahrung aber mit noch soviel Meisterschaft zu bestätigen, ist im Rahmen einer christlichen Partei noch verderblicher, als es ohnehin ist. Ich bin traurig darüber, ja das bin ich, – und ich möchte es ändern können, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß es so gut geht.«⁶ Jedenfalls war Heinemann 1949 zu einer Bundestagskandidatur trotz mehrfacher Bitten des rheinischen CDU-Vorstandes nicht bereit. Auch Adenauer hielt ein Mandat Heinemanns dringend für geboten. Dahinter stand einfach die politische Einsicht und Intention, den Bestrebungen eines Teils der evangelischen Christen entgegenzutreten, »die entweder Abstinenz von der CDU anraten oder sogar die SPD empfehlen (...)«.⁷ Heinemann begründete seine Weigerung, eine parlamentarische Bindung einzugehen, mit seinen beruflichen Aufgaben als auch seinen verschiedenen Ämtern in der evangelischen Kirche.⁸ Die Erfahrungen mit Adenauer dürften aber ihren Teil dazu beigetragen haben, daß sich Heinemann aus dem Bonner Betrieb fernhalten wollte. So sehr Adenauer Heinemann gedrängt hatte, für den Bundestag zu kandidieren, so wenig wollte ihn der designierte Kanzler im Kabinett haben.

Die Bundestagswahl hatte gezeigt, daß der Rückhalt der CDU in der evangelischen Wahlbevölkerung nicht sehr groß war. Bald nach der Wahl trat Heinemann an Adenauer heran: »Ich bin nicht darüber unterrichtet, wie Sie die Zusammensetzung der Bundesregierung endgültig zu gestalten gedenken, kann mich aber zahlreichen Appellen nicht entziehen, welche dahin gehen, daß ich Ihnen den dringlichen Wunsch evangelischer Parteifreunde auf eine gute konfessionelle Ausgewogenheit nahebringen möchte. Ich tue das hiermit aus der Verbundenheit, die zwischen uns besteht, und bitte um rechte Respektierung des Anliegens«.⁹ Im Grunde genommen bot Heinemann sich damit selbst als Minister an, über die Motive kann man nur spekulieren. Wir dürfen dabei nicht übersehen, daß konfessionelle Fragen damals im Gegensatz zu heute eminent politische Fragen waren. Die Protestanten fürchteten um den konfessionellen Proporz in der Regierung und sie fürchteten die Dominanz des politischen

6 Heinemann an Thielicke 28.9.1959, NL Hei 76.

7 Adenauer an Heinemann, 29.6.1949, in: K. ADENAUER. Briefe, 1985, S. 46.

8 Heinemann an Adenauer, 7.7.1949, NL Hei 12. Heinemann beantwortete das Schreiben so spät, weil er sich in Dresden aufhielt.

9 Heinemann an Adenauer, 3.9.1949, NL Hei 10

Katholizismus. Sicherlich gab es viele evangelische CDU-Politiker, die sich für ein Ministeramt eigneten. Dennoch spitzte sich die von Heinemann erhobene Forderung, den evangelischen Teil der CDU angemessen zu berücksichtigen, auf ihn selbst zu. Heinemann war Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Präses der Synode, deswegen hatte sein Name gegenüber anderen Kandidaten »in kirchlichen Kreisen stärkeren Klang« und den Vorzug der »öffentliche(n) Hebelkraft«¹⁰. Adenauers Ausführungen vor der Fraktion zeigten sein beharrliches Bemühen, Heinemann als Innenminister zu verhindern.¹¹ Auf Drängen von evangelischen CDU-Abgeordneten führte Adenauer ein Gespräch mit Heinemann, und zwar auf Wunsch Heinemanns im Beisein von Hermann Ehlers, den Heinemann seit seiner Tätigkeit in der Bekennenden Kirche kannte. Heinemann schien Adenauer angesichts seiner bisherigen Erfahrungen mit ihm wohl nicht zu trauen. Dieses Gespräch bildete dann unter anderem die Grundlage für Adenauers Ausführungen vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU am 17.9.1949. Die Protestanten hatten zu Heinemanns Gunsten seine herausragenden kirchlichen Ämter angeführt. Adenauer meinte dazu in der Fraktion: »Ich fragte Herrn Heinemann, wie es unter diesen Umständen mit der Wahrnehmung seiner Funktionen als Präses der Generalsynode sein würde. Er meinte, diese Funktion laufe in dreiviertel Jahren ab, wenn ich mich recht erinnere (...)«¹² Eben nicht: folgt man der Aktennotiz Heinemanns über dieses Gespräch: »Von meinen Funktionen in der evangelischen Kirche würde ich die Mitwirkung in der Leitung der evangelischen Kirche Rheinland einstellen, dagegen großen Wert auf die Fortführung des Amtes als Präses der Generalsynode legen. Die Aufgaben und die Bedeutung dieser beiden letzten Ämter habe ich Herrn Dr. Adenauer näher erläutert. Dr. Adenauer legte größten Wert darauf, daß ich diese beiden Ämter beibehalten würde, um wirklich die Verbundenheit mit den Evangelischen zu behalten.«¹³ Verfolgte Adenauer mit seiner Aussage einen bestimmten Zweck oder war sie nur unbedacht? Hätte Heinemann auf seine Kirchenämter verzichtet, wäre er genau dessen entkleidet worden, was ihn in den Augen der evangelischen CDU-Abgeordneten zum geeigneten Vertreter des Protestantismus im Kabinett gemacht hatte. Die Protestanten wollten Heinemann aber auch ungeachtet seines Kirchenamtes.¹⁴ Behielt Heinemann seine Funktionen, worauf Adenauer andererseits hindrängte, hätte sich möglicherweise die Chance auf einen Verzicht Heinemanns auf das Ministeramt ergeben, weil für Heinemann die kirchlichen Aufgaben stets Priorität hatten. Bereits vor dem Gespräch mit Heinemann hatte Adenauer in einer Unterredung mit evangelischen Repräsentanten der Union darauf gedungen, daß sich Heinemann von seinen Ämtern frei machen müsse, dabei aber zu bedenken

10 So die CDU-Abgeordneten Gerstenmaier und Bausch. Zit. n. Sten. Nied. der Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, 17.9.1949, in: Auftakt zur Ära Adenauer, 1985, S. 450.

11 Vgl. Adenauer, ebd., S. 444 – 447.

12 Adenauer, ebd., S. 446.

13 Aktennotiz Heinemanns, 15.9.1949, NL Hei 1.

14 So Adenauer, in: Auftakt zur Ära Adenauer, 1985, S. 446.

gegeben, ob nicht dadurch der Union ein Schaden erwachsen könne.¹⁵ Deutet das darauf hin, daß Adenauer Heinemann nur dann als Minister akzeptieren wollte, wenn er sozusagen seiner evangelischen Hausmacht ›entledigt‹ würde? Heinemann war sich durchaus seiner Reputation bewußt, die weit über Essen und Düsseldorf, seinem angestammten politischen Wirkungsbereich, hinausreichte.¹⁶ Heinemann wußte die Mehrheit der evangelischen CDU-Abgeordneten hinter sich. Adenauer, der sich bereits für den Protestanten Robert Lehr entschieden hatte, mußte schließlich dem Verlangen des evangelischen CDU-Flügels nachgeben.¹⁷ Die Differenzen, die zwischen den späteren Kontrahenten Adenauer und Heinemann schon 1949 bestehen mochten, wurden so gleichsam in das Ministeramt inkorporiert. Sicherlich war es der Ernennung Heinemanns zuträglich, daß er wie Adenauer die Errichtung einer Bundespolizei wegen befürchteter subversiver Aktionen von DDR und KPD forderte. Auch in der Frage eines Demontagestopps und der Aussöhnung mit dem Erbfeind Frankreich war sich Heinemann mit Adenauer einig.¹⁸ Entscheidend war demnach die Einbettung beider in ein politisches Bedingungsfeld, das Adenauer gegenüber dem Protestantismus zum Nachgeben und Heinemann zur Geltendmachung evangelischer Interessen gegenüber dem katholischen Part der CDU führte. Der Schritt Heinemanns wurde dementsprechend in evangelischen Kreisen gewürdigt. Sein Entschluß, sich nicht der politischen Mitarbeit zu versagen, symbolisierte nach Meinung der ›Stimme der Gemeinde‹, der Halbmonatsschrift der Bekennenden Kirche, die politische Verantwortung des evangelischen Christen auf der Basis evangelischer Freiheit und Gebundenheit.¹⁹ Genau diese Gebundenheit, diese Loyalitätsanbindung an den ›kirchlichen Raum‹ führte dann zur ersten Dissonanz des Innenministers mit dem Kanzler. Martin Niemöller, evangelischer Kirchenpräsident von Hessen-Nassau, nie um rigorose und apodiktische Feststellungen verlegen, sorgte Ende 1949 für beträchtlichen Wirbel in der Bundesrepublik. In einem Interview hatte er angeblich die Bundesrepublik ein Gebilde genannt, das im »Vatikan erzeugt und in Washington geboren«²⁰ worden sei. Heinemann hielt sich im Gegensatz zu anderen führenden Vertretern des Protestantismus auffallend zurück und ging nicht öffentlich auf Abstand zu Niemöller.²¹ Er lehnte es sogar ab, sich vor der Bundestagsfraktion von ihm zu distanzieren. Ein zeitgenössischer Informationsdienst meinte lapidar, Adenauers und Heinemanns Ansichten prallten aufeinander.²² Selbst die wohlformulierte Sprachregelung im

15 Adenauer, zit. n. H. BLANKENHORN, 1980, S. 58.

16 Vgl. H. LINDEMANN, 1978, S. 74f.

17 Vgl. H. BLANKENHORN, 1980, S. 60.

18 Vgl. Aktennotiz Heinemann, 15.9.1949, NL Hei 1.

19 So der reformierte Protestant Hammelsbeck: ders., »Bundestag und Bundesregierung«, in: StdG, 1.Jg., Nr. 10 v. Oktober 1949, S. 4.

20 Vgl. D. SCHMIDT, 1959, S. 204ff. Zu den politischen Bemühungen Niemöllers nach 1945 siehe J. BENTLEY, 1984, S. 199 – 218; ausführlich aus der Sicht eines Niemöller-Vertrauten: Mochalski, »Rom und Washington«, in: StdG, 2. Jg., Nr. 2 v. Februar 1950, S. 1 – 3.

21 Vgl. Niemöller an Heinemann, 18.8.1950, NL Hei 30.

22 Vgl. H. LINDEMANN, 1978, S. 97.

offiziellen Informationsdienst der CDU ließ diesen Konflikt erahnen. Es hieß dort: »Die politischen Eskapaden des hessischen Kirchenpräsidenten Niemöller haben den Bundeskanzler veranlaßt, in einer Sitzung der CDU/CSU-Fraktion die beleidigenden Äußerungen (...) zurückzuweisen. Mit dem Kanzler sprach sich auch der Bundesinnenminister Dr. Heinemann (...) für eine politische Zusammenarbeit der beiden christlichen Konfessionen aus.«²³ Diese Loyalität, wie sie Heinemann Niemöller gegenüber zeigte, fehlte ihm zu Adenauer. Das lag unter anderem daran, welches Amtsverständnis Adenauer hatte bzw. welchen Führungsstil er pflegte. Indirekt kritisierte Heinemann den Kanzler schon im Dezember 1949, als er in einem Interview ausführte: »Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik; im übrigen handelt die Bundesregierung kollegial. Auch der Kanzler ist innerhalb dieses Kollegiums hinsichtlich seiner Befugnisse ein Mitglied wie jedes andere.« Heinemann schlußfolgerte: »Wer mit dem Kurs des Kanzlers nicht einverstanden ist, kann zurücktreten.«²⁴ Das erste Rücktrittsangebot Heinemanns ließ nicht lange auf sich warten. Nur wenige Monate nach dem Niemöller-Eklat bot Heinemann am 21. April 1950 erstmals seinen Rücktritt an. Bezeichnenderweise spielte hier sein kirchliches Amt eine entscheidende Rolle. Anlässlich der Synode der EKD in Berlin-Weißensee hatte Heinemann in seiner Funktion als Präses sowohl Vertreter der Bundesrepublik als auch der DDR nebst den alliierten Stadtkommandanten zu einem Empfang geladen. Der Kanzler forderte ihn daraufhin auf, von den ausgesprochenen Einladungen Abstand zu nehmen – mit dem Ergebnis, daß sein Minister dieser Forderung mit einem Rücktrittsangebot begegnete. Der Kanzler gab sich schließlich damit zufrieden, sich selbst von der Einladung zu distanzieren.²⁵ Adenauer wollte und konnte es offenbar nicht auf einen Bruch mit *dem* Repräsentanten des protestantischen Lagers in der CDU ankommen lassen. Schließlich standen in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen, einem protestantisch dominierten Bundesland, Landtagswahlen an. Heinemann wiederum reduzierte die eminent politische Komponente, die sich aus dem Einladungsakt ergeben hatte, schlicht auf einen persönlichen Konflikt mit Adenauer.²⁶ Vielleicht war er sich dessen tatsächlich nicht bewußt, mit seiner Einladung die DDR in gewisser Weise in den Augen der Öffentlichkeit zu legitimieren. Angesichts des Alleinvertretungsanspruchs wäre das ein revolutionärer Akt gewesen, der wider die herrschende Meinung war. Selbst, wenn man, wie Heinemann, kirchliches und politisches Amt strikt voneinander schied, wirkte Heinemann doch unmittelbar in den politischen Raum hinein. Der gesamtdeutsch denkende Heinemann hatte keinerlei Berührungspunkte, mit offiziellen Vertretern der DDR zu reden, im Gegensatz zu seinen

23 Zit. n. Union in Deutschland v. 8.2.1950.

24 Heinemann, »Die Bonner Verfassung in der Praxis. Kanzler und Minister sind gleichberechtigt«, in: Die Welt v. 20.12.1949.

25 Vgl. Adenauer an Heinemann, 14.4.1950, in: K. ADENAUER, Briefe, 1985, S. 193f. Siehe auch Aktennotiz Heinemanns v. 31.8.1950, NL Hei 254. Siehe auch 59. Kabinettsitzung am 21. April 1950, in: Kabinettsprotokolle Band 2. 1950, 1984, S. 335f.

26 Heinemann, »Was Dr. Adenauer vergißt. Notizen zu einer Biographie« (von Paul Weymar: Konrad Adenauer, München 1955), in: FH, Juli 1956, S. 461.

Kabinettskollegen. Erstmals zeigte sich hier schon eine gewisse Isolation Heinemanns im Kabinett. Sämtliche Minister, Jakob Kaiser fehlte, vertraten Adenauers Standpunkt.²⁷

Heinemanns Rücktrittsbereitschaft zeigt, wie sehr er sein politisches Amt im Vergleich zu seinem kirchlichen nachrangig bewertete. Es ist symptomatisch für ihn, daß es ein ›deutschlandpolitischer‹ Anlaß war, der zur politischen Differenz mit Adenauer führte. Adenauer – strikt auf Abgrenzung bedacht – verstand seinen Innenminister nicht, der auch auf der Ebene des persönlichen Kontakts gesamtdeutsche Verständigungsbereitschaft betonen wollte.

Heinemanns Leitmotiv wurde noch deutlicher, als der Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat anstand. Ausdrücklich traf Heinemann in diesem Fall eine Entscheidung unter sicherheitspolitischem Aspekt und gesamtdeutschem Vorbehalt. Die Bundesregierung hatte die Einladung erhalten, daß die Bundesrepublik assoziiertes Mitglied im Europarat werden könne. Jakob Kaiser gab in der Kabinettsitzung, ohne von Heinemann aktiv unterstützt worden zu sein, zu bedenken, »daß sich das Spannungsfeld um Deutschland im Hinblick auf die Ostzone und auf Sowjetrußland durch einen Beitritt Deutschlands zum Europarat noch verstärken werde. Er würde es daher für richtig halten, wenn die Bundesrepublik im gesamteuropäischen Interesse am Europarat von vornherein nur als interessierter Beobachter teilnimmt.«²⁸ Adenauer und mehrere Minister widersprachen diesem Standpunkt, war er doch für sie Ausdruck einer unklaren Haltung, sich nicht zum Westen bekennen zu wollen mit unabsehbaren Nachteilen für die Bundesrepublik.²⁹ Priorität hatte für Adenauer die Koppelung an das westliche Bündnis, und erst von ihm ausgehend gewann die deutsche Frage im Sinne der Wiederherstellung der nationalen Einheit ihre Aktualität. Die Konfliktmuster zwischen Heinemann und Adenauer waren damit freigelegt. Als schließlich am 9. Mai 1950 die Entscheidung über den Europaratsbeitritt im Kabinett anstand, widersetzte sich Heinemann mit Kaiser einem Beitritt. Soweit die Aktenlage zutreffend die Argumente wiedergibt, befürchtete Kaiser negative Auswirkungen auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit und Heinemann einen Zwang zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Beide waren für ein Hinausschieben der Entscheidung.³⁰ Heinemann wollte seine Einlassungen weder als Option gegen den Westen bzw. gegen einen europäischen Staatenbund verstanden wissen noch als Parteinahme für die Sowjetunion. Ebenso, und das ist bemerkenswert, hielt er eine deutsche Neutralität nicht für aussichtsreich, weil sie mißachtet werden könnte.³¹ Die außenpolitische Standortbestimmung Heinemanns in dieser

27 Vgl. 59. Kabinettsitzung am 21. April 1950, in: Kabinettsprotokolle Band 2. 1950, 1984, S. 335f.

28 Kaiser, zit. n. 56. Kabinettsitzung am 28.3.1950, ebd., S. 300.

29 Vgl. ebd..

30 Heinemann und Kaiser, zit. n. 64. Kabinettsitzung am 9.5.1950, ebd., S. 370.

31 Vgl. Notizen Heinemanns v. 22.6.1950, NL Hei 9. Vgl. zum Geschehen im einzelnen: D. KOCH, Heinemann, 1972, S. 134 – 136; E. KOSTHORST, 1972, S. 128 – 130. Adenauer streift diese Auseinandersetzung in seinen Memoiren nur indirekt: K. ADENAUER, Erinnerungen, 1965, S. 327–331; Blankenhorn übergeht sie vollständig: H. BLANKENHORN, 1980.

Phase ist noch sehr vage. Die Ostbindung schließt er von vornherein aus. Der Westbindung erteilt er eine Absage. Das Alternativmodell einer deutschen Neutralität hielt er gleichfalls nicht für chancenreich. Welches Modell hatte Heinemann im Auge? Was waren seine *differentiae specifica*e zur Westintegration? Wegen seiner gesamtdeutschen Perspektive blieb Heinemann vorerst allein eine Politik des Abwartens und keine Politik, die die Integration in den Westen vorantrieb. Die politischen Entscheidungen sollten eine Rückkehr zu einem gesamtdeutschen Staat nicht erschweren bzw. gänzlich unmöglich machen. Heinemanns Politik des Abwartens lief darauf hinaus, im Ost-West-Gegensatz nicht Stellung beziehen zu müssen. Diese Eigenart Heinemanns, nämlich abzuwarten, gegebenenfalls die Dinge ›reifen‹ zu lassen, war für sein politisches Handeln grundlegend.

Heinemann war überzeugt davon, Deutschland aus dem Systemgegensatz heraushalten zu können. Für ihn war ein von Systemgegensätzen freier Raum sehr wohl denkbar. Er negierte nicht prinzipiell den Neutralitätsstatus Deutschlands, sondern stellte seine Praktikabilität unter den gegebenen Bedingungen in Zweifel. Er ging davon aus, daß dieser Status nicht beachtet werde, was nicht hieß, daß seine Einhaltung nicht verbindlich geregelt werden könnte. Wie unausformuliert Heinemanns außenpolitische Position in dieser Phase auch sein mochte, eines war klar: Heinemann dachte gesamtdeutsch. Er hielt den Systemgegensatz partiell für aufhebbar, und alles, was zur definitiven Stabilisierung des westdeutschen Staates beitrug, hatte zu unterbleiben. Damit waren die politischen Grundkonstanten Heinemanns nicht mit denen Adenauers in Deckung zu bringen. Hillgruber bewertet Heinemanns Leitmotive zutreffend, wenn er schreibt: »Heinemann dachte in allen entscheidenden Fragen nicht westdeutsch, sondern gesamtdeutsch, d. h. er reflektierte *vor* allem praktisch-politischen Handeln die zu erwartenden Folgen für die Deutschen in der DDR gewordenen Sowjetischen Zone. Maßstab für ihn war stets die Beantwortung der Frage, ob dieser oder jener Schritt voraussichtlich eine weitere Entfremdung zwischen beiden Teilen Deutschlands herbeiführen würde oder ob er dieser entgegenwirken könnte.«³² Hinzu kam bei Heinemann seine Verankerung in der evangelischen Kirche. Sein Kirchenamt verpflichtete ihn zur Bewahrung der ›Reichseinheit‹ der Protestanten. Für ihn gab es keine ost- und westdeutsche Kirche, sondern nur die eine EKD. Sie war für ihn Verpflichtung und Auftrag.

Die Divergenzen in der Europaratbeitrittsfrage waren bereits an die Öffentlichkeit gedrungen, was Adenauer zu einer Pressekonferenz zwang. Er wies Spekulationen darüber zurück, daß der Beitritt zum Europarat zwangsläufig zu einer Wiederaufrüstung der Bundesrepublik führen würde: »Ich bitte Sie also, daran festzuhalten (...), daß die Remilitarisierung Deutschlands durch den Europarat in keiner Weise beschlossen ist.«³³ Daß die Wiederbewaffnungsfrage aber auf der Tagesordnung seiner Politik

32 A. HILLGRUBER, Heinemann, 1983, S. 507.

33 Pressekonferenz Adenauers nach der Kabinettsitzung vom 9.5.1950. Adenauer, zit. n. J. KOSTHORST, 1972, S. 133.

stand, zeigte sich alsbald im Sommer 1950. Erneut prallten da die konträren Ansichten Adenauers und Heinemanns aufeinander – mit dem Ergebnis eines endgültigen Bruchs zwischen beiden. Heinemann trat von seinem Ministeramt zurück und wurde zu einem der entschiedensten Kritiker der Adenauerschen Außen- und Deutschlandpolitik.

Wie kam es dazu? Noch ehe der Angriff Nordkoreas auf Südkorea erfolgte, bot Adenauer den Alliierten zur Sicherung des Westens die Aufstellung deutscher Kontingente an.³⁴ Insofern war der Koreakrieg nur ein Katalysator, der die Entwicklung vorantrieb, aber nicht in dem Sinne beeinflusste, wie gemeinhin angenommen wird. Sicherlich hatte er auf die Haltung der USA Einfluß, jetzt auf einen wie auch immer gearteten Wehrbeitrag der Bundesrepublik verstärkt zu drängen. Ende August unternahm Adenauer diesbezüglich einen diplomatischen Vorstoß. In seinem berühmt gewordenen Sicherheitsmemorandum bot Adenauer vor dem Hintergrund des ausgebrochenen Koreakrieges und der offensichtlichen Aufrüstungstendenzen der DDR in Form der Volkspolizei »im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents« an. Für die innere Sicherheit wollte er »umgehend auf Bundesebene eine Schutzpolizei in einer Stärke« aufgestellt wissen, »die eine hinreichende Gewähr für die innere Sicherheit zu bieten« vermochte.³⁵ Adenauer tat dies ohne vorherige detaillierte Diskussion oder gar Beschlußfassung des Kabinetts. Als das Kabinett davon durch die Presse und nicht durch den Kanzler informiert worden war, war der Eklat da. Die Eigenmächtigkeiten empörten Teile des Kabinetts, allein Heinemann stellte Adenauer zur Rede. Noch fast sechs Jahre später beklagte Heinemann diesen Umstand: »Als Dr. Adenauer im August ohne Kabinettsbeschluß den Westmächten die westdeutschen Soldaten gegen die feste Besatzungsmacht anbot, war auch Dr. Dehler über diese Eigenmächtigkeit ungehalten, ließ mich aber im Stich, als ich die Konsequenz zog.«³⁶ Heinemann war es auch allein, der auf eigenes Drängen hin das Sicherheitsmemorandum einsehen konnte. Die Geschehnisse und Abläufe um das Sicherheitsmemorandum in diesen Augusttagen sind (noch) nicht im einzelnen vollständig rekonstruierbar. Blankenhorn ist selbst bei der Publikation seines Tagebuchs loyaler Mitarbeiter Adenauers. Während er ansonsten die wesentlichen politischen Ereignisse Tag für Tag darlegte, werden die für diesen Zeitraum bedeutsamen sicherheitspolitischen Fragen zusammengefaßt. Fragen der Sicherheitspolitik wurden ausnahmslos im Kabinett nicht protokolliert, so daß auch von daher die Quellenlage dürftig ist.³⁷ So bleibt nur der Versuch, sich mittelbar über die Aussagen beteiligter Politiker zu plausiblen Hypothesen vorzuwagen.

34 Siehe H. P. SCHWARZ, Adenauer, 1986, S. 727 und S. 741.

35 Memorandum des Bundeskanzlers Konrad Adenauer über die Sicherung des Bundesgebietes nach innen und außen v. 29.8.1950, in: K. v. SCHUBERT, Sicherheitspolitik. Teil 1, 1978, S. 83. Diese Sicherheitsdenkschrift ist hier erstmals vollständig publiziert worden.

36 Heinemann an Jaene, 24.4.1956, NL Hei II April – Dezember 1956.

37 Vgl. Quellenlage, in: Kabinettsprotokolle. Band 2. 1950, 1984, S. 23f. Vgl. auch Schreiben eines Protokollführers, (J. Rust) an den Verfasser, 28.3.1985. Zum Geschehensablauf siehe den

Wenn das Kabinett verärgert war, dann über die Art der Vorgehensweise des Kanzlers. Adenauer gab im Grunde genommen nämlich im Memorandum nur das wieder, was er bislang schon geäußert und vertreten hatte, in der Sache war sein Vorstoß kein Alleingang, wie die nachträgliche Legitimation im Kabinett zeigte.

Man kann diese Vorgehensweise auch unter dem Aspekt der Richtlinienkompetenz sehen. Buchheim interpretiert (zu Recht) die berühmte Formulierung im Sicherheitsmemorandum als Auffassung und Willensbekundung des Bundeskanzlers und ordnet sie als solche in den Bereich seiner Richtlinienkompetenz ein, nicht aber in den der Bundesregierung.³⁸ Diese Interpretation geht aber zu wenig auf die Qualität ein, die in diesem Vorgang lag. Der für Sicherheitsfragen zuständige Minister war mit dem Memorandum, einem offiziellen Dokument, nicht direkt befaßt gewesen, wenn auch Beamte seines Ministeriums an der ›Formulierung‹ beteiligt waren.³⁹ Sicherlich wurde das Memorandum als eines des Bundeskanzlers deklariert. In seinen Erinnerungen wurde es bezeichnenderweise zu einem Memorandum der Bundesregierung.⁴⁰ Als solches mußte es auch von den Alliierten angesehen werden. Wenn jemand desavouiert wurde, dann der für Sicherheitsfragen mit zuständige Innenminister. Tatsächlich konnte nämlich keine Rede davon sein, daß die Sicherheitsdenkschrift ›ausführlich beraten‹⁴¹ worden sei. Sie war nicht per se Gegenstand der Kabinettsitzung. Einen Kabinettsbeschluß hatte es auf keinen Fall gegeben. Zur »inneren Sicherung« der Bundesrepublik wollte Adenauer »auf Bundesebene eine Schutzpolizei« aufstellen. Adenauer räumte den Alliierten eine innenpolitische Kontrolle und eine internationale Inspektion durch das Militärische Sicherheitsamt ein.⁴²

Notwendigerweise mußte sich der Innenminister zur Wehr setzen, denn Adenauer hatte das Ressortprinzip zumindest nicht genügend beachtet. Heinemann reagierte sofort. In einer Aktennotiz hielt er den Vorgang fest: »Weil ich nicht in der Lage sei, mich in bedeutungsvollen Fragen, bei denen ich als Kabinettsmitglied und als in Polizeisachen zuständiger Ressortminister beteiligt bin, vor vollendete Tatsachen stellen zu lassen, (...) habe ich in der Kabinettsitzung am 31. August (...) um meine Entlassung aus der Bundesregierung gebeten.«⁴³ In der Sache jedoch opponierte Heinemann anfangs noch nicht. Eine sachliche Erklärung zum Memorandum gab er nämlich unmittelbar danach nicht ab. Es lassen sich demzufolge zwei Phasen beim Rücktritt Heinemanns ausmachen. Heinemann hob vor allem

persönlich gefärbten Bericht von Ch. THAYER, *Die Deutschen*, 1958, S. 240f. Den bisher umfassendsten Rekonstruktionsversuch unternimmt H. P. SCHWARZ, *Adenauer*, 1986, S. 762–767. Zum Verhalten des späteren Adenauerkritikers Dehler siehe F. KLINGL, 1985, S. 117f.

38 H. BUCHHEIM, *Adenauers Sicherheitspolitik*, 1975, S. 130.

39 Vgl. *Kabinettsprotokolle*. Band 3. 1950, 1986, S. 105f, FN 11.

40 K. ADENAUER, *Erinnerungen*, 1965, S. 355.

41 So H. BUCHHEIM, *Adenauers Sicherheitspolitik*, 1975, S. 129. Siehe aber R. FOERSTER, *Aspekte der Sicherheit*, 1982, S. 516. In Sicherheitsfragen wurde im Kabinett nicht protokolliert, so daß der Beweis für die eine oder andere Position letztlich nicht angetreten werden kann.

42 Siehe K. v. SCHUBERT, *Sicherheitspolitik*. Teil 1, 1978, S. 83.

43 Aktennotiz Heinemanns, 31.8.1950, NL Hei 1.

in der ersten Phase Verfahrensfragen hervor, wie das Vermittlungsgespräch mit Fritz Schäffer zeigte, das einen Tag nach dem Demissionsangebot stattfand. Heinemann entwarf ein Schreiben, das die Vermittlungsgrundlage sein sollte:

»I. Die Mitglieder der Bundesregierung treten Herrn Dr. Heinemann darin bei, daß das von dem Herrn Bundeskanzler am 30. August 1950 den Hohen Kommissaren überreichte Memorandum zur Sicherheitsfrage entsprechend der gemeinsamen Verantwortung vorher im Kabinett hätte erörtert werden sollen und erwarten, daß in Zukunft entsprechend verfahren wird. Das Memorandum wird den Mitgliedern der Bundesregierung unverzüglich zugestellt.

II. Zur Sache: 1. Ich bejahe die Notwendigkeit einer Bundespolizei unter Betonung beider Teile dieses Wortes, d. h. es soll sich nicht um militärische Kräfte, sondern um polizeiliche Kräfte handeln, die unmittelbar in der Hand der Bundesregierung sind. 2. Eine Mitwirkung an militärischer Rüstung lehne ich ab.«⁴⁴

In der Erinnerung klingt es bei Heinemann rigoroser, wenn er schreibt: »Ich legte ihm (gemeint ist Schäffer, J. M.) einige schriftliche Sätze vor, denen zufolge Dr. Adenauer erklären möchte, seine Eigenmächtigkeiten in Zukunft zu unterlassen. Ich bejahte darin die Notwendigkeit einer Bundespolizei, lehnte aber eine Mitverantwortung für militärische Rüstung gegen die vierte Besatzungsmacht erneut ab.«⁴⁵ Wohlgermerkt, Heinemann schrieb später von einer Mitverantwortung, nicht von einer Mitwirkung. Der Begriff Mitwirkung schließt das unmittelbare Beteiligtsein Heinemanns mit ein. An der Anfertigung der Sicherheitsmemoranden war Heinemann eben nicht beteiligt, deswegen auch die Kritik, was die Verfahrensfragen, was den Führungsstil Adenauers betraf. Dagegen ist der Ausdruck Mitverantwortung umfassender. Als Kabinettsmitglied hätte Heinemann die Mehrheitsmeinung, die Beschlüsse der Bundesregierung auch in der Sicherheitspolitik »mittragen«, ja mitverantworten müssen, selbst dann, wenn er überhaupt nicht unmittelbar am Entscheidungsprozeß beteiligt gewesen war. Mitverantwortung heißt auch für die Folgen einer Entscheidung einstehen. Die Mitverantwortung zielt damit wesentlich auf die inhaltlichen Momente der Entscheidung und weniger auf das prozedurale Verfahren ab. Wurden diese Begriffe von Heinemann gedankenlos benutzt? Dem ist nicht so. Erst im Verlauf der politischen Diskussion – auch in Briefen und Gesprächen mit Adenauer, die zwischen Rücktrittsangebot Ende August und erfolgtem Rücktritt Anfang Oktober lagen – trat der eigentliche Sachkonflikt stärker in den Vordergrund und überlagerte den Verfahrenskonflikt. Vielleicht hoffte Heinemann anfänglich, in der ersten Phase des Konflikts die Form der Willensbildung im Kabinett noch ändern zu können, wobei er auf die Ministerkollegen setzte, die schließlich die Vorgehensweise Adenauers auch nicht gebilligt hatten. Erst

44 Ebd..

45 Exposé Heinemanns v. 11.9.1950, zit. n. Heinemann, »Was Dr. Adenauer vergißt«, in: FH, 1956, S. 463.

mit der Erkenntnis, daß ihm das nicht gelang und der Konflikt in der Sache seine Mitarbeit im Kabinett ausschloß, wurde die Einlösung des Rücktrittsangebots unabweislich. Heinemann selbst schrieb später: »Da mich sowohl die übrigen Mitglieder der Bundesregierung als auch die CDU-Fraktion des Bundestages in der Auseinandersetzung (...) im Stich ließen, schied ich sechs Wochen später aus der Bundesregierung aus.«⁴⁶ Der Konflikt zwischen Adenauer und Heinemann blieb der Öffentlichkeit nicht lange verborgen, dafür sorgte der Evangelische Pressedienst. Auch er führte die Spannungen ursächlich nicht auf sachliche Fragen, sondern auf Verfahrensfragen zurück, weil sich Heinemann »gegen gewisse Methoden des Bundeskanzlers in der Sicherheitsfrage wenden mußte«.⁴⁷ Daneben spekulierte der Evangelische Pressedienst über einen anderen Grund, der in Heinemanns Amt in der EKD lag, einer Körperschaft, die alle Besatzungszonen umfaßte. Nach Meinung Adenauers vertrug sich dies nicht mit den Amtspflichten eines westdeutschen Bundesministers.⁴⁸ Am 4. September 1950 war Heinemann beim Bundeskanzler zu einem Gespräch eingeladen. Heinemann notierte zu diesem Gespräch: »Die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Herrn Bundeskanzler und mir ist aber, wie die am 4. September erfolgte Aussprache ergeben hat, darüber hinaus auch eine solche in der Sache.«⁴⁹ Die sachliche Meinungsverschiedenheit hatte, so die Aufzeichnung des Bundesinnenministers, »keine ressortmäßigen oder konfessionellen Gründe. Auch in bezug auf die Notwendigkeit zur Schaffung einer die innere Sicherheit gewährleistenden Bundespolizei bestehen keine Differenzen. Die sachliche Differenz hat ihren Grund vielmehr in unserer verschiedenen Beurteilung dessen, was heute zu einer deutschen Beteiligung an einer europäischen Aufrüstung und der sich daraus zwangsläufig ergebenden Eingliederung der Deutschen Bundesrepublik in den Atlantikpakt zu sagen ist.«⁵⁰ Nun wurde der Konflikt nicht mehr allein auf methodische Fragen zurückgeführt. Am 11. September kam es zu einer zweiten Aussprache zwischen den beiden Kontrahenten. Im Verlauf dieser Aussprache übergab Heinemann dem Kanzler eine kurze Erklärung darüber, wie er die Sicherheitsfrage sah. Heinemann befürchtete angesichts der alliierten re-education eine geistige Verwirrung, die die junge deutsche Demokratie gefährden könnte. Maßnahmen, die über eine Bundespolizei hinausgriffen, vertieften seiner Meinung nach den Riß durch Deutschland und spitzten den Spannungskonflikt zu, ohne die akute Bedrohung zu beheben.⁵¹ Der Rücktritt Heinemanns war mit dieser Darlegung seiner politischen Leitmotive nicht mehr aufzuhalten. Vielleicht

46 Heinemann, (Stellungnahme zur Rede des Abgeordneten Paul Bausch im Bundestag am 5.12.1952), Manuskript, 5.1.1953, S. 3, NL Scheu 1.

47 Meldung des Evangelischen Pressedienstes v. 4. September 1950, in: Kabinettsprotokolle. Band 3. 1950, 1986, S. 108.

48 Ebd..

49 Aufzeichnung des Bundesministers des Inneren (ohne Datum: vor dem 14. September 1950), ebd., S. 112.

50 Ebd., S. 112f.

51 Ebd., S. 113.

hätte sich der Konflikt, der sich auf die Amtsführung Adenauers bezog, überbrücken lassen, nicht jedoch der Unterschied in der Sache. Die politische Differenz zwischen beiden konnte nicht mehr durch Formelkompromisse ›aufgehoben‹ oder sogar einer echten Lösung zugeführt werden. Es blieb allein die Entscheidung in der einen oder anderen Richtung, nämlich zwischen den konfligierenden außenpolitischen Orientierungsmustern, zwischen Westintegration und dem Verzicht auf eine militärische Integration in den Westen. Warum erfolgte dann der Rücktritt Heinemanns erst im Oktober? War trotz alledem das Rücktrittsangebot Heinemanns nur taktisch gemeint? Wollte er Adenauer bloß unter ›Druck‹ setzen, den Richtungsstreit vielleicht für sich entscheiden? Diese Frage läßt sich im einzelnen (noch) nicht klären. Jüngere Publikationen jedenfalls⁵², die von einem ungewollten Rücktritt Heinemanns ausgehen, stützen sich im wesentlichen auf eine angebliche mündliche Äußerung Heinemanns gegenüber Globke, die erstmals Kosthorst⁵³ zitierte. Globke gegenüber soll Heinemann geäußert haben: ›Mußte man denn alles gleich so ernst nehmen?‹ Genaueres Kenntnis wird man deshalb erst erlangen, wenn der Nachlaß Globke für die Forschung einsehbar ist. Heinemann selbst erklärte die Zeitspanne zwischen Rücktrittsangebot im August und Rücktritt am 9.10.1950 mit ›internen Bemühungen aus CDU-Kreisen, sein Ausscheiden abzuwenden‹.⁵⁴ Vielleicht setzte Heinemann auch noch auf die Mithilfe der CDU-Fraktion.

Heinemann war sich nämlich dessen bewußt, ob seiner tatsächlichen oder vorgeblichen protestantischen Hausmacht zum Minister ernannt worden zu sein. In diese Richtung zielte seine Selbsteinschätzung, wenn er betonte, der Wahlkampf 1949 (gemeint war der Wahlkampf in Heidelberg, J. M.) sei mit den Persönlichkeiten eröffnet worden, die die drei Lager innerhalb der CDU/CSU repräsentierten: mit dem rheinischen Katholiken Adenauer, dem katholischen Föderalisten Ehard und dem Protestanten Heinemann.⁵⁵ In einem Schreiben vom 20.1.1950 an seine Schwägerin sprach Heinemann unverhohlen die Bedeutung der Konfession für seine Ernennung zum Minister aus: »Sicherlich ist es richtig, daß ich in mein derzeitiges politisches Amt nicht zuletzt gerade auch wegen meiner kirchlichen ›Hausmacht‹ geholt worden bin, so wie ja jeder Politiker in eine Regierung etwas mitbringen muß.«⁵⁶

Oder waren es neben diesen taktischen Überlegungen am Ende schlicht pragmatische Gründe, die Heinemanns vorläufiges Verbleiben im Amt

52 So A. DOERING-MANTEUFFEL, Kirchen, 1985, S. 26, FN 38. Er beruft sich u. a. auch auf Gerstenmaier. Die von ihm angegebene Fundstelle liefert nicht den erforderlichen Beleg für seine Aussagen. Morsey übernimmt das Urteil v. Doering- Manteuffel. Siehe R. MORSEY, Bundesrepublik Deutschland, 1987, S. 29.

53 Zit. n. J. KOSTHORST, 1972, S. 155.

54 Heinemann, »Linientreue statt Verantwortung«, in: GR, 3. Jg., Nr. 24/25 v. 10.6.1955, S. 1.

55 Siehe hierzu: »Du bist jetzt Fisch«, in: Spiegel, 6. Jg., Nr. 16 v. 16.4.1952, S. 9. Diesem Artikel lagen ausführliche Gespräche Heinemanns mit dem ›Spiegel‹ zugrunde. Vgl. Heinemann an Jaene, 19.4.1952, NL Hei II, April/Mai 1952. Zum Heidelberger Wahlkampfauftakt siehe auch U. WENGST, CDU/CSU, 1986, S. 42.

56 Heinemann, zit. n. H. LINDEMANN, 1978, S. 94.

erforderlich machten? Schließlich war noch ein Verwaltungsabkommen über die Bereitschaftspolizei der Länder zu regeln.⁵⁷ Mitte September jedenfalls drängte Heinemann auf ein Ergebnis der Aussprachen mit Adenauer, zumal er, wie er dem Bundeskanzler mitteilte, »unausgesetzt angegangen werde, meine Stellung zu den sachlichen Fragen öffentlich darzulegen«.⁵⁸ Adenauer zögerte den Termin einer erneuten Aussprache hinaus.⁵⁹ Treffend essayistisch schreibt Schwarz dazu: »Der Kanzler und sein Innenminister umkreisen sich lauernd wie zwei Judo-Kämpfer. Keiner will zu dem gefährlichen ersten Griff ansetzen.«⁶⁰

Vermittlungsversuche seitens evangelischer Freunde Heinemanns mußten Adenauer überdies in seiner Ansicht bestärkt haben, daß zwischen ihm und Heinemann in entscheidenden Fragen kein gemeinsamer Nenner mehr zu erzielen war. Beispielsweise hatte sich Adolf Scheu in einem Brief an Adenauer in der Hoffnung gewandt, es könnte sich zwischen beiden trotz alledem ein gemeinsamer Konsens finden lassen. Scheus Brief war ohne Wissen Heinemanns angefertigt und nicht mit ihm abgesprochen worden. Dennoch konnte er sich auf eingehende Diskussionen mit Heinemann berufen, gerade in den Fragen, die zwischen dem Kanzler und dem Innenminister strittig waren. Ausdrücklich gab sich Scheu deshalb in seinem Brief an Adenauer als persönlicher Freund Heinemanns zu erkennen. Auch wenn aus dem Schreiben Scheus weniger der ›Geist‹ Heinemanns als das Gedankengut der MRA⁶¹ sprach, mußte sich bei Adenauer allerdings die Skepsis bezüglich des Realitätsgehaltes der Politik Heinemanns verdichten. Scheu plädierte nämlich für eine ›ideologische Aufrüstung‹. Es sollte eine »Art Generalstab für ideologische Aufrüstung geschaffen werden, der für die freien Länder eine ähnlich entschlossene Haltung vermittelt, wie sie auf der anderen Seite seit Jahren von der Kominform in den Satellitenstaaten und im Westen durch die Fünften Kolonnen geführt wird (...). Ein solcher Generalstab muß im Kern eine geschulte Mannschaft von politisch und ideologisch klaren Christen sein.«⁶² Scheu schlug Adenauer eine Unterredung mit Heinemann in Caux, dem Sitz der MRA, vor. Die Haltung Scheus, die allein von der geistigen Widerstandskraft ausging, stand der Adenauerschen Einschätzung diametral gegenüber. Adenauers sicherheitspolitische Bedrohungsanalyse ging von der totalitär-expansiven Sowjetunion aus, der man ein Gegengewicht entgegenzusetzen hatte, und zwar ein faktisches, kein ideelles.⁶³ Durch solche Aktionen, wie Scheu sie anstellte, mußte sich

57 Vgl. Heinemann an Adenauer, 13.9.1950, in: Kabinettsprotokolle. Band 3. 1950, 1986, S. 114f.

58 Heinemann an Adenauer, 16.9.1950, ebd., S. 116.

59 Vgl. Notiz der Sekretärin Heinemanns, 21.9.1950, ebd., S. 130.

60 H. P. SCHWARZ, Adenauer, 1986, S. 767.

61 Zur MRA: G. MÜLLER-LIST, 1981, S. 11 – 23. Zu den Hauptzielen der MRA nach 1945, v. a. S. 12, S. 15.

62 Scheu an Adenauer, 14.9.1950, NL Scheu 9. Scheu wandte sich auch an Arnold, der über Kaiser ein Gespräch zwischen Adenauer und Scheu arrangieren sollte. Siehe hierzu Arnold an Kaiser, 13.9.1950, Abschrift, NL Scheu 9.

63 Siehe K. ADENAUER, Erinnerungen, 1965, S. 348f.

Adenauers Bild von Heinemann als eines weltfernen Idealisten verfestigen. Adenauer wollte handeln, Heinemann verlangte ›Geduld zum Warten‹.⁶⁴

Als nun Heinemann am 9.10. Adenauer einen Brief zukommen ließ, in dem er sich nicht gewillt zeigte, sich in der Frage der Wiederbewaffnung der Kabinettsdisziplin zu beugen, sondern auf dem Standpunkt beharrte, seine Meinung in der Rüstungsfrage auch als Regierungsmitglied offen darlegen zu können, entließ Adenauer Heinemann schließlich.⁶⁵ Heinemann hatte für sich, wie er es in seiner letzten Kabinettsitzung am 10. Oktober 1950 formulierte, »keine schrankenlose Redefreiheit« gefordert. Er meinte: »Nur wenn andere draußen über die Rüstung sprechen, möchte ich auch eine gewisse Redefreiheit für mich haben.«⁶⁶

Das wochenlange Hin und Her zwischen Heinemann und dem Bundeskanzler hatte Adenauer für sich und damit gegen die politischen Vorstellungen Heinemanns entschieden. Heinemann wurde aus seinem Ministeramt entlassen. Damit konnte sich das Unbehagen, das hie und da an der zielgerichteten Westpolitik Adenauers seit 1949 geäußert worden war, in einem ehemaligen Regierungsmitglied verkörpern. Es war nur die Frage, was würde Heinemann nun gegen die Politik Adenauers unternehmen? Mit seinem Rücktritt hatte er den Grundstein eines anderen außenpolitischen Kurses gelegt. Heinemanns Ausscheiden war für ihn nicht ganz frei »von Gefühlen der Bitterkeit«⁶⁷. Nun erfuhr die Öffentlichkeit durch Heinemanns publizierte Rücktrittserklärung ausführlich von seinen Beweggründen und Zwecken, warum er gegen Adenauer opponiert hatte.

Adenauer ging in seinem Entlassungsschreiben vom 9.10.1950 nicht auf die tatsächlichen Gründe des Dissenses zwischen ihm und Heinemann ein, folgerichtig verschweigt er sie auch in seinen Erinnerungen: weder sein Führungsstil noch die Differenzen in der entscheidenden Wiederbewaffnungsfrage wurden von ihm thematisiert. Statt dessen warf Adenauer Heinemann politische Schwäche und ministerielles Versagen vor.⁶⁸ Die evangelische Hausmacht, auf die Heinemann glaubte, sich stützen zu können, war de facto nicht vorhanden. Weder die Protestanten in der Bundestagsfraktion noch im Kabinett, nicht einmal Eugen Gerstenmaier und Hermann Ehlers, sein persönlicher Freund aus den Zeiten der Bekennenden Kirche, beide Synodale, stützten Heinemann. Geschickt leistete Adenauer den Protestanten dadurch Tribut, daß er Robert Lehr zum Innenminister ernannte und Hermann Ehlers für die Nachfolge im Bundestagspräsidentenamt favorisierte. Vielleicht hatte Adenauer auch nur

64 Heinemann, zit. n. Adenauer, Vermerk über ein Gespräch mit dem Bundesminister des Inneren am 11.9.1950, in: K. ADENAUER, Briefe, 1985, S. 278.

65 Vgl. Heinemann an Adenauer, 9.10.1950, in: Kabinettsprotokolle. Band 3. 1950, 1986, S. 192. Vgl. auch Adenauer an Heinemann, 9.10.1950, ebd., S. 194.

66 Heinemann, zit. n. 103. Kabinettsitzung am 10. Oktober 1950, ebd., S. 39.

67 So der Bundespräsident Heuss an den Bundesminister Gustav W. Heinemann, 11.10.1950, ebd., S. 205.

68 Adenauer an Heinemann, 9.10.1950, ebd., S. 194. Adenauers Verdikt, Heinemann hätte sich zu den Fragen: Schutz der Verfassung und Aufbau der Polizei passiv bzw. negativ gestellt, ist unzutreffend. Vgl. K. ADENAUER, Erinnerungen, 1965, S. 373f.

den Mythos der Geschlossenheit des protestantischen Flügels in der CDU/CSU erkannt. Heinemann schien zumindest innerhalb der CDU isoliert. So blieb allein die Frage offen, inwieweit es Heinemann gelingen würde, Teile der evangelischen Wähler gegen den außenpolitischen Kurs Adenauers zu mobilisieren, sofern das in Heinemanns Absicht lag. Chancenlos war das nicht.

Heinemann war vom Ministeramt zurückgetreten. Doch er hatte auch, wie dies der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Ernst Wilm, dem Kanzler mitteilte, »die Entscheidung der Synode und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland in seinem Amt als Minister vertreten, und hinter diesen Entschliefungen stehen sehr viele evangelische Christen.«⁶⁹ Der Publizistische Ausschuf des Kirchentages der EKD verfaßte am 15.10.1950 einen Beschluß, in dem auf die Übereinstimmung zwischen der Heinemannschen Position und der Resolution des Rates der EKD vom August 1950 zur Wiederaufrüstung hingewiesen wurde. Mit der Entschliefung des Publizistischen Ausschusses wurde an die Protestanten appelliert, »den Rücktritt eines maßgeblichen Repräsentanten der deutschen evangelischen Christenheit nicht als Aufforderung zum Rückzug des evangelischen Christen aus der politischen Verantwortung zu verstehen.«⁷⁰ Die latente Tendenz gegen die Politik der Bundesregierung, wie sie in Teilen des Protestantismus seit 1949 zu beobachten war, trat nun mit Heinemanns Rücktritt aus dem kirchlichen Raum endgültig heraus und fand Eingang in die unmittelbare politische Öffentlichkeit. Die Demission Heinemanns schloß eine politische Episode ab und leitete eine neue politische Entwicklung ein.⁷¹ Durch Heinemanns Rücktritt sahen Teile der evangelischen Christen den »Anfang einer protestantischen Politik« gekommen, die »Partei ergreift nicht für ideologisch vorbelastete Formationen, (...), sondern für den Menschen überhaupt, für das Volk überhaupt, in dem wir geschichtlich leben.« Diese Parteinahme gebot »hinsichtlich der politischen Verantwortung für die Deutschen nie einseitig nach Osten oder Westen (zu) tendieren.«⁷²

Dieser politische Denkanatz, der hier sichtbar wird, hat seine Wurzeln auch im Verständnis von Religion und Kirche. Es geht nicht um eine bestimmte parteimäßige Orientierung oder ideenmäßig begründete Fundierung praktisch betriebener Politik, sondern der Ausgangspunkt ist ein spezifisches Verständnis des Christseins: »*Man kann nicht kirchlich so, und politisch anders denken*«, schrieb der Synodale Hammelsbeck. »*Die Synode, die danach fragte, was die Kirche für den Frieden tun könne, bindet einen jeden, der verantwortlich an ihren Beratungen und Beschlüssen beteiligt gewesen ist und ihnen zugestimmt hat. Die Synodalen Heinemann und Niemöller und wir anderen Mitbeteiligten machten uns und die ganze*

69 Der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Wilm, an Adenauer, 15.10.1950, in: Kabinettsprotokolle. Band 3 1950, 1986, S. 222.

70 Stammler an Heinemann, 16.10.1950, Anlage: die Resolution vom 16.10.1950, NL Hei 17.

71 Vgl. Hammelsbeck, »Politische Umschau«, in: StdG, 2. Jg., Nr. 11 v. November 1950, S. 13.

72 Hammelsbeck, »Politische Umschau«, in: StdG, 2. Jg., Nr. 12 v. Dezember 1950, S. 2.

Synode einer fahrlässigen Gotteslästerung schuldig, wenn wir die in Gottes Wort erforschte Gewissensentscheidung im weltlichen Handeln verleugnen würden.«⁷³ In dieser Verklammerung von Politik und Religion besteht die Tiefendimension, die fortan den Kampf Heinemanns und seiner Anhänger entscheidend prägen sollte, ohne daß sie immer den Bezug zur Religion explizit herstellten. Wie sah nun diese ›tiefere‹ Dimension aus? Was folgte daraus für das politische Handeln?

73 Hammelsbeck, »Politische Umschau«, in: StdG, 2. Jg., Nr. 11 v. November 1950, S. 13f.

Theologisch-politische Grundhaltung Heinemanns

1. Der Christ im Staat aus der Sicht Heinemanns

Heinemanns Verständnis der Aufgabe des Christseins in der Welt hatte seine theologische Fundierung und war bestimmt von seiner geschichtlichen Interpretation des Verhältnisses von Staat und Kirche. Er sah im landesherrlichen Kirchenregiment mit der Folge einer engen Bindung von Kirche und Staat einen ursächlichen Faktor für Fehlentwicklungen in der deutschen Geschichte.

Deshalb unterblieb für ihn durch »das Bündnis von Thron und Altar« innerkirchlich die Entwicklung lebendiger Kirchengemeinden,¹ politisch konnte sich seiner Meinung nach in Deutschland keine demokratische Freiheit und kein eigenständiges staatsbürgerliches Handeln entwickeln.²

Dem liegt eine spezifische Auslegung des Paulusbriefes Römer 13 zugrunde, wie sie Karl Barth vorgenommen hatte. Diese Bibelstelle interpretierte Heinemann eben nicht im Sinne eines vom Bürger verlangten passiven Verhaltens im Staatswesen, sondern dergestalt, »daß wir der Obrigkeit eine Unterordnung schulden im Sinne einer tätigen Mitverantwortung, im Sinne einer aktiven Einordnung in das öffentliche Leben.«³ Dadurch kommt dem staatsbürgerlichem Handeln eine hohe ethische Verpflichtung zu. Der Staat ist nicht ein Gegenüber, sondern er lebt von der demokratischen Verantwortungsbereitschaft und Mitarbeit seiner Bürger. Das positive Vorbild zu Deutschland sah Heinemann in der englischen, das negative Gegenbeispiel in der russischen Kirchengeschichte.⁴ Der Wechsel der staatlichen Kirchenpolitik im 16. Jahrhundert führte nach Heinemanns

1 Zur deutschen Entwicklung des Protestantismus in der Sicht Heinemanns siehe Heinemann, »Demokratie und christliche Kirche. Ein Beitrag zu einer ›deutschen Demokratie‹«, (Vortrag in verschiedenen Städten des Ruhrgebiets 1945/46), in: ders., Glaubensfreiheit, 1976, S. 11 – 21, hier zur deutschen Entwicklung v.a. S. 15-19. Siehe auch Heinemann, »Evangelische Kirche heute«, (Vortrag 16.11.1949), ebd., S. 52 – 65, hier S. 56f. Siehe auch Heinemann, »Gedanken zur politischen Ethik«, (Aufsatz Juli 1957), ebd., S. 148 – 152, hier S. 148.

2 Vgl. Heinemann, »Politik und Glaube«, (Referat bei der Tagung der Evangelischen Alt-Akademikergesellschaft am 2.6.1951), Manuskript, S. 3, NL Hei 128. Zu Heinemanns Beurteilung des Verhältnisses von Staat und Kirche in der deutschen Geschichte siehe auch A. v. CAMPENHAUSEN, Staat, 1981, S. 1 – 23, hier S. 2f.

3 Heinemann, »Der Christ in der öffentlichen Verantwortung«, Manuskript, 8.5.1947, S. 5, NL Hei 120.

4 Vgl. beispielhaft Heinemann, »Was geht heute in der Evangelischen Kirche vor?« (Vortrag 17.12.1946), in: ders., Glaubensfreiheit, 1976, S. 30f. Siehe auch Heinemann, »Demokratie und christliche Kirche«, ebd., S. 11 – 15.

Auffassung dazu, daß die Verteidigung der religiösen Freiheiten die politische Demokratie erzwang. In der amerikanischen Entwicklung sah er geradezu »das Musterbeispiel demokratischer Ordnung des öffentlichen Lebens aus religiöser Wurzel«⁵ Allein aus diesem Grund war ihm ein platter Antiamerikanismus fremd. Die demokratischen Qualitäten des nordamerikanischen Staates schätzte er sehr hoch ein, selbst wenn er seinen außenpolitischen Kurs mißbilligte.

Dagegen beklagte er die deutsche kirchengeschichtliche Entwicklung, die für ihn zu einer engen Hinwendung der Kirchen zu den politisch konservativen Kräften geführt hatte. Der Katholik Maier meint zu dieser Entwicklung: Mit dem Ende der Monarchie in Deutschland und dem Anfang der Weimarer Republik begann »ein Heraustreten aus den traditionellen Strukturen, aus der Geborgenheit einer Reichs- oder Landeskirche; in beiden Fällen das Zurückgeworfenwerden der Gläubigen auf das Wesen der Kirche und ihre Sendung – gegenüber den bis dahin geltenden politischen, dynastischen und landschaftlichen Loyalitäten, die oft genug den Blick für die eigentlichen religiösen Aufgaben verstellten.«⁶

Für Heinemann stellte sich vor dem Hintergrund der Barth'schen Theologie die Umorientierung des Protestantismus in der Auseinandersetzung der Kirche mit dem Nationalsozialismus ein. Die Nationalsozialisten hatten versucht, die protestantische Kirche in ihre Dienste zu nehmen. Sie hatten die Einheit der Kirche durch die Einsetzung eines Reichsbischofs hergestellt und mit den ›Deutschen Christen‹ sich ein Organ geschaffen, das sich bedingungslos dem Nationalsozialismus unterstellte. Gegen diese Tendenzen wandte sich die »Bekennende Kirche«, die sich 1934 in der Barmer Synode formiert hatte. Die Barmer Synode war es, die für einen großen Teil des Protestantismus, der sich theologisch an Karl Barth ausrichtete, eben die Neuorientierung in ihrem Verhältnis zum Staat brachte. Zwar war Barmen, wie Heinemann erkannte, zunächst mehr ein theologisches denn ein politisches Ereignis. Doch auch für ihn brachte die Barmer Synode »die große Wende im Verhältnis zum Staat.«⁷ Die Loyalität des Bürgers, ein Ergebnis des lutherischen Gehorsamsverständnisses, wie es der Römerbrief 13 des Paulus nahelegen schien, wurde nun gelockert, ja sogar in Frage gestellt. Teile des Protestantismus entwickelten ein Selbstverständnis, das den Staat nun im Lichte der evangelischen Verantwortung bewertete. Prägnant faßt Stammler den wirkungsmächtigen Vorgang von Barmen zusammen: »Im Grunde hat Hitler den Protestanten dasselbe beschert wie Bismarck den Katholiken im Kulturkampf. Der Protestantismus hatte seine eigenen Konzeptionen von politischer Verantwortung im Staat und auch gegenüber dem Staat freigesetzt.«⁸ Indem so 1934 in Barmen

5 Heinemann, »Demokratie und christliche Kirche«, ebd., S. 13.

6 H. MAIER, Staat, 1972, S. 159.

7 Heinemann, »Bemerkungen zum Verhältnis von Kirche und Staat«, (Rede vor der Generalversammlung der Görres-Gesellschaft am 6.10.1973), in: Bulletin v. 10.10.1973.

8 E. STAMMLER, 1985, S. 238.

die Frage nach dem Wesen, der Einheit, dem Auftrag der Kirche im reformatorischen Verständnis geklärt wurde,⁹ wirkte die Kirche mittelbar, weil ihr Verhältnis zum Staat neu bestimmt worden war, auf die Politik in der Bundesrepublik ein. Die Staatsidentifizierung wurde durch kritische Anteilnahme am staatlichen Gemeinwesen ersetzt. Die politische Abstinenz, die der jeweils bestehenden politischen Ordnung diente, entsprach nach Ansicht der evangelischen Christenheit nach dem Kirchenkampf nicht mehr der Aufgabe der christlichen Gemeinschaft im politischen Leben.¹⁰

Im deutschen Protestantismus hatte es schon immer zwei konkurrierende Traditionslinien gegeben. Die eher konservative Orientierung, die lutherische Richtung, führte vor dem Hintergrund der sog. ›Zwei-Reiche-Lehre‹¹¹ zu einer engeren Bindung der Kirche an den Staat. Sie ging zurück auf den späten Luther und dessen Verständnis von politischer Ordnung. Luthers strikte Unterscheidung zwischen geistigem und weltlichem Reich begünstigte im Protestantismus durchaus eine Entwicklung, die der Kirche allein geistliche Aufgaben zumaß, mithin zu ihrer politischen Abstinenz führte, und zwar in dem Sinne, daß obrigkeitliches Handeln eher akzeptiert, denn kritisch begleitet wurde. So stärkte die Kirche letztlich die Bindung zwischen sich und dem Staat, die bereits im landesfürstlichen Kirchenregiment mit seinem Summepiskopat angelegt war.¹²

Die reformierte Richtung, der Heinemann und seine politischen Anhänger aus dem protestantischen Lager zuzurechnen waren, stand im Gegensatz dazu in der Tradition des jungen Luther und dessen Verständnis von Freiheit und Gewissen. Von daher hatte diese Orientierung eher eine kritisch-progressive Tendenz.¹³ Gerade die Situation nach 1946 begriff Heinemann als Chance, einen völlig neuen Weg zu beschreiten. Der ›reaktionäre Konservatismus‹ hatte für ihn ausgespielt, verloren und der Nationalsozialismus war zerschlagen worden. Mit ihrer Niederlage wurden für Heinemann jene sozialen Kräfte, die sich als Gegner des demokratischen Gemeinwesens erwiesen hatten, »hinweggefegt«¹⁴.

Heinemann berief sich wiederholt – auch noch als Bundespräsident – auf die in Barmen verabschiedeten Thesen, die sein Verständnis von Kirche und Politik definierten.¹⁵ 1947 gab Heinemann in einem Vortrag seine Sicht von Kirche und Staat prägnant wieder: »Die Bibel kennt zwei Gewalten,

9 Vgl. zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Barmer Erklärung K. SCHOLDER, *Grundlage*, 1984, S. 520 – 522 und K. SCHOLDER, *Kirchen*, 1985, S. 194 – 199.

10 Vgl. U. SCHEUNER, *Stellung*, 1979, S. 121 – 150, hier S. 137.

11 Vgl. hierzu im einzelnen G. WOLF, 1972.

12 Vgl. zu dieser Diskussion: H. SIMON, 1974, S. 192 f., A. v. CAMPENHAUSEN, *Staatskirchenrecht*, 1973, S.33f. Zur historischen Bewertung der verschiedenen Auffassungen, Meinungen und Richtungen des Protestantismus im 19. Jahrhundert: vgl. F. SCHNABEL, 1987.

13 Vgl. E. STAMMLER, 1985, S. 238. Zu den beiden Strömungen siehe auch U. SCHEUNER, *Stellung*, 1979, S. 125 – 128.

14 G. HEINEMANN, *Demokratie und christliche Kirche*, in: ders., *Glaubensfreiheit*, 1976, S.19.

15 Vgl. z. B. G. HEINEMANN, »Evangelische Kirche heute«, (Vortrag 16.11.1949), in: ders., *Glaubensfreiheit*, 1976, S. 54f. Ders., »Evangelische Kirche in Deutschland heute und die Wiederaufrüstung«, (Vortrag 1.12.1950), ebd., S. 70. Ders., »Synode und Parlament«, (Ansprache 6.10.1971), in: ders., *Allen Bürgern*, 1975, S. 134.

denen sie besondere Achtung zuteil werden läßt. Das eine ist die göttliche Gewalt, und das andere ist die obrigkeitliche. Diese beiden Gewalten werden im Neuen Testament herausgehoben mit dem Anspruch, daß ihnen Respekt und Ehrung geschuldet werden (...). Wo aber Obrigkeit ist, ist sie von Gott verordnet. Die Bibel spricht damit aus, daß die Obrigkeit – das ist das weltliche Regiment, das ist die Schwertgewalt – von Gott verordnet ist, und zwar, wie sie sagt, zur Strafe der Bösen und zum Ruhme der Guten (...). Die weltliche Obrigkeit ist eine Ordnung Gottes zur Wahrung der Gnade. In diesem Sinne spricht die fünfte These der Barmer Erklärung der Bekennenden Kirche von 1934 folgendes aus: Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Deutschland in Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Recht, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und an die Verantwortung der Regierenden und Regierten (...). Im Hinblick auf diese der Obrigkeit von Gott gesetzten Aufgaben obliegen dem Christen ganz bestimmte Pflichten gegenüber dieser Obrigkeit. Die eine Pflicht ist die, daß er der Obrigkeit die gebührende Ehre schuldet. Fürchtet Gott, ehret den König,«¹⁶ Die Anerkennung der spezifischen Funktion des Staates, für Recht und Frieden zu sorgen, unterliegt demzufolge der unbedingten Verpflichtung, Gottes Gebote und Gerechtigkeit einzulösen mit der Maßgabe, daß der Christ im öffentlichen, politischen Raum besonders gefragt ist.

Aus der Geschichte von Kirche und Staat, entsprechend dem christologischen Ansatz Barthscher Theologie, leitete sich das Selbstverständnis der Kirche ab, deren besonderer Auftrag in der »Botschaft Gottes an die Welt« liegt.¹⁷ Die Kirche konnte und mußte sich gegebenenfalls gegen den Staat richten, wenn dieser nicht mehr von der Sorge um Recht und Frieden geleitet wurde. »Die Kirche steht dem Staat gegenüber und rückt ihn in das Licht der ihm von Gott zugemessenen Funktion,«¹⁸ beschrieb Heinemann die kirchliche Aufgabe. Damit ist vom theologischen Verständnis her eine kritische Tendenz gegenüber staatlichem Handeln immanent angelegt. Die Geschichte von Staat und Kirche hatte für jene Protestanten, die der Barthschen Theologie folgten, keinen Rückzug in die Privatsphäre zur Folge, im Gegenteil. Politik und Religion waren gerade für Heinemann eng aufeinander bezogen. Christliches Denken und Handeln erfuhr eine auf Mitwirkung und Mitverantwortung in der Politik zielende Richtung. Der Christ hatte geradezu einen Öffentlichkeitsauftrag. »Christus ist der Herr der ganzen Welt, nicht nur seiner Gemeinde. Er ist König aller Könige und Herr aller Obrigkeiten.«¹⁹ Mit diesem Postulat

16 Heinemann, »Der Christ in der öffentlichen Verantwortung«, Manuskript, 8.5.1947, S. 3f, NL Hei 120.

17 J. BECKMANN, 1952, S. 77f.

18 G. HEINEMANN, »Neue Fakten und Formen des politischen Engagements der Evangelischen Kirche«, (Vortrag 1.5.1966), in: ders., Glaubensfreiheit, 1976, S. 222.

19 G. HEINEMANN, »Evangelische Kirche in Deutschland heute und die Wiederaufrüstung«, ebd., S. 74.

stellte Heinemann in Anlehnung an Barth, dessen Schrift ›Christengemeinde und Bürgergemeinde‹ er zustimmend zitierte,²⁰ den unbedingten Zusammenhang zwischen christlicher Glaubensorientierung und politischem Handeln her. Es konnte keinen Sonderbereich mehr geben: Politik und Gesellschaft waren der Königsherrschaft Christi unterstellt. Der Gehorsamsanspruch Gottes überwölbte das staatliche Verpflichtetsein der Menschen und konnte es gegebenenfalls sogar aufheben. Der Christ liegt in diesem Verständnis dem Staatsbürger logisch voraus. Aus der christlichen Existenz heraus entwickelte sich politisches Engagement und gegebenenfalls kritische Distanz zum staatlichen Handeln.

Dieses Verständnis des Verhältnisses der Kirche zum Staat und zur Gesellschaft wurde besonders sichtbar im ›Wort des Bruderrates zum politischen Weg unseres Volkes‹ aus dem Jahr 1945. Der Bruderrat kritisierte den »Traum von der deutschen Sendung«, das »Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten« und brandmarkte, »die notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben des Menschen« wie das »Recht zur Revolution« verneint zu haben.²¹ Bewußt wandte sich dieses Wort des Bruderrates gegen bestehende politische Tendenzen. Die Kirche identifizierte sich so nicht ohne weiteres mit der existierenden Demokratie. Diese Königsherrschaft konnte bei jenen Protestanten, die der sog. lutherischen Richtung zugerechnet wurden, keine Zustimmung finden, da sie in ihrem Verständnis den beiden Reichen, Kirche und Staat, eigengesetzliche Sphären zumaßen.²² Wer die Prämisse der Königsherrschaft aber bejahte, entfaltete mit ihr gegebenenfalls eine entschiedene Kritik des Bestehenden: »Gott Recht geben, seinem Wort und Befehl trauen und gehorchen«²³, formulierte es Heinemanns politischer Mitstreiter in der GVP, der Geschäftsführer des Bruderrates der Bekennenden Kirche, Herbert Mochalski. Aus der Verantwortung des evangelischen Christen heraus, wie sie Heinemann verstand, die dem sachlichen Auftrag und dem Gehorsam gegen Christus gerecht wurde, erfuhr das Christsein eine eminent politische Orientierung. Die Christen, so Heinemann, mußten »einerseits das politische Handeln aus seiner Eigengesetzlichkeit unter den Herrschaftsanspruch Christi zurückrufen und andererseits die Verkündigung des zeitlosen Evangeliums so lebensnah gestalten, daß daraus auch eine Hilfe für den Alltag wird. Deshalb sollte die Verkündigung des Evangeliums m. E. so nahe wie möglich an die Front der aktuellen Situationen und Fragen heranrücken.«²⁴ Konkret standen politische Sachentscheidungen

20 Vgl. Heinemann, »Der Christ in der öffentlichen Verantwortung«, Manuskript, 8.5.1947, S. 20f, NL Hei 120.

21 Zit. n. G. HEIDTMANN, 1958, S. 27f.

22 Zu den Grundlinien der politischen Ethik der lutherischen Reformation siehe W. KÜNNETH, 1961, S. 52 – 76. Aus reformierter Sicht zu Luthers Lehre von den zwei Reichen siehe H. GOLWITZER, 1964, S. 7 – 31. Kritisch zur Luther-Apologik und zur Zwei-Reiche-Lehre in der alten Form v. a. S. 17 – 31.

23 Mochalski, »Die Stunde der Bewährung«, in: StdG, 3. Jg., Nr. 8 v. August 1951, S. 2.

24 Heinemann an Dilger, 5.7.1951, NL Hei 39.

unter diesen obwaltenden Bedingungen nicht uneingeschränkt im Belieben des einzelnen. Säkulare Entscheidungen standen, weil es die Königsherrschaft Gottes gab, unter dem Gehorsamsvorbehalt Gott gegenüber. Weltliche Entscheidungen drohten so theologisch aufgewertet zu werden. Gerade bei der Diskussion um die Sicherheitspolitik, um die Friedenssicherung und um die mit ihnen zusammenhängenden politischen Probleme lag und liegt diese Gefahr immer nahe. Sie drohten »unter der Hand zu Glaubensentscheidungen, sodann zu *casus stantis et cadentis ecclesiae* zu werden.«²⁵ Selbst wenn die vor Gott gefällte Gewissensentscheidung nicht zu einem Bekenntnisurteil geriet, anhand der der *status confessionis* gemessen wurde, legte allein der Verweis, daß eine bestimmte Lagebeurteilung, (z. B. die Unerlaubtheit der westlichen Aufrüstung) *coram deo* getroffen wurde²⁶, wie es Heinemann und die reformierten Protestanten in der Wiederbewaffnungsfrage für sich beanspruchten, eine Verbindlichkeit für die Kirche und den Christen als solche nahe. Diese Position geriet so zumindest in Gefahr, das Heinemannsche Verdikt, »keine Verkirchlichung von Politik und Staat« und keine »Politisierung der Kirchen« zu wollen, praxeologisch aufzuheben.²⁷ Faktisch reduzierte sich die Heinemannsche Position darauf, qua Kirchenamt nicht einer bestimmten politischen Partei das Wort zu reden. Das wäre die für ihn unzulässige Instrumentalisierung der Kirche gewesen und in letzter Konsequenz auf die Verchristlichung des Politischen hinausgelaufen – mit dem Ergebnis eines christlichen Staates, den Heinemann nicht zuletzt aus theologischen Erwägungen ablehnte.²⁸ Eppler prägte einmal für diesen christlich-politischen Typus den sehr treffenden Begriff des »antiklerikalen Christen.«²⁹ Heinemanns Verständnis der Religion führte zu einer kritischen Hinwendung zur bestehenden Politik, und er politisierte indirekt die Kirche. Seine theologischen Gegner verkannten aber, daß sie mit ihrem Verständnis, das Gegebene zu akzeptieren bzw. die Politik der Bundesregierung nicht zu kritisieren, ebenfalls Politik betrieben. Auch diejenigen, die ihr Christsein im Raum privater Frömmigkeit praktizierten, machten nach Meinung Heinemanns Politik. Der Unterschied in der Denkrichtung lag darin, daß Heinemann und die reformierten Protestanten bewußt für die »politische Diakonie«³⁰ eintraten und sich damit den Vorwurf einhandelten, die Kirche zu politisieren. Doch wer nicht kritisierte, nahm zumindest das Bestehende billigend in Kauf.

Der Neubeginn im theologischen Denken und in der praktischen Politik der Protestanten nach 1945 war zweifelsfrei auch durch die Mitschuld bedingt, die sich die evangelischen Christen am totalen Zusammenbruch

25 H. THIELICKE, *Glauben*, 1983, S. 594.

26 Vgl. H. THIELICKE, *Theologische Ethik*, 1958, S. 652f.

27 Heinemann, »Warum Union?«, Manuskript, 29.6.1949, S. 4, NL Hei 119.

28 Vgl. Heinemann, »Christ und Politik«, (Vortrag 18.11.1951), in: *Das Parlament* v. 28.11.1951.

29 Eppler an Heinemann, 29.7.1955, NL Hei II Juli 1955.

30 Diese politische Diakonie führte auf der Synode der EKD 1951 zu kontroversen Diskussionen. Vgl. Hamburg 1951. Bericht über die dritte Tagung der ersten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 1. – 6. April 1951.

der deutschen Politik gaben.³¹ Das Schuldverständnis wirkte als Katalysator, der gegebenenfalls Kritik am aktuellen Handeln des Staates »beschleunigte«.

2. Die Wiederbewaffnungsfrage bei Heinemann unter dem Aspekt christlicher Deutung

Diese Distanz machte sich besonders bemerkbar, als in der Bundesrepublik wegweisende Entscheidungen getroffen wurden, die wie die Wiederaufrüstung die Gewissensentscheidung des Christen verlangten. Die enge Beziehung von Religion und Politik wurde hier besonders deutlich: »Das Rechnen nur mit sogenannten politischen Argumenten können diejenigen, welche Religion für Privatsache oder für eine Weltfremdheit halten, auch. Wollten wir aber nicht gerade den Anspruch Jesu Christi auch im politischen Leben wirksam sein lassen? (Barmen, These 2) Und wenn ja: müßte sich dieses nicht gerade bei einer Frage wie die der Aufrüstung exemplarisch vollziehen? Wie hat das zu geschehen? Das ist es, worum es geht! In Abwandlung auf die jeweilige Aufgabe und Verantwortung kehrt diese Frage auf der ganzen Front evangelisch-öffentlicher Verantwortung wieder. (...) Die politische Diakonie bedarf mit anderen Worten ihrer Entfaltung aus der Einheit des Gehorsams gegenüber dem sachlichen Auftrag und dem Herren der Welt (...).«¹ Diese Politik aus christlicher Verantwortung, die mit Gott rechnete, war für Heinemann gerade in einer so bedenklichen Angelegenheit wie die der Wiederaufrüstung gefordert. Wenn sie keine Phrase sein sollte, dann, so Heinemann, »werden wir gerade in dieser entscheidenden Frage bedenken müssen, was in unserer Situation Gottes Wille ist. Wir sind in zwei blutige Kriege und zwei nationale Katastrophen hineingeraten, weil wir allzu sehr bereit waren, unser Vertrauen auf die Kraft der Waffen zu setzen. Gott hat uns gezeigt, daß diese Rechnung eine Fehlrechnung ist. Haben wir, wenn wir jetzt schon wieder zu den Waffen greifen wollen, gelernt, daß Gott uns die Geduld und den Mut beibringen will, in gefahrvollster Situation im Vertrauen auf seine Hilfe die von uns nicht vorher zu sehenden Möglichkeiten seines Weltregimentes real in Rechnung zu stellen? Ich kann mich des Gedankens nicht erwehren, daß der Ruf nach einer deutschen Remilitarisierung ebenso sehr Ausdruck einer ungläubigen Angst ist, wie die fatalistische Apathie, von der ein anderer Teil unseres Volkes befallen ist. Jeder Form des Unglaubens droht aber nach unserer besonderen deutschen Erfahrung die Strafe Gottes, auch im nationalen Leben.«² Heinemann rechnete mit Gott, der für ihn nicht eine Idee, sondern der tatsächliche »Herr der Welt ist,

31 Vgl. D. POSSER, »Glaube und politische Verantwortung« (Aufsatz 1974), hier zit. n. ders., Reden und Aufsätze 1952 – 1978, S. 279, Archiv J. Müller.

1 Heinemann, »Zur theologischen Bemühung um Politik aus christlicher Verantwortung«, in: StdG, 3. Jg., Nr. 5 v. Mai 1951, S. 6.

2 Heinemann an Adenauer, 9.10.1950, in: Kabinettsprotokolle. Band 3. 1950, 1986, S. 191f.

ohne dessen Willen kein Haar von unserem Haupte fallen kann!«³ Heinemann erweiterte, um es technokratisch zu formulieren, das politische Szenario um einen zusätzlichen Faktor, und zwar einen transzendenten, der für ihn gleichwohl wirksam war. Die Existenz dieses Faktors entzieht sich einer Einpassung in einen Kausalnexus. Gott, der Herr der Welt, greift für Heinemann in die Weltgeschichte ein, er ist Realität, Ursprung und Garant, nicht bloße metaphysische Idee. Die sich vollziehende politische Wirklichkeit ist für Heinemann nicht ohne Gottes Wirken denkbar, sein Weltregiment und seine Fragen an den Menschen werden nach ihm nicht zuletzt im Krieg sichtbar. Heinemann räumte ein: »Niemand kann den Willen Gottes in unserer heutigen Lage verbindlich aussprechen«. Doch ebenso beanspruchte er für sich »die Sicht derer, die sich nach Gottes Willen heute gegen eine Aufrüstung in Deutschland aussprechen (...).«⁴ Er interpretierte die Geschichte auch unter theologischen Aspekten. Nach ihm sah die Christenheit »in jedem Krieg ein Gericht Gottes an den Völkern«.⁵

Angesichts der Katastrophe, die der nationalsozialistische Machtstaat verursacht hatte, stellte sich für ihn die Frage, »ob es nicht etwa so ist, daß wir durch Gottes Gericht waffenlos gemacht worden sind um deswillen, was wir mit der Waffe angerichtet haben. Auch dann würden wir nicht für alle Zeit waffenlos bleiben müssen. Aber wir sollten uns gefragt wissen, ob es denn wirklich wieder soweit ist, oder ob Gott uns heute nicht noch die Geduld und den Mut beibringen will, auch in gefahrvollster Situation seinem von uns nicht vorher zu berechnenden Weltregiment zu vertrauen. Er hat Möglichkeiten die Fülle.«⁶

Hätte Heinemann aus seiner geschichtstheologischen Deutung heraus für Deutschland eine Wiederbewaffnung nicht für immer ausschließen müssen, wenn er in den nationalen Katastrophen Deutschlands, wenn er in den beiden Weltkriegen einen Fingerzeig Gottes an das deutsche Volk sah? Warum dann noch abwarten?

Für Heinemann mußte das deutsche Volk seine Aufgabe und seinen Weg »durch die vergangenen Jahre (...) erst einmal im Lichte des Wortes Gottes zu sehen und zu begreifen« verstehen, »ehe wir weitergehen können. Hier liegt das besondere Hindernis vor allem gegenüber neuer Militarisation in Deutschland.«⁷ Selbstverständlich verließ Heinemann damit die ausschließliche politisch-sachliche Ebene und erweiterte mit der theologischen Deutung politischer Ereignisse das gemeinhin übliche Analyseraster. Grundlegende Entscheidungsprämissen verlagerten sich demzufolge in

3 G. HEINEMANN, »Evangelische Kirche in Deutschland heute und die Wiederaufrüstung«, in: ders., Glaubensfreiheit, 1976, S. 76.

4 Ebd., S. 77f.

5 Ebd., S. 78. So auch Heinemann, »Der deutsche Meinungsstreit um Wiederaufrüstung«, in: British Weekly v. 15.3.1951, hier zit. n. Manuskript, S. 5, NL Hei 127.

6 G. HEINEMANN, »Warum ich zurückgetreten bin«, (Memorandum v. 13.10.1950), in: ders., Vaterländer, 1976, S. 105. Vgl. auch Heinemann, »Uns alle geht es an«, in: Licht und Leben, 61. Jg., Nr. 12 v. Dezember 1950, S. 191.

7 G. HEINEMANN, »Evangelische Kirche in Deutschland heute und die Wiederaufrüstung«, in: ders., Glaubensfreiheit, 1976, S. 71.

den theologischen Vorraum, er bestimmte künftiges politische Handeln mit. Brachte Heinemann damit in die Politik einen irrationalen Faktor ein oder blieb der Rekurs auf die Theologie für ihn im positiven Sinne allein eine Selbstverständigung eigenen politischen Verhaltens und Gestaltens, ohne gleichzeitig den Anspruch auf konsensuelle Verbindlichkeit zu erheben?⁸

Heinemann erkannte zwischen den Wiederbewaffnungsgegnern und Wiederbewaffnungsbefürwortern innerhalb der evangelischen Christen trotz aller Unduldsamkeit, die seine Feststellungen erkennen lassen, durchaus Einigkeit in dem beiderseitigen Friedenswillen, in der Ablehnung des kommunistischen Totalitarismus, in der Ablehnung aller Kreuzzugs-ideen wider den Osten und in der Tatsache, daß vom Evangelium her kein grundsätzlicher Pazifismus möglich war.⁹ Diese Haltung Heinemanns wurde auch in den Vorträgen, die er anlässlich seines Besuchs im Oktober/November 1951 in der Ostzone hielt, deutlich: »Nehmt es mir ab, daß wir Euch nicht abschreiben! Zwar denkt man im Westen verschieden darüber, was wir tun sollen. Ein Teil des westdeutschen Volkes will die Wiedervereinigung Deutschlands und die Herstellung einer neuen Gemeinschaft unseres Volkes dadurch erreichen, daß Westdeutschland aufrüstet und sich in westliche Pakte eingliedert. Ein anderer Teil lehnt das ab, weil er es nicht für Hilfe bringend, sondern für verhängnisvoll hält. (...) Ich gehöre zu Letzteren.«¹⁰

Insgesamt gesehen war die »eigentümliche Verklammerung«¹¹ von theologischen Grundpositionen mit politischen Sachfragen dennoch ein politisches Programm für sich, das bislang im politischen Geschäft der Bundesrepublik seinesgleichen suchte. Diesem politischen Programm lag die immanente Tendenz einer Fundamentalisierung inne, nämlich einen Standpunkt zu entwickeln, »der dem Evangelium gemäß ist, ohne Bindung an irdische Mächte.«¹² Dieser Standpunkt verschaffte zunächst innere Unabhängigkeit für den handelnden Politiker. Wer mit Gott rechnete, brauchte sich der Menschen nicht zu fürchten. Für einen Nichtchristen ist solch eine Haltung schwer nachvollziehbar. Aber Heinemann rechnete mit Gott in der Vergangenheit und in der Gegenwart und dies blieb nicht ohne politische Konsequenzen. War nicht auch der Bolschewismus eine erneute Frage Gottes an den Menschen zur Besinnung, zur Umkehr zu kommen?¹³ Wenn man dies bejahte, dann konnte die Bundesrepublik eine Armee entbehren, die in der Argumentation von deren Befürwortern gerade eine Sicherung vor dem »Bolschewismus« bilden sollte. Wer diesen christlichen Hintergrund hatte, war überdies der schwierigere politische Gegner, denn

8 Vgl. Heinemann, »Politik und Glaube«, Manuskript, 2.6.1951, S. 6, NL Hei 128.

9 Vgl. G. HEINEMANN, »Evangelische Kirche in Deutschland heute und die Wiederaufrüstung«, in: ders., Glaubensfreiheit, 1976, S. 78.

10 Heinemann, »Das Wort Gottes«, Manuskript für Vorträge in der Ostzone, 26.10. – 1.11.1951, S. 2, NL Hei 129.

11 A. HILLGRUBER, Heinemann, 1983, S. 504.

12 Heinemann, »Politik und Glaube«, Manuskript, 2.6.1951, S. 4, NL Hei 128.

13 Vgl. G. HEINEMANN, »Evangelische Kirche in Deutschland heute und die Wiederaufrüstung«, in: ders., Glaubensfreiheit, 1976, S. 80.

eine vor Gott gefällte Gewissensentscheidung konnte nicht so ohne weiteres mittels politischer Argumente entkräftet werden. Der reformierte Protestant Mochalski, späterer politischer Mitstreiter Heinemanns, brachte diese Haltung der Christen, die sich der Bekennenden Kirche zugehörig fühlten, noch etwas entschiedener als Heinemann zum Ausdruck. Er schrieb unumwunden: »Wir sollten uns fragen lassen, ob es der Geist Christi ist, der uns heißt, die Frontbildung zwischen Ost und West mitzumachen; der von uns verlangt, die eine Welt, die er so geliebt hat, daß er sich selbst dafür hingab, in zwei Welten, in eine gute und eine böse Welt aufzuteilen? (...) Ob es der Geist Christi ist, der es uns ertragen läßt, mit der Atombombe als Verteidigungswaffe zu rechnen? Ob es der Geist Christi ist, der uns auf einen *Krieg* als Mittel der Befreiung hoffen läßt? Ob es der Geist Christi ist, der uns den Krieg, *diesen* Krieg auch nur als ›Verteidigung‹ des ›christlichen Abendlandes‹ verantworten läßt? Ob es der Geist Christi ist, der uns auffordert, ›sich auf Wagen und Rosse zu verlassen‹?«¹⁴ Hier wird ›christliche Erkenntnis‹ zum unmittelbaren politischen Argument, das sich auf eine ›höhere Legitimität‹ berufen konnte. So zugespitzt hatte es Heinemann 1950/51 nicht formuliert, auch wenn seine eigene Position dieser Haltung sehr nahe kam.

Beiden, Mochalski und Heinemann, war in ihrer theologischen Ausrichtung eines gemeinsam: sie schöpften ihre Haltung aus der Anerkennung der Herrschaft Christi, mit der sie auch im politischen Leben rechneten. Sie versuchten Gottes Zuspruch der Schuldvergebung und seinen Anspruch auf das ganze Leben in allen Bereichen ernst zu nehmen.¹⁵ Im Grunde genommen hatten die einzelnen Argumente für eine Wiederaufrüstung nur dann einen gleichen Stellenwert, wenn sie sich wie die Heinemannschen Argumente auf »Gottes Willen« zurückführen ließen. Heinemann war sich vielleicht dessen bewußt, wenn er mitunter auf den gemeinsamen Anspruch aller evangelischen Christen abhob, daß sie alle, ungeachtet des jeweiligen Weges, den Frieden wollten.

3. Heinemanns »realistischer Pazifismus«

Heinemanns Position in der Wiederbewaffnungsfrage ist ohne diese oben angeführte theologische Mitte nicht hinreichend zu verstehen. Auch wenn er nicht immer theologisch-christlich bei der Wiederbewaffnung argumentierte, liegt sie seiner Haltung stets zugrunde, selbst wenn im Verlauf der Diskussion um die Wiederbewaffnung in den Jahren 1952/53 christliche Argumentationsmuster bei Heinemann fast völlig hinter den pragmatischen politischen Faktoren zurücktraten.

Heinemanns Verständnis, in jedem Krieg ein Gericht Gottes an die Völker zu sehen, wirft die Frage auf, ob er in einem Krieg auch die *Ultima ratio* eines Staates zur Erhaltung seiner Existenz sah. Es fällt Heinemanns

14 Mochalski, »Die Stunde der Bewährung«, in: StdG, 3. Jg., Nr. 8 v. August 1951, S. 2.

15 Vgl. J. JÄNICKE, 1973, S. 437.

Interpretieren schwer, ihn in dieser Frage adäquat einzuschätzen. Festmachen läßt sich diese Interpretationsunsicherheit wie -divergenz am Leitbegriff des Pazifismus. Zum Teil rechnet man Heinemann dem pazifistischen Lager zu,¹ zum Teil unterstellt man ihm ein stärkeres Verständnis pazifistischer Argumente.² Andererseits wird Heinemanns Einordnung als Pazifist rundherum abgelehnt.³

Diese voneinander abweichenden Beurteilungen Heinemanns kommen erstens deswegen zustande, weil zum Teil versäumt wird, dem Heine-mannschen Selbstverständnis in seiner Komplexität zu folgen und so nicht seine Argumentations- und Denkstrukturen und damit sein Pazifismus-verständnis freigelegt werden. Zweitens scheint es am semantischen Verständnis des Begriffs Pazifismus selbst zu liegen. In ihm schwingen die unterschiedlichsten Konnotationen aufgrund seiner Inkohärenz mit, deshalb werden aus dem identischen Sachverhalt unterschiedliche Schlüsse mit weitreichender Bedeutung für die Beurteilung der Politik Heinemanns gezogen.

Wie schwierig es ist, sich auf einen Begriff des Pazifismus zu verständigen, zeigt die Definition, wie sie im Handbuch Geschichtlicher Grundbegriffe festgelegt ist. Dort heißt es: »Das Wort sollte die Gesamtheit individueller und kollektiver Bestrebungen bezeichnen, die eine Politik friedlicher, gewaltfreier zwischenstaatlicher Konfliktaustragung propagieren und den Endzustand einer friedlich organisierten, auf Recht gegründeten Staaten- und Völkergemeinschaft zum Ziel haben.«⁴ Unterlegt man diese Definition, dann hätte sich jeder verantwortungsbewußte Politiker in der Frühzeit der Bundesrepublik als Pazifist begreifen können. Wir wollen deshalb von Heinemann ausgehen, seine Argumente darlegen, um von daher seiner Position gerecht zu werden.

Heinemann war sich von Anfang an dessen bewußt, mit seiner Argumentation in die Nähe der Pazifisten gerückt werden zu können. Bereits in seiner Rücktrittserklärung vom Oktober 1950 wies er das ihm von »leichtfertige(n) Leute(n)« zuerkannte Etikett eines »Ghandi-Apostel(s)«⁵ zurück. Bezeichnenderweise liegt dieser Zurückweisung ein christlich geprägtes Staatsverständnis zugrunde. Denn es sei – so Heinemann – Gottes Wille, daß weltliche Obrigkeit regiere und daß sie das Schwert führe. Sie habe es auch gegen äußere Feinde zu führen, sofern sie überhaupt eines besitze.⁶ Bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland traf das 1950 noch nicht zu. Mit einem pazifistischen Grundverständnis, das Waffenlosigkeit propagiert und den Grundsatz der Gewaltlosigkeit beim Austragen internationaler Konflikte aus prinzipiell ethischen, moralischen

1 Vgl. E. NOLTE, 1985, S. XIV. Nolte gibt keine Begründung der Zuordnung Heinemanns zum Pazifismus an.

2 Vgl. H. P. SCHWARZ, Ära Adenauer, 1981, S. 124.

3 Vgl. K. v. SCHUBERT, Wiederbewaffnung, 1970, S. 137. So auch A. BARING, Außenpolitik Band 2, 1971, S. 91.

4 K. HOLL, Pazifismus, 1978, S. 768.

5 G. HEINEMANN, »Warum ich zurückgetreten bin«, in: ders., Vaterländer, 1976, S. 104.

6 Ebd..

oder religiösen Erwägungen befürwortet, kann diese Haltung Heinemanns nicht in Einklang gebracht werden.

Zweifelsfrei bewegte sich Heinemann grundsätzlich in der tradierten christlichen Lehre, die die Frage, ob der Christ zur Waffe greifen dürfe, bejahte, »indem sie der Obrigkeit das Recht und die Pflicht zuerkennt, die bürgerliche Ordnung nötigenfalls gegen den Rechtsbrecher oder Eindringling zu schützen.«⁷ Das innere staatliche Gewaltmonopol und das Recht des Staates, sich seiner Selbsterhaltung auch unter dem Einsatz von Waffengewalt zu vergewissern, war für Heinemann in zweifacher Hinsicht begrenzt. Einmal bezog sich die Begrenzung auf denjenigen, der Macht innehatte. Der an der Machtausübung beteiligte Christ mußte sich »bewußt bleiben, daß er eine ihm von Gott überlassene Macht ausübt und Gott dafür Rechenschaft schuldet. Das gilt für den Regenten so gut wie für den Richter, für den Polizisten so gut wie für den Soldaten.«⁸ Zum anderen blieb die Möglichkeit, einen Krieg zu führen, strikt auf den Fall der Abwehr äußerer Aggression beschränkt; ansonsten entbehrte er der Legitimität. Damit drückte Heinemann aus, daß »die Beteiligung an einem Kriege zur Pflicht des Christen gehören kann«,⁹ vorausgesetzt, er genüge den Bedingungen eines »gerechten Krieges«¹⁰. Für Heinemann bot das Evangelium »keine Grundlage für einen grundsätzlichen Pazifismus«.¹¹

Den grundsätzlichen Pazifismus hielt Heinemann schon von der Idee her für ungerechtfertigt und in der politischen Praxis für unrealistisch. Durch die prinzipielle Bejahung des Krieges war für Heinemann jedoch noch nichts über den historischen Einzelfall in der konkreten Situation ausgesagt und nicht geklärt, »ob der Krieg in seiner heutigen Form und mit den heutigen Mitteln uns nicht an eine Grenze geführt hat, wo diese grundsätzliche Bejahung auch des Kriegsdienstes fragwürdig geworden ist.« Heinemann zog den Schluß: »Wenn der Krieg mit Völkerselbstmord identisch wird, wenn er das größere Übel ist im Vergleich zu dem, was abgewehrt werden soll, wenn er eine auch nur halbwegs sinnvolle Lösung der strittigen Probleme nicht mehr darzustellen vermag, dann hört die Bejahung des Kriegsdienstes als eine mögliche Pflicht des Christen auf.«¹² Der definitiven Antwort, ob nun diese Grenze des Krieges, dieser Wendepunkt Anfang der fünfziger Jahre bereits erreicht worden war, ging Heinemann bewußt oder unbewußt aus dem Wege, wengleich seine angeführten Argumente (rhetorische Fragen) einen Schluß in dieser Richtung nahelegen.

7 Heinemann, »Darf der Christ zur Waffe greifen«, in: *Unter Uns*, Mai 1953, S. 87f.

8 Heinemann, »Der Christ im politischen Leben«, in: *Unsere Kirche*, Evangelisches Sonntagsblatt für Westfalen, 6. Jg., Nr. 36 v. 16.9.1951, S. 1.

9 Ebd., Vgl. auch Heinemann, »Aufgabe und Verantwortung der Deutschen zwischen Ost und West«, *Mitschrift (Redemanuskript)*, 22.6.1951, S. 6, NL Hei 128.

10 Heinemann, »Kirche, Kriegsdienst, Kriegsdienstverweigerung«, *Manuskript*, 15.3./31.5.1953, S. 4, NL Hei 133.

11 Heinemann, »Die evangelische Christenheit in Deutschland«, in: *epd* v. 12.12.1950, NL Hei 126.

12 G. HEINEMANN »Die Verantwortlichkeit des Menschen im politischen Leben« (Vortrag auf der Europäischen Laientagung des Ökumenischen Rats der Kirchen am 23.7.1951), in: *ders., Glaubensfreiheit*, 1976, S. 105. So auch Heinemann, »Der Christ im politischen Leben«, in: *Unsere Kirche*, 16.9.1951.

Heinemanns Stellungnahme zum Krieg war, wie seine Ausführungen zeigen, keine werthafte Vorentscheidung darüber, ob die Aufrüstung im allgemeinen und die westdeutsche im speziellen richtig oder falsch ist. Sie war für ihn keine Vorentscheidung im Sinne voraussetzungsloser, ahistorischer Wertprinzipien. Vielmehr hatte sich für ihn der Krieg dann als Mittel zum Zweck verabschiedet, wenn der Mitteleinsatz den Zweck selbst ad absurdum führte und die Vernichtung dessen brächte, was man zu sichern vorgab. Die Einschätzung, ob ein Krieg heutzutage noch führbar sei, machte Heinemann davon abhängig, ob die Qualität der Kriegsmittel der Gegenwart, die Intensität moderner Kriegsführung und die Unmöglichkeit räumlicher Begrenzung des Kriegsgeschehens bei einem gegenwärtigen Krieg ihn noch rechtfertigten.¹³ Es ging Heinemann um die Beantwortung der Frage, ob ein Krieg heute noch eine »sinnvolle Lösung«¹⁴ darzustellen vermochte.

Heinemann berief sich in diesem Zusammenhang auf Emil Brunner, der schon 1932 gleichsam die zeitlose Prinzipienfrage der Gerechtigkeit der Kriege von der aktuellen Problematik moderner Kriege trennte. Heinemann meinte in bezug auf Brunner, es sollte unvergessen bleiben, was dieser bereits vor der ersten Atombombe geschrieben hätte: »Die Völker fangen an zu merken – offenbar vor ihren Theologen! –, daß der Krieg sich zu überleben begonnen hat (...), daß der nichtkriegerische Ausgleich als Alternative nur noch den Selbstmord der Völker hat. Wo der Krieg dieses Entwicklungsstadium erreicht hat, bleibt ihm keine ethische Rechtfertigung irgendwelcher Art übrig.«¹⁵ Brunner forderte deswegen einen »realistischen Pazifismus« als eine neue politische Möglichkeit, daß ein Volk sich wehrlos – im alten Sinn – macht, um eine neue Form der Sicherheit vorzubereiten. Brunner verstand darunter die Verweigerung des »Kriegsdienstes« für den Staat und die Anerkennung dieser Verweigerung als Gebot Gottes, und zwar aus konkreter politischer Verantwortung heraus. Mitte 1951 nahm Heinemann den Appell Brunners sehr ernst und sah durch ihn die entscheidende Fragestellung angeführt.¹⁶ Ob diese Grenze des Krieges allerdings schon erreicht sei, mochte er noch nicht beantworten.¹⁷ 1953 stellte Heinemann die rhetorische Frage, ob die Deutschen nicht den von Brunner 1932 gezeigten Weg gehen sollten. Im Anschluß an das Brunner-Zitat führte Heinemann aus: »Inzwischen hat die Atombombe an die hunderttausend Menschen ausgelöscht (...). Auch die Sowjetunion besitzt inzwischen die Atomwaffe, und was beide Weltmächte darüber hinaus an sonstigen totalen Vernichtungswaffen haben, wird erst der

13 Vgl. Heinemann, »Aufgabe und Verantwortung der Deutschen zwischen Ost und West«, (22.6.1951), S. 5, NL Hei 128.

14 Heinemann, »Darf der Christ zur Waffe greifen?«, in: Unter Uns, Mai 1953, S. 87.

15 Das von Heinemann angeführte Zitat findet sich vollständig bei E. BRUNNER, 1932, S. 459. Siehe für das folgende ebd., S. 460.

16 Vgl. Heinemann, »Aufgabe und Verantwortung der Deutschen zwischen Ost und West«, (22.6.1951), S. 6, NL Hei 128.

17 Vgl. Heinemann, »Der Christ im politischen Leben«, in: Unsere Kirche, Evangelisches Sonntagsblatt für Westfalen, 6. Jg., Nr. 36 v. 16.9.1951, S. 1.

nächste Weltkrieg denen offenbaren, die vielleicht noch einmal davonkommen.«¹⁸

Heinemann stellte deshalb abschließend die Frage: »Sollte nicht gerade unser Volk nach allem, was es mit der Waffe angerichtet hat, und angesichts seiner Zerteilung auf die beiden feindlichen Lager der großen atomgerüsteten Weltmächte anfangen, mit aller Folgerichtigkeit, den Weg anzutreten, den Brunner 1932 aufzeigte?«¹⁹ Ende 1953 stellte Heinemann dann – ohne rhetorische Fragefloskel – apodiktisch fest: »Der Krieg, der vor uns steht, ist der Krieg der Atombomben, Bakterien und Chemikalien (...). Der Krieg löst keine Probleme mehr. Er hat sich (...) selbst überholt und hat keine ethische Rechtfertigung mehr.«²⁰ Heinemann verstand seine Absage an die Wiederbewaffnung als ein Nein aus ›realistischen Gründen‹.²¹ Dieses ›Nein‹ drückte Heinemann im Verlauf der Diskussion immer offensiver, immer entschiedener aus.

Brunner sprach 1932 von der Notwendigkeit eines ›realistischen Pazifismus‹, Heinemann schloß sich dieser Position an. Er versagte sich zwar einem Pazifismus, der den Krieg als Mittel der Politik grundsätzlich verwarf, aber er stellte auch die tradierte Vorstellung der Staaten in Frage, die nach dem klassischen Prinzip verfahren: *si vis pacem, para bellum*.²² Diese von den christlichen Kirchen bislang mitgetragene Lehre, wollte Heinemann durchdacht wissen, nicht weil er Pazifist im Sinne einer werthafter Entscheidung war, nicht weil er das Evangelium für ›pazifistisch‹ hielt, sondern weil er wissen wollte, ob diese ›alte politische Konzeption und die überlieferte Lehre der Kirche unserer heutigen Situation entsprechen‹.²³

Es ist unzutreffend, wenn man Heinemann dem Pazifismus zuordnet, der der herrschenden Meinung zufolge ein ›grundsätzlicher Pazifismus‹ ist. Diesen Pazifismus, mit dem sich Heinemann selbst nicht identifizierte, definierte er auch als ›idealistischen‹, ›programmatischen‹ und ›schwärmerischen‹.²⁴ Faktisch lief Heinemanns Position aber, zumindest was die Bewertung der deutschen Lage in der konkreten Situation unter den Bedingungen des modernen Kriegs anlangte, auf eine pazifistische Haltung hinaus. Sehr wohl erschien ihm aufgrund der Gegebenheiten ein ›realistischer‹ oder ›politischer Pazifismus‹²⁵ vernünftig und für das Überleben notwendig. ›Schwärmerei, Knochenerweichung oder Rückver-

18 Heinemann, »Darf der Christ zur Waffe greifen?«, in: *Unter Uns*, Mai 1953, S. 88.

19 Ebd., S. 87.

20 G. HEINEMANN, »Die Deutschlandfrage und der Weltfriede« (Vortrag in Bern am 9.11.1953), in: ders., *Deutschlandpolitik*, 1966, S. 50.

21 G. HEINEMANN, »Der Weg zu Frieden und Einheit« (Rede auf der ersten öffentlichen Kundgebung der Notgemeinschaft für den Frieden Europas am 21.11.1951), in: ders., *Vaterländer*, 1976, S. 115.

22 Heinemann, »Aufgabe und Verantwortung der Deutschen zwischen Ost und West«, (22.6.1951), S. 5, NL Hei 128.

23 Ebd..

24 Vgl. Heinemann, »Evangelische Stimme zur Rüstungsfrage« (Radio Bremen am 7.1.1951), Manuskript, S. 3, NL Hei 127. Vgl. auch ders., »Unsere Verantwortung heute«, Manuskript (Rede am 24.7.1951 in Frankfurt), S. 5, NL Hei 128.

25 Der Begriff ›realistischer Pazifismus‹ findet sich schon 1925 bei Kurt Hiller. Siehe K. HILLER, 1925, S. 153ff.

sicherung«²⁶, offenbar hielt Heinemann das für die Charakteristika des ›programmatischen Pazifismus‹, waren ihm zufolge nicht gefragt, denn das Nein zum Krieg aus Realismus verlangte nach Ansicht Heinemanns Stärke. Insofern waren für ihn soldatische Tugenden, d. h. die Tugenden des Muts und der seelischen Stärke für das zivile und politische Leben gefordert.²⁷

Heinemann akzeptierte, daß Staaten Macht brauchen,²⁸ doch er wollte unter den obwaltenden Umständen keine bundesdeutsche Aufrüstung. Einen irgendwie gearteten ethischen Absolutheitsanspruch vertrat Heinemann im Gegensatz zu den sogenannten ›Gewaltfreien‹ nicht. Unterstellt man die Schelersche Definition des Pazifismus als »eine historisch-politische Wertungs- und Denkart«, die alle vier folgenden Fragen bejaht – »Ist ›Ewiger Friede‹ überhaupt menschenmöglich?« »Ist eine *Evolutionsrichtung* auf eine allmähliche stufenweise Realisierung der Idee des ›Ewigen Friedens‹ *in der uns bekannten Geschichte* sicher nachweisbar?« »Deutet die *gegenwärtige* Lage und Stufe der menschlichen Geschichte auf eine noch irgendwie *absehbare* Realisierung der Idee hin (...)?« »Gibt es systematische praktische Willensmethoden, Techniken, Einrichtungen, um schon *heute* daranzugehen, auf irgendeine Art den ›Ewigen Frieden‹ herbeizuführen (...)?« – dann gehörte Heinemann nicht zu den Pazifisten.²⁹ Spricht man dann von Pazifismus, wenn der Krieg, aus welchen Gründen auch immer, geächtet wird, dann war Heinemann ›Pazifist‹.

Heinemann war mit seiner Position den eigentlichen Pazifisten, sprich den Gesinnungspazifisten, nicht pazifistisch genug und den Nichtpazifisten wiederum zu pazifistisch. Gerade seine Haltung aus sog. realistischen Erwägungen heraus, die eben nicht von vornherein jegliche Aufrüstung verneinte und bezogen auf Deutschland nicht für alle Zeit unmöglich hielt, ließen so manchen ›Friedensfreund‹ an Heinemann zweifeln. Aufgrund dieser Tatsache gewannen programmatische Pazifisten während ihrer Arbeit für die von Heinemann mitgegründete Notgemeinschaft für den Frieden Europas zum Teil sogar die Überzeugung, »daß sich in Zukunft keine Zusammenarbeit ermöglichen lasse«.³⁰ Ihnen erschien nämlich nicht nur die anstehende Aufrüstung in Deutschland problematisch, sondern sie wollten von Heinemann die generelle Aufforderung »zur Verweigerung des Militärdienstes überhaupt«.³¹ Heinemann konnte von seinem Grundverständnis her dieser Aufforderung nicht nachkommen, obwohl er den Krieg als Mittel der Politik ächtete. Andere wiederum attackierten Heinemann ob seiner ›unrealistischen pazifistischen Haltung‹. Diese Kategorisierung Heinemanns war nicht zuletzt auch bedingt durch seine bewußte christliche Wertbezogenheit. Sicherlich negierte Heinemann den ethischen

26 Heinemann, »Aufgabe und Verantwortung der Deutschen zwischen Ost und West«, (22.6.1951), S. 6, NL Hei 128.

27 Vgl. Heinemann, »Unsere Verantwortung heute«, (24.7.1951), S. 5, NL Hei 128.

28 G. HEINEMANN, »Der Weg zu Frieden und Einheit«, in: Vaterländer, 1976, S. 115.

29 M. SCHELER, 1931, S. 11.

30 Siegmund-Schultze an Heinemann, 24.3.1952, NL Hei 42. Siegmund-Schultze gab die Meinung des IVB, LV-Berlin wieder.

31 So der Pazifist Ernst Lindig, Vorsitzender der DFG, LV-Berlin, zit. n. Heinemann an Lindig, 2.9.1952, NL Hei II August/ September 1952.

Absolutheitsanspruch einer ›Ghandi-Haltung‹. Doch die Besinnung auf das Weltregiment Gottes gerade in der Frage der westdeutschen Aufrüstung und die entschiedene Stellungnahme gegen den Krieg machte ihn bei ›Realpolitikern‹ wie Adenauer suspekt. Heinemann hielt denjenigen, die ihn eines unrealistischen Pazifismus ziehen, weil er die Zahl der Divisionen, Panzer und Flugzeuge im Osten übersehe, entgegen, daß Gott der Herr der Welt sei, der mehr sei als Divisionen, Panzer und Flugzeuge. Es gehe, meinte Heinemann, um den christlichen Realismus, den Mathias Claudius in seinem schönen Lied meinte: ›Es gibt gar viele Sachen, die wir getrost belachen, weil uns're Augen sie nicht seh'n.‹ Es gehe um die Sicht der ganzen Situation, die gerade so wie sie sei, in entscheidender Weise von Gott her bestimmt sei. Man rede gar viel vom ›christlichen Abendland‹, aber sehr wenig von Christus. Er aber verschiebe alle Fragestellungen gründlich.³²

Diese Argumentation Heinemanns mußte jene in ihrer Auffassung bestärken, die Heinemann dem pazifistischen Lager zurechneten. Sie sahen in ihm allein den Politiker, der gegen das Militär war, der die Wiederaufrüstung kritisierte, der Gott als Faktor in Rechnung stellte. Heinemann selbst konnte für die nötige Klarheit nicht sorgen. Schließlich deckten sich trotz unterschiedlicher Beweggründe seine kurz- bzw. mittelfristigen Ziele mit denen seiner gesinnungspazifistischen Mitstreiter. Als Christ sah er in der Glaubenszuversicht eine reale Macht des Friedens. Der Christ war nach seiner Ansicht der Furcht und der Angst enthoben, und »wer um den Frieden in Christus weiß, kann auch den Frieden auf dieser Erde hüten.«³³ Diese christologische Sichtweise mußte denjenigen pazifistisch anmuten, die in den politischen Kategorien der militärischen Stärke, der Abschreckung und der potentiellen Führbarkeit von Kriegen dachten.

In der Einschätzung Heinemanns als Pazifist mag auch die eine oder andere mündliche Äußerung eine Rolle gespielt haben. Beispielsweise führte er – nachweislich einer Mitschrift, die Heinemann aber nicht handschriftlich korrigierte – vor einer Gruppe von Darmstädter Studenten folgendes aus: »Jetzt geht es darum, daß wir uns die Waffen nicht wieder in die Hand drücken lassen, sondern daß wir den Mut bewahren, aus der konkreten Lage unseres Volkes den Weg der Kriegsdienstverweigerung zu gehen, der allein eine Verheißung unseres Bestehens in sich birgt und die Welt um uns herum zur Besinnung rufen kann.«³⁴ Heinemann wehrte sich dennoch gegen die Zuordnung, die er als »Zerrbild«³⁵ bezeichnete. Zur Bewertung Heinemanns mag schließlich der ›faktische Pazifismus‹³⁶, der Leute um Heinemann, wie Gerstenmaier in seinen Memoiren schreibt,

32 Vgl. G. HEINEMANN, »Evangelische Kirche in Deutschland heute und die Wiederaufrüstung«, in: ders., Glaubensfreiheit, 1976, S. 81.

33 G. HEINEMANN, »Die Verantwortlichkeit des Menschen im politischen Leben«, in: ders., Glaubensfreiheit, 1976, S. 105.

34 Heinemann, »Aufgabe und Verantwortung der Deutschen zwischen Ost und West«, (22.6.1951), S. 13, NL Hei 128.

35 Heinemann, zit. n. Notgemeinschaft für den Frieden Europas. Pressekonferenz am 12.3.1952 (Wörtliche Mitschrift), S. 2, NL Hei 132.

36 E. GERSTENMAIER, 1981, S. 330.

einiges beigetragen haben. Heinemann befand sich jedenfalls zwischen zwei Fronten: zwischen den unbedingten Pazifisten und den strikten Aufrüstungsbefürwortern. Seine komplexe, christlich und politisch fundierte Argumentation, die den unbedingten Pazifismus, aber auch den modernen Krieg wegen seiner Folgen ablehnte und die gleichzeitig mit Gottes Weltherrschaft rechnete, damit den gläubigen Christen Mut und Zuversicht vermittelte, widersprach der einfachen Argumentationsstruktur eines Ja oder Nein zur Wiederaufrüstung. Heinemanns »sachgemäße Beurteilung (der Rüstungsfrage, J. M.) im Gedenken an Gottes Weltregiment«, wie er es selbst formulierte, paßte nicht in die üblichen Denkschemata.³⁷

4. Heinemanns Argumente gegen die Wiederbewaffnung in der konkreten Situation der Bundesrepublik Deutschland

Der Politiker Heinemann führte in öffentlichen Stellungnahmen gegen die Wiederbewaffnung auch handfeste pragmatische politische Argumente an. Diese politischen Argumente nahmen in der kommenden Auseinandersetzung um die Wiederbewaffnung bei Heinemann die erste Stelle ein. Heinemann hatte stets versucht, Politik und Religion in der Argumentation, in seinen öffentlichen Darlegungen zu trennen. Das lag sicherlich daran, daß er – wie überhaupt seine Mitstreiter aus dem reformierten Protestantismus – darauf achtzugeben versuchte, christliche Wertvorstellungen nicht für eine bestimmte politische Richtung zu instrumentalisieren.

Für Heinemann war die christliche Botschaft, die Bibel kein geeignetes Rezeptbuch für das politische Handeln von Christen. Er bemühte sich in öffentlichen Erklärungen, auch den evangelischen Christen, die sich für die Aufrüstung einsetzten, nicht den Friedenswillen abzusprechen.¹ Ja, bei ausgesprochen »kirchlichen« Veranstaltungen im Kreise »seiner christlichen Brüder« vermied es Heinemann bewußt, den politischen »Tagesstreit« einzubringen. Als er im Hinblick auf einen Vortrag vor dem Evangelischen Männerwerk des Kirchenkreises Essen gebeten wurde, seine Meinung zu politischen Fragen darzulegen, entgegnete er², »es gelten zu lassen, daß es hier heute nicht um diese politischen Reden im engeren Sinne gehen darf. Ich scheue mich der politischen Rede nicht (...). Aber hier in diesem Zusammenhang kommt es darauf an, daß wir uns angedredet wissen sollen von dem ganz anderen, von dem, der zu uns allen gekommen ist (...). Friedensappelle in Haß entwickelt sind unecht. (...) Und ich werde gar keine Bemühung unternehmen, nun eine vielfältig gegliederte Dienst-anweisung (...) anzuschließen. Jeder muß ja selber denken. Jeder empfängt

37 Heinemann, »Politik aus christlicher Verantwortung«, Manuskript (vermutlich Rede am 26.4.1951 Neviges), S. 17, NL Hei 127.

1 Vgl. z. B. G. HEINEMANN, »Evangelische Kirche in Deutschland heute und die Wiederaufrüstung«, in: ders., Glaubensfreiheit, 1976, S. 77f.

2 Heinemann, Vortrag Minister a. D. Dr. Dr. Heinemann, Übertragenes Stenogramm (Vortrag v. August 1951), S. 6, NL Hei 39.

an einem Tag ein persönlich verliehenes Verhältnis zu Gott.« Heinemann war sich dessen bewußt, daß die unterschiedliche Beurteilung politischer Probleme ihre Rückwirkungen auf die Kirche hatte und bei kirchlichen Differenzen auch politische Haltungen untergründig eine Rolle spielten. Trotzdem oder gerade deswegen mußte ihm zufolge darauf geachtet werden, die Kirche Jesu Christi in Einheit zu bewahren.³ In politischen Angelegenheiten gab es für ihn keine einhellige Meinung, die die Christen binden konnte. Natürlich hatte Heinemanns Religionsverständnis eminent bedeutsame Auswirkungen auf sein Denken und Handeln. Die theologische Mitte in seinem Denken war ein Kristallisationskern, ohne den sein politisches Handeln nicht hinreichend zu verstehen ist, selbst wenn er in der Argumentation allein im eigentlichen politischen Bereich blieb.

Viele reformierte Protestanten folgten Heinemann, wie sich später bei der Anhänger- und Mitgliederschaft der Notgemeinschaft für den Frieden Europas und der Gesamtdeutschen Volkspartei zeigen sollte. Für Heinemann war die Wiederbewaffnung ein »echtes Zentralproblem«⁴ deutscher Politik. Als solches umgriff die westdeutsche Wiederaufrüstung eine Fülle von Teilfragen, nämlich: »a) militärische. – Wie und von wo aus kann Westeuropa verteidigt werden? Was ist dazu erforderlich? Usw. b) sozialökonomische. – Was können wir wirtschaftlich leisten? Sozialaufwand und Rüstungsaufwand? c) innenpolitische. – Läßt das Grundgesetz eine Rüstung zu? Ist dieser Bundestag legitimiert? Was will das Volk? Was heißt Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen? Sind Entscheidungen im Bundestag mit kleiner Mehrheit gegen SPD und Zentrum u. a. tragfähig? d) moralische. – Sind westdeutsche Soldaten und das westdeutsche Volk geistig einer Kriegssituation gewachsen? e) völkerrechtliche. – Kann es ohne Friedensvertrag nach beiden Seiten westdeutsche oder ostdeutsche Soldaten im Sinne des Völkerrechts geben? (Shanghai-Prozeß 1947) f) außenpolitische. (...)«⁵

Damit ist das ganze Argumentationsrepertoire Heinemanns und vieler seiner Anhänger kurz aufgelistet. Je nach Situation, je nach Zielgruppe, je nach innen- oder außenpolitischer Lage gewann das eine oder andere Argument an Übergewicht, bzw. die Argumente wurden auf die jeweilige Situation bezogen, modifiziert, präzisiert und erweitert.

a) *Die Interpretation der sicherheitspolitischen Lage und die Perzeption der Politik der Hegemonialmächte*

Heinemann untersuchte zunächst pragmatisch, inwieweit ein westdeutscher Wehrbeitrag tatsächlich das zu leisten vermochte, was er vorgab, nämlich zum Schutz der Bundesrepublik beizutragen. Heinemann wider-

3 Vgl. G. HEINEMANN, »Die Einheit der evangelischen Christenheit in Deutschland« (Festschriftbeitrag für Niemöller), in: ders., Glaubensfreiheit, 1976, S. 122.

4 Heinemann, »Krieg unter keinen Umständen eine Lösung«, in: Zwischen Krieg und Frieden, Sonderbeilage von KuM, Nr. 10 v. Oktober 1951.

5 Ebd..

sprach dieser Vorstellung in zweifacher Hinsicht. Der einfache Satz – »wir müssen uns verteidigen können« – genügte ihm nicht. Seiner Meinung nach gehörte es zu den simplen biblischen Wahrheiten, daß man sich dann auf keinen Krieg einlassen sollte, wenn keine Aussicht vorhanden sei, ihn bestehen zu können (Luk. 14, 31f)¹. – Oder anders gesprochen: Mit einem westdeutschen Wehrbeitrag wurden Heinemann zufolge nur Illusionen aufgebaut, die gefährlich waren. In seinen Augen war eine »halbe Bewaffnung« »nur maskierte Wehrlosigkeit« und insofern »schlimmer als keine Bewaffnung«.²

Das war eine zweiseitige Argumentation. Denn sie konnte gerade den Aufrüstungsbefürwortern die Legitimation dafür liefern, die Wiederbewaffnung so schnell wie möglich voranzutreiben, um eben jenen Zustand der Schwäche und Hilflosigkeit zu überwinden. In der Tat wurde der Verteidigungsbeitrag von den Aufrüstungsbefürwortern in seiner Abschreckungsfunktion gesehen. Der protestantische Bundestagspräsident Ehlers replizierte, kritisch auf Heinemann eingehend, daß der Verteidigungsbeitrag so gesteigert werden müsse, daß irgendeinem Angreifer der Angriff als ein zu großes Risiko erscheine.³ Dahinter stand die Vorstellung, der Ausbau der eigenen militärischen Stärke erhöhe auch den Schutz vor Angriffen eines potentiellen Gegners. Diese Vorstellung wurde getragen von dem Gedanken eines militärischen Gleichgewichts und vom Prinzip der Abschreckung.

Dieser Konzeption, den Westen so stark zu machen, daß eine sowjetische Aggression von vornherein verhindert werde, hielt Heinemann folgendes Argument entgegen, ein Argument, das ein grundsätzlich anderes politisches Denkmuster zeigt: Seiner Meinung nach brächte nämlich eine westdeutsche Aufrüstung einen neuen Faktor in das internationale Spiel der Kräfte, von dem keineswegs sicher sei, daß er tatsächlich der Erhaltung des Friedens dienen werde.⁴ Heinemann befürchtete im Falle der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland einen Präventivkrieg der Sowjetunion. Eine westdeutsche Wiederaufrüstung hatte für ihn demnach keinen friedenssichernden, sondern einen spannungseskalierenden Effekt, d. h. die von anderen vermutete Abschreckung wirkte für ihn kontraproduktiv.

Heinemann hielt es für nötig, »sich diese vermutlichen psychologischen Rückwirkungen auf den Gegner klarzumachen, um abschätzen zu können, in welche Lage sich der Osten durch eine deutsche Beteiligung an der westlichen Aufrüstung gestellt und zu welchen Handlungen er sich möglicherweise veranlaßt sehen wird.«⁵ Wie beurteilte nun Heinemann die

1 Vgl. G. HEINEMANN, »Warum ich zurückgetreten bin«, in: ders., Vaterländer, 1976, S. 102.

2 Heinemann, Unsere Sicherheit, Manuskript (nach 23.11.1950), S. 6, NL Hei 126.

3 Vgl. Ehlers, »Neutralisierung Deutschlands unmöglich«, in: Zwischen Krieg und Frieden, Sonderbeilage von KuM, Nr. 10 v. Oktober 1951.

4 Vgl. Heinemann, »Exposé zur deutschen Frage, insbesondere zur Frage westdeutscher Aufrüstung« v. 1.8.1951, S. 1, NL Hei 128. Dieses Exposé ist nicht identisch mit G. HEINEMANN, »Exposé für den Ökumenischen Rat« (Januar 1952), in: ders., Vaterländer, 1976, S. 124ff.

5 Heinemann an Adenauer, 9.10.1950, in: Kabinettsprotokolle. Band 3. 1950, 1986, S. 190f.

Politik der Sowjets, ihre ›Denkstruktur und Handlungsweise‹? Bezogen auf die sowjetische Politik ging er von folgenden Annahmen aus:

- ›a) Rußland hat eine aus dem marxistischen Dogma stammende ständige Angst vor der kapitalistischen Einkreisung.
- b) Rußland sieht diese kapitalistische Einkreisung im Atlantikpakt konkretisiert.
- c) Rußland fühlt sich durch den im Atlantikpakt dominierenden Willen der USA bedroht.
- d) Eine Einbeziehung der Bundesrepublik in die westliche Verteidigungsgemeinschaft kann in Rußland eine Schockwirkung auslösen, da man weiß, daß das deutsche Volk von den kontinentalen westeuropäischen Völkern das am meisten antikommunistische Volk ist.
- e) Das Wiedererstehen des deutschen Soldaten wird die Furcht der Russen vor dem furor teutonicus wachrufen, den sie von 1940 bis 1945 am eigenen Leibe erlebt und nicht vergessen haben.
- f) Der Russe wird bedenken, daß viele Ostvertriebene revanchelüstern sind ob dessen, was ihnen angetan wurde. Er wird bedenken, daß eine Tendenz zur Wiedereroberung der deutschen Ostgebiete ins Spiel kommt, was er als eine Verstärkung der nach seiner Ansicht ohnehin bestehenden westlichen Angriffsabsichten empfinden wird.
- g) In Polen und in der Tschechei wird die Angst vor der deutschen Revanche die Volksmassen in die Arme ihrer kommunistischen Regierungen treiben.
- h) Diese Angst wird bei Russen, Polen und Tschechen besonders dadurch lebendig werden, daß sie aus dem letzten Weltkrieg die militärischen Qualitäten des deutschen Soldaten kennen. Sie werden den künftigen deutschen Soldaten ähnlich einschätzen.«⁶

Die spätere politische Entwicklung widerlegte Heinemann. Die Perception der sowjetischen Politik machte aber deutlich, wie sehr Heinemann bemüht war, sich in die Situation sowjetischer Politiker hineinzusetzen und daß er das Sicherheitsinteresse des Ostens als legitim anerkannte.

In der Beurteilung der sicherheitspolitischen Lage Deutschlands unterschied sich Heinemann damit grundsätzlich von den Regierungsparteien und der oppositionellen SPD. Trotz strategischer, methodischer und anderer Differenzen war nämlich die Sicherung der Bundesrepublik vor dem Osten, speziell vor der Sowjetunion, unstrittige Grundlage bundesdeutscher Politik.⁷ Obschon »Unterschiede in der Konkretisierung der Zielmodelle sowjetischer Außenpolitik nicht zu übersehen waren«⁸, bildete der Schutz vor der UdSSR eine Art ›außenpolitisches Grundgesetz‹ der Bundesrepublik Deutschland. Man perzipierte, wie das Schwarz für

6 Ebd..

7 Vgl. zur SPD U. LÖWKE, Für den Fall, 1969, S. 60f. Dies gilt auch für die Mehrheit des protestantischen CDU-Flügels. Vgl. »Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland«, Entschließung des EAK v. 14. – 16.3.1952, S. 1f, ACDP, Bestand EAK IV-001-008/1. Die FDP vertrat mehrheitlich dieselben Maximen wie die CDU/CSU, zu denen der strikte Antikommunismus zählte. Vgl. W. BENZ/G. PLUM/W. RÖDER, 1978, hier S. 54ff.

8 A. SYWOTTEK, 1983, S. 343.

Adenauer feststellt, die UdSSR als »eine Art negatives Zentrum des europäischen Nachkriegssystems.«⁹

Heinemann durchbrach diesen Antikommunismus, der für Baring sogar »die einzige ungebrochene Tradition«¹⁰ Deutschlands war. Er tat sich insofern einfacher, weil für ihn die Sicherheitsfrage der Bundesrepublik zunächst gelöst war. Heinemann sah es als »Sache der Westmächte, uns gegen Angriffe von außen zu schützen.«¹¹ Die Waffenlosigkeit der Bundesrepublik setzte er nicht mit ihrer Schutzlosigkeit gleich. Ausdrücklich erinnerte er an die Sicherheitsgarantie der Westmächte vom 19. September 1950, wie sie sie im Kommuniqué der New Yorker Außenministerkonferenz festgelegt hatten. Dort bezeichneten die westlichen Außenminister »jeglichen Angriff auf die Bundesrepublik oder Berlin von jeder Seite als einen Angriff auf sich selbst.«¹² Heinemann konstatierte, diese offizielle Erklärung sei an keinerlei Bedingungen westdeutscher militärischer Beteiligung gebunden.¹³ Selbst im Fall der Ablehnung eines Verteidigungsbeitrages durch die Bundesrepublik bliebe nach Ansicht Heinemanns die USA die Schutzmacht der westlichen Hemisphäre. Amerika, argumentierte er, werde sich nicht desinteressieren.¹⁴ Schließlich würde sich, meinte Heinemann, Amerika in Europa selbst verteidigen. Dabei stützte er sich auf Äußerungen des amerikanischen Generalstabschefs Bradley.¹⁵ So sehr Heinemann die Reaktion der Sowjetunion auf die westdeutsche Wiederbewaffnung falsch einschätzte, so hatte er recht mit der Bewertung der amerikanischen Außenpolitik. Tatsächlich hatte es ja in der amerikanischen Außenpolitik nach 1949 einen Bruch gegeben. Bedingt durch die dauerhafte Verstrickung der USA in die Weltpolitik, mit der sich die Mehrheit der Amerikaner allmählich abfand¹⁶, war jetzt keine isolationistische Außenpolitik mehr möglich. Heinemann ging noch einen Schritt weiter. Er erblickte in der amerikanischen Konzeption »der globalen militärischen Stärke gegenüber Rußland«¹⁷ sogar einen Bedrohungsfaktor. Er bejahte zwar, »daß Amerika rüstet und damit dem Russen ein Gegengewicht gesetzt wird«,¹⁸ doch er befürchtete mit der Integration der Bundesrepu-

9 H.P. SCHWARZ, Adenauer und Rußland, 1981, S. 377.

10 A. BARING, Westdeutsche Außenpolitik, 1968, S. 46.

11 Heinemann an Adenauer, 9.10.1950, in: Kabinettsprotokolle. Band 3. 1950, 1986, S. 188.

12 Zit. n. K. v. SCHUBERT, Sicherheitspolitik. Band 1, 1978, S. 87.

13 Vgl. G. HEINEMANN, »Deutsche Friedenspolitik« (September 1951), in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 15.

14 Vgl. Heinemann, »Über die Frage der Remilitarisierung« (Tonbandnachschrift), (Bielefeld am 5.9.1951), S. 5f, NL Hei 129.

15 Zit. n. G. HEINEMANN, »Ist eine Neutralisierung Deutschlands möglich?«, Interview (5. April 1951), in: ders., Vaterländer, 1976, S. 109.

16 Vgl. G. CRAIG, 1985, S. 49.

17 Heinemann, »Krieg unter keinen Umständen eine Lösung«, in: Sonderbeilage von KuM, Nr. 10 v. Oktober 1951.

18 Dieses Zitat ist interessant, da allein hier der Nachweis einer positiven Einstellung Heinemanns zur amerikanischen Rüstung möglich ist. Das Referat stammt zweifelsfrei in seinem zweiten Teil (ab S. 5) von Heinemann. Auslassungspunkte, Zeithinweise, das Eingehen auf den Vorredner lassen den Schluß zu, daß es sich bei dem zweiten Teil, der auf einer anderen Schreibmaschine als der erste Teil (vermutlich von Werner Rietz) angefertigt wurde, um eine Tonbandnachschrift handelt. Heinemann, »Über die Frage der Remilitarisierung«, (5.9.1951), S. 5, NL Hei 129.

blik in diese amerikanische Konzeption eine »Präventivaktion«¹⁹ gegen die UdSSR. Was Heinemann auf jeden Fall befürchtete, war ein Rüstungswettbewerb zwischen Ost und West, der dann einer »Schraube ohne Ende«²⁰ gleiche.

Heinemann sah das besondere Gefahrenmoment einer westdeutschen Aufrüstung unter einem doppelten Gesichtspunkt: »Für den Russen kann sie der entscheidende Schock werden und für den Amerikaner die entscheidende Versuchung«.²¹ D. h. die westdeutsche Aufrüstung hatte für Heinemann eine spannungseskalierende Wirkung, die in einem Krieg münden konnte. Grundsätzlich unterstellte Heinemann mit dieser Bewertung der Sowjetunion eine genuin defensive Grundhaltung, während er den USA eine offensive, vielleicht sogar aggressive Außenpolitik zuschrieb. Indirekt bezichtigte er die USA, imperialistische Herrschaftsziele zu verfolgen und unterstellte den Sowjets eine Sicherung des Status quo.

Vergleicht man Heinemann und Adenauer in der Einschätzung von USA und UdSSR, dann enthüllt sich der unterschiedliche Denkansatz beider Politiker. Adenauer – letztlich ausgehend von den Interessen der Bundesrepublik – stellte Forderungen an die UdSSR, während er gegenüber den Westmächten aus dem Interesse an Souveränitätszuwachs für die Bundesrepublik zu Kompromissen und politischen Kompensationsgeschäften bereit war. Heinemann, dessen politisches Denken an Gesamtdeutschland orientiert war und der sicherheitspolitisch von den Risiken einer bundesdeutschen Wiederbewaffnung ausging, versuchte zum Vorteil Gesamtdeutschlands auf die Interessenlage der Sowjetunion einzugehen. Beide, Heinemann wie Adenauer, vernachlässigten die jeweils andere Hegemonialmacht. Aus bundesdeutscher Perspektive war die Position der UdSSR zunächst irrelevant, sieht man einmal von der Notwendigkeit der territorialen Sicherung der Bundesrepublik ab. Legte man Gesamtdeutschland zugrunde, dann mußte sowohl die Interessenlage der UdSSR als auch die der USA, wenn nicht aller westlichen Besatzungsmächte, berücksichtigt werden. Eine nationale Wiedervereinigung konnte auf keinen Fall gegen die politischen Interessen der Hegemonialmächte durchgesetzt werden. Wer nun, wie Heinemann davon ausging, daß die Sowjetunion ein berechtigtes Interesse daran hätte, sich vor einer erneuten Gefahr aus Deutschland zu schützen und gleichzeitig den USA ein vitales Interesse an Westeuropa unterstellte, der deckte genau das Dilemma auf, in dem sich das Nachkriegsdeutschland befand. Heinemann war sich dieses Dilemmas nicht bewußt. Die Überwindung des Status quo setzte die Einigung der Hegemonialmächte voraus. Die Interessen der Amerikaner kollidierten mit denen der Sowjets. Die »Berücksichtigung« sowjetischer Belange wiederum war unvereinbar mit der Politik der Amerikaner. Tat Heinemann nicht so, als ob die Bundesrepublik bereits ein souveräner Staat sei,

19 Heinemann an Adenauer, 9.10.1950, in: Kabinettsprotokolle. Band 3. 1950, 1986, S. 191.

20 Die Rede Dr. Gustav Heinemanns (Rede in Westberlin am 13.2.1952), in: Ruf der Notgemeinschaft für den Frieden Europas (Flugschrift), (S. 3), NL Hei 131.

21 Vgl. G. HEINEMANN, »Deutsche Friedenspolitik« (September 1951), in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 13.

der sich wegen nationaler Belange den Interessen der Weltmacht USA widersetzen, gleichzeitig von ihr aber den Schutz der Bundesrepublik verlangte, und die der Weltmacht UdSSR berücksichtigen konnte?

Heinemann hielt sowohl den Weg Adenauers als auch seinen eigenen für ein »Wagnis«. Er meinte, man könne nur in der Weise entscheiden, die größere Aussicht auf Bewahrung des Friedens zu wählen. Das sei dadurch möglich, daß man den Frieden dort bewahre, wo er noch ein Stück der deutschen Entscheidung sei: den Frieden unter den Deutschen selbst.²² Damit ist das Konzept Heinemanns für die Friedenssicherung bereits angedeutet. Es lautete: Weigerung, sich in das Konzept der Weltmächte einbinden zu lassen und dann den gesamtdeutschen Staat realisieren.

b) *Die gesamtdeutsche Option: Einheit und Frieden durch »Ausklammerung« aus dem Aufmarsch der Weltmächte*

Nationale Einheit¹ und Friedenssicherung waren für Heinemann aufeinanderbezogene Ziele. Sein nationalpolitisches Motiv erwuchs nicht zuletzt aus einem friedenspolitischen. Die Idee der Nation sollte ihrerseits dem Frieden dienen und weil man den Frieden wollte, wünschte man die Wiederherstellung Deutschlands. Insofern sind beide Ziele – Nation und Frieden – nur analytisch trennbar, Heinemann dachte beide zusammen.

In einer Unterredung mit verschiedenen Wiederaufrüstungsgegnern im Oktober 1951 wurde dieses Beziehungsverhältnis deutlich. Auf die Frage, ob zunächst Einheit oder Frieden angestrebt werde, antwortete Heinemann mit dem Hinweis, beides gleichberechtigt nebeneinander zu wollen. Für Heinemann war die Ablehnung der Aufrüstung »allein Ansatz«, da seiner Meinung nach das Streben nach deutscher Einheit nicht von anderen abgrenzte. »Mit ihrer Verneinung bejahen wir alsbaldige Einheit. Noch ist Widerstand gegen Rüstung geboten. Was morgen sein wird, wird zu prüfen sein«,² notierte Heinemann seinen eigenen Diskussionsbeitrag. Seine Position wurde nicht von allen Gesprächsteilnehmern geteilt. Wolf Schenke³ beispielsweise verlangte, jetzt nur zu fordern, einen gesamtdeutschen Versuch ernst zu nehmen. Das schließe auch Rüstungsbejahung ein. Schenke meinte allerdings, die Sowjets würden die Ostzone nur dann räumen, wenn westdeutsche Aufrüstung drohe.⁴ Insofern bewegte sich Schenke in den Denkkategorien einer Politik der Stärke, die keinen Verzicht eines deutschen Staates auf das ihm zustehende Machtattribut einer Armee zugelassen hätte.

22 Vgl. Heinemann, »Krieg unter keinen Umständen eine Lösung«, in: Sonderbeilage von KuM, Nr. 10 v. Oktober 1951.

1 Sowohl in Heinemanns Memorandum über die deutsche Sicherheit v. 13.10.1950 als auch in seinem Brief vom 9.10.1950 an Adenauer spielte allerdings die Frage eines möglichen Krieges die größere Rolle.

2 Handschriftliche Aufzeichnungen Heinemanns v. 14.10.1951, NL Hei 357.

3 Zu Wolf Schenke vgl. R. DOHSE, 1974, S. 84 – 99.

4 W. SCHENKE, zit. n. Handschriftliche Aufzeichnungen Heinemanns v. 14.10.1951, NL Hei 357.

Weil die Aufrüstung zumindest in der konkreten Situation strittig war, das Streben nach deutscher Einheit dagegen von allen geteilt wurde, plädierten andere dafür, erst dann über die Wiederbewaffnung zu sprechen, wenn die Einheit erreicht worden sei. Davon geschieden war noch eine dritte Position, wonach sich alles der Sicherung des Friedens unterordnen müsse.⁵ Beim Versuch, die Frage zu klären, ob man bei der Bekämpfung der Wiederaufrüstung den friedenspolitischen oder nationalpolitischen Aspekt betonen sollte, wurden diese drei grundlegenden Richtungen sichtbar, die Heinemanns späteren politischen Weg begleiten sollten: die nationalkonservative Richtung, die pazifistisch Orientierten und die gesamtdeutschen Pragmatiker, wobei die einzelnen Richtungen christlich fundiert sein konnten. Diese differierenden Strömungen waren mitunter der Grund dafür, daß die Wiederbewaffnungsgegner, die sich um Heinemann sammelten, nur mit einem Minimalkonsens an die Öffentlichkeit traten, um so eine »geschlossene« Opposition gegen die Bundesregierung zu erreichen.

Aus gesamtdeutscher Raison gegen die Außenpolitik Adenauers

Adenauers Außenpolitik widersprach den außenpolitischen Vorstellungen Heinemanns grundlegend. Anders als beispielsweise der ehemalige Reichskanzler Brüning⁶ war für Heinemann die Integrationspolitik Adenauers nicht einmal ein kurzfristiger Notbehelf im Sinne eines akzeptablen Zwischenstadiums. Heinemann lehnte sie immer grundsätzlich ab. Schließlich beinhaltete dieser Weg seiner Meinung nach eine dreifache Fatalität: Er führte nur zur Scheinsouveränität, er gefährdete die gesamtdeutsche Existenz und ließ die deutsche Frage von der weltpolitischen Bühne verschwinden. Die Intention der Außenpolitik des Bundeskanzlers erkannte Heinemann richtig, wenn er davon ausging, Adenauer wolle der Bundesrepublik mit ihrer Eingliederung in westliche Gemeinschaftssysteme (Europarat, Schuman-Plan, EVG) die Souveränität verschaffen. Heinemann gestand dieser Politik eine »positive Konzeption«⁷ zu, von der sich Adenauer wohl trotz aller Widrigkeiten und Rückschläge nicht werde abbringen lassen.

Heinemann war aber davon überzeugt, daß diese Politik der Bundesrepublik nur eine »Scheinsouveränität« bringe, d. h. »die Bundesrepublik wird jede neue Freiheit, jedes Stück sogenannter Souveränität durch Zusage anderweitiger Verpflichtungen erkaufen müssen«.⁸ Hier argumentierte Heinemann in revisionistischer Manier, die sich schon in seiner Kritik beim Vorgehen Adenauers in Zusammenhang mit dem Sicherheitsmemorandum gezeigt hatte. Schon damals kritisierte er die ungefragte Bereit-

5 Vgl. ebd..

6 Vgl. H. P. SCHWARZ, Adenauer und Europa, 1979, S. 502.

7 G. HEINEMANN, »Deutsche Friedenspolitik«, in: ders., Verfehlte Deutschlandpolitik, 1966, S. 10.

8 Ebd., S. 11.

willingkeit des Kanzlers, westdeutsche Truppen zur Verfügung zu stellen. Es sei nicht deutsche Sache, eine deutsche Beteiligung an militärischen Maßnahmen nachzusuchen oder anzubieten, meinte Heinemann. Er argumentierte: Wenn die Westmächte deutscher Mitwirkung zu bedürfen glauben, so mögen sie an die Deutschen herantreten und dabei verbindlich sagen, welches die Grundfragen einer etwa von ihnen gewünschten deutschen Mitwirkung sein sollen. Erst dann sei der Zeitpunkt der Entscheidung gekommen. Die Deutschen würden alsbald dann unter anderem zu prüfen haben, welche Grundlagen die Westmächte anböten.⁹ Hieraus spricht ein ausgeprägtes nationales Bewußtsein, das in keiner Weise durch den Zweiten Weltkrieg gelitten hatte. Heinemann verwies ferner darauf, daß die Siegermächte alles getan hätten, um das deutsche Militär zu diskreditieren und die deutsche Bevölkerung zu einer alles Militärische ablehnenden Geisteshaltung zu erziehen. In dieser Situation hätten die Deutschen allen Anlaß, auf gegenteilige Aufforderungen so zurückhaltend wie nur möglich zu reagieren.¹⁰ Hillgruber meint, Heinemanns Argumentation sei nicht »frei von nationaler Trotzreaktion« gewesen.¹¹

Diese nationale Haltung Heinemanns überschätzte die Mächtigkeit deutscher Staatlichkeit unter den Bedingungen des Weltsystemgegensatzes und war noch davon durchdrungen, das klassische Prinzip des *do ut des* zum Vorteile Deutschlands einsetzen zu können. Die Ausgangsposition Westdeutschlands mußte nach Heinemann notwendigerweise zur bloßen Scheinsouveränität führen, weil Deutschland sich durch den Zweiten Weltkrieg eine doppelte Hypothek eingehandelt habe: die der bedingungslosen Kapitulation und die, daß die Deutschen nur mit einem halben Deutschland antreten könnten. Daneben barg für Heinemann die Politik der Integration eine entscheidende Gefährdung der gesamtdeutschen Existenz in sich. Im Ergebnis hatte sie für ihn bei konsequenter Durchführung eine »vertiefte Spaltung gegenüber Ostdeutschland« zur Folge.¹² Er befürchtete, daß, wenn beide deutsche Staaten sich dem jeweiligen Blocksystem anschließen, die Herstellung der deutschen Einheit nahezu unmöglich werde. Dementsprechend lag hier nach Heinemanns Selbsteinschätzung »ein wesentlicher Teil der Motive eines Widerstandes gegen die Aufrüstung«.¹³

Schließlich war für ihn klar, daß bei einer Westintegration der Bundesrepublik die Sowjetunion entsprechend reagieren werde, mithin »die Reste eines gesamtdeutschen Lebens« abermals kleiner würden.¹⁴ Heinemann erkannte weitblickend, was die Westintegration insgesamt hin-

9 Vgl. erstmals G. HEINEMANN, Exposé vom 11.9.1950, in: ders., Was Dr. Adenauer vergift, in: FH, 1956, S. 464.

10 Vgl. Heinemann an Adenauer, 9.10.1950, in: Kabinettsprotokolle. Band 3. 1950, 1986, S. 189.

11 A. HILLGRUBER, Heinemann, 1983, S. 509.

12 Heinemann, »Krieg unter keinen Umständen eine Lösung«, in: Sonderbeilage von KuM, Nr. 10 v. Oktober 1951.

13 Heinemann, »Was heißt Neutralisierung?«, in: StZ v. 27.2.1951.

14 Heinemann, »Krieg unter keinen Umständen eine Lösung«, in: Sonderbeilage von KuM, Nr. 10 v. Oktober 1951.

sichtlich der deutschen Frage in der Weltpolitik bedeutete: Mit der definitiven Integration von »Westdeutschland in den Westblock« war für ihn »die deutsche Frage auf unabsehbare Zeit »gelöst«, weil sie aufhört, »ein weltpolitisches Thema zu sein.«¹⁵ Die spätere Entwicklung sollte Heinemann recht geben. Allerdings wollte er lange nicht wahrhaben, daß dieser Punkt schon längst erreicht war (spätestens seit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5.5.1955), während er noch immer gesamtdeutsche Politik durchzusetzen hoffte. Heinemanns Staatsraison hatte ihren Bezugspunkt in Gesamtdeutschland und hob sich damit fundamental von der des Bundeskanzlers ab, dem – zugespitzt formuliert – die Staatsraison der Bundesrepublik alles galt.

Das Konzept der Ausklammerung

Heinemann beanspruchte für Deutschland einen gleichberechtigten Status neben anderen Nationen. Sicherlich stand »die Idee eines neutralisierten Gesamtdeutschland quer zur allgemeinen Tendenz des sich vertiefenden Ost-West-Gegensatzes«¹⁶. Doch diese Einschätzung, die die Schwierigkeit der Realisierung der Einheit Deutschlands aufzeigt, übersieht, daß, so wie der bundesdeutsche Weg sich gestaltete, der westliche Teil Deutschlands seinen Beitrag zur Vertiefung des Gegensatzes lieferte.

Heinemann dachte anders. Seine gesamtdeutsche Option hatte gerade die Entschärfung dieses Gegensatzes zum Inhalt. Auf Deutschland bezogen unterstellte er der UdSSR und den Westmächten gleichermaßen ein Interesse an Deutschland. Beide verteidigten sich nämlich seiner Meinung nach in der DDR bzw. in der Bundesrepublik.¹⁷ Heinemanns Analyse der internationalen Rahmenbedingungen ging von einer jeweils interessengeleiteten Nationalpolitik aus. Ungeachtet ihrer inneren Ordnung verstand er die einzelnen Staaten als Machtfaktoren, die in der internationalen Politik ihre Interessen gewahrt wissen wollten. In diesem Spiel der Kräfte hielt er die Wahrnehmung gesamtdeutscher Interessen gleichfalls für legitim. Gegenüber der Sowjetunion empfand Heinemann eine moralische Schuld, die sich nicht allgemein, sondern konkret bekannte. Deswegen fiel ihm die Anerkennung sowjetischer Interessen leicht, die er historisch für gerechtfertigt hielt. Sein theologisch fundiertes Unrechtsbewußtsein gegenüber dem Osten machte ihn für die stärkere Würdigung sowjetischer Belange offen.¹⁸ Die UdSSR war deshalb vergleichsweise einer weniger starken Kritik ausgesetzt als die ebenfalls vom deutschen Krieg betroffenen westlichen Alliierten.

Heinemann unterstellte weder der einen Seite prinzipielle Kriegslüsternheit noch der anderen grundsätzliche Friedfertigkeit. Beider Ringen um Macht produzierte ihm zufolge die Konflikte. Er war nun von der Möglichkeit überzeugt, Deutschland im eigenen Interesse aus diesem Ge-

15 Ebd..

16 W. BESSON, *Verhältnis*, 1972, S. 369.

17 Vgl. Heinemann, zit. n. FAZ v. 2.3.1951.

18 Vgl. W. KRUSCHE, 1984, S. 17.

gensatz heraushalten zu können. Genau darin sah er das spezifisch deutsche Interesse, sich der doppelten Inanspruchnahme Deutschlands durch Ost und West zu entziehen, um dadurch die Einheit wiederherstellen zu können. Trotz traditioneller Zugehörigkeit zum Westen im Hinblick auf die gemeinsamen politischen Werte¹⁹ folgerte Heinemann daraus nicht die Notwendigkeit einer Integration Deutschlands in ein »westliches Staatensystem«.

Obschon er die deutsche »Rolle im weltpolitischen Spiel« als überaus bescheiden einschätzte, war Heinemann überzeugt, verhindern zu können, »daß wir hüben stückweise in den Aufmarsch der Weltmächte gegeneinander einbezogen werden«.²⁰ Vor allem der Bundesrepublik maß er diesbezüglich einen größeren Spielraum zu. Ihr oblag nach Meinung Heinemanns eine »besondere Verantwortung (...) für das gesamtdeutsche Schicksal«. Es würde, wie er meinte, sowieso schwer genug sein, nach den jahrelangen Auseinandersetzungen das deutsche Volk wieder zusammenzuführen.²¹ Die Bundesrepublik wie auch die DDR befänden sich politisch und wirtschaftlich in den Händen der Besatzungsmächte, doch »psychologisch«²² könnten die Westmächte noch nicht über die Bundesrepublik verfügen. Das war für Heinemann die Chance eines Ansatzes. Der streitbare Mochalski sprach sogar bezogen auf DDR und Bundesrepublik von »Satelliten«.²³

Die Bundesrepublik konnte sich einer Einbeziehung in das westliche Bündnissystem entziehen, und damit wäre der erste Schritt zur »Ausklammerung Deutschlands«²⁴ aus den Blocksystemen getan, wie Heinemann seine Strategie zur Wiederherstellung der deutschen Einheit nannte. Diese Ausklammerung hielt Heinemann für nicht leicht realisierbar. Die friedliche Wiedervereinigung würde seiner Meinung nach aber sicherlich dann keineswegs erreicht werden, wenn die Deutschen einer Einbeziehung Deutschlands in die jeweiligen Blocksysteme überhaupt nicht widerstreben oder ihr gar zustimmten.²⁵

Heinemann sprach der Konzeption der Westintegration nicht den Realitätscharakter ab, sondern ihren Anspruch, die deutsche Einheit jemals ohne die Gefahr eines Krieges einlösen zu können. Für seine Position sah er eine Fülle von Problemen und Fragen. Sie suchte »tastend nach ihren Chancen und muß für die größere Hoffnung auf neue Entwicklung in der Gegenwart manches an Achselzucken in Kauf nehmen«. »Sei's drum«, zog

19 Heinemann, »Unsere Verantwortung heute«, Redenotizen (24.7. 1951), S. 4, NL Hei 128. Es heißt hier: »Wir alle nach Tradition zum Westen«.

20 Heinemann, »Krieg unter keinen Umständen eine Lösung«, in: Sonderbeilage von KuM, Nr. 10 v. Oktober 1951.

21 Heinemann, »Ost-West-Gespräch« (Presseagenturartikel), 24.1.1951, (S. 1f), NL Hei 127.

22 G. HEINEMANN »Ist eine Neutralisierung Deutschlands möglich?« in: ders., Vaterländer, 1976, S. 109.

23 Mochalski, zit. n. »Deutsche Entscheidungen in Ost und West«, in: Blätter der Freiheit, H. 22/24, 1951, S. 3.

24 Heinemann, »Ist eine Neutralisierung Deutschlands möglich?«, in: ders., Vaterländer, 1976, S. 111.

25 Ebd., S. 108f.

Heinemann sein Fazit, »die Welt hat an Wandel der politischen Situation schon viel Erstaunliches geleistet und zudem sollten wir, die wir christliches Abendland sein wollen, wissen, daß immer noch Gott im Weltregimente sitzt.«²⁶ Seine religiöse Haltung vermittelte ihm also letzten Endes die Zuversicht, an sein Projekt zu glauben und dafür auch den Weg der Ungewißheit zu gehen.

Dennoch hielt er seinen Kurs alles in allem auch politisch für realistisch, weil für ihn die internationale Interessenlage und der nationale Wunsch nach einer Wiedervereinigung unter den gegebenen weltpolitischen Bedingungen durchaus miteinander vereinbar waren: »Der Osten will dagegen gesichert sein, daß Westdeutschland oder Gesamtdeutschland in die Waagschale des Westens fällt. Der Westen will dagegen gesichert sein, daß Deutschland in die Waagschale des Ostens fällt. Beide wollen dagegen gesichert sein, daß Deutschland wieder eine Gefahr für sie wird.«²⁷

Heinemann hatte wohl den speziellen »Sonderkonflikt«²⁸ zwischen Deutschland und der UdSSR überschätzt und den Systemgegensatz zwischen Ost und West, der an Mächtigkeit andere Konflikte überragte, unterschätzt. Betrachtet man die Realisierung seines gesamtdeutschen Lösungsvorschlags, so setzte er die Berücksichtigung der Belange dreier Akteure voraus. Einmal war da das herausragende Interesse Deutschlands an einer Wiedervereinigung. Daneben existierte das Bedürfnis der Siegermächte, Deutschland nicht in die »Waagschale« des jeweiligen Kontrahenten fallen zu sehen. Schließlich erblickte Heinemann das gemeinsame Interesse aller Siegermächte darin, Deutschland nicht mehr zu einer selbständigen Gefahr für die Sicherheit aller werden zu lassen. Allerdings war Heinemann aber auch davon ausgegangen, es sei im Interesse der Weltmächte, den jeweiligen unterworfenen Teil Deutschlands in ihrem Sinne nutzbar zu machen, sei es als Verteidigungsglaxis oder als Aufmarschgebiet. Bestand unter dieser Voraussetzung überhaupt die Möglichkeit, das besetzte Deutschland aus dem jeweils östlichen oder westlichen Machtbereich zu entlassen? Läge da nicht eine Fortschreibung der deutschen Teilung im wohlverstandenen Interesse der Blöcke? Welcher Grund hätte die Sowjetunion oder die USA bewegen können, eine gesamtdeutsche Option zu realisieren? Wenn es zutraf, daß die deutsche Frage die globalen Machtverhältnisse mitbestimmte, dann hätte die Sowjetunion von einem ausgeklammerten Deutschland sicherlich mehr Nutzen gezogen als die USA. Die USA waren anders als die UdSSR keine europäische Macht.

Eine weitere Schwierigkeit bei der Lösung der deutschen Frage beschrieb Heinemann zwar, doch er durchdachte sie nicht in all ihren Konsequenzen. Heinemann war sich bewußt, daß die Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschlands »nur ein Teilproblem innerhalb der

26 Heinemann, »Deutsche Verantwortung«, in: StdG, 3. Jg., Nr. 4 v. April 1951, S. 2.

27 Ders., »Über die Frage der Remilitarisierung«, (5.9.1951), S. 7, NL Hei 129.

28 Der Begriff stammt von R. LÖWENTHAL, Kalter Krieg, 1974, S. 604.

Weltfragen« war. »Letzten Endes kann die deutsche Frage (...) nur im großen Rahmen der weltpolitischen Ost-West-Fragen gelöst werden.«²⁹ Bedeutete diese Feststellung nicht in letzter Konsequenz, die Aufhebung des Ost-West-Konfliktes zur Grundbedingung für die Einheit Deutschlands zu machen?

Ob eine konkrete Möglichkeit zur Ausklammerung Deutschlands aus dem beiderseitigen Aufmarsch der Weltmächte bestünde, sollte eine Viererkonferenz zu erweisen haben. Heinemann hoffte, daß diese Konferenz zustandekäme und so einen Ausweg aus dem Wettrüsten fände.³⁰ Die Frage »eine(r) friedliche(n) Verständigung« mit dem Osten war für ihn »ein Gebot des ernsthaften Versuches (...).«³¹ Wie schwer die Aufgabe der Verständigung mit dem Osten und die Ausklammerung Deutschlands sich auch darstellen mochte, Heinemann hielt es für eine erforderliche Aufgabe, sich darum zu bemühen.

Diese Ausklammerung Deutschlands wollte Heinemann nicht mit dem Etikett der Neutralität versehen wissen. In einer Rede vor Rüstungsgegnern, die Heinemann Ende 1951 hielt und in der er so ausführlich wie sonst an keiner anderen Stelle auf die Neutralitätspolitik einging, legte er seine Gründe ausführlich dar. Die Diktion der freien Rede ist hier beibehalten worden: »Neutralität muß etwas Grundsätzliches sein, das muß durch die Jahrhunderte, durch die lange Zeit her glaubhaft werden, so wie es bei der Schweiz der Fall ist. Neutralität, heute ausgedrückt, ist nur irgendwie eine Verlegenheitsangelegenheit, die ja weder glaubwürdig noch geschichtlich fundiert ist noch irgendwie realistisch ausbalanciert ist. Das ist nicht das, was ich meine. Es sollte auch nicht davon die Rede sein, daß Deutschland die Brücke spielen würde zwischen den beiden Lagern der Weltmächte, ausgerechnet wir Kümmerlinge in diesem zusammengeschlagenen Nachkriegsdeutschland. Auch da kann es nur um einen ganz bescheidenen Ausdruck gehen, und ich will versuchen, es Ihnen einmal so zu sagen, daß wir doch ein ungebundener Faktor bleiben möchten (...) in diesem Konflikt der Weltmächte. Ein ungebundener Faktor wie Finnland (...), das geht ja nicht in den Atlantikpakt, wie Schweden, Irland, Schweiz, Österreich, Jugoslawien. Daran anschließend eine Serie von asiatischen Staaten bis letzten Endes hin auf Pandit Nehru. Solche ungebundenen Faktoren, die da isolierend, dämpfend wirken würden, wären schon ungeheuer viel in dieser mit Zündstoff so überladenen Welt. Darum müßte es gehen. Also, daß wir im Gespräch von Westen nach dem Osten uns immer auf unsere gesamtdeutsche Verantwortung festnageln, und wenn sie letzten Endes darauf auslaufen würde, daß wir die Menschen drüben dem Russen ebenso unzuverlässig machen, wie wir als Westdeutsche dem Westalliierten gegenüber unzuverlässig zu sein haben. (...)«³²

29 Heinemann, »Exposé zur deutschen Frage, insbesondere zur Frage westdeutscher Aufrüstung« v. 1.8.1951, S. 1 u. S. 3, NL Hei 128.

30 Vgl. Heinemann, »Ist eine Neutralisierung Deutschlands möglich?«, in: ders., Vaterländer, 1976, S. 111.

31 Ebd., S. 108.

32 Heinemann, »Über die Frage der Remilitarisierung«, (5.9.1951), S. 8, NL Hei 129.

Dachte Heinemann damit an eine Form des zivilen Ungehorsams und/oder der staatlichen Gehorsamsverweigerung gegenüber alliierter Politik, alliierter Anordnungen? Eines ist jedenfalls deutlich: Heinemann verstand seine Position nicht als neutralistische. Eine deutsche Neutralität war nicht historisch fundiert und nicht realpolitisch ausbalanciert, zudem fehlte dafür in Deutschland die machtpolitische Grundlage. In einem anderen Zusammenhang wird deutlich, wie sehr im Begriff des Neutralismus die Konnotation der Gesinnungsneutralität mitschwang, die diametral zu Heinemanns Denken stand. Die Frage, ob seine Lageanalyse eine politische Neutralität Deutschlands bedinge, beantwortete Heinemann mit einem »Nein. Wir sind nach Geschichte und Lebensvorstellung antitotalitär.«³³ Schließlich mag bei der Vermeidung des Begriffs der Neutralität noch die Abgrenzung von den »neutralistischen Gruppen« in der Bundesrepublik eine Rolle gespielt haben. Ihr öffentliches Erscheinungsbild war diffus und ihren Konzeptionen haftete der Ruch illusionärer Politik an, den Interessen der UdSSR in unzulässiger Weise entgegenzukommen, aber nicht auf dem Boden der Realität zu stehen. Diesen Vorwurf hatte Adenauer gegenüber Heinemann bereits in der letzten Kabinettsitzung, an der Heinemann teilnahm, erhoben und eine gedankliche Nähe des Neutralisten Noack zu Heinemann hergestellt.³⁴

Unter den weltpolitischen Bedingungen hielt Heinemann allein die Ausrichtung eines ausgeklammerten Deutschlands als eines ungebundenen Faktors für sinnvoll und notwendig. Sie sicherte einerseits die deutsche Einheit und hatte andererseits dämpfende Wirkung im Ost-West-Konflikt. Die gesamtdeutsche Idee, für die Heinemann optierte, gewann so auch ihre Kraft von der Vorstellung her, einen Beitrag zur Konfliktentschärfung des Kalten Kriegs zu liefern. Zu mehr war Deutschland zu schwach. Nicht im entferntesten konnte es seiner Meinung nach eine Brücke Deutschland zwischen Ost und West geben. Eine Gleichgewichtspolitik in Gestalt einer Brückenkonzeption, wie sie Jakob Kaiser bereits vor Gründung der Bundesrepublik vertreten hatte,³⁵ hatte die Stärke Deutschlands zur Voraussetzung. Daran ermangelte es aber Deutschland nach den Folgen des Zweiten Weltkrieges. Erst ein starkes Deutschland hätte ein Mittler zwischen Ost und West sein können. Die Einordnung der Politik Heinemanns als eine Schaukelpolitik geht mithin fehl. Außenpolitisch verabschiedete nämlich Heinemann mit seinem Ausklammerungskonzept die Idee und die Realität einer deutschen Machtpolitik, erneut im internationalen Spiel der Kräfte mitwirken zu sollen. Heinemann stand nicht in einer deutschen Tradition, die Kissinger holzschnittartig zusammenfaßt: »Von Bismarck bis Rapallo bestand das Wesen der nationalistischen Außenpolitik Deutschlands darin, frei zwischen Ost und West zu manövrieren.«³⁶

33 Heinemann, »Krieg unter keinen Umständen eine Lösung«, in: Sonderbeilage von KuM, Nr. 10 v. Oktober 1951.

34 Vgl. Adenauer, 103. Kabinettsitzung, 10. Oktober 1950, in: Kabinettsprotokolle. Band 3. 1950, 1986, S. 37.

35 Zu Kaiser vgl. H. P. SCHWARZ, Reich, 1980, S. 310 – 315. W. CONZE, 1969, S. 62 – 68.

36 H. KISSINGER, 1979, S. 97.

In der Tat suchte Bismarck in den Tagen der Stärke Deutschlands und wollte Stresemann in einer labilen Phase des Deutschen Reiches einseitige Bindungen zuungunsten Deutschlands meiden. Ihre Außenpolitik, wie unterschiedlich sie auch angelegt sein mochte, beruhte auf der Überzeugung, sich durch eine Gleichgewichtspolitik Optionen in der einen wie anderen Richtung offen zu halten. Unter Bismarck erlebte das Reich seine maximale Machtsteigerung, ohne die Grenzen des Status quo zu überschreiten. Rapallo diente der Wiederherstellung deutscher Macht, ohne seinerseits das Kräftespiel zu durchbrechen.³⁷ Das war ›Schaukelpolitik‹, das war Nationalpolitik im Sinne einer ›Machtpolitik‹ zwischen Ost und West. Genau diese Politik verfolgte Heinemann mit seinem Konzept nicht. Nicht zuletzt sein theologisch fundiertes Verständnis deutscher Schuld gegenüber der Sowjetunion hinderte ihn an der Rückkehr zu dieser traditionellen Politik. Für eine dem Gleichgewichtsgedanken verpflichtete Politik hielt er Deutschland im übrigen für zu schwach. Er entsprach nicht der Rolle Deutschlands im Nachkriegssystem. Manchmal läßt die Argumentation Heinemanns das aber vergessen, wenn er, obwohl Deutschland nach 1945 ein Objekt der Machtpolitik anderer Staaten war, meinte, die nationalen Interessen Deutschlands, die zu einer fundamentalen Revision des Nachkriegssystems führen mußten, geltend machen zu können. Was Heinemann wollte und propagierte, erinnert, wenn schon Traditionsmuster herangezogen werden, eher an das Prinzip des Isolationismus. Heinemanns Politik des Ausklammerns gipfelte schlicht in der Furcht vor »entangling alliances«.³⁸ Bezogen auf die konkrete Situation Deutschlands nach 1949 hätte das Hineinziehen in mögliche Konflikte nach Heinemann eine Wiedervereinigung auf Dauer vermutlich unmöglich gemacht. Heinemann war sich des eingegengten Spielraums deutscher Politik bewußt, – wie eng er tatsächlich war, erkannte er nicht –, ihn jedoch wollte er uneingeschränkt zur Wiederherstellung der deutschen Einheit genutzt wissen.

c) Die Politik der kleinen Schritte

Zur Ausnutzung des vorhandenen Spielraumes gehörte es beispielsweise, die »Reste eines gesamtdeutschen Lebens«¹ zu erhalten. Für Heinemann hatte der Eiserne Vorhang, »in Bezug auf Ostdeutschland (...) noch einige erhebliche Löcher.«² Einmal konnte man, wenn auch nur eingeschränkt, zwischen den beiden deutschen Staaten hin und her reisen und das Hilfswerk der Kirchen durfte immer noch Spenden in die DDR transferieren. Diese bescheidenen Zugänge und Einwirkungsmöglichkeiten wollte Heinemann nicht durch politische Maßnahmen seitens der Bundesregierung gefährdet wissen. Diese Reste eines gesamtdeutschen Lebens

37 Zu der außenpolitischen Tradition der Bismarckschen Linie im einzelnen W. BESSON, Streit, 1970, S. 96 – 101.

38 Dieser Begriff ist entlehnt von H. P. SCHWARZ, Gezähmte Deutsche, 1985, S. 94.

1 Heinemann, Exposé zur deutschen Frage, 1.8.1951, S.3, NL Hei 128.

2 Ebd., S. 2.

bedeuteten für ihn »materielle Hilfe und ständige Stärkung der moralischen Widerstandskraft von Menschen hinter dem eisernen Vorhang. Wir alle haben ein Interesse daran, daß Ost-Deutschland nicht auch völlig im roten Meer untergeht, sondern daß Kontakte verbleiben.«³

Damit entwarf Heinemann, was einzelne erste Schritte auf ein Gesamtdeutschland hin anlangte, keine große Alternative zur Politik des Kanzlers. Doch während jener auf Abgrenzung zur DDR bedacht war, strebte Heinemann genau umgekehrt im Interesse der Menschen in der DDR eine Verständigung mit der DDR an. Heinemann orientierte sich pragmatisch an den politischen Gegebenheiten. Seine Option ließ ihn die Reste gesamtdeutscher Gemeinsamkeit zum »Ansatzpunkt für einen Ausbau des gesamtdeutschen Lebens«⁴ nehmen. Heinemann hätte es beispielsweise für richtig gehalten, wenn sich Jugendliche aus der Bundesrepublik an den in der DDR stattfindenden Weltjugendfestspielen beteiligt hätten, um »das Gespräch mit den Menschen in der russischen Zone (zu) suchen.«⁵ Er forderte auch die Gesprächsbereitschaft bundesdeutscher Politiker. Aus diesem Grund kritisierte er die Abwesenheit von Politikern aus der Bundesrepublik Deutschland, die 1950 bis auf den Bundestagspräsidenten Ehlers nicht am Evangelischen Kirchentag in Ostberlin teilgenommen hatten. Die evangelische Kirche war im übrigen die einzige Körperschaft, die ganz Deutschland umfaßte. Sowohl der Rat der EKD als auch die Synode umgriffen die ehemaligen Besatzungszonen bis hinein in die Reste der Schlesischen Kirche in Görlitz. Zum Ausdruck der Verbundenheit tagten deshalb Rat und Synode abwechselnd im Osten und im Westen.⁶ Kirchliche Kontakte stärkten das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl und symbolisierten den Willen zu einer nationalen Einheit. Im gesamtdeutschen Interesse vermißte Heinemann verstärkte Aktivitäten bundesdeutscher Politiker in dieser Richtung. All jene kleinen politischen Schritte waren für Heinemann »Mosaiksteine in einer ganz anderen Gesamthaltung.«⁷ Er selbst versuchte, dieser Haltung durch die eigene Tätigkeit entsprechend Ausdruck zu verleihen. Als Präses der EKD hatte er vielfachen Kontakt mit evangelischen Kreisen in der DDR, nicht zuletzt war er im Oktober/November 1951 auf einer einwöchigen kirchlichen Vortragsreise in der DDR unterwegs.

Dort erfuhr er von den Nöten und Zwängen der evangelischen Christen in der DDR und führte mit ihnen auch zahlreiche politische Gespräche. Seine Reden brachten sein gesamtdeutsches Verantwortungsgefühl zum Ausdruck, wie er es gleichermaßen vermied, in der DDR an die Politiker, deren Westkurs er in der Bundesrepublik entschieden bekämpfte, Schuldzuweisungen auszusprechen.⁸

3 Ebd., S. 2.

4 Heinemann, »Über die Frage der Remilitarisierung«, (5.9.1951), S. 7, NL Hei 129.

5 Ebd., S. 8.

6 Vgl. Heinemann, »Die evangelische Christenheit hinter dem eisernen Vorhang«, Manuskript (Vortrag in der Schweiz, 10. – 16. 11.1951), S. 6f, NL Hei 130.

7 Heinemann, »Über die Frage der Remilitarisierung«, S. 8, NL Hei 129.

8 Nach Durchsicht der entsprechenden Redemanuskripte im NL Hei 129.

Heinemann registrierte im allgemeinen in der DDR die Befürwortung des westdeutschen Aufrüstungskurses, seiner Meinung nach verlor sie aber dann schnell an Unterstützung, wenn dieser Weg zur Wiedervereinigung mit allem Für und Wider diskutiert wurde.⁹

Heinemann erwartete nun auf staatlicher Ebene entsprechende Aktivitäten (wie DDR-Reisen usw.) von der Bundesregierung. Er verlangte von ihr eine Politik einer »gesamtdesche(n) Verantwortung«¹⁰. Aus diesem Grund sollte sie deshalb auch auf Ereignisse und Maßnahmen der DDR angemessen und seiner Meinung nach nicht falsch reagieren. In dem Maße beispielsweise, wie in der DDR eine Volkspolizei aufgebaut wurde, sollte im Westen ebenfalls ein Polizeiaufbau stattfinden. Für ihn bedeutete es nämlich einen Unterschied, ob der Westen einer ostdeutschen Initiative folge oder aber, wie er dies in der Aufrüstungsfrage getan hätte, vorangehe und damit dem Osten die Legitimation zu entsprechenden Maßnahmen gebe.¹¹ Positiv gewendet hieß das für ihn, »auf eine gesamtdesche Regierung aus freien und echten Wahlen hinzielen und alle Vorbereitungen treffen oder Sicherungen überlegen, daß eine gesamtdesche Regierung stark genug sein kann, um sich gegen innere Angriffe (Putsche, politische Streiks) zu schützen.«¹²

Die Bereitschaft der DDR-Regierung, Wahlen in diesem Sinne abzuhalten, hielt Heinemann seit dem Grotewohl-Brief vom 30. November 1950 für gegeben.¹³ Der SPD-Vorsitzende Schumacher erklärte damals apodiktisch, im Falle deutsch-deutscher Gespräche werde die SPD auf die Straße gehen und demonstrieren. Die Bundesregierung selbst ließ sich mit einer Beantwortung des Briefes bis zum 15. Januar 1951 Zeit und stellte für die Abhaltung freier, geheimer, demokratischer Wahlen Forderungen auf wie: persönliche und politische Freiheiten und die Abschaffung der Volkspolizei. Heinemann hatte sich angesichts des langen Wartens von mehr als sechs Wochen bei der »Beantwortung« des Grotewohl-Briefes erwartet, zum mindesten eine »Abwandlung der Grotewohlschen Initiative«, selbst wenn man das, was Grotewohl bot, als unzureichend ansah.¹⁴ Bei Heinemann blieb der Eindruck haften, als hätte man durch diese gesetzten Bedingungen der Bundesregierung eine Chance versäumt. Heinemann verfolgte keine Konfliktstrategie gegenüber der DDR und gegenüber der kommunistischen Staatspartei. Obschon sein Verhältnis zur inneren Verfaßtheit der DDR ein sehr kritisches war, machte er sie nicht zum expliziten Gegenstand seiner öffentlichen Artikulationen. Was ihn gleichwohl nicht hinderte, gegebenenfalls energisch Stellung zu beziehen. Als das Zentralorgan der Ost-CDU in der Ausgabe vom 20.3.1951 den CDU-Vorsitzenden Nuschke mit den Worten zitierte, Niemöller und

9 Vgl. G. HEINEMANN, »Reise durch die Ostzone«, (November 1951), in: Glaubensfreiheit, 1976, S. 108 – 114, hier S. 111.

10 Heinemann, »Über die Frage der Remilitarisierung«, S.7, NLHei129.

11 Vgl. Heinemann, Exposé zur deutschen Frage, 1.8.1951, S. 3, NL Hei 128.

12 Ebd..

13 Vgl. Heinemann, »Ost-West-Gespräch«, 24.1.1951, S. 1, NL Hei 127.

14 Ebd..

Heinemann seien tief von der Tatsache beeindruckt gewesen, daß die Formung der DDR in völliger Freiheit und Souveränität vor sich gegangen sei, wandte sich Heinemann in der ihm eigenen Art sachlich-kühl und doch entschieden an Nuschke und schrieb ihm: »Ich habe eine solche Erklärung niemals abgeben und bedauere daher meine Inanspruchnahme für die Beurteilung eines Tatbestandes, den ich in Wahrheit wesentlich anders sehe. Ich bitte Sie freundlichst, von weiteren solchen Erklärungen Abstand zu nehmen. Die Ost-West-Verständigung kann damit nicht gefördert, sondern nur erschwert werden.«¹⁵

Um eben diese Verständigung nicht zu belasten, hielt sich Heinemann seinerseits mit einer öffentlichen Kritik an der inneren Situation der DDR eher zurück. Seine gesamtdeutsche Orientierung ließ ihn an konstruktive Lösungen glauben und sie suchen. Welche Möglichkeiten sich dann tatsächlich geboten hätten, wollte er im Rahmen eines »Ost-West-Gesprächs«¹⁶ geklärt wissen. Das bedeutete dann allerdings auch – allen Widerständen zum Trotz – die eigene (bundesdeutsche) Position flexibler zu handhaben, nicht auf Maximalpositionen zu beharren, sondern »der gesamtdeutschen Lösung unter Wahrung der Würde und der Freiheit des Menschen sachlich und zeitlich bis zum Äußersten nachzugehen.«¹⁷

Heinemann war deshalb grundsätzlich bereit, jeden Vorschlag seitens der DDR ohne vorgefaßte Bedenken zu überprüfen und nicht selbst an vorgefaßten Konzeptionen hängenzubleiben.¹⁸ Die eigentliche Schwierigkeit sah er nicht in der Herstellung der nationalen Einheit, sondern in den Maßnahmen, die nach der Konstituierung einer gesamtdeutschen Regierung anstanden. Das betraf einmal die Sicherheitsfrage, das betraf aber auch den schwierigen Weg einer erneuten Integration des deutschen Volkes, denn sie verlangte »nach jahrelangen Auseinandersetzungen (...) nicht nur die Weisheit der Mäßigungen und die Bereitschaft zum Entgegenkommen, sondern auch Zeit.«¹⁹ Heinemann hielt den gesamtdeutschen Weg für gangbar, wenn auch für mühselig.

15 Heinemann an Nuschke 14.04. 1951, NL Hei 38.

16 Heinemann, »Ost-West-Gespräch«, 24.1.1951, S. 1, NL Hei 127.

17 Ebd., S. 2.

18 Heinemann, zit. n. »Wer nicht schießen will, muß sprechen«, in: Wiesbadener Kurier v. 8.10.1951.

19 Heinemann, »Deutsche Verantwortung«, in: StdG, 3. Jg., Nr. 4 v. April 1951, S. 2.

Das außen- und deutschlandpolitische Grundmuster von Helene Wessel

1. Deutschlands Rolle und Aufgabe zwischen Ost und West: Einheit, Entspannung, Verständigung

Als Heinemann im Oktober 1950 sein Ministeramt niederlegte, repräsentierte er zwar eine bedeutende Richtung innerhalb des Protestantismus, die Ereignisse aber hatten gezeigt, daß er nicht nur im Kabinett, sondern auch in seiner Partei weitgehend isoliert war. Die Protestanten in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verweigerten dem Bundeskanzler ihre Unterstützung nicht, weil die protestantische »Machtposition« durch die Ernennung Robert Lehrs zum Nachfolger Heinemanns innerhalb des Kabinetts nicht geschmälert worden war.

Außerhalb der CDU/CSU ergriff von den politischen Führungspersönlichkeiten allein die Partei- und Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Helene Wessel, entschieden Partei für die Handlungsweise Heinemanns. Vor Parteifreunden legte sie auf dem Bundesparteitag im Oktober 1950 ihren Standpunkt dar: »Wir können vom Zentrum die Haltung Heinemanns nur unterstreichen. Wirkt sich die autoritäre, eigenmächtige Politik des Bundeskanzlers schon in der Innenpolitik verhängnisvoll aus, so muß sie uns in der Außenpolitik mit allergrößter Besorgnis erfüllen. Es geht hier um das Schicksal des deutschen Volkes.«¹

Mit der vorbehaltlosen Unterstützung der Haltung Heinemanns erweckte Wessel den Eindruck inhaltlicher Übereinstimmung, was die außenpolitischen Handlungskonzepte von ihr und von Heinemann betraf. Im Gefolge der Wiederbewaffnungsdiskussion wurde sie dann auch von Kritikern als »weiblicher Heinemann« titulierte, eine »gleichfalls romantische Seele, fern von den Realitäten des Tages.«² Das verdeckt aber die Tatsache, daß ihre Ausgangs- und Orientierungspunkte keineswegs deckungsgleich waren. Beide, Heinemann und Wessel, verfolgten dasselbe Ziel, keinem westlichen Militärbündnis beizutreten, um dessentwegen nicht in »weltweite Spannungen und Verwicklungen« hineinzugeraten, wie dies Wessel formulierte.³ Nur, Wessel beurteilte Deutschlands Rolle und Stellung im internationalen Kontext anders als Heinemann. Ihrer Ansicht

1 Wessel, »Die Aufgabe des Zentrums für Deutschland«, in: Das Zentrum, 4. Jg., Nr. 20 v. Oktober 1950.

2 Zit. n. »Die mutige Helene Wessel«, in: SZ v. 22.9.1951.

3 Wessel an Seffner, 6.7.1951, NL We 81.

nach hatte Deutschland auf keinen Fall die Alternative zwischen Ost und West. Schon in ihrer ersten ausführlichen Bundestagsrede nahm sie zur Rolle und Aufgabe Deutschlands Stellung: »Zur Realpolitik gehört auch die Frage, ob wir Deutschen nur die Wahl zwischen *Ost und West* haben. (...), es wäre eine Verkennung der historischen Gegebenheiten und Aufgaben unseres Volkes, wollten wir sagen, wir könnten nur zwischen Ost und West wählen. Wir können unsere Tradition, unsere Vergangenheit, unsere Geschichte, alles was wir geworden sind und darstellen, nicht aufgeben, ohne uns selbst aufzugeben. Deshalb haben wir keine Wahl zwischen West und Ost. Wir können uns weder von der einen noch von der anderen Seite gänzlich abwenden, und ich glaube, es wäre nichts katastrophaler, als wenn von Deutschland eine Verschärfung der Spannungen ihren Ausgang nehmen würde. Wir können in unserem eigensten Interesse nur immer wieder betonen, wie sehr uns an einer Verständigung zwischen West und Ost gelegen ist. Um keinen Preis darf in der Welt der Eindruck entstehen, daß diese Verständigung uns unerwünscht wäre. (...) Heute scheint sich zwischen Europa und *Rußland* eine Kluft aufzutun. Wollen wir uns nicht selbst untreu werden, dann kann es nicht unsere Aufgabe sein, diese Kluft zu erweitern und zu vertiefen. Rußland ist immerhin der vierte Partner jenes Friedensvertrages für Deutschland, mit dessen Hilfe wieder ein Gesamtdeutschland entstehen kann.«⁴

Wessel stand in der preußischen Tradition einer Gleichgewichtspolitik, die ungeachtet der unterschiedlichen Staatsform und Gesellschaftsordnung von der positiven Möglichkeit einer deutsch-russischen/sowjetischen Zusammenarbeit ausging. Heinemann wollte gleichfalls diese Kooperation, dennoch ging sein Ansatz nicht von der Idee eines vermittelnden Deutschlands zwischen Ost und West aus. Der Gedanke einer Verständigung bedeutete für Wessel aber nicht eine Anlehnung an das Modell des Rapallovertrages. Rapallo war für die Zentrumsvorsitzende Vergangenheit und konnte angesichts der veränderten Weltsituation kein politisches Zukunftsmodell für das deutsch-sowjetische Verhältnis sein. Die Verständigung, der Ausgleich mit der Sowjetunion mußten auf einer anderen Ebene erfolgen.⁵

Wessel meinte, die Wiederherstellung der deutschen Einheit wäre per se ein Beitrag zur Entschärfung der gespannten Weltsituation. Da Deutschlands »Zugehörigkeit zum westlichen und zum abendländischen Kulturkreis«,⁶ für sie unstrittig war, war von vorneherein eine Ostorientierung ausgeschlossen. In methodischer Hinsicht hielt Wessel Adenauers Bemühungen sogar für richtig, nämlich »Deutschland« – anders als Heinemann verwandte Wessel diesen Begriff vielfach synonym für Bundesrepublik Deutschland – »aus dem Stadium einseitig bestimmter Abmachungen herauszuführen.«⁷ Was die außenpolitischen Fragen insgesamt anlangte, hatte Wessel 1949 sogar den Eindruck, »daß man sich in

4 Wessel, Dt. Bt., 7. Sitzung, 22.9.1949, S. 74 A.

5 Vgl. Wessel, Dt. Bt., 68. Sitzung, 13.6.1950, S. 2488 C.

6 Wessel, Dt. Bt., 125. Sitzung, 9.3.1951, S. 4777 D.

7 Wessel, Dt. Bt., 17. Sitzung, 15.11.1949, S. 432 B.

diesem Hohen Haus nicht über die Zielsetzung, sondern mehr über die Methodik der deutschen Außenpolitik streitet (...)«. Wessel erachtete es als ihre Pflicht, Adenauer in dem »Bestreben nach erhöhter deutscher Handlungsfreiheit zu unterstützen und als das Ziel der deutschen Politik die volle Wiederherstellung der *deutschen Souveränität und Gleichberechtigung* nachdrücklichst zu betonen.«⁸ Erkannte oder wollte Wessel, nachdem ihr Adenauer bereits am 27.8.1949 sein außenpolitisches Programm dargelegt hatte⁹, nicht erkennen, daß die Politik des Kanzlers darauf ausgerichtet war, die Bundesrepublik aus dem faktischen Protektorat zu befreien und mit ihrer auf Gesamtdeutschland angelegten Politik nicht in Einklang zu bringen war?

Heinemann dagegen versprach sich von der Adenauerschen Politik nur einen Zuwachs pseudosouveräner Rechte, die allenfalls in einer ›Scheinsouveränität‹ münden würde. Erstaunlicherweise sah Wessel, obschon sie von einem anderen außenpolitischen Grundmodell ausging und die Wiederbewaffnungspolitik Adenauers auf das entschiedenste ablehnte, noch im Juni 1950 die eigentlichen Divergenzen zur Bundesregierung nicht in der Außenpolitik, sondern in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie ihre Ausführungen am 13. Juni 1950 in der Bundestagsdebatte über den Eintritt der Bundesrepublik in den Europarat deutlich machten: »Ich bestreite nicht, daß die außenpolitische Aktivität des Herrn Bundeskanzlers uns manchmal etwas befremdet hat und uns nicht immer zweckmäßig erschienen ist. Aber es sind nicht die außenpolitischen Probleme, sondern die wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme, die meine Freunde und mich (...), zu einer manchmal sehr erheblichen Reserve gegenüber der Bundesregierung veranlaßt haben. Die außenpolitische Entwicklung scheint uns dagegen im wesentlichen zwangsläufig zu sein. Trotzdem ist es nicht notwendig, ihr etwa mit einer solchen Eile zu folgen (...)«. ¹⁰ Diese Einschätzung ist um so erstaunlicher, weil Wessel ein von Adenauer unterschiedenes Verständnis von der Rolle und Aufgabe Deutschlands hatte.

Wer nach Auflösung dieses Widerspruchs sucht, kann ihn vielleicht im Politikverständnis Wessels und in ihrer historischen Verarbeitung des Scheiterns der Weimarer Republik finden, das für Wessel ein Trauma war. »Das Schicksal unseres Volkes«, meinte Wessel im Landtagswahlkampf 1953 in Rheinland-Pfalz, wird »aus der inneren Haltung bestimmt, aus der es sein Leben führt. So wichtig die Außenpolitik ist, die letzte Entscheidung über unsere Gegenwart und Zukunft liegt bei uns selbst. Was einmal zum Untergang der Weimarer Republik geführt hat, darf nicht noch einmal passieren.«¹¹

Was war nun der grundlegende Unterschied des Wesselschen Deutschlandverständnisses im Vergleich zu dem Adenauers? Deutschland hatte

8 Wessel, ebd., S. 432 C.

9 Vgl. S. 3f. dieser Arbeit.

10 Wessel, Dt. Bt., 68. Sitzung, 13.6.1950, S. 2486 A.

11 Wessel, Manuskript (Rede im rheinlandpfälzischen Landtagswahlkampf, 1953), S. 1f, NL We 41. Zum Scheitern der Weimarer Republik Wessel, »Woran zerbrach die Weimarer Republik?«, Manuskript (o. J.), NL We 41.

nach Ansicht Wessels »nicht nur seiner geographischen Lage nach, sondern auch aus der Weite seiner geschichtlichen Vergangenheit heraus die Brücke zwischen der östlichen und der westlichen Welt« zu sein. Diese geschichtliche Aufgabe Deutschlands durfte man nach Ansicht Wessels nicht vergessen, vorausgesetzt man wollte die Völkerverständigung als eine Vorbedingung zur Friedenssicherung ansehen, was Wessel zweifelsfrei tat.¹² Schließlich gehörte Deutschland nicht nur zur europäischen geographischen Mitte, sondern schon immer zu den bedeutsamsten Trägern des abendländischen Geistes.¹³ Die Formulierungen Wessels bezüglich der außenpolitischen Stellung Deutschlands erinnern an das von Jakob Kaiser bereits vor der Gründung der Bundesrepublik formulierte »Konzept der Brücke«. Gleichfalls wie bei Kaiser ergibt der Kontext, daß Wessel mit ihrem Konzept sowohl an die Einheit Deutschlands als auch an die Vermeidung eines Krieges zwischen Ost und West gedacht hatte.¹⁴ Ähnlich wie bei Kaiser hatte die Brückenkonzeption bei Wessel einen gesellschaftspolitischen Aspekt. Wollte Kaiser eine Synthese zwischen Kapitalismus und Sozialismus, plädierte Wessel für eine »wirtschaftsdemokratische Ordnung (...), die vom Kapitalismus und Marxismus gleich weit entfernt ist«.¹⁵ Was Wessel von Kaiser unterschied, war die besondere Hervorhebung der geistesgeschichtlichen Komponente. Schließlich hatte die Wesselsche Brückenkonzeption noch eine innenpolitische Dimension, und zwar bezogen auf die Stellung des Zentrums im Parteienspektrum: »Das Zentrum reißt in der Zerrissenheit unseres Volkes keine Klüfte auf, es nutzt nicht vorhandene Spannungen und Gegensätze aus, vielmehr ist es bemüht, diese zu überbrücken und auszugleichen«, führte Wessel auf dem sechsten Parteitag 1949 in Rheydt aus.¹⁶ Das heißt, der Gedanke des Ausgleichs, des Vermittelns, der Verständigung war für Wessels Denken grundlegend.

Bezogen auf Deutschlands Lage, die seit jeher nach Wessel seine Aufgabe bestimmt hatte, bedeutete dies, daß Deutschland auch künftig seiner Rolle gerecht werden müßte, »das wechselseitige Geben und Nehmen der europäischen Völker zu vermitteln im Geiste einer neuen Gesellschafts- und Sozialordnung, die dem Frieden und damit der Überwindung des Kommunismus im Geiste der Frohbotschaft Gottes dient.« Deutschland sollte zum verbindenden Zentrum eines geeinten, freien Europas werden, das war für Wessel der beste Sicherheits- und Friedensbeitrag, den das deutsche Volk der Welt zu geben vermochte.¹⁷ Um diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen, verlangte Wessel eine darauf abgestellte Politik der Bundesregierung. Diese Vorstellung wies weit über das »Ausklammerungskonzept« Heinemanns hinaus, sich aus den Blockkonfrontationen

12 Wessel, »Völkerverständigung, eine Verständigung für den Frieden«, Manuskript (Rede am 31.8.1951 in Hamburg vor Pazifisten), S. 4.

13 Ebd..

14 Vgl. zu Kaiser H. P. SCHWARZ, Reich, 1980, S. 310.

15 Wessel, »Wesen und Aufgabe des Zentrums«, in: WN v. 17.10.1949.

16 Ebd..

17 Wessel, »Völkerverständigung, eine Verständigung für den Frieden«, Manuskript (Rede am 31.8.1951 in Hamburg vor Pazifisten), S. 8.

im Interesse Gesamtdeutschlands herauszuhalten. Wollte sich Heinemann der Bipolarität entziehen, operierte Wessel mit der Idee der Vermittlung, die ihrerseits implizit eine starke deutsche Position unterstellte.

Wessel zitierte den Franzosen Emanuel Mounier zustimmend, der geschrieben hatte, Deutschland »ist als ein neues ›Reich der Mitte‹ berufen, die endgültige Spaltung Europas zu verhindern, die auch die endgültige Spaltung des deutschen Vaterlandes und wahrscheinlich ein neues Blutbad auf seinem Boden mit sich bringen würde. Wenn aber Europa in sich selbst die Mittel finden kann, sich dieses Unglück zu ersparen, so ist Deutschland durch seine geographische Lage dazu berufen, diese Mittel aufzuspüren«. ¹⁸ Politisch bedeutete diese »Mittellage« ¹⁹ Deutschlands für Wessel, den Ausgleich zu suchen, zu vermitteln, die Balance zu halten. Sicherlich erkannte Wessel die Ausnahmesituation, in der sich Deutschland 1950 befand. Ihrer Meinung nach war das dennoch kein Grund, die wünschens- und erstrebenswerte ›Vermittlerposition‹ nicht einzunehmen. Allein schon ihretwegen mochte sie sich nicht mit der sog. ›Ohne-Mich-Bewegung« ²⁰ anfreunden, verlangte ihr Konzept doch »stärkste politische Aktivität« ²¹ und keine Verweigerung. Worin konnte und sollte nun die Aktivität der Bundesrepublik bestehen? Über materielle Gewalt verfügte sie nicht. Sie war deshalb darauf verwiesen, den westlichen Staaten, v. a. den USA, klarzumachen, »daß diesmal falsche Frontbildungen die Vernichtung Europas bedeuten können und das, wofür man Deutschland wieder bewaffnen will, nämlich den Frieden zu sichern, in der gegenwärtigen deutschen Situation bedeuten kann, ihn zu zerschlagen« ²². Damit wollte Wessel die USA nicht öffentlich kritisieren. Sie hielt es sogar für falsch und unrecht, den USA Vorhaltungen zu machen – auch hier ein Unterschied zu Heinemann, der auf größere Distanz zur Politik der Vereinigten Staaten ging – schließlich hätte Europa die Amerikaner in den beiden Weltkriegen auf den Plan gerufen. Es sei geradezu logisch, argumentierte Wessel, wenn sich dadurch das ›Kraftbewußtsein‹ der USA gesteigert habe. Das und der innere Erfolg in Verbindung mit den Möglichkeiten des Lebensraumes und das Verhalten der Sowjetunion auf den verschiedenen Konferenzen hätte nach Ansicht Wessels auch jedes europäische Volk zu dem Glauben verleitet, im Besitz der rechten Politik und der richtigen Ziele zu sein. ²³

Vielmehr sollte den USA seitens der deutschen Politik klargemacht werden, daß die Bundesrepublik in den Spannungen der Welt nicht ›davonkommen‹ wolle, sondern einen »sinnvollen Beitrag zur Entspan-

18 Wessel bezieht sich auf folgenden Aufsatz Mouniers. Mounier, Versäumte Gelegenheiten, in: Der Monat, 1. Jg., Nr. 8/9, 1949, S. 34 – 36, hier S. 36. Siehe Wessel, Dt. Bt., 68. Sitzung, 13.6.1950, S. 2488 A.

19 Wessel, »Völkerverständigung, eine Vorbedingung für den Frieden«, (31.8.1951), S. 2, NL We 41. Zur Diskussion um die Mittellage als Deutschlands Schicksal: D. CALLEO, 1980, S. 290. H. SCHULZE, 1982, S. 18.

20 Vgl. E. DIETZFELBINGER, 1984, S. 72 – 75.

21 Wessel, »Völkerverständigung, eine Vorbedingung für den Frieden«, (31.8.1951), S. 6, NL We 41. 22 Ebd..

23 Vgl. Wessel, »Das Zentrum und sein Beitrag zur politischen Gestaltung Deutschlands und Europas«, in: Das Zentrum, 5. Jg., Nr. 22/23 vom Dezember 1951.

nung der Welt«²⁴ leisten möchte. Darin sah Helene Wessel die fast schon »missionarische« Aufgabe«, »um die vielleicht letzte Chance der abendländischen Welt nicht zu verspielen,«²⁵ wie sie den führenden Kopf des Nauheimer Kreises, Ulrich Noack, brieflich wissen ließ. Wenn sie nicht von der geschichtlichen Aufgabe, die dem deutschen Volk obläge, so überzeugt wäre, würde sie nicht ihre ganze Kraft für dieses Ziel einsetzen, resümierte Wessel.²⁶

Aus diesem Grund lehnte Wessel auch jedwede Neutralitätsvorstellung Deutschlands ab – »möge man sie gewaltlose oder bewaffnete Neutralität nennen«²⁷ – und damit auch eine Mitarbeit am Deutschen Kongreß, der die verschiedensten ›Neutralitätspolitiker‹ unter ein Dach zusammenfassen wollte. Das Arbeitsthema des Deutschen Kongresses im Jahr 1951, »Europäischer Friede durch Neutralität«, entsprach nicht ihrem ›Brückenkonzepkt‹. Wessel war auf keinen Fall bereit, eine deutsche Neutralität zu erklären, »ohne zu wissen, wie die Entwicklung des Ostens, insbesondere die Aufrüstung sich dort vollzieht.«²⁸ Neutralität hätte ja letzten Endes für sie bedeutet, völlig auf Mitgestaltung und Mitsprache zu verzichten, während ihre Politik eine Vermittlung zwischen Ost und West wollte, d. h. Parteinahme verlangte. Im übrigen war Wessel der Kreis zu heterogen, der hinter dem Projekt des Deutschen Kongresses stand.²⁹ Als sie erfahren hatte, daß zu seiner Tagung am 2./3. Juni 1951 in Frankfurt auch Politiker der SRP geladen waren, bedeutete das für Wessel den definitiven Schlußpunkt einer ›Zusammenarbeit‹ mit dem Deutschen Kongreß und seinem Spiritus rector, Wolf Schenke. Allerdings hegte Wessel die Hoffnung, daß sich der Kongreß nicht weiter in eine Sackgasse verrenne.³⁰

Neutralität und Mittlerfunktion zwischen Ost und West waren für Wessel zweierlei. Die Bedeutung Deutschlands sah Wessel nun nicht darin, daß es qua staatlicher Macht Einfluß auf die internationale Politik nehmen sollte. Einflußnahme und staatliche Machtpolitik trennte sie. Ursache dafür war ihre Interpretation der deutschen Geschichte, wobei die Zuspitzung deutscher Machtpolitik im Dritten Reich nur eine extreme Ausprägung dessen war, was sie als Machtstaat ansah. Die Idee und die Gestalt des deutschen Machtstaates machte sie am »Absolutismus bestimmter Klassen und Schichten (fest), dessen Existenz nach außen auf militärischer Macht begründet war.«³¹ Den unzulässigen Gebrauch von Macht sah sie als ein Grundphänomen deutscher Politik an.

24 Wessel, »Völkerverständigung als Voraussetzung für den Frieden«, in: Das Zentrum, 5. Jg., Nr. 16 vom September 1951. Siehe auch Wessel, Manuskript (Referat gehalten in den Niederlanden), (1952), S. 4, NL We 284.

25 Wessel an Noack, 14.3.1951, NL We 80.

26 Ebd..

27 Wessel, »Völkerverständigung als Voraussetzung für den Frieden«, in: Das Zentrum, 5. Jg., Nr. 16 vom September 1951.

28 Wessel an Schenke, 21.5.1951, NL We 80.

29 Vgl. Wessel an Noack, 6.4.1951, NL We 274.

30 Vgl. Wessel an Siegmund-Schultze, 18.6.1951, NL We 275.

31 Wessel, »Woran zerbrach die Weimarer Republik?«, Manuskript Teil III, (o. J.), S. 1, NL We 41.

In Bismarck, dem »eigentliche(n) Mann des deutschen Schicksals«, erblickte sie den beispielhaften Vertreter deutschen Machtstaatsdenkens. Er ließ »den Staatswillen des deutschen Volkes einmünden« »in die preußische Vorherrschaft« und gab damit »jener politischen und geistigen Schicht die Macht, die sich im militaristischen reaktionären Preußengeist verkörperte.« Sah Wessel darüber hinaus die Außenpolitik Bismarcks mit der von ihr so negativ bewerteten Machtstaatspolitik verknüpft? Man kann es nur vermuten, wenn sie von der »Idee eines deutschen Machtstaates spricht, dessen größter Verfechter Bismarck gewesen ist.«³² Wessel hat damit die Bismarcksche Politik verkannt, denn erst nach seinem Ausscheiden verfiel das Deutsche Reich einem Imperialismus. Bismarcks Bündnis-system war ein Defensivsystem, das als Friedenspolitik ohne Offensivabsicht gedacht war. Zudem war sie sich dessen nicht bewußt, wie sehr ihre eigene außenpolitische Grundvorstellung – Deutschland als Ausgleichsfaktor zwischen Ost und West und als tragende Mitte Europas zu sehen – letztlich auf den Fundamenten Bismarckscher Gleichgewichtspolitik ruhte. Ihrer Ansicht nach stand die Welt an einem »entscheidenden Wendepunkt«, der, wenn man den alten Weg der Macht weiterginge, zum Untergang führen würde oder die Wende zum Positiven brächte, sollte es gelingen, »aus den ausgefahrenen Geleisen der alten Diplomatie«, herauszukommen, »die entweder nur militärisch aggressiv zu denken vermag oder nur den Gedanken der militärischen Abwehr herausstellt oder befangen ist im gegenseitigen Mißtrauen.«³³ Den neuen Weg der Ordnung zum Besseren sah Wessel gegeben, wenn »die Liebe, nicht die Macht und Gewalt« die Völker regiert.³⁴ Die »Trümmerfelder Europas, die 34 Millionen Gefallenen des Krieges sollten den Völkern eine unüberhörbare Mahnung zur *endgültigen Abwendung* von Macht- und Schwertglauben, von dem Gewaltdenken und der Gewaltpolitik sein.«³⁵

Wessel stellte damit die sittliche Legitimität bisher geübter Politik in Frage. Trotz der Gegenüberstellung von Macht/Gewalt und Ethik/Geist war Wessel von der realisierbaren Synthese von Politik und Moral in Deutschland überzeugt. Nach ihr war deutsche Politik, die Frieden und Sicherheit in Europa gewährleistete, durch die Abkehr von bisher ausgeübter Machtpolitik denkbar: einmal durch einen »radikale(n) Abbau der Rüstung, um die Gefahr der Selbstentladung (...) zu vermindern«, zum anderen durch die »Wiederherstellung eines Vertrauens, gegründet auf der Erkenntnis, daß die Erde Raum genug hat nicht nur für eine Weltmacht und nicht nur für eine Weltideologie.«³⁶ Diesem Ansatz lag die Bereitschaft zugrunde, den politischen Status quo der Weltpolitik zu akzeptieren. Eine deutsche Politik, die Abrüstung, Entspannung wollte und auf Vertrauen

32 Ebd..

33 Wessel, »Völkerverständigung, eine Vorbedingung für den Frieden«, (31.8.1951), S. 3, NL We 41.

34 Ebd., S. 7. Vgl. zur Kritik eines solchen Politikverständnisses H. P. SCHWARZ, *Gezähmte Deutsche*, 1985, S. 165.

35 Wessel, »Völkerverständigung, eine Vorbedingung für den Frieden«, (31.8.1951), S. 7, NL We 41.

36 Wessel, »Das Zentrum und sein Beitrag zur politischen Gestaltung Deutschlands und Europas«, in: *Das Zentrum*, 5. Jg., Nr. 22/23 vom Dezember 1951.

auch gegenüber der Sowjetunion beruhte, konnte sich ihrer Auffassung nach nicht für eine Wiederaufrüstung hergeben. Damit hätte nämlich Deutschland nicht mehr seiner »alten Aufgabe« gerecht werden können, nämlich »das wechselseitige Geben und Nehmen der europäischen Völker zu vermitteln« und die »geographische Mitte Europas«³⁷ zu sein. Deswegen durfte die Bundesrepublik nicht den falschen Weg der Aufrüstung gehen.

Deutschland als geteilter Staat an der Nahtstelle der beiden militärischen Blöcke, dessen »Berührungs- und damit Spannungslinie zwischen Ost und West mitten durch Deutschland (ging)«³⁸, konnte seiner Rolle nur gerecht werden, wenn es sich nicht in den Blockbindungen verlore, mithin selbst ein Spannungsfaktor bliebe, sondern den Ausgleich zwischen den Blöcken suchte. Die Bundesrepublik mußte die entscheidende ›Vorleistung‹ dafür liefern, indem sie die militärische Integration in den Westen nicht mitmachte. Sie hatte ihre Politik vorsichtig zu führen und die gespannte politische Lage durch keine falschen Schritte zu belasten. Das »nationale Sonderziel der Einheit«³⁹ Deutschlands fand sein Komplement im internationalen Ziel des Friedens. Vice versa konnten die Hoffnungen auf eine deutsche Einheit nur erfüllt werden, wenn die »Erhaltung des Weltfriedens« gelang.⁴⁰

Daß die westdeutsche Bevölkerung eine Wiedervereinigung wollte, war für Wessel aufgrund ihres ausgeprägten Nationalbewußtseins überhaupt keine Frage. Sie unterstellte ihr gleichfalls eine gesamtdeutsche Orientierung, wie sie ihrer eigenen Politik zugrunde lag. Wessel ging davon aus, daß die Westdeutschen die Bundesregierung und deren Erfolg oder Mißerfolg entscheidend danach beurteilen würden, »ob sie die deutsche Einheit unter Ausschöpfung der gegebenen Möglichkeiten gefördert und durch ihre Politik gezeigt hat, daß das Streben nach der Einheit, dem unverrückbaren Ziel gesamtdeutscher Sehnsucht, ihre Handlungen bestimmt hat.«⁴¹

In der causa movens gesamtdeutscher Orientierung gab es Gemeinsamkeiten zwischen Heinemann und Wessel. Abweichend waren mitunter die einzuleitenden Maßnahmen, um zur deutschen Einheit zu gelangen. Heinemann sah die Wiedervereinigung auch als eine direkte Sache zwischen Bundesrepublik und DDR, wenn er Gespräche mit Vertretern der DDR befürwortete. Wessel hingegen teilte die einhellige Auffassung der demokratischen Parteien im Bundestag, die die Angelegenheit der Wiedervereinigung eigentlich in die ›Hände‹ der Siegermächte legten, weil sie aufgrund ihrer Viermächteverantwortung dazu berufen waren. Wessel und das Zentrum trugen beispielsweise die Entschließung des Deutschen Bundestages zur Frage der deutschen Einheit vom 9. März 1951 mit. Sie

37 Ebd..

38 Wessel, »Nur allgemeine Abrüstung kann den Frieden erhalten«, in: Die Friedensrundschau, 5. Jg., April 1951, S. 1.

39 L. DEHIO, 1955, S. 148.

40 Wessel, »Völkerverständigung, eine Vorbedingung für den Frieden«, (31.8.1951), S. 2, NL We 41.

41 Ebd., S. 3.

wurde von allen Parteien (bis auf KPD und SRP) gebilligt. Darin wurde die Bundesregierung aufgefordert, den vier Besatzungsmächten folgenden Vorschlag zu unterbreiten:

- »1. Die Viermächte-Konferenz möge die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sobald wie möglich freie, allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen zu einem Parlament für ganz Deutschland durchgeführt werden.
- 2. Die Durchführung dieser Wahlen unter gleichen Bedingungen in allen Zonen setzt voraus, daß durch internationale Sicherungsmaßnahmen vor, während und nach den Wahlen die volle persönliche und staatsbürgerliche Freiheit und Gleichheit für alle Personen und politische Parteien rechtlich und tatsächlich gewährleistet wird.«⁴²

So wurde das Problem der Wiedervereinigung zuerst eine Angelegenheit der Besatzungsmächte. Wessel sprach gar davon, »daß die vier Besatzungsmächte allein die Verantwortung für die durch die Zoneneinteilung heraufbeschworenen Gefahren in Deutschland tragen«.⁴³ Sicherlich konnte eine Entscheidung für eine deutsche Einheit nicht gegen oder ohne den Willen der Alliierten getroffen werden. Gesamtdeutsche Kontakte jedenfalls, die Heinemann nicht ausschließen wollte, hätten nach seiner Überlegung einer Verständigung im Interesse der Wiedervereinigung dienen können. Die angeführte Bundestagsentschließung schloß allerdings eine unmittelbare Kooperation mit Vertretern des anderen deutschen Staates aus. Gesamtdeutsche Kontakte hätten zweifelsfrei zur Folge gehabt, die DDR als Partner anzuerkennen. Dem stand aber der Alleinvertretungsanspruch entgegen, wie er seit 1949 einhellig im Bundestag vertreten wurde.

So hielt Wessel beispielsweise die Stellungnahme der Bundesregierung zum Grotewohl-Vorschlag vom September 1951 insgesamt für positiv. Auch ihrer Ansicht nach kam es jetzt darauf an, daß die Besatzungsmächte, insbesondere die Sowjetunion, die erforderlichen Voraussetzungen dafür schafften, daß gesamtdeutsche Wahlen stattfinden konnten.⁴⁴ Analog hatte Wessel den Grotewohlbrief vom November 1950 beurteilt. Was die gesamtdeutsche Orientierung betraf, war Wessel mit Heinemann einer Meinung. In der Vorgehensweise stand sie keineswegs so weit entfernt von Adenauer, wie es aufgrund ihrer Kritik der Wiederbewaffnung den Anschein hatte. Das galt für die verlangten Voraussetzungen zur Durchführung freier Wahlen in Gesamtdeutschland ebenso wie für das Ignorieren der DDR. Diese Übereinstimmung in methodischen Teilfragen mit Adenauer ging sogar so weit, daß Wessel noch während der Zeit, in der sie in der Notgemeinschaft für den Frieden Europas massiv die Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik bekämpfte, dem Schuman-Plan zustimmte, mithin partiell der Westintegration ihre Billigung gab. Davon konnten sie nicht einmal ihre Mitstreiter in der Notgemeinschaft abhalten.⁴⁵

42 Zit. n. Dt. Bt., 125. Sitzung, 3.3.1951, S. 4779 D.

43 Wessel, Dt. Bt., 46. Sitzung, 10.3.1950, S. 1581 C.

44 Wessel an Kipphardt, 2.10.1951, NL We 81. Wessel, Dt. Bt., 165. Sitzung, 27.9.1951, S. 6705 B.

45 Vgl. Telegramm Scheu an Wessel vom 11.1.1952: »Bitte dringend nochmalige Überlegung, daß Schuman-Plan erster Schritt für Aufrüstung«, NL Scheu 9. Vgl. auch Krüger an Wessel,

Nichtsdestotrotz war Wessels Zielorientierung gesamtdeutsch und nicht westdeutsch. Deshalb begriff sie selbst das Potsdamer Abkommen von 1945 nicht als Risiko, daß die Großmächte sich zu Lasten Deutschlands hätten einigen können, sondern als Chance zur Herstellung deutscher Einheit.⁴⁶ Erst 1952 nahm Wessel zum Potsdamer Abkommen eine etwas kritischere Haltung ein, wenn sie ausführte, daß in den Grundlagen des Potsdamer Abkommens das politische Elend Deutschlands begründet liege. Wessel räumte aber gleichfalls ein, daß in dem von diesem Abkommen geschaffenen Provisorium viele Entwicklungsmöglichkeiten gelegen waren.⁴⁷

2. Europa: Dritte Kraft zwischen den Blöcken: europäische Idee und Realität im politischen Handeln Wessels

Wer die Lage Deutschlands adäquat beurteilen wollte, mußte sie nach Auffassung Wessels im »Hinblick auf die Gesamtsituation Europas« sehen.¹ Deutsche und europäische Perspektive gingen bei Wessel fließend ineinander über. Wessel wollte die europäische Einigung, weil allein ein geeintes, freies und unabhängiges Europa dauernde Gewähr für die Erhaltung des Friedens bot. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen zum Ziel eines geeinten Europas war für Wessel die Wiedervereinigung Deutschlands, ohne sie war keine europäische Gemeinschaft denkbar.² Die europäische Einigung, in der die deutsche Spaltung dann aufgehoben wäre, wurde zu dem politischen Credo Wessels. Kaum eine außenpolitische Rede, in der sie nicht auf beides – europäische Einheit und nationale Wiedervereinigung – hinwies. Dabei schwang stets ein bedauernder Unterton mit, wenn sie auf die frühere Rolle Europas in der Weltpolitik zu sprechen kam. Von den politischen Meinungsführern in der Notgemeinschaft und in der GVP war deshalb gerade sie es, die ständig die tragende Rolle Europas in der internationalen Politik forderte. Die europäische Politik hatte nach Meinung Wessels seit dem Ersten Weltkrieg zunehmend an Gewicht und Einfluß verloren. Statt den Ersten Weltkrieg als Warnung an Europa zu verstehen, das zur Bewältigung seiner Probleme der Vereinigten Staaten bedurfte, gipfelte die Politik in Europa im 20. Jahrhundert im Zweiten Weltkrieg und endete im europäischen »Selbstmord«.³ Innerhalb des alten Kontinents, urteilte Wessel über die europäische Lage nach 1945, gäbe es *keine Weltgeschichte* mehr, denn Europa sei nicht länger

12.1.1952, Abschrift NL Hei II Januar 1952. »Der Schuman-Plan ist der Anfang einer neuen deutschen Spaltungstragödie«.

46 Zit. n. »Notgemeinschaft für den Frieden Europas«, in: HVZ v. 23.11.1951.

47 Wessel, »An den Verhandlungstisch«, in: SOS, 2. Jg., Nr. 18 vom September 1952.

1 Wessel, »Das Zentrum und sein Beitrag zur politischen Gestaltung Deutschlands und Europas«, in: Das Zentrum, 5. Jg., Nr. 22/23 v. 9. Dezember 1951.

2 Vgl. beispielhaft Wessel, Dt. Bt., 165. Sitzung, 27.9.1951, S. 6705 A.

3 Wessel, »Das Zentrum und sein Beitrag zur politischen Gestaltung Deutschlands und Europas«, in: Das Zentrum, 5. Jg., Nr. 22/23 v. 9. Dezember 1951.

Weltmittelpunkt. Es sei an den Rand des großen Geschehens gerückt und *unaufhaltsam* gehe die Veränderung dieses Weltbildes weiter.⁴ Europa war für Wessel durch die beiden Weltkriege in seinem Kern getroffen worden, hatte weder Geltung noch Einfluß, sondern war ›zerstückelt‹, ›verarmt‹ und kämpfte um seine Existenz. Wessel beschwor Endzeitvisionen, wenn sie die Spenglersche geschichtsphilosophische These vom ›Untergang des Abendlandes‹ aufgriff⁵. Wessel sah trotz allem für Europa noch eine Perspektive, falls »die blutbeladene und doch ruhmvolle (...) Epoche des Abendlandes wieder zu jenen Werten des Christentums und der Humanitas zurückfindet und damit Europa und der Welt den Frieden rettet.«⁶ Hier zeigt sich erneut das ›antimachtpolitische‹ Denken Wessels, das allein schon in der Besinnung auf tradierte, positive Wertsysteme eine Garantie für den Frieden sah.

Ein Anzeichen für den Niedergang Europas war für Wessel der ›*langsame Zerfall des britischen Weltreichs*‹. Diese Einbußen britischer Weltgeltung waren für sie »Symptome einer dahinschmelzenden europäischen Weltgeltung«.⁷ Wessel beschäftigte sich aber weniger mit dem Prozeß der Entkolonialisierung nach 1945, sondern ihr eigentliches Hauptaugenmerk richtete sich auf die europäische Teilung, die Zuordnung europäischer Staaten auf zwei antagonistische Blöcke. Für diese Teilung machte die Zentrumsvorsitzende die USA mitverantwortlich: »Wir wären nie in diese Situation hineingeraten«, schrieb sie in einem Brief vom 6.7.1951, »wenn die Politik der Westmächte, insbesondere Amerikas seit 1945, aber auch schon während des Krieges unter Roosevelt eine andere gewesen wäre. Man hat dem russischen Reich und damit dem Kommunismus auf den verschiedenen Konferenzen eine Machtfülle in Europa eingeräumt, ohne sich der tatsächlichen Folgen solcher Beschlüsse bewußt zu sein.«⁸

Wessel gab also an der prekären Situation Europas sowohl den Europäern selbst als auch den Vereinigten Staaten schuld. Die Europäer hatten sich nicht auf ihre eigene Kraft verlassen, sondern zur Lösung ihrer Probleme die USA herbeigebeten. Die USA wiederum hatten durch ihre Antihitlerkoalition mit der Sowjetunion die Probleme, die sich aus diesem ›Bündnis‹ ergeben konnten, gänzlich übersehen oder hintangestellt. Sieht man einmal von der unterschiedlichen Bewertung der Vereinigten Staaten ab, lag Wessel in der Beurteilung des Niedergangs Europas im Rahmen dessen, was beispielsweise auch der Bundeskanzler darlegte.⁹ Im Gegensatz zu Adenauer erschien ihr der nachgerade revolutionäre Umgestaltungsprozeß des europäischen Nachkriegssystems nicht derart tiefgreifend, daß auf eine gestaltende Politik Europas zwischen den »Antipoden USA und

4 Ebd..

5 Ebd..

6 Ebd..

7 Ebd..

8 Wessel an Seffner, 6.7.1951, NL We 81.

9 Vgl. zum Europaverständnis Adenauers: W. WEIDENFELD, Adenauer und Europa, 1976, S. 83ff. A. POPPINGA, 1975, S. 63 – 77 und S. 129 – 133.

Sowjetrußland«¹⁰ verzichtet werden mußte. Wessel vertrat nämlich nicht die Auffassung einer endgültigen Teilung der Welt in zwei Blöcke. Für sie traf, wie für viele zeitgenössische Politiker, die Einschätzung zu, daß alles noch in Bewegung, im Fluß, mithin veränderbar sei. Die weltpolitische Aufteilung war diesem Denken zufolge nicht definitiv abgeschlossen. Das konnte und durfte schon deshalb nicht der Fall sein, weil eine solche Entwicklung nach Auffassung Wessels »nur in der politischen Kapitulation einer Seite oder in einem Krieg enden kann.«¹¹ Die weitere politische Entwicklung widerlegte dieses Urteil, das (noch) nicht an die Möglichkeiten einer friedlichen Koexistenz unterschiedlicher Systeme glauben wollte. Wessel war zutiefst von der multipolaren Gestaltungsmöglichkeit internationaler Politik überzeugt. Damit stand sie nicht allein. Auch jene Politiker, die in ›Theoremen‹ des westdeutschen Kernstaatsverständnisses dachten, glaubten beispielsweise, den östlichen Teil Deutschlands mittels ›Sog‹ oder durch eine ›Politik der Stärke‹ in den Bereich der freien Welt ziehen zu können, waren von der Wirkungsmächtigkeit deutscher Politik innerhalb des Weltsystemgegensatzes überzeugt.

Sollte Westdeutschland in das westliche Sicherheitssystem integriert werden, würde damit nach Meinung Wessels die europäische Spaltung weiter vertieft werden. Der daraus mögliche Konflikt wiederum würde den europäischen Frieden gefährden. Umgekehrt war die Lösung der deutschen Frage nur im »Rahmen Europas«¹² denkbar. D. h. die deutsche Einheit war an einen europäischen Zusammenschluß gekoppelt. »Wir Deutsche«, sprach Wessel im Anschluß an eine Delegiertentagung der nordrhein-westfälischen Zentrumsparterie in einer öffentlichen Rede im Mai 1950 in Duisburg, »müssen (...) den Einheitsgedanken, das einheitliche Deutschland, wie das einheitliche Europa wollen. Wer das vergißt, trennt Deutschland. Wer das ganze Deutschland will, kann nicht die Hand dazu geben, den Riß, der mitten durch Europa geht, zu vertiefen.«¹³ Wessel sprach sich so mit einem wiedervereinigten Deutschland für ein einheitliches Europa aus. Sie hielt es für falsch, den Teil für das Ganze zu nehmen, das war für sie eine der charakteristischen Illusionen in einer Welt, in der das Teilungsprinzip herrschte.¹⁴

Doch wie ließ sich nun die europäische Einigung bewerkstelligen? Wessel hielt es für einen ausgesprochenen Fehler, Europa allein auf wirtschaftlichen und militärischen Fundamenten zu errichten, wer so agiere, unterliege dem Mißverständnis, daß auf veränderlichen Grundlagen geschichtsträchtige Gebilde gebaut werden könnten. Diesem Irrtum dürfe insbesondere niemand huldigen, der bedenke, wie fern nicht nur in räumlicher Hinsicht die Vereinigten Staaten seien und wie nahe Rußland diesem Zipfel der Asien vorgelagerten *Halbinsel Europa* sei. Wenn sich eine

10 Wessel, »Das Zentrum und sein Beitrag zur politischen Gestaltung Deutschlands und Europas«, in: Das Zentrum, 5. Jg., Nr. 22/23 v. 9. Dezember 1951.

11 Ebd.

12 Wessel, Dt. Bt., 7. Sitzung, 22.9.1949, S. 73 B.

13 Wessel, »Appell an die Mächte in Ost und West«, in: WN v. 8.5.1950.

14 Ebd.

Hälfte Europas auf der amerikanischen, die andere Hälfte auf der sowjetischen Seite gruppierte, müsse die Hoffnung auf ein Vereinigtes Europa verschwinden. Europa könne nicht aus noch so kluger, zeitbedingter Überlegung geschaffen werden, sondern nur durch die Wiedererweckung des Glaubens an seine besondere Berufung in der Entwicklung der Menschheit. Wenn Europa und damit die Werte des christlichen Abendlandes für die Menschen gerettet werden sollten, dann sei eines nötig, daß die menschliche, die geistige, die moralische Front, das, was Persönlichkeit und Würde des Menschen ausmache, was den Menschen zum Ebenbild Gottes stempelte und was der tiefste Sinn der christlich-abendländischen Kultur sei, gehalten werde.¹⁵ Hier wird nicht in Kategorien der Macht gedacht. Politik hat nach diesem idealistischen Konzept geistige Kraft zu entwickeln, die zum politischen Fundament *eines* Europas werden sollte. Wessel wollte die nationale Einheit. Aber verabschiedete sie mit der Besinnung auf »nationenübergreifende« Werte eben diesen Nationalstaat nicht? Oder war dieser Rückgriff auf einen »christlichen Universalismus« nur der Ersatz für das Vakuum, das ein zerstörtes deutsches Staatsbewußtsein hinterließ? Suchte man deshalb nach historisch gewachsenen Werten, um endlich die Gestaltung einer guten Zukunft in die Hand zu nehmen? Wessel hoffte jedenfalls auf die Restituierung europäisch-abendländischer Werte, weil mit ihnen, wie sie meinte, trotz aller Wandlungen der Umstände und trotz veränderter historischer Bedingungen, diejenigen Kräfte freigesetzt werden könnten, die zum europäischen Zusammenschluß führen sollten. Die positive Bewertung der übernationalen Idee »Europa« durch Wessel hing eng mit der Redefigur vom »christlichen Abendland« zusammen. Mit ihr konnte das individualistisch geprägte Verständnis des Christseins, wie es der Protestant Heinemann vertrat, nichts anfangen, ja diese Vorstellung wurde sogar von ihm abgelehnt. Diese Redefigur blieb dem politischen Katholizismus vorbehalten, wenn sie auch bei Wessel wie bei anderen Katholiken inhaltlich sehr vage blieb.¹⁶

Mit dem Zusammenbruch Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg zerbrach auch in gewisser Weise nicht nur das Deutsche Reich, sondern auch Staatsbewußtsein. Dieser Zusammenbruch verband sich mit einer nationalen Katastrophe, die eine Leere hinterließ. Dort wo – wie im Katholizismus – ein ausgeprägtes Staatsbewußtsein geherrscht hatte, griff man nun auf alte Denkmuster zurück, auf einen christlichen Universalismus, auf die abendländische Idee, die identitätsstiftend wirkte. Das »christliche Abendland«, sprich Europa, war dazu angetan unterschiedliche nationale Interessen und Ideologien in ihrer Gegensätzlichkeit zu überwinden. Es bildete ein übernationales Zusammengehörigkeitsgefühl aufgrund gemeinsamer, einheitsstiftender Werte. Das »christliche Abendland« verstand sich der Idee nach als eine geistige »Einheit« und hatte nicht die Unumschränktheit der Nationalstaaten mit ihrer Souveränität im Blick. War es nicht gerade die Verabsolutierung nationaler Interessen gewesen,

15 Ebd.

16 Zum Einfluß übernationaler Ideen beim Katholizismus vgl. H. HÜRTEIN, 1978, S. 88 – 92.

die in die Katastrophe geführt hatte? In der Nachkriegszeit fiel deshalb eine Formel in dem ›gedemütigten‹ Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg auf einen fruchtbaren Boden, die ›universalistisch‹ orientiert, will heißen gegen die Überhöhung staatlicher Existenz gerichtet war und die zudem versprach, aus der Katastrophe herauszuführen, wie die Europabegeisterung nicht nur katholisch geprägter Kreise zeigte.¹⁷ Paradoxerweise versprach die Formel ›christliches Abendland‹ nämlich die Anerkennung Deutschlands, mit dessen Namen Elend und Leid in der Welt verknüpft wurde.

Gleichwohl gebrauchte Wessel den Ausdruck ›christliches Abendland‹ abweichend von der gängigen Auslegung. Das christliche Abendland stiftete nämlich nicht nur Einheit, sondern es grenzte auch ab, und zwar gegenüber dem Bolschewismus, der als Gefahr eben für dieses ›christliche Abendland‹ gesehen wurde. Er bedrohte die Freiheit Europas und war deshalb zu überwinden. Die Redefigur vom ›christlichen Abendland‹ wurde so zu einem ideologischen Leitwort »einer weltanschaulich durch den Antibolschewismus bestimmte(n) Europapolitik vorwiegend katholischer Prägung«. ¹⁸ Wer die übergreifende Rolle abendländischer Wertegemeinschaft mit dem immanenten Gegensatz zum achristlichen Osten interpretierte, unterschied sich vom Wesselschen Verständnis. Natürlich hielt auch Wessel den Bolschewismus für achristlich. Doch für sie lag die positive Kraft des Christentums gerade nicht in einer Antihaltung zum Marxismus-Bolschewismus oder in einer aggressiven Kreuzzugs-idee ihm gegenüber, sondern im Vermögen, bessere Lösungen anzubieten, die die Freiheit und Würde des Menschen, seine soziale und kulturelle ›Hebung‹ gewährleisten.¹⁹ Wessel hielt es für richtig, der Sowjetideologie Konstruktives entgegenzusetzen, während sich ihrer Meinung nach die CDU auf eine ›Antihaltung‹ versteifte. Sie wollte, daß man »zu jenen Werten des Christentums und der Humanitas zurückfindet und damit Europa und der Welt den Frieden rettet«²⁰ und »nicht eines Tages von Asien verschlungen wird.«²¹

Die einen führte das ›christliche Abendland‹ wegen der Betonung des Freiheitsaspektes zur Negation der Sowjetunion. Wessel brachte es zur Verständigungsbereitschaft mit der UdSSR. Für sie war das Abendland nicht Abgrenzung zum Osten, sondern der geistige Raum, auf den man sich zum Vorteile Europas besinnen mußte. So bildeten geistige Werte und geistiges Wollen die innere Orientierung, auf der die politische und wirtschaftliche Einigung Europas aufzubauen war. Die europäische Einigung dachte sich Wessel in folgenden Schritten: Ausgangspunkt hatte die Wiederbesinnung und die Wiedererweckung gemeinsamer Werte, die Besinnung auf positive Traditionen zu sein. Dann mußte »dieses in

17 Vgl. W. LIPGENS, 1974, S. 528 – 531.

18 E. WOLF, *Abendland*, 1957, 9f.

19 So Wessel schon 1948. Vgl. Wessel, »Kommunismus – weltanschaulich oder als politische Realität?«, Manuskript, (S. 5), NL We 273. Dieser Teil ist nicht wie das sonstige Manuskript abgedruckt in: NWK v. 16.3.1948.

20 Wessel, »Das Zentrum und sein Beitrag zur politischen Gestaltung Deutschlands und Europas«, in: *Das Zentrum*, 5. Jg., Nr. 22/23 v. 9. Dezember 1951.

21 Wessel, *Dt. Bt.*, 17. Sitzung, 15.11.1949, S. 434 B.

Nationalstaaten und Nationalländchen zerrissene Europa erst noch zu einer politischen Kraft gemacht werden (...)«. Wessel verwies dabei zustimmend auf Robert Schuman, der mit Recht die politische Einigung Europas und die Schaffung übernationaler Autoritäten als das Zentralproblem deutscher Politik bezeichnet hätte. Erst mit der politischen Einigung stellten sich dann nach Wessel die Überlegungen hinsichtlich einer möglichen militärischen Ausstattung Europas.²² Um Europas Einheit realisieren zu können, setzte Wessel auf die europäischen Mächte Frankreich und England, die sich ihrer geschichtlichen Aufgabe bewußt werden müßten.²³ Mit ihrer Hilfe, war Wessel überzeugt, konnte der Zustand europäischer Ohnmacht überwunden und Europas »Unabhängigkeit von den USA«²⁴ wiedergefunden werden. Deutschland wiederum sollte der Kristallisationskern eines selbständigen, unabhängigen Europas werden, das in Äquidistanz zu den Weltmächten stand und somit dem Weltfrieden dienen konnte. Offensichtlich ging Wessel von einem polyzentrischen System aus, in dem Europa seinen Platz hatte. Trotz des Verlustes der alten europäischen Machtstellung sollten die europäischen Staaten, wie Wessel noch in ihrer ersten Rede für die Notgemeinschaft Ende November 1951 ausführte, nicht auf eigene Initiativen zwischen den herrschenden Weltmächten verzichten.

Faktisch gründeten diese Überlegungen auf der Idee der weltpolitischen »Dritten Kraft« Europas. Wie die meisten Vertreter dieser Konzepte nach 1945 erkannte Wessel die Tragweite der Bipolarität nicht, die sie zu überwinden trachtete und auf der Adenauer seine Westintegrationspolitik aufbaute. Wessels Europakonzeption war nicht wie die von Adenauer eingebettet in eine Konzeption der Westorientierung, sondern sie war Gegengewicht zu den USA und der UdSSR. Wie sollte nun das Europa Wessels aussehen? Wie eng sollte der Zusammenschluß sein, wer sich an Organen der europäischen Zusammenarbeit beteiligen können? Wollte Wessel eine »kleine« oder »große« europäische Lösung? Fragen, die den Analytiker bewegen und die die Politikerin Wessel nicht hinreichend, auch nicht immer widerspruchsfrei beantwortete.

Wessel begrüßte den Marshall-Plan, der faktisch der Wesselschen Intention zuwiderlief, weil er die Bundesrepublik an den Westen band, somit die Trennung Europas und nicht umgekehrt die Aufhebung der Trennung förderte. Sie unterstützte den Plan, weil ihn – so ihre Interpretation – die USA dazu nutzten, »um die westeuropäischen Nationen, die leider vorerst noch an der Stelle von ganz Europa die abendländische Überlieferung zu tragen haben, stärker aneinander annähert und sie dabei zu einem gemeinsamen Schicksalsbewußtsein zwingt«.²⁵ Wessel erkannte nicht, daß mit dem Marshall-Plan der Weg zur Westintegration freigemacht wurde. Für

22 Vgl. Wessel, »Das Zentrum und sein Beitrag zur politischen Gestaltung Deutschlands und Europas«, in: Das Zentrum, Nr. 22/23 v. Dez. 1951. Vgl. Wessel, Dt. Bt., 176. Sitzung, 22.11.1951, S. 7219B.

23 Vgl. Wessel, Dt. Bt., 7. Sitzung, 22.9.1949, S. 74 C.

24 Wessel, »Das Zentrum und sein Beitrag zur politischen Gestaltung Deutschlands und Europas«, in: Das Zentrum, Nr. 22/23 v. Dez. 1951.

25 Wessel, Dt. Bt., 17. Sitzung, 15.11.1949, S. 433 B.

sie hatte er die politische Dimension einer durch die USA »erzwungenen« Annäherung europäischer Staaten.

Wessel hatte als Ziel die »gesamteuropäische Föderation« im Auge. Für sie war ein Zusammenschluß nur eines Teils der europäischen Staaten keine europäische Einigung. In der Diskussion um den Europarat wurde ihr Anspruch deutlich: »Ein *europäischer Zusammenschluß ohne England* und ohne die *skandinavischen Staaten* würde außer der bestehenden Teilung in Westeuropa und Osteuropa noch eine weitere künstliche Teilung herbeiführen.«²⁶ Auf alle Fälle wollte Wessel Skandinavien und Großbritannien in die europäische Einigung miteinbezogen wissen. Wie war es aber mit Osteuropa? Legte das formulierte Ziel einer »gesamteuropäischen Föderation« den Einschluß Osteuropas nahe? Vermutlich schon, nämlich als langfristiges Ziel. Das ergibt sich aus der Tatsache, wie Wessel die Funktion der westeuropäischen Staaten sah, die ihrer Meinung nach »vorerst an der Stelle von ganz Europa die abendländische Überlieferung zu tragen hätten«. Gleichzeitig setzte Wessel den Begriff Europa mit Westeuropa gleich, wenn sie davon sprach, daß Europa aus seinem Zustand der Abhängigkeit von Amerika herauskommen müsse.²⁷ Die begriffliche Unschärfe macht es schwer, immer exakt festzustellen, von welchem Europa die Vorsitzende der Zentrumsparterie gerade spricht. Was bedeutete es, wenn sich Wessel dagegen aussprach, »Europa mit einer kleineuropäischen Lösung, etwa entsprechend den Vorschlägen von Graf Coudenhove-Kalergi« zu schaffen?²⁸ Coudenhove-Kalergi hatte eine paneuropäische Konferenz als Regionalorganisation des Völkerbundes gefordert, die die Vereinigten Staaten von Europa – als Nation von Nationen konzipiert – vorbereiten sollte. Coudenhove-Kalergi schloß Rußland und Großbritannien aus seinem Paneuropa aus.²⁹ Sprach Wessel deshalb von einer kleineuropäischen Lösung, weil Großbritannien fehlte? Was war für sie überhaupt Kleineuropa, was Großeuropa? Die Politikerin Wessel wirft hier mehr Fragen auf, als sie »Antworten« gibt.

Wenn sie gegen eine »kleineuropäische« Lösung war, warum unterstützte sie dann die wirtschaftliche Integration, den Schritt zur Montanunion? Lag es daran, daß es Adenauer und Schuman gelungen war, die politischen Impulse der Europa-Bewegung (Schaffung einer parlamentarischen Kontrolle und eines europäischen Gerichtshofes) partiell in das Projekt miteinzubeziehen?³⁰ Auch die im engeren Sinne politische westeuropäische Integration, die ihren Ausdruck im Europarat fand, machte Wessel zunächst mit.

Wessel sah anfänglich im Europarat eine mögliche Basis für ein geeintes Europa. Deswegen trat sie dem sozialdemokratischen Oppositionsführer, Kurt Schumacher, nicht bei, als dieser das von Frankreich propagierte Junktim eines Beitritts der Bundesrepublik mit dem des Saarlandes in den

26 Wessel, Dt. Bt., 176. Sitzung, 22.11.1951, S. 7219 A.

27 Ebd., S. 7219 B.

28 Ebd., S. 7219 D.

29 Vgl. Das Paneuropäische Manifest (1923), in: R. FOERSTER, 1963, S. 226 – 236.

30 Damit begründet Kleßmann die breite Mehrheit für den SchumanPlan. Vgl. Ch. KLEßMANN, 1982, S. 210.

Europarat energisch ablehnte. Als im März 1950 der westdeutsche Beitritt akut wurde, hatte Wessel an die außenpolitische Gemeinsamkeit zwischen Regierung und Opposition appelliert. Die Aussicht, dem Europarat beizutreten, das hieß für Wessel, eine internationale Anerkennung der Bundesrepublik zu erreichen, und den Ansatzpunkte einer vorwärtsorientierten Entwicklung hin zu einem geeinten Europa bewertete Wessel positiv. Nicht zuletzt deshalb, weil zwischen Deutschland und den Siegermächten noch kein Friedensvertrag existierte.

Alle Ansätze einer gemeinsamen Europapolitik von Regierung und SPD zerbrachen schon 1949 am Junktim mit dem saarländischen Beitritt.³¹ Schumacher maß der nationalen Selbstbehauptung einen quasi absoluten Eigenwert zu und überschätzte die deutschen Möglichkeiten im zwischenstaatlichen Verkehr.³² Wessel attackierte nicht wie Schumacher die alliierte »Politik des Junktim«. ³³ Sie suchte Ansatzpunkte einer europapolitischen Gemeinsamkeit. Wessel hatte Verständnis für das französische Bestreben nach Sicherheit vor Deutschland. Sie kritisierte auch nicht die deutsch-französische Verständigung wie Schumacher als Verständigung zwischen dem Comité des Forges und den Vereinigten Stahlwerken. Wessel und das Zentrum wollten auch nicht eine bloße Verständigung auf finanziell-kapitalistischer Grundlage. Doch sie war davon überzeugt, daß »diejenigen Schichten der Bevölkerung beider Länder, die sich von einer derartigen Verständigungspolitik bedroht fühlen, nunmehr ihrerseits eine Annäherung betreiben (...) und je mehr Bündnisse sich über die Grenzen entwickeln, um so enger wird der Kontakt beider Nationen werden (...)«. Als notwendige Voraussetzung einer »guten« Außenpolitik sah Wessel »die Erkenntnis der *gemeinsamen Interessen*«. Nur eine »wirkliche Interessengemeinschaft« ³⁴ konnte für sie Basis einer erfolgreichen Außenpolitik sein. Deshalb war Wessel auch geneigt, die Sicherheitsinteressen der Franzosen ernst zu nehmen. Während der SPD-Führer Schumacher die französische Saarpolitik heftig kritisierte, hob Wessel die Notwendigkeit des »*Abbau(s) der europäischen Nationalstaaten*« hervor, wozu jeder nach seiner Art und den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln bereit sein sollte.³⁵

Erst als Frankreich wiederholt Anstrengungen unternahm, die Trennung des Saarlandes von der Bundesrepublik juristisch festzuschreiben, sah Wessel das deutsch-französische Verhältnis unnötig belastet. Sie hielt die Saarkonvention, der zufolge sowohl die Verteidigung als auch die außenpolitische Vertretung des Saargebiets Frankreich obliegen sollte, für den europäischen Gedanken abträglich. Wie andere hatte Wessel die Hoffnung gehegt, der Eintritt der Bundesrepublik in den Europarat würde zeitlich den Saarkonventionen vorausgehen. Wenn angesichts dieser Situation erhebliche Bedenken gegen einen Europaratsbeitritt geltend gemacht wurden, hielt Wessel das für verständlich.

31 Vgl. H. P. SCHWARZ, Ära Adenauer, 1981, S. 91.

32 Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 195f.

33 Schumacher, Dt. Bt., 17. Sitzung, 15.11.1949, S. 405 A.

34 Wessel, Dt. Bt., 17. Sitzung, 15.11.1949, S. 432 D. 9

35 Ebd..

Trotzdem verfiel sie nicht anti-französischen Attacken wie die Regierungskoalitionsparteien FDP und DP. Wessel nutzte die ›Saarfrage‹ nicht zur Profilierung als Vertreterin nationaler Interessen. Sie wollte vielmehr den innenpolitischen Sprengstoff entschärfen. Sie appellierte an die Alliierten, insbesondere an Frankreich, sich dessen bewußt zu sein, daß eine Lösung des Saarproblems, wie sie die französisch-saarländische Konventionen vorsahen, dem Nationalismus in Deutschland gefährlichen Auftrieb geben könnte. Wessel bat Adenauer deshalb, »den moralisch und rechtlich wohlbegründeten deutschen Standpunkt in der Saarfrage in erster Linie mit der Forderung nach einer *freien Willenskundgebung der Saarbevölkerung* zu präzisieren.«³⁶ Wessel wollte den nationalistischen Strömungen mit dem Selbstbestimmungsrecht der ›Saardeutschen‹ begegnen. Insgesamt und trotz der französischen Politik hielt es die Fraktionsvorsitzende des Zentrums aber für falsch, im Hinblick auf die künftige europäische Entwicklung die »Tür mit lautem Krach zuzuschlagen«.³⁷ Wessel stand so zwischen Adenauer und Schumacher, aber dem Bundeskanzler näher als dem SPD-Oppositionsführer. Zwar beurteilte sie nun einen Beitritt zum Europarat skeptischer, trotzdem spitzte sie ihre Kritik nicht auf eine Konfrontation zur Regierung zu. Vielmehr war ihre Politik darauf ausgerichtet, den Bundeskanzler zu diplomatischen Offensiven zu drängen. Wessels Augenmerk war stärker auf den Gedanken der europäischen Einigung gerichtet. Noch im Juni 1950 versuchte sie, die eigentlich unvereinbaren Positionen zwischen Regierung und SPD-Opposition auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Sie wollte beide für eine gemeinsame Aktion zugunsten der europäischen Einigung gewinnen.

Hintergrund dieser emsigen Aktivitäten war die fast schon pathologisch zu nennende Furcht Wessels, Europa müßte sich als Gestaltungsfaktor von der politischen Weltbühne ein für allemal verabschieden und Deutschland könnte geteilt bleiben. Der Antrag des Zentrums, der diese gemeinsame europäische Haltung dokumentieren sollte, hatte folgende Essentiale, die nach Wessel unbedingt zu den Richtlinien deutscher Außenpolitik gehören mußten:

- »1. Die *Bundesrepublik* Deutschland vertritt im *Europarat Gesamtdeutschland*, einschließlich der deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie.
2. Die *beratende Versammlung* des Europarats wird zu einem von den Regierungen der einzelnen Staaten unabhängigen europäischen Parlament ausgestaltet.
3. Die deutsche Forderung auf *Ablehnung einer Remilitarisierung Deutschlands* wird anerkannt.
4. Auf der Grundlage des *Schuman-Plans* soll eine vom Europarat kontrollierte politische und wirtschaftliche Vereinigung des freien Europas geschaffen werden. (...)«³⁸

36 Wessel, Dt. Bt., 46. Sitzung, 10.3.1950, S. 1580 D.

37 Ebd., S. 1582 B. Zur negativen Haltung Heinemanns zum Europaratsbeitritt vgl. S. 24f dieser Arbeit.

38 Zentrumsantrag, zit. n. Dt. Bt., 68. Sitzung, 13.6.1950, S. 2485f.

Der Antrag bestand aus zwei Teilkomplexen, dem gesamtdeutschen und dem europapolitischen. Auf keinen Fall sollte der Beitritt zum Europarat so interpretiert werden können, daß damit der Anspruch auf deutsche Wiedervereinigung aufgegeben würde. Dem Primat der Wiedervereinigung stand eine bundesdeutsche Aufrüstung entgegen, weil mit ihr Westdeutschland aus Gesamtdeutschland herausgelöst und Ostdeutschland vollends in den Ostblock integriert werden würde. Zum anderen sollte ein tatsächlich parlamentarisch verfaßtes Europa entstehen. Grundlage sollte der Schuman-Plan sein, ein Plan, der ausschließlich der westeuropäischen ökonomischen Integration diene. Für Wessel war dieser Antrag kein fauler Kompromiß, sondern sie hatte tatsächlich die Überzeugung und die Hoffnung, mit diesem Antrag diejenigen Punkte präzisiert zu haben, die auch die Mehrheit des Bundestages geklärt wissen wollte. Wessel wollte, wie sie ausdrücklich hervorhob, der Bundesregierung auf dem Gebiet der Außenpolitik nicht besondere Schwierigkeiten bereiten, und sie bewertete den Europarat auch nicht wie Schumacher als eine europäische Aktiengesellschaft.³⁹ Das Zentrum bewegte demgegenüber verstärkt die Frage, ob der Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat letztlich auch ihre Einbeziehung in den Atlantikpakt und als weiteres dann die Wiederaufrüstung bedeutete. Mochten mit den angeführten Punkten im Antrag des Zentrums auch die Essentiale des Zentrums angesprochen sein, so war doch mit Adenauer kein Verzicht auf eine Wiederaufrüstung durchzusetzen, da er gerade mit ihr westdeutsche Souveränität erstrebte und nach außen eine antisowjetische Stoßrichtung verknüpfte.

Ebenso war gar nicht daran zu denken, daß die SPD sich dazu bereit fand, auf der Grundlage des Schuman-Plans, ein geeintes Europa zu errichten.⁴⁰ So wundert es nicht, wenn der Antrag Wessels im Ausschuß für Besatzungsfragen und auswärtige Angelegenheiten abgelehnt wurde. Das Zentrum, das bislang eine Kooperation mit der Bundesregierung für möglich gehalten hatte, verweigerte nun seine Zustimmung zum Gesetzentwurf über den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat.⁴¹

Wie berechtigt die Wesselschen Sorgen hinsichtlich der noch ungeklärten Fragen sein sollten, zeigte sich bald nach dem Eintritt der Bundesrepublik. Der Koreakrieg hatte in Westeuropa und in den USA bestehende Hemmnisse gegenüber einer bundesdeutschen Wiederaufrüstung aufgehoben und das Kräfteverhältnis zwischen Befürwortern und Gegnern einer westdeutschen Aufrüstung umgekehrt.⁴² Viele Beobachter stellten Parallelen zwischen der Situation der Bundesrepublik und der Lage Südkoreas her. Der amerikanische Kongreß gab seine Bedenken gegen die Beteiligung an einer integrierten Armee in Europa auf. In Westeuropa setzte sich die Erkenntnis durch, zu einer Verteidigung des Westens sei ein entsprechender Wehrbeitrag der Bundesrepublik erforderlich.⁴³ Churchill, der noch für

39 Vgl. Wessel, Dt. Bt., 68. Sitzung, 13.6.1950, S. 2487.

40 Zur Beurteilung des Schuman-Plans durch die SPD vgl. R. HRBEK, 1972, S. 102ff. K. Th. SCHMITZ, 1978, S. 77f.

41 Vgl. Dt. Bt., 69. Sitzung, 15.6.1950, S. 2510 A.

42 So W. LOTH, Koreakrieg, 1985, S. 341.

43 Zur öffentlichen Diskussion in Großbritannien und Frankreich vgl. die Hinweise bei

seine Rede am 16. März 1950 im Unterhaus heftige Kritik geerntet hatte, als er sich für die Aufstellung westdeutscher Truppenkontingente im Rahmen einer Europaarmee aussprach, fand am 11. August die Unterstützung der beratenden Versammlung des Europarats. Er billigte eine Empfehlung Churchills mit 89 gegen 5 Stimmen bei 27 Enthaltungen, unter dem Oberbefehl eines europäischen Verteidigungsministers eine europäische Armee unter Einbeziehung westdeutscher Truppen aufzustellen.⁴⁴

Genau das wollte Wessel im Sinne Europas und im Sinne Gesamtdeutschlands unbedingt verhindern. Diese militärische Blockintegration führte schließlich zum außenpolitischen Bruch mit Adenauer. Wessel wandte sich entschieden gegen eine westeuropäische Armee, weil sie damit die Verhinderung einer europäischen Einigung für immer befürchtete. Dennoch wandte sie sich nicht gegen eine westeuropäische Einigung, vorausgesetzt sie war nicht mit einer Aufrüstung verbunden. Noch im Oktober 1952 nahm sie für ein geeintes Westeuropa Stellung: »Schon ein kraftvolles politisch geeintes Westeuropa« (wer dazu gehören sollte, ließ Wessel offen, J. M.) war für sie »de facto der Friedensblock, nach dem die Völker sich heute sehnen«.⁴⁵ Langfristig, meinte Wessel, könnten auch »West- und Osteuropa wieder zueinander finden«.⁴⁶ Allerdings setzte das ihrer Meinung nach den Verzicht auf die »Aufrüstung Westeuropas, insbesondere Westdeutschlands voraus«. Nimmt man dieses Argument ernst, dann hätten die Streitkräfte in den europäischen Staaten abgerüstet, zumindest die Rüstungsausgaben »eingefroren« und in der Bundesrepublik ganz auf die Wiederbewaffnung verzichtet werden müssen. Wie aber hätte dieses Europa dann zu einer »dritten Kraft im weltpolitischen Spiel der Kräfte«⁴⁷ werden können? Hier macht sich wieder das idealistische Denken Wessels bemerkbar, das Einfluß und »Macht« nicht nach staatlichen Machtmitteln bemißt, sondern im europäisch-abendländischen Geist die schaffende Kraft sieht. Europa war dazu berufen, die beiden Weltmächte aus der Ost-West-Erstarrung zu »befreien«. Wessel meinte: »Ein Westeuropa, das von den osteuropäischen Staaten nur als ein militärischer Brückenkopf Amerikas betrachtet wird, kann nicht darauf rechnen, auf friedlichem Wege die Bindungen zu lockern, die zwischen den osteuropäischen Staaten und Rußland bestehen.«⁴⁸ Diese Bindungen waren aber erzwungene Bindungen und Ausdruck sowjetischer Machtpotenz. Es nutzte nichts, auf ein osteuropäisches »Europabewußtsein« zu setzen, das vielleicht vorhanden war, denn zur Lockerung der Bindungen bedurfte es der Billigung der Sowjetunion, die allerdings war nicht zu erreichen. Damit hätte sie einen Teil ihres Machtbereiches, ihren Cordon sanitaire preisgeben müssen.

A. AZZOLA, 1971, S. 74f. W. LOTH, Sozialismus, 1977, S. 279, S. 383f. Zur Kritik der Parallelisierungsthese vgl. D. KOCH, Heinemann, 1972, S. 147 – 152.

44 Vgl. »Die Ereignisse in Europa«, in: EA, 5. Jg., 1950, 5.9.1950, S. 3338. Vgl. Ch. GREINER, 1982, S. 294 – 300; vgl. auch S. 287 – 291.

45 Wessel, Manuskript, (Kundgebung am 24.10.1952 in Köln), S. 6, NL We 87.

46 Ebd., S. 7.

47 Ebd., S. 6.

48 Ebd., S. 7.

Heinemann und Wessel – konzeptionelle, nichtidentitäre Gemeinsamkeiten in der innenpolitischen Bewertung der Wiederbewaffnung

1. Die Perzeption des Kommunismus als ›inneres‹ Problem: die Politik der ›sozialen Tat‹ und der ›geistigen Festigung‹

Die Entwicklung der deutschland- und europapolitischen Alternative, die die militärische Westintegration um der deutschen und europäischen Einheit wie der Friedenssicherung willen verwarf, hatte ein von den Westintegrationsverfechtern unterschiedenes Verständnis der Ursache kommunistischer Bewegungen zur Grundlage. Die Politiker Wessel und Heinemann hielten den Kommunismus weniger für ein außen-, denn für ein innenpolitisches Problem. Entschieden vertrat Wessel die Ansicht, daß der Kommunismus »ein Symptom für innere Krisen, für soziale Notstände« ist, »denen man nicht einfach mit Waffen beikommen kann.« Demzufolge verlangte die Einschränkung und die Überwindung des Kommunismus eine »Festigung der sozialen Ordnungen«. Allerdings erforderte dies ihrer Meinung nach »mehr Mühe als eine äußere Panzerung in Szene zu setzen«.¹ Wessel hielt es für einen schweren politischen Fehler, die innere Krise Europas mit militärischen Machtmitteln lösen zu wollen.² Damit unterstellte sie, daß es Kräfte gab, die zum Ziel hatten, qua Aufrüstung den Kommunismus zu überwinden.

Diese Haltung ortete Wessel vor allem in den USA, weil sich dort die Betrachtungsweise des Kommunismus wesentlich von der in Europa unterschied.³ Ihrer Ansicht nach stellte sich in den USA »der Kommunismus als ein außenpolitisches Problem dar, in letzter Konsequenz als eine militärische Frage.«⁴ Wessel unterlag hier einem eklatanten Fehlurteil. Die USA hatte ja nicht zuletzt mit dem Marshall-Plan ein umfassendes Sanierungsprogramm vorgelegt, um sich ihrer politischen und ökonomischen Einflusssphäre in Europa zu vergewissern und hatte das ERP als Teil einer antisowjetischen Containment-Strategie verstanden.⁵ Umgekehrt waren es gerade die europäischen Rüstungsbefürworter, die deshalb den

1 Wessel an Seffner, 6.7.1951, NL We 81.

2 Wessel, zit. n. NRZ v. 5.7.1951.

3 Vgl. Wessel an Seffner, 6.7.1951, NL We 81.

4 Wessel, »Das Zentrum und die Aufgaben der Zeit« (Rede auf dem nordrhein-westfälischen LPT), in: Das Zentrum, 5. Jg., Nr. 12 v. Juli 1951.

5 Vgl. im einzelnen M. KNAPP, 1978, S. 48 – 65, hier S. 52 und S. 58f.

Aufbau einer europäischen Armee wollten, um den Sowjets ein militärisches Gegengewicht entgegenzusetzen.

Heinemann stimmte in der Bewertung des Kommunismus mit Wessel überein. Überall außerhalb der USA war für ihn nämlich der Kommunismus ein Symptom für viel schwerere Probleme, für innere soziale Krisen in den Völkern. »Das mag« – erläuterte Heinemann in einer Rede vor Studenten – »uns in Westdeutschland nicht so einsichtig sein, weil die Zahl der Wähler der KPD niedrig ist angesichts dessen, was die Deutschen vom Bolschewismus erlebt haben (...). Gehen wir aber nur einen Schritt weiter: Italien und Frankreich haben soeben in ihren Wahlen den nach wie vor sehr erheblichen Anteil kommunistischer Stimmen deutlich gemacht. Die große Ost-West-Spaltung geht durch beide Völker selber mitten hindurch. Auch für andere Länder ist der Kommunismus ein inneres soziales Problem, z. B. für Indien. Da ist mit der Rüstung wenig geholfen.« In diesem Zusammenhang verwies Heinemann auf einen Artikel des Amerikaners John C. Bennet mit dem Titel »Indien und der Kommunismus« in der »Jungen Kirche«. In ihm forderte Bennet die Amerikaner auf, nach Kalkutta zu gehen, um das eigentliche Problem des Kommunismus kennenzulernen und ihre Engstirnigkeit des allein militärischen Denkens abzulegen.⁶

Heinemanns und Wessels Beurteilung der Ursachen des Kommunismus deckten sich. Z. T. verwiesen beide mit gleichen Argumenten auf das sozialökonomische Umfeld in Italien und Frankreich, das ihrer Meinung nach die Entwicklung der kommunistischen Parteien gefördert hatte und weiter förderte.⁷ Beide erachteten die kommunistische Bewegung vornehmlich als sozialrevolutionäre Gefahr. Die militärische Bedrohung blendeten sie weitgehend in der Betrachtung aus. Doch noch 1948 hatte Wessel den sowjetischen Kommunismus als politische Realität interpretiert, der nur deshalb »ein Land nach dem anderen unter seine Herrschaft (bringt), weil hinter dem Willen seiner Anhänger die reale Wirklichkeit der mächtigen Roten Armee steht«.⁸ Dieses Argumentationsmuster spielte nach Gründung der Bundesrepublik überhaupt keine Rolle mehr bei Wessel. Paradoxerweise wollte Wessel der politischen Realität des Kommunismus aber schon 1948 mit der »Schaffung einer sozialen Demokratie«⁹ begegnen trotz der Erkenntnis, die sowjetischen Erfolge seien letztlich auf die Macht der Roten Armee zurückzuführen. Dieser Bruch in der Argumentation Wessels läßt sich nur aufzeigen, aber nicht lösen. Vielleicht wird Wessels Haltung verständlicher, wenn man in Betracht zieht, daß sie sich damit 1948 gegen die Parole einer Vereinigung zwischen Zentrum und CDU nach 1945 wandte, die behauptete, man könnte dadurch der Gefahr des Kommunismus in christlicher Einheit

6 Vgl. Heinemann, »Aufgabe und Verantwortung der Deutschen zwischen Ost und West«, *Mitschrift* (22.6.1951), S. 9f, NL Hei 128. Vgl. Bennet, »Indien und der Kommunismus«, in: *Junge Kirche*, 12. Jg., Nr. 6. v. 15.6.1951.

7 Vgl. zu Wessel: Wessel, »Das Zentrum und die Aufgaben der Zeit«, in: *Das Zentrum*, 5. Jg., Nr. 12 v. Juli 1951.

8 Wessel, »Kommunismus als politische Realität«, in: *NWK* v.16.3.1948.

9 Wessel, »Kommunismus – weltanschaulich oder als politische Realität?«, *Manuskript*, S. 5, NL We 273. Die zitierte Paraphrase findet sich nicht im publizierten Artikel in *NWK* v. 16.3.1948.

begegnen.¹⁰ Heinemann resümierte, es sei »weit schwieriger und größere Opfer erheischend, eine gerechte innere Ordnung zu schaffen, als eine äußere Panzerung in Szene zu setzen.«¹¹ Die Folge aus dieser Perzeption des Kommunismus war, daß man ihn »durch eine neue Gesellschafts- und Sozialordnung (...) innerlich zu überwinden« trachtete.¹² Die politischen Verhältnisse in den europäischen Ländern Italien und Frankreich, in denen die Kommunistische Partei eine gefestigte Stellung einnahm, dienten auch Wessel als Beleg dafür, die Entstehung und die Kraft des Kommunismus in den ökonomischen Verhältnissen und in ungenügenden sozialen Regelungen, speziell bezogen auf Italien, in einer ungelösten Landreform zu sehen.¹³ Transportiert auf die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik sollte deshalb eine Gesundung ihrer sozialen Strukturen durchgesetzt werden, die für die Bundesrepublik in ihrer exponierten Lage die beste Sicherung im Interesse der freien Welt bildete. Die Handlungsmöglichkeiten zur politischen Abwehr des Kommunismus sah Wessel in einer »sozialen und geistigen Aufrüstung«. Die innenpolitischen Maßnahmen sollten darin bestehen, eine Politik der sozialen Gerechtigkeit zu betreiben, das Absinken des Lebensstandards und damit den sozialen Unfrieden zu verhindern. In diesem Verständnis war ein Volk um so stärker vom Kommunismus bedroht, je schlechter die soziale Lage für seine breiten Schichten war. Aus diesem Grund sollte die Bundesrepublik nach Meinung Wessels eine »Politik der sozialen Tat« betreiben.¹⁴ Wessel räumte sehr wohl ein, daß ohne den Schutz der westlichen Welt die Bundesrepublik längst ihrer Freiheit beraubt worden wäre. Das enthob ihrer Ansicht nach aber nicht der Verpflichtung, einen bundesdeutschen Wehrbeitrag zur europäischen Verteidigung von der spezifisch deutschen Situation aus zu sehen. Worin bestand nun diese? Deutschland hatte schwere »biologische« und »materielle« Verluste durch den Zweiten Weltkrieg zu verzeichnen. Das bedeutete für Wessel die Unmöglichkeit, die »menschlichen«, »sachlichen« und vor allem die »wirtschaftlichen« Voraussetzungen für eine Wiederaufrüstung bereitstellen zu können. Deshalb mußten die Ressourcen voll für den ökonomischen Aufbau und die soziale Sicherung verwandt werden.¹⁵

Mit der »Politik der sozialen Tat« verknüpfte Wessel das Plädoyer zur inneren Festigung der geistigmoralischen Haltung eines Volkes wie seiner politischen Existenzform, des Staates. Der »neue Geist« sollte einen anderen Bestimmungsgrund als den der Politik haben. »Dieser Geist«, legte Wessel vor dem pazifistisch orientierten Internationalen Versöhnungsbund dar, »muß von anderen, lebendigeren, gesünderen und dauerhafteren Gesetzen

10 Vgl. Wessel, »Sammlungsbewegung kein Schutz gegen Kommunismus«, in: NWK v. 17.1.1948.

11 Heinemann, »Aufgabe und Verantwortung der Deutschen zwischen Ost und West«, Mitschrift (22.6.1951), S. 10, NL Hei 128.

12 Wessel, »Völkerverständigung als Voraussetzung für den Frieden«, in: Das Zentrum, 5. Jg., Nr. 16 v. September 1951.

13 Vgl. Wessel, »Das Zentrum und sein Beitrag zur politischen Gestaltung Deutschlands und Europas«, in: Das Zentrum, 5. Jg., Nr. 22/23 v. Dezember 1951.

14 Wessel, »Die sozialen und politischen Voraussetzungen der Wiederaufrüstung Deutschlands«, in: Die Versöhnung, Nr. 10/11 v. Juli 1951, S. 19.

15 Ebd., S. 18f.

her entwickelt werden. Man muß den Mut haben zur Umkehr vom Denken im großen zum Tun im kleinen. Es muß mit anderen Worten der Mensch in seinem moralischen Wert und in seiner wechselseitigen moralischen Verpflichtung wieder entdeckt werden.«¹⁶ Beides, ›neuer Geist‹ und ›gerechte Sozialordnung‹ sollten Garant einer stabilen Demokratie sein. Heinemann maß dem »Topos der antimilitaristischen Opposition«¹⁷, der sog. ›sozialen Aufrüstung‹ nicht die gleiche Rolle wie Wessel zu. Sein Ziel war es schon, eine gerechte Sozialordnung zu schaffen, um dadurch auch die Demokratie zu stabilisieren. Allerdings neigte er nicht dazu, die sog. ›soziale Aufrüstung‹ der militärischen Aufrüstung plakativ gegenüberzustellen. Der Verzicht auf eine militärische Aufrüstung würde, folgt man Heinemann, nicht notwendigerweise die sozialen Probleme lösen. Angesichts der sozialen Spannungen in der Bundesrepublik konnte seiner Meinung nach auch »ein Aufwand für Besatzung und Aufrüstung schwere Krisen auslösen«.¹⁸ Heinemann erblickte, im Gegensatz zu Wessel, im Falle der Weigerung der Bundesrepublik sich wiederaufzurüsten, gleichfalls sozioökonomische Probleme. Aufgrund seiner skeptischen Einschätzung der amerikanischen Politik hielt Heinemann es durchaus für möglich, daß die USA dann die Bundesrepublik »wirtschaftlich pressen«.¹⁹ Der Grund seiner Befürchtung lag in den Ausführungen des amerikanischen Leiters der ECA-Kommission, der die Weitergewährung der Marshallplanhilfe – von der Heinemann annahm, daß Deutschland zum Teil davon lebte – von der Bereitschaft der Deutschen abhängig machte, einen angemessenen Teil der Verteidigungslast des Westens zu übernehmen.²⁰ Heinemann erwartete von den USA aber nicht, daß sie eine solche Politik bis »zum Absacken in innere Krisen« ausdehnten, »denn die würden gefährlich sein, weil es (gemeint ist das Absacken der Bundesrepublik, J. M.) mit einer Bolschewisierung zu enden vermöchte.«²¹ Konsequenterweise koppelte Heinemann seine Entscheidung gegen einen deutschen Wehrbeitrag an die Forderung nach einer größeren wirtschaftlichen Selbständigkeit. Gegebenenfalls mußte demnach ein Ausfall der wirtschaftlichen Unterstützung durch die USA durch nationale Produktionsausweitungen bei gleichzeitiger Reduktion des Aufwands ausgeglichen werden. Demnach war Heinemanns Alternative, die er im Falle des ›Einschwenkens‹ der Öffentlichkeit auf seinen politischen Weg anzubieten hatte, keineswegs bequem. Er versprach keine ökonomische Prosperität im Falle der Weigerung, sich an der Aufrüstung zu beteiligen. Im Gegenteil, er verlangte von den Wiederaufrüstungsgegnern sogar einen gewissen Rigorismus. Hierin unterschied er sich von Wessel und von vielen seiner späteren politischen Mitstreiter. Er stellte seinen Sympathisanten die Frage,

16 Ebd., S. 21.

17 Der Ausdruck ist entlehnt von A. DOERING-MANTEUFFEL, Kirchen, 1985, S. 320.

18 Heinemann, »The German Controversy«, in: British Weekly, A Journal of Christian and Social Progress, Vol. CXXIX, Nr. 3357 v. 15.3.1951, Übersetzung, J. M.

19 Heinemann, »Über die Frage der Remilitarisierung«, (Tonbandnachschrift), Bielefeld am 5.9.1951, S. 6, NL Hei 129.

20 Zit. n. Heinemann, »Deutsche Verantwortung heute«, in: StdG, 3. Jg., Nr. 4 v. April 1951, S. 2..

21 Heinemann, »Über die Frage der Remilitarisierung«, (5.9.1951), S. 6, NL Hei 129.

ob sie »nötigenfalls fest entschlossen (sind), die eigene Bewegungsfreiheit lieber zu erhungern als das Brot der Abhängigkeit zu essen und in fremden Sold zu treten?«²² Wer dazu bereit war, dessen nationale Verankerung und dessen ethische Festigkeit mußte schon sehr ausgeprägt sein. Heinemann verlangte denen, die dem atlantischen Kurs widersprachen, ab, »vor das Volk hin(zu)treten mit der offenen Erklärung, daß es ohne eine Senkung des Lebensstandards nicht abgehen wird, im Hinblick auf die wirtschaftlichen Pressionen, die man auf uns ausüben wird.«²³

Seiner Meinung nach kam es darauf an, der westdeutschen Bevölkerung deutlich zu machen, »daß Handlungsfreiheit bei schmaltem Lebensstandard besser ist als die Scheinexistenz einer Rüstungskonjunktur.« Zur Untermauerung seiner These gebrauchte Heinemann einen historischen Vergleich: »Freilich brachte Hitler die Arbeitslosen von der Straße und die Unternehmer in Verdienst; aber das Ende war sein Krieg. Soll sich das wiederholen?«²⁴ Selbstverständlich befürchtete Heinemann negative Auswirkungen für die sozialen Gestaltungsmöglichkeiten, wenn die Bundesrepublik sich an einer Aufrüstung beteiligte. Trotzdem war er davon überzeugt, die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik werde verhältnismäßig schlechter verlaufen, wenn sie sich einem bundesdeutschen Wehrbeitrag verweigere.²⁵ Heinemann hielt das für eine Belastung seiner Position. Trotzdem appellierte er an die Wiederaufrüstungsgegner: »Aber das entbindet uns nicht von der Verantwortung, es dennoch so zu sehen, so zu sagen und diesen Weg des Widerstandes gegen die Aufrüstung zu gehen. Es wird das der lange Weg und es wird das der mühselige Weg sein, und wir können uns das dabei immer nur wieder vor Augen halten, daß es ja nicht darum geht, nur das zu tun, was morgen richtig sein mag, sondern daß auch das alles richtig sein muß für übermorgen.«²⁶ Eine Unterstützung seines politischen Weges konnte Heinemann nur von denen erwarten, die wie er von dem nationalen Ziel der Wiedervereinigung durchdrungen waren und die ihre Kraft auch in schwierigen Situationen aus ethischen, christlichen Überzeugungen schöpften.

Helene Wessel argumentierte vergleichsweise traditionell. Sie hielt es für unmöglich, daß die Bundesrepublik aufgrund ihrer ökonomischen Situation überhaupt einen Verteidigungsbeitrag zu leisten vermochte, ohne nicht gleichzeitig einer gesellschaftlichen Auflösung zu verfallen, die dann eine Wiederaufrüstung erübrige. Sie hoffte auf die Freisetzung von Ressourcen für eine gerechte und stabile Sozialordnung.

Die geistig-ideologische Aufrüstung, die Wessel zudem forderte, wurde von ihr auch auf die zwischenstaatliche Ebene übertragen. Ein positives Beispiel eines Staates, der über die notwendige sozial gesicherte Struktur

22 Heinemann, »Deutsche Verantwortung heute«, in: *StdG*, 3. Jg., Nr. 4 v. April 1951, S. 2.

23 Heinemann, »Über die Frage der Remilitarisierung«, (5.9.1951), S. 7, NL Hei 129.

24 G. HEINEMANN, »Deutsche Friedenspolitik«, (September 1951), in: *ders.*, *Deutschlandpolitik*, 1966, S. 15.

25 Vgl. Heinemann, »Über die Frage der Remilitarisierung«, (5.9.1951), S. 7, NL Hei 129.

26 Ebd..

und die erforderliche gefestigte geistig-politische Orientierung verfügte, mithin ein Vorbild für Deutschland war, erblickte sie in Finnland: Finnland habe es meisterhaft verstanden, mit seinen finanziellen und sozialen Nachkriegsproblemen fertig zu werden und habe eine Festigkeit seiner geistigen und politischen Haltung bewiesen, die die Sowjetunion von jedem Angriff und Eingriff in finnische Angelegenheiten abhalte. Denn die Eroberung eines Landes sei für die UdSSR nur wichtig bei gleichzeitiger Eroberung seiner Menschen – außer bei Gebieten, die strategisch wichtig seien, oder besondere Bodenschätze aufwiesen.²⁷ Widersprach sich Wessel damit nicht selbst? In anderem Zusammenhang führte sie die exponierte Lage Deutschlands an, ohne eine strategische Sicherung der Bundesrepublik durch militärische Integration anzustreben. Hätte es dann ihrer eigenen Argumentation zufolge nicht einer westdeutschen Wiederbewaffnung bedurft? Schließlich beurteilte sie den sowjetischen Kommunismus auch von der »russischen Machtidee«²⁸ aus. Zum Schutz und zur Sicherung der Bundesrepublik vor etwaigen Übergriffen der DDR-Volkspolizei oder der Sowjetunion genügten nach Ansicht Wessels, »die Besatzungstruppen und das Sicherheitsversprechen der Alliierten, Deutschland zu verteidigen.« Während Heinemann sich mit dem Sicherheitsversprechen begnügte, verlangte Wessel zur Realisierung eben dieses Versprechens, »daß der Schutz des deutschen Volkes in den Schutz Europas eingegliedert wird.«²⁹ Waren diese politischen Forderungen mit ihren sonstigen Zielen, z. B. der Verständigung mit dem Osten, vereinbar?

Notwendigerweise hätte die Verstärkung der Präsenz amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik eben nicht deeskalierend im Sinne Wesselscher Politik wirken können. Vielmehr hätte sie zu dem geführt, was Wessel zu verhindern trachtete, zu einer weiteren ›Entfremdung‹ zwischen Ost und West, einer vertieften Spaltung zwischen DDR und Bundesrepublik. In dieselbe Richtung hätte – ihrer eigenen Argumentation nach – die Eingliederung in den Schutz Europas gezielt! Gerade die Integration der Bundesrepublik in den Westen lehnte Wessel deswegen ab, weil sie nicht der deutschen Einheit und der europäischen Entspannung diene. Nun erwog Wessel den Schutz Deutschlands durch den Schutz Europas! Plötzlich argumentierte sie auch von der »nationalen Sicherheit« her – so ihre eigene Formulierung vom Oktober 1950 – allerdings stellte sie dem die »soziale Fundamentierung«³⁰ der Demokratie gleichberechtigt daneben. Argumentierte Wessel hier taktisch, wollte sie innerparteilichen Kritikern ihrer Politik den Wind aus den Segeln nehmen? War sie sich des Bruchs in ihrer Argumentation vielleicht gar nicht bewußt? Glaubte sie, daß das entscheidende Problem allein eine bundesdeutsche Aufrüstung war, eine europäische Armee aber nicht? Wieder einmal wirft die Argumentation

27 Vgl. Wessel, »Nur allgemeine Abrüstung kann den Frieden erhalten«, in: Friedensrundschau, 5. Jg., April 1951, S. 1.

28 Wessel, »Kommunismus – weltanschaulich oder als politische Realität?«, Manuskript, S. 2, NL We 273.

29 Wessel, »Die Aufgaben des Zentrums für Deutschland und Europa«, in: Das Zentrum, 4. Jg., Nr. 20 v. Oktober 1950.

30 Ebd..

Wessels Fragen auf, die sich nicht hinreichend beantworten lassen. Auf jeden Fall verboten sich für Wessel in der spezifischen deutschen Situation eigene militärische Anstrengungen Westdeutschlands.

Jener Ansatz der geistigen und sozialen Neuordnung enthielt nicht bloß die defensive Komponente einer bloßen Verhinderung des Kommunismus. Im Gegenteil, er war bewußt offensiv gedacht: im Westen sollte das Größte geleistet, hier der echte Fortschritt zustande gebracht, hier die Persönlichkeitswertung durchgesetzt werden, dann werde die europäische Idee den Osten erobern, nicht aber der Bolschewismus das Gesicht Europas bestimmen, meinte Wessel.³¹ Noch 1950 hatte diese dynamische Perspektive für Wessel eine entscheidende Bedeutung für das gesamtdeutsche Schicksal. Aufgrund der wirtschaftlichen, sozialen wie geistigen Position der Bundesrepublik sollte eine Sogwirkung auf die DDR ausgeübt werden. Die Bundesrepublik sollte hinsichtlich »ihrer sozialen Verhältnisse attraktiv auf alle Deutschen« wirken, mit dem Ergebnis, daß sich die Ostzone allmählich aus dem Ostblock herausentwickelt.³²

2. Die Ablehnung der Wiederbewaffnung aus ›innenpolitischen‹ Gründen

a) Die ›Remilitarisierung‹ als innere Bedrohung

Im außen- und deutschlandpolitischen Orientierungsmuster von Wessel und Heinemann gab es trotz gemeinsamer gesamtdeutscher Orientierung unterschiedliche Sichtweisen. Beide Politiker grenzten sich aber von der Außen- und Sicherheitspolitik Adenauers ab. Auch die Rückwirkungen auf die sozialpolitische Gestaltungsfähigkeit der Bundesrepublik, wenn sich die Bundesrepublik nicht an einer europäischen Armee beteiligte, wurden von ihnen nicht einheitlich bewertet. Trotz der unterschiedlichen Beurteilung standen Wessel und Heinemann in der Wiederbewaffnungsfrage gleichermaßen von Adenauer entfernt. Der unüberbrückbare Gegensatz zum Bundeskanzler zeigte sich in einem weiteren Punkt.

Viele der Wiederbewaffnungsgegner und speziell Heinemann und Wessel waren sich in einem völlig einig: Sie befürchteten, eine militärische Macht in Deutschland werde »nahezu unvermeidlich wieder eine eigene politische Willensbildung entfalten«.¹ Wessel teilte diese Bedenken Heinemanns uneingeschränkt. Auch sie meinte, es könnten jene Fachleute wieder in leitende Stellungen gelangen, »die die Demokratie wieder unter die Macht bestimmter politischer Cliquen bringen wollen.«² Wenn Wessel und

31 Vgl. Wessel, Dt. Bt., 7. Sitzung, 22.9.1949, S. 74 B; vgl. auch Wessel, Dt. Bt., 17. Sitzung, 15.11.1949, S. 434 D.

32 Wessel, Dt. Bt., 46. Sitzung, 10.3.1950, S. 1582 C. Hier zeigen sich Analogien zur Schumacherschen Magnettheorie. Vgl. U. BUCZYLOWSKI, 1973, S. 45.

1 G. HEINEMANN, »Warum ich zurückgetreten bin«, (Memorandum v. 13.10.1950), in: ders., Vaterländer, 1976, S. 103.

2 Wessel, Dt. Bt., 98. Sitzung, 8.11.1950, S. 3577 D.

Heinemann häufig für die Begriffe Wiederaufrüstung und Wiederbewaffnung die Bezeichnung »Remilitarisierung« verwandten, dann war das mehr als eine bloße Chiffre. Der Begriff Remilitarisierung zeugte von großer Skepsis gegenüber dem Militär, nicht zuletzt bedingt durch die historische Erfahrung in Deutschland. Beide glaubten an die Möglichkeit, Weimarer Zustände könnten in der Bundesrepublik wieder entstehen. Sie hegten die Sorge und warnten vor der Gefahr eines Staates im Staate, wie ihn die Reichswehr in der Weimarer Republik zweifelsfrei gebildet hatte. Remilitarisierung hieß dann auch die Gefahr einer vom Staat losgelösten eigenständigen Politik. Die noch junge Demokratie erschien ihnen noch zu ungefestigt, als daß man sie einer solchen Gefährdung aussetzen konnte.

Heinemanns politisches Schlüsselerebnis³ war die Abwehr rechter Putschversuche in der Weimarer Republik. Er hatte sich aktiv in einer studentischen Bürgerwehr daran beteiligt und den wechselnden Frontverlauf zwischen Revolution und Restauration in der Weimarer Republik aus der Sicht des betroffenen Republikaners erlebt. Das Militär markierte für ihn nun eine erneute Gefahr. Remilitarisierung bedeutete für Heinemann aber auch, »dem Geiste des Krieges« Raum zu geben, ob man wolle oder nicht, könne man damit den Krieg herbeiführen.⁴ Anstatt sich an Verständigung, Ausgleich und Frieden zu orientieren, ging man den falschen Weg. Heinemann verband mit den Bedenken, die er geltend machte, noch die Kritik, Deutschland hätte nach 1945 »keine geistige Besinnung über seinen Weg in der Vergangenheit und keine echte Umkehr erfahren«.⁵ Die »Schulderklärung« des Rates der EKD vom Oktober 1945, der diese Besinnung anregen wollte, blieb nach Einschätzung Heinemanns vergeblich. Seiner Meinung nach erlebte Deutschland »ein Wiedererstarren der nationalistischen, zum großen Teil aus nihilistischer Verzweiflung erwachsenden Mentalität, ja sogar ein Wiedererwachen nationalsozialistischer Mentalität.« Er war davon überzeugt: »Eine westdeutsche Aufrüstung würde dem weiteren Auftrieb geben. Westdeutsches Militär könnte in der Führung bis herab zu den Unteroffizieren, nur aus denselben Personen bestehen, die den Hitler-Krieg führten.«⁶ Die Gefahr, die vom Militär für die junge Demokratie ausging, wie sie Heinemann sah, ging einher mit einer düsteren Analyse der Zeit. Der Bürger in Deutschland befand sich für Heinemann in einer Umbruchsituation. Er stand »inmitten eines Zusammenbruchs politischer und sozialer Ordnungen und zugleich auch des Zusammenbruchs derjenigen nationalen, liberalen, sozialistischen und staatlichen Überzeugungen, welche diese Ordnungen getragen haben, so daß eine einfache Regenerierung nicht möglich ist.«⁷ An anderer Stelle sprach Heinemann von einem »kranken deutschen Volk, das so furchtbar

3 Vgl. C. STERN, Heinemann, 1977, S. 245f.

4 Heinemann, »Aufgabe und Verantwortung der Deutschen zwischen Ost und West«, (Vortrag 22./23.6.1951), handschriftliches Manuskript, S. 10, NL Hei 128.

5 Heinemann, »Expose zur deutschen Frage, insbesondere zur Frage westdeutscher Aufrüstung«, 1.8.1951, S. 2, NL Hei 128.

6 Ebd..

7 G. HEINEMANN, »Die Verantwortlichkeit des Menschen im politischen Leben«, (Vortrag 23.7.1951), in: ders., Glaubensfreiheit, 1976, S. 98.

zerrissen ist und in dem es fast keine gemeinsame Überzeugung mehr gibt (...). Wir bedürfen als ein krankes Volk der Gesundung von Grund auf. Gerade unsere Generation könnte von Gott gefragt werden, wie wir heute unsere Verantwortung wahrgenommen haben.«⁸ Die Kennzeichen der Lage waren ernst, und in dieser Situation sollte dem deutschen Volk der Gedanke einer Wiederaufrüstung zugemutet werden? Heinemann hielt sie unter den obwaltenden Bedingungen für untragbar.

b) Die Notwendigkeit der Volksbefragung

Hinzu kam noch, daß die Wiederaufrüstung ohne eine Beteiligung des Volkes durchgeführt werden sollte. Bereits in seiner Rücktrittserklärung vom Oktober 1950 hatte Heinemann auf diesen Umstand verwiesen: »Wenn in irgendeiner Frage der Wille des deutschen Volkes eine Rolle spielen soll, dann muß es in der Frage der Wiederaufrüstung sein.«¹ Nach Ansicht Heinemanns wie Wessels sollte und konnte der Bundestag deshalb in dieser Frage keine Entscheidung treffen, ohne das Volk gefragt zu haben. Aus der Tatsache nämlich, daß weder im Wahlkampf 1949 noch in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers die Rüstungsfrage eine Rolle gespielt hatte, konnte in der Sicht Heinemanns nicht die Vermutung einer stillschweigenden Billigung der Wiederaufrüstungsbestrebungen abgeleitet werden. Heinemann hielt es für unfair, »die Entscheidungsbefugnis über eine solche Kehrtwendung nachträglich in die auf ganz anderer Grundlage erteilten Wahlmandate vom August 1949 einzubeziehen.«² Das überdehnte nach Meinung Heinemanns den Begriff einer repräsentativen Demokratie. Heinemann hielt »zumindest eine Volksbefragung geboten (...).«³ Heinemanns Verständnis der repräsentativen Demokratie unterstellte, daß »Mandate außer der zeitlichen Begrenzung auch sachliche Begrenzungen haben.«⁴ Diese sachliche Begrenzung sah er im Fall der Wiederbewaffnung gegeben. Deshalb forderte er, die Meinung des Volkes in dieser Frage zu berücksichtigen. Heinemann hing keinem imperativen Mandatsverständnis nach, in dem Sinne, daß auszuführen war, was ein echter oder vorgeblicher Volkswille intendierte, sondern sein Demokratieverständnis ging vom Vertrauen aus: »Im demokratischen System beruhen Politik, Wirtschaft und Währung, ja sogar die öffentliche und private Moral auf Vertrauen.«⁵ Dieses Vertrauen sah Heinemann nun gefährdet. Ein Zweites kam hinzu: Das Ergebnis des Meinungsstreites um die Aufrüstung war für ihn »buchstäblich eine Auseinandersetzung, so daß alle parlamentarischen Entscheidungen für die Aufrüstung nicht nur verfassungsrechtlich, son-

8 Heinemann, »Politik und Glaube«, Manuskript, (Referat bei der Tagung der Evangelischen Alt-Akademikergesellschaft am 2.6.1951), S. 7f, NL Hei 128.

1 G. HEINEMANN, »Warum ich zurückgetreten bin«, in: ders., Vaterländer, 1976, S. 106.

2 Heinemann, »Was heißt Demokratie? Ein Wort zur Volksbefragung«, in: StdG, 3. Jg., Nr. 6 v. Juni 1951, S. 2.

3 Ebd..

4 Heinemann, »Du bist nach dem Waffendienst gefragt!«, in: Sonntagsblatt v. 5.11.1950.

5 Heinemann, »Wege zueinander«, in: StdG, 4. Jg., Nr. 3 v. März 1952, S. 67.

dern weit mehr noch politisch der Tragfähigkeit entbehren werden.«⁶ Seine Forderung hieß: »Wenn wir die freiheitliche Demokratie verteidigen wollen, müssen wir sie zunächst einmal exerzieren!«⁷ Heinemann hielt eine Volksbefragung für unumgänglich. Er argumentierte, der Bundestag sollte »damit nicht nur aller Agitation und allem Ärger den Wind aus den Segeln nehmen, sondern zugleich eine wirkliche Basis für das Weitere so oder so schaffen«.⁸ »Nur aus echter Unterscheidung der Geister und klarer Diskussion des Für und Wider«, folgte Heinemann, »wachsen tragfähige Entscheidungen«.⁹ Heinemann dachte vom demokratischen Staat her. Er wollte dessen Beschädigung verhindern. Negative Begleiterscheinungen durch eine Volksbefragung befürchtete er nicht, im Gegenteil.

Er wollte konkrete Kernfragen stellen (z. B. Wiedereinführung einer Militärdienstpflicht, Aufstellung von Freiwilligen-Verbänden) und auf suggestive Fragen verzichten. Damit dachte er, der Propaganda kommunistischer Hilfsorganisationen, die für eine allgemeine Volksbefragung eintraten, entgegenwirken zu können. Schließlich würde dadurch auch die Freiheit der Gewissensentscheidung im Westen dem Gewissenszwang im Osten entgegengestellt.¹⁰ Nicht nur das, er sah gerade den großen »Vorzug echter Demokratie« darin liegen, »daß sie Verantwortungsbewußtsein aller wachruft und damit letzten Endes stärkere Kräfte entfaltet, als Zwang und Abstumpfung es vermögen«. Zumal gerade in der Jugend die Frage einer möglichen Wiederbewaffnung besonders intensiv diskutiert wurde, hielt Heinemann deswegen eine Volksbefragung für dringend geboten. Entscheidend für den ehemaligen Minister Heinemann war, daß man die Betroffenen in einer als gefährlich interpretierten Situation ernst nahm. Auch in der Art, wie man handelte, tat man deshalb, wie Heinemann darlegte, »entweder einen Schritt der Gesundung oder der weiteren Erkrankung. Deshalb sollten Bundesregierung und Bundestag von sich aus erklären: Wir werden keinerlei Aufrüstung ohne Dich, Deutsches Volk, machen, Du wirst aber auch für Deine Antwort auf unsere Fragen einzustehen haben!«¹¹ Wessel unterstützte Heinemann uneingeschränkt. Deckten sich doch die Aussagen Heinemanns »hundertprozentig mit dem, was ich zu dieser Frage im Bundestag bei der Besprechung über das Verbot der Volksbefragung gesagt habe«,¹² schrieb Wessel im Mai 1951 an Heinemann unter Berufung auf seinen Artikel in der Stuttgarter Zeitung vom 1. Mai. Knapp eine Woche früher hatte sie im Bundestag eine Volksbefragung gefordert, weil sonst »ein eiserner Vorhang zwischen Regierung, Bundestag und Volk näherrücken kann«.¹³ Die Zentrumspolitikerin dachte dabei in Anlehnung an Heinemann an eine »informative Befragung der

6 Heinemann, »Wir sind alle in Gefahr«, in: NN v. 26.10.1951.

7 Heinemann, »Was heißt Demokratie? Ein Wort zur Volksbefragung«, in: StdG, 3. Jg., Nr. 6 v. Juni 1951, S. 2.

8 Heinemann an Kaiser, 21.4.1951, NL Hei 38. Kaiser hatte eine Volksbefragung abgelehnt.

9 Heinemann, »Volksbefragung?«, in: StZ v. 1.5.1951.

10 Vgl. Heinemann, »Was heißt Demokratie?«, in: StdG, 3. Jg., Nr. 6 v. Juni 1951, S. 2..

11 Heinemann, »Volksbefragung?«, in: StZ v. 1.5.1951.

12 Wessel an Heinemann, 5.5.1951, NL Hei 38.

13 Wessel, Dt. Bt., 139. Sitzung, 26.4.1951, S. 5491 B.

westdeutschen Bevölkerung«. Wessel war mit Heinemann einer Meinung, daß die Volksbefragung das Verantwortungsgefühl gegenüber den öffentlichen Dingen sowohl bei Wählern als auch bei den Gewählten stärken würde. Statt den Kommunisten – d. h. den Zentralausschuß für Volksbefragung gegen Remilitarisierung – die Propagandaoffensive zu überlassen, erwartete Wessel von der Bundesregierung gleichfalls die Einleitung einer Volksbefragung.¹⁴ Für ihre Idee einer Volksbefragung fanden Wessel und Heinemann bei den anderen demokratischen Parteien im Bundestag keine Unterstützung. Trotzdem versuchte Heinemann noch Ende 1951, als er sich bereits mit Wessel in der Notgemeinschaft für den Frieden Europas zusammengetan hatte, die SPD für eine Volksbefragung zu gewinnen, ohne Erfolg allerdings.

14 Vgl. Wessel, ebd., S. 5489f.

ZWEITER TEIL

Die Notgemeinschaft für den Frieden Europas –
eine außerparlamentarische Sammlungsbewegung
und ihre politischen Vorstellungen



Helene Wessel und Gustav W. Heinemann in Berlin (März 1952)

Die gemeinsame Haltung in der Volksbefragungsaktion hatte Wessel veranlaßt, im Mai 1951 mit Heinemann in Kontakt zu treten. Das war bereits das zweite Mal, daß Wessel und Heinemann sich ihrer gemeinsamen Grundhaltung versicherten. Im Januar 1951 hatte sich Heinemann erstmals an Wessel mit der Bitte gewandt, den ›Ruf zum Frieden‹, eine Proklamation gegen die Wiederaufrüstung, zu unterstützen. Vor 1951 ist zwischen beiden kein näherer Kontakt nachweisbar, der auf einen gemeinsamen politischen Weg beider hätte schließen können. Das sollte sich im Jahr 1951 ändern und eine außerparlamentarische Oppositionsbewegung gegen die Wiederaufrüstung entstehen, die Notgemeinschaft für den Frieden Europas¹. Allein der Begriff *NG* war ein Programm für sich. Ihre Mitglieder sahen sich nicht als übliche politische Kraft, sondern fühlten sich einer Gemeinschaft zugehörig, die Heinemann für eine politisch erfolgreiche Arbeit unabdingbar hielt.² Zusammengefunden hatte sich diese Gemeinschaft unter dem Zwang der politischen Ereignisse in einer Situation, die sie als drängende Not empfand, und die sie überwinden wollte. Ihr Ziel war, das zu retten, was ihr gefährdet schien, nämlich der *Frieden Europas*. Deshalb opponierte sie massiv gegen den Westintegrations- und Wiederbewaffnungskurs der Bundesregierung.

Heinemann und Wessel waren noch Mitglieder verschiedener Parteien als sie gemeinsam die *NG* gründeten. Heinemann, schon immer relativ isoliert in der *CDU*, gründete die *NG* nicht zuletzt wegen seiner ›Einzelgängerposition‹ in seiner Partei, die seine Opposition gegen Adenauer mehrheitlich nicht teilte.³ Wessel, Fraktions- und Parteivorsitzende des Zentrums, gewann dagegen mit der *NG* ein zusätzliches ›Artikulationsorgan‹. Die Arbeit in und für die *NG* führte sie dann aber allmählich aus ihrer angestammten Partei, dem Zentrum, heraus.

Zwei Traditionslinien trafen damit in der *NG* zusammen: der Protestantismus der Bekennenden Kirche und Teile des Linkskatholizismus. Wie die Darlegung der politischen Grundlinien und Handlungsmaximen von Wessel und Heinemann gezeigt hat, waren die Konzepte und Motive nicht deckungsgleich, jedoch ihre Zielrichtung. Beide wollten keine westdeutsche Wiederaufrüstung, weil sie um den Frieden in Europa und um die Einheit Deutschlands bangten.

1 Künftig wird die Abkürzung *NG* verwendet.

2 Vgl. Heinemann an Rietz, 22.12.1951, NL Hei 41.

3 Vgl. Heinemann an Simon, 20.10.1951, NL Hei 40.

Die Entstehung der Notgemeinschaft in Etappen

Wie kam es nun nach Heinemanns Rücktritt zur NG? Immerhin lag zwischen der Demission Heinemanns und der offiziellen Konstituierung der NG mehr als ein Jahr, in dem Heinemann im Gegensatz zu Wessel kein ausgesprochenes politisches Forum hatte. Der Rücktritt war für Heinemann ein derart gravierender Einschnitt gewesen, daß er nicht einmal wußte, welches sein künftiger beruflicher und politischer Weg sein sollte.⁴ Die Rückkehr in seine angestammte Firma, die Rhestahl-Werke, blieb ihm trotz gegenteiliger Zusicherung verwehrt. Noch ein Jahr später hielt das der protestantische CDU-Politiker und Oberbürgermeister von Siegen, Ernst Bach, für eine ausgesprochene »Dummheit« der Wirtschaft, daß sie Heinemann »nach seinem Abgang als Minister nicht wieder in seine alte Stellung gebracht hat«. Daraus sprach die Sorge der evangelischen CDU, Heinemann könnte vielleicht doch mit seiner politischen Arbeit – die Gründung der NG stand kurz bevor – Erfolg haben. Nach Bachs Meinung sollte »versucht werden, ihm in der Wirtschaft wieder ein fest umrissenes Arbeitsgebiet (...) zu beschaffen«. Je mehr Arbeit man Heinemann aufhalse, um so weniger Zeit habe er, seine Pläne im In- und Ausland zu entwickeln und um so leichter werde es sein, ihn allmählich für die CDU zurückzugewinnen.⁵

Zweifelsfrei überschätzte Bach Heinemanns politischen Einfluß und unterschätzte seine Grundeinstellung, die eine Rückkehr zu einer »CDU-Linie«, die die Aufrüstung billigte, ausschloß. Heinemann ging den Weg in die berufliche Selbständigkeit und eröffnete mit seinem jungen Sozium, Diether Posser, in Essen eine Rechtsanwaltskanzlei. Diese berufliche Entscheidung Heinemanns gehörte wegen seiner Familie zu den schwierigsten in seinem Leben.⁶

Die Kanzlei machte sich in den fünfziger Jahren vor allem einen Namen in der Mandatsvertretung bei »politischen« Strafverfahren. Berühmtheit erlangte der Fall des Gewerkschafters Viktor Agartz⁷, eines Jugendfreundes Heinemanns. Wie der Wiederbewaffnungsgegner Heinemann künftig politisch wirken sollte, war gleichfalls noch ungeklärt. Ursprünglich hatte er noch gehofft, daß sich die bestehenden Spannungen innerhalb der CDU

4 Vgl. Heinemann an E. Barth, 20.10.1950, NL Hei 34. Vgl. D. KOCH, Gustav Heinemann, 1986, S. 231.

5 Bach an Adenauer, 13.11.1951, AdCP, Bestand EAK, IV-001-008/ 1D I/1.

6 Mitteilung Posser, 5.1.1985.

7 Vgl. zu den »politischen« Strafverfahren D. POSSER, Strafjustiz, 1961.

lösen ließen. Bereits sein Rücktritt hatte aber gezeigt, daß er in der CDU weitgehend isoliert war. Weder die protestantischen Abgeordneten noch der gesamtdeutsch orientierte Jakob Kaiser unterstützten Heinemann. Selbst der zum Bundestagspräsidenten vorgeschlagene evangelische Oberkirchenrat, Hermann Ehlers, wie Heinemann ein Mann der Bekennenden Kirche und mit diesem besonders vertraut, erhob gegen Heinemanns Nachfolger, Robert Lehr, keine Einwendungen. Lehr galt als ausgesprochener Repräsentant der Adenauerschen Politik. Ehlers, dessen Wort bei der protestantischen CDU etwas galt, begründete seine Zustimmung zum Protestanten Lehr wie folgt: »Ich habe den Vorschlag trotz schwerer Bedenken angenommen. Ich sehe in ihm den Beweis dafür, daß der Rücktritt Heinemanns keinen Streit zwischen dem Katholizismus und Protestantismus in der CDU hervorgerufen hat und hervorbringen soll.«⁸ D. h., der protestantische Teil der CDU-Abgeordneten verweigerte sich deshalb nicht, weil das konfessionelle Verhältnis im Kabinett nicht zuungunsten der Protestanten verändert wurde. Die konfessionelle Orientierung überlagerte die politische.

Auch der erste Parteitag der CDU, zu dem Heinemann nicht kam, zeigte, daß er bei den evangelischen Delegierten über keinen nennenswerten Rückhalt verfügte.

Bald zehn Tage nach dem Rücktritt Heinemanns wurde weder die Wiederbewaffnungsfrage noch Heinemanns Rücktritt thematisiert. Niemand opponierte auf dem Parteitag gegen Adenauer. Ausdrücklich versicherten die evangelischen Abgeordneten und Delegierten, ohne den Namen Heinemann zu erwähnen, daß sie hinter der Regierung des Bundeskanzlers stünden.⁹ Auch in diesem Fall erweist sich die Einschätzung Schönbohms als richtig, der die CDU zwischen 1950 und 1960 als »Hilfsorgan von Regierung und Fraktion« charakterisierte.¹⁰ Selbst innerhalb seines Landesverbandes stand Heinemann auf verlorenem Posten. Das kam in der Ablehnung zum Ausdruck, ihn in den Landesvorstand zu wählen.¹¹

Heinemann hatte also weder ein öffentliches Mandat noch ein parteipolitisches Amt, das er zum Forum seiner politischen Überzeugungen machen konnte. Ihm lag aber daran, den Streitpunkt der Wiederbewaffnungsfrage an jeden heranzutragen. Heinemann meinte: »Wir (gemeint sind die Wiederbewaffnungsgegner, J. M.) werden schon Mittel und Wege finden, die Antwort zum Ausdruck zu bringen.«¹²

Welche Optionen hatte Heinemann? In der CDU war er isoliert. Der Wechsel zur SPD kam aus drei Gründen nicht in Frage. Erstens hielt er, wie er es 1949 formuliert hatte, die SPD in einer »geistigen Rückständigkeit«

8 Zit. n. Wessel, »Die Aufgaben des Zentrums für Deutschland und Europa«, in: Das Zentrum, 4. Jg., Nr. 20 v. Oktober 1950.

9 Zit. n. Mochalski an Ehlers, 31.10.1950, Abschrift NL Hei 34. Vgl. zum Goslarer Parteitag: A. R. L. GURLAND, 1980, S. 417 – 421, hier S. 533. Vgl. auch D. BUCHHAAS, 1981, S. 193.

10 W. SCHÖNBOHM, 1985, S. 31.

11 Vgl. FAZ v. 5.12.1950.

12 Heinemann an E. Barth, 20.10.1950, NL Hei 34.

gefangen,¹³ die den Christen keine politische Heimat bieten konnte. Überdies erschien ihm die SPD dem Klassenkampf verhaftet. Er selbst trat ja prinzipiell für eine soziale Marktwirtschaft ein. Den »Staatskult«,¹⁴ den er der SPD in Wirtschaftsfragen zuschrieb, lehnte Heinemann entschieden ab. Drittens bestand in »militärpolitischen« Fragen trotz der Schumacher'schen Kritik an der Politik der Bundesregierung keine Gemeinsamkeit Heinemanns mit Schumacher. Den Konflikt zwischen Wiedervereinigung und Wiederaufrüstung sah Schumacher zunächst nicht. Für Heinemann war diese Zielantinomie aber ein Axiom.

Beispielsweise hatte der Vorsitzende der SPD in einer öffentlichen Erklärung die Verteidigung Deutschlands »östlich von Deutschland« und eine »Konzentration des großen Teils der militärischen Kräfte der Welt-demokratie«¹⁵ in der Bundesrepublik gefordert. Schumacher vertrat schlichtweg eine modifizierte Form des Konzepts der Stärke. Deswegen hatte Wessel schon im März 1951 gegenüber Heinemann geklagt, daß Schumacher sogar an Stelle von Freiwilligen eine deutsche Wehrmacht verlange.¹⁶ Die antisowjetische Stoßrichtung, wie sie der Politik Adenauers und Schumachers eigen war, fehlte in Heinemanns Denken.

1. Der »Ruf zum Frieden«

Heinemann mußte so die Kontakte und das Umfeld nutzen, die ihm sein kirchliches Engagement eröffneten. Auf Einladung des Kirchenpräsidenten Martin Niemöller traf sich Heinemann mit den bürgerlichen Wiederbewaffnungsgegnern Ulrich Noack vom Nauheimer Kreis und dem aus der Ostzone kommenden ehemaligen niedersächsischen Landwirtschaftsminister Günter Gereke. Noack war noch Mitglied der CSU und Gereke seit November 1950 Mitglied der DSP. Eine erste Unterredung erfolgte im Dezember 1950, eine zweite im Januar 1951. Der Kreis überlegte sich, welche Schritte getan werden konnten, um die Bundesregierung von ihrem außenpolitischen Kurs abzubringen. Die treibende Kraft war zweifelsfrei Niemöller gewesen. Er hatte Ende 1950 bereits Gespräche mit der SPD und evangelischen CDU-Politikern initiiert. Sie alle dienten dem Zweck herauszufinden, ob und wie man der Wiederbewaffnungsproblematik angesichts der deutschen Teilung beikommen könnte. Die erste Unterredung fand im November zwischen den Vertretern der Bekennenden Kirche, u. a. Präses Held, Mochalski, Niemöller und den SPD-Politikern Adolf Arndt, Carlo Schmid, Erwin Schöttle und Kurt Schumacher in

13 Heinemann, »Keine kirchliche Fusion«, in: Reicht Euch die Hände. Arbeitsgemeinschaft für politische Verständigung und Zusammenarbeit. Essen, 10.4.1949, hrsg. v. Zentralbüro Essen, S. 18.

14 Heinemann, »Sozialisierung«, Manuskript (1947), S. 13, NL Hei 120.

15 Pressekonferenz des Vorsitzenden der SPD Kurt Schumacher in Bonn v. 23.8.1950, in: K.v. SCHUBERT, Sicherheitspolitik. Teil 1, 1978, S. 74 – 79, hier S. 78. Vgl. U. LÖWKE, Für den Fall, 1969, S. 64, S. 72f.

16 Vgl. Wessel an Heinemann, 31.3.1951, NL Hei 37.

Darmstadt bei Herbert Mochalski statt. Die SPD wurde von einigen Mitgliedern des Bruderrates der Bekennenden Kirche als mögliches Aufnahmefeld vieler durch die Wiederbewaffnungsfrage politisch heimatlos werdender Protestanten gesehen.¹ Naturgemäß verursachte dieses Treffen eine erhebliche Aufregung im Regierungslager, obschon Niemöller mehrmals die Vermutungen und Vorwürfe zurückgewiesen hatte, es hätte sich um eine politische Aktion zum Sturz der Regierung Adenauer gehandelt. Dazu waren auch die Differenzen zwischen den Vorstellungen Niemöllers und Schumachers zu groß.²

Gut einen Monat später, am 12. Dezember 1950, besprachen sich auf Anregung Niemöllers die evangelischen CDU-Politiker Anton Fratzscher, Mitbegründer der CDU in Niedersachsen, Friedrich Holzapfel, Stellvertretender CDU-Vorsitzender, Robert Tillmanns, der zum Berliner Gründerkreis der CDU gehörte und Hermann Ehlers.³ Trotz des »höchst unerfreulich(en) Verlauf(s)« des Gesprächs, das keine Einigung in der Wiederaufrüstungsfrage brachte, sollte eine weitere Unterredung stattfinden.⁴ Hatte Niemöller aus den Zusammenkünften die Folgerung von der Notwendigkeit einer neuen Partei gezogen oder dienten diese Gespräche zur Erüierung, ob eine neue Partei möglich sei? Jedenfalls äußerte sich Niemöller am 21.11.1950 Heinemann gegenüber positiv zu einer neuen Partei: »Unser Volk hier im Westen braucht eine sammelnde bürgerliche Partei, die sich weder konfessionell noch ›christlich‹ abstempelt, die aber gleichwohl einigermaßen wissen müßte, was sie will.«⁵ Diesem Zweck diente aber die Unterredung mit Heinemann am 22.12.1950 wohl nicht. Ihr Ergebnis war vielmehr eine Proklamation an die westdeutsche Öffentlichkeit, der sog. »Ruf zum Frieden«. Die Voraussetzungen und Grundlagen für den Aufruf wurden in fünf Besuchen Noacks bei Niemöller, etlichen Beratungen mit Gereke und in zwei Besprechungen mit Heinemann erarbeitet. Die inhaltliche Formulierung des Aufrufs ging im wesentlichen nicht auf Heinemann zurück. Heinemann veränderte die ursprüngliche Vorlage des Aufrufs nur unwesentlich und trug die Bezeichnung »Ruf zum Frieden« bei.

Der Inhalt umreißt klar die Intention der Wiederbewaffnungsgegner: »Der nächste entscheidungsvolle Schritt auf dem Wege unseres Volkes wird die Konferenz der vier Mächte sein. Es steht damit die vielleicht letzte Chance vor uns, ohne Aufrüstung und ohne Krieg zu einer friedlichen Wiedervereinigung unseres zweigeteilten Volkes zu gelangen. Deshalb beschwören wir die Regierungen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik sowie der vier Mächte: Setzt alles daran, daß durch eine Verständigung über die deutsche Frage und durch den beiderseitigen Verzicht auf jegliche Aufstellung bewaffneter Verbände in West- und Ostdeutschland dem deutschen Volke Einheit und Frieden

1 Vgl. M. MÖLLER, 1985, S. 151.

2 Ebd., S. 152f. Vgl. auch Ehlers an Heinemann, 2.1.1951, NL Hei 37.

3 Vgl. Aktennotiz, in: AdCP, Bestand Ehlers, I-369 – 07/2EII.

4 Ehlers an Heinemann, 2.1.1951, NL Hei 37.

5 Niemöller an Heinemann, 21.11.1950, NL Hei II 1950/51.

wiedergegeben und dadurch nach Möglichkeit auch die allgemeine Befriedung unter den Weltmächten gefördert wird. Im Sinne einer solchen, von uns dringend erhofften allgemeinen Verständigung *fordern*⁶ wir von den Regierungen und *Volksvertretern*⁷ in der Bundesrepublik und in der Deutschen Demokratischen Republik, keinesfalls folgende Maßnahmen in West oder Ost vorzunehmen, ohne sie vorher einer *freien und geheimen*⁸ Volksabstimmung mit ›Ja‹ oder ›Nein‹ vorzulegen:

1. Wiedereinführung einer Wehrdienstpflicht unter den gegenwärtigen Verhältnissen.
2. Einbeziehung von West- und Ostdeutschland in *internationale Sicherheitspakete*.⁹
3. Zulassung der Anwerbung deutscher Staatsbürger zum Wehrdienst irgendwelcher Art (...)«¹⁰

Der Titel, der von Heinemann stammte, lenkte das Augenmerk auf den Friedensgedanken und weniger auf die auch im Aufruf thematisierte deutsche Einheit. Berücksichtigt man noch, daß gerade die drei Forderungen für eine Volksabstimmung von Heinemann stammten¹¹ und stellt man dem gegenüber, daß Noack mit seinem Nauheimer Kreis betont den deutschen Einheitsgedanken heraus hob, dann heißt das, daß es Heinemann um mehr ging als um die Wiedervereinigung. Ihm ging es neben der internationalen Dimension des Friedens auch um die innerstaatliche Kategorie der Demokratie. Zu allen Maßnahmen, die die Wiederbewaffnung betrafen, sollten die Wähler ihr Plazet geben.

Um dem Anliegen des Aufrufs Gehör zu verschaffen, sollten nach Ansicht Heinemanns bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Kirche und Wirtschaft diese Proklamation unterzeichnen. Zu diesem Zweck wandte sich Heinemann u. a. an die evangelischen Landesbischöfe Lilje und Rahn, den CDU-Politiker Ehlers, an Helene Wessel und die FDP-Politiker Edgar Engelhard, Vorsitzender der Hamburger FDP-Fraktion und Friedrich Middelhauve, nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender. Die Antworten reichten von der uneingeschränkten Unterstützung Wessels und Engelhards, über die reservierte Zurückhaltung Ehlers bis hin zur eindeutigen Ablehnung durch Middelhauve.¹² Es fällt auf, daß der CDU-Politiker Ehlers nicht grundsätzlich ablehnte. Er wollte sich seine Mitunterzeichnung vorbehalten, bis er wußte, wer diesen Aufruf noch unterschrieb. Angesichts des von ihm gewonnenen Eindrucks, daß die Sowjets die Möglichkeiten militärischer Aktionen konkret einkalkulierten, meinte der Präsident des Deutschen Bundestags ›einschränkend‹, man könne bei einem ›Aufruf zum Frieden‹ an dieser Gefährdung durch die von den

6 Im Entwurf heißt es ›bitten‹. Vgl. Entwurf im NL Hei 37.

7 Fehlt in der Vorlage. Ebd..

8 Einschub zur Vorlage. Ebd..

9 Statt ursprünglich: ›internationale Verteidigungsbündnisse‹. Ebd..

10 Der publizierte Text des Rufs zum Frieden findet sich u. a. in: EA, 6. Jg., 20.4.1951, S. 9885.

11 Vgl. Der Nauheimer Kreis, ›Bericht und Stellungnahme des Nauheimer Kreises zur Jahreswende 1950/51‹, hektografiert, 20.1.1951, S. 1, NL Sch 23.

12 Vgl. die Korrespondenz in: NL Hei 37.

Sowjets aufgerüstete Volkspolizei nicht vorbeigehen. Einer Volksabstimmung stand Ehlers grundsätzlich skeptisch gegenüber.¹³

Das Projekt scheiterte aber nicht nur an Ehlers. Noack und Gereke, die sich ihrerseits um Unterschriften bemüht hatten, sorgten für vorzeitige Publikation des Aufrufs. Die Deutsche Soziale Partei, die Gereke mitgegründet hatte, plakatierte den Aufruf. Heinemann sah dadurch sein Vorhaben diskreditiert und zog seine Zustimmung zurück. Heinemann, der ja einen Aufruf »auf Zustimmung zu einer Volksbefragung über einige wesentliche Stücke eines Remilitarisierungsprogramms ohne alle Propaganda zur Sachfrage machen« und ihn deshalb von »prominenten und möglichst unverbrauchten Namen aus den verschiedensten Lagern einschließlich solcher Personen« zeichnen lassen wollte, »die für eine Aufrüstung, aber nicht ohne Fundierung durch Volksbefragung sind«,¹⁴ hielt das jetzt für unmöglich.

In der Tat war das politische Spektrum, das den Ruf unterzeichnete, äußerst weit gesteckt. Es reichte von den Rechtskonservativen bis Rechts-extremen H. D. Dülfer (Nationale Partei Deutschlands), K. H. Priester (Arbeitskreis Deutschland der europäischen Nationalen), J. v. Ostau (Block der nationalen Einigung) bis zu dem Linkssozialisten R. Strecker, Kultusminister a. D. (SPD). Auch der angesehene Pazifist Siegmund-Schultze, Vorsitzender der deutschen Sektion des Internationalen Versöhnungsbundes, und der renommierte Soziologe Alfred von Martin gehörten zum Unterzeichnerkreis.¹⁵

Mit diesem breiten politischen Spektrum sah Heinemann sein ursprüngliches Vorhaben unterlaufen. Er meinte, durch den Aufruf wären »die nichtkommunistischen Parteien samt ihrer Presse sowie die kirchliche Presse in die Sache hineingezogen worden und sei es auch nur durch eine Auseinandersetzung mit den Leuten aus den eigenen Reihen«. ¹⁶ Heinemanns Strategie wollte die Strukturen der Parteien von innen her aufbrechen, in der Überzeugung, daß »der Streit im eigenen Haus der großen Parteien« entfacht werden mußte, »wenn man über den toten Punkt hinweg kommen wollte«. ¹⁷ Seine außerparlamentarische Aktivität stellte also nicht die Parteien, sondern deren vermeintliche Geschlossenheit in der Wiederbewaffnungsproblematik in Frage. ¹⁸ Im Sinne seiner Strategie hielt Heinemann das politische Spektrum der Unterzeichner für abträglich. Anders Niemöller, er begrüßte »die Zustimmung der allerverschiedensten Gruppen – vor allem der äußersten Rechten bis zur Linken«¹⁹ und stimmte dem Aufruf uneingeschränkt zu. Diese gescheiterte Aktion festigte in Heinemann die Meinung, für künftige Aktionen dieser politischen Trag-

13 Vgl. Ehlers an Heinemann, 2.1.1951, NL Hei 37.

14 Heinemann an Niemöller, 12.2.1951, NL Hei 37.

15 Vgl. Unterzeichnerliste, NL Hei 357.

16 Heinemann an Niemöller, 12.2.1951, NL Hei 37.

17 Ebd..

18 Politik ohne Parteien hielt Heinemann für verhängnisvoll. Vgl. Heinemann, »Politik ohne Parteien«, in: Die Welt v. 7.6.1950.

19 Niemöller an Noack, 26.1.1951, Abschrift, NL Hei 37.

weite einer »guten Gemeinschaft«²⁰ zu bedürfen, die ihm zufolge schwer zu finden sei und nicht einfach gemacht werden könne, sondern wachsen müsse. Trotzdem blieb diese Aktion für die Politiker Heinemann und Wessel nicht ohne Folgen. Schließlich brachte sie beide erstmals politisch zusammen. Der gemeinsame Grundstock einer künftigen politischen Zusammenarbeit war gelegt worden, wie der Brief Wessels an Heinemann zeigt. Dort heißt es, es sei schon lange ihr Wunsch gewesen, mit Heinemann in Verbindung zu kommen, wegen der Fragen und Probleme, die durch die Wiederaufrüstung Deutschlands in den Mittelpunkt des außen- und innenpolitischen Denkens getreten seien und daß sich ihre Auffassungen doch sehr begeben würden. Auch in der Beurteilung der Ost-West-Frage glaubte Wessel, daß ihre Auffassungen nicht sehr weit auseinander lägen. Wie Heinemann hielt es Wessel für geradezu verhängnisvoll, wenn im Bundestag mit einer kleinen Mehrheit die Wiederaufrüstung Deutschlands entschieden werden würde.²¹ Wenn auch der erste Versuch scheiterte, aus ähnlich gelagerten Grundhaltungen zu einer gemeinsamen politischen Aktion zusammenzufinden, so war doch eine erste Ausgangsbasis für künftige gemeinsame Projekte geschaffen.

2. Einfluß und Rolle der ›Stätte der Begegnung‹

Trotz des Scheiterns ließ Heinemann in seinem Bemühen nicht nach, geeignete politische Formen zu suchen, wie sich die Wiederbewaffnung bekämpfen ließ. Eine Gemeinschaft, wie er sie sich vorstellte, sollte sich dann im Sommer 1951 herausbilden. Das Umfeld bildete die ›Stätte der Begegnung‹. Im Rahmen dieser politischen Bildungseinrichtung, die heute noch besteht, trafen sich Mitte 1951 wiederholt Wiederbewaffnungsgegner aus den verschiedensten Lagern, Wessel und Heinemann gehörten zu ihnen. Sie diskutierten die Wiederbewaffnung und stellten Überlegungen an, wie man die Wiederaufrüstung verhindern könnte.

Die ›Stätte der Begegnung‹ ging auf das ehemalige nationalsozialistische Parteimitglied Hans Dahmen zurück, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem Rundbrief, dem »Gespräch aus der Ferne«, an einstige Gesinnungsgenossen wandte, um in der jungen Demokratie nach den Erfahrungen des nationalsozialistischen Regimes für den Aufbau einer Demokratie zu wirken.

1949 übernahm der Protestant Werner Rietz den Vertrieb dieser Schrift und richtete zudem einen Gesprächszirkel ein, der dann zur ›Stätte der Begegnung‹ institutionalisiert wurde.¹ Diese Einrichtung hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Personen unterschiedlicher politischer Haltung »zum redlichen Austrag ihrer Gegensätze«² zu bringen. Ihrem Selbstverständnis

20 Heinemann an Niemöller, 24.1.1951, NL Hei 37.

21 Vgl. Wessel an Heinemann, 2.1.1951, NL Hei 37.

1 Auskunft Rietz, September 1985.

2 Müller-Westing, »Die Stätte der Begegnung«, in: Die Besinnung, 8. Jg., H. 1, 1953, S. 45.

zufolge hatte sie sich vorgenommen, »Feinde« in *Gegner* zu verwandeln und diese als *Partner* auf den Kampfplatz einer ritterlichen Auseinandersetzung zu zwingen.« Ermöglichen sollten dies »drei Haltungswerte«, »Streben nach unbedingter Offenheit, Achten der Ansicht des Andersdenkenden. Bereitschaft zur Versöhnung mitten im Streit.«³ Diesem Zweck dienten in der ›Stätte‹ die sogenannten Arbeitsringe, später Mittelstellen⁴ genannt. Sie nahmen sich der verschiedensten politischen Sachthemen an. In ihnen sollte die jeweilige Wechselwirkung des Für und Wider einer politischen Idee, einer Maßnahme, eines Problems aufeinandertreffen, um dadurch zu einem »Neuaufbau der Gesellschaft durch ein geändertes Verhältnis von Mensch zu Mensch beizutragen«. Anfangs glaubten die Vertreter der ›Stätte‹ in der Dialektik von These und Antithese die »Heilmittel für die Nöte der Zeit« gefunden zu haben, die synthetisch das Neue hervorbringen und »eine Allgemeinverbindlichkeit der Anschauungen in unserem Volke ergeben«⁵ sollten.

Einer der Arbeitsringe war der ›Arbeitsring für den Frieden Europas‹. In ihm trafen sich die verschiedensten Wiederbewaffnungsgegner. Zu ihm gehörten protestantische Aufrüstungsgegner wie Heinemann und Adolf Scheu, katholische Politiker wie Wessel und Willi Kreiterling, Vorsitzender des Windthorstbundes, der Jugendorganisation des Zentrums, Pazifisten und Nationalkonservative wie Wolf Schenke, der die Aufrüstung nicht prinzipiell, sondern unter den Status-quo-Bedingungen ablehnte.

Es fällt auf, daß die von der Idee konzipierte dialektische Gegenüberstellung des Pro und Contra beim ›Arbeitsring für den Frieden Europas‹ fehlte. Zeitweilig wurde deswegen gar eine Abtrennung des ›Arbeitsrings‹ von der ›Stätte‹ diskutiert. Es herrschte die Auffassung, daß vor allem keine Aktionen gegen die Wiederaufrüstung möglich waren, weil dadurch entgegen der Idee Parteilichkeit und nicht Zusammenführung das Ergebnis sei. Andere hielten sehr wohl antithetische Aktionsgruppen für politisch möglich. Bezogen auf den ›Arbeitsring für den Frieden Europas‹ hätte das geheißen, sowohl eine Aktionsgruppe für als auch gegen die Aufrüstung einzurichten. Beide Gruppen hätten dann ihre Aktionen im Rahmen der sog. ›Mittelstelle‹ der ›Stätte der Begegnung‹ einer dialektischen Kritik unterzogen. Damit wollte man die Diffamierung der jeweiligen Position verhindern und im Dienste eines übergeordneten Ziels zusammenarbeiten. Das Ergebnis sollte eine »radikale Demokratie«⁶ sein. Diese Vorstellung wurde aber nie realisiert.

Doch die zahlreichen Gespräche zwischen den unterschiedlichen Wiederbewaffnungsgegnern seit dem Sommer 1951 führten schließlich von der Idee zur Tat. Nicht nur, daß sich verschiedene Personen zur gemeinsamen Aktion zusammenfanden, sondern im Rahmen der ›Stätte der Begegnung‹ wurde auch eine umsetzbare Organisationsstruktur von

3 Rietz, »Was heißt Stätte der Begegnung«, NL Scheu 9.

4 Vgl. Liste der einzelnen Mittelstellen, NL Scheu 9.

5 Müller-Westing, in: Die Besinnung, 8. Jg., H. 1, 1953, S. 47.

6 Müller-Westing an Herrmann, 9.10.1951, Abschrift, NL Hei 40.

Werner Rietz in enger Kooperation mit Adolf Scheu und Heinemann entwickelt: ein Konzept für den »Kampf gegen die Remilitarisierung«.⁷ Rietz war optimistisch, in Deutschland eine *Bewegung* entfachen zu können, die es dem Kanzler unmöglich mache, seine bisherige Politik fortzusetzen. Das Rietzsche Modell zeigt, wie sehr hier in militärischen Stabskategorien gedacht wurde, während die spätere politische Arbeit in der NG deutlich machte, wie überzeugt die Politiker Wessel und Heinemann von der Macht der Vernünftigkeit des Wortes waren und wie wenig sie eine durchstrukturierte Organisation für notwendig hielten. Rietz wollte vorerst einen engeren Kreis von zunächst 12, dann etwa 30 Personen aufbauen. Aus ihm heraus sollte ein sog. »Deutsches Komitee« aus bekannten Persönlichkeiten gebildet werden. Die politische Arbeit vor Ort sollte ein Netz von 400 Stützpunkten in der Bundesrepublik mit bis zu je 20 Personen übernehmen. Sie hätten die Aufgabe gehabt, größere Aktionen gegen die Wiederbewaffnung auch bei auftretenden Widerständen durchzuführen. Ähnliche Organisationsstrukturen wies die 1980 – 1983 so fulminant agierende bundesdeutsche »Friedensbewegung« auf, wie sich überhaupt politische Inhalte, Argumentationsketten und Organisationsformen der fünfziger Jahre zu »wiederholen« scheinen.⁸

An Parteipolitik oder Parteiorganisation war nicht gedacht. Der außerparlamentarische Raum sollte politisch dienstbar gemacht werden. Statt der parlamentarisierten Politik, die dem Diktat der Partei- bzw. der Fraktionsdisziplin unterworfen schien, setzten die Wiederbewaffnungsgegner auf die Bewegung im Volk. Die Entfaltung außerparlamentarischer Kräfte, so der Gedankengang, sollte etablierte Positionen unter Druck setzen, damit den vermeintlich monolithischen Charakter aufbrechen und die Wiederaufrüstung zu Fall bringen. Gerade Heinemann, der mit seiner Partei negative Erfahrungen gemacht hatte, setzte auf diesen außerparlamentarischen Kurs. Wessel, die die Ohnmacht einer Minderheit im Bundestag erleben mußte, unterstützte von daher eine außerparlamentarische Opposition. Mochten auch andere auf die Gründung einer Partei drängen, so beharrte v. a. Heinemann auf *dem* außerparlamentarischen Kampf. Er meinte: Sehr groß sei die Zahl derer, welche nach einer *neuen Partei* riefen. Sie seien von der Unruhe getrieben, daß die bestehenden großen Parteien weder in sich selbst einer echten Diskussion des Dilemmas der westdeutschen Aufrüstung genügend Raum gäben, noch daß sie diese Frage frei von allen machtpolitischen Nebengründen austrügen.

Die Tatsache, daß der Meinungsstreit um die Aufrüstung quer durch die Wähler fast aller Parteien hindurchgehe, finde in dem Verhalten der Parteien einfach keinen Ausdruck. Es komme im Bundestag aufs ganze gesehen offensichtlich nicht zu *Gruppierungen aus persönlicher Gewissensentscheidung*, sondern im wesentlichen wieder einmal nur zu Gruppierungen nach *Fraktionen* ohne Rücksicht auf Einzelüberzeugungen. Das verstärke in hohem Grade das Mißbehagen zahlloser gutwilliger Men-

7 Rietz an Heinemann, 3.8.1951 (Anlage) NL Hei 39. Vgl. auch im folgenden.

8 Vgl. K. D. BRACHER u. a., 1986, S. 392.

schen. Wenn je, so würden der Mut zu persönlicher Entscheidung und die Freiheit von Bindungen an die Parteimaschine in dieser Lebensfrage unseres Volkes geachtet werden. Der Ruf nach einer neuen Partei habe diese doppelte Quelle. Er werde nicht nur aus einem Verlangen nach klarer Willensbekundung gegen die Aufrüstung, sondern auch aus dem Verlangen nach einer politischen Führung geboren, welche Sachentscheidungen undogmatisch treffe und sich nicht in Parteihader verliere. So redlich dieses Verlangen zweifellos sei, so sei es doch auch weithin unrealistisch. Gegen eine jetzt zu entscheidende Aufrüstung nütze keine Partei, welche erst bei späteren Wahlen Gelegenheit zur Mitbeteiligung an den Entscheidungen finden werde.⁹

Heinemann anerkannte die Beweggründe derer, die für eine Parteigründung eintraten. Auch er wollte eine klare Willensbekundung gegen die Wiederaufrüstung. Auch er war davon überzeugt, politische Entscheidungen würden nicht unbedingt sachgemäß, sondern nach der jeweiligen Parteiloyalität entschieden. Diese Darlegungen Heinemanns werfen im übrigen ein bezeichnendes Bild auf sein Politikverständnis. Heinemann trennte Parteipolitik von der sog. Sachpolitik und war der Meinung, innerhalb der Parteien gäbe es einen Konformitätsdruck, der die Widerspiegelung des Volkswillens im Parlament verhindere. Heinemanns Eintreten gegen eine Parteigründung hatte schlicht pragmatische Gründe. Die Entscheidung über die Aufrüstung stand nämlich für ihn vor der Bundestagswahl 1953 an. Deshalb wollte Heinemann die »Auflockerung (der) Parteidogmen und Parteimaschinen zu einem freieren und persönlicherem Verhalten der Politiker gegenüber der jeweiligen Sachfrage«.¹⁰ Diesem Zweck sollte schon Ende 1950/Anfang 1951 der gescheiterte Versuch des Aufrufs »Ruf zum Frieden« dienen.

Der Gedanke, auf das politische Abstimmungsverhalten der Abgeordneten Einfluß nehmen zu wollen, war nicht frei von einer idealisierten Vorstellung von politischen Prozessen. Heinemann setzte auf die Vernunft des politischen Diskurses, der an den Notwendigkeiten einer parlamentarischen Demokratie zwangsläufig scheitern mußte. Auch eventuelle Gegner der Wiederbewaffnung in der Regierungskoalition bemaßen ihre politischen Entscheidungen nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt, ob das einzelne Sachanliegen, die Aufrüstung, Präferenz vor anderen politischen Entscheidungen hatte und alles andere dominierte.

Für den politischen Kampf hatte Rietz ein mit Heinemann abgeprochenes Konzept parat. Nach einer Auftaktveranstaltung wollte man sowohl Arbeitstagen der verschiedenen Stützpunkte durchführen als auch eine bundesweite Delegiertenkonferenz einberufen, die auf eine großangelegte Aktion in der Öffentlichkeit hinsteuern sollte. Zur ideologischen Manifestation war an die Herausgabe eines Aufrufs mit den Unterschriften Prominenter und an eine deutsche Friedenserklärung gedacht. All diese Maßnahmen hatten zum Ziel, Anfang des Jahres 1952

⁹ Vgl. Heinemann, »Die Stunde des freien Wortes«, in: StdG, 3. Jg., Nr. 10 v. Oktober 1951, S. 2. 10 Ebd..

eine deutsche Delegation sozusagen im Auftrag von Millionen Unterzeichnern nach Paris, London, Washington, Moskau fahren zu lassen. Sie sollte den deutschen Volkswillen gegen die Aufrüstung manifestieren. Bis dahin müßte dann, wie Rietz meinte, eine neue deutsche Außenpolitik gefunden sein, die etwa auf der Linie Finnland – Israel – Indien¹¹ liegen sollte. Die Aneinanderreihung dieser Länder zeigt, daß die außenpolitischen Vorstellungen relativ vage waren, man also die eigene Position nicht hinreichend reflektiert hatte, vielleicht auch noch nicht hinreichend reflektieren konnte.

Die Annahme, deutsche Wiederbewaffnungsgegner könnten durch persönliche Vorsprache Einfluß auf die weltpolitischen Bedingungen nehmen, mutet naiv-idealistisch an. Doch wer sollte es den Leuten aus der ›Stätte der Begegnung‹ verdenken. Rietz und seine Mitstreiter gehörten noch zur jungen Generation. Sie hatten ihre politische Sozialisation im Dritten Reich erfahren. Erst jetzt erlebten sie bewußt die Demokratie, die die Freiheit garantierte und die Beteiligung der Bürger am politischen Prozeß wünschte.

3. Die Aktion zur Tat

Heinemann wollte eigentlich Mitte 1951 noch abwarten, den politischen Prozeß ›gären‹, die Diskussion sich entwickeln lassen »bis zu einem vollen ›Aufmarsch der Kräfte«.¹ Der Pazifist Nikolaus Koch, Vorsitzender der Deutschen Friedensakademie,² hielt dem die Position Wessels entgegen, die auf keinen Fall ein längeres Warten für zweckmäßig hielt, »denn dann würde das,« – wie Koch schrieb – »was Frau Wessel die Suggestivwirkung nannte, wahrscheinlich den reifen Termin gegen uns gewinnen, ohne daß die Aussicht auf den großen ›Aufmarsch‹ an Realität zunähmen.«³ Heinemann, der den Weg der organischen Entwicklung propagiert hatte, ließ sich überzeugen. Aufgrund der politischen Gesamtsituation schien schnelles Handeln erforderlich. Vom 10. bis 14. September 1951 tagten die Außenminister der drei Westmächte in Washington. Sie stellten die Weichen für den ›Pleven-Plan‹ und die mit der EVG zusammenhängende Ordnung des Verhältnisses zwischen den Besatzungsmächten und der Bundesrepublik. Die DDR reagierte mit einem Appell der Volkskammer sofort auf die Ergebnisse der Washingtoner Konferenz. Sie akzeptierte erstmals die Forderung nach gesamtdeutschen freien Wahlen als ersten Schritt zur Herstellung der deutschen Einheit. Kurt Schumacher lehnte am 18. September das Washingtoner Kommuniqué als Festschreibung des Pleven-Plans kompromißlos ab. Durch die Akzeptierung der freien Wahlen als ersten Schritt sah er eine neue Situation gekommen, die

11 Vgl. Rietz an Heinemann, 3.8.1951, NL Hei 39.

1 Zit. n. Nikolaus Koch an Heinemann, 28.8.1951, NL Hei 39.

2 Zu Koch vgl. G. GRÜNEWALD, 1982, S. 131 – 135.

3 Nikolaus Koch an Heinemann, 28.8.1951, NL Hei 39.

Reaktionen der Bundesregierung verlangte.⁴ Namens des ›Arbeitsrings für den Frieden Europas‹ wandten sich Heinemann, Scheu, Wessel sowie der ehemalige Konteradmiral Ludwig Stummel, Mitarbeiter der ›Stätte der Begegnung‹,⁵ an einen ausgewählten Kreis potentiell Aufgeschlossener mit folgendem Schreiben: Wegen »einer überstürzten, ohne ausreichende Garantien der Westalliierten zu erwartenden Aufrüstung sind in den letzten Wochen mehrfach Gespräche zwischen zahlreichen maßgebenden Persönlichkeiten der verschiedenen geistigen und politischen Lager des Bundesgebiets geführt worden. Sie sollten prüfen, welche Stellung zur Bewahrung des deutschen Volkes vor den mannigfaltigen Gefahren aus Ost und West einzunehmen ist. In diesen Gesprächen ist Übereinstimmung erzielt worden, einen Arbeitskreis zu bilden, in dem Vertreter *weitester* Kreise des deutschen Volkes von Fall zu Fall zusammentreten, um die zweckmäßigen Maßnahmen gegen *eine* überstürzte Aufrüstung und *für* den Schutz des deutschen Volkes und Europas zu beraten und gegebenenfalls gemeinsame Schritte der verschiedensten politischen, wirtschaftlichen und religiösen Gruppen einzuleiten.«⁶

Das Schreiben des ›Arbeitsrings‹ zeigt: Die Wiederbewaffnung war die zentrale Frage. Zweitens sprachen sich die Unterzeichner nicht prinzipiell, sondern allein ›gegen eine überstürzte Aufrüstung‹ aus. Mit anderen Worten, die Unterzeichner verstanden sich nicht als Pazifisten. Diese aufgenommene Formulierung verdeutlicht zudem, daß man sich auch an jene wenden wollte, die die Wiederbewaffnung – aus welchen Gründen auch immer – in der gegebenen Situation für unzweckmäßig, ja für gefährlich hielten. In dem Schreiben fällt zudem auf, daß die Absender gleichermaßen die möglichen Gefährdungen Deutschlands durch den Westen wie den Osten andeuteten. Bewußt wandte sich der ›Arbeitsring‹ nicht allein gegen den Westen, sondern versuchte mit der Hereinnahme des Sicherungsgedankens diejenigen an sich zu binden, die wie die Nationalkonservativen erhebliche Ressentiments und Befürchtungen gegenüber dem Osten hegten. Kein zweites Dokument der NG wandte sich so entschieden gegen Ost und West.

Von seinem Aufbau her verstand sich der ›Arbeitsring‹ als Kreis mit weitestem politischen Spektrum, der je nach Notwendigkeit zusammentreten sollte. Sowohl politische Organisationen als auch die Kirchen und Interessenvertreter wollte man ansprechen. Dahinter stand die Überlegung einer breiten, allein auf ein Ziel ausgerichteten Volksbewegung. An eine Organisation im engeren Sinne dachte man jedenfalls nicht.

Wessel wandte sich an verschiedene Zentrumspolitiker mit der Bitte um Mitarbeit. Doch weder der angeschriebene nordrhein-westfälische Justiz-

4 Vgl. W. ALBRECHT, 1985, S. 84.

5 Der NL Stummel, soweit er seine militärische Zeit betrifft, liegt im Militärarchiv Freiburg. Für die Zwecke dieser Arbeit ist er irrelevant. Stummel war im Zweiten Weltkrieg Berufsmilitär. Nach 1945 war er in verschiedenen Berufen tätig, zuletzt als Sozialberater in einem Unternehmen.

6 Das Schreiben v. Wessel, Heinemann, Stummel, Scheu v. 25.9.1951, NL We STO 382. Grammatikalische Unrichtigkeiten etc. wurden behutsam korrigiert.

minister Amelunxen noch die Regierungspräsidentin von Hannover, Bähnisch, erklärten sich zur aktiven Mitarbeit bereit. Allein der Vorsitzende des Windthorst-Bundes, Willi Kreiterling, arbeitete mit.⁷ Heinemann versuchte jene SPD-Mitglieder zu gewinnen, von denen er meinte, sie lägen auf dem Kurs des ›Arbeitsrings‹. Der ehemalige Reichsminister Carl Severing gehörte zu ihnen. Er war durch kritische Äußerungen zur Wiederaufrüstung aufgefallen. Heinemann hatte ihn ohne Erfolg gebeten, in das engere Komitee des ›Arbeitsrings‹ einzutreten. Unbeschadet seines »grundsätzlichen Bekenntnisses zu den Pflichten der Landesverteidigung«, wollte Severing künftig einer Wiederaufrüstung entgegentreten. Er hielt es für richtig, »die Propaganda zur Wiederaufrüstung von der Stelle aus zu bekämpfen, auf der ich nun fast 60 Jahre gestanden habe.«⁸ Überlegungen, wie sie der Berliner Pfarrer Werner Koch an Heinemann herantrug, nämlich mit Luise Schröder Kontakt aufzunehmen, blieben in der Planung stecken. Ebenso zerschlug sich die Vorstellung, den ehemaligen Reichsminister Wissell in den Kreis miteinzubeziehen, weil er keinen Kurs gegen die Wiederaufrüstung vertrat.⁹ Severing begrüßte es, daß die sich für den ›Arbeitsring‹ einsetzenden Personen von Ausnahmen abgesehen parteimäßig noch nicht hervorgetreten seien.¹⁰ Er ließ seine Bereitwilligkeit erkennen, alle ihm geeignet erscheinenden Maßnahmen zu unterstützen. Von dieser insgesamt positiven Bewertung rückte Severing bald darauf ab, da er befürchtete, aufgrund der Querverbindungen des ›Arbeitsrings‹ könnte möglicherweise »ein Sammelbecken der Ewiggestrigen«¹¹ entstehen.

Anlaß zu dieser Befürchtung Severings hatten Versuche von Mitarbeitern der ›Stätte der Begegnung‹ ergeben, einen »erst zu nehmende(n) ehemalige(n) Nationalsozialist(en)«¹² in den ›Arbeitsring‹ zu integrieren. Heinemann wurden Personen aus dem SRP-Umfeld vorgeschlagen. Zu ihnen zählte beispielsweise Wolf Graf von Westarp, Mitglied der SRP-Parteileitung, und Gerhard Krüger, SRP-Geschäftsführer, der durch seine Broschüre »Soldaten gegen Remilitaristen« erhebliches Aufsehen verursacht hatte.¹³

Die Bereitschaft beider Seiten zu einer Zusammenarbeit war nicht ausgeprägt. Heinemann hegte eine große Reserve gegenüber diesen politischen Kreisen, »zu deren Heranholung« er, wie er Rietz schrieb, »unter Überwindung alter schwerer Vorbehalte (...) guten Willens« gewesen war.¹⁴ Heinemann war sichtlich verärgert darüber, daß ihn Rietz u. a. um eine Erweiterung des Kreises um eine extrem nationalkonservative, ›soldatische‹ Linie wiederholt anging, ohne ihrerseits Erfolg bei diesen Kreisen

7 Kreiterling bereitete nach Mitteilung Possers an den Verfasser die Düsseldorfer NG-Veranstaltung am 22.11.1951 vor.

8 Severing an Heinemann, 28.9.1951, NL Hei 39.

9 Koch an Heinemann, 6.11.1951, NL Hei 41.

10 Severing an Heinemann, 28.9.1951, NL Hei 39.

11 Severing an Heinemann, 5.10.1951, NL Hei 40. Vgl. auch Severing an Heinemann, 15.1.1951, NL Hei 42.

12 Vgl. P. K. Herrmann an Heinemann, 23.9.1951, NL Hei 41.

13 Vgl. zu den Biographien H. SCHMOLLINGER, SRP, 1983, S. 2275, FN 5, S. 2276, FN 8.

14 Heinemann an Rietz, 22.12.1951, NL Hei 41.

zu haben. Diese politische Richtung konnte jedenfalls durch den Arbeitsring nicht angesprochen werden. Das ›soldatische Element‹ in der NG repräsentierte allein der ehemalige Berufsmilitär Ludwig Stummel.

Auch bei denjenigen, die von der Bekennenden Kirche herkamen, war keine Bereitschaft zu erkennen, mit ehemaligen Nationalsozialisten gemeinsam zu arbeiten. Dagegen wandte sich der profilierte Theologieprofessor Iwand im Namen seiner Freunde, »die das einfach nicht begreifen würden, wenn wir nun heute Arm in Arm auftreten würden, als wenn nichts geschehen wäre«. Iwand wollte zunächst unter den Beteiligten, die unter diesem Nazi-Terror gelitten hätten, die Dinge bereinigt wissen, ehe weitere Schritte getan werden könnten.¹⁵ Als Fazit läßt sich ziehen, daß es vor der öffentlichen Proklamation der NG eben nicht gelungen ist, ›weiteste Kreise des deutschen Volkes‹ anzusprechen. Prominente SPD-Mitglieder fehlten vorerst, gleichfalls Vertreter aus der Wirtschaft und andere bekannte Persönlichkeiten aus Politik und Kultur. Von der CDU stieß keiner zur NG. Angeblich hatte der gesamtdeutsch orientierte Berliner CDU-Politiker Ernst Lemmer eine grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit erkennen lassen.¹⁶ Anscheinend ist daraus aber nichts geworden. Mit anderen Worten, die ›Notgemeinschaft für den Frieden Europas‹, wie sich der ›Arbeitsring‹ mit seiner öffentlichen Kundgebung im November 1951 nannte, befand sich noch im Status nascendi.¹⁷

Trotzdem sah sich die NG durch die Ereignisse zum Handeln gefordert. Adenauer sollte zum 22. November 1952 nach Paris reisen, um dort die Zentralstücke des Generalvertrags, den sog. Dachvertrag zu paraphieren.¹⁸ Während Adenauer in Paris mit Acheson, Eden und Schuman konferierte, hoben Heinemann, Scheu, Stummel und Wessel die NG am Buß- und Betttag aus der Taufe.¹⁹ Die Wahl des Zeitpunkts verriet symbolisch einiges vom Programm der NG. Adenauer trat seine Westreise an, die NG wollte dazu den Kontrapunkt setzen und sich nicht in den Westen ›verstricken‹ lassen.

Die große öffentliche Resonanz auf die NG-Veranstaltung in Düsseldorf²⁰ verdeckte ihr übereiltes Vorgehen, das personelle, organisatorische, finanzielle und publizistische Dilemma, in dem sie sich befand. Die NG war ein Honoratiorenkreis. Sie hatte im November 1951 kein eigenes Organ, über das sie ihre politischen Ziele transportieren konnte. Kein hauptamtlicher Apparat war vorhanden. Zahlreiche Mitglieder, die über ihre Mitgliedsbeiträge die Arbeit finanzierten oder finanzielle Zuwendungen von dritter Seite, gab es nicht. Die NG war und blieb auf den Idealismus und die Tätigkeit ihres ›Führungskopfes‹ angewiesen. Kenntnisreichen Beobachtern der Szene entging der improvisierte Charakter der NG nicht.

15 Iwand an Müller-Westing, 12.11.1951, Abschrift, NL Scheu 89.

16 Vgl. Werner Koch an Heinemann, 6.11.1951, NL Hei 41.

17 Vgl. Brühl, »Gustav Heinemann – der redliche Kreuzfahrer«, in: SZ v. 23.11.1951.

18 Vgl. W. GREWE, Deutschlandvertrag, 1976, S. 698ff.

19 Vgl. »NG oder große Utopie«, in: Rheinische Post v. 23.11.1951.

20 Vgl. SZ v. 23.11.1951, FAZ v. 23.11.1951, BN v. 23.11.1951, StN v. 23.11.1951, BNZ v. 23.11.1951, KR v. 23.11.1951 u. a..

Mit der Veranstaltung im Düsseldorfer Landtag wurde nämlich erst zur Gründung einer NG aufgerufen. Schließlich fehlte der geplante Aufruf, wie es auch der NG an entsprechenden Stützpunkten in der Bundesrepublik ermangelte.

Fritz Brühl, Journalist bei der Süddeutschen Zeitung, der mit den Ideen Heinemanns sympathisierte, häufig in den internen Gesprächsrunden zugegen war und zum engeren Verteilerkreis für vertrauliche Informationen zählte, gab denn auch einen sehr kenntnisreichen Bericht über die erste Notgemeinschaftsversammlung: »Wer sich den ›Führungskopf‹ ansah, der sich am Mittwoch auf der Regierungsbank des Düsseldorfer Landtags als zunächst verantwortlich für die Notgemeinschaft vorstellte, gewährte eine Gruppierung, die quer durch die Parteien, Konfessionen und Weltanschauungen läuft. Der gemeinsame Boden ist, zwar unausgesprochen, aber doch der Sache nach, eine betont christliche Weltbetrachtung. Viele Anhänger der ›Ersten Stunde‹ tragen das Mitgliedsbuch der Quäkerbewegung, des Internationalen Versöhnungsbundes, der Moralischen Aufrüstung, christlicher Siedlerorganisationen und anderer in der Tasche (...). Später, als die Düsseldorfer Journalisten im kleineren Kreis zum beruflichen Würgegriff ansetzen und die Redner bekneten, was wohl geschähe, wenn ... und wenn nicht, was dann ... wird der Status nascendi der Notgemeinschaft sichtbarer als im großen Schwung der Kundgebung, die mit Ovationen für Heinemann und Frau Wessel geendet hatten.«²¹ Ansonsten registrierte man in der veröffentlichten Meinung diese Geburtswunden nicht.

Die Veranstaltung sollte die Öffentlichkeit mobilisieren. Das Bemühen um die Verbreiterung des mitarbeitenden Personenkreises war noch nicht abgeschlossen. Erst am 2.1.1952 wurde die NG juristisch als Verein in Essen eingetragen. Nach der Düsseldorfer Tagung im November war die Orientierungsphase nicht gänzlich überwunden. Der engere Vorstand der NG bestand aus vier Personen, seine Wahl erfolgte für zwei Jahre.²² Zu diesem engeren Vorstand gehörten: Heinemann, Wessel, Scheu, Stummel.

Zum erweiterten Vorstand gehörten: Nikolaus Ehlen, er war Stummels Schwager und repräsentierte eine bestimmte katholische, sozialreformerische Richtung. Auf Ehlen ging der Ring Deutscher Siedler zurück, sein Fundament war die Soziallehre und die Ideen eines Adolf Damaschke. Zudem hatte sich Ehlen durch die Herausgabe des pazifistischen ›Lotsenruf‹ im Linkskatholizismus einen Namen geschaffen. Seine Argumentation gegen die Remilitarisierung war sozialetisch bedingt. Vor allem fehlten seiner Meinung nach damit die erforderlichen Mittel zur Lösung der Wohnungsfrage.²³

21 Brühl, »Gustav Heinemann – der redliche Kreuzfahrer«, in: SZ v. 23.11.1951.

22 Vgl. Satzung der Vereinigung Notgemeinschaft für den Frieden Europas, › 12, NL Scheu 9.

23 Vgl. beispielhaft Ehlen, »Remilitarisierung«, in: Lotsenrufe, Nr. 1 v. Januar 1951, S. 5 – 7. Ders., »Ansprache an den Bundestag«, Nr. 5 v. Juni 1950, S. 3 – 7. Ders., »Keinen Frieden um jeden Preis«, Nr. 10 v. Oktober 1950, S. 5f. Der NL Ehlen im HStA von NRW ist für die Zwecke der vorliegenden Arbeit irrelevant. Die wesentliche Korrespondenz etc. findet sich auch in den NL Hei, Scheu, Wei.

Oskar Hammelsbeck war Mitherausgeber der ›Stimme der Gemeinde‹, ein Protestant reformierter Richtung, der sich schon 1947 aus theologischen Erwägungen gegen die Existenz einer Partei mit christlichem Namen ausgesprochen hatte und der bereits 1949 auf einem dann verbotenen Kongreß des Nauheimer Kreises ein Referat zur Ost-West-Frage halten sollte.²⁴

Friedrich Karrenberg war Mitglied in der ›Stätte der Begegnung‹ und protestantischer Fabrikant, der sich durch sozialreformerische Gedanken in der Monatsschrift der Bekennenden Kirche, der ›Stimme der Gemeinde‹, einen Namen gemacht hatte.²⁵

Neben Wessel und Heinemann hatte als einziger noch der nordrhein-westfälische Ministerialdirektor im Kultusministerium, Otto Koch, ein Parteibuch, das der SPD. Zum erweiterten NG-Vorstand zählte schließlich auch der rheinische Presbyter und Synodale, Diether Posser, Heinemanns Sozium. Aus der ›Stätte der Begegnung‹ kam schließlich noch Otto Rademacher. Der erweiterte und der engere Vorstand, insgesamt zehn Personen, waren identisch mit der Mitgliedschaft des eingeschriebenen Vereins. Die Berufung neuer Mitglieder bedurfte ausdrücklich der schriftlichen Zustimmung aller Mitglieder.²⁶

Betrachtet man die Zusammensetzung des NG-Vorstandes, lassen sich Auffälligkeiten festmachen, die deshalb nicht unbedeutend sind, weil sie den Wirkungskreis der NG verdeutlichen. Alle Mitglieder kamen aus dem rheinisch-westfälischen Raum. Zwei Drittel waren Protestanten, vornehmlich aus der Bekennenden Kirche. Sie konnten für Heinemann die Gemeinschaft werden, die er schon immer für seine politische Arbeit gesucht hatte. Die Katholiken waren in der Minorität. Erneut zeigte sich hier, daß diejenigen, die sich politisch gegen die Wiederbewaffnung wandten, vornehmlich dem protestantischen Lager entstammten. Die Linkskatholiken, soweit sie auch Wiederbewaffnungsgegner waren, stießen nicht zur NG. Überdies waren die Linkskatholiken selbst ohne breite Basis beim Klerus wie bei den christlichen Laien. Sie blieben Einzelgänger. So konnte beispielsweise das spätere GVP-Mitglied Georg Heidingsfelder, der Helene Wessel anbot, die NG politisch zu unterstützen,²⁷ feststellen: »In der Catholica wird die Gegnerschaft gegen den ›Verteidigungsbeitrag‹, wie man die Remilitarisierung tarnend genannt wissen will, also fast ausschließlich von Laien getragen, die demgemäß einen schweren Stand haben.«²⁸ Neben Heidingsfelder bot noch der

24 Vgl. Egen, Die Entstehung des EAK der CDU/CSU, S. 50. Vgl. KA v. 16.11.1949, S. 2133 D. Der NL Hammelsbeck im Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv beschränkt sich auf etwa einen Stehordner und ist für die Zwecke der vorliegenden Arbeit irrelevant.

25 Vgl. u. a. Karrenberg, »Der Christ in der Wirtschaft«, in: StdG, 2. Jg., Nr. 4 v. April 1950, S. 5ff. Ders., »Recht und Grenzen des Eigentums«, in: StdG, 2. Jg., Nr. 5 v. Mai 1950, S. 5ff. Ders., »Staat und Wirtschaft«, in: StdG, 2. Jg., Nr. 9 v. September 1950, S. 13ff. Zum ideologischen Hintergrund vgl. den umfassenden Artikel: ders., 1969, S. 561 – 694.

26 Vgl. Satzung der NG, › 15, NL Scheu 9.

27 Vgl. Heidingsfelder an Wessel, 23.11.1951, NL We 22.

28 Heidingsfelder, »Die ›andere Seite‹«, in: StdG, 3. Jg., Nr. 10 v. Oktober 1951, S. 6.

Herausgeber der linkskatholischen Zeitschrift ›Glaube und Vernunft‹, Ludwig Zimmerer, ausdrücklich als Katholik Heinemann seine Hilfe an.²⁹

Der Spiritus rector des Linkskatholizismus Walter Dirks wandte sich nicht der NG zu. Vielleicht lag es daran, daß die NG einen ausgesprochen bürgerlichen Anstrich und nichts mit einem christlichen Sozialismus im Sinne hatte. Dirks meldete sich gar erst drei Monate später zu Wort, nachdem sich die NG der Öffentlichkeit präsentiert hatte. Seine Äußerungen ließen zwar Sympathie für sie erkennen, aber auch Skepsis hinsichtlich des Realitätsgehalts und der Durchsetzungsmöglichkeiten ihrer Idee, die sich aus nationalstaatlichen Motiven und nicht aus europäischen Notwendigkeiten herzuleiten schien: »Die Notgemeinschaft bekämpft die strategische Simplifizierung des politischen Weltbildes, sie kämpft gegen die Remilitarisierung, für die Freiheit des Gewissens gegen die Parteidiktaturen, und sie tut dies alles, ohne des heimlichen Paktierens mit dem Kommunismus verdächtig zu sein. Das macht sie sympathisch. Ist sie eine echte Alternative? Sie könnte es unter zwei Bedingungen sein: erstens, wenn sie Erfolg hätte, die Massen für sich gewänne, über ihren allzu aktuellen Anlaß hinaus politisches Gewicht bekäme, zweitens, wenn sie uns auf ihre Weise in Europa hineinführen könnte (...). Vorläufig ist beides nicht abzusehen; weder, ob die Bewegung auf die Dauer Erfolg haben wird, noch erst recht, ob dann das nationalstaatliche Motiv (»Deutschland, das wehrlos Rat gibt«...) beherrschend bliebe und alles in einer fiktiven Neutralität zugrunde ginge, oder ob sich in einer solchen Bewegung die europäische Notwendigkeit durchsetzen würde. Es erfordert einen starken Glauben, mit Frau Wessel zu gehen (ich spreche von dem Realisten, der mit ihr gehen will, nicht von dem, der sich damit begnügt, ein schönes Ideal zu bekommen. Ein gutes, noch nicht kompromittiertes (und noch nicht bewährtes) Gefühl, der Anfang einer Bewegung, die Parole, die viele Menschen guten Willens anzieht, – viel mehr ist zurzeit nicht sichtbar. Wird die Zeit reichen, zwischen Adenauer und Schumacher eine dritte Kraft aufzubauen?«³⁰ Daß in der NG nicht das katholische, sondern das bürgerlich-protestantische Element dominierte, zeigt auch die Zusammensetzung des 30-köpfigen Programmausschusses der NG; er wurde gebeten, die Entwürfe für die ersten Veröffentlichungen der NG vorzubereiten.³¹ Der Ausschuß trat zwar nie in Funktion, sondern wirkte allenfalls in Programmfragen beratend mit,³² einige Personen traten sogar nie in Funktion für die NG. Doch seine soziale Zusammensetzung belegt, wie wenig es der NG gelungen war, von Anfang an ein breites politisches wie konfessionelles Spektrum abzudecken.³³ Die NG war eine

29 Vgl. Zimmerer an Heinemann (Oktober 1950), NL Hei 34.

30 Dirks, »Das Angebot der Russen und die Deutschen«, in: FH, 7. Jg., H. 4 v. April 1952, S. 236.

31 Vgl. Schreiben Scheus v. 28.11.1951, NL Scheu 9.

32 Vgl. Bemerkung Heinemanns zur Dissertation von Molt, Punkt 13, S. 2, NL Hei 382.

33 Neben den bereits erwähnten Mitgliedern der NG – bis auf Diether Posser, er rechnete wohl als Heinemanns Sozium zu Heinemann – gehörten diesem Ausschuß an: Pfarrer Beckers, Hermann Joseph Nachtwey, Paul Kurt Herrmann, Min. Dir. Erich Bollert, Heinrich Heribert Gehle, Präses D. Wilm, Friedrich Meyer zu Schwabedissen, General a. D. von Gablenz, Paul Krahe, Pfarrer Wilhelm Mensching, Nikolaus Koch, Johannes Droste, Helmut Gollwitzer, Ruth

soziologisch und geographisch begrenzte Gruppe. Nicht zuletzt die ungenügende Verankerung in der Arbeiterschaft brachte ihr Kritik von anderen Wiederbewaffnungsgegnern ein.³⁴ Was sie von anderen außerparlamentarischen Gruppen unterschied, war die parlamentarische Verankerung: Helene Wessel saß im Bundestag und konnte ihn gegebenenfalls als Forum für die Ziele der NG nutzen. Bei der NG fehlten nationalistische und sozialistische Richtungen, die beispielsweise den Deutschen Kongreß in den Augen der politischen Öffentlichkeit diskreditiert hatten. Überdies wandten sich einige jener ausgeprägt christlichen Kräfte, die sich im Deutschen Kongreß engagiert hatten, der NG zu.

Oechslin, Siegmund-Schultze, Fritz Brühl, Frau Mönckeberg-Kollmar, Willi Kreiterling, Reinhold Schneider, Iwand, Burckhart-Schomburg.

34 Vgl. »Protokoll der erweiterten Ratssitzung am 19./20. Januar 1952« des Deutschen Kongresses, S. 2, Archiv A. Meyer zu Schwabedissen.

Das Selbstverständnis der Notgemeinschaft: außerparlamentarische Sammlungsbewegung gegen eine Wiederaufrüstung

Auf der Düsseldorfer Veranstaltung vermieden es die NG-Protagonisten Heinemann und Wessel ausdrücklich, von einer politischen Organisation zu sprechen. Bewußt wurde die NG von ihnen als eine »Vereinigung von Einzelpersonlichkeiten«¹ gesehen, deren gemeinschaftliches Anliegen die Opposition gegen die Wiederbewaffnung war. Heinemann sprach davon, die NG wolle nur ein Signal geben, fange mit einem sehr kleinen Kreis von Menschen an und stütze sich allein auf Personen, vertrete kein Programm und nicht irgendwelche Organisationen.² Weder Heinemann noch Wessel erhoben mithin den Anspruch, die reformierte Richtung im Protestantismus bzw. das Zentrum zu vertreten. Sie beriefen sich allein auf die Meinung einzelner Persönlichkeiten, die aber stellvertretend für die Meinung vieler stünden. Die NG fühlte sich legitimiert, einem (vermeintlichen) Volkswillen Ausdruck zu verleihen, da die Bundesregierung ihrer Meinung nach die tatsächlichen Wünsche des Volkes nicht berücksichtigte, nämlich keine Wiederbewaffnung einzuleiten.

In diesem Zusammenhang wies Wessel auf »Unzulänglichkeiten des Grundgesetzes« hin. Die entscheidende Frage einer möglichen Remilitarisierung habe bei der letzten Wahl noch nicht zur Diskussion gestanden. Die Abgeordneten seien unter diesem Aspekt nicht in das Parlament gewählt worden. Überdies sei eine Volksentscheidung nach dem Grundgesetz nicht zulässig. Da die Bestimmung über das konstruktive Mißtrauensvotum die Stellung des einmal gewählten Kanzlers so stark mache, sei die Bevölkerung beunruhigt, weil sie mehr und mehr erkennen müsse, daß sie keinen Einfluß mehr auf den Ablauf der Dinge habe.³ Die NG wollte deshalb den nichtkommunistischen Gegnern einer Wiederaufrüstung, die ihre Interessen durch den Bundestag nicht wahrgenommen sahen, ein politisches Forum bieten.⁴

1 Vgl. »Notgemeinschaft für den Frieden Europas«, in: FAZ v. 23.11.1951. Vgl. auch »Gegen Wiederaufrüstung«, in: Rhein-Zeitung v. 23.11.1951.

2 Vgl. »Eine Notgemeinschaft gegen die Remilitarisierung«, in: Basler Nachrichten v. 23.11.1951.

3 Wessel, zit. n. »Notgemeinschaft für den Frieden Europas«, in: StN v. 23.11.1951.

4 Vgl. »Verschwommene und unklare Ziele«, in: Kölnische Rundschau v. 23.11.1951. Vgl. »Nichts mit Kommunisten zu tun«, in: Rheinische Post v. 23.11.1951. Vgl. »NfFE«, epd, ZA Nr. 270 vom 22.11.1951.

Allein das Ziel, die Wiederaufrüstung zu verhindern, war für die NG maßgebend. Mit ihrem öffentlichen Auftreten sollte ein Signal gesetzt und künftigen Entwicklungen überlassen werden, was sich herauskristalisieren würde.⁵ Aufgrund der überragenden Bedeutung der sachlichen Einzelfrage ›Wiederbewaffnung‹ wollte man frei von ›parteilich-politischen‹ Bindungen sein und »keine *Kollision* mit anderen Zugehörigkeiten«. ⁶ Deswegen gründete man keine Partei, um das einzige Ziel nicht durch politischen Dissens in anderen Fragen zu überlagern. Deswegen verstand sich die NG als ›Überparteiliche Sammlungsbewegung‹.⁷ Analogien zur heutigen ›Friedensbewegung‹ sind unverkennbar. Man wollte aus überparteilicher Sicht gezielt außerparlamentarischen Druck auf alle im Bundestag vertretenen Parteien ausüben. Die NG unterstellte, in der Frage der Aufrüstung gehe die Front quer durch die Parteien und Fraktionen. Deswegen könne und müsse die persönliche Gewissensentscheidung des Abgeordneten evoziert werden. War diese Überlegung realitätsgerecht? Hatte nicht Wessel im Bundestag erfahren müssen, über wie wenig tatsächlichen Einfluß die Abgeordneten in dieser konkreten Frage verfügten? Wie sollte ihre Forderung, die »Stimme des Volkes muß stärker als je gehört werden«, eingelöst werden, wenn sie selbst das Dilemma eingestand, daß »nicht einmal der Bundestag als die Vertretung des Volkes über seine Meinung zu diesen Schicksalsfragen wie Generalvertrag, Verteidigungsbeitrag, Europaarmee u. a. m. gefragt wird?«⁸ Was sollte da eine außerparlamentarische Bewegung dann erreichen, wenn die NG auf Parlamentarier einwirken wollte, die eingeständenermaßen aus dem eigentlichen Entscheidungsprozeß ausgeschaltet waren?

Dennoch waren Wessel und die übrige NG davon überzeugt, durch entsprechenden außerparlamentarischen Druck für eine freie Gewissensentscheidung der Abgeordneten unbedrängt von Fraktions- und Partei-zwang zu sorgen, weil sich die Abgeordneten dann auf den artikulierten Volkswillen hätten berufen können. Wessel glaubte, wie sie bereits Heinemann im Zusammenhang mit der Aktion ›Ruf zum Frieden‹ wissen ließ, daß gegebenenfalls »alle verantwortungsbewußten Politiker über die engen Zäune ihres Parteistandpunkts hinweg das gemeinsame deutsche Schicksal sehen und mutig handeln«. ⁹ Die NG wollte nicht, wie Wessel es formulierte, »dauernd auf der Bühne der Politik« bleiben, sondern sie verstand ihre Aufgabe zeitlich begrenzt.¹⁰

Die NG intendierte, »einen weiten Bogen zu schlagen von den Pazifisten bis zu den Militaristen, die nur im jetzigen Augenblick die Aufrüstung

5 Heinemann, zit. n. »Notgemeinschaft für den Frieden Europas«, in: Essener Kurier v. 23.11.1951.

6 Heinemann, »Notgemeinschaft.Bundeskongreß«, handschriftliches Manuskript, (Rede am 8.6.1952), S. 1, NL Hei 131.

7 »Überparteiliche Sammlungsbewegung gegen Wiederaufrüstung«, in: Die Welt v. 23.11.1951.

8 Wessel an Ohaus, 16.1.1952, NL We 82. Vgl. auch »Eine Notgemein schaft gegen die Remilitarisierung«, in: BNZ v. 23.11.1952.

9 Wessel an Heinemann, 2.1.1951, NL Hei 37.

10 Wessel auf der Pressekonferenz am 22.11.1951. Zit. n. »Eine NG gegen die Remilitarisierung«, in: BN v. 23.11.1951.

nicht wünschen.«¹¹ Nur bei einem solchen weiten Bogen würden dann nach ihrer Ansicht, die Millionen reagieren. Oder wie es der Jungpolitiker Erhard Eppler auf den Punkt brachte: Es müßte die Formel gefunden werden, »welche der Pazifist ebensowohl wie der instinktive Ohne-Mich-Strategie, der Neutralist ebensowohl wie der Sozialist, der Lutheraner ebenso wie der Katholik bejahen könnte.«¹² War es realistisch, auf diese Formel zu hoffen? Konnte tatsächlich eine außerparlamentarische Bewegung entfaltet werden, die sich allein in der Ablehnung der anstehenden Wiederbewaffnung einig war? Konnte das alleinige Herausheben eines singulären Zieles ungeachtet sonstiger politischer Bindungen, Motive und Zwecke ein gemeinsames Band bilden? War das denkbar, wenn die Motivation vom Ziel, die politische Organisationsform von sonstigen Organisationszwecken, das operativ kurzfristige Ziel vom langfristig strategischen Ziel getrennt wurde? Die NG jedenfalls glaubte an diesen Minimalkonsens.

Zu ihm gehörte auch die strikte Abgrenzung von Kommunisten. Allein der Hinweis auf vorgebliche oder tatsächliche kommunistische Einflußnahmeversuche genügte in den fünfziger Jahren, um ein politisches Vorhaben von vornherein zu diskreditieren.¹³ Trotz ihres außerparlamentarischen Charakters wandte sich die NG deswegen gegen eine Zusammenarbeit mit anderen außerparlamentarischen Gruppen. Man wollte weder von kommunistischen noch rechtsradikalen Kreisen unterwandert werden und war auch nicht bereit, mit irgendwelchen anderen Gruppen, wie z. B. dem Nauheimer Kreis, zusammenzuarbeiten.¹⁴ Schließlich galten jene »Neutralisten« als Helfer des Kremls.¹⁵ Allein der öffentliche Vermerk, daß auf der Veranstaltung der NG in Düsseldorf auch die Pazifistin Klara Marie Faßbinder anwesend war, reichte aus, um die NG schließlich in ein schiefes Licht zu rücken.¹⁶ Faßbinder¹⁷ hatte am 14.10.1951 die »Westdeutsche Frauenfriedensbewegung« mit aus der Taufe gehoben. Sie hatte nie ein Hehl aus ihrer pazifistischen Meinung gemacht und auch in Organisationen mitgewirkt, die als kommunistisch beeinflusst galten.

Auch das NG-Mitglied Stummel – alles andere als ein Kommunist – mußte sich vor der Presse rechtfertigen, warum er auf dem »östlich« orientierten Deutschen Kongreß aufgetreten sei. Stummel wandte sich gegen diesen Vorwurf mit dem Hinweis, nur Gast gewesen zu sein.¹⁸ Stummel hatte auf der Tagung am 30. September 1951 als zweiter nach Mochalski und vor Klara Marie Faßbinder gesprochen. Seine Rede war eine Philippika gegen den friedenszerstörenden Kapitalismus. Der Katholik Stummel

11 Scheu an Oechslein, 7.1.1952, NL Scheu 9.

12 Eppler, H. Müller an Heinemann, 8.1.1952, NL Hei II Jan. 1952.

13 Auskunft Posser, 5.1.1985.

14 Vgl. »Notgemeinschaft für den Frieden Europas«, in: FAZ v. 23.11.1951. Vgl. »Notgemeinschaft für den Frieden Europas«, in: StN v. 23.11.1951.

15 »Die »Neutralisten« als Helfer des Kremls«, in: Der Bund v. 9.10.1951.

16 Vgl. »Der Streit über die Wiederaufrüstung«, in: Allg. Zeitung v. 23.11.1951.

17 Vgl. zu K. M. Faßbinder: H. BAUR/G. FÖLSING, 1970, v. a. S. 2 – 13 und S. 14 – 19. 1953 wurde Faßbinder von der PH Bonn amtsenthoben und 1955 schließlich zwangsermeritiert. Vgl. auch ihre »biographischen« Aufsätze in K. FAßBINDER, 1961.

18 Vgl. »Der Streit über die Wiederaufrüstung«, in: Allg. Zeitung v. 23.11.1951.

behauptete, die sog. christliche Welt werde von der kapitalistischen Ausbeutung beherrscht, der es weniger um Häuser, Gärten, Kulturstätten als um Torpedos, Panzerwagen und Atombomben gehe. Er bezeichnete den Bolschewismus als den legitimen Sohn der westlichen, liberalistischen, kapitalistischen Wirkkräfte, betonte die Bedeutung der Eigentums- und Bodenneuordnung für den Frieden und sprach von der kapitalistischen Rentabilitätsgrenze, die allem Friedensstreben einen Riegel vorschiebe. Detailliert faßte der Referent seine Kritik der Wiederbewaffnung zusammen: Als ehemaliger Militär lehnte er den Krieg als Deckmantel für politische Maßlosigkeit ab, stellte sich gegen einen Wehrbeitrag, der in einen Bruderkrieg¹⁹ münden würde, erblickte keine Grundlage mehr für einen Ethos neuer deutscher Soldaten. In gewaltsamen Verteidigungsmaßnahmen sah er die Frucht berechtigter Angst, für ihn berechtigt wegen des von den Deutschen angerichteten und belassenen Unrechts. Er meinte, der Westen würde auf einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag drängen und sah darin die Hoffnung einflußreicher ausländischer Kreise, damit Deutschland endgültig vernichten zu können. Den modernen Krieg ächtete Stummel wegen der in ihm liegenden Konsequenz einer Selbstvernichtung. Eine außenpolitische Gleichberechtigung Deutschlands ohne gleichzeitige innerpolitische Lösung der sozialen Frage hielt er nicht für möglich. Ja, für ihn hatte die kapitalistische Wirtschaftsweise noch immer über die Ausweitung der Rüstungsindustrie den Krieg hervorgebracht. Selbst einen Einsatz eines bundesdeutschen Heeres gegen die westlichen Staaten erachtete er nicht für gänzlich ausgeschlossen. Was der Konteradmiral a.D. propagierte war ›aktive Gewaltlosigkeit‹ auch im Interesse der nationalstaatlichen Einheit.²⁰ Dieses z.T. in sich widersprüchliche Konglomerat aus nationalkonservativem, pazifistischem und system- wie gesellschaftskritischem Gedankengut machte es der CDU leicht, die Erklärungen der NG-Mitglieder Heinemann, Wessel und Stummel in die Nähe der Aufrufe zu rücken, »mit denen die zahlreichen von der sowjetischen Zone aus dirigierte sogenannten ›Friedenskongresse‹ bereits ihre Werbung für die kommunistische ›Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung‹ durchgeführt haben«. ²¹ Mit diesen Vorwürfen mußte die NG leben. Sie versuchte deshalb alles, um ihren politischen Gegnern keine Grundlage für entsprechende Attacken zu liefern.

19 So auch Heidingsfelder an Mc Cloy, 15.07.1951. Zit.n. ders., »Vom ›Selected Citizen‹ zum Fabrikarbeiter«, S. 111, Archiv J. Müller.

20 Vgl. Stummel, »Schutz des Deutschen Volkes«, Referat beim Deutschen Kongreß in Bonn am 30.9.1951, Archiv A. Meyer zu Schwabedissen. Siehe auch »Deutscher Kongreß«, in: Der freie Mensch v. 5.10.1951.

21 »Seltsame NG«, in: Union in Deutschland, Nr. 90 v. 28.11.1951, S. 3.

Operationsformen: Aufruf, Petition und strukturelle Grenzen der Notgemeinschaft

Heinemann war sich von Anfang an bewußt, daß »der außerparlamentarische Raum allgemeiner – öffentlicher Meinung« nur dann von durchschlagendem Gewicht werden (konnte), wenn wirklich eine wesentliche Bewegung sichtbar wird.« Hier lag die von Heinemann »von Anfang an empfundene Schwierigkeit für jegliche Opposition gegen die Regierungsmehrheit innerhalb der vierjährigen Wahlperiode.«¹ Was konnte nun die NG im außerparlamentarischen Raum tun? Heinemann hielt folgende Handlungsmöglichkeiten für geeignet:

1. Die Einleitung von Volksbegehren entsprechend den jeweiligen Möglichkeiten, die die Landesverfassungen boten. Diese sollten dann die Landesregierungen im Bundesrat bei der Wehrvorlage binden.
2. Die massenhafte Verbreitung eines Aufrufs der NG.
3. Eine Petition an den Bundestag.

Tatsächlich wurde dann nur ein Aufruf verbreitet und ab Januar 1952 vor allem die Unterschriftensammlung für die Petition durchgeführt.² Heinemann und Wessel vertrauten allein auf die Macht des Wortes, deswegen erklärten beide eine Organisation ihrer NG für überflüssig.³ Die NG dachte zunächst nur an einen »Aufruf an das deutsche Volk«, zu dem die Bevölkerung ihre Zustimmung geben sollte. Erstmals wurde der Aufruf im Dezember 1951 veröffentlicht, bevor sich die NG vereinsrechtlich konstituiert hatte.⁴ Ein erster Entwurf kursierte bereits Ende November in der Öffentlichkeit.⁵ Die NG besaß noch einen publizistischen Neuigkeitswert, so daß erste programmatische Äußerungen in der Presse aufgenommen wurden. Der endgültig formulierte »Aufruf« wurde allerdings in keiner Zeitung vollständig publiziert.⁶ Adolf Scheu hatte einen Entwurf ausgearbeitet, Heinemann ebenfalls.⁷ Der endgültige »Aufruf« der NG

1 Heinemann an Niemöller (Dez. 1951), NL Hei 41.

2 Vgl. ebd..

3 Vgl. »Bonner Kommentar«, in: Weser-Kurier v. 24.11.1951.

4 Vgl. »Aufruf an das deutsche Volk«, in: Nachrichten der NG, Nr. 1 v. April 1952, S. 1. Vom April 1952 bis zum Januar 1953 kann der Verfasser die »Nachrichten« nachweisen. Es sind in dieser Zeit acht Ausgaben erschienen. Die Auflagenhöhe dürfte 5000 Exemplare nicht überschritten haben. Vgl. Heinemann, »Notgemeinschaft-Bundeskongreß«, Manuskript, (Rede am 8.6.1952 in Frankfurt), S. 3, NL Hei 131. Im folgenden: »NG-Bundeskongreß«.

5 Vgl. »Vertrauliche NG«, in: Rheinischer Merkur v. 30.11.1951.

6 Nach Heinemann, »Notgemeinschaft. Bundeskongreß«, S. 3, NL Hei131.

7 Vgl. Entwurf im NL Scheu 9. Vgl. S. 152ff dieser Arbeit.

wurde »nach langer Aussprache in veränderter Fassung« gebilligt.⁸ In seiner Kernthese forderte die NG das deutsche Volk auf, den Weg »gegen eine *unzeitgemäße* (Hervorhebung J. M.) Aufrüstung«⁹ mitzugehen. Damit stand der Aufruf in der Tradition des ›Rufs zum Frieden‹ und des internen Briefs des ›Arbeitsrings‹, der den unterscheidenden Begriff des Unzeitgemäßen in die Debatte um die Aufrüstung einführte.

Zum ›Aufruf‹ bekannten sich neben Parteieungebundenen auch Funktionäre und Mitglieder verschiedener Parteien (CDU, SPD, FDP, Zentrum, BP, BHE, FSU). Nur, es fehlten prominente Namen. Zwar unterzeichneten das Hamburger Bürgerschaftsmitglied der FDP, Harald Abatz, und der dortige FDP-Fraktionsvorsitzende, Engelhard, doch schon bei den Sozialdemokraten gehörten die vereinzelt unterschriebenen Unterschriften zu Funktionären unterer Ränge (z. B. der hessische Ministerialrat Walter Kühn, der Dozent HeinzJoachim Heydorn) oder zu Einzelgängern wie der bayerischen SPD-Landtagsabgeordneten Rosl Hillebrand, die später wegen Linkstendenzen aus der SPD ausgeschlossen wurde. Gleichfalls fehlten bis auf Karl Borromäus Glock, Herausgeber der Zeitschrift ›Die Besinnung‹, und dem Jungverleger Zimmerer Namen aus dem linkskatholischen Umfeld völlig. Wie überhaupt die Unterschriften Prominenter aus dem politischen Katholizismus fehlten, auch von jenen CDU-Politikern, die nicht unbedingt mit Adenauer übereinstimmten. Ebenfalls wenig Erfolg hatte die NG bei den Gewerkschaften. Hie und da unterzeichneten zwar vereinzelt Betriebsratsvorsitzende, doch sie blieben die Ausnahme. Protestanten und Pazifisten dominierten eindeutig. Das heißt, der ›Aufruf-Entwurf konnte wohl ein einmaliges publizistisches Interesse erwecken, aber der ›Aufruf‹ keine Sogwirkung entfalten. Wenn man nun noch in Rechnung stellt, daß der ›Aufruf‹ von keiner Tageszeitung vollständig abgedruckt wurde, läßt sich die geringe Resonanz auf den ›Aufruf‹ noch besser verstehen.

Zudem verfügte die NG über keinen organisatorischen Unterbau, der zur Verbreitung des ›Aufrufs‹ oder anderen Aktivitäten der NG dienen konnte. Die NG setzte zunächst ihre Hoffnung auf die Unterstützung »positiver Friedensverbände«.¹⁰ Damit waren die in der Arbeitsgemeinschaft deutscher Friedensverbände (ADF) zusammengeschlossenen pazifistischen Organisationen gemeint, deren Vorsitzender Siegmund-Schultze war.¹¹ Heinemann, der eben »nicht von der viel zu schmalen Grundlage der pazifistischen Organisationen aus«¹² starten wollte, blieb vorerst auf sie angewiesen. Überdies stellte die NG gegenüber der ADF erhebliche Ansprüche, die darauf hinausliefen, daß sie sich »für alle Aktionen der

8 Posser, Handschriftliches Protokoll der NG-Sitzung am 4.12.1951, NL Hei 357.

9 Vgl. S. 198ff dieser Arbeit.

10 Scheu an Oechslin, 7.1.1952, NL Scheu 9.

11 Vgl. Zur Biographie und zu seiner politischen Grundhaltung; H. GRESSEL, 1985. Heinemann schrieb später als Bundespräsident: »F. Siegmund-Schultze gehörte zu den ungewöhnlichsten Menschen, denen ich begegnet bin. In seinem Denken und im Gespür für das, was die Stunde gebot, war er seiner Zeit und seiner Umwelt weit voraus.« Ebd., S. 3.

12 Heinemann, zit. n. H. LINDEMANN, Heinemann, 1978, S. 121.

Notgemeinschaft in den nächsten Wochen an erster Stelle und aktiv einsetzen«. ¹³ Die Friedensorganisationen waren nicht uneingeschränkt bereit, den eigenen organisatorischen Selbstzweck hintanzustellen. ¹⁴ In der Tendenz brachte sich die NG durch die Zusammenarbeit mit den Friedensverbänden überdies selbst ungewollt in die Nähe pazifistischer Anschauungen.

Wesentlich bedeutsamer für die Ziele der NG erwies sich der Plan, mittels einer Massenpetition an den Bundestag heranzutreten. Die Idee ¹⁵ hierzu kam nicht von der NG, sondern von der ihr nahe stehenden studentischen Darmstädter Aktionsgruppe. ¹⁶ Die DAG hatte sich am 17.7.1951 mit der Herausgabe eines Flugblattes an die Studenten der Technischen Hochschule Darmstadt zu den Folgen einer teildeutschen Wiederaufrüstung konstituiert. Ihr Spiritus rector war der Geschäftsführer des Bruderrats der Bekennenden Kirche, der Studentenfarrer Herbert Mochalski. Wenn Molt der DAG »eine nicht zu unterschätzende Potenz« zuweist, »da sich in ihnen (sie nannten sich auch Darmstädter Aktionsgruppen, J. M.) zielbewußt denkende Vertreter einer jüngeren Generation fanden,« ¹⁷ dann ist das zugespitzt formuliert, bezogen auf das Programm der NG uneingeschränkt zutreffend. Die DAG ging in ihren konkreten Forderungen bereits über das hinaus, was die NG wollte. Die DAG strebte die Einleitung gesamtdeutscher Gespräche und eine Aufklärung über den Art. 4 GG an, dem die Jugend massenhaft Folge leisten sollte. Zudem wollte die DAG das Widerstandsrecht ¹⁸ zum Diskussionsgegenstand machen. Der Einfluß der Tradition der Bekennenden Kirche ist hier unschwer erkennbar. Albert Priebe, Mitglied der DAG, schlug Heinemann die Petition nach Art. 17 GG vor. Heinemann griff die Idee einer Petition bereitwillig auf, ¹⁹ war sie doch eine rechtsstaatlich legitimierte Form, den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Im Gegensatz zum »Aufruf« wurde die Petition dann zum politischen Mittel der NG schlechthin. Es war weder eine Auflösung des Bundestages mit Neuwahlen noch eine Volksbefragung in Aussicht, so daß nach Ansicht der NG allein die »Anrede an das Parlament« blieb. ²⁰ Damit wurde die Petition auch begründet, weil dem Volk die Mitbestimmung über die geplante Wiederbewaffnung versagt wurde, bleibe sie als letzte legale Möglichkeit. Der Gedanke einer Petition war nicht neu. Bereits vor der Gründung der NG

13 Siegmund-Schultze an Heinemann, 8.1.1952, NL Heinemann II Januar 1952.

14 Vgl. DFG-LV NRW an Heinemann, 15.1.1952, NL Hei 42.

15 Vgl. Heinemann, »NG-Bundeskongreß«, S. 2.

16 Vgl. zur DAG »Die Darmstädter Aktionsgruppe«. Stellungnahme der »DAG« zur Denkschrift des Parteivorstandes der SPD über die DAG«, hrsg. 8.8.1952 v. Heinz Krämer, S. 1-7, Archiv J. Müller. SPD-PV (Hrsg.): Jugend, gib acht! Die »DAG«, Bonn (1952).

17 P. MOLT, 1955, S. 52.

18 Mochalski, zit. n. Heinemanns handschriftlicher Gesprächsaufzeichnung einer Unterredung der NG mit Vertretern der DAG am 28.3.1952 in Siegen, NL Hei 361.

19 Priebe an Heinemann, 7.12.1951. Vgl. »Du bist jetzt Fisch«, in: Spiegel, 6. Jg., Nr. 16 v. 16.4.1952, S. 8 – 11, hier S. 10. Der Bericht geht auf ein Gespräch des Spiegels mit Heinemann zurück. Vgl. Heinemann an Jaene, 5.6.1952, NL Hei II Juni/Juli 1952. Vgl. auch S. 203f dieser Arbeit.

20 Heinemann, »Deutschland und der Frieden Europas«, in: Ruf der NG, Flugschrift, (Rede in West-Berlin am 13.2.1952), NL Hei 131.

wandte sich Herbert Mochalski als verantwortlicher Redakteur der ›Stimme der Gemeinde‹ mit der Bitte an seine Leser, sich wegen der Aufrüstung mit Eingaben an den Bundestag zu wenden. Der Erfolg war überaus mäßig, wie dies Bundestagspräsident Ehlers Mochalski wissen ließ: »Das Hauptkontingent sachlicher Eingaben sind die vielfältigsten Briefe, die auf Veranlassung von Herrn Schenke versandt werden (...) und bis heute 157 Eingaben, die man bei weitherziger Zählung auf die ›Stimme der Gemeinde‹ zurückführen kann.«²¹ Zuvor schon hatte der Deutsche Kongreß – Mochalski war Teilnehmer des Deutschen Kongresses – seine Mitglieder zu entsprechenden Aktivitäten aufgefordert.²²

Heinemann stellte sich die Verbreitung der Petition gleich einem »Schneeballsystem«²³ vor. Im Grunde genommen war diese Strategie eine Notlösung. Schon im Dezember war Heinemann an die SPD herangetreten, in der Hoffnung, von ihr unterstützt zu werden. Heinemann bat Schumacher, mit dem er vorher eine persönliche Unterredung hatte, um die Hilfe des »publizistischen Apparat(s)«,²⁴ war aber hinsichtlich einer positiven Antwort »recht skeptisch«.²⁵

Für den erkrankten Schumacher antwortete sein Stellvertreter Ollenhauer ablehnend. Die von Heinemann in Aussicht gestellten Aktionen – der ›Aufruf‹ oder die Petition – erschien Ollenhauer ungeeignet, »der Politik der bedingungslosen Aufrüstung wirkungsvoll entgegenzutreten.«²⁶ Statt dessen befürwortete er Neuwahlen. Überdies befürchtete die SPD kommunistische Einflußnahmeversuche auf die NG. Durch gezielte Indiskretionen gelangten Teile des Briefwechsels zwischen Ollenhauer und Heinemann an die SPD-nahe Presse. Dort wurde der Eindruck erweckt, als ob die NG einer ›KP-Überfremdung‹ ausgesetzt sei.²⁷

Von Anfang an gewährten die Sozialdemokraten der NG für ihre Petition keinerlei Unterstützung. Im Gegenteil, die Abgrenzung zur NG ging so weit, daß die SPD ihre Mitglieder aufforderte, die Aktionen der NG nicht zu unterstützen. Den Funktionären und bald darauf auch allen SPD-Mitgliedern wurde eine Mitarbeit in der NG untersagt.²⁸ In ihrem Parteivorstandsbeschuß vom 28.2.1952 beschwor die SPD kommunistische Infiltrationsversuche auf außerparlamentarische Aktivitäten.²⁹ Deswegen schied auch das einzige SPD-Mitglied Otto Koch aus der NG aus, nicht ohne zu betonen: »Sicher benutze ich jede Gelegenheit im Sinne der NG auch in der SPD zu wirken, aber *um* das zu können, darf ich mich

21 Ehlers an Mochalski, 23.10.1951, AdCP, NL Ehlers I 369 – 0713.

22 Vgl. ›Rundschreiben der Mittelstelle des Deutschen Kongresses‹ vom 20.6.1951, S. 3, NL We 275.

23 Heinemann an den Flensburger Stadtpräsidenten, 5.2.1952, NL Hei II Februar 1952. Vgl. auch »Schneeballsystem«, in: Rheinzeitung v. 8.2.1952.

24 Heinemann an Schumacher, 11.12.1951, NL Hei 41.

25 Heinemann an Niemöller (Dez. 1951), NL Hei 41.

26 Ollenhauer an Heinemann, 10.1.1952, NL Hei 42.

27 Vgl. »SPD-Absage an die NG«, in: Ruhr-Nachrichten v. 22.2.1952.

28 Vgl. »Rundschreiben«, Nr. 20 v. 1952 des SPD-PV. Zit. n. Heinemann an Werner Koch, 19.4.1952, NL Hei II April/Mai 1952.

29 Zit. n. Heinemann, ›NG-Bundeskongreß‹, S. 5.

nicht dem ›Bannstrahl‹ des Parteivorstandes aussetzen. Gerade Heine würde es sicher begrüßen, wenn er mich zur Strecke bringen würde.«³⁰

An der strikten Weigerung der Sozialdemokratie, die Petition der NG mitzutragen, änderte auch die Tatsache nichts, daß die deutschlandpolitische Gemeinsamkeit mit der Bundesregierung im Herbst 1951 bröckelte. Adenauer hatte erkennen lassen, daß für ihn die aufgrund des Washingtoner Kommuniqués begonnenen Verhandlungen Vorrang hatten. Schumacher hegte die Befürchtung, die Integration Westeuropas könnte mit dem Verzicht auf die Einheit Deutschlands erkaufte werden. Die deutschlandpolitische Debatte am 17.10.1951 machte das Ende der deutschlandpolitischen Gemeinsamkeit deutlich. Eine gemeinsame Entschließung zwischen Regierung und Opposition kam nicht mehr zustande.³¹ Ab dem Herbst 1951 gewann auch in der SPD ein Argument an Gewicht, nämlich die Behauptung, eine Wiederbewaffnung und eine Einbeziehung der Bundesregierung in das westliche Verteidigungssystem seien mit der Wiedervereinigung unmöglich vereinbar.³² Die Zielantinomie von Wiedervereinigung und Wiederaufrüstung wurde nun v. a. herausgestellt. Trotzdem ließ sich keine aktionspolitische Gemeinsamkeit zur NG herstellen. Die SPD sah ihre politische Bühne im Parlament und nicht in außerparlamentarischen Aktionen mit bürgerlich-protestantischen Wiederbewaffnungsgegnern, deren Umfeld der SPD zu schillernd, zu wenig antikommunistisch erscheinen mußte. Erstaunlicherweise hatte die NG nicht nur mit der SPD, sondern auch in der Zusammenarbeit mit dem Zentrum keinen Erfolg. Die Petitionsaktion der NG wurde nicht offiziell vom Zentrum unterstützt, obschon ihre Vorsitzende in der NG eine herausragende Rolle spielte.³³ Überhaupt wurde das Zentrum von der Proklamation der NG im November völlig überrascht. Allgemein hatte man dann vom Bundesparteitag des Zentrums am 24./25. November, drei Tage nach der NG-Proklamation, eine endgültige Entscheidung und Stellungnahme zur NG erwartet.³⁴

Der Parteitag ging aber weder positiv noch negativ auf die politische Arbeit der NG ein. Wessel wurde zwar einstimmig als Vorsitzende wiedergewählt, doch das suggerierte eine politische Übereinstimmung der Partei zur Vorsitzenden, die nicht vorhanden war. Allein die organisatorische Umgliederung der Parteispitze auf dem Münsteraner Parteitag deutete auf Unstimmigkeiten innerhalb des Zentrums hin. Aufgrund eines erst auf dem Parteitag gestellten Dringlichkeitsantrages wurde Wessel gleichsam durch das neu geschaffene Organ eines mehrköpfigen Präsidiums ›ein-

30 Koch an Scheu, 22.3.1952, NL Scheu 9.

31 Vgl. W. ALBRECHT, 1985, S. 81 – 93, hier S. 85.

32 Vgl. ebd., S. 75 – 81, hier S. 81.

33 Zum Verhältnis NG/Zentrum und zum Rücktritt Wessels vom Parteivorsitz: Dem Verfasser war es nicht möglich, eine Genehmigung zur Einsichtnahme in die Akten der Zentrumspartei im Staatsarchiv Münster zu erhalten. Da der NL Wessel keinen tieferen Aufschluß geben konnte, mußte allein auf öffentlich zugängliche Quellen zurückgegriffen werden. Naturgemäß bleiben deshalb Fragen offen, da es sich auch um interne Parteiangelegenheiten handelte.

34 Vgl. »Notgemeinschaft für den Frieden«, in: Essener Kurier v. 23.11.1951.

gerahmt«. ³⁵ Es sollte der Vorsitzenden politisch beratend und helfend beistehen, realiter wurden mit ihm die Kompetenzen der Vorsitzenden beschnitten. Daß es im Zentrum gäbe, hatte der Austritt des Bundestagsabgeordneten Glasmeyer kurz vor dem Parteitag gezeigt, der mit der Begründung in die CDU eintrat, nicht mehr die Politik der »Partei-päpstin« ³⁶ billigen zu können.

Auch die politisch-inhaltlichen Festlegungen des Parteitages waren nicht deckungsgleich mit der Wesselschen Position. Wessel wandte sich auf dem Münsteraner Parteitag erneut und entschieden gegen einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag im Rahmen einer Europaarmee, weil er ihrer Ansicht nach die Wiedervereinigung verhinderte.

Für Wessel war nichts verfehlt, als die Bundesrepublik aufzurüsten, um erst dann in einem Folgeschritt mit den Sowjets zu verhandeln. Vor dieser »Politik der starken Faust«, so Wessel in ihrer Parteitagsrede, müsse aus deutscher Sicht nachdrücklich gewarnt werden, da sich 20 Millionen Deutsche als Faustpfand in der Hand der Sowjets befänden. Die Wiedervereinigung Deutschlands sei nicht ohne Zustimmung der Sowjetunion zu erreichen. Wolle man den Weg der Verständigung, dann dürfe man Deutschland nicht in ein militärisches System einordnen, das die Sowjets als einen gegen sich gerichteten Angriff empfinden würden. Wessel setzte sich für ein Europa ein, das seine Unabhängigkeit von den USA (sic!) wiederfinden müsse. Sie anerkannte die großen Anstrengungen der USA beim Ausbau dessen, was die Europäer in zwei Kriegen angerichtet hätten. Sie argumentierte jedoch, Europa müsse wieder auf dem Fuße der Gleichheit mit den Amerikanern sprechen können. ³⁷ Die (west-)europäische Zentrik im Wesselschen Denken schlug hier erneut durch. Wessel wollte eine (west-)europäische Unabhängigkeit von den USA, d. h. Durchsetzung europäischer Interessen auch gegen den Interessensanspruch der Amerikaner. Bezogen auf die Sowjets versuchte sie, auf deren Interessenlage einzugehen.

Fälschlicherweise wurde in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, das Zentrum stünde hinter der Politik Wessels. Man sah – zu Unrecht – die Parteitagsentscheidung gegen eine Wiederaufrüstung als Beweis für das Einschwenken des Zentrums auf die Position Wessels. ³⁸ Was hatte der Parteitag aber beschlossen? Er forderte die Bundestagsabgeordneten des Zentrums auf, »in ihrer Wachsamkeit gegenüber dieser Politik (gemeint ist die der Bundesregierung, J. M.) und ihren Methoden nicht nachzulassen.« ³⁹ Die Formulierung, der Antrag sei im außenpolitischen Ausschuß des Zentrums besprochen und angenommen worden, machte deutlich, daß es sich keineswegs um eine einstimmige Meinung handelte. Von einer entschiedenen Ablehnung der Wiederbewaffnung konnte keine Rede sein.

35 Vgl. »Helene Wessel zurückgetreten«, in: RN v. 28.1.1952.

36 Glasmeyer, zit. n. »Mein Weg vom Zentrum zur CDU«, in: WN v. 25.1.1952.

37 Wessel, zit. n. »Keine Politik der starken Faust«, in: FAZ v. 26.11.1951.

38 Vgl. »Auf der Linie Heinemann – Wessel«, in: FAZ v. 27.11.1951.

39 Antrag in: Das Zentrum, 5. Jg., Nr. 22/23 v. Dezember 1951.

In einem weiteren Antrag hatte das Zentrum im Falle einer Wiederaufrüstung die Anerkennung des verfassungsmäßigen Verweigerungsrechtes des Wehrdienstes aus Gewissensgründen gefordert und verlangt, daß ein Ersatzdienst nicht den Charakter einer persönlichen Diffamierung tragen dürfe.⁴⁰ Damit unterstellte das Zentrum die Annahme einer ›Wehrdienstgesetzgebung‹ und suchte bereits einen Modus vivendi, während Wessel jegliche Wiederbewaffnung von vornherein ablehnte und sich nicht auf den ›Tag danach‹ einstellte. Die von Wessel angesprochenen Probleme – z. B. die Überwindung des Kommunismus nicht durch militärische Machtmittel, sondern durch eine ›soziale Aufrüstung‹ – fanden keinen Widerhall auf dem Parteitag.

Mit ihrer Arbeit für die *und* in der NG geriet Wessel zunehmend in eine isolierte Stellung innerhalb des Zentrums. Einzelne Zentrumsmitglieder unterstützten sie zwar in ihrer NG-Arbeit. In beschränktem Umfang konnte sie auch den organisatorischen Apparat der Zentrumsparterie, der sowieso nicht mit dem der CDU, geschweige denn mit dem der SPD zu vergleichen war, nutzen (Schriftverkehr, Saalbestellung für Versammlungen etc.)⁴¹ In der Regel stützte sich Wessel auf ihre Sekretärin und Bundestagsmitarbeiterin, Alwine Clويدt.

Das Zentrum beteiligte sich weder an der Unterschriftenaktion zum Aufruf noch half es, die Petition der NG zu verbreiten. Am 5.1. wurde in einem Pressekommentar angedeutet, es solle Abgeordnete des Zentrums geben, die im Interesse der Partei eine klare Scheidung der Funktionen Partei- und Fraktionsvorsitzende vertraten.⁴² Das eingesetzte Präsidium und die Forderung nach einer Ämtertrennung deuteten darauf hin, daß das Zentrum bestrebt war, eine Identifizierung der Partei mit den politischen Zielen der NG zu vermeiden.

Die unterschiedliche Bewertung der Wiederbewaffnung zwischen Partei und Vorsitzender wird in einem Beschluß des Bundesausschusses des Zentrums vom 27.1.1952 deutlich. In ihm sprach man sich gegen eine militärische Dienstpflicht aus (nicht aber gegen eine mögliche Berufsarmee, J. M.) und erklärte darüber hinaus, daß eine Wehrpflicht nicht ohne Ergänzung des Grundgesetzes eingeführt werden könne. Zum Verteidigungsbeitrag insgesamt wollte das Zentrum erst Stellung nehmen, wenn die von der Bundesregierung verfolgten Pläne in allen Einzelheiten bekannt waren.⁴³

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieses Beschlusses am 28.1.1952 wurde der Rücktritt Wessels vom Parteivorsitz bekanntgegeben. Mit ihrer Arbeit in der und für die NG geriet Wessel in Widerspruch zu ihrer eigenen Partei, die, zumal nach dem Zusammenschluß am 14.12.1951 mit der Bayernpartei zur ›Föderalistischen Union‹, eine Bindung an die Kreise um den Protestanten Heinemann ablehnte. Helene Wessel trat nach dieser Vereinigung von BP und Zentrum auffallend in den Hintergrund und

40 Ebd.

41 Vgl. z. B. Karwasz (Zentralgeschäftsstelle des Zentrums) an Wessel, 17.1.1952, NL We STO 33.

42 Vgl. »Politische Plauderstündchen?«, in: KR v. 5.1.1952.

43 Zit. n. »Frau Wessel legt Vorsitz nieder«, in: WN v. 28.1.1952.

ergriff nicht einmal im Januar 1952 in der dreitägigen Debatte zum Schuman-Plan das Wort. Bei den Gesprächen der FU mit Adenauer wurde das Zentrum überdies nicht mehr durch Wessel, sondern durch Reismann vertreten.⁴⁴ Möglicherweise spielten auch konfessionelle Vorbehalte des katholischen Zentrums der ›protestantischen‹ NG gegenüber eine Rolle. Da Wessel den entschlossenen Kampf gegen den Wehrbeitrag, wie ihn die NG führte, nicht einstellen wollte, blieb ein Rücktritt von ihrem Parteiamt unausweichlich.⁴⁵ Aus Vorstand und Fraktion wurde die Information kolportiert, ›die‹ Partei habe der Vorsitzenden ultimativ die Forderung gestellt, sich für das Zentrum oder für Heinemann zu entscheiden.⁴⁶

Wessel jedenfalls begründete den Verzicht/Rücktritt vom Parteiamt Ende Januar 1952 mit ihrem Wunsch, »mehr Bewegungsfreiheit für die Arbeit des Friedens«⁴⁷ zu bekommen. Sie wollte sich nach wie vor mit aller Kraft »gegen diese unzeitgemäße Wiederaufrüstung, die die Spannungen im politischen Leben absolut verschärfen dürften, wehren, wenn es sein muß mit allen Konsequenzen und gegen jeden Parteizwang.«⁴⁸ An ein Ausscheiden aus dem Zentrum dachte sie nicht, u. U. schien sie aber dazu bereit zu sein. Ihr Fraktionsamt gab sie erst Ende Februar auf. Noch im April 1952 war Wessel davon überzeugt, daß man im Zentrum »nicht 100% auf meiner Linie liegt. Aber in der Gesamtlinie der Partei ist es noch heute so, daß man mit Mehrheit gegen eine Wiederaufrüstung ist.«⁴⁹ Die NG zog daraus keinen Vorteil, selbst wenn Wessel mit ihrer Bewertung recht gehabt haben sollte. Als Wessel schließlich im November 1952 aus ihrer Partei austrat, zeigte sich, daß ihr nationales und friedenspolitisches Motiv ein anderes war als jenes der Partei. Das Zentrum vollzog nämlich Schritt für Schritt, wenn auch skeptisch, den Kurs Adenauers mit. Im Dezember 1952 schließlich bestätigte das Zentrum offen, mit der Grundkonzeption des Kanzlers übereinzustimmen.⁵⁰

Die FDP, von deren Mitgliedern einige die Petition unterzeichnet hatten, ging wie die SPD einen Schritt weiter als das Zentrum. Seit dem Frühjahr 1952 schlug die FDP-Bundespartei einen deutlich anti-neutralistischen Kurs ein und erklärte am 17.5. offiziell die Mitarbeit in der NG für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der FDP.⁵¹ Die Idee der ›Sammlung‹ war mit der Verweigerung der SPD, der ablehnenden Haltung der FDP und der bewußten Zurückhaltung des Zentrums vom Ansatz her gescheitert. Mit der Absage der SPD und der außerordentlichen ›Zurückhaltung‹ des Zentrums sahen Teile der NG ihr Projekt der Petition bereits Anfang 1952 als gescheitert an.⁵²

44 Vgl. »Frau Wessel stört den Zentrumsfrieden«, in: BR v. 26.1.1952.

45 Vgl. »Kein Kurswechsel des Zentrums«, in: FR v. 28.1.1952.

46 Vgl. »Frau Wessel stört den Zentrumsfrieden«, in: BR v. 26.1.1952.

47 Wessel an Bosch, 12.2.1952, NL We STO 33.

48 Wessel an Rohde, 28.1.1952, NL We 82.

49 Wessel an Kalisch, 1.4.1952, NL We 11.

50 Vgl. A. DOERING-MANTEUFFEL, *Katholizismus*, 1981, S. 186 – 191, hier S. 190.

51 Vgl. D. WAGNER, 1978, S. 110, FN 237. Vgl. auch Abatz an Heinemann, 23.5.1952, NL Hei 43.

52 Auskunft Posser, 5.1.1985.

Erschwerend kam das politische Verhalten der CDU hinzu. Angeblich wurde zeitweilig Heinemanns Ausschluss aus der CDU erwogen. Zumindest wurde die Satzungsdiskussion auf dem rheinischen CDU-Parteitag im November 1951 so gedeutet. Künftig sollte die Parteischiedskommission über die Möglichkeit verfügen, selbst »persönlich sehr ehrenhafte CDU-Mitglieder«⁵³ auszuschließen. Der evangelische Bundestagsabgeordnete Gerhard Schröder wandte sich auf diesem Parteitag massiv gegen die NG. Die CDU verwahre sich dagegen, daß auf diese Weise Verwirrungen in das Volk getragen werden.⁵⁴ Versteckt wurde in der CDU mit dem Dolchstoß-Argument gespielt und die NG in die Nähe von Extremisten gerückt: »Sie (die deutsche Öffentlichkeit, J. M.) wird die Tatsache, daß die Notgemeinschaft gerade in dem Augenblick ihre Ziele proklamierte, da der Bundeskanzler in Paris entscheidende Verhandlungen zur Herstellung der deutschen Gleichberechtigung führte, ebenso registrieren wir die Tatsache, daß die Notgemeinschaft just als ›notwendig‹ empfunden wird, nachdem die Bundesregierung die Verfassungsklage gegen KPD und SRP erhoben hat. (...) Alle Distanzierungen werden nicht verhindern können, daß man in der neuen Organisation einen willkommenen Ersatz der durch die Maßnahme der Bundesregierung in ihrer Tätigkeit behinderten Tarnorganisationen sehen wird und einen Versuch, den Illegalen eine legale Plattform zu schaffen.«⁵⁵ Die CDU-Organisation erhielt sogar die Anweisung, Heinemann in keiner öffentlichen Versammlung zur Sicherheitsfrage sprechen zu lassen⁵⁶ und renommierte evangelische Politiker wie Ehlers und Tillmanns reisten Heinemann und der NG regelrecht nach, um gleich ihm öffentlich die Ost-West-Frage zu diskutieren.⁵⁷ Selbst Jakob Kaiser, der in der CDU – »trotz der Verschiedenheit der Haltung in wesentlichen Fragen der Politik für unser Volk«⁵⁸ – für Heinemann als Person um Verständnis warb, fand nur noch schwer Zugang zu Heinemanns Tätigkeit in der NG. Was blieb nun der NG, um ihre Petition massenhaft zu verbreiten? Sie hatte sich auf die sog. Aktionsgruppen, deren organisatorisches Muster die DAG war, zu stützen. Die örtlichen Aktionsgruppen wurden nicht von oben initiiert,⁵⁹ sondern entstanden meist im Gefolge der intensiven Vortragstätigkeit von Heinemann und Wessel im Bundesgebiet. Diese Gruppen handelten überall in eigener Verantwortung, je nach den örtlichen Verhältnissen. Sie waren keine Untergliederungen der NG. Nicht einmal ihre exakte Zahl war in Essen bekannt.

Die Aktionsgruppen konzentrierten ihre Arbeit auf die Sammlung von Unterschriften für die Petition. Erklärungen, Veranstaltungen durften nur

53 »CDU-Rheinland tagt in Velbert«, in: GA v. 24./25.11.1951.

54 Schröder, zit. n. »CDU umwirbt den Mittelstand«, in: AN v. 26.11.1951; vgl. auch »An der Wende zu neuer politischer Entwicklung«, in: AN v. 26.11.1951.

55 »Seltsame NG«, in: Union in Deutschland, Nr. 90 v. 28.11.1951, S. 3.

56 Zit. n. Heinemann, »Linientreue statt Verantwortung«, in: GR, 3. Jg., Nr. 24/25 v. 10.6.1955, S. 1.

57 Vgl. »Die ›Friedens-Rebellen‹ bleiben rege«, in: SZ v. 7./8. Juni 1952.

58 Kaiser an Heinemann, 8.5.1952, NL Hei 43; vgl. auch 7.1.1952, NL Hei 42.

59 Vgl. NG, »1. Rundschreiben an die Aktionsgruppen«, v. 22.2.1952, S. 1ff, NL Scheu 9. Wie wenig organisiert die NG war, macht auch die Tatsache deutlich, daß der NG-Vorstand insgesamt nur drei Rundschreiben versandt hatte. Vgl. NL Scheu 9, NL Hei 363.

dann unter dem Namen der NG laufen, sofern dies mit dem NG-Vorstand abgestimmt worden war. Diese Vorsichtsmaßnahmen wurden getroffen, damit nicht die verschiedensten Gruppen namens der NG auftreten konnten. Heute läßt sich die Zahl der Aktionsgruppen nicht mehr exakt feststellen. Die von Molt 1954 erstellte Übersicht enthält 25 Aktionsgruppen im Bundesgebiet. Sie ist sehr lückenhaft, weder die 12 Berliner Aktionsgruppen noch die zwei bayerischen sind vermerkt. Ihre Zahl wird man insgesamt aber nicht zu hoch veranschlagen dürfen. Es dürften an die 50 gewesen sein.⁶⁰ Um wenigstens den Kontakt zum NG-Vorstand herzustellen, gab dieser seit dem April 1952 ein Mitteilungsorgan, »Die Nachrichten der Notgemeinschaft für den Frieden Europas« heraus, das eine maximale Auflage von 5000 je Ausgabe hatte.⁶¹ Selbst wenn Heinemann wie Wessel vor überfüllten Sälen sprach, blieb der Erfolg der Petitionsaktion bescheiden. Zwar gab es regionale Erfolge,⁶² doch der große Durchbruch blieb der NG verwehrt. Seit April/Mai 1952 geriet die Petition vollends ins Stocken. Das dürfte an der objektiven Schwierigkeit gelegen haben, daß im Mai die Westverträge ratifiziert wurden. Was konnten da noch Unterschriften leisten gegen eine Sache, die als beschlossen galt. Der Initiator der Petition, Priebe, räumte in einem Leserbrief an den Spiegel ungewollt das Scheitern der Petitionsaktion ein. Er hätte nie geglaubt, daß es möglich sein werde, die Mehrheit der Bevölkerung trotz ihrer Ablehnung eines Wehrbeitrages zur Unterzeichnung der Petition bewegen zu können. Dazu sei der Mut, mit seinem Namen zu seiner Überzeugung zu stehen und das Vertrauen zu den demokratischen Grundrechten in Deutschland doch noch zu wenig verbreitet. Wenn man den »Erfolg« der Unterschriftensammlung beurteilen wolle, dann sollte man die Frage aufwerfen, wieviel Bürger denn bereit wären, mit ihrem Namen für einen Wehrbeitrag einzutreten.⁶³ Auch Heinemann räumte indirekt im September 1952 das Scheitern der Petitionsaktion ein, als er davon sprach, die Zahl der Unterschriften entspreche in keiner Weise dem wirklichen Stand der Dinge, weil nur ein Bruchteil der wahlberechtigten Männer und Frauen mit der Petition bekannt gemacht werden konnte. Das zögerliche Verhalten vieler Leute, ihre Meinung offen und frei mit ihrer Unterschrift zu bekunden, stimmte Heinemann nachdenklich.

Heinemann verwies auf eine Äußerung des katholischen Schriftstellers Reinhold Schneider und meinte, dessen Prophezeiung aus dem Herbst 1950, die Stunde des freien Worts werde nicht mehr lange währen, verwirkliche sich jetzt.⁶⁴ Die Bedenken, zu unterzeichnen, waren nicht so ohne weiteres aus der Luft gegriffen. In einigen Orten wurden die Petitionslisten von offizieller Seite beschlagnahmt.⁶⁵ Die NG mußte sich in einer Vielzahl von Prozessen gegen den Vorwurf der Staatsfeindlichkeit

60 Vgl. Auskunft Posser, 5.1.1985.

61 Vgl. Heinemann, »NG-Bundeskongreß«, S. 3.

62 Vgl. »Aus der Arbeit der NG«, in: Nachrichten, Nr. 2 v. Mai 1952, S. 1f.

63 Priebe, »Notgemeinschaft«, Leserbrief, in: Spiegel, 6. Jg., Nr. 18 v. 30.4.1952, S. 34.

64 Heinemann, »Die Petition der NG«, in: Nachrichten, Nr. 7 v. September 1952, S. 2.

65 Vgl. Posser an Reinbacher, 7.2.1952, NL Hei 42.

wehren. Dabei übersahen die Kritiker der NG, daß sich die KPD von ihr distanzierte, weil in den Kundgebungen und in der Petition auch von der ›friedlichen Befreiung der Sowjetzone‹ gesprochen wurde. In einem Artikel »Ein Wort zur ›Notgemeinschaft‹ und ihrer Petition«, der in ihrem Zentralorgan ›Freies Volk‹ am 4. Februar 1952 erschienen ist, hieß es, jeder, der von der ›Befreiung der Ostzone‹ rede, begeben sich in die Gesellschaft der Adenauer und Blank und fördere die geistige Kriegsvorbereitung durch Irreführung des Volkes. Hinzu komme, daß die Petition einer Sammlung aller friedwilligen und patriotischen Kräfte in Westdeutschland entgegenwirke und die Zusammenarbeit aller Deutschen für den Frieden störe.⁶⁶ Dennoch führte die organisatorische ›Unstrukturiertheit‹ der Aktionsgruppen mitunter zur Tätigkeit von Kommunisten für die NG. In der NG war man sich dieses Dilemmas durchaus bewußt. Scheu meinte, die NG sei bezüglich der Kommunisten in einer sehr schwierigen Lage: »Selbstverständlich sind wir in der Sache mit den besten von ihnen – und es gibt Gott sei Dank eine ganze Menge wirklich gutgläubiger ehrlicher Kommunisten – einig und trotzdem schadet es dem Nahziel der Notgemeinschaft, nämlich eine überwältigende Anzahl von Unterschriften einzubringen, wenn uns die Kommunisten loben oder gar die Aktion örtlich mehr oder weniger in die Hand nehmen, und das würden sie bei ihrer Aktivität und Einsatzbereitschaft sofort tun, wenn wir ihnen dazu die Chance geben würden. Leider haben die Kommunisten bisher im ganzen Bundesgebiet bei unseren Veranstaltungen nicht die Disziplin und den politischen Instinkt gezeigt, den man ihnen eigentlich zutrauen müßte.«⁶⁷

Nach einer internen Aufstellung sammelte die NG bis zum September 1952 ca. 148.000 Unterschriften.⁶⁸ Das Ziel der Petition war damit bei weitem nicht erreicht worden.

66 »Ein Wort zur ›Notgemeinschaft‹ und ihrer Petition«, in: Freies Volk v. 4.2.1952.

67 Scheu an Klös, 20.2.1952, NL Scheu 9.

68 Vgl. Liste, NL Heinemann 365: Südweststaat 50000; Hessen 28000; Nordrhein-Westfalen 28000; Hamburg 12000; Rheinland-Pfalz 8000; Bayern 6000; Niedersachsen 6000; Schleswig-Holstein 4500; Bremen 3000; Berlin 2000/3000. Vgl. auch Humburg an Heinemann, 4.4.1952, NL Hei 43. In einer kleinen Pressenotiz – Berichtigung zu einem SZ-Artikel v. 7./8.6.1952 – schrieb die SZ v. ca. 200000 Unterschriften (vermutlich 10. oder 11.6.1952), Fundstelle NL Hei 363.

Die Notgemeinschaft – organisatorische Straffung oder Parteigründung?

Die geringe Beteiligung an der Petition, die Koordinationsmängel der einzelnen Aktionsgruppen untereinander, interne Spannungen in einzelnen Aktionsgruppen¹ wegen der nicht vorhandenen Organisationsstruktur – es gab weder Verantwortlichkeiten noch zugeschriebene Aufgabenbereiche – führten innerhalb der NG schon bald nach ihrer Gründung zu Überlegungen, wie die Koordination verbessert, die Kooperation untereinander verstärkt und die Arbeit effektiviert werden könnte. Zu diesem Zweck schlug Priebe dem Vorstand schon im Februar, d. h. einen Monat nach Beginn der Unterschriftensammlung für die Petition, eine Zusammenkunft von Vertrauensleuten der Aktionsgruppen auf Bundesebene vor.² Die als negativ empfundene Isolierung der Aktionsgruppen untereinander, der mangelnde Kontakt zum NG-Vorstand führten zur Forderung, die »organisatorische Spitze stark«³ zu machen.

Die anstehende Ratifizierung des Deutschlandvertrages veranlaßte auch Heinemann zu Überlegungen, »welchen weiteren Weg die Notgemeinschaft zu gehen gedenkt«, wenn »mit dem Generalvertrag ein neuer Entwicklungsabschnitt erreicht wird.«⁴ Deshalb lag Heinemann viel an einer Aussprache aller Aktionsgruppen. Über das künftige politische Vorgehen sollte schließlich ein mehrfach verschobener Bundeskongreß der NG am 7./8. Juni 1952 in Frankfurt befinden.⁵ Auf dem Kongreß wurden zwei Modelle »ventiliert«: Sollte sich die NG als Partei etablieren oder ihre Arbeit auf eine gegliederte Organisationsstruktur stellen? Gerade aus dem Umfeld der DAG – seit der Besprechung zwischen Mitgliedern der NG und der DAG am 28.3.1952 in Siegen wurde die DAG offiziell als Aktionsgruppe der NG bezeichnet⁶ – stand man einer Parteigründung reserviert gegenüber. Das Unbehagen hatte sich erstmals bei der Formulierung des Petitionstextes artikuliert. Stein des Anstoßes bildete der Vorspann zum eigentlichen Text, die sog. Programmsätze. Sie lauteten:

1 Vgl. Küpper (Aktionsgruppe München) an Wessel, 13.3.1952, NL We STO 34.

2 Priebe an Posser, 21.2.1952, NL Hei II Februar 1952.

3 Humburg an Heinemann, 4.4.1952, S. 2, NL Hei 43.

4 Heinemann an Mochalski, 28.4.1952, NL Hei 43.

5 »2. Rundschreiben an die Aktionsgruppen« v. 24.5.1952, NL Scheu 9. Vgl. auch Priebe an Posser, 3.5.1952, NL Hei 43. Laut Teilnehmerliste waren 78 Personen anwesend. Die Herkunftsorte der Teilnehmer vermitteln ein Bild über die regionale Schwerpunkttätigkeit der NG. Sie lag in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen. Vgl. Liste NL Scheu 9.

6 Vgl. »Ergebnisse der Besprechung zwischen Mitgliedern der NG und der DAG!«, NL Hei II März 1952.

»Gegen eine westdeutsche Aufrüstung – Für Wiedervereinigung Deutschlands – Für eine neue soziale Ordnung.«⁷ Bei den SPD-Mitgliedern der DAG erweckte dieser Vorspann den Eindruck eines »neuen Parteiprogramms«.⁸ Die Einwände zeigten, wie behutsam die NG operieren mußte, sobald der Anschein einer organisatorischen Verfestigung entstand. Die DAG ließ deshalb bei der Verbreitung der Petition diesen Vorspann weg. In der vom NG-Vorstand später gedruckten Fassung wurden diese Programmsätze dann auch nicht mehr aufgeführt, damit vor allen Dingen die Forderung nach einer neuen sozialen Ordnung nicht als Vorformulierung eines neuen Parteiprogramms gedeutet werden konnte. Auf dem Bundeskongreß waren es erneut die Vertreter der »DAG«, die zwar mehr als eine bloße Fühlungnahme untereinander und auch »das Ziel einer Kursfestlegung«⁹ wollten, eine neue Partei sollte aber nicht gegründet werden. Die örtlichen Aktionsgruppen sollten die Möglichkeit erhalten, sich entsprechend der NG in Essen vereinsrechtlich zu organisieren. Nachdem der NG-Vorstand sich dazu nicht bewegen ließ – offiziell satzungsrrechtlich begründet, faktisch wollte der NG-Vorstand einer kommunistischen »Überfremdung« vorbeugen – beschloß man für die bestehenden örtlichen Gruppen einheitlich die Bezeichnung »Arbeitsgruppe der NG« einzuführen. Diese sollten dann zu Landesgruppen zusammengeschlossen werden. Aus Vertretern der Landesgruppen wollte man einen Beirat auf Bundesebene bilden mit der Aufgabe, den NG-Vorstand zu beraten und arbeitsmäßig zu entlasten.¹⁰

Nach diesem Modell gründete sich gegen anfängliches Widerstreben Heinemanns in Hessen eine Landesgruppe der NG, deren Vorstand von »DAG«-Aktivisten dominiert wurde.¹¹ Dem hessischen Beispiel folgte allein noch Berlin. Ähnliche Überlegungen in Baden-Württemberg wurden durch die Zeitläufte überholt, denn inzwischen lief alles auf eine neue Partei hinaus.¹² Die Berliner NG machte sich im Laufe des Jahres 1952 weitgehend unabhängig von Essen. Im Gegensatz zum NG-Vorstand verfügten die Berliner wohl über erhebliche Ressourcen. Angeblich unterhielt einer ihrer führenden Männer, Pfarrer Werner Koch, enge Beziehungen zu neutralistischen Kreisen in Frankreich, die ihnen auch finanzielle Mittel zukommen ließen. Überdies konnte der Berliner Landesverband ein publizistisches Organ nutzen, die Zeitung »SOS«. Sie wurde von dem Westberliner CDU-Mitglied Otto Fanselow herausgegeben und war pazifistisch ausgerichtet.¹³

Einige Vertreter auf dem Bundeskongreß dachten daran, die NG in eine

7 Hektografiertes Petitionstext, Archiv G. Hertel.

8 Mochalski an Heinemann, 8.1.1952, NL Hei II Januar 1952.

9 Mochalski an Wessel, 4.6.1952, NL We STO 34.

10 Vgl. »Niederschrift über den 1. Bundeskongreß der NG am 7./8. Juni in Frankfurt«, S. 2f, NL Hei 363.

11 Vgl. Priebe an Heinemann, 17.6.1952; ders. an Heinemann, 27.6.1952; ders. an Heinemann, 5.7.1952, NL Hei II Juni/Juli 1952. Vgl. auch »Satzung der Landesgruppe Hessen der NG« mit einer aufgeführten Namensliste, NL Hei II Juni/Juli 1952.

12 Vgl. »NG in Württemberg-Baden«, 23.8.1952, Archiv Hertel.

13 Vgl. »Arbeitsübersicht der NG in Berlin 1952«, NL We 74. Vgl. (Hintergrundbericht zur Berliner NG), in: Der Fortschritt v. 24.10.1952. Fundstelle NL Hei 365.

neue Partei überzuführen. Die mit der Frage einer Parteibildung zusammenhängenden Probleme sollte ein eigens vom Kongreß beauftragter Ausschuß klären. Heinemann stellte ausdrücklich fest, daß der Beschluß, einen Ausschuß mit diesen Fragen zu beauftragen, keine Entscheidung für eine Parteigründung bedeute. Der Ausschuß habe lediglich interne Überlegungen diesbezüglich anzustellen und sei weder zu Verhandlungen noch zu Erklärungen namens der NG berechtigt.¹⁴ Der Ausschuß¹⁵ – er sollte mit Helene Wessel eine erste Zusammenkunft vereinbaren – tagte aber nie. Das war auch nicht notwendig. Scheu nahm die Sache in die Hand und auch Wessel wollte Mitte 1952 die Gründung einer Partei nicht mehr abschließen.¹⁶ Bezüglich des Verhältnisses der NG zu anderen politischen Gruppen oder Organisationen verwandter Zielsetzungen bestand Übereinstimmung, daß eine organisatorische oder personelle Verbindung mit ihnen nicht gesucht werden sollte. Bemühungen um eine einheitliche Wirksamkeit im Interesse der Ziele der NG sah man als erwünscht an, von Fall zu Fall hielt man sogar eine Zusammenarbeit in Veranstaltungen und dergleichen für möglich.¹⁷ Politisch-inhaltlich endete der erste und einzige Bundeskongreß der NG weniger orientierungslos als in der organisatorischen Frage. Erstmals bekannte sich die NG zu einer aktiven Beteiligung Deutschlands an der eigenen Zukunftsgestaltung. Die NG machte aus der bisher bloß abwehrenden Haltung gegen die Wiederaufrüstung eine positive Wendung. In einem Beschluß zur deutschen Frage heißt es u. a.: »Wir Deutschen in Ost und West müssen aber unser Schicksal selbst mitgestalten. Wir müssen durch *eigene* (Hervorhebung J. M.) Bemühungen gesamtdeutsche Wahlen erreichen unter Berücksichtigung der ost- und westdeutschen Vorschläge. Diese Wahlen sollen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung führen und damit die Voraussetzung für den Friedensvertrag zwischen allen Beteiligten schaffen. Die NG ist gewillt, einen solchen Schritt zur Lösung der deutschen Frage mitzuverantworten, weil nur eine vom ganzen deutschen Volk frei gewählte Regierung politische und militärische Verpflichtungen eingehen kann.«¹⁸ Damit verlangte die NG nicht allein die Aktivität der Besatzungsmächte, sondern sie forderte über die Systemgrenzen hinweg deutsche Offensiven unter Berücksichtigung ost- und westdeutscher Vorschläge. Der nationale Impetus ließ die NG vergessen, wie sehr Deutschland (vor allem die DDR, aber auch die Bundesrepublik) eingebunden und abhängig war von dem, was die Siegermächte zuließen. Deutschland war 1952 noch immer kein Subjekt, sondern ein Objekt internationaler Interessen.

14 Vgl. »Niederschrift über den 1. Bundeskongreß der NG am 7./8. Juni in Frankfurt«, S. 1, NL Hei 363. Der publizierte Bericht zum Kongreß enthält hierüber keine Angaben. Vgl. »Aus der Arbeit der NG«, in: Nachrichten Nr. 4 v. Juli 1952, S. 2.

15 Dem Ausschuß gehörten an: W. R. Allgaier (NG-Mannheim) – Allgaier, 1949 Oberbürgermeister von Geislingen, war bei der ersten Bundestagswahl für den CDU-Kandidaten Ludwig Erhard im Wahlkreis Ulm aktiv tätig; K. G. Arndt, Mitarbeiter von F. Meyer zu Schwabedissen und einst beim Deutschen Kongreß; Joachim Harth (NG Siegen); Oskar Hammelsbeck (NG-Vorstand); Heinz Krüger (NG Berlin), vormalig »Mitglied« beim Deutschen Kongreß; A. Priebe (NG Frankfurt) und H. Schuhman (NG Karlsruhe).

16 Vgl. Wessel an Georgi, 28.5.1952, NL We STO 34.

17 Vgl. »Niederschrift über den 1. Bundeskongreß«, S. 2, NL Hei 363.

18 »Aus der Arbeit der NG«, in: Nachrichten, Nr. 4 v. Juli 1952, S. 2.

Die außenpolitische Konzeption der Notgemeinschaft

1. ›Aufruf an das deutsche Volk‹ und die ›Petition‹: Gemeinsamkeiten und Differenzen in den politischen Grundsatzäußerungen der Notgemeinschaft.

Der ›Aufruf‹ und die ›Petition‹ waren die einzigen programmatischen Äußerungen, die ausdrücklich unter dem Namen der NG erschienen.¹ Sie verstanden sich als Einlassungen gegenüber dem außenpolitischen Programm der Bundesregierung. Dieses hatte in den 15 Monaten zwischen Heinemanns Rücktritt und der Gründung der NG solch konkrete Formen in der Wiederbewaffnungs- und der Deutschlandfrage angenommen, daß sich die NG in ihren programmatischen Grundlinien entschieden gegen diese offizielle Politik stellte. Das erste politische Manifest der NG war der ›Aufruf an das deutsche Volk‹. Wegen der Bedeutung, die ihm und der Petition für die NG zukommt, werden beide ausführlich zitiert. Der ›Aufruf‹ – erstmals im Dezember 1951 publiziert – zeigt bereits das konstante programmatische Grundmuster der NG. Es lautete: »*Es geht um Krieg oder Frieden!*«

Krieg löst heute nicht mehr die Streitfragen der Völker. Für uns würde Krieg der Untergang sein. Deutschland wäre sein Schauplatz. Die Bundesregierung beabsichtigt, Westdeutschland aufzurüsten und der militärischen Gemeinschaft der Westmächte anzuschließen. Sie glaubt damit dem Frieden zu dienen.

Wir aber sind überzeugt: Rüstung und Eingliederung Westdeutschlands in den Westblock führen auf verhängnisvolle Bahnen. Das deutsche Volk hat mit wenigen Ausnahmen eine instinktive Abneigung gegen die Wiederbewaffnung. Dieser Instinkt ist richtig. Aber nicht nur die Gefühle des Volkes, sondern auch die politische Vernunft sprechen eindeutig gegen eine westdeutsche Aufrüstung.

Westdeutschlands Aufrüstung ist kein Weg zur Gleichberechtigung oder Souveränität, weder für die Bundesrepublik noch für Deutschland im ganzen. Allein der Friedensvertrag *aller* Siegermächte mit einem geeinten,

1 Die NG veröffentlichte 1952 noch eine kleine Broschüre »Für und Wider die deutsche Aufrüstung. Was man sagt und was wir antworten.«, Essen, Januar 1952, NL Hei 131. Sie ist aber weniger eine Grundsatzäußerung der NG, sondern ein Argumentationspapier, auf das später noch zurückgegriffen wird.

rechtlich und politisch gesicherten Deutschland kann uns einen gleichberechtigten Platz unter den Völkern zurückgeben.

Westdeutschlands Aufrüstung bannt nicht die Kriegsgefahr, sondern vergrößert sie. Die Aufrüstung verschärft die internationalen Spannungen. Die Sowjetunion hat 20 Millionen Deutsche als Pfand in der Hand. Sie will eine westdeutsche Aufrüstung nicht untätig hinnehmen.

Westdeutschlands Aufrüstung wird die deutsche Einheit nicht herstellen, sondern den Eisernen Vorhang dichter schließen. Je mehr West- und Ostdeutschland sich in den Aufmarsch der Weltmächte gegeneinander eingliedern lassen, desto geringer ist die Hoffnung, daß wir wieder zusammenkommen. In einem Bruderkrieg würden, unabhängig vom Ausgang, das deutsche Volk und Land zugrundegehen.

Westdeutschlands Aufrüstung vertieft die Spaltung Europas und verhindert den Zusammenschluß seiner Völker. (...) Wir rufen das deutsche Volk auf, unseren Weg mitzugehen:

Gegen eine unzeitgemäße Aufrüstung.

Für ein einiges Deutschland des Rechtes und der Freiheit.

Für den Frieden Europas«² Der ›Aufruf‹ atmet bis in die Diktion den Geist Heinemanns. Er ist auch von Heinemann bereits im November 1951 verfaßt³ und am 4.12.1951 nach »langer Aussprache in veränderter Fassung schließlich einstimmig gebilligt worden«.⁴ Es ging in dem Aufruf nicht ausschließlich um die Einheit Deutschlands. Die anstehende Wiederbewaffnung wurde auch in der Alternative Krieg oder Frieden gesehen. Die Perhorreszierung des Krieges wird noch deutlicher bei dem Entwurf des ›Aufrufs‹, der von Scheu angefertigt und einem ausgewählten Kreis zur Beurteilung zugesandt wurde.⁵ Der Scheusche Entwurf, der so nicht verabschiedet wurde, ist noch durchdrungen vom Ideengut der ›Stätte der Begegnung‹. Beispielhaft werden im Anschluß an den eigentlichen Text des ›Aufrufs‹ die wichtigsten Gründe für und wider die Aufrüstung dargelegt, damit jeder »die notwendigen Schlußfolgerungen für seine Entscheidung ziehen« kann.⁶ Vor der Endfassung standen sich so zwei Konzepte gegenüber, einmal das von Heinemann und das von Scheu vorgelegte. Der schließlich publizierte ›Aufruf‹ listete die Gründe auf, die nach Ansicht der NG gegen eine Aufrüstung sprachen, und beschrieb in kurzen, prägnanten Sätzen ihre Gefahren. Scheus Entwurf wirkt wegen der Hereinnahme von Gründen für die Aufrüstung und wegen seiner sprachlich ›moderaten‹ Formulierung nicht so ›aggressiv‹ wie der veröffentlichte ›Aufruf‹, obschon auch Scheu von dem Leitsatz ›Krieg oder Frieden‹ ausging, eine Leitidee, die sich durch seinen ganzen Text zieht. Sicherlich stand dem ›verderb-

2 ›Aufruf an das deutsche Volk‹, in: Nachrichten, Nr. 1 v. Januar 1952, S. 1.

3 Vgl. Haumann (Heinemanns Sekretärin), Dr. Dr. Gustav W. Heinemann«, in: Aus vergangenen Tagen. Heinemann von seinen Freunden zum 70. Geburtstag gewidmet. Privatdruck, (1969), (o. S.).

4 Posser, (Handschriftliches Protokoll der NG-Sitzung am 4.12. 1951), S. 1, NL Hei 357.

5 Vgl. »Persönlich! - Vertraulich! - Nicht an Dritte weiterzugeben! Aufruf an das deutsche Volk - Entwurf«, »Es geht um Krieg oder Frieden«, NL Scheu 9.

6 Scheu, ›Aufruf an das deutsche Volk - Entwurf‹, NL Scheu 9.

lichen« Ja zur Aufrüstung das »rettende« Nein gegenüber,⁷ doch allein die Hereinnahme von Argumenten für die Wiederaufrüstung ließ zumindest die Intention einer »sachliche(n) und gewissenhaft(en)«⁸ Abwägung des Für und Wider erkennen.

Was auffällt, ist auch die Stellungnahme Scheus gegen die Sowjetunion. Scheu erklärte in seinem »Aufruf-Entwurf« ausdrücklich: »Wir sehen die Gefahr aus dem Osten in ihrer wahren Gestalt. (Gemeint ist vermutlich die Verfolgung kommunistischer Ziele mit »sozialrevolutionären Mitteln«, J. M.) Die Sowjetunion erstrebt eine Weltrevolution, deren Zielsetzung und gewalttätige Methoden lehnen wir ab.«⁹ Hierzu enthält sich der endgültige »Aufruf« jeglichen Kommentars. Für ihn existierte die UdSSR nur in dem Sinne, daß sie 20 Millionen Deutsche als Pfand habe. Ansonsten vermied es der »Aufruf« tunlichst, Attacken gegen die sowjetisch-bolschewistische Politik zu führen. Scheu dagegen verwies auf die weltrevolutionäre Zielsetzung der UdSSR und stellte ihr entgegen: »Der sicherste Schutz gegen den Kommunismus ist grundlegende soziale, politische und moralische Erneuerung in Deutschland und Europa.«¹⁰

Weil der »Aufruf« allein das negative Ziel des Kampfes gegen die Wiederbewaffnung herausstellte, wollte sich Wolf Schenke mit seiner Dritten Front nicht der NG anschließen. Schenke, der an der Endredaktion des »Aufrufs« beteiligt war, und andere Nationalkonservative hatten sich ja für eine bewaffnete Neutralität Deutschlands ausgesprochen.¹¹ Der Appendix des »Aufrufes« zur europäischen Spaltung dürfte auf den Einfluß Wessels zurückgehen. Anders als beim »Aufruf« ist bei der Petition die Handschrift der einzelnen »Autoren« nicht mehr exakt nachweisbar, wohl aber die Urheberschaft Pribes. Die Petition wandte sich ausdrücklich an den Bundestagspräsidenten: »Da uns die Mitbestimmung über die geplante Wiederbewaffnung unseres Volkes versagt wird, bleibt uns als letzte Möglichkeit zur Bekundung unseres Willens nur eine Petition an den Bundestag.«¹² Herbert Mochalski, aus dessen politischem Umfeld die Anregung für eine Petition gekommen war, erklärte die Notwendigkeit dieser Petitionsaktion mit dem Charakter der repräsentativen Demokratie, wie sie SPD und CDU seinerzeit im Parlamentarischen Rat einvernehmlich durchgesetzt hatten (Wessel war damals für Volksbegehren und Volksentscheid eingetreten, J. M.). Nicht nur im Hinblick auf die sog. »Volksdemokratien«, auch im Hinblick auf die westdeutsche »repräsentative Demokratie« galt nach Ansicht Mochalskis, daß »von einer Demokratie als Volksherrschaft keine Rede sein kann. Weder die Voraussetzungen noch der Wille dazu sind vorhanden.«¹³ Mochalskis Vorstellung von »Volksherrschaft« war gekoppelt an die Vorstellung, den »Volkswillen« durch

7 Vgl. »Vertrauliche NG«, in: Rheinischer Merkur v. 30.11.1951.

8 Scheu, »Aufruf an das deutsche Volk – Entwurf«, NL Scheu 9.

9 Ebd..

10 Ebd..

11 Schenke an Heinz Krüger, 24. Juli 1952, Abschrift, NL Hei II Juni/Juli 1952.

12 Die Petition, zit. n. »Aufruf zur Unterschriftensammlung«, NL Scheu 63.

13 Mochalski, »Demokratie in der Entscheidung«, in: StdG, 4. Jg., Nr. 2 v. Februar 1952, S. 5.

Plebiszite zur Geltung bringen zu können. Da nun seiner Meinung nach weder der Bundestag noch die Bundesregierung, weder SPD noch CDU die Möglichkeit erwogen, »das Volk in der Frage der Wiederaufrüstung entscheiden zu lassen oder wenigstens durch ein Volksbegehren zu hören«,¹⁴ blieb auch für ihn als letzte Möglichkeit das Recht der Petition. Mit der Petition drückte die NG ihr politisches Wollen aus: »Wir sind der Überzeugung, daß eine westdeutsche Aufrüstung nicht der Sicherung des Friedens dient, sondern die Kriegsgefahr erhöht. Ein Krieg würde unser Untergang sein. Deutschland wäre sein Schauplatz. Wir wollen aber nicht, daß es uns wie den Koreanern geht, wo man erst dann wieder Verhandlungen suchte, nachdem die Feuerwalze fremder Mächte Volk und Land vernichtet hatte.«¹⁵ Wir glauben nicht daran, daß westdeutsche Aufrüstung zur friedlichen Befreiung der Sowjetzone und Wiederherstellung der deutschen Einheit führt. Aufrüstung wird vielmehr den Eisernen Vorhang dichter schließen und 18 Millionen Deutsche, vor allem die junge Generation den Gegenmaßnahmen des Sowjetsystems preisgeben.

Ohne einen Friedensvertrag mit allen vier Besatzungsmächten kann es völkerrechtlich überhaupt keine deutschen Soldaten geben. Wehrpflicht wäre ein staatlicher Zwang zu völkerrechtswidrigem Verhalten. Wir fordern den Bundestag deshalb auf, die geplante Aufrüstung abzulehnen und die Bundesregierung zu veranlassen, eine Politik redlicher Verständigung und glaubhafter Bemühung um die Wiedervereinigung Deutschlands unter einer gesamtdeutschen Regierung zu führen.«¹⁶

Petition und »Aufruf« sind inhaltlich identisch in der Warnung vor der Kriegsgefahr. Allerdings fällt die stärkere Betonung des nationalen Gedankens in der Petition auf. Man stellte sich gegen »fremde Mächte«, man wollte die »friedliche Befreiung der Sowjetzone« und leugnete die völkerrechtliche Zulässigkeit westdeutscher Wiederaufrüstung, sollten deutsche Soldaten ohne Friedensvertrag zum Wehrdienst herangezogen werden. Hier machte sich der Einfluß bzw. das Eingehen auf die »soldatische Linie« bemerkbar, wie sie in der NG Konteradmiral a. D. Stummel repräsentierte. Aber auch der Kreis der Jüngeren um Mochalski konnte Vorstellungen einbringen, wenn besonders auf die Folgen einer Aufrüstung für die junge Generation in der Sowjetzone abgestellt wurde.¹⁷ Die Petition richtete sich so nicht allein gegen den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung, sondern hatte – im Gegensatz zum »Aufruf« – auch eine moderate antisowjetische Zielorientierung. Das Aufgreifen dieser Zielorientierung war mehr für die Kritiker der NG gedacht, um das Argument zu entkräften, sie sei sowjetfreundlich. Trotz dieser unterschiedlichen »Gewichtungen« in »Aufruf« und Petition schälten sich die drei grundlegenden Ziele der NG heraus: da war zuvörderst die Erhaltung des Friedens, sodann die Befreiung der Ostzone vom Totalitarismus und mit ihr die

14 Ebd., S. 8.

15 Vgl. Posser – auf den dieser Passus vermutlich zurückgeht – »Die These vom deutschen Vakuum oder das Beispiel Korea«, in: StdG, 4. Jg, Nr. 2 v. Februar 1952, S. 41.

16 Petition, NL Scheu 63.

17 Vgl. Mochalski, »Demokratie in der Entscheidung«, in: StdG, 4. Jg., Nr. 2 v. Februar 1952, S. 6f.

Wiedervereinigung Deutschlands. Alle drei Ziele hatten eines gemeinsam, sie waren nach Ansicht der NG inkompatibel mit einer westdeutschen Wiederaufrüstung.

2. Die Negation der Politik der Stärke

Die NG wollte unbedingt den Frieden gesichert sehen. Eine deutsche Beteiligung an der europäischen Aufrüstung hätte ihrer Argumentation zufolge das Kriegsrisiko erhöht, weil sie das machtpolitische Gleichgewicht zwischen Osten und Westen¹ zugunsten des westlichen Bündnisses verschoben hätte. In diesem Punkt konnte sich die NG sogar auf ihren Hauptgegner Adenauer berufen. Jener hatte nämlich im Bundestag am 3.4.1952 erklärt, »daß auch nicht einmal die sowjetrussischen Generäle Krieg wollen und zwar deswegen nicht – (...) – weil jetzt schon der Westen so stark ist, daß Sowjetrußland keinen Krieg vom Zaune brechen wird. Es kommt ein Weiteres hinzu, was uns, glaube ich, berechtigt, mit Optimismus in die Zukunft zu sehen. Sowjetrußland hat große innere Aufgaben zu erfüllen, Aufgaben, zu denen es Kapital und Menschen braucht.«² Die NG machte sich den Umstand wechselnder Begründungen für die Wiederaufrüstung in Adenauers Argumentation zunutze, um Adenauer Widersprüchlichkeit nachzuweisen und um für ihre eigene Politik zu werben.

Trotz seiner in Zielsetzungen und Erwartungen in sich konsistenten Politik der Westintegration, variierte Adenauer die Argumente, die seiner Meinung nach für die EVG sprachen. Noch in der ersten Bundestagsdebatte zur Wiederbewaffnung im *Februar 1952* war es die Befürchtung eines bevorstehenden sowjetischen Angriffes, dessentwegen eine Aufrüstung vonnöten sei.³ Im *April 1952* verneinte Adenauer diesen Tatbestand und sah die Aufrüstung in Funktion zur Wiedervereinigung. Im *Juli 1952* betonte er dann den europäischen Friedensgedanken der EVG mit dem Argument, der EVG-Vertrag diene »bei weitem, in erster Linie und in der Hauptsache« dem Zweck »der *Befriedung Europas*«. ⁴ Letzterer Punkt wurde von der NG als Scheinargument abgetan;⁵ einen Krieg angestiftet durch die Sowjetunion erwartete sie gleichfalls nicht. Was die NG fürchtete, war der Bezug, den Adenauer zwischen Wiedervereinigung und Wiederaufrüstung herstellte. Es soll hier nicht der Umstand bewertet werden, inwieweit es Adenauer mit dieser Politik ernst meinte, d. h., ob er tatsächlich davon überzeugt war, aus einer Position der Stärke heraus und über die Westorientierung zur deutschen Einheit zu gelangen.⁶ Klar war auf

1 Vgl. Heinemann, »Deutschland und der Friede Europas. Sollen wir aufrüsten?«, Flugschrift, (Rede in Berlin am 13.2.1952), NL Hei 131.

2 Adenauer, Dt. Bt., 204. Sitzung, 3.4.1952, S. 8761 D.

3 Vgl. Adenauer, Dt. Bt., 191. Sitzung, 8.2.1952, S. 8160 C/D.

4 Adenauer, Dt. Bt., 221. Sitzung, 9.7.1952, S. 9792 A.

5 Vgl. beispielhaft Posser, »Immer neue Argumente«, in: Nachrichten, Nr. 6 v. August 1952, S. 1f.

6 Zustimmend A. POPPINGA, 1975, S. 136f; S. 126. Ablehnend Baring, zit. n. R. STEININGER, Vertane Chance, 1985, S. 31.

alle Fälle, ein wiedervereinigtes neutrales Deutschland lehnte der Kanzler entschieden ab.

Am 1. März 1952 hatte Adenauer diesbezüglich erstmals erheblichen politischen Wirbel mit einer Rede in Heidelberg verursacht. Dort hatte er erklärt: Erst wenn der Westen stärker sei als die Sowjetunion, sei der Tag für Verhandlungen mit dem Kreml gekommen. »Dann wird man auch Sowjetrußland klarmachen müssen, daß es so nicht geht, daß es unmöglich halb Europa in Sklaverei halten kann, und daß im Wege einer Auseinandersetzung, nicht einer kriegerischen Auseinandersetzung, sondern im Wege einer friedlichen Auseinandersetzung, die Verhältnisse in Osteuropa neu geklärt werden müssen. Ich bin auch der Überzeugung, daß Sowjetrußland zu solchen Verhandlungen alsdann bereit sein wird (...). *Ich glaube und bin überzeugt, daß der Tag kommen wird, wo man mit Sowjetrußland vernünftig über alle diese Dinge sprechen kann und sprechen muß, und dann wird auch der Tag gekommen sein, wo wir mit unseren Brüdern und Schwestern im Osten in Freiheit wiedervereint sein werden.*«⁷

Fünf Tage später wiederholte Adenauer in einem Interview mit Ernst Friedländer diesen Grundtenor: »Erst wenn der Westen stark ist, ergibt sich ein wirklicher Ausgangspunkt für friedliche Verhandlungen mit dem Ziel, nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien, in Frieden zu befreien.«⁸ Noch im selben Monat sprach er dann nach Bekanntgabe der sowjetischen Märznote am 16. März 1952 auf der Gründungsversammlung des EAK der CDU von der »Neuordnung Osteuropas«.⁹

Was immer auch Adenauer mit diesen Statements bezweckte, sie verursachten jedenfalls Beunruhigung in der westdeutschen Öffentlichkeit. Die NG interpretierte diese Äußerungen als Ausdruck einer aggressiven Außenpolitik, obschon auch sie bereits von der »friedlichen Befreiung« der Ostzone gesprochen hatte. Dem Selbstverständnis der NG zufolge hatte das jedoch nichts mit der Adenauerschen Position gemein. Friedliche Befreiung und freie Wahlen in der Ostzone waren für die NG identisch. Die von Adenauer artikulierte »Politik der Stärke« hielten die NG-Vertreter für den Frieden in Europa für äußerst gefährlich. Helene Wessel machte in einer Rede im Mai 1952 in Berlin die Bedenken der NG geltend: »Was geschieht, wenn jetzt nicht die Möglichkeiten einer Verständigung mit Rußland ausprobiert werden, wenn vielmehr gewartet wird, bis der Westen die Stärkeposition zu Verhandlungen mit Rußland erreicht hat. Das dürfte Mitte – Ende 1953 der Fall sein. Wird dann das primitive, aber sehr gefährliche Mittel der Gewalt benutzt, auf Biegen und Brechen zu verhandeln, den Knoten einfach durchzuhauen?«¹⁰ Sollte diese »Politik der starken Faust«, wie Wessel formulierte, tatsächlich versuchen, im Falle »einer militärischen Optimalstärke mit dann ultimativen Forderungen

7 Zit. n. Bulletin Nr. 26 v. 4. März 1952, S. 254.

8 Zit. n. Bulletin Nr. 27 v. 6. März 1952, S. 262.

9 Zit. n. Sethe, »So stark ist Deutschland nicht«, in: FAZ v. 25.3.1952.

10 Wessel, »Bonn in der Entscheidung über Generalvertrag und Europäische Verteidigungsgemeinschaft«, Manuskript (Rede 1952 in Berlin), S. 9, NL We 40.

aktiv zu werden«, sah Wessel zwei Möglichkeiten: »die politische Niederlage oder die Katastrophe eines Krieges.«¹¹ In einem Gespräch Ende 1952 spitzte sich die Befürchtung Wessels zu, wenn sie erklärte: »Wenn ich eine sogenannte Politik der Stärke betreibe, bin ich bereit, auch den Krieg zu riskieren.«¹² Adolf Scheu vertrat sogar die These, daß die Aufrüstung, wie sie Adenauer betreibe, auch ohne Willen zum Krieg führe.

Diese Politik, die man Adenauer unterstellte, sah die NG nämlich eingebettet in eine globale Politik der Amerikaner. Bezugnehmend auf Adenauers Heidelberger Rede äußerte Heinemann den Verdacht, der Kanzler wolle die Bundesrepublik in ein Programm der Generalvereinbarung gegenüber der Sowjetunion einordnen, »für das die starke Faust vorbereitet wird, mit der man die Sowjetunion eines Tages, wie man sagt, an den Verhandlungstisch nötigen will, um ihr zu sagen, was sie alles zu ändern habe, damit man friedlich miteinander leben kann. (...) Hier liegt eine große politische Konzeption zugrunde – aber eine gefährliche Konzeption! Denn hier geht es ja um nichts anderes, als daß die Dinge auf ein Biegen oder Brechen angelegt werden.«¹³ Heinemann sprach davon, daß man nicht Hunderte von Milliarden in eine Aufrüstung stecke, wenn man nicht damit die Entschlossenheit verbinde, unter Umständen mit dieser starken Faust auch zuzuschlagen.¹⁴ In der Tat hatte sich 1952 in der amerikanischen Außenpolitik etwas getan. John Foster Dulles hatte in Äußerungen im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf einen Strategiewechsel der amerikanischen Außenpolitik angekündigt. Schon in seinem zwei Monate vor Ausbruch des Koreakriegs erschienenen Buch hatte der außenpolitische Berater Eisenhowers Deutschland als »einen großen Aktivposten für den Westen« bezeichnet, weil er dort »eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen könne, welche die sowjetkommunistischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und anderen Nachbarstaaten unterminieren werde.«¹⁵ Dulles formte die Strategie der »Eindämmung« des Kommunismus um in eine Roll-back-Strategie und operierte wie 1952 Adenauer mit Begriffen der »Befreiung« und »Neuordnung Osteuropas«. Mochte sich diese Politik in der Praxis kaum von der alten containment-policy der Regierung Truman unterscheiden, so verstand sie die NG doch nicht als bloße Rhetorik. Sie sah in der »neuen« amerikanischen Politik in der Tat ein Konzept, den Status quo ante bellum zu erreichen. Die Bundesregierung ordnete sich nach Meinung der NG in diese »Weltpolitik« ein und machte sich »zum Partner erdumspannender Zielsetzungen«. Hallstein hatte im März 1952 in den USA von einer europäischen Vereinigung bis hin zum Ural gesprochen und löste damit einen beträcht-

11 Wessel, »Deutschland und der Frieden Europas (Rede auf der NG-Proklamation am 21.11.1951), in: Aufruf zur NG, Broschüre (S. 4), Archiv J. Müller.

12 Heidingsfelder, »Gespräch mit Helene Wessel«, in: DW v. 8.10.1952.

13 G. HEINEMANN, »Wohin führt der Generalvertrag?« (Rede am 8.6.1952 in Frankfurt), in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 31.

14 Ebd.

15 Zit. n. Posser, »Das west-östliche Wettüsten hat schon 1945 begonnen«, in: NN v. 29.12.1952.

lichen Wirbel aus.¹⁶ Adenauer proklamierte gleichfalls im März 1952 die ›Neuordnung Osteuropas‹ und Eisenhower sprach im August 1952 von der Verdrängung der Sowjetunion aus ihren Positionen in Osteuropa wie Ostasien.¹⁷ Diese »Zielsetzungen« waren für die NG »offensiv« und eine »erdumspannende Weltpolitik gegen die Sowjetunion«.¹⁸

Die NG akzeptierte die globale Aufteilung der Welt in zwei Machtbereiche, wie sie auch jedwede Änderung zugunsten eines Machtblockes für nicht durchführbar hielt, da mit ihr sofort globale Reaktionen heraufbeschworen würden. Diese Politik globaler Reaktionen bei jeder Verletzung des Status quo wurde als Auswirkung zur seit 1947 gültigen Trumandoktrin gesehen. Nach Ansicht der NG war sie ein von der Person des amerikanischen Präsidenten unabhängiges Grundprinzip. Jede kommunistische Verletzung der territorialen Integrität der westlichen Hemisphäre würde nach Meinung der NG als Verletzung der amerikanischen Interessen behandelt werden.

Auffallenderweise diente der NG der Koreakrieg, der doch gerade für die Westintegrationsbefürworter zum Menetekel vor sowjetischer Aggressionspolitik wurde, als Beleg gegen die vielfach geäußerte Theorie des Vakuums und als Argument dafür, daß gegebenenfalls eine Politik globaler Reaktionen eintreten würde. Dem Einwand, Korea sei deshalb ein Opfer kommunistischer Aggression geworden, weil Südkorea keine militärische Anbindung an den Westen, d. h. an die USA gehabt hätte und weil dort – trotz vorhandener ›nationaler‹ Streitkräfte – ein militärisches Vakuum geherrscht hätte, ließ die NG nicht gelten. Das Verhalten der USA lieferte vielmehr der NG den Beleg dafür, daß »es spätestens seit der von Roosevelt proklamierten Hemisphärenpolitik kein ›Niemandland‹ mehr«¹⁹ gibt.

»Die Erde« – so Posser – »ist zwischen Ost und West in zwei Macht-sphären aufgeteilt, und jede gewaltsame Veränderung des gegenwärtigen Zustandes (status quo) führt zu einer weltweiten Reaktion des in seinem Einflußgebiet berührten Machtblocks. (...), so liefert Korea den vollgültigen Beweis. Im Juni 1950 haben die USA unverzüglich gehandelt, obwohl sie damals auf eine solche Aktion nicht vorbereitet waren.«²⁰ Die Verletzung amerikanischer Interessen führte dieser Interpretation zufolge zu sofortigen Reaktionen. »Deshalb ist auch der Schutz einer Nation gegen eine Aggression nicht so sehr das Ergebnis der Anwesenheit bewaffneter Streitkräfte auf ihrem Gebiet als vielmehr die Gewißheit, daß ein solcher Angriff einen neuen Weltkrieg auslösen wird.«²¹

Im Grunde genommen basierte damit sowohl das Verständnis von der Politik der globalen Reaktionen als auch die Politik der Stärke, sofern man

16 Vgl. K. DITTMANN, 1981, S. 168ff. Heinemann, Manuskript, (Rede am 27.10.1952 in Köln), S. 1, NL Hei 132.

17 Vgl. Heinemann, ebd., S. 1.

18 Ebd., S. 2.

19 Posser, »Die These vom deutschen ›Vakuum‹ oder das Beispiel Korea«, in: StdG, 4. Jg, Nr. 2 v. Februar 1952, S. 42.

20 Ebd..

21 Ebd., S. 43.

sie genuin defensiv interpretiert, auf dem gleichen Prinzip der Abschreckung, die zum Hintergrund ein ausbalanciertes Machtgleichgewicht hat. Die Verantwortung für die Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts schob die NG den USA zu, von ihr erwartete sie selbstverständlich Schutz für die Bundesrepublik, ohne daß die NG bereit war, unter den obwaltenden Bedingungen der deutschen Teilung die Notwendigkeit eigenverantwortlicher Zuständigkeiten anzuerkennen. Adenauer prägte einmal den Ausspruch: »Hilf Dir selbst, so hilft die USA«.²² Diese Maxime konnte und wollte die NG nicht anerkennen. Das perzipierte Machtgleichgewicht wurde nach ihrer Meinung durch die Politik der Stärke bedroht. Nach Auffassung der NG führte die »Stärkung der Atlantikfront« gegen die UdSSR beim Kreml zum »Eindruck eines ihn bedrohenden Ringes, der vom Atlantik über den Nahen Osten und Südasien bis nach Japan und Korea reicht«,²³ und wurde deswegen von der NG kritisiert, weil damit die Entschlossenheit Amerikas signalisiert wurde, die UdSSR einzukreisen und gegebenenfalls aus ihrem Machtbereich herauszudrängen.

Heinemann stellte gar bewußt Analogien zur aggressiven Machteroberungspolitik des Dritten Reiches her, wenn er die Politik der Stärke mit der vollen Schärfe des Arguments angeht: »Es geht also im Grunde genommen darum, der Sowjetunion die Beute von *Jalta* und *Potsdam* und *Teheran* wegzunehmen, und zwar will man es bewerkstelligen mit den Methoden Hitlers. Nicht wahr, Hitler machte die starke Faust und drohte Österreich heraus. Hitler machte die starke Faust und drohte die Sudeten heraus. Hitler machte die starke Faust und wollte Danzig herausholen. (...)«²⁴ Die frühere Achse »Berlin – Rom – Tokio« sah Heinemann ersetzt durch die neue Achse »Bonn – Washington – Tokio«, mit der die Bundesrepublik an der »Neuordnung der Welt«²⁵ beteiligt sein wollte. Man erwartete in der NG durch diese Politik keine Entspannung der internationalen Konflikte, sondern im Gegenteil eine Verschärfung. Heinemann verglich dabei die Situation von 1952 mit der von 1939. Er meinte, die USA versuchten die Sowjetunion zwischen die Riegel Deutschland und Japan einzuspannen.²⁶

Über die Hintergründe, warum der Bundeskanzler sich gerade seit dem März 1952 über die »Neuordnung Osteuropas« ausließ, war man sich in der NG nicht sicher. Heinemann jedenfalls dachte, Adenauer wolle um jeden Preis im Konzert der Großen mitspielen.²⁷ Durch die März-Reden Adenauers fühlte sich Heinemann in der Einschätzung des Bundeskanzlers bestätigt. Hatte er doch, noch ehe jener von einer »Neuordnung Osteuropas« sprach, die Zielperspektive Adenauerscher Politik getrennt in das Nahziel der »Stärkung des liberal-demokratischen Westblocks gegen den

22 Zit. n. Bulletin Nr. 27 v. 6.3.1952, S. 262.

23 Wessel, Manuskriptfragment, (Ohne Titel), hier Stichwort »Notwendigkeit der Verständigung« (1952), NL We 14.

24 Heinemann, »Die Dillenburger Rede Heinemanns«, Teil II, in: Dill-Zeitung v. 18.10.1952. Die Auslassung ist bedingt durch Tonbandwechsel, J. M.

25 Heinemann, »Neue Achsenpolitik«, in: StdG, 4. Jg., Nr. 4 v. April 1952, S.

26 Heinemann, zit. n. »Für eine Entscheidung des Gewissens«, in: MZ v. 16.7.1952.

27 Heinemann, »Gefährlicher Weg«, in: FVZ v. 24.5.1952.

totalitär-kommunistischen Ostblock« und das strategische Fernziel einer »Generalbereinigung des Verhältnisses beider Mächtegruppen zueinander.«²⁸ Nach Heinemann lag dem eine große politische, aber gefährliche Konzeption zugrunde, weil man der Sowjetunion mit noch so vielen Panzern und Flugzeugen nicht imponieren könne, wenn darin nicht die Entschlossenheit stecke, unter Umständen zuzuschlagen.²⁹

Zweifelsfrei war für die NG, eben weil ihrer Meinung nach eine offensive militärische Konzeption dahinter stand, diese Zielsetzung offensiv-aggressiv gedacht. Für Heinemann stand jedenfalls fest: »Wenn wir die Generalbereinigung erleben, werden wir sie nicht überleben. Sie wird in den 3. Weltkrieg und damit in unseren Untergang auslaufen.«³⁰ Die expansionistische Politik der Sowjetunion nach 1945 hingegen, wie sie allenthalben die Befürworter einer Politik der Stärke zugunsten ihrer politischen Konzeption ins Felde führten, hatte für die NG keine Beweiskraft.

»Tatsache ist, daß Rußland nach Vereinnahmung der ihm in Teheran, Jalta und Potsdam zugesprochenen Beute nirgends militärisch angriff. Vielmehr: nach der Niederlage Markos im Bürgerkrieg blieb Griechenland unbehelligt. Um Berlin blieb es bei einer Blockade. Die Tschechoslowakei wurde mit politischen Mitteln umgestaltet. Persien wurde geräumt und Jugoslawien trotz seines Abfalls nicht angegriffen. Korea wäre ohne die vorherige Räumung bei fortbestehender Spaltung des Landes kein Kriegsschauplatz geworden.«³¹ Mit anderen Worten: Heinemann unterschied den Sachverhalt des sowjetischen Weltrevolutionsgedankens von dem der militärischen Expansion. Für ihn hatte dies die Geschichte nach 1945 gezeigt. Was Korea anlangte, so konnte der dortige Krieg Heinemann zufolge nicht als Beleg für eine militärische Aggression der Sowjets dienen. Im Gegenteil, hätten dort die Sowjets als Besatzungsmacht gestanden, wäre es, folgt man der Argumentation Heinemanns, nicht zu einem Krieg gekommen. D. h. Heinemann plädierte für das Fortbestehen der Besatzung in Korea. Das hatte seinen Grund darin, weil es in Korea zwei rivalisierende Teilregierungen gab, die – wechselseitig bewaffnet – Gefahren heraufbeschwören konnten.³² Deswegen wollte Heinemann solange einen Besatzungszustand, bis die nationale Spaltung auf dem Wege der Verhandlung beseitigt worden war. Der nun von den USA initiierte Rüstungswettlauf, in den nach Ansicht der NG die Bundesrepublik mit ihrer Politik der Stärke einbezogen werden sollte, mußte dagegen zum Krieg, zum »Krieg durch falsche Friedenspolitik«³³ führen.

28 G. HEINEMANN, »Die Rolle Deutschlands im heutigen Europa«, (Januar 1952), in: ders., Vaterländer, 1976, S. 125.

29 Vgl. G. HEINEMANN, »Wohin führt der Generalvertrag?« (August 1952), in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 31.

30 Heinemann, »Krieg durch falsche Friedenspolitik«, in: AN v. 3.9.1952.

31 Ebd..

32 So Posser, »Die These v. deutschen ›Vakuum‹ oder das Beispiel Korea«, in: StdG, Jg., Nr. 2 v. Februar 1952, S. 44.

33 Heinemann, »Krieg durch falsche Friedenspolitik«, in: AN v. 3.9.1952.

Ob Kreuzzugs-idee, ob Politik des Roll-back, ob Politik der Neuordnung, ob Politik der Stärke, für die NG hatten sie alle letzten Endes offensiven, wohl auch aggressiven Charakter, da diese Politikkonzepte die Bereitschaft zum Krieg mit einbegriffen: »Nicht mehr ›Frieden durch Stärke‹, sondern ›Sieg durch Krieg‹«, war die dafür zugespitzte These.³⁴ In der Diktion Wessels geriet die Kritik an dieser Politik zur generellen Absage an Macht- und Gewaltpolitik schlechthin und gipfelte in dem Appell, daß die Menschen, die die Welt vom »christlichen Standpunkt« aus wieder in Ordnung bringen wollen, eine Politik entwerfen, die »die Persönlichkeit des Menschen und den Glauben an den Geist und seine Wirkung höher einschätzen sollten als Atombomben und Panzer«.³⁵ Daß Adenauers Konzept des friedlichen Roll-back keine politisch leere Floskel war, daß er tatsächlich glaubte, qua militärischem Druck die Sowjetunion politisch auf den Vorkriegsstatus zurückdrängen zu können, mithin Osteuropa neu zu ordnen, davon ist Adenauers authentische Interpretin Poppinga überzeugt.³⁶ Sie geht damit über die Adenauerinterpretation hinaus, die die Politik der Stärke nur in Abwehr der »sowjetischen Penetrationspolitik«³⁷ sehen wollte, d. h. allein defensiv beurteilte. Die NG ihrerseits sah Adenauers Politik weder defensiv noch offensiv-friedlich. Für sie gefährdete Adenauers Politik nicht nur das machtpolitische Gleichgewicht, sondern auch den latenten Friedenszustand in Europa.

3. Mit einem ›neutralen Status‹ zur Einheit Deutschlands

Für die NG zog die westdeutsche Aufrüstung unabweisbar eine Gegenaufrüstung in der sowjetischen Besatzungszone nach. Somit war die Folge eine vertiefte Spaltung des deutschen Volkes und die Vertagung einer deutschen Wiedervereinigung auf Dauer.¹ An sich bräuchte es zwischen der Wiederbewaffnung und dem Ziel der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit keinen Zielkonflikt zu geben, wie dies die NG behauptete, vorausgesetzt, die Aufrüstung war nicht einseitig gegen eine der Besatzungsmächte gerichtet.² Da dies aber objektiv bei der westdeutschen Aufrüstung der Fall war, herrschte zwischen beiden Zielen demzufolge eine Antinomie. Die NG vermißte in der Politik Adenauers in diesem Punkt »die vielgerühmte Realpolitik«.³ Es sei nämlich »objektiv widersinnig, die deutsche Einheit durch Eingliederung Westdeutschlands in den Westblock zu suchen. Westdeutsche Aufrüstung wird den Eisernen Vorhang dichter schließen. Die Deutschen in der Sowjetzone haben Kriegs-

34 Posser, »Das west-östliche Wettrüsten. Schon 1945 begonnen«, in: NN v. 29.12.1952.

35 Wessel, Dt. Bt., 222. Sitzung, 10.7.1952, S. 9913 D.

36 Vgl. A. POPPINGA, 1975, S. 136.

37 Vgl. H. BUCHHEIM, Adenauers Deutschlandpolitik, 1972, S. 85.

1 Vgl. Heinemann, »Krieg durch falsche Friedenspolitik«, in: AN v. 3.9.1952.

2 Vgl. A. AZZOLA, 1971, S. 8.

3 NG, »Für und Wider die Aufrüstung. Was man sagt und was wir antworten«, (1952), S. 10, Archiv J. Müller.

und Rüstungsdienst für die Sowjetunion als Antwort auf unsere Eingliederung in den Westblock zu erwarten. Ein Keil wird den anderen treiben, mit dem Ergebnis, daß eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands immer aussichtsloser wird.«⁴ Das hieß nun nicht, daß es allein in der Macht der Bundesregierung läge, selbige herbeizuführen. Doch Deutschland sollte und konnte, obschon Interessenobjekt der Großmächte, dafür sorgen, daß weder die eine noch die andere Großmacht über es verfügen konnte. Das mußte das Hauptziel der deutschen Politik sein, dafür Sorge zu tragen, daß ein einheitliches Deutschland weder dem Osten noch dem Westen zugerechnet werden konnte.⁵

Der deutschen Politik mußte es möglich sein, »einen modus vivendi zu finden zwischen widerstreitenden politischen Systemen«.⁶ Man scheute sich in der NG, für diesen gewünschten Status Deutschlands den Begriff des Neutralismus, der Neutralität zu wählen, aus vielerlei Motiven. Einmal war der Begriff negativ besetzt von neutralistischen Gruppen, die es nicht allzu genau nahmen mit einer Abgrenzung zur Sowjetunion. Neutralismus hatte und hat den Beigeschmack einer unrühmlichen Schaukelpolitik zwischen Ost und West. Allein die Verwendung des Begriffs Neutralismus hatte seinerzeit zur Folge, sich nicht mit der Vernünftigkeit oder Unvernünftigkeit einer bestimmten Politik, wie sie die NG verfocht, auseinanderzusetzen zu müssen. Nimmt man den Begriff Neutralismus in seinem urreigenen Sinne von »ne-uter« ernst, dann ist selbstverständlich der Status Deutschlands, den die NG anstrebte, ein neutraler. Sie wollte ihn um der Einheit Deutschlands willen. Damit rückte die NG, ob sie es wollte oder nicht, in die Nähe neutralistischer Kreise, von denen der Nauheimer Kreis zu den bekannteren zählte. Im Unterschied zu ihm aber maß die NG ihrem »neutralen« Deutschland keine weltordnende Aufgabe zu. Während in der Konzeption Ulrich Noacks vor allem anfänglich das deutsche Sendungsbewußtsein für die Weltpolitik eine nicht unmaßgebliche Rolle spielte, lehnte die NG eine nationale Bestimmung Deutschlands für die Weltpolitik ab, soweit dies über die ausschließlich friedenserhaltende Funktion Deutschlands hinausging. Zudem vermischten sich die Ideen Noacks zu einem Konglomerat aus wirtschaftspolitischen, gesellschafts-, geistes- und militärpolitischen Zielen, die über eine bloße Umwandlung Deutschlands in eine entmilitarisierte, neutrale Zone zugunsten seiner Einheit weit hinausreichte. Auch darin mag ein Grund gelegen haben, warum die NG den politischen Kampfbegriff »der fünfziger Jahre für ihre Politik ablehnte. Auf keinen Fall wollte sie mit dem Ideengut Noacks und anderer Kreise in Verbindung gebracht werden.«⁸ Die NG hielt die Neutralität für ein

4 G. HEINEMANN, »Deutschland in der Entscheidung«, (Januar 1952), in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 25. Vgl. auch Wessel, Dt. Bt., 191. Sitzung, 8.2.1952, S. 8171 D.

5 So Wessel, »Bonn in der Entscheidung über Generalvertrag und Europäische Verteidigungsgemeinschaft«, Manuskript, (Rede in Berlin am 8. Juli 1952), S. 4, NL We 40.

6 Heidingsfelder, »Gespräch mit Helene Wessel«, in: DW v. 8.10.1952.

7 Vgl. z. B. »Die Neutralisten« als Helfer des Kremls«, in: Der Bund v. 9.10.1951; »Schlechte Erfahrungen mit dem Neutralismus«, in: WR v. 22.11.1951; »Was ist Neutralität?«, in: RM v. 25.1.1952

8 Vgl. Wessel an Heinemann, 28.2.1952, NL We 69.

Schlagwort, mit dem nur die »Verwirrung der Gemüter« betrieben würde, »die geradezu gemeingefährlich zu werden droht.« Heinemann behauptete von dem Schlagwort, es solle nur abgelenkt und zugedeckt werden, »daß die allergefährlichste Neutralisierung im vollen Gange ist. Die Neutralisierung nämlich, daß man das deutsche Volk dadurch verohnmachtet, daß man westdeutsche Divisionen durch ostdeutsche Divisionen ausgleicht und das gegeneinander stellt (...), damit wird die Selbstliquidierung unseres Volkes durch Bürgerkrieg oder mindestens durch eine auf unabsehbare Zeit fortgesetzte Spaltung betrieben. Das ist die allergefährlichste Form von Neutralisierung.«⁹

Abgesehen von den neutralistischen Gruppen und der NG, die sich dieses Etikett nicht anhängen lassen wollte, waren sowohl Adenauer als auch Schumacher¹⁰ und deren Parteien mehrheitlich gegen eine deutsche Neutralitätspolitik.¹¹ Sieht man einmal von der Begriffsbestimmung für Neutralismus im Sinne von »keiner von beiden« ab, fällt die semantische Bestimmung dessen, was Neutralität meint, sowieso ähnlich schwierig wie beim wertbeladenen Terminus des Pazifismus: Verschiedene Beweggründe, unterschiedliche Formen und Ziele werden damit verbunden. Sie fließen ineinander über und sind doch je nach Standpunkt voneinander unterschieden. Daniel Frei hat den Versuch unternommen, eine klärende Ordnung in die Bestimmung der Neutralität zu bringen, indem er neutrale Politik hinsichtlich verschiedener Dimensionen untersuchte.¹² Für unseren Zweck ist selbst dieser bisher erfolgreichste Versuch einer Erklärung nicht praktikabel. Der Wissenschaftler erfaßt begrifflich die Dimensionen neutraler Politik tiefer, präziser und umfassender als der handelnde Politiker, der aus der Zeit heraus sieht, denkt und agiert. Jener deutet nur an, skizziert, läßt erklärungsbedürftige Tatbestände unausgeführt, wirft häufig mehr Fragen auf, als er beantwortet. Das Aggregations- und Abstraktionsniveau wissenschaftlich betriebener Politik kann und wird dem tatsächlichen Handeln der Politik nicht immer gerecht werden. Es bleibt, will man die Frage beurteilen, ob die NG ungeachtet ihrer Selbsteinschätzung eine neutrale Politik betrieb, allein der Verweis auf die dem Begriff Neutralismus zugrundeliegenden »Komposita«. In diesem Sinne vertrat die NG für Deutschland sehr wohl eine Politik des neutralen Status. Von Schubert, der vom »pragmatischen Neutralismus«¹³ der NG spricht, hat damit eine kategoriale Zuordnung gefunden, die trotz der im Begriff selbst liegenden Schwierigkeiten eine treffende Charakterisierung der NG-Politik erlaubt. Die politischen Ziele der NG und die Entscheidung darüber, Deutschland keinesfalls in die Blöcke einzugliedern, ergeben sich aus der konkreten politischen Praxis, sie beruhen nicht auf einer »Theorie«. Das ging allein deshalb schon nicht, weil man sich nur negatorisch gegen

9 Heinemann, »Die Dillener Rede«, in: Dill-Zeitung v. 20.10.1952.

10 Löwenthal unterstellt Schumacher neutralistische Tendenzen. Er bringt keine Belege für seine These. Vgl. R. LÖWENTHAL, Kalter Krieg, 1974, S. 614.

11 Vgl. die Wehrdebatte im Bundestag am 7./8. Februar 1952.

12 Vgl. D. FREI, 1969.

13 K. v. SCHUBERT, Wiederbewaffnung, 1970, S. 136.

die Wiederaufrüstung wandte und andere politische Inhalte bewußt ausklammerte. Das hatte dann allerdings zur Folge, daß die von der NG vorgelegten Ansichten über den Status Deutschlands sich nicht mit den präziseren Vorstellungen beispielsweise des Nauheimer Kreises vergleichen lassen. Selbst die an und für sich klärungsbedürftige Frage, ob bewaffnete oder unbewaffnete Neutralität das Ziel für Deutschland war, blieb offen. Ausgeschlossen war beides nicht. Ein möglicher Dissens zwischen beiden Zielen wurde vorerst in der Formel »gegen eine unzeitgemäße Aufrüstung«¹⁴ aufgehoben. Die NG war ja als Sammlungsbewegung gedacht, die alle nichtkommunistischen Wiederbewaffnungsgegner ungeachtet ihrer Motivation sammeln wollte, denn Nichtaufrüsten bedeutete für sie die Möglichkeit, deutsche Einheit zumindestens offenzuhalten. Die NG präzierte den Status Deutschlands dahingehend, daß er sich nicht gegen den Osten richten dürfe, deshalb der »Westabmarsch der Bundesrepublik« – eine Metapher, die Heinemann immer wieder benutzte – verhindert werden müsse. West- und Ostdeutschland dürften sich nicht, wollten sie ihre Einheit wiedergewinnen, in den Blockbildungen der Weltmächte verlieren, lautete das unablässig hervorgehobene Credo der NG. Neutralität wird zur Voraussetzung für Einheit. Von ihr her bemißt sie sich. Die Neutralität war und blieb methodisches Mittel zum Zweck. Für die NG war sie deshalb realitätsgerecht, weil mit ihr die Respektierung der östlichen Sicherheitsbedürfnisse verbunden, mithin die Chance gegeben war, eine Wiedervereinigung zu erlangen. Wenn Westdeutschland nicht aufrüstete und sich nicht an den Westen verlor, dann und nur dann konnte ihrer Meinung nach eine gesamtdeutsche Regierung entstehen.¹⁵

Selbst unter den Bedingungen einer wiederhergestellten gesamtdeutschen Regierung wollte die NG nicht von einem neutralen Deutschland sprechen. Sie meinte: »Auch unter einer gesamtdeutschen Regierung könnte Deutschland zunächst noch ein besetztes Land sein, so wie Österreich unter einer gesamtösterreichischen Regierung gegenwärtig immer noch ein besetztes Land ist. Wohl aber könnte eine gesamtdeutsche Regierung auch in der russischen Zone für Rechtssicherheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und vieles andere sorgen.«¹⁶ Die Frage, wie der Bestand des wiedervereinigten Deutschland auf Dauer gesichert werden müßte, war für die NG in diesem Stadium der Diskussion nicht von entscheidender Bedeutung. Erst wenn das wiedervereinigte Deutschland von den Besatzungsmächten geräumt worden wäre, entstand in der Sichtweise der NG die Frage eines Schutzes von Deutschland, sowohl was seine innere, demokratische Ordnung als auch seine territoriale Integrität anlangte. Nach Meinung der NG mußte aber »schon eine große Entspannung des Weltkonfliktes eingetreten sein, ehe die vier Besatzungsmächte sich über

14 »Aufruf an das deutsche Volk«, in: Nachrichten, Nr. 1 v. April 1952, S. 1. Vgl. auch Wessel an Rohde, 28.1.1952, NL We 82.

15 Vgl. NG, »Für und Wider die Aufrüstung«, Was man sagt und was wir antworten«, (1952), S. 7, Archiv J. Müller.

16 Ebd..

eine gemeinsame Räumung Deutschlands verständigen! Dann aber sieht ohnehin alles nicht mehr so beängstigend aus wie heute.«¹⁷ Im übrigen, so die NG, werde es Sache der gesamtdeutschen Regierung und einer Verständigung unter den Siegermächten sein, aus dem Vakuum der Kapitulation den Schutz Deutschlands neu zu entwickeln. Prinzipiell dachte man zur Sicherung Deutschlands an eine wechselseitig garantierte Neutralität durch die Siegermächte und der deutschen Nachbarstaaten oder auch an »eine für Verteidigungszwecke ausreichende Wehrmacht des wiedervereinigten Deutschland«.¹⁸ Diese Fragen sollten allerdings erst mit der Wiedervereinigung Deutschlands akut werden. Bis es zu einer Verständigung unter den Siegermächten in dieser Angelegenheit kommen würde, akzeptierte die NG sehr wohl besatzungsrechtliche Fesseln. Deutschland wäre so unter einer Viermächtekontrolle gestanden. Ob und wann es zu einer Räumung Deutschlands von den Siegermächten gekommen wäre, wäre dann von einem definitiven Friedensvertrag abhängig gemacht worden.¹⁹ Bedenken, es könnte auf diese Weise der handlungsunfähige Kontrollrat wiedererstehen oder ein schutzloses Deutschland übrigbleiben, hegte die NG nicht. Wenn eine gesamtdeutsche Regierung gebildet werde, argumentierte Heinemann, könne der Kontrollrat diese allenfalls als ein vierköpfiger Petersberg kontrollieren, aber nicht mehr selber regieren. Seine Uneinigkeit könnte einer gesamtdeutschen Regierung erst recht freie Fahrt geben.²⁰ Damit wandte man sich gegen den Einwand, die Wiederherstellung deutscher Einheit würde Deutschland »zum Objekt pseudoallierter Machtverwaltung degradieren«.²¹

Die NG ging bei all ihren Überlegungen immer von der Voraussetzung aus, daß ein zwischen Ost und West als »unabhängig, freigegebenes Gesamtdeutschland erreichbar war und auf Dauer zwischen den beiden Kraftfeldern im Osten und Westen zu existieren vermochte.²² Die Befürchtungen, wie sie allenthalben in Regierungskreisen geäußert wurden, der Verzicht auf den Anschluß der Bundesrepublik an den Westen und die Neutralisierung Deutschlands sei die Voraussetzung zu einer Bolschewisierung Deutschlands,²³ teilte die NG nicht. Sie war tatsächlich von der Vorstellung geprägt, ein wiedervereinigtes, neutrales Deutschland könnte dem sowjetischen Einfluß entzogen bleiben und seine Freiheit bewahren. Von der Zielorientierung her unterschied sich das Konzept der NG von den neutralistischen Vorstellungen der Nationalkonservativen. Die NG

17 Ebd.

18 G. HEINEMANN, »Deutschland in der Entscheidung«, (Jan. 1952), in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 27.

19 Vgl. Wessel, Dt. Bt., 191. Sitzung, 8.2.1952, S. 8172.

20 Vgl. Heinemann, »Diskussionsbeitrag zur Wiederbewaffnung«, in: RN v. 15.2.1952; vgl. Scheu, Manuskript, (20.2.1952), S. 9, NL Scheu 63: »Schutzloses neutrales Deutschland? Irreführung! Besatzung bleibt zunächst. Frieden mit allen 4 Besatzungsmächten. Dann Räumung! Wann? – ??? Dann sieht die Welt anders aus.«

21 So die Rheinzeitung v. 8.2.1952.

22 Vgl. »Keine Illusionen«, in: RZ v. 29.10.1952.

23 Vgl. z. B. »Strauß wendet sich gegen Neutralisierung Deutschlands«, in: NZ v. 17.4.1952. Vgl. auch »Adenauer gegen Neutralismus«, in: Die Tat v. 9.3.1952. Vgl. auch »Hallstein gegen Neutralität«, in: FAZ v. 29.9.1952.

orientierte sich zwar am Ziel der Wiedervereinigung und trat für die Herstellung des deutschen Nationalstaates ein, sie wollte aber keineswegs eine Rückkehr zu einer autonomen deutschen Politik. Sie begriff ihren politischen Kampf gegen die Westintegration als Chance zur Wiedervereinigung und weniger als Streitfrage um Souveränität, zu der unabdingbar das staatliche Machtmittel der Bewaffnung gehörte. Die nationalkonservativen, aber auch viele der sozialistischen Neutralisten konnten und wollten auf die Bewaffnung nicht verzichten. Die Wiederaufrüstung eines geteilten und nicht souveränen Deutschlands lehnte man ab, aber die Bewaffnung für ein geeintes und souveränes Deutschland war erwünscht.²⁴ Demgegenüber räumte die NG ohne Bedenken die Begrenzung der Handlungsfreiheit Deutschlands ein, sollte dies dem Zweck der Wiedervereinigung dienen. Für einen befristeten Zeitraum konnte sich die NG durchaus die Einschränkung der Souveränität vorstellen. Sicherlich ließ sie sich in ihrer Politik von der Idee der Reichseinheit leiten, doch das Erreichen nationaler Souveränität war dieser Idee nachgeordnet. In diesem Punkt dachte sie weniger nationalstaatlich als der Bundeskanzler. Ihm war, wie es Gerstenmaier zutreffend beschrieb, »die Staatssouveränität ein notwendiges Attribut, eine Voraussetzung der Selbstbestimmung eines Volkes.«²⁵ Für die NG bildete sie diese Voraussetzung nicht unbedingt.

Niethammer und Borsdorf meinen, daß die Souveränität für Adenauer »keine Voraussetzung zur Erreichung von national- und gesellschaftspolitischen Zielen war (...), sondern nur ein weiteres Mittel sein sollte, auch aus der Eigenverantwortung heraus den territorialen und sozialen Status quo im Verbund mit dem Westen zu konsolidieren und funktionsfähig zu machen.«²⁶ Wie auch immer: Adenauer unterwarf im Gegensatz zur NG die Wiedervereinigungsidee dem Souveränitätsgedanken. Schumacher ging noch einen Schritt weiter als Adenauer. Er handelte und argumentierte so, »als sei Deutschland ein souveräner Staat«.²⁷

Wenn nach Ansicht der NG Deutschland aus seiner Objektrolle herausgesteuert werden sollte, dann immer nur als Einheit und nicht als Teil. Überdies hätte sich, wie die NG meinte, auch ein geeintes Deutschland nicht zuletzt aufgrund seiner historischen Vergangenheit aus der Weltpolitik verabschieden müssen; allein im europäischen Rahmen hätte es, wie dies vor allen Dingen Wessel permanent heraushob, eine Rolle zwischen den Blöcken spielen können.

Eine Rückkehr zu einer deutschen Großmachtspolitik kam für die NG niemals in Betracht. Genau das warf Heinemann ja Adenauer vor, wenn er von dessen »westdeutsche(r) Weltmachtpolitik« sprach und dem die »ge-

24 Vgl. »Neutralisten nicht Neutrale«, in: Hamburger Echo v. 2.10.1951; »Deutscher Kongreß«, in: Der freie Mensch v. 5.10.1951; »Bewaffnete Unabhängigkeit«, in: Das andere Deutschland v. November 1951. Vgl. zum Neutralismus der äußersten Rechten K. v. SCHUBERT, Wiederbewaffnung, 1970, S. 134.

25 E. GERSTENMAIER, Adenauer, 1976, S. 42. Gerstenmaier meint, Adenauer hätte mit seiner Europapolitik bewiesen, wie weit und grundsätzlich er den herkömmlichen Souveränitätsbegriff der Nationalstaaten zur Disposition stellte.

26 L. NIETHAMMER/D. BORSDORF, 1972, S. 39.

27 So K. ERDMENGER, 1967, S. 71.

samtdeutsche Entspannungspolitik«²⁸ entgegenstellte. Gesamtdeutsche Entspannungspolitik hieß für Heinemann:

»1. Vorrang der deutschen Wiedervereinigung.

2. Heraus aus der Paralyisierung Deutschlands, die durch Gegeneinander westdeutscher und ostdeutscher Divisionen entsteht« (...).²⁹

Diese Politik war für ihn ein ›Beitrag zum Frieden‹ und ein ›Schritt zur Beruhigung‹. Entsprechend diesem Konzept griff Deutschland nicht aktiv in die Weltpolitik ein, sondern ›entschärfte‹ Spannungen allein aufgrund seines Status, der weder gegen Ost noch gegen West gerichtet war. Daß es »in keiner Weise aus nationalistischen Gründen um die Wiederherstellung eines Deutschland (ging), das wieder einmal tun und lassen könnte, was ihm beliebt, bis in die Kriegsbedrohung hinein«,³⁰ brachte Heinemann noch im August 1953 kurz vor der Bundestagswahl zum Ausdruck.

4. Generalvertrag und deutsche Einheit

a) Die Zielantinomie von Westbindung und Wiedervereinigung

Im Mai 1952 stand die Unterzeichnung des Generalvertrages an. Für die NG bedeutete die Zustimmung zu ihm die faktische Zementierung der deutschen Zweiteilung. Bemerkenswerterweise spielte der Generalvertrag in der Argumentation der NG im Vergleich zum EVG-Vertrag, die beide das westliche Vertragswerk bildeten, die bedeutendere Rolle, wohl deshalb, weil er das Verhältnis der Bundesrepublik zum Westen regelte, somit die deutsche Frage mitentschied. Im übrigen blieb die NG beim Begriff des Generalvertrages, obwohl Adenauer die Bezeichnung Deutschlandvertrag einführte. Für den jetzigen Betrachter, dem die politische Kultur der fünfziger Jahre fremd ist, mag das marginal sein. Dennoch hatte der Begriff Generalvertrag damals eine andere Semantik, die man heute nicht mehr unbedingt heraushört. Im Substantivsuffix ›General‹ schwang nämlich das assoziative Element des Militärischen mit. Die NG und deren Anhänger verknüpften mit dem Begriff nicht nur die inhaltliche Bezeichnung ›General‹ im Sinne von allgemein, sondern einen Tatbestand, den zu bekämpfen sie angetreten waren: die Aufrüstung. Durch den Generalvertrag sah die NG den für sie allein möglichen Modus vivendi für die garantierte Existenz eines geeinten Deutschlands gefährdet. Nach fast einjähriger Verhandlung wurde der Generalvertrag am 26. Mai 1952 in Bonn unterschrieben.

Grundsätzlich sahen die Bestimmungen des Vertragswerks die Zusage politischer Gleichberechtigung vor. Allerdings hatte sich die Souveränitäts-

²⁸ Heinemann, »In letzter Stunde«, Manuskript (Rede am 24.10.1952 in Köln), S. 1, NL Hei 132.

²⁹ Ebd., S. 2.

³⁰ Heinemann, »Die Politik der GVP«, Manuskript (Rede am 13.8.1953 in Hildesheim), S. 11, NL Hei.

frage in Verbindung mit den alliierten Notstandsrechten zum eigentlichen Dollpunkt entwickelt. Sicherlich bedeutete der Generalvertrag die Aufhebung des Besatzungsstatuts und die Erweiterung des Handlungsspielraumes der Bundesrepublik. Zur Absicherung der Westintegration hatten aber die Alliierten bezogen auf Deutschland für sich entscheidende Sonderrechte durchgesetzt. Adenauer mußte in der Souveränitätsfrage, in Verbindung damit in der Frage der alliierten Notstandsrechte, weit hinter seinen eigentlich gesteckten Zielen zurückbleiben.¹ Insgesamt konnte nicht von einer ›echten‹ Souveränität gesprochen werden. Beispielsweise lag im Fall eines Notstands nach Artikel 5 die oberste Staatsgewalt bei den Alliierten. Sie konnten auch nach Artikel 9 in beträchtlichem Umfang durch ein eingesetztes Schiedsgericht Verwaltung, Legislative und Jurisdiktion ›überwachen‹. Vergebens hatte die Föderalistische Union, der Zusammenschluß von BP und Zentrum zu einer Bundestagsfraktion, und die SPD für den 23. Mai 1952 eine Sondersitzung im Bundestag beantragt, um vom Bundeskanzler über die Einzelheiten des Vertrages unterrichtet zu werden. Jener sperrte sich und die Regierungsfractionen lehnten diese Forderung, der sich die KPD in der Sitzung anschloß, mehrheitlich ab.² Selbst die Unterrichtung des Kabinetts und der Koalitionsfraktionen erfolgte im allgemeinen zu spät, nicht immer präzise, nötigenfalls selektiv.³ Überhaupt wurde der volle Umfang der Verträge mit all seinen Einschränkungen erst im Mai 1952 bekannt.

Besonders umstritten innerhalb der Regierung wie der Koalitionsfraktionen war die sog. Bindungsklausel, wie sie Artikel 7 festlegte. Nicht zuletzt aufgrund von Widerständen in der eigenen Fraktion, deren gewichtigste Repräsentanten von Brentano⁴ und F. J. Strauß waren, innerhalb des Kabinetts, hier vor allem Blücher, Dehler, Kaiser und in der FDP⁵ wurde dieser Artikel neu formuliert. Daß diese Einwände von FDP, DP, Strauß u. a. allerdings an der grundsätzlichen Zustimmung zum Vertragswerk im Bundestag etwas ändern würden, daß also seitens der Koalitionsfraktionen gegen Adenauer opponiert werden würde, daran glaubte man in der NG nicht so ohne weiteres. Wessel meinte: Bisher sei es immer so gewesen, daß der Bundeskanzler sich bei den Regierungsparteien mit seinem Willen durchgesetzt habe und die geäußerten Bedenken würden sich verlaufen wie weiland das Hornberger Schießen. Um so notwendiger empfand Wessel in dieser Situation die Arbeit der NG, ob mit oder ohne Erfolg, das dürfe die NG dabei nicht beeindrucken.⁶

Die Neuformulierung des Artikels geschah buchstäblich in letzter Minute, und zwar in einem Gespräch einiger Abgeordneter unter der

1 Vgl. H. P. SCHWARZ, Adenauer, 1986, S. 888.

2 Vgl. Antrag der SPD und der FU (BP-Z) v. 13.5.1952, Dt. Bt., Anlagen zu den stenographischen Berichten, Drucksache Nr. 3363 und Nr. 3365. Vgl. Dt. Bt., 214. Sitzung, 23.5.1952, S. 9420 A.

3 Vgl. H. P. SCHWARZ, Adenauer, 1986, S. 886.

4 Zur Kritik Brentanos: ebd., S. 927 – 929. Strauß, Brentano, Dehler, Blücher, Hermann Schäfer sprachen sich gegen Artikel VII, 3 aus. Vgl. ebd., S. 939.

5 Vgl. zur Diskussion um die Unterzeichnung der Westverträge ebd., S. 925 – 941.

6 Vgl. Wessel an Oechslein, 21.5.1952, NL We STO 34

Führung Brentanos mit dem amerikanischen Außenminister Acheson am Morgen des 25. Mai. Die neu gefundene Formulierung von Art. 7 Absatz 3, die auf einen Vorschlag des Rechtsberaters des amerikanischen Außenministers Jessup zurückging, lautete: »Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands – vorbehaltlich einer zu vereinbarenden Anpassung – werden die drei Mächte die Rechte, welche der Bundesrepublik auf Grund dieses Vertrages und der Zusatzverträge zustehen, auf ein wiedervereinigtes Deutschland erstrecken und werden ihrerseits darin einwilligen, daß die Rechte auf Grund der Verträge über die Bildung einer integrierten europäischen Gemeinschaft in gleicher Weise erstreckt werden, wenn ein wiedervereinigtes Deutschland die Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber den drei Mächten oder einer von ihnen auf Grund der genannten Verträge übernimmt. Soweit nicht alle Unterzeichnerstaaten ihre gemeinsame Zustimmung erteilen, wird die Bundesrepublik kein Abkommen abschließen noch einer Abmachung beitreten, welche die Rechte der drei Mächte auf Grund der genannten Verträge beeinträchtigen oder die Verpflichtungen der Bundesrepublik auf Grund dieser Verträge vermindern würden.«⁷ In der Tat ersetzte dieser Passus den ursprünglichen Text, der eine automatische Bindungsklausel vorsah, der nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch ein geeintes Deutschland »juristisch« an den Westen binden wollte.⁸

Mit der Änderung wurde eigentlich nur das rückgängig gemacht, was im völkerrechtlichen Sinne ein äußerst ungewöhnlicher Vorgang gewesen wäre, nämlich eine künftige Regierung eines wiedervereinigten Deutschlands juristisch wie politisch an eine bestimmte Politik zu binden. Trotz der Änderungen des besagten Artikels 7 blieb allerdings das Faktum, daß ein wiedervereinigtes Deutschland in das Vertragssystem einbezogen werden sollte. Im Grunde genommen wurde nämlich die Bindungsklausel inhaltlich lediglich modifiziert, keineswegs aber im strikten Sinne aufgehoben. Die politische Bindewirkung sollte gewahrt bleiben. In der NG erkannte man, wie überflüssig es war, die ursprüngliche automatische Bindungsklausel zu streichen. Analytisch zerlegte ihr Vorstandsmitglied und Jurist Posser das Vertragswerk und stellte dabei den roten Faden heraus, der in der unauflösbaren Bindung Deutschlands an den Westen bestand. Posser schrieb: »Man braucht eine zukünftige gesamtdeutsche Regierung nicht mehr zu binden, wenn schon der Weg zu ihr ein gebundener ist und sie sich nur in einer bestimmten kontrollierten Form bilden darf (...). Sie (gemeint ist die Bundesrepublik, J. M.) darf also erst recht nicht ihren Staatscharakter aufgeben. Daß aber wäre bei der Wiedervereinigung der Fall, weil die Errichtung eines gesamtdeutschen Staates zwangsläufig das Erlöschen des westdeutschen Teilstaates zur Folge hätte. Die Wiedervereinigung ist also an die Zustimmung aller drei Westmächte gebunden. Man wird einwenden, daß dies auch ohne Generalvertrag schon jetzt der Fall sei. Das ist richtig, obwohl es ein gewichtiger Unterschied ist, ob dieser Zustand kraft Be-

7 Zit. n. KA v. 26.5.1952, S. 3485 – 3486.

8 Vgl. W. GREWE, Außenpolitik, 1960, S. 57.

satzungshoheit besteht oder die Bundesrepublik ihn vertraglich auf *fünfzig Jahre* ausdrücklich anerkennt. (...). Eine das ganze Vertragswerk umfassende Auslegung führt aber zu der Erkenntnis, daß der Generalvertrag auch ohne die automatische Bindungsklausel in der früheren Fassung des Artikels 7 ein Hindernis für die friedliche Wiedervereinigung der Deutschen im Osten und Westen unseres Vaterlandes ist. Im Vorspruch des Generalvertrages heißt es nämlich, es sei das gemeinsame Ziel der Unterzeichnerstaaten, »die Bundesrepublik Deutschland ... in die europäische Gemeinschaft zu integrieren, *die selbst in die sich entwickelnde atlantische Gemeinschaft eingefügt ist.*« Dazu bestimmt Artikel 4 Abs. IV des Generalvertrages, daß die Bundesrepublik sich an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beteiligen werde. Dieser Absatz IV des Artikels 4 stellt das sogenannte »Junctim« dar, d. h. *die Koppelung zwischen Generalvertrag und Militärpakt.* Dieser Militärpakt, (...), macht die Verbindung der integrierten europäischen Gemeinschaft mit der Atlantikpaktorganisation besonders deutlich. So heißt es in Artikel 5 des EVG-Vertrages: »*Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft arbeitet eng mit der Organisation des Nordatlantikpaktes zusammen.*« (...) Schließlich trifft Artikel 121 des EVG-Vertrages folgende schwerwiegende Bestimmung: »*Die Mitgliedstaaten machen sich verbindlich, keine zwischenstaatliche Verpflichtung einzugehen, die zu diesem Vertrag im Widerspruch steht.*« Posser resümierte mit dem kritischen Verdikt: »*Wer die Verträge gelesen hat und insbesondere die verhängnisvolle Kopplung von Generalvertrag und Militärpakt in ihren Konsequenzen überdenkt, weiß, daß die Verträge nicht nach Deutschland, sondern von Deutschland weg führen.*«⁹

Unterstellt man nun, daß die Westmächte tatsächlich die Wiedervereinigung Deutschlands wünschten, dann konnte das nur in Form der Einbeziehung von ganz Deutschland in den westlichen Militärblock geschehen. Das allerdings hielt die NG für illusorisch. Das Argument, die Anbindung an den Westen garantiere »die deutsche Einheit in Freiheit«, ließ man bei der NG nicht gelten. Posser, Heinemanns Syndikus und inoffizieller »Geschäftsführer« der NG, setzte sich mit diesem Argument auseinander. Er verstand unter Herstellung der deutschen Einheit »die Bildung einer aus freien, geheimen, gleichen Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen Regierung und die Wiedervereinigung der russischen Besatzungszone mit Westdeutschland«. Das konnte wohl auch Adenauer unterschreiben. Posser grenzte die Politik des Bundeskanzlers von diesem Verständnis aus, weil Adenauer nicht nur Wahlen und Wiedervereinigung, sondern auch die Eingliederung Deutschlands in die westliche Verteidigungsgemeinschaft wollte. Das bedeutete für Posser nicht Wiedervereinigung im eigentlichen Sinne, sondern »Anschluß«. ¹⁰ Für ihn stand außer Frage, daß die Sowjetunion dies niemals freiwillig akzeptieren werde. Weil den Westverträgen eine antisowjetische Stoßrichtung inhärent war und die

9 Posser, »Generalvertrag und deutsche Einheit«, in: StdG, 4. Jg., Nr. 7 v. Juli 1952, S. 199f. Auch in: Nachrichten, Nr. 5 v. 15. Juli 1952, S. 1.

10 Posser, »Wiedervereinigung oder Anschluß«, in: StdG, 4. Jg., Nr. 6 v. Juni 1952, S. 185.

NG von der Prämisse ausging, zur friedlichen Wiederherstellung deutscher Einheit bedürfte es der Zustimmung der Sowjetunion,¹¹ konnte die NG nur eine Zielantinomie zwischen Generalvertrag und deutscher Einheit sehen. Dabei übersah die NG, daß es Adenauer mit großer Zähigkeit gelungen war, die Westalliierten überhaupt erst auf die Wiedervereinigung als ein Hauptziel des Vertrages zu verpflichten.¹² Für die national orientierte NG war es scheinbar selbstverständlich, daß z. B. die USA, sollte ein »deutscher Volkswille« die Wiedervereinigung wünschen, dem nicht widersprechen und die Wiederherstellung der deutschen Einheit billigen würde. Diese vertragliche Verpflichtung der Westmächte auf die Wiedervereinigung hatte insofern für die NG keine Bedeutung, weil das Wiedervereinigungsmodell, wie es der Generalvertrag beschrieb, nach ihrer Auffassung eben die Wiederherstellung der nationalen Einheit ausschloß. So, wie die NG den Vertrag interpretierte, war mit der Ratifizierung des Generalvertrages der Weg zu einem Gesamtdeutschland verbaut, denn er hatte nach Ansicht Wessels den selbstauferlegten »Verzicht, durch eigene Initiative die Wiedervereinigung herbeizuführen«¹³, zur Folge. Wessel berief sich auf den bereits erwähnten Artikel 7 des Generalvertrages, der ihrer Interpretation zufolge jede der drei Westmächte berechnete, die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern. Wessels Kritik galt aber auch der Notstandsklausel und den den stationierten Besatzungstruppen eingeräumten Rechten.

Ein neutralisiertes Gesamtdeutschland, das nach Meinung der NG der einzige Weg war, auf friedlichem Weg die Wiedervereinigung zu erreichen, war mit den Westverträgen ein für allemal ausgeschlossen. Das in der Präambel und im Artikel 7, Absatz 2, Generalvertrag proklamierte Ziel – »ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist« – war mit dem Konzept der Neutralisierung schwerlich vereinbar.¹⁴ Allein darin lag die große Sorge der NG, die sie gegenüber dem Generalvertrag hegte; schließlich gab sich die Bundesrepublik vertraglich, d. h. aus eigenem Antrieb in die Hand der Westmächte, vergab mithin die Möglichkeit zur Wiedervereinigung.¹⁵

Für die Fesselung der Bundesrepublik durch alliierte Vorbehaltsrechte machte Heinemann Frankreich wie Adenauer gleichermaßen verantwortlich. Frankreich, so seine Interpretation, sei für die jetzige Fassung deshalb eingetreten, weil sie die Wiedervereinigung Deutschlands verhindere. »Die Franzosen haben ihre Garantien gegen uns herausgehandelt (...)«,¹⁶ meinte Heinemann lapidar. Adenauer wiederum befand sich nach Meinung

11 Adenauer sah das nicht so. Er hatte im Bundestag erklärt, »daß wir die *Wiedervereinigung Deutschlands* (wie Adenauer sie verstand, J. M.) nur erreichen werden *mit Hilfe der drei Westalliierten*, niemals mit Hilfe der Sowjetunion«, Dt. Bt., 190. Sitzung, 7.2.1952, S. 8099 D.

12 Vgl. H. P. SCHWARZ, Adenauer, 1986, S. 891.

13 Wessel, »Der Preis«, in: MZ v. 6.10.1952; vgl. auch Wessel, »Interview«, in: Blitz v. 24.9.1952.

14 Vgl. W. GREWE, Außenpolitik, 1960, S. 58.

15 Vgl. Wessel, »Bonn in der Entscheidung über Generalvertrag und Europäische Verteidigungsgemeinschaft«, Manuskript, (Rede in Berlin am 8. Juli 1952), S. 3, NL We 40.

16 Heinemann, »Was nun?«, in: Nachrichten, Nr. 3 v. Juni 1952, S. 1.

Heinemanns von vornherein in einer schwachen Verhandlungsposition: »Er hatte ja im August 1950 selbst den westdeutschen Wehrbeitrag angeboten. Er hatte seitdem alles darauf angelegt, ihn anbringen zu können. Er war zur Unterschrift entschlossen. Warum sollte man ihm noch Konzessionen machen? Seine Politik war von Anfang an bis zuletzt ohne Alternative und darum auch in der entscheidenden Stunde auf das selbst gewollte Ende im voraus festgelegt.«¹⁷ Natürlich war es Adenauer gelungen, in harten Verhandlungen Konzessionen der Alliierten zu erreichen, auch wenn Adenauer in der Souveränitätsfrage weit hinter seinen gesteckten Zielen zurückblieb, auch wenn die Gleichberechtigung nicht voll und ganz erreicht wurde, und es Deutschland als einzigem EVG-Land versagt wurde, direktes NATO-Mitglied zu werden, was Adenauers Wunsch war.¹⁸ Heinemann verfehlte deshalb Adenauers Intention: »Für ihn (Adenauer, J. M.) lautete die Alternative nicht Wiedervereinigung oder Westintegration, er war vielmehr überzeugt, daß bei dem immer noch leicht möglichen Scheitern der West-Verhandlungen eine völlig unübersichtliche und ungesicherte Lage entstehen müsse, in der Bonn nur geringe Möglichkeiten besäße, auf die Diplomatie der Großmächte im Sinn der deutschen Interessen einzuwirken.«¹⁹ Deswegen trieb Adenauer die Verhandlungen voran. Der Kanzler hatte einen völlig anderen Ausgangspunkt als z. B. Heinemann, so daß sich für ihn nicht die Probleme ergaben, die Heinemann mit dem Generalvertrag hatte.

Adenauers Schwierigkeiten lagen auf einer ganz anderen Ebene. Er durfte keine Regierungskrise provozieren und mußte eine entsprechende Mehrheit für den Vertrag im Bundestag finden. Der Kanzler war konsequenter als seine »regierungsinternen« Kritiker, die mehrheitlich gleich ihm eine Westbindung wollten, aber auch noch die Wiedervereinigungsfrage offenhalten zu können glaubten. Adenauer vermied diese Gleichzeitigkeit des Unvereinbaren, wenn er sich auch das wiedervereinigte Deutschland nur im Rahmen der westlichen Integration vorstellen konnte.

Ob er tatsächlich davon überzeugt war, mag hier dahingestellt bleiben. Für die NG war seine Politik eine *Contradictio in adjecto*: Wiedervereinigung war nie über Westbindung möglich. Nichtsdestotrotz fehlte der NG in ihren Stellungnahmen die nationalistische Schärfe eines Kurt Schumachers, der die geplante Unterzeichnung des Vertrages in Bonn als »eine ganz plumpe Siegesfeier der alliierten klerikalen Koalition über das deutsche Volk« titulierte und in apodiktischer Schärfe feststellte: »Wer diesem Generalvertrag zustimmt, hört auf, ein guter Deutscher zu sein.«²⁰

Diese Feststellung hielt Heinemann für »ein furchtbares Wort. Es hätte nicht gesagt werden sollen. Aber es bleibt ein mahnendes Zeichen für den entsetzlich tiefen Zerbruch in unserem Volke. Dieser Zerbruch läßt für den

17 Ebd..

18 Vgl. H. P. SCHWARZ, Adenauer, 1986, S. 888.

19 H. P. SCHWARZ, Ära Adenauer, 1981, S. 160.

20 Zit. n. K. SCHUMACHER, 1985, S. 902.

Weg, der mit dem Generalvertrag beschriftet werden soll, keine tragfähige Gemeinschaft erhoffen.«²¹

Adenauer bereitete mehr die innerparteiliche Opposition Schwierigkeiten, denn die parlamentarische. Würde es ihm gelingen, im Bundestag alle parlamentarischen Hürden und Klippen zu umschiffen? Wie würde sich das französische Parlament verhalten? Welche Auswirkung hatten die geänderten Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat durch die ›Südweststaatswahl‹? Sprach sich nämlich Baden-Württemberg im Bundesrat gegen die Verträge aus, so besaßen die Vertragsgegner im Bundesrat eine Mehrheit. Würden die Fraktionen der Regierungsparteien geschlossen für die Verträge stimmen? Diese Fragen beschäftigten Adenauer wie NG gleichermaßen nach der Unterzeichnung des Vertragswerks im Mai 1952.²² Tatsächlich waren diese Fragen beherrschendes Thema der politischen Diskussion in der zweiten Hälfte des Jahres 1952. Juristisch gesehen hatte für die NG der Vertrag auch nach der Unterzeichnung noch keinen rechtsverbindlichen Charakter, so daß für sie die Option auf eine deutsche Wiedervereinigung, d. h. der Verzicht auf die Westbindung, noch völlig offen war. Nun kam es darauf an, wie der Bundestag entscheiden würde. Um seinen Entscheidungsprozeß beeinflussen zu können, setzte deshalb die NG nach der Unterzeichnung des Generalvertrages ihre Unterschriftensammlung zur Petition fort.²³

*b) Die ›Unsicherheit im Regierungslager‹
als Chance für die Notgemeinschaft*

Das Unterfangen der NG war nicht so aussichtslos, wie es dem heutigen Betrachter erscheinen mag. Erstmals erfuhr Adenauer in außenpolitischen Fragen größeren innerparteilichen wie koalitionsinternen Widerstand mit der Folge, daß es ihm nicht gelang, den Generalvertrag noch vor der Sommerpause im Gesetzgebungsverfahren durchzubringen. Aufgrund der kritischen Stimmen aus den Regierungsparteien²⁴ ortete die NG »Unsicherheit in der Bundesrepublik«.²⁵ Das bisher beifällig aufgenommene Argument des Kanzlers, die Westintegration der Bundesrepublik sei der geeigneteste Weg zur Einheit Deutschlands wurde zunehmend, wie die NG meinte, in Frage gestellt. In der Tat häuften sich Mitte 1952 die kritischen Stimmen aus der Regierungskoalition gegen den Generalvertrag. Beispielsweise schrieb der CDU-Abgeordnete Müller-Hermann im Bremischen Weserkurier einen Artikel, der eindeutig gegen die Ratifikation der Verträge gerichtet war. Vor einer Ratifikation wollte er die deutsche Frage noch einmal mit der Sowjetunion verhandelt wissen.²⁶ Auch der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, war mit dem

21 Heinemann, »Was nun?«, in: Nachrichten, Nr. 3 v. Juni 1952, S. 1.

22 Ebd..

23 Vgl. ebd..

24 Vgl. »Warnende Stimmen aus den Regierungsparteien«, in: Nachrichten, Nr. 4 v. Juli 1952, S. 2.

25 »Unsicherheit in der Bundesrepublik«, in: Nachrichten, Nr. 5 v. 15.7.1952, S. 3.

26 Zit. n. »Warnende Stimmen aus den Regierungsparteien«, in: Nachrichten, Nr. 4 v. Juli 1952, S. 2.

Inhalt des Generalvertrages und der Vorgehensweise Adenauers nicht einverstanden. Er sprach Anfang Juni 1952 in Würzburg den Wunsch aus, eine Volksbewegung für die Wiedervereinigung möchte auf die Bundesregierung einwirken, die Wiederherstellung der deutschen Einheit auf dem kürzesten Weg als ihre vordringlichste Aufgabe anzusehen.²⁷ Kritische Bedenken erhob auch der FDP-Abgeordnete Pfeleiderer. Bekanntlich schlug Pfeleiderer vor, die Gebiete, die unter polnischer Verwaltung standen, von den Sowjets besetzen zu lassen. Als Gegengewicht würden Teile der Bundesrepublik im Westen auch künftig unter westalliiertes Besatzung bleiben. Der größte Teil Deutschlands sollte unter deutscher Souveränität stehen.²⁸ Helene Wessel hielt seine am 6. Juni vorgetragenen Ideen, die zu einer Wiedervereinigung Deutschlands führen sollten, für eine der »wenigen konstruktiven Ergänzungsvorschläge zur deutschen Außenpolitik«,²⁹ für »einen produktiven Versuch, aus der Stellung, in die die Bundesregierung durch einseitige außenpolitische Bindungen hineingeraten ist, wieder herauszukommen«. Es kam für Wessel nun darauf an, zu sehen, wie sich der Widerstand aus der Regierungskoalition auswirken würde. Im Hinblick darauf, daß die Ratifizierung der Westverträge so zügig vorangetrieben wurde, konnte es nach Meinung Wessels »der letzte Moment sein, um uns vor einem drohenden Unheil zu bewahren«.³¹

Zahlreiche Abgeordnete der Regierungsfaktionen wollten jedenfalls die Ratifikation des Generalvertrages bis zum Herbst 1952 aufgeschoben wissen, wie der CSU-Abgeordnete Bodensteiner behauptete. Bis dahin sollte man seiner Vorstellung zufolge den Sowjets eine Frist stellen, innerhalb der bindende Zusagen über freie, gesamtdeutsche Wahlen erwartet würden. Erst wenn diese nicht erfolgten, sei es an der Zeit, die weiteren Schritte zu tun. Jede frühere Maßnahme der Ratifikation von General- und EVG-Vertrag sei ein gefährliches Spiel mit der Existenz des deutschen Volkes.³²

Bodensteiner argumentierte, das Mißtrauen gegen die Taktik des Bundeskanzlers wachse von Tag zu Tag. Zu der Erklärung Adenauers, daß ein Gespräch mit Moskau erst dann möglich sei, wenn der Westen stark genug sei, müsse man fragen, zu welchem Zeitpunkt man dieses vernünftige Gespräch für möglich halten wolle. Vieles spreche dafür, daß die Sowjets sich jetzt ernsthaft um einen Kompromiß bemühten und diese Frage müsse jetzt geklärt werden.³³

Bodensteiner sah Anzeichen für eine sowjetische Kompromißbereitschaft, weil die Sowjets unbedingt die »Verschmelzung deutscher solda-

27 Ebd..

28 Vgl. zu Pfeleiderer: K. H. SCHLARP, 1976, S. 218.

29 Wessel, »Bonn in der Entscheidung über Generalvertrag und Europäische Verteidigungsgemeinschaft«, Manuskript, (Rede in Berlin am 8. Juli 1952), S. 6, NL We 40.

30 Wessel, »Pfeleiderer-Vorschlag - ein produktiver Versuch«, Interview, in: NPC v. 14.6.1952.

31 Ebd..

32 Vgl. »Bodensteiner: Ein Ultimatum seiner Partei«, in: NTW v. 24.6. 1952. Vgl. zu Bodensteiner auch S. 282ff dieser Arbeit.

33 Vgl. Bodensteiner, »Die Aufrüstung. Ein Beitrag zum Krieg oder Frieden«, in: Die Besinnung, Sonderdruck, (Juni 1952), S. 5ff. Vgl. zu Bodensteiner auch Kapitel III. 1.

tischer Tüchtigkeit mit amerikanischer Materialübermacht verhindern«³⁴ wollten. Ein Argument, das Heinemann als sowjetisches Sicherheitsbedürfnis anführte. Deretwegen seien sie auch bereit, gegebenenfalls einen hohen Preis zu zahlen, was die Märznote des Jahres 1952 schon gezeigt habe. Indirekt unterstellte Bodensteiner Adenauer, daß jener die deutsche Einheit zugunsten der westeuropäischen Teilintegration opfern wolle.³⁵ Dem Wiedervereinigungskonzept Adenauers sprach er jeglichen Realitätscharakter ab.³⁶

In den Augen der NG wirkten diese Stellungnahmen aus den Regierungsparteien angesichts des perzipierten Fraktionszwangs »aufmunternder«. Heinemann wünschte sich, daß »diese mutigen Beispiele (gemeint sind Bodensteiner, Pfeleiderer, Müller-Hermann, J. M.) auflockern und dazu beitragen, Vertrauen in die Demokratie zu schaffen«.³⁷ Für die NG stand auf alle Fälle fest, daß es Adenauer einer Mehrheit zu seiner Politik ermangele. Intern hieß es bei der NG da schon realistischer, daß »nur einer Minderheit in unserem Volk die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ein Gewissensanliegen ist«.³⁸

Jedenfalls wollte die NG über ihre parlamentarische Vertreterin, Helene Wessel, die Gunst der Stunde und die »Zwietracht« im Regierungslager nutzen, um während der ersten Lesung zur Ratifizierung am 9./10. Juli 1952 ihrem Anliegen »Aufmerksamkeit zu verschaffen«.³⁹ Heinemann übermittelte Wessel, wohl wissend, daß es in der Bundestagsdebatte zu Anwürfen gegenüber der NG kommen konnte, kurze Stichworte zur NG:

1. Die NG hat 10 Mitglieder, 2 Angestellte, 2000 DM Betriebskapital.
2. Sie konzentriert ihre Arbeit auf die Petition. Schneeballsystem als Methode.

3. Die Petition wird nach derzeitiger Feststellung an etwa 30 Orten vervielfältigt, meist gedruckt und zwar in Auflageziffern jeweils von vielen Tausend«.⁴⁰

Ein Gutteil der knappen Redezeit von Wessel war dann tatsächlich damit ausgefüllt, Angriffe aus den Regierungsparteien auf die NG abzuweisen, so daß die inhaltliche Darlegung der Vorstellungen der NG nur sehr rudimentär erfolgen konnte.⁴¹ Wessel legte zum wiederholten Male die Position dar, »daß mit Machtpolitik diese Welt nicht wieder in Ordnung zu bringen ist, sondern daß gerade die Menschen, die vom *christlichen Standpunkt* aus diese Welt in Ordnung bringen wollen, die Persönlichkeit des Menschen und den Glauben an den Geist und seine Wirkung höher einschätzen sollten als Atombomben und Panzer«.⁴²

34 Ders., »Deutschlands Aufgabe in der heutigen Weltpolitik«, in: Die Besinnung, 7. Jg., 1952, H. 9/10, S. 219.

35 Ebd., S. 221.

36 Bodensteiner, »Unerwünschte Gedanken eines Volksvertreters«, Interview, in: SZ v. 20.9.1952.

37 Heinemann an Bodensteiner, 14.6.1952, NL Hei 43. Vgl. auch Scheu an Bodensteiner, 25.6.1952, NL Scheu 9.

38 Posser an V. Pfeleiderer, 10.9.1952, NL Hei II September 1952.

39 Heinemann an Wessel (ohne Datum), NL We 69.

40 Ebd..

41 Vgl. Dt. Bt., 222. Sitzung, 10.7.1952, S. 9912ff.

42 Ebd., S. 9913 D.

Für Wessel brachten »die vorliegenden Verträge uns (gemeint sind die Deutschen, J. M.) in eine falsche Sicherheit.« Ihre Einwendungen zu den Verträgen machte die Zentrumsministerin unter Berufung auf drei ausländische Pressestimmen geltend: So habe die englische Daily Mail, eine konservative Zeitung, geschrieben: »Weil der *Bonner Vertrag* unsere schönsten Hoffnungen vernichtet, ist er eine schlechte Lösung. Es liegt in der Natur der Dinge, daß dieses Abkommen nicht von Dauer sein kann. Die internationalen Spannungen wird es weder lockern noch lösen.«

Die liberale Schweizer Zeitung »Die Tat« schrieb in Anspielung auf Ibsens »Gespenster« unter der Überschrift »Gespenstersonate«: »Das Wort drängt sich wieder auf, wenn man beobachtet, wie die Staatsmänner des heutigen Rumpfeuropa mit den unsichtbaren Kräften ringen, die sich ungeladen mit ihnen zu Tisch gesetzt haben, wie unter ihren eigenen durchsichtigen Überwürfen die nationalen alten Farben durchschlagen.«

Schließlich zitierte Wessel den sozialistischen Le Monde: »Mit dem heutigen Tag beschreiten wir einen gefährlichen Weg. (...) Es ist Sache der Diplomaten herauszufinden, ob sich die beiden Lager über das künftige Schicksal Deutschlands – mit oder ohne Armee – einigen können, bevor sich der Rhythmus der gegenseitigen Überbietungen immer mehr beschleunigt.«⁴³ Kurzum: die Verträge brachten nach Meinung Wessels keine Sicherheit für Deutschland und keine Entspannung. Sie entsprangen keinem europäischen, sondern einem national-egoistischen Geist und die »Diplomaten«, nicht die Militärs waren nun gefordert. Am 5./6. Dezember nahm dann der Bundestag in zweiter Lesung die Verträge an, votierte aber paradoxerweise für die Aussetzung des Ratifikationsverfahrens. So war das Ringen um die Westverträge 1952 noch nicht beendet. Die NG schöpfte erneut Hoffnung. Die kritischen Stimmen im Regierungslager waren noch nicht verstummt, selbst wenn es die taktische Strategie hinter den Kulissen möglich gemacht hatte, daß die Rede des »Vertragskritikers« aus den eigenen Reihen, des CSU-Abgeordneten Bodensteiner, bei der zweiten Lesung im Bundestag ungehalten blieb.⁴⁴

Aufgrund der vielfältigen Kritik von der Rechten und der Linken innerparteilich und außerparlamentarisch ging der NG-Aktivist Eppler sogar so weit zu behaupten, daß die Basis für den Kanzler so schmal werde, daß er seine Politik auf demokratische Weise gar nicht mehr durchsetzen könne. Für die NG war jedenfalls die letzte Schlacht gegen die Verträge noch nicht geschlagen.⁴⁵

43 Zit. n. Dt. Bt., 222. Sitzung, 10.7.1952, S. 9914.

44 Bodensteiner an G. Koch (Dezember) 1952, Archiv Bodensteiner. Das Manuskript ist nicht mehr erhalten.

45 Vgl. Eppler, »Lohnt sich das überhaupt?«, in: Nachrichten, Nr. 4 v. Juli 1952, S. 1.

5. Die Verhinderung der europäischen Einigung durch die EVG

Die Kritik an den Westverträgen, speziell am EVG-Vertrag, wurde seitens der NG noch unter einem anderen Aspekt geführt, nämlich ausgehend von der Frage, ob und inwieweit die EVG einer europäischen Einigung abträglich war. Innerhalb der NG war es hauptsächlich Wessel, die diesen Tatbestand beleuchtete. Ansonsten spielte das europäische Argument bei der NG im allgemeinen eine nachgeordnete Rolle, sieht man einmal von der Verwendung plakativer Formeln ab. Nichtsdestotrotz darf dieses Argument der europäischen Einigung nicht vernachlässigt werden, da Wessel auf nahezu allen ihren politischen Veranstaltungen, die sie namens der NG abhielt, permanent die Bedeutung Europas hervorhob. In den Veranstaltungen, in denen sie gemeinsam mit Heinemann die Gedanken der NG der Öffentlichkeit nahebringen wollte, fand eine regelrechte ›Arbeitsteilung‹ zwischen beiden Referenten statt. Heinemann argumentierte deutschlandpolitisch im engeren Sinn, während Wessel die europapolitische Bedeutung hervorhob.¹

Bereits in ihrer ersten Rede für die NG hatte Wessel von der doppelten Verantwortung der Politik gegenüber Deutschland und Europa gesprochen.² Dieser Verantwortung im Sinne einer europäischen Integration konnte nach Einschätzung Wessels die EVG in keiner Weise gerecht werden. Allein die Motive, aus denen heraus der Plan einer Europaarmee entstand, legten für Wessel ein beredtes Zeugnis ab. Es seien nämlich nationale und nicht europäische Motive gewesen, die bei ihm Pate gestanden hätten. Der eigentliche Vater der Europaarmee, Winston Churchill, hätte sich nicht einmal zu seinem eigenen Kinde bekannt, und die Engländer seien aus nationalen Gründen der Europaarmee nicht beigetreten. René Pleven hätte seinen Plan vorgeschlagen, um Frankreich vor der Gefahr einer direkten Aufrüstung der Bundesrepublik durch die Amerikaner zu behüten. Dem Bundeskanzler sei es um Gleichberechtigung und Souveränität gegangen. Für alle sechs beteiligten Staaten seien wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung ihrer Länder durch Amerika die reale Grundlage ihrer Bereitschaft gewesen.³

Da die Gründung der EVG nicht einem europäischen Plan folgte, nicht aus einer europäischen Idee heraus geboren wurde, sondern ausschließlich national-egoistischen Motiven entsprang, sollte man, wie Wessel meinte, redlicherweise solches Bemühen nicht europäische Verteidigungsgemeinschaft und nicht Integration nennen.⁴ Wessel unterschied nicht zwischen Motiv und Handlungsergebnis, entscheidend ist ja nicht das Motiv, son-

1 Vgl. z. B. »Rüstung verzögert deutsche Einheit«, in: NN v. 6.2.1952; »Wiederbewaffnung kein Beitrag zum Frieden«, in: WK v. 21.2.1952; »Rettet Europa durch innere Umkehr«, in: BNN v. 2.4.1952; »Für eine Entscheidung des Gewissens«, in: MZ v. 16.7.1952.

2 Vgl. Wessel, »Deutschland und der Friede Europas«, in: Aufruf zur NG, 1951, (S. 1).

3 Vgl. Wessel, »Unser Weg nach Europa«, Broschüre, (Rede vor der Berliner AG der NG am 6.7.1952), NL We 70.

4 Ebd., S. 10.

dern ob das Erreichte gesetzten politischen Bedingungen genügt. Insofern ist die Argumentation Wessels hier nicht überzeugend. War letzten Endes nicht auch ihre eigene europäische Einigungsidee aus einem nationalen Motiv entsprungen, nämlich dem der Wiedervereinigung Deutschlands? Die EVG unterlief das Ziel eines einheitlichen Europas, wie Wessel es wollte. Das Ziel ihrer Europapolitik war ein Europa als »*selbständige dritte Kraft*« zwischen den USA und der Sowjetunion, das sich nicht zum Brückenkopf einer der beiden Weltmächte hergab, weil »nur ein politisch starkes und unabhängiges Europa« durch »seine aktive Entspannungspolitik dem Frieden dienen«⁵ konnte. Ihrer Ansicht nach gruppierte die EVG aber nun die eine Hälfte Europas auf die amerikanische, die andere auf die russische Seite. Fälschlicherweise werde damit nach Meinung Wessels von einer Integration Europas gesprochen. Wessel übersah dabei, daß sich die östliche Hälfte Europas unter dem sowjetischen ›Machteinfluß‹ bereits nach dem Zweiten Weltkrieg gruppiert hatte. Es konnte allenfalls darum gehen, diese europäische Hälfte aus dem sowjetischen Machtbereich herauszulösen, sofern man so eine Politik überhaupt für realistisch hielt.

Für Wessel handelte es sich in Wirklichkeit bei der EVG nicht einmal um Westeuropa, sondern allein um sechs westeuropäische Länder. Sie hielt es für eine der charakteristischen Illusionen der von der Bundesrepublik betriebenen Politik, das Teil für das Ganze zu nehmen.⁶ Dieser Illusion war allerdings Wessel, die dem Schuman-Plan zugestimmt hatte, selbst erlegen, ehe sie in der Diskussion um die EVG eine politische Kehrtwendung machte. Wessel wollte nicht die in der EVG vorgesehene kleineuropäische Lösung, sondern die übernationale Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten. Nur ein unabhängiges Europa (gemeint sind die westeuropäischen Staaten, J. M.) hätte danach Aussicht auf die Mitarbeit Osteuropas gehabt. Das Ziel einer auf Europa gerichteten Politik hätte damit die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung von West- und Osteuropa geschaffen.⁷ Allein im Rahmen einer solchen Politik hielt Wessel es dann für möglich, die östlichen Grenzfragen – wie die Oder-Neiße-Linie – im positiven Sinne für Deutschland zu lösen.⁸

Da nun aber die Europapolitik der Bundesregierung durch die Westverträge auf die vertiefte Spaltung ›hinarbeitete‹, wandte sich Wessel gegen die Annahme der EVG-Verträge. Europa mußte sich in ihrer Konzeption zwischen der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten sowie der Atlantikfront unter der amerikanischen Führung selbst aufrichten, um als dritte Macht das gestörte Gleichgewicht auszubalancieren.⁹ Somit wurde die eigene europäische Unabhängigkeit vom Westen wie vom Osten zur notwendigen Vorbedingung für das friedliche Nebeneinander beider Welt-

5 Wessel, Dt. Bt., 241. Sitzung, 4.12.1952, S. 11361 A.

6 Wessel, »Bonn in der Entscheidung über Generalvertrag und Europäische Verteidigungsgemeinschaft«, Manuskript, (Rede in Berlin am 6. Juli 1952), S. 6, NL We 40.

7 Vgl. Wessel, »Deutsche Aufrüstung gefährdet den Frieden«, in: WT v. 3.12.1952.

8 Vgl. Ebd..

9 Vgl. Wessel, »Bonn in der Entscheidung über Generalvertrag und EVG«, (6. Juli 1952), S. 16, NL We 40.

blöcke. Erst ein von Amerika unabhängiges Europa hätte dann auch die Bindungen der osteuropäischen Staaten zu Rußland lockern können, was, so die Argumentation Wessels, ganz im Sinne des Friedens gewesen wäre.¹⁰ Ein nicht durch die EVG geteiltes Europa wäre entsprechend dieser Konzeption zur dritten Kraft im weltpolitischen Spiel der Kräfte geworden. Wessel war davon überzeugt, daß nur »dieser feste Block der ›Vereinigten Staaten von Europa‹ dem russischen und amerikanischen Block zeigen (kann), daß und wie der Friede erhalten bleibt.«¹¹

6. Die Notgemeinschaft und die Einheit Deutschlands

Wie bislang dargelegt wurde, bemaß sich die entschiedene Ablehnung der Westverträge nicht zuletzt aus der von der NG perzipierten Gefahr, sie würden die Einheit Deutschlands gefährden. Daraus ergaben sich wiederum die Forderungen an die Politik der Bundesregierung. Sie mußte alles unterlassen, was die Wiedervereinigung gefährden und hatte alles zu tun, was die deutsche Einheit fördern konnte. So wie die NG die internationale Machtkonstellation beurteilte, war das nur möglich, wenn eine verständigungsbereite Politik gegenüber der Ostzone und vor allen Dingen gegenüber der vierten Siegermacht UdSSR betrieben wurde, d. h. die Deutschlandpolitik gerann zur Entspannungspolitik, die Entspannungspolitik wurde zur Voraussetzung für Deutschlandpolitik.

Damit nahm die bürgerliche Oppositionsbewegung NG bereits im Jahr 1952 den bis heute durchgängigen »latenten Prioritätenkonflikt«¹² zwischen Sicherheit und einer am Ziel der Überwindung der deutschen Teilung orientierten Ost- und Entspannungspolitik insofern ernst, als sie den Konflikt durch eine, wie Heinemann es formulierte, »gesamtdeutsche Entspannungspolitik«¹³ aufzuheben versuchte. Deshalb wurde die europäische Sicherheitsfrage für die NG vornehmlich eine Sicherheitsfrage der Sowjetunion, d. h. mit der Anerkennung der Legitimität sowjetischen Sicherheitsverlangens gegenüber Deutschland rückte der Gedanke der eigenen Sicherung notwendigerweise in den Hintergrund.

Im übrigen war der ansonsten so gesehene Gegensatz von Sicherheit und Entspannung für die NG im Grunde genommen kein echter, weil mit der Aufhebung der Irredenta der deutschen Teilung der eigentliche europäische Unruheherd beseitigt, mithin der Weltfriede stabilisiert werden würde. Die angemeldeten Bedenken gegen eine westdeutsche Bewaffnung gerieten demnach zu einer entschiedenen Parteinahme für die Wiedervereinigung Deutschlands und d. h. für die NG auch zur Parteinahme für die europäische Friedenssicherung.

10 Ebd.

11 Wessel, »Unser Weg nach Europa«, (6.7.1952), S. 20, NL We 70.

12 Paraphrase von H. HAFTENDORN, Sicherheit, 1983, S. 709.

13 Heinemann, »In letzter Stunde«, Manuskript (Rede am 24.10.1952 in Köln), S. 2, NL Hei 132.

a) *Für gesamtdeutsche Beratungen:
Grotewohls Aktionen und die Notgemeinschaft*

Allein deswegen war die NG gegenüber ›östlichen‹ Offerten von vornherein aufgeschlossen. Hinzu kam, daß man in der NG mit dem sonstig vorhandenen Antikommunismus nichts anfangen konnte. Heinemann brachte das einmal, als die NG sich schon als Partei konstituiert hatte, folgendermaßen zum Ausdruck: »Ich halte meine Warnung aufrecht und sage, daß der ganze Antikommunismus, der in der Schwarz-Weiß-Malerei umgeht, wieder einmal der Vorspann einer Rüstungspolitik ist, so wie wir es unter Hitler auch erlebt haben.«¹⁴ Die NG tat sich deswegen leichter, auf Angebote aus dem ›Osten‹ einzugehen. Der DDR-Ministerpräsident Grotewohl hatte bereits im November 1950 der Bundesregierung Maßnahmen zur Einigung Deutschlands vorgeschlagen und die Bildung eines ›Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates‹ angeregt. Im September 1951 modifizierte er seinen Vorschlag dahingehend, eine gesamtdeutsche Beratung der Vertreter beider deutscher Staaten anzuregen, wobei diese u. a. auch die zwischen beiden Staaten bestehende strittige Frage der Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen für eine Nationalversammlung klären sollte.¹⁵

Nachdem Grotewohl auch noch in seiner Regierungserklärung vom 10. Oktober 1951 die Mehrzahl der von Adenauer geforderten 14 Grundsätze einer Wahlordnung für gesamtdeutsche Wahlen als annehmbar bezeichnet hatte¹⁶ und schließlich die Volkskammer der DDR einen Wahlgesetzentwurf im Januar 1952 billigte, der sich am Reichswahlgesetz der Weimarer Republik orientierte,¹⁷ sah man in der NG seitens der Bundesrepublik die Zeit zum unverzüglichen Handeln gekommen.

Ungeachtet der ungewissen Einschätzung, was Grotewohl eigentlich bezweckte,¹⁸ forderte die NG in gesamtdeutschen Gesprächen, »die Verhandlungsbereitschaft des Ostens einmal zu prüfen«. Vorausgesetzt, die Sowjetunion war tatsächlich bereit, »das kommunistische System in Deutschland zu opfern und eine gesamtdeutsche Regierung aus freien Wahlen entstehen zu lassen, sollte der Westen den Preis des Verzichts auf westdeutsche Aufrüstung zahlen«,¹⁹ meinte Wessel.

Aus der Tatsache, daß die Bundesregierung sich sehr lange Zeit ließ mit der Antwort auf die vorgeschlagene gesamtdeutsche Wahlordnung, leitete die NG den Umstand ab, daß es der Bundesregierung im Grunde genommen mit gesamtdeutschen Wahlen überhaupt nicht ernst sei. Zwei-

14 Heinemann, »Die Politik der GVP«, Manuskript, (Vortrag in Hildesheim am 13.8.1953), S. 18, NL Hei 134.

15 Zum Vorschlag Grotewohls v. 30.11.1950 und seiner Änderung v. 15.9.1951 vgl. H. v. SIEGLER, Wiedervereinigung, 1958, S. 29f.

16 Vgl. ebd., S. 33.

17 Vgl. KA, 11.10.1951, S. 3152 A.

18 Vgl. Wessel, »Deutschland zwischen Ost und West«, Manuskript, (1952), S. 10, NL We 40. Es liegen drei Manuskripte unter diesem Titel vor. Zum Teil ist der Inhalt etwas modifiziert. In zwei Skripten werden die Grotewohl-Initiativen erwähnt.

19 Ebd..

felsfrei brachten die Grotewohlschen Offensiven die Bundesregierung jeweils in einen Erklärungs- und Handlungszwang. Statt auf die Angebote einzugehen, wurde jeweils seitens der Bundesregierung ›draufgesattelt‹ und Vorschläge mit Gegenvorschlägen behandelt. Die NG dagegen wollte sofort in gesamtdeutsche Beratungen eintreten mit dem Ziel der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung.²⁰

Heinemann erkannte sehr wohl, an welche Bedingungen diese gesamtdeutschen Beratungen implizit geknüpft waren: »Die Kernfrage bezüglich irgendwelcher Erörterungen mit dem Osten über eine Wiederherstellung der deutschen Einheit liegt darin, ob die Bundesregierung bereit sein würde, ihren bisherigen politischen Weg zu verlassen und auf eine westdeutsche Aufrüstung samt Eingliederung der Bundesrepublik in den Westen zu verzichten. Nur wenn diese grundsätzliche Bereitwilligkeit vorhanden ist, haben Erörterungen über die Wiedervereinigung einen Sinn und eine Chance des Erfolges. Wenn dagegen die Bundesregierung unter allen Umständen die westdeutsche Aufrüstung und Eingliederung der Bundesrepublik in den Westen will, so kann man sich jede Erörterung über eine deutsche Wiedervereinigung auf unabsehbare Zeit sparen.«²¹ Natürlich war eine unter Adenauer geführte Bundesregierung zu solch einem Schritt nicht bereit, schließlich wäre damit ihre Westintegrationspolitik geopfert worden. Allein das, was Adenauers »Rapallo-Komplex«²² genannt wurde, stand einer derartigen Politikkonzeption entgegen. Die Westpolitik sollte ja gerade das nach Ansicht Adenauers gefährliche Lavieren Deutschlands zwischen Ost und West ein für allemal unmöglich machen. Hinzu traten noch legitimatorische Bedenken seitens der Bundesregierung. Wie sollte sie unmittelbar auf die Angebote eines ostdeutschen Staates eingehen, den sie nicht als Verhandlungspartner akzeptieren konnte? Man sprach ihm die demokratische Legitimität ab, und es machte keinen Sinn, mit einem »Marionettenregime« zu sprechen. Ungeachtet, ob die Westalliierten überhaupt eine Verhandlung zwischen Ost- und Westdeutschland gestattet hätten, hätte eine Verhandlung mit Vertretern der SBZ implizit die Anerkennung der DDR bedeutet. Aus diesen Gründen reagierte die Bundesregierung mit geschickten Ausweichmanövern und Gegenoffensiven, die nachgeradezu den Eindruck erwecken mußten, als sei sie nicht an ernsthaften Gesprächen interessiert. Die NG ging da unbefangener an die Vorschläge Grotewohls heran. Sie war konsequent genug, immer wieder dafür einzutreten, den vorhandenen Spielraum in der Wiedervereinigungsfrage auszuschöpfen. Regierung und SPD-Opposition dachten daran keinesfalls. Adenauer wie Schumacher waren sich in der Zurückweisung der Anregung von Grotewohl einig. Adenauer hatte sogar den Brief Grotewohls vom November bereits am 5.12.1950 Schumacher mit der Bitte um eine Stellungnahme gesandt.²³ Mit einem »Marionettenregime« mit einer durch »Terrorwahlen« – so Schumacher – zustande gekommenen »Volkskammer« –

20 Vgl. »Debatte um die NG«, in: StN v. 1.2.1952.

21 Heinemann an Stammler, 14.2.1952, NL Hei II Februar 1952.

22 Ch. HACKE, 1985, S. 7.

23 Zit. n. W. ALBRECHT, 1985, S. 146, FN 12.

Schumacher setzte sie in Anführungsstriche – war keine Kooperation möglich.²⁴

Diese Legitimitätsbedenken kannte die NG nicht, schließlich hing sie nicht der ›Kernstaat-Idee‹ an. Posser sprach bezogen auf die Bundesrepublik und die DDR von den »politischen Gebilden«, mit deren Errichtung sich keine Teilung Deutschlands oder die Abspaltung eines Teiles vollzogen habe, »denn beide Grundordnungen (Bonner Grundgesetz und Volksratsverfassung) gehen von einem gesamtdeutschen Staat aus und wollen in dessen Rahmen bleiben. Beide erheben in gleicher Weise einen Anspruch auf gesamtdeutsche Repräsentation. Beide sind also – sozusagen als Teilordnung im alten Reichsrahmen – Träger der Rechte und Pflichten, die Deutschland als Ganzes hatte und hat.«²⁵

Warum sollte man bei dieser Rechtsauffassung Bedenken gegen direkte Verhandlungen mit der DDR hegen, schließlich waren beide gleichermaßen Teil *eines* Deutschlands.

Auf die etwas verwunderte Frage eines Journalisten in einer Pressekonferenz, unmittelbar nachdem die UdSSR ihre berühmte Note vom März 1952 den Westalliierten zugestellt hatte, ob man denn mit den illegitimen Vertretern der DDR tatsächlich verhandeln solle, antwortete Heinemann mit einem schlichten, aber dezidierten: »Jawohl!«²⁶ Man war sich z. T. nur unsicher in der NG, ob das Ja zu gesamtdeutschen Wahlen, wie es die DDR ausgesprochen hatte, die sowjetische Zustimmung erhalten werde. Wessel meinte, bevor die Sowjetunion nicht ihr Einverständnis gezeigt habe, seien gesamtdeutsche Gespräche unter den Deutschen der West- und Ostzone mit verbindlichem offiziellem Charakter ohne jede Grundlage,²⁷ insofern war sie etwas skeptischer in der Einschätzung als Heinemann, der keinerlei Vorbedingungen für Gespräche mit DDR-Vertretern machte. Der ›linke‹ Protestant Mochalski kritisierte ähnlich wie Heinemann, daß zwar ein Vorschlag für gesamtdeutsche, gleiche, geheime und freie Wahlen vorlag, aber seitens der Bundesregierung keinerlei Schritte getan wurden, die Realisierung dieses Vorschlags durch unmittelbare Verhandlungen mit denen, die den Vorschlag machten, zu prüfen.²⁸

Heinemann erblickte in der Bildung einer deutschen Regierungskommission eine Möglichkeit der deutsch-deutschen Annäherung, wobei er einen angeblichen Vorschlag des bayerischen Ministerpräsidenten Ehard aufgriff, den dieser am 10.1.1952 gemacht haben sollte. Die Regierungskommission aus west- und ostdeutschen Vertretern sollte die Möglichkeit zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung klären.²⁹ An der unab-

24 Vgl. ebd., S. 83.

25 Posser, »Deutschlands Rechtslage und die Verteidigung der Bundesrepublik«, in: StdG, 3. Jg., Nr. 12 v. Dezember 1951, S. 5.

26 NG, »Pressekonferenz«, Stenographische Mitschrift, S. 20, NL Hei 132.

27 Vgl. Wessel an Hess, 31.1.1952, NL We 81.

28 Vgl. Mochalski, »Affekte und Realitäten«, in: StdG, 4. Jg., Nr. 1 v. Januar 1952, S. 50.

29 Vgl. Heinemann, »Diskussionsbeitrag zur Wiederbewaffnung«, in: RN v. 1.2.1952. Vgl. das Dementi Ehards, der gesagt haben will: »Ich bin ketzerisch genug, den Gedanken (gemeint ist die Beratung einer gesamtdeutschen Wahlordnung mit Vertretern der DDR, J. M.) an sich für gut zu halten, aber die Verhandlungspartner des Ostens sind weder unabhängig noch gleichberechtigt«. Zit. n. »NG gegen Aufrüstung«, in: NTW v. 5.2.1952.

rückbaren Forderung freier Wahlen mochte auch die NG nicht gerüttelt wissen. Letztlich lief demnach auch ihr Konzept, sollte es Erfolg haben, auf die Kapitulation des SED-Regimes in der DDR hinaus. Nur, es wäre nach der NG im nationalen Interesse der UdSSR gewesen, ein vereinigtes Deutschland auch aus dem Westen herauszuhalten. Unter diesen Bedingungen wäre, wie die NG meinte, die Sowjetunion sehr wohl zur Opferung des kommunistischen SED-Regimes bereit gewesen. Was das Postulat der freien Wahlen anbetraf, so trug Helene Wessel im September 1951, als die Gründung der NG intern bereits ventiliert wurde, die Entschließung des Bundestags mit, der am Begriff einer internationalen Kontrolle bei der Durchführung freier Wahlen festhielt. Gleichwohl ging bei ihr die Anerkennung »notwendiger internationaler Sicherungen« nicht einher mit dem von Adenauer gewünschten Vorgehen, diese Frage vor die UNO zu bringen. Wessel stimmte es bedenklich, daß die Bereitschaft der Bundesrepublik zu freien Wahlen nicht, wie der Bundestag das verlangt hätte, allen vier Besatzungsmächten, also auch der UdSSR mitgeteilt worden sei, sondern daß statt dessen nur ein vorbereitendes Problem, nämlich die Voraussetzungen freier Wahlen, auf die Tagesordnung der UNO gebracht worden sei. Damit hätte man den Sowjets die Gelegenheit gegeben, die Kompetenz der UNO in dieser deutschen Frage anzuzweifeln.³⁰

Für die NG hatte diese Vorgehensweise objektiv bedeutet, daß sich die Sowjetunion den rechtsstaatswidrigen Charakter ihres Regimes in der DDR hätte bestätigen lassen müssen.³¹ Im Redemanuskript von Helene Wessel heißt es noch eindeutiger, man sei die Sowjetunion durch die UNO in der deutschen Frage angegangen, um eine negative Antwort zu erhalten.³²

Bemerkenswerterweise hoben im Gegensatz zur westdeutschen Publikation die DDR-Presse und kommunistische Zeitungen in der Bundesrepublik diesen Redepassus nachgeradezu besonders hervor.³³ In der Tat hatte die NG nicht unrecht, wenn sie meinte, die Bundesregierung ließe diplomatische Offensiven der DDR ins Leere laufen.³⁴ Im Gegensatz zu diesem Ausweich- und Abgrenzungskurs suchte die NG in den innerdeutschen Beziehungen keine politische Konfrontation, sondern bemühte sich um die politische Linie einer vorsichtigen Kooperation. Jedenfalls sollten keine unerfüllbaren Voraussetzungen gesamtdeutsche Gespräche von vornherein zum Scheitern verurteilen. Deswegen wollte die NG keine UN-Kommission zur Überwachung gesamtdeutscher Wahlen. Deswegen lehnte es die NG auch entschieden ab, die Diskussion um die Oder-Neiße-

30 Vgl. Wessel an Eschholz, 22.10.1951, NL We 81. Vgl. auch Wessel, »Deutschland und der Friede Europas«, (Rede am 21.11.1951 in Düsseldorf), in: Aufruf zur NG, 1951, (S. 6).

31 Vgl. Heinemann, »Der Weg zum Frieden und zur Einheit«, (Rede am 21.11.1951 in Düsseldorf), in: Aufruf zur NG, 1951 (S. 9). Die Passage, auf die Bezug genommen wird, findet sich nicht in: ders., Deutschlandpolitik, S. 18 – 23.

32 Vgl. Wessel, »Deutschland und der Friede Europas«, Manuskript, S. 11.

33 Vgl. u. a. Neues Deutschland v. 23.11.1951; vgl. Freies Volk v. 23.11.1951.

34 Vgl. H. P. SCHWARZ, Ära Adenauer, 1981, S. 150.

Linie in unzulässiger Weise, wie sie meinte, mit den gesamtdeutschen Wahlen zu verknüpfen. Sorgen von übermorgen sollten nicht die Sorgen von heute sein. Es sei sinnlos, außer der Opferung der SED-Partei in der Ostzone auch die Opferung Polens zu verlangen.³⁵ Sicherlich war damit noch kein unzweideutiger Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete ausgesprochen, wie Nolte feststellte.³⁶ Priorität hatte die Wiedervereinigung Ost- und Westdeutschlands. Die Oder-Neiße-Linie durfte nach Meinung der NG keinen unnötigen Belastungsfaktor bei der Aufnahme von Gesprächen darstellen, die der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands dienen sollten und dienen konnten. Das Streben nach deutscher Einheit und die Frage nach dem Verbleib der Ostgebiete im Bereich Deutschlands wurden von der NG voneinander entkoppelt. Einen unzweideutigen Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete sprach die NG nicht aus.

Auch die aus der NG gebildete GVP hielt sich an diese Vorgehensweise. Auf ihrem Bundesparteitag im Juni 1953 beschloß sie: »Alles, was nicht die völkerrechtliche Stellung eines wiedervereinigten Deutschlands betrifft, also z.B. auch die Grenzfragen, bleibt dem mit einer gesamtdeutschen Regierung abzuschließenden Friedensvertrag vorbehalten.«³⁷ D.h., Priorität genoß die als realisierbar erscheinende Wiedervereinigung von DDR und Bundesrepublik Deutschland. Auf einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie Bad Boll im Jahr 1955 wurde deutlich, warum sich die NG/GVP bezüglich der deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße so zurückhielt. Heinemann meinte in der Diskussion: »Wir dürfen nicht auf die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neisse verzichten. Aber diese Frage darf erst nach der Wiedervereinigung angesprochen werden. Tun wir es vorher, so erregen wir Angst bei Tschechen und Polen vor der deutschen Rache und bewirken damit eine stärkere Anlehnung dieser beiden Staaten an Moskau.«³⁸

Es fällt auf, daß weder in den programmatischen Verlautbarungen der NG/GVP noch in den zahllosen Artikeln und Reden Heinemanns die Problematik der polnisch bzw. sowjetisch besetzten Ostgebiete des Deutschen Reiches eine nennenswerte Rolle spielte, obschon sich Heinemann intensiv für diese Problematik interessierte, wie die von ihm angelegte Materialsammlung seines Archivs zeigt.³⁹

Noch 1964 als Mitglied der SPD hielt Heinemann einen einseitigen Verzicht der SPD auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße aus innenpolitischen Erwägungen für die SPD untragbar. Diesen Schritt konnte er

35 Vgl. Heinemann, »Der Weg zum Frieden und zur Einheit«, (21.11.1951), in: Aufruf zur NG, (S. 9), Archiv J. Müller.

36 Vgl. E. NOLTE, 1985, S. 281.

37 Gesamtdeutsche Volkspartei-Das Präsidium:Öffentlicher Appell für das deutsche Volk an die Regierung der Sowjetunion, 6. Juni 1953, NL Hei 375. Auf dem Bundesparteitag der GVP im Jahr 1955 wurde dieser Appell erneut bekräftigt. Vgl. Protokoll zum Bundesparteitag der GVP vom 1.-3.Juli 1955 in Recklinghausen, (S. 8f).

38 Heinemann, »Die Möglichkeiten einer Entspannung des Ost-WestKonflikts« Protokolldienst Nr. 14/55 »Gewissen und Staatsraison« 2.-5.5.1955, S. 2f.

39 Vgl. u. a. ZA Juni-Oktober 1951 NL Hei 213, Januar-April 1953 NL Hei 218, September/Oktober 1955 NL Hei228

sich nur im Rahmen einer über die Parteilinien hinausgreifenden Vereinbarung vorstellen.⁴⁰

Als 1954 in dem offiziellen Organ der GVP, der Gesamtdeutschen Rundschau, in zwei Ausgaben jeweils eine groß aufgemachte Bilderseite mit der Überschrift »Deutsche Heimat im Osten«⁴¹ erschien, die Fotos aus dem Sudetenland bzw. Schlesien zeigte, meinte Posser in einem Schreiben an den verantwortlichen Schriftleiter: »Wegen der Bildseite ›Deutsche Heimat im Osten‹ bin ich verschiedentlich angesprochen worden, u. a. von Zimmerer und Mochalski. Sie hatten den Einwand, daß man diese Frage nicht forciert behandeln sollte (...) Ich persönlich neige auch dazu, die Frage ganz besonders behutsam zu behandeln. Nachdem wir in der Erklärung des Präsidiums schon die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie mitgeteilt haben (...) sollten wir m. E. dieses Thema vorläufig ›suspendieren‹. Vielleicht könnten wir jemand finden, der über diese Frage anhand der geschichtlichen Vorgänge eine objektive Darstellung bringt.«⁴² Scholl schrieb sogar an den Schriftleiter: »Derartiges paßt nicht zum Gesicht der GVP.« Scholls beigefügter Aufsatz über die ehemaligen deutschen Ostgebiete, der den Verzicht auf sie seitens Deutschland zum Inhalt hatte, wurde aber nicht publiziert.⁴³ Wollte die NG also Gespräche mit der UdSSR und der DDR nicht unmöglich machen, durfte sie sich nicht des Revanchismusvorwurfs aussetzen. Andererseits mußte sie für die deutsche Öffentlichkeit behutsam formulieren, um nicht als ›Ostverzichtler‹ verschrien werden zu können, was die öffentliche Meinung gegen ihre Politik aufgebracht hätte. Dieses Lavieren auf dem schmalen Grad wird deutlich, wenn man die Antwort Heinemanns auf die Frage eines Journalisten beleuchtet, ob die März-Note mit dem Bezug auf Potsdam den Verzicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete fordere. Heinemann antwortete, »daß zu klären sein wird, ob die Sowjetunion den Passus ihrer Note wirklich so verstanden wissen will. Eine Bezugnahme auf das Potsdamer Abkommen und die darin enthaltene Grenzumschreibung ist in der Tat mehrfacher Auslegung fähig«. Dem Einwand, sie sei durch die Sowjetunion bereits eindeutig ausgelegt, begegnete Heinemann lapidar mit der Feststellung: »Aber sicherlich nicht innerhalb dieser Note.«⁴⁴ Befragt, wie er denn persönlich zur Oder-Neiße-Linie stünde, antwortete Heinemann ohne Zusatz kurz und prägnant: »Ich habe sie nicht anerkannt.«⁴⁵ In der veröffentlichten Meinung wurde daraus die unzulässige Zuspitzung, Heinemann lehne eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ab.⁴⁶ Genau

40 Vgl. Heinemann an Raiser 28.9.1964 NL Hei 84.

41 In GR Nr. 15/16 vom 9.4.1954 und GR Nr. 17 vom 16.4.1954.

42 Posser an Hilberath 6.5.1954, NL Hei 47.

43 Scholl an Hilberath 5.5.1954, NL Hei 47. Anlage: Scholl, »Die entdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße – Illusion oder nüchterne Erkenntnis« Manuskript.

44 Notgemeinschaft für den Frieden Europas, Pressekonferenz, 12.3.1952, Stenographische Mitschrift, S. 7, NL Hei 132.

45 Ebd., S. 8.

46 Vgl. »Eine Verhandlungsgrundlage«, in: Die Welt v. 13.3.1952. Die Schlußfolgerungen, die Graml aufgrund dieser Pressenotiz zieht, sind demzufolge unzutreffend. Vgl. H. GRAML, Nationalstaat, 1977, S. 860f.

das hatte er aber nicht gesagt. Heinemann hatte lediglich auf den Umstand abgehoben, sie nicht *persönlich* anerkannt zu haben, d. h. andere – gemeint sind wohl die Westmächte – hätten dies mit der Zustimmung zum Potsdamer Abkommen getan. Faktisch spielen die polnisch bzw. sowjetisch besetzten ostpreussischen Gebiete bei der NG keine herausragende Rolle.

Allein Wessel machte Ende 1952 in der Öffentlichkeit deutlich, daß beides, Wiedervereinigung und Wiedereingliederung der deutschen Ostgebiete, nicht realisierbar war.⁴⁷ Ansonsten wollte die NG mit einer entsprechenden Forderung weder die Gesprächsbereitschaft der DDR noch die der Sowjetunion über eine deutsche Einigung zerstören. Sie trat für eine ernsthafte, unvoreingenommene Prüfung der Vorschläge des ›Ostens‹ ein. Dazu waren weder die Bundesregierung noch die SPD-Opposition bereit.

b) *Die sowjetische Notendiplomatie im Jahre 1952:
›Die Alternative zur Adenauerpolitik‹*

Insgesamt war also die NG gegenüber ostzonalen Initiativen durchaus aufgeschlossen. Aufgrund ihres in sich stringenten Deutschlandkonzeptes lehnte sie nicht von vornherein jedwede Verhandlungen mit der anderen Seite ab. Ob diese letztlich etwas Positives ergeben würden, dessen war man sich aber keineswegs sicher. Am 10. März 1952 kam unerwartet Bewegung in die Deutschlandpolitik. Die NG sah sich vor der Erfüllung ihrer Wünsche. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands schien greifbar nahe. In einer Phase der Stagnation der Wiedervereinigungspolitik im Sinne der NG überreichte der stellvertretende sowjetische Außenminister den Westmächten eine Note, die nicht nur damals erhebliches Aufsehen verursachte, sondern noch heute die wissenschaftliche Deutschlanddiskussion bewegt. Sie führte zum »Verlust der gesamtdeutschen Unschuld«,⁴⁸

Die Sowjetunion schaltete sich unmittelbar in die Diskussion über Deutschland ein. Überraschend war der Schritt schon gekommen, doch nicht ohne Vorbereitung. Grotewohl hatte sich bereits einen Monat vorher mit der Bitte um einen Friedensvertrag an die Siegermächte gewandt, worauf allein die Sowjetunion positiv reagierte.⁴⁹ In ihrer Märznote schlug die Sowjetunion eine sofortige Konferenz über einen deutschen Friedensvertrag vor und legte gleich einen diesbezüglichen Entwurf bei, der die direkte Mitwirkung Deutschlands – vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung – gewährleisten sollte. Deretwegen wollte die Sowjetunion die Bedingungen geprüft wissen, die die Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung einleiten sollten. Der aufsehenerregende Vorschlag lag eigentlich in dem Angebot der Sowjetunion gegen den Abzug der alliierten Streitkräfte und der Garantie der militärischen Neutralität Deutschlands,

47 Vgl. Wessel, »Der Preis«, in: MZ v. 6.10.1952.

48 W. BESSON, Außenpolitik, 1970, S. 129.

49 Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Bd. I, S. 73ff und S. 157f.

die deutsche Wiedervereinigung zu gestatten. Das Angebot eines Neutralisierungskonzepts seitens der UdSSR für Deutschland lag erstmals vor, wobei den Deutschen nationale Streitkräfte und eine eigene Rüstungsproduktion zugestanden wurden.⁵⁰

Zwar richtete sich die Note offiziell an die Westmächte, doch bald verbreitete sich in der westdeutschen Öffentlichkeit die Meinung, es liege ein Angebot an die Westdeutschen selbst vor. Das mag seinen Grund darin haben, daß die Sowjetunion bewußt diesen Eindruck provozierte, um die Bundesregierung von ihrem bisherigen Integrationskurs abzubringen. Angesichts des Angebots der UdSSR forderte selbst Schumacher die ernste Prüfung dieser Vorschläge. Die SPD-Bundestagsfraktion verlangte, Vierer-Verhandlungen über die Wiedervereinigung in Gang zu bringen.⁵¹ Schumacher forderte Adenauer am 22. April auf, den Westmächten klarzumachen, daß unverzüglich eine Viererkonferenz einberufen werden mußte, um festzustellen, ob für freie Wahlen die Voraussetzungen geschaffen werden könnten.⁵² Die SPD wollte keinen ›Notenkrieg‹, sondern Verhandlungen. Trotzdem beharrte die SPD kategorisch darauf, »daß Tatsache Nummer 1 die Schaffung der Voraussetzungen für freie Wahlen zu sein habe«.⁵³ Auch der Koalitionspartner FDP war sich in der Wiedervereinigungsfrage nicht mehr einig.⁵⁴

Die Westintegrationsverfechter wie Adenauer blieben bei der Meinung, daß die Teilung Europas und Deutschlands ein Faktum sei und daß die Chance der Westdeutschen in ihrer Bindung an Westeuropa liege. Für die NG stand fest, was Heinemann 1956 formulierte: »Diese Note stellte die Alternative zur Adenauer-Politik zur Diskussion«.⁵⁵ Zweifelsfrei war die Note allein von ihrem Inhalt her auch gedacht, den Abschluß der EVG-Verhandlungen zu verhindern.⁵⁶ Doch damit ist noch nichts über die Ernsthaftigkeit dieses Vorschlags ausgesagt. Es soll hier nicht der müßige Versuch unternommen werden, die wissenschaftliche Diskussion in der einschlägigen Literatur aufzubereiten.⁵⁷ Es ist auch ohne Belang, sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden. Zu schnell und apodiktisch wurden schon Urteile gefällt.⁵⁸ Es soll hier desweiteren nicht geklärt werden, ob und inwieweit der sowjetische Vorschlag ernst gemeint war, ob die Note einen grundsätzlichen Kurswechsel der sowjetischen Politik signalisierte. Solange die sowjetischen Archive verschlossen bleiben, wird diese Frage immer strittig sein. Selbst Steininger, der die Diskussion um das Problem der ›vertanen Chance‹ jüngst erneut in Gang brachte, kann den

50 Vgl. E. JÄCKEL, 1957, S. 23ff.

51 Vgl. Dt. Bt., 204. Sitzung, 3.4.1952, S. 8798f und S. 8753 – S. 8757. Zur Reaktion der SPD auf die März-Note vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 231 – 235.

52 Vgl. W. ALBRECHT, Schumacher, 1985, S. 87.

53 H. GRAML, Nationalstaat, 1977, S. 861.

54 Vgl. K. v. SCHUBERT, Wiederbewaffnung, 1970, S. 167, S. 178f. Vgl. K. G. PFLEIDERER, 1962, S. 179.

55 Heinemann, »Was Dr. Adenauer vergißt«, in: FH, Juli 1956, S. 66.

56 Vgl. H. GRAML, Legende, 1981, S. 340f.

57 Beispielhaft tut dies R. STEININGER, Vertane Chance, 1985, S. 9ff.

58 Vgl. J. WEBER, 1969. Vgl. G. WETTIG, Appell, 1967, S. 136 – 184.

letzten Beweis für die Ernsthaftigkeit sowjetischen Wollens nicht antreten. Korrekterweise heißt seine Dokumentation ›Eine Chance zur Wiedervereinigung? Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten.‹ Die mit dem Vorwort dieser Dokumentation textidentische Taschenbuchausgabe stellt demgegenüber (zu Unrecht) lapidar die Tatsachenbehauptung auf: ›Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung.‹ Zum Teil sind Steiningers angeführte Belege, wie das berühmte Stalin-Nenni-Gespräch, das die ernste Absicht der Sowjets belegen sollte, ihrerseits quellenkritisch beleuchtet worden.⁵⁹ Es soll nicht im einzelnen versucht werden, der Frage nachzugehen, ob denn die Westmächte gegebenenfalls tatsächlich bereit gewesen wären, einer Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen. Die Überlegungen, die das amerikanische State Department zwischen dem 25. März und dem 9. April anstellte, zeigen jedenfalls eine Mehrheit gegen die Wiedervereinigung.⁶⁰ Auch den Franzosen paßte das sowjetische Angebot nicht in ihr Deutschlandkonzept. Obschon es z.B. im französischen Ministerrat, der die Antwortnoten auf den Stalinvorschlag zu entscheiden hatte, eine Opposition gegen die vorliegende Konzeption der Integration der Bundesrepublik in den Westen gab, fanden diese EVG-Gegner kein Gehör. Als treibende Kraft ist hierzu der sozialistische Staatspräsident Vincent Auriol zu rechnen, dem ein entmilitarisiertes, neutrales Deutschland vorschwebte.⁶¹ Doch selbst jene französischen Kreise, die zu den EVG-Gegnern zählten, traten damit nicht notwendigerweise für eine Neutralität Deutschlands ein. Beispielsweise lehnte sie der Senator Leo Hamon, mit dem die GVP 1954 in Kontakt trat, als utopisch ab.⁶²

Frankreich zeigte 1952 kein Interesse an Verhandlungen. Dazu bedurfte es nicht des Einflusses Adenauers. Er wurde erst gar nicht in den entscheidenden Meinungsbildungsprozeß einbezogen, sondern nachdem die Entscheidungen bereits gefallen waren.⁶³ Auch wenn der Kanzler es gewollt hätte, hätte er die Westmächte nicht zum Ausloten des sowjetischen Angebotes bewegen können.⁶⁴ Immerhin stand die Bundesrepublik noch unter dem Besatzungsstatut, und von der zum 6. März 1951 eingeräumten begrenzten Handlungsfreiheit waren gerade die Fragen, die Deutschland als Ganzes betrafen, ausgenommen.⁶⁵

Für die NG, die bereits seit vier Monaten eine aktive Wiedervereinigungspolitik propagierte, war die sowjetische Note vom 10. März ohne Wenn und Aber die geeignete Verhandlungsgrundlage schlechthin. Wessel wie Heinemann erklärten: »Die in dem Vorschlag der Sowjetunion ent-

59 Vgl. Rupieper, Zu den sowjetischen Deutschlandnoten 1952, in: VfZ, 33. Jg., 1985, S. 547ff.

60 Vgl. R. STEININGER, Vertane Chance, 1985, S. 71 – 75.

61 Vgl. N. MEYER-LANDRUT, 1986, S. 87f.

62 Ebd., S. 106. – Siehe ergänzend S. 352ff. dieser Arbeit.

63 Ebd., S. 47, S. 57.

64 Auch in dem von J. HESS/F. WIELENGA untersuchten niederländischen Material findet sich kein einziger Hinweis. Vgl. dies., 1987, S. 373.

65 Vgl. W. GREWE, Deutsche Frage, 1986, S. 53f.

haltenen Punkte sind genau das, was die NG immer wollte, nämlich erst Wiedervereinigung Deutschlands, dann mit einer gesamtdeutschen Regierung einen Friedensvertrag und erst wenn das erreicht ist, könnte die Frage akut werden, daß zur Sicherung Deutschlands eine deutsche Armee aufgestellt würde.«⁶⁶ Was den Punkt der bewaffneten Neutralität anbelangte, ging die sowjetische Note eigentlich über das hinaus, was die NG auch akzeptiert hätte, sie wäre nämlich bereits mit einer durch die Siegermächte garantierten Neutralität Deutschlands einverstanden gewesen, es mußte nicht unbedingt eine bewaffnete Neutralität sein. Hinsichtlich des überraschenden sowjetischen Angebotes, Deutschland die Aufstellung eigener Streitkräfte zu gestatten, wies Heinemann am 12. März 1952 auf einer Pressekonferenz in Berlin auf seine schon bei früherer Gelegenheit geäußerte Ansicht hin: »Die Einordnung Deutschlands in die Gemeinschaft freier Nationen (kann) auf Grund wechselseitiger Garantierungen seines Gebietes und seiner Ordnung durch die Nachbarn oder durch Wiederherstellung einer defensiven deutschen Wehrmacht oder durch eine Kombination solcher Regelung erfolgen.«⁶⁷ Im Herbst 1952 meinte Heinemann zur Bewaffnung, wie sie die Note den Deutschen einräumte: »Auch ich schwärme nicht für eine neue Wehrmacht, aber ich sage mir, wenn sie nun schon notgedrungen wieder erstehen soll, dann will ich lieber *eine* deutsche Armee erleben als zwei, die gegeneinander aufgerüstet werden.«⁶⁸

Sicherlich hatte sich Heinemann nie als Pazifist verstanden und die Notwendigkeit einer »staatlichen Schwertgewalt« nie prinzipiell negiert, gleichwohl zeigt sich hier ein Bruch in seiner Argumentation. Sollte man sich nicht Gott anheimgeben, wie Heinemann es im August 1950 postuliert hatte? Waren die Deutschen schon zur geforderten »Besinnung«, zur Rückbesinnung auf Gottes Willen gekommen? Nun war Heinemann plötzlich bereit, eine nationale Bewaffnung zu akzeptieren. Wie läßt sich dieser »Bruch« erklären?

Heinemann argumentierte hier ja nicht mehr christlich, sondern allein pragmatisch. Es fällt überhaupt auf, daß bei Heinemann seit seiner politischen Tätigkeit in der NG die Verknüpfung theologischer und pragmatisch-politischer Argumentation zunehmend in den Hintergrund trat, ja seine politischen Reden nahezu frei von theologischen Argumenten waren, soweit es die Wiederbewaffnungsfrage betraf. Bezogen auf die Stalin-Note akzeptierte Heinemann jedenfalls das Angebot nationaler Bewaffnung. Vielleicht hatte Heinemann das Angebot der UdSSR als »Paketlösung« interpretiert und die Neutralität in Einheit zur nationalen Bewaffnung gesehen. Heinemanns Priorität war die Herstellung der

66 Wessel, zit. n. »Genau das, was wir wollen«, in: Wochenbericht des Arbeitskreises für deutsche Verständigung, Nr. 18 v. 17.3.1952 (S. 4).

67 Vgl. »Eine ernste Verhandlungsbasis?«, in: Steglitzer Anzeiger v. 13.3.1952. Heinemann bezog sich auf sein Exposé »Die Rolle Deutschlands im heutigen Europa«, in: JK v. 15.2.1952, S. 81.

68 Heinemann, »Dillenburger Rede«, III. Teil, in: Dill-Zeitung v. 20.10.1952. Niemöller lehnte den Aufbau einer Nationalarmee völlig ab. Vgl. »Niemöller fordert Neutralisierung Europas«, in: Industrie-Kurier v. 1.4.1952.

nationalen Einheit. Wenn sie unter der Voraussetzung einer ›neuen deutschen Wehrmacht‹ möglich sein sollte, dann nahm Heinemann diese ›Kröte‹, wie er das Angebot empfinden mußte, in Kauf. Die Äußerung verdeutlicht, wie reserviert Heinemann gegenüber dem Militär war.

Die von der UdSSR geforderte Bündnislosigkeit Deutschlands war für die NG in keiner Weise ein Problem, wenn es auch beispielsweise Heinemann lieber gewesen wäre, Deutschland als entmilitarisierte Zone zu sehen und nicht national zu bewaffnen. Heinemann stand damit nicht allein; besonders die jungen NG-Aktivisten hätten es lieber gesehen, wenn trotz der zugestandenen nationalen Bewaffnung weiterhin keine Aufstellung einer Nationalarmee erfolgen würde. Heinz Krämer, der dem Umfeld Mochalskis zuzurechnen war, regte eine gesamtdeutsche Nationalversammlung an. Im Anschluß daran wollte er eine deutsche Politik betreiben wissen, die jeden Anschluß Deutschlands an Ost oder West verhindert und diese Neutralität von beiden Seiten garantieren läßt, so daß eine Verletzung notwendigerweise den dritten Weltkrieg zur Folge haben mußte. Eine Nationalarmee war in diesem Konzept dann überflüssig.⁶⁹

Bedenken gegenüber der sowjetischen Notendiplomatie hegte man in der NG nicht. Warum auch? Bevor noch der stellvertretende sowjetische Außenminister Gromyko den Vertretern der Westmächte in Moskau am 10.3.1952 die Note überreichte, hatte Heinemann eine Woche zuvor von der Bundesregierung gefordert, den ernsthaften Versuch eines Gespräches mit Vertretern der DDR zu machen. Heinemann hielt einen Friedensvertrag aller Großmächte einschließlich der Sowjetunion mit einem neutralen Deutschland durchaus für möglich.⁷⁰ Heinemann erinnerte die Bundesregierung an ihre Aussage, daß nichts unversucht bleiben dürfe, die deutsche Einheit in Freiheit und Frieden wiederherzustellen.⁷¹ Die Märznote war für ihn die Aufforderung, in ernsthafte Verhandlungen mit den Sowjets einzutreten. Seiner Meinung nach hatte die Note sogar zwei Bedenken ausgeräumt, die bislang gegen eine Ausklammerung Deutschlands aus den Weltblöcken mit dem Zweck einer Wiedervereinigung angeführt worden waren. Den ersten Einwand, »daß eine gesamtdeutsche Bemühung beim Kontrollrat enden würde«, hatte Heinemann immer für eine Irreführung gehalten. Denn wenn eine gesamtdeutsche Regierung käme, könnte doch der Kontrollrat nicht erneut regieren, sondern allenfalls die gesamtdeutsche Regierung kontrollieren, und wenn dieser Kontrollrat handlungsunfähig werde, habe die gesamtdeutsche Regierung um so mehr freie Fahrt. Zudem stünde in der Sowjetnote ausdrücklich, daß man nicht an die Wiederherstellung des Kontrollrates als Regierung denke.⁷²

Auch den anderen Einwand, »daß bei einer gesamtdeutschen Regierung ein schutzloses und neutralisiertes Deutschland übrigbliebe,« hielt Heinemann für »eine Vogelscheuche«. Gesamtdeutsche Regierung bedeutete für

69 Vgl. Krämer, zit. n. »Werden wir ein Volk von Befehlsempfängern?«, in: Rhein-Neckar-Zeitung v. 7.7.1952.

70 Heinemann, zit. n. »Wenigstens prüfen«, in: FAZ v. 3.3.1952.

71 Vgl. Heinemann, »Die Rede Gustav Heinemanns«, in: SOS, 2. Jg., Nr. 6 v. März 1952, S. 4.

72 Ebd..

Heinemann nämlich nicht besatzungsfreies Deutschland. Besatzungsfrei werde Deutschland erst dann, wenn eine gesamtdeutsche Regierung einen Friedensvertrag mit allen Siegermächten zustande bringe, wenn Washington und Moskau sich über eine gemeinsame Räumung Deutschlands verständigten. In der Schutzfrage sah Heinemann durch die März-Note einen neuen Gesichtspunkt eingebracht, in dem dort angeboten wurde: für ein wiedervereinigtes Deutschland könnte eine Armee für Verteidigungszwecke in Betracht kommen.⁷³

Bereits vor der Sowjetnote waren die Sicherheitsfragen Deutschlands keineswegs ohne Belang für die NG gewesen. Man hielt es aber nicht für sinnvoll, hier schon ein festes Programm zu vertreten. Das Programm sollte sich je nach den Umständen richten. Eine Alternative, die defensive Nationalarmee, hatte die Sowjetunion nun selbst vorgeschlagen. Eine andere Alternative, die der garantierten Neutralität Deutschlands durch die Siegermächte, wie sie die NG auch erwogen hatte, war nun durch das vorliegende Angebot überholt. Ob eine nationale Armee angesichts des Waffenpotentials der Sowjetunion tatsächlichen Schutz vor der UdSSR zu bieten vermochte, mag hier dahingestellt bleiben. Für die NG lieferte sie ihn. Schließlich ging die NG auch noch von dem ›Theorem‹ aus, gewaltsame Veränderungen zugunsten des Ostens würden eine ›Politik globaler Reaktionen‹ seitens des Westens nach sich ziehen. Jedenfalls stand Westdeutschland nun für die NG an einer »Wegscheide, wo es darum geht, ob man in der Bundesrepublik *unter allen Umständen* aufrüsten und die Bundesrepublik *unter allen Umständen* in den Westen eingliedern will oder ob dies alles zur Diskussion stehen kann, wenn sich auf andere Weise eine gesamtdeutsche Lösung anbietet?«⁷⁴ Heinemann, der die Bezeichnung seiner Deutschlandpolitik als ›Konzeption‹ für zu hoch gegriffen hielt, neigte dazu, wie er selbst einräumte, die »Dinge Schritt für Schritt anzufassen und Schritt für Schritt zu entscheiden«. Zunächst sollte unbedingt die gebotene Chance der Sowjetunion genutzt werden. Vielleicht war sie »die letzte Chance Deutschlands vor der endgültigen Teilung mit allen ihren Folgen.«⁷⁵ Die »Legende von der verpaßten Gelegenheit«,⁷⁶ das Problem der »vertanen Chance«⁷⁷ war in die Welt gesetzt. Seither mußte sich die Bundesregierung seitens der NG und später von der GVP den »bitteren Vorwurf«⁷⁸ gefallen lassen, daß sie auf das sowjetische Angebot nicht eingegangen war und die in dieser Note liegenden Möglichkeiten verpaßt hatte. Heinemann sprach sogar von der »historischen Schuld«⁷⁹ Adenauers und der CDU. Die Sowjets seien zur Herausgabe der sowjetischen Zone bereit gewesen, wenn sich Gesamtdeutschland nicht an einem

73 Ebd..

74 Ebd..

75 Heinemann, Pressekonferenz, Stenographische Mitschrift, 12. März 1952, S. 5, NL Hei 132.

76 So der Titel eines von Schwarz herausgegebenen Buches. Ders., (Hrsg.), Die Legende von der verpaßten Gelegenheit, Stuttgart 1982.

77 So der Titel eines Buches von Steininger. Ders., Eine vertane Chance, Bonn 1985.

78 Heinemann, zit. n. »Heinemann: ... endet im Krieg«, in: MZ v. 23.2.1953.

79 Heinemann an Gerstenmaier, 5.10.1957, NL Hei 61.

Pakt gegen die UdSSR beteiligen würde.⁸⁰ So war es nur folgerichtig, daß Heinemann den viermaligen Notenwechsel vom 10. März 1952 bis zum 23. September in bezug auf die Westmächte kritisch bewertete: »Er hat die Sowjetunion bislang nicht gezwungen, Farbe zu bekennen, was hinter ihren Vorschlägen steckt. Wohl aber hat dieser Notenwechsel die Westmächte demaskiert und dargestellt, daß sie jedenfalls zur Zeit nicht deutsche Einheit, sondern westdeutsche Rekruten haben wollen.«⁸¹ Spätestens mit der Publikation des Buches von Sethe ›Zwischen Bonn und Moskau‹ im Jahr 1956 rückte das Problem der sog. versäumten Gelegenheit mit aller Schärfe in das öffentliche Bewußtsein.

Was sprach nun nach Meinung der NG für die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Angebots? Heinemann war der Meinung, daß die Note der Sowjets »sehr wohl aus ihrem Interesse verstanden werden kann: die Westmächte hätten einen strategisch und wirtschaftlich viel wertvolleren Raum aufgeben müssen als die Sowjets, die damals noch keine Wasserstoffbombe besaßen und befürchteten, daß sie Chinas wegen in einen asiatischen Krieg eintreten müßten.«⁸² So wurde die Note von der NG als Versuch gedeutet, die Bundesrepublik von ihrer »neue(n) Weltpolitik abzuwenden«.⁸³ Damit lag die NG paradoxerweise auf jener Linie, die die sowjetische Noteninitiative als einen Erfolg der Politik der Bundesregierung interpretierte, wie das vor allem die Protestanten in der CDU hervorhoben, die Adenauers Politik mittrugen.⁸⁴

Nur, die NG interpretierte das nicht als Erfolg, sondern als Abwenden der Gefahr neuer deutscher Machtpolitik, vor allen Dingen mußte man jetzt nach Ansicht der NG das Angebot aber auch aufgreifen. Statt, wie von der NG gewünscht, auf die Verhandlungsvorschläge der Sowjetunion einzugehen, legten die Westmächte in ihrer Antwortnote vom 25. März 1952 den Schwerpunkt auf freie deutsche Wahlen. Sie wurden zur unabdingbaren Voraussetzung zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung. Ein geeintes Deutschland sollte überdies auch nach Abschluß des Friedensvertrages Bündnisse eingehen können.⁸⁵ Genau das wollte die UdSSR vertraglich unterbunden wissen.

Die NG hatte sich mit der impliziten Reihenfolge der Tagesordnung einer Vierer-Konferenz, wie sie die Stalin-Note vorsah, grundsätzlich einverstanden erklärt. Erwin Respondek⁸⁶ – ehemals enger Mitarbeiter Brünings und ›außenpolitischer Berater‹ Wessels, der mit ihr GVP-Mitglied wurde – analysierte für sie in einem Memorandum das Problem der

80 Heinemann, zit. n. »Ehlers: Heinemanns Pläne unrealistisch«, in: Geislinger Zeitung v. 23.3.1952.

81 Heinemann, »Dillenburg Rede«, in: Dill-Zeitung v. 20.10.1952.

82 Heinemann, »Was Dr. Adenauer vergißt«, in: FH, Juli 1956, S. 466.

83 Heinemann, »Sicherung des Friedens«, Manuskript, (nach 3.4.1952), S. 6, NL Hei 131.

84 Vgl. Die Entschließung von Siegen auf der ersten Tagung des EAK vom 14.-16. März 1952:

»Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland«, S. 4, ACDP, Bestand EAK Nr. IV-001-008/1; vgl. auch Gradl, »Gemeinsam suchen«, in: Der Tag v. 13.3.1952.

85 Vgl. Dok 44, in: R. STEININGER, Chance, 1985, S. 162.

86 Seine Mitarbeit für die NG wurde ausdrücklich von Heinemann begrüßt. Vgl. Wessel an Respondek, 1.8.1952, NL We STO 35.

deutschen Frage, wie es die Stalinnote aufwarf: In der ersten Stufe ging es um die Ausarbeitung eines Friedensvertragsentwurfs. An ihm sollte eine gesamtdeutsche Regierung mitwirken, über deren Zustandekommen die Alliierten zu entscheiden hätten. Im Anschluß daran wären freie Wahlen durchzuführen.⁸⁷

Obwohl die Bedingungen für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung erst hätten ausgehandelt werden müssen, wie dies Respondek treffend herausarbeitete, somit ein Scheitern nicht ausgeschlossen war, erklärte sich die NG bereit, diesen Weg zu gehen. Anders reagierte die westliche Seite. Sie setzte der Stalin-Note in ihrem Gegenvorschlag die Parole ›Zuerst freie Wahlen‹ entgegen. Diese Parole war für die NG eine »bewußte Blockierung der von Stalin vorgeschlagenen Lösung, ohne dem deutschen Volk bewußt werden zu lassen, was gespielt wurde«. Nach Auffassung der NG konnte man nicht von den Sowjets erwarten, daß sie »ihren Besatzungsanteil räumen würden, um ihn einem Aufmarsch zur Verfügung zu stellen, der gegen sie gerichtet war«.⁸⁸ Zuerst mußte der Status Deutschlands geklärt sein, erst dann konnte nach Meinung der NG den Sowjets die Durchführung freier Wahlen zugemutet werden. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Argumentation Respondeks, warum die Sowjets justament im März diese Vorschläge machten. Sie zeigt, wie hoch Respondek den eigenständigen Spielraum der DDR einschätzte. Er führte nämlich die sowjetischen Zugeständnisse, »die Gründe für die Wende zur Parallelität von Einheit und Friedensvertrag«, auf »die Vorschläge der Regierung der DDR an Westdeutschland wie an die vier Alliierten und ihre erfolgreiche propagandistische Vertretung« zurück. Sie hätten »100 m vor das Ziel« geführt.⁸⁹ Angesichts jener »Entwicklung der gesamtdeutschen Frage auf der inneren Linie durch die DDR« sei es für die Sowjetunion an der Zeit gewesen, zu erklären und zu handeln, »daß sie zu einer Ordnung der gesamtdeutschen Frage bereit ist.«⁹⁰

Mochte man in der NG die Motive der Sowjetunion, warum es zur März-Note gekommen war, auch unterschiedlich einschätzen, in einem war man sich einig: Man wollte auf jeden Fall in Verhandlungen die Tragfähigkeit der Note ausgelotet wissen. Zum Bedauern der NG reagierte aber die Bonner Regierung nicht positiv auf die Vorschläge der UdSSR.

Bei Adenauer war die Position sowieso klar. Für ihn bedeutete eine Neutralisierung »die Erklärung zum Niemandsland«.⁹¹ Kurz vor der Übergabe der Note durch Gromyko hatte sich Adenauer in einer Rundfunkansprache nochmals gegen eine Neutralität Deutschlands ausgespro-

87 Vgl. Respondek, »Die deutsche Frage in der Russischen Note vom 10. März 1952«, Memorandum v. 17.3.1952, NL We 132.

88 Heinemann, »Was Dr. Adenauer vergißt«, in: FH, Juli 1956, S. 467. Vgl. auch Wessel, »An den Verhandlungstisch«, in: SOS, 2. Jg., Nr. 18 v. September 1952. Vgl. auch Heinemann, »Nur ›Schwarzer Peter?‹«, in: FVZ v. 22.7.1952.

89 Respondek, »Die deutsche Frage in der Russischen Note vom 10. März 1952«, Memorandum v. 17.3.1952, S. 2, NL We 132.

90 Ebd., S. 3.

91 Adenauer, Siegener Rede vom 16.3.1952, zit. n. Hillgruber, Adenauer und die Stalin-Note, S. 113.

chen. Unter anderem mit der Begründung, wenn die Bundesrepublik an der Verteidigung des Westens teilnehme, ziehe jeder Angriff auf deutsches Gebiet eine Mobilisierung des gesamten Verteidigungssystems der freien Welt nach sich, womit Sicherheit für jeden Deutschen und seine Familie garantiert sei.⁹² Stets und kontinuierlich hatte der Bundeskanzler gegen ein neutralisiertes Deutschland Stellung bezogen, ob in der Öffentlichkeit oder intern in den sog. Tee-Gesprächen mit Journalisten. Ihnen sagte er am 15.2.1951: »Was würde eine Neutralisierung bedeuten? Die Besatzungstruppen würden abziehen. Für eine gewisse Zeit würde der Schein eines demokratischen Staates gewahrt werden. Die Sowjets würden alle Möglichkeiten ausschöpfen, mit Hilfe der Fünften Kolonne Deutschland von innen her auszuhöhlen, um damit auf kaltem Wege ihr Ziel zu erreichen.«⁹³ Völlig zutreffend spricht deshalb der DDRHistoriker Thomas davon, daß neben dem Antikommunismus der Antineutralismus wohl der zweitwichtigste Grundsatz in Adenauers Politik gewesen ist.⁹⁴

Andere Regierungsmitglieder, z. B. der Gesamtdeutsche Minister, Jakob Kaiser, reagierten nicht in der Weise apodiktisch ablehnend wie ihr Regierungschef. Kaiser, der die Note für ein gewichtiges politisches Ereignis hielt, warnte sogar in seiner ersten Stellungnahme vor allzu hastigen Meinungsäußerungen. Doch auch Kaiser mit seiner abwägenden Haltung zur Sowjet-Note forderte unmittelbar nach Bekanntwerden der Note erst »eine Verständigung der vier Mächte über die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland«.⁹⁵ Insoweit stand der gesamtdeutsch orientierte Minister Kaiser der Politik Adenauers näher als der Politik der gesamtdeutsch ausgerichteten NG. Diese trat für voraussetzungsloses Verhandeln mit der Sowjetunion ein und war bereit, die Westbindung der Bundesrepublik für ein neutrales Deutschland aufzugeben. Kaiser war sich dieser Differenz sehr wohl bewußt, wenn er gegenüber Heinemann von der »Verschiedenheit der Haltung« sprach, »zu der es schließlich auch zwischen uns beiden in wesentlichen Fragen der Politik für unser Volk gekommen ist (...)«.⁹⁶

Nicht einmal die SPD, die für eine ernsthafte Prüfung der Vorschläge eintrat, mochte an der *Conditio sine qua non* rütteln, daß zuerst freie Wahlen unter internationaler Kontrolle stattzufinden hätten, wenngleich sie sich dagegen wandte, den Eintritt in Verhandlungen davon abhängig zu machen, ob eine UN-Kommission eingerichtet wird.⁹⁷ Die SPD schien jetzt unter Umständen eine Neutralität Deutschlands hinzunehmen, während sie dem bis ungefähr Herbst 1951 ausgewichen war oder skeptisch-ablehnend begegnete.⁹⁸ Die Sozialdemokraten wollten die sowjeti-

92 Adenauer, zit. n. »Adenauer gegen Neutralismus«, in: Die Tat v. 9.3.1952.

93 K. ADENAUER, Teegespräche, 1984, S. 39. Zu den Gründen Adenauers für die Ablehnung der Neutralisierung Deutschlands vgl. H. P. SCHWARZ, Konzept Adenauers, 1971, S. 99f.

94 S. THOMAS, 1978, S. 239.

95 Kaiser, zit. n. »Drei Voraussetzungen. Vorbehalte des Bundesministers Kaiser zur Sowjetnote«, in: Die Welt v. 13.3.1952. Vgl. auch Kaisers Stellungnahme im Rias am 15. März. Zit. n. J. KAISER, 1988, S. 110.

96 Kaiser an Heinemann, 8.5.1952, NL Hei 43.

97 Vgl. Wehner, Dt. Bt., 204. Sitzung, 3.4.1952, S. 8754.

98 So K. KLOTZBACH, 1982, S. 232.

schen Vorschläge zum Gegenstand von Verhandlungen machen. Eine verhandlungsfähige Alternative haben sie aber niemals vorgelegt, während die NG bereit war, die sowjetischen Vorschläge so zu akzeptieren.

Die Sowjetunion ging in ihrer Note vom 9. April 1952 auf die Frage freier Wahlen ein und erklärte: »Die Anerkennung der Notwendigkeit der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen (...) würde durchaus die Möglichkeit schaffen, diese Wahlen in kürzester Zeit durchzuführen«. Die Prüfung, ob die Voraussetzungen für diese Wahlen gegeben seien, »könnte durch eine Kommission vorgenommen werden, die von den vier in Deutschland Besatzungsfunktionen ausübenden Mächten zu bilden wäre«. ⁹⁹ Als nun die Bundesregierung sich weigerte, dieses Angebot aufzugreifen, zerbrach die letzte außenpolitische »Gemeinsamkeit« von Regierung und SPD-Opposition.

Schumacher griff noch aus dem Krankenhaus im April 1952 persönlich in den politischen Streit um die Sowjetnoten ein. In einem Brief an Adenauer appellierte er an diesen, »daß nichts unversucht bleiben darf, festzustellen, ob die Sowjetnote eine Möglichkeit bietet, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit durchzuführen«. ¹⁰⁰ Schumacher sprach sich dagegen aus, Verhandlungsziele zu Vorbedingungen für Verhandlungen zu machen. War er aber bereit, eine Neutralisierung Deutschlands zu akzeptieren, falls sie die Wiedervereinigung ermöglichen würde? Die bislang kenntnisreichste Studie zu Schumacher vermerkt: »Gleichzeitig beantwortete er (Schumacher, J. M.) darin (in einem Schreiben vom 24. April 1952 an Adenauer, J. M.) einen zweiten kurzen Brief Adenauers vom gleichen Tage, in dem dieser die Frage gestellt hatte, ob er mit ihm der Meinung sei, daß die in den Sowjetnoten geforderte »Neutralisierung Deutschlands und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze« auch wichtige Fragen für die Verhandlungen seien. Schumacher bejahte dies und wies – etwas sybillinisch – auf den der Öffentlichkeit bekannten Standpunkt der SPD zu beiden Forderungen hin«. ¹⁰¹ Schumacher scheint, so sein Interpret Albrecht, am Ende seines Lebens bereit gewesen zu sein, einige Tabus der westdeutschen Politik in Frage zu stellen, auch wenn er sehr vage blieb. ¹⁰² Jedenfalls erhob die SPD, nachdem Kurt Schumacher am Abend des 20. August 1952 verstarb, rasch die Forderung, ein wiedervereinigtes Deutschland müsse im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems neutralisiert werden. ¹⁰³

Die Haltung der SPD bezüglich der sowjetischen Noten führte innerhalb der NG zu gewissen Irritationen. Da die NG selbst keine offizielle Stellungnahme zu den sowjetischen Noten abgegeben hatte, sondern lediglich in ihren Nachrichten entsprechende positive Stellungnahmen der westlichen Presse zitierte, ¹⁰⁴ war man sich nicht bewußt, »wie sich unsere

⁹⁹ Zur Sowjetnote v. 9. April: E. JÄCKEL, 1957, S. 25ff.

¹⁰⁰ Schumacher, zit. n. H. P. SCHWARZ, Ära Adenauer, 1981, S. 158.

¹⁰¹ W. ALBRECHT, Schumacher, 1985, S. 87f.

¹⁰² Ebd., S. 91.

¹⁰³ Vgl. H. P. SCHWARZ, Ära Adenauer, 1981, S. 159.

¹⁰⁴ »Pressepiegel«, in: Nachrichten, Nr. 1 v. April 1952, S. 4. Zitiert werden: »Das Moskauer Angebot«, in: Die Zeit v. 20.3.1952, »Kritik der Außenpolitik«, in: StZ v. 22.3.1952, »Leitartikel,

Stellungnahme von der der SPD unterscheidet, was natürlich schwierig ist, nachdem die SPD ihren Standpunkt dem unsrigen weitgehend angeglichen hat«. ¹⁰⁵

Stellte sich jetzt die Gefahr ein, daß die bürgerliche Oppositionsbewegung der NG nun von der SPD aufgesogen werden würde? Wohl nicht, denn die SPD-Opposition erschien vielen in der NG immer noch zu schwammig, nicht konsequent genug. Diese Einschätzung der SPD behielt die NG auch dann bei, als sie sich bereits Ende November 1952 zu einer Partei konstituiert hatte. Welchen Weg die SPD eigentlich beschreiten wollte, um zu einem Gesamtdeutschland zu gelangen, das erschien der »NG/GVP« nicht klar genug. Sie unterstellte, daß die SPD sich im Prinzip für eine Bindung an den Westen entschieden hätte. ¹⁰⁶ Heinemann vermißte darüberhinaus bei der SPD auch die grundsätzliche Bereitschaft, insbesondere das Sicherheitsbedürfnis der UdSSR zum Ausgangspunkt ihrer Politik zu machen. ¹⁰⁷ Heinemann behauptete nach wie vor von der SPD: »Die Sozialdemokratie opponiert zwar gegen die Adenauersche Deutschlandpolitik. Was sie statt dessen will, ist aber wiederum eine zweigeteilte deutsche Aufrüstung, und zwar in Gestalt einer westdeutschen Nationalarmee neben den National-Armeen der Westländer und neben einer National-Armee in der Ostzone. Auch die Sozialdemokratie will eine Armee der Bundesrepublik mit dem Westen verbinden, wenngleich in lockerer Form als der Bundeskanzler«. ¹⁰⁸ Die NG ihrerseits fühlte sich zu einer eigenen Stellungnahme insofern nicht verpflichtet, weil sie das sowjetische Verhandlungsangebot uneingeschränkt genutzt wissen wollte. Die NG war, wie Wessel es formulierte, gegen einen »fruchtlosen Notenaustausch«, sie wollte die Verhandlungen einer Viererkonferenz. ¹⁰⁹ Die Bundesregierung sollte dahin gebracht werden – so Heinemann im März 1952 – ihre Westkonzeption zur Verhandlung, zur Diskussion zu stellen. ¹¹⁰ Nach Einschätzung der NG hatte der Notenwechsel vom Frühjahr bis zum Herbst 1952 eines deutlich gemacht, »daß Rußland sich darüber Klarheit verschaffen will, welchen politischen und insbesondere militärischen Weg ein wiedervereinigtes Deutschland gehen soll. Davon macht es seine Zustimmung für die Wiedervereinigung Deutschlands abhängig. Das bedeutet, daß für Gesamtdeutschland ein anderer völkerrechtlicher Status

in: FAZ v. 25.3.1952. »Pressespiegel«, in: Nachrichten, Nr. 2 v. Mai 1952, S. 3f. Zitiert werden: u. a. Wallstreet Journal v. 2.4.1952, StZ v. 9.4.1952. Vgl. auch »Der kleine Pressespiegel zur politischen Lage«, hrsg. v. Hans Stempel (Landesgruppe Hessen der NG), 1952, Archiv J. Müller.

¹⁰⁵ Göckeritz an Heinemann, 24.4.1952, NL Hei 43.

¹⁰⁶ Bodensteiner, zit. n. »GVP gegründet«, in: FR v. 1.12.1952.

¹⁰⁷ Wessel, Heinemann, zit. n. »Bekennnis zur Neutralität Gesamtdeutschlands«, in: MZ v. 1.12.1952.

¹⁰⁸ Heinemann, »Gesamtdeutsche Volkspartei«, Manuskript, (Rede im Bayerischen Rundfunk), (Dezember 1952?), S. 1. Vgl. auch Heinemann, »Gesamtdeutsche Volkspartei«, Manuskript, (1952?), S. 1, NL We 95.

¹⁰⁹ Wessel, »An den Verhandlungstisch«, in: SOS, Nr. 18 v. September 1952. Vgl. auch Heinemann, »Nur »Schwarzer Peter«?«, in: FVZ v. 2.7.1952

¹¹⁰ Vgl. Heinemann, »Die Rede Dr. Gustav Heinemanns«, in: Ruf der NG, Flugschrift, (Rede in Berlin am 12.3.1952), (S. 4), NL Hei 131.

festgelegt werden soll (...). So sehr alle Deutschen (...) darin übereinstimmen, daß freie Wahlen eine *conditio sine qua non* für eine Verständigung mit Rußland sind, so weiß der Russe ebenso wie wir, daß die Zustimmung für freie Wahlen in seiner Zone gleichbedeutend ist mit der Preisgabe der SED und mit dem Ergebnis einer gesamtdeutschen Regierung, auf die er keinen Einfluß ausüben kann. Die Angst Rußlands besteht darin, daß sich dieses wiedervereinigte Deutschland (...) in die Aufrüstungsfront des Westens gegen Rußland einfügt«. ¹¹¹ Für die NG erfolgte daraus die Notwendigkeit, vor freien Wahlen erst den völkerrechtlichen Status Deutschlands zu klären, d. h., das wiedervereinigte Deutschland mußte und konnte nur ein neutraler Staat sein. Die Notendebatte hatte aber auch gezeigt, daß die NG – sieht man einmal von der KPD ab – weitgehend mit ihrem Standpunkt allein blieb. Selbst die zu Adenauers Deutschland- und Außenpolitik kritisch eingestellte zeitgenössische Publizistik hegte im Verlauf des Notenwechsels zunehmend Zweifel an der Seriosität und Praktikabilität der sowjetischen Vorschläge. ¹¹²

Ein ausländischer Beobachter und intimer Kenner der deutschen Szene schätzte die Situation richtig ein, wenn er im Zusammenhang mit den sowjetischen Vorschlägen zu den Vorstellungen der NG erklärte: »Wessel's and Heinemann's neutrality doctrines have attracted far more attention than support in Germany.« ¹¹³

*c) Die Deutschland-Denkschrift der Notgemeinschaft vom
10. Oktober 1952: ein Versuch, zur Wiedervereinigung zu gelangen*

Allein schon der ausbleibende Erfolg der Petition zeigte, wie sehr McCloy recht hatte. Gleichwohl hielt die NG ihre Aktivitäten nicht für überflüssig, da die zweite Lesung der Westverträge im Bundestag noch anstand. Für sie war noch nichts definitiv entschieden.

Die NG setzte noch immer auf ein entsprechendes Übereinkommen zwischen den vier Besatzungsmächten, das sowjetische Angebot einer Viererkonferenz stand für sie als Chance im Raum. Die außenpolitische Stagnation zwischen Ost und West hielt die NG grundsätzlich für überwindbar, den innenpolitischen Umschwung im Sinne der Verhinderung der Verträge im letzten Quartal 1952 noch für möglich. ¹¹⁴ Sie sah es nun als ureigene deutsche Aufgabe an, dabei mitzuhelfen, die Probleme einer Lösung zuzuführen, daß »die einigende Kompromißformel gefunden wird«, die Deutschlands Wiedervereinigung zu ermöglicht. Wessel argumentierte: »Deutschland trägt keine Schuld an dem Zerwürfnis zwischen den USA und der Sowjetunion und wir haben keinen Grund, uns als Objekt der einen wie der anderen Seite benutzen zu lassen. Wir sollten

¹¹¹ Wessel, »An den Verhandlungstisch«, in: SOS, Nr. 18 v. Sept. 1952.

¹¹² Vgl. Kiefer, Die Reaktion auf die »Stalin-Note« in der zeitgenössischen Publizistik, in: ZBLG, Bd. 51, 1988, H. 1, hier S. 236.

¹¹³ McCloy an Acheson, 29.3.1952, in: R. STEININGER, Chance, 1985, S. 178.

¹¹⁴ Vgl. Wessel, »Alle würden gewinnen«, in: NWK v. 25.10.1952.

keinen einzigen Augenblick vergessen, daß in diesen Verhandlungen (gemeint ist eine Viermächtekonferenz, J. M.) die letzte Chance liegt, ehe Ost- und Westdeutschland gegeneinander aufgerüstet werden.«¹¹⁵ Vor diesem Hintergrund trat die NG mit einer Eingabe an die Mitglieder des Deutschen Bundestags, des Bundesrats, der Volkskammer der DDR sowie an die Hohen Kommissare für Deutschland und den Vorsitzenden der Obersten Sowjetischen Kontroll-Kommission der UdSSR für Deutschland heran, die kurz »Deutschland-Denkschrift« genannt wurde. Sie sollte die Phase der außenpolitischen Stagnation überwinden helfen und die sowjetische Verständigungsbereitschaft positiv ausloten. Der Gedanke dabei war, sowohl auf die Meinungsbildung im Parlament als auch nach außen wirksamen Einfluß auszuüben.¹¹⁶ Bezeichnenderweise kam die Idee zu einer Deutschland-Denkschrift nicht von den NG-Vorstandsmitgliedern selbst, sondern aus ihrem Umfeld. Vielleicht lag das daran, daß die Mitglieder des NG-Vorstandes angesichts des Mißerfolges der Petitionsaktion selbst orientierungslos waren, welche konkreten Aktionen man einleiten könnte.

Es war Konsul Respondek, der Wessel in außenpolitischen Fragen gelegentlich beriet, der eine diesbezügliche Deklaration angeregt hatte. Das Memorandum, wie er es sich vorstellte, sollte zum Inhalt haben:

- »1. Kennzeichnung des Standes des politischen und militärischen Kampfes zwischen den beiden Lagern von Ost und West.
- 2. Vorschlag, wie an *einem* der Punkte der weltweiten Differenzen zwischen dem Ost- und Westblock eine Lösung gefunden werden kann. Dieser eine Punkt ist für uns die gesamtdeutsche Frage. An Hand des Notenwechsels zwischen den Westalliierten und der Sowjet-Union kann nach meinem Urteil eine echte Lösung von deutschen Politikern vorgeschlagen werden.«¹¹⁷

Wessel hielt den »Vorschlag für sehr gut«, und Heinemann war für eine diesbezügliche »Ausarbeitung sehr dankbar«,¹¹⁸ so daß sich Respondek an die Anfertigung der von ihm vorgeschlagenen Denkschrift heranwagen konnte. Schon am 24. September ging ein erster Entwurf an die NG. Er wurde nur unwesentlich überarbeitet, lediglich an einigen Stellen präzisiert und modifiziert. Die Eingabe mit dem Titel »Aufrüstung (ursprünglich hieß es Westverträge, J. M.) oder Viermächtekonferenz: Zwei oder Ein Deutschland?«, kurz auch Deutschland-Denkschrift genannt,¹¹⁹ ist bis dato das umfangreichste und originellste Dokument aus neutralistischen Kreisen. Es gliedert sich in zwei Abschnitte, die einander gegenübergestellt

115 Wessel, »Die volle Entscheidungsfreiheit behalten«, Interview, in: Blitz. Wochenzeitung für junge Leute, Nr. 39 v. 24.9.1952.

116 Vgl. Respondek an Wessel, 7.9.1952, NL We STO 35. Vgl. auch ders. an Wessel, 24.9.1952, NL We 132.

117 Respondek an Wessel, 7.9.1952, NL We STO 35.

118 Wessel an Respondek, 11.9.1952, NL We STO 35.

119 Vgl. »Die Deutschland-Denkschrift der NG«, in: Nachrichten, Nr. 8 v. Januar 1953, S. 1f. Soweit nichts anderes angegeben ist, wird nach der publizierten Broschüre zitiert: »Eingabe der Notgemeinschaft für den Frieden Europas«, Bonn/Essen, 1952, NL Scheu 9.

wurden, wie dies auch der Politik der NG entsprach: hier die »Teillösung: Westdeutschland«, dort die »ganze Lösung: Deutschland«.

In der Einleitung der Denkschrift heißt es u. a.: »Im Mittelpunkt unseres politischen Denkens und Handelns steht die Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland. (...) Ost- wie Westdeutschland sind provisorische Staatsgebilde. Beide stehen auf einer vorläufigen Ordnung und in der gegensätzlichen Zielsetzung ihrer Besatzungsmächte. Beide Landesteile haben eine unterschiedliche Entwicklung genommen, und kein Teil wird das staatliche und gesellschaftliche Gesicht eines ganzen Deutschlands bestimmen: Deutschland wird von dem Willen das ganzen Volkes, von seinem Stimmzettel geformt.«¹²⁰ Die NG hielt also noch im Herbst 1952 den »Weg zu Deutschland offen«. Sie war von der Möglichkeit überzeugt, ein einheitliches deutsches Staatswesen könnte gefunden werden, weder der Westen noch der Osten sollte dabei das »Gesicht« Deutschlands bestimmen dürfen, das oblag allein dem Wählerwillen des deutschen Volkes. Die NG tat so, als ob man diesbezüglich beim Stande »Null« anfangen könnte, nichts war für sie definitiv verfestigt, alles in Deutschland noch veränderbar. Im ersten Teil der Denkschrift werden die »Politik des Gleichgewichts der militärischen Stärke« und »die materiellen Grenzen ihrer Verwirklichung« untersucht. Die Denkschrift weist hier auf die unge lösten Probleme sozialer und wirtschaftlicher Art in der Bundesrepublik hin (z. B. Flüchtlingsfrage, Lastenausgleich, Wohnungsnot, Verlust des Auslandsvermögens, Anerkennung der Auslandsschulden etc.), um daraus den Schluß zu ziehen: »Produktivität erzeugt Wohlstand – Unproduktivität: und das ist Aufrüstung – Armut.« Auch wenn diese Gegenüberstellung unzulässig war, ist sie doch plausibel vor dem Hintergrund des sich ab Oktober 1950 auch in der Bundesrepublik auswirkenden »Koreabooms«. Ein inflationärer Preisanstieg bis Ende 1951 um 15%, ein ansteigendes Defizit in der westdeutschen Handelsbilanz, ein Importstopp im Februar 1951, Engpässe in den Grundstoffindustrien mußten den Eindruck erwecken, eine westdeutsche Aufrüstung würde zu schweren wirtschaftlichen Problemen in der Bundesrepublik führen.¹²¹

Der Ansatzpunkt für die NG war die Bekundung der Regierung der UdSSR, »daß ihre Staatsführung dem Frieden diene«. Diese Bekundung nahm man ernst. Die Sowjetunion war für die NG »keine Militärmacht zur Eroberung fremder Länder, sondern zur Verteidigung seiner eigenen Sicherheit«. D. h., die Politik der UdSSR wurde genuin defensiv gesehen. Zusätzlich unterstellte Respondek in der »Deutschland-Denkschrift« einen »latenten Friedenszustand zwischen Ost und West«. »Er läßt« – so die Denkschrift – »zwar die politischen Differenzen ungelöst, aber er will vermeiden, daß sie in einen Krieg münden. Wenn auch hier oder dort der eine oder andere den starken Mann spielt, so bleibt doch festzuhalten, daß die verantwortlichen Staatsmänner mit ihrer Außenpolitik sehr behutsam umgehen. Denn alle Beteiligten wissen, daß ein Krieg die Existenz für beide

120 Ebd., S. 5.

121 Vgl. W. ABELSHAUSER, 1983, S. 67ff. Vgl. H. C. WÄLLICH, 1985, S. 84ff.

Mächtegruppen aufs Spiel setzt. Dieses Beziehungsverhältnis zwischen den Weltmächten erfuhr« - nach Meinung Respondeks - »eine Wende: dem sowjetischen Ostblock soll der politische und wirtschaftliche Zusammenschluß des Westens mit einer gemeinsamen Verteidigung gegenübergestellt werden.«¹²²

Die NG hegte die Befürchtung, daß mit der »Politik der militärischen Stärke« in den politischen Beziehungen zwischen Ost und West durch den Aufbau der EVG »ein ungewisses und damit in seiner Wirkung unabschätzbare Element«¹²³ eingebaut werden würde, das den Gleichgewichtszustand aushebeln könnte. Diese Bedenken gegenüber der Politik im Westen schimmern in der Denkschrift noch an anderen Stellen durch. Überhaupt bezweifelte die NG die soziale Tragbarkeit und finanzielle Möglichkeit, »ob dieses Schutzschild (gemeint ist die EVG, J. M.) hinter welchem die Völker des Westens ihrer friedlichen Lebensarbeit nachgehen sollen, auch wirklich aufgebaut werden kann.«¹²⁴ Überrascht zeigte sich die NG davon, in welchem ungewöhnlich hohem Grade die Westmächte den Beitrag Westdeutschlands zur kollektiven Verteidigung als entscheidend bewerteten. Den westdeutschen Wehrbeitrag sah die NG eher in seinen negativen finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen für die Bundesrepublik. Wenn diese auch nicht näher von der NG untersucht wurden, stand für sie von vornherein fest, daß der Wehrbeitrag diesbezüglich nur negative Folgeerscheinungen nach sich zöge.

Im zweiten Teil beschäftigt sich die Denkschrift mit dem Notenwechsel zwischen den Westalliierten und der UdSSR. Ausgehend von der Überlegung, daß das Versprechen der Westmächte, durch die Integration der Bundesrepublik werde auch die deutsche Einheit wiedergewonnen, solange gegenstandslos war, wie das Potsdamer Abkommen galt, wurde geprüft, ob die Sowjetnoten die Möglichkeit für eine Lösung des Deutschlandproblems erschlossen. Positiv behandelt die Denkschrift den Notenwechsel zwischen der Sowjetunion und den drei Westmächten, wie er sich vom März 1952 bis zum September 1952 hinzog. Positiv dergestalt, daß man der Sowjetunion unterstellte, substantielle Vorschläge gemacht zu haben, wie ein einheitliches Deutschland als souveräner Staat nach innen und außen gebildet werden konnte.

Kritisiert wurde der Westen, weil er Vorbedingungen vor der Durchführung von Wahlen gesetzt hatte. Dazu heißt es in der Denkschrift: »Im Kern wollen diese Vorbedingungen zuerst die westdeutsche Ordnung auf die Ostzone übertragen. Dann soll ein aus freien Wahlen erstelltes Deutschland die ratifizierten westlichen Verträge übernehmen. Schließlich soll dann auf dieser Grundlage mit Rußland verhandelt werden. Diese Voraussetzungen der Sowjetunion als Ablösung ihrer Rechte aus dem Potsdamer Abkommen anzubieten heißt, die deutsche Frage auf dem Punkt festzuhalten, auf dem sie seit der Kapitulation steht.«¹²⁵

122 »Eingabe der Notgemeinschaft für den Frieden Europas«, Bonn/Essen, 1952, S. 7, NL Scheu 9. 123 Ebd..

124 Ebd., S. 9.

125 Ebd., S. 13.

Damit hatte die NG den Nervus rerum getroffen. Sicherlich ließen sich keine zuverlässigen Voraussagen anstellen, inwieweit eine Viererkonferenz positive Ergebnisse für Deutschland zeitigen würde. Doch eindeutig war, ohne die Unterschrift des Signatarstaates von Potsdam, der Sowjetunion, würde es niemals ein ganzes Deutschland geben.

»Aus dieser tatsächlichen macht- und völkerrechtlichen Lage heraus« dachte die NG und bot ihre »Mittel zur Lösung politischer Differenzen über die Sicherheit«¹²⁶ an. Nach Auffassung der NG waren sie allein in einer Verständigung zwischen Ost und West und nicht in der Aufrüstung zu suchen. Es sollte deshalb die Aufgabe einer Viererkonferenz sein, alle offenen und strittigen Fragen bezüglich Deutschland zu klären. Die NG war von der Auffassung durchdrungen, »daß die russischen Noten die Möglichkeiten für eine volle Lösung der deutschen Frage unter den vier Besatzungsmächten und den zwei innerdeutschen Regierungen erschließen«.

Die NG sah in den sowjetischen Vorschlägen im »Kern rechtlich und tatsächlich ein(en) Kompromiß in der Auflösung des Bestehenden und in der Errichtung des Neuen«. Nach Ansicht der NG lag in diesem Kern das Instrument, »um die Wende von dem unerträglichen Status quo der *zwei* Deutschland zum definitiven Status des *einen* Deutschland herbeizuführen.« Auf keinen Fall konnten deshalb die ständigen »Neins« zu jedem Vorschlag der sowjetischen Regierung hingenommen werden, meinte die NG. Ihre Position gipfelte in der Feststellung: »Solange die Westmächte einseitige Westverträge vorlegen, aber keinen konkreten, d. h. durchführbaren Deutschlandvertrag, haben wir ein Recht und eine Pflicht zu prüfen, ob der russische Vorschlag den Weg zu einem Deutschland öffnet oder nicht.«¹²⁷

Immer wieder spricht aus der Denkschrift die Kritik an der westlichen Politik verbunden mit einer positiven Einstellung gegenüber den sowjetischen Vorschlägen. Weil die NG gesamtdeutsch dachte und gesamtdeutsch orientiert war, wollte sie jeden geeigneten Ansatzpunkt zur möglichen Herstellung deutscher Einheit genutzt wissen. Den Einwand der Westmächte, daß die SBZ-Regierung nicht den Willen ihrer Bevölkerung verkörpere, ließ die NG nicht gelten. Sie unterstellte: »In der gesamtdeutschen Frage ist die Einheit zwischen Regierung und Volk im Ostteil gegeben.«¹²⁸ Im übrigen stehe man, so die NG, vor der Tatsache, daß die DDR ein Staat und von der sowjetrussischen Besatzungsmacht anerkannt sei. Lapidar und doch für die fünfziger Jahre revolutionär heißt es pragmatisch in der Denkschrift: »Die Legitimation eines Staates liegt in seiner Existenz.«¹²⁹ Im ursprünglichen Entwurf fehlt dieser Passus noch. Er ist vermutlich auf Drängen Possers eingefügt worden, um die pragmatische Notwendigkeit des Verhandeln mit dem Osten herauszustellen und um

126 Ebd..

127 Ebd., S. 15.

128 Ebd., S. 16.

129 Ebd.. Auskunft Posser, 5.1.1985.

sich auch bewußt von manichäischen Denkkategorien abzusetzen. Selbstverständlich stellte sich die NG damit in Gegensatz zur herrschenden Meinung. Eine deutschlandpolitische Gemeinsamkeit war auf dieser Basis mit allen nichtkommunistischen Parteien im Bundestag nicht mehr gegeben. Die ausgesprochen gesamtdeutsche Orientierung machte es möglich, daß die NG »einen Vorschlag zur Überwindung des toten Punktes in der Behandlung der deutschen Frage« einbrachte.

Angesichts des Notenaustauschs zwischen Ost und West erblickte die NG den Kern der Einigkeit im Gegenstand der Viererkonferenz unter den Siegermächten, nämlich die Behandlung eines Friedensvertrages, einer gesamtdeutschen Regierung, gesamtdeutscher Wahlen und des Themas der Besatzungstruppen. Aber das waren ja gerade die Fragen gewesen, die die Siegermächte gespalten hatten. Die Strittigkeit dieser Fragen hatte doch zu dem mehrfachen Notenaustausch geführt. Nachdem nun von den vier Mächten die Frage der freien Wahlen und damit die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zu einem zentralen Punkt des Dissenses gemacht worden war, schlug die NG den Besatzungsmächten vor, diesen Punkt der Tagesordnung einer besonderen ›Deutschland-Kommission‹ zu übertragen. Der Vorschlag der NG berührte keine der bestehenden Rechte der Besatzungsmächte. Er entsprach in der Interpretation der NG sowohl der Entschließung des Bundestags vom 9. März 1951 – eine Viermächtekonferenz möge die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sobald wie möglich Wahlen zu einem Parlament für ganz Deutschland unter internationaler Sicherung durchgeführt werden können – als auch der Entschließung vom 15. September 1951 der Volkskammer. Das Problem freie Wahlen sollte auf die deutsche Ebene verlagert werden, von dort versprach sich die NG paradoxerweise eine Lösung. Die NG verkannte damit die Abgrenzungspolitik Adenauers zur DDR und unterstellte ihm indirekt, was sie sonst immer bestritt, echten Willen zur Verständigungsbereitschaft mit der SBZ.

Wie sollte nun die Deutschlandkommission gebildet werden? Einmal hatten ihr anzugehören zwei Beauftragte der Hohen Kommission und der Obersten Sowjetischen Kontrollkommission und von deutscher Seite je fünf Mitglieder, die auf Vorschlag des Bundestags bzw. der Volkskammer benannt werden sollten. Die deutschen Mitglieder sollten Mitglieder des Parlaments oder sonst als Persönlichkeiten öffentlichen Ranges anerkannt sein.¹³⁰ Entgegen der Formulierung im Entwurf der Denkschrift,¹³¹ wie sie von Erwin Respondek vorgelegt wurde, sollten der Kommission keine Regierungsmitglieder angehören. Während den alliierten Beauftragten ein Stimmrecht versagt blieb, hatten die deutschen Mitglieder gleiche Stimmrechte. Sofern mehr als drei deutsche Mitglieder einen vom Gesamtbericht abweichenden Vorschlag vorzubringen hätten, sei er dem gemeinsamen Bericht als Zusatzbericht beizufügen.

130 Ebd., S. 18f.

131 Vgl. NG, »West-Verträge oder Viermächtekonferenz: Zwei oder ein Deutschland?«, Manuskript, S. 13, NL We 132.

Wie bestimmten sich nun die Aufgaben dieses Gremiums?:

»a) Die Kommission erarbeitet eine einheitliche *Wahlordnung*, um allgemeine, freie, gleiche, geheime und direkte Wahlen für eine verfassungsgebende Nationalversammlung in allen vier Besatzungszonen durchzuführen. Als Grundlage für ihre Arbeiten können die vorliegenden Wahlordnungen der Bundesrepublik und der Regierung der DDR sowie ihrer parlamentarischen Körperschaften dienen. Wahlgesetzvorschlag der Volkskammer vom 9. Januar 1952 und Wahlgesetzvorschlag des Bundestags vom 6. Februar 1952.

b) Die Kommission erarbeitet einen Vorschlag zur einheitlichen *Kontrolle* für die Durchführung der Wahl.¹³² Zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung sollte ein ›Gesamtdeutsches Wahlkomitee‹ aufgestellt werden, zu gleichen Teilen zusammengesetzt von der Bundesregierung und der Regierung der DDR. Analog zu ihm sollten in sämtlichen Wahlbezirken lokale Wahlkomitees aufgestellt werden. Sie hatten während und bei der Durchführung der Wahl für die Einhaltung der Vorschriften der einheitlichen Wahlordnung zu sorgen und waren deshalb mit entsprechenden Vollmachten zu Anweisungen an die jeweiligen Polizeidienststellen ermächtigt. Überdies unterstanden die deutschen Wahlkomitees einem von den Besatzungsmächten zu errichtenden ›Überwachungsamt‹, dessen Aufgaben ein Statut der Alliierten regeln sollte. Das Überwachungsamt hatte die Geheimhaltung des Wahlvorganges und die Einhaltung aller Vorschriften der Wahlordnung wie das Ansehen und die Sicherheit der Besatzungsmächte zu gewährleisten. Für die NG war es selbstverständlich, daß die von ihr vorgeschlagene Lösung in der Denkschrift nur solange möglich war, bis keine unwiderruflichen Entscheidungen durch eine Annahme der Westverträge im Bundestag fallen würden.

Nicht zuletzt wegen der in Amerika anstehenden Wahlen, die für das Schicksal der Westverträge bestimmend angesehen wurden, votierte die NG gegen vorzeitige Vertragsratifikationen. Die NG setzte auf einen Sieg der Demokraten am 4. November 1952. Sie unterstellte nämlich, daß jene eine offensive Verteidigungspolitik gegen die UdSSR ablehnten, wie sie die NG der Republikanischen Partei mit ihrer Politik der regionalen Sicherheitspakete unterstellte. »Das Neue in der Außenpolitik der USA nach dem Siege der Demokratischen Partei wäre also«, heißt es in der Denkschrift, »daß die künftige Regierung die Möglichkeit eines Nebeneinander von Ost und West, der kommunistischen wie der nichtkommunistischen Welt bejaht.«¹³³ Dies war für die NG die geeignete Basis zur Erörterung der offenen deutschen Frage. Den Interessen der Sowjetunion glaubte die NG, wie die Noten der UdSSR interpretiert wurden, mit einem neutralen Deutschland gerecht zu werden.

Es versteht sich fast von selbst, daß weder die USA noch die UdSSR auf die Einlassungen einer ›Splitterorganisation‹, wie sie die NG darstellte,

132 »Eingabe der Notgemeinschaft für den Frieden Europas«, Bonn/Essen, 1952, S. 19, NL Scheu 9. 133 Ebd., S. 22.

reagierten. Anders handelten die offiziellen sowjetischen Stellen bei Vorstößen, wie sie der auch mit Kommunisten zusammenarbeitende Bund der Deutschen 1953 startete. Auf sie gingen sowjetische Stellen sehr wohl ein.¹³⁴ Auch von deutscher Seite lassen sich keine offiziellen Stellungnahmen nachweisen.¹³⁵ Selbst die westdeutsche Presse nahm kaum Notiz von der Denkschrift.¹³⁶ Die NG hatte nach fast einjähriger Arbeit den publizistischen Reiz verloren und ihren politischen Höhepunkt längst überschritten. Ungeachtet dessen hielt man innerhalb der NG die Denkschrift für eine ausgezeichnete Sache.¹³⁷

134 Vgl. Wahlprogramm des BdD, 7.6.1953, S. 3, NL Scheu 16.

135 Nach Durchsicht der Nachlässe Heinemann, Scheu, Wessel und des Depositums Willems.

136 Zu den Ausnahmen zählten u. a. die SZ v. 22. und 25.10.1952, die BR v. 29.11.1952.

137 Küpper an Wessel, 29.10.1952, NL We STO 35.

DRITTER TEIL

Die Gesamtdeutsche Volkspartei – der Versuch,
die Notgemeinschaft zu parlamentarisieren



Faltblatt für die Bundestagswahl 1953

Hans Bodensteiner¹ zwischen Notgemeinschaft und GVP-Gründung

Die Deutschland-Denkschrift der NG vom Oktober 1952 war die letzte programmatische Aktivität der NG. Als sie der Öffentlichkeit präsentiert wurde, war der Weg, die politische Arbeit der NG in Parteiform weiterzuführen, nicht nur freigemacht, sondern man war bereits auf ihm weit fortgeschritten.² In dieser Endphase der NG stieß der Bundestagsabgeordnete Hans Bodensteiner (CSU) zur NG. Er beeinflusste deren politisches Konzept im einzelnen nicht mehr. Bodensteiner trat zweimal in Kundgebungen auf, die unter Verantwortung der NG veranstaltet wurden: einmal am 24.10.1952 in Köln³ zusammen mit Heinemann, Wessel, Thea Arnold (Z) und Hermann Etzel (BP) und am 25.10. in Frankfurt mit Niemöller und Professor Domenach, dem Herausgeber der französischen katholischen Zeitschrift ›Esprit‹. »Die Sammlung der bürgerlichen Mitte in einer Partei«⁴ galt zu der Zeit bereits als beschlossene Sache und war bereits öffentlich bekannt.

Bodensteiner, später Geschäftsführer der GVP, ist insofern interessant, als mit ihm das politische Spektrum der GVP ergänzt wurde durch einen dezidierten, sozialpolitisch motivierten Katholiken, der dem westlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem mit Abneigung begegnete. Bodensteiner war seit seinem Einzug in den Bundestag im Jahr 1949 in sozialpolitischen Fragen schon mehrmals mit seiner Fraktionsspitze zusammengestoßen. Erstmals kollidierte Bodensteiner mit dem Landesvorstand der CSU im Herbst 1950.⁵ Das damalige BP- und spätere CSU-Mitglied Donhauser hielt im Wahlkreis Bodensteiners mehrere Versammlungen, in welchen dieser dem Finanzminister Schäffer Unregelmäßigkeiten in Geld-

1 Bodensteiner (1912 geboren) nahm im Zweiten Weltkrieg an den Kämpfen in Stalingrad teil. Von 1946 bis 1949 war er Landrat des Kreises Neustadt/Waldnaab. 1949 wurde er als CSU-Kandidat im Wahlkreis Tirschenreuth in den Bundestag gewählt.

2 Vgl. Punkt 2 dieses Kapitels.

3 Scheu hatte sich für diese Kundgebung auch um das MdB Adolf v. Thadden bemüht. Es läßt sich nach Durchsicht des NL Scheu keine Stellungnahme v. Thaddens nachweisen. Vgl. Scheu an Thea Arnold, Bodensteiner, Etzel, von Thadden, Wessel, Heinemann, 14.10.1952, NL Scheu 14. Der CDU-Abgeordnete M. J. Mehs sagte ab. Vgl. Mehs an Scheu, 17.10.1952, NL Scheu 4. Auch um die Bundestagsabgeordneten W. Keller (BHE), H. G. Fröhlich (BHE), beide Kritiker der Westverträge, bemühte sich Scheu ohne Erfolg.

4 So der Titel eines umfangreichen Artikels, der über beide Veranstaltungen berichtete, in: Offene Worte zum Zeitgeschehen, 1. Jg., Nr. 6 v. Oktober 1952.

5 Soweit nichts anderes angegeben, beziehe ich mich auf: Bodensteiner an Ehard, 10.11.1952. Bodensteiner an Kohl, 9.8.1981, Archiv Bodensteiner. Auskunft Bodensteiner, 3.1.1985.

fragen vorwarf. Schäffer bat Bodensteiner und seine Kollegen von der CSU dem entgegenzutreten, gleichzeitig unterstützte Schäffer angeblich Donhauser mit Geld für dessen politische Arbeit. Als Bodensteiner davon erfuhr, war sein Vertrauensverhältnis zum Minister Schäffer gestört. Sein Mißtrauen wurde dann verstärkt durch seine Erlebnisse bei der Diskussion der Einkommenssteuernovelle von 1950. In den beiden Fraktionssitzungen, die diesen Gegenstand behandelten, verhinderten nach Angaben Bodensteiners die beiden Fraktionsvorstandsmitglieder F. J. Strauß und Carl Schröter, daß Bodensteiner zu dieser Angelegenheit das Wort ergreifen durfte. Schröter entzog ihm kurzerhand das Wort, Schäffer stempelte ihn, wie schon früher einmal Ludwig Erhard, zum Marxisten.

Nachdem die BP im Bundestag einen Mißtrauensantrag gegen Schäffer eingereicht hatte, wurde Bodensteiner per Telegramm vom 12.9.1950 vom CSU-Landesvorsitzenden gebeten, seine »Pflicht zu tun, anwesend zu sein und gegen den Antrag zu stimmen«. ⁶ Bodensteiner blieb der Abstimmung fern und weigerte sich, dem Minister sein Vertrauen auszusprechen mit folgender Begründung:

- »1. Schäffer hat bei der Angelegenheit Frankfurt-Bonn aktiv an der Bestechung von Bundestagsabgeordneten mitgewirkt, damit sie gegen ihre Überzeugung für Bonn stimmen.
2. Schäffer hat sich im Haushaltsplan 1949/50 vom Bundestag einen Betrag von 6.4 Millionen DM für unvorhergesehene Ausgaben genehmigen lassen. (...) Nach Lage der Dinge besteht kein Zweifel, daß Schäffer bereits vor der Genehmigung des Bundestags wußte, wofür er diese 6.4 Mill. DM verwenden wollte. (...).
4. Schäffer hat die Regelung der Kriegsopferversorgung und der Materie des 131 GG monatelang verzögert, weil er durch eine spätere Regelung erhebliche Beträge im laufenden Haushalt einsparen wollte. (...)«⁷

Ergebnis dieser »Mißbilligung« Schäffers durch Bodensteiner war, daß man ihm mit Ausschluß drohte.⁸

Hinzu kam, daß Bodensteiner, wie er meinte, keinen Erfolg hatte, das sozialpolitische Credo der CSU – »eine gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Erträge und eine soziale Gesetzgebung müssen aus den vermögenslosen Schichten unseres Volkes in großem Umfange besitzende Eigentümer machen«⁹ – in seiner Partei, in seiner Fraktion durchzusetzen. Auch in außenpolitischen Fragen manövrierte sich Bodensteiner in eine Außenseiterposition.

Er verstand sich, eigenen Aussagen zufolge, als glühender Bewunderer Adenauers, und er stimmte zunächst auch dessen Aufrüstungsplänen zu, wie er auch den Schuman-Plan billigte, weil sich ein einheitlicher Markt zum Wohle der Arbeitnehmer auswirken werde.¹⁰ Erste Unsicherheiten

6 Telegramm an Bodensteiner, 12.9.1950, Archiv Bodensteiner.

7 Bodensteiner an Ehard, 18.9.1950, Archiv Bodensteiner.

8 Vgl. Bodensteiner an Heinemann, 5.5.1955, NL Hei 51.

9 Leitsatz 10 des CSU-Programmes, zit. n. Bodensteiner an Ehard, 10.11.1952, Archiv Bodensteiner.

10 »Europäische Gemeinschaft oder Untergang. Abgeordneter H. Bodensteiner sprach über das Mitbestimmungsrecht«, in: NTW v. 15.1.1952.

zeigten sich bei ihm, als Adenauer in der Fraktion über die Auseinandersetzung mit Heinemann im Kabinett berichtete. »Dabei zitierte er einen Satz von diesem, der etwa lautete: ›Der Zweite Weltkrieg müßte uns Deutsche doch gelehrt haben, daß man mehr auf Gott als auf die Waffen vertrauen sollte!‹ Da unterbrach ihn ein prominenter Abgeordneter der CDU und rief: ›Wie denkt sich denn das der Dr. Heinemann!?! Glaubst du denn, daß uns der liebe Gott eine Million Engel schickt, wenn die Russen kommen?‹ Adenauer konnte seine Freude über diesen Zwischenruf gar nicht verbergen und antwortete: ›Da müssen Sie Herrn Dr. Heinemann fragen!‹ Soviel ›christliche‹ Dummheit auf einmal war zuviel! Der allmächtige Gott braucht eine Million Engel, um seinen Willen durchzusetzen! Augenblicklich war ich hellwach und voller Mißtrauen. Ich begann die wechselnden Begründungen der geplanten Aufrüstung kritisch zu prüfen (...).¹¹ Dennoch kann 1950 von einer massiven Kritik Bodensteiners an der Wiederbewaffnungspolitik Adenauers keine Rede sein, öffentlich enthielt er sich jeder Stellungnahme.

Das änderte sich 1952. Zwar stimmte Bodensteiner am 8.2.1952 der Entschließung der Regierungsparteien¹² zu, doch, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, legte er ausdrücklich dem Fraktionsvorsitzenden v. Brentano seine Haltung dar, wie er sie auch schon am 5.2.1952 in der Fraktionssitzung geäußert hatte: »Marxismus und Kommunismus sind, wie schon der geschichtliche Ablauf beweist, nicht durch Zufall entstanden, sondern haben sich als notwendige Folge der fehlerhaften westlichen Gesellschaftsordnung in rund 150 Jahren (1847 Kommunistisches Manifest) langsam ausgebreitet. Ihrer äußeren Bekämpfung muß die innere Korrektur in unserem gesellschaftlichen Gefüge logisch voraus praktisch mindestens parallel gehen. Jeder andere Weg würde bedeuten, daß man die Wirkung bekämpft, aber die Ursache beläßt. Der Kanzler hat sich wiederholt zu diesem letzteren, nach meiner Überzeugung unmöglichen und verhängnisvollen Weg bekannt. Wenn weiterhin so vorgegangen werden sollte, also Verteidigungsbeitrag ohne Inangriffnahme der sozialen Neuordnung, so wäre die entscheidende Voraussetzung, warum ich überhaupt in dieser Partei und Fraktion mitzuarbeiten begonnen habe, nicht mehr gegeben. Ich sehe dann keinen anderen Weg als auszutreten und ich müßte dann auch gegen diese nach meiner Überzeugung zu einer Katastrophe führende Politik Stellung nehmen.«¹³

Diese Einschätzung teilte er auch der Öffentlichkeit mit. Im November 1951 hatte die ›Stätte der Begegnung‹ 2000 Lesern des Rundbriefes ›Ge-

11 Bodensteiner an Kohl, 9.8.1981, Archiv Bodensteiner.

12 Hier heißt es u. a.: »Angesichts der Weltlage kann sich die werdende europäische Gemeinschaft der Pflicht nicht entziehen, in Zusammenarbeit mit anderen Völkern der freien Welt die Grundrechte der Freiheit und der Demokratie zu verteidigen. Ausschließliches Ziel der gemeinsamen Anstrengungen muß es sein, den Frieden zu sichern und jede Bedrohung dieses Friedens abzuwehren. An dieser Aufgabe wird Deutschland als gleichberechtigter Partner mitwirken in der Erkenntnis, daß es gegenüber den Feinden der Freiheit keine Neutralität gibt. In Frieden und Freiheit wollen wir das ganze Deutschland wiedervereinigen.« Drucksache Nr. 3074 v. 8.2.1952, in: Dt. Bt., 1. Wahlperiode 1949, Anlage zu den stenographischen Berichten.

13 Bodensteiner an Brentano, 28.2.1952, Archiv Bodensteiner.

sprach aus der Ferne« Fragen zugestellt mit der Bitte, sie zu beantworten. Bodensteiner beschrieb noch einmal seine Position, die sich von seinen späteren Parteifreunden in der GVP abhob, weil er beides wollte, ›Aufrüstung und Erneuerung: »Der Idee nach«, schrieb Bodensteiner, »muß (...) vor einer Aufrüstung die Bereitschaft zu innerer, geistiger und sittlicher Erneuerung des Westens feststehen, denn die liberale Geistes- und Lebenshaltung und die aus ihr erwachsene Gesellschaftsordnung ist ihrem inneren Wesen nach genau so unchristlich wie die des Ostens. Auch muß nach meiner Meinung sich die christliche Menschheit klar werden, daß Gott unmittelbar in die Welt hineinwirkt und Kriege nicht nur zuläßt, sondern geradezu schickt, um die Menschen zu züchtigen. Gegenüber einer solchen strafenden Absicht Gottes ist jede Aufrüstung zwecklos. Folglich muß zuerst dafür gesorgt werden, daß das christliche und sittliche Streben Europas auf Gott hinzielt. Nur dann, glaube ich, hat darüber hinaus eine Aufrüstung gegenüber einem Gewaltregime einen Sinn.«¹⁴ D. h., Bodensteiner zufolge mußte die angesprochene Erneuerung in Angriff genommen werden, bevor eine westdeutsche Wiederbewaffnung zugelassen werden konnte.

Damit stellte sich Bodensteiner gegen die Mehrheitsmeinung seiner Fraktion. Trotzdem entstanden ihm aus dieser Veröffentlichung keinerlei Probleme. Einmal war die Reichweite des Organs der ›Stätte der Begegnung« gering, zum anderen enthielt sich Bodensteiner einer direkten Kritik an der Politik Adenauers. Politisch brisant für Bodensteiner und die CDU/CSU wurden seine Ansichten, als er sie einer breiteren Öffentlichkeit in einem Aufsatz – »Die deutsche Aufrüstung. Ein Beitrag zum Krieg oder zum Frieden«¹⁵ – in der Zeitschrift ›Die Besinnung« zugänglich machte.

Die Zeitschrift ›Die Besinnung« diente zeitweilig linkskatholischen Aufrüstungsgegnern wie dem Schriftsteller Reinhold Schneider und dem Publizisten Walter Dirks als Organ. Herausgegeben wurde sie von Karl Borromäus Glock, der den ›Aufruf« der NG unterzeichnet hatte und später auch GVP-Mitglied wurde.

Gleich Wessel vertrat Bodensteiner eine Politik der ›sozialen Aufrüstung«. Seine Begründungen ruhten aber stärker in einem fast schon fundamentalistisch zu nennenden christlichen Glauben. Für ihn war nämlich »der Griff zu den Waffen, um den Bolschewismus zu beseitigen, ohne daß man gleichzeitig die innerpolitische Erneuerung in Angriff nimmt und *die seinsgemäße Ordnung und damit die Geltung des Sittengesetzes* wieder herstellt (Hervorhebung, J. M.), »nur ein neuer Versuch des autonomen Menschen, aus eigener Kraft den strafenden Folgen seines bösen Tuns zu trotzen«.¹⁶

14 Zit. n. Leitbrief der Freunde der ›Stätte der Begegnung«, Nr. 1 v. Februar 1952, (S. 4f), NL We 89.

15 In: Die Besinnung, 7. Jg., H. 4/5 v. Juni 1952, S. 217ff. Im folgenden zit. n. dem Sonderdruck aus dem Jahr 1952.

16 Bodensteiner, »Die deutsche Aufrüstung. Ein Beitrag zum Krieg oder zum Frieden«, Sonderdruck 1952, S. 15, Archiv J. Müller.

Dem Kommunismus konnte man nach dieser katholischen Interpretation nicht vornehmlich mit Militär trotzen, sondern mit der Behebung gesellschaftlicher Fehlentwicklungen. Der Marxismus hatte nach Bodensteiner deshalb materielle Gewalt gewonnen, »weil im gesellschaftlichen Gefüge der westlichen Welt schwerste Mißstände herrschten.«¹⁷ Soweit deckte sich Bodensteiners Auffassung mit Wessels Meinung.

Ähnlich, wenn auch akzentuierter, interpretierte er die russische Eigenart des Kommunismus, der durch seine »Verschmelzung mit dem russischen Volk« eine »aggressive Welteroberungspolitik«¹⁸ betrieb. Seine christlich-katholische Weltsicht führte ihn zur grundsätzlichen Negation des Kapitalismus. Die vielfältigen Symptome und Krisenerscheinungen der westlichen Gesellschaftsordnungen hatten seiner Meinung nach ihren Grund in der »individualistischen Grundeinstellung«, aus der heraus eine »rein mechanische Gesellschaftsordnung aufgebaut und eine egoistische Lebenshaltung« praktiziert wurde.

Das Grundgesetz der mechanischen Lebensordnung bestand in der Sichtweise Bodensteiners darin, daß man glaubte, »daß »aus dem natürlichen Streben eines jeden, seine Lage zu bessern, eine selbständige Ordnung entsteht«, wie Adam Smith (...) es formuliert hat.«¹⁹ Das Gestaltungsprinzip dieser Lebensordnung machte er im Wettbewerbsgedanken aus, der politisch seinen Niederschlag in der »Mehrheitsdemokratie«, ökonomisch in der »sog. frei(en) Wettbewerbswirtschaft«²⁰ fände.

Ein derartiges Gesellschaftssystem billigte Bodensteiner nicht. Bodensteiner ging sogar so weit, zu behaupten, daß die »westliche Lebens- und Gesellschaftsordnung« aufgrund ihrer Defekte »nicht als das kleinere Übel, sondern nur als die Ursache des östlichen Totalitarismus betrachtet werden«²¹ kann. Faktisch führte nämlich in seinen Augen die autonom-individuelle Dispositionsfreiheit »zur Verproletarisierung großer Teile im Innern der Völker und zum nationalen Imperialismus, verbunden mit völkischer Ausräuberung im zwischenstaatlichen Leben.«²²

Die Kritik am Westen und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen sind in dieser Entschiedenheit von den späteren GVP-Führern allein Bodensteiner eigen. Wenn auch unter umgekehrt christlichen Vorzeichen waren sich Bodensteiner und Heinemann hinsichtlich ihres Rigorismus ähnlich. Beide nahmen ihr Glaubensverständnis in voller Tiefe ernst.

Freiheit war für Bodensteiner nicht voraussetzungslos positiv. Zur Freiheit gehörte für ihn das soziale Fundament. Von daher war es für ihn kein Wert an sich, zum westlich-abendländischen Kulturkreis zu gehören. Diese innere Distanz zum Westen, die sich christlich-gesellschaftspolitisch motivierte, hatte nicht zwangsläufig die Entscheidung für den Osten zur Folge, den Bodensteiner wegen seiner inneren Verfaßtheit auch ablehnte,

17 Ebd., S. 7.

18 Ebd..

19 Ebd., S. 8.

20 Ebd..

21 Ebd., S. 7.

22 Ebd., S. 10.

sondern sie mündete in der Suche nach einem dritten Standort zwischen ›westlichem‹ Kapitalismus und östlichem Totalitarismus.

Im Hinblick darauf hielt er es für »widersinnig, gegen den Kollektivismus zum Kampf für die Freiheit aufzurufen und unter diesem Deckmantel die theoretische und praktische Autonomie des Individuums verteidigen zu wollen (...). Das ›christliche‹ Abendland muß an ganz anderer Front gerettet und zuerst im Innern Europas wieder hergestellt werden.«²³

Selbst die außenpolitische Kategorie des Friedens sah Bodensteiner letzten Endes als soziale Kategorie, als »Frucht der Gerechtigkeit«. Der Friede war für ihn »nicht die Folge eines Gleichgewichtes der Kräfte (...).«²⁴ Bodensteiner brach mit der westlichen Tradition, in deren Gefolge das Individuum im 18. Jahrhundert ›freigesetzt‹ wurde, weil sie dem göttlichen Sittengesetz widersprach. Das Diktum des Sittengesetzes bedeutete nichts anderes als die ›Rechristianisierung‹ der Welt, genau das lehnte der Protestant Heinemann entschieden ab. Ob man nun diese Vorstellung auf die Wiederherstellung einer vormodernen Gesellschaftsordnung bezog²⁵ oder in ihr den Ausdruck dessen sah, was man das katholische ›Ordo-Denken‹²⁶ nannte, ist vom Ergebnis her einerlei.

Bodensteiner erschien es geradezu lächerlich, der »Diktatur des Satans, welche aus der objektiven Mißachtung des göttlichen Sittengesetzes von selbst entsteht«²⁷ (damit ist der Kommunismus gemeint, J. M.) mit militärischen Mitteln Einhalt gebieten oder durch einen ideologischen Kreuzzug aufhalten zu wollen.

Bodensteiner sprach sich nicht schlechthin gegen eine Aufrüstung der Bundesrepublik aus, vorausgesetzt die »logische Priorität der sozialen Neuordnung« wurde anerkannt und ging »zeitlich und in der Praxis mit der Aufrüstung mindestens Hand in Hand.«²⁸

Das mochte vielleicht noch angehen und wäre u. U. von der CDU/CSU-Fraktion übergangen worden, wenn Bodensteiner in seiner Publikation nicht ausdrücklich die Politik des Kanzlers ins Spiel gebracht und geschrieben hätte, daß er »Adenauers Parole: ›Zuerst die Gefahr aus dem Osten beseitigen, dann über die soziale Neuordnung sprechen‹ für verkehrt halte. In einer Fußnote hierzu bemerkte Bodensteiner erläuternd: »Ich zweifle nicht an dem subjektiv guten Willen Adenauers. Aber hier geht es um anderes und mehr, nämlich um die objektive Richtigkeit.«²⁹ Dieser offene Angriff auf die Politik Adenauers konnte nicht ohne Folgen bleiben.

Erstaunlicherweise traf Bodensteiner in seinem Aufsatz keine explizite Entscheidung darüber, ob zugunsten der Wiederherstellung der deutschen

23 Ebd., S. 13f.

24 Ebd., S. 14.

25 Vgl. H. MAIER, *Revolution*, 1965, S. 75ff, S. 259ff.

26 Vgl. K. FORSTER, 1976, S. 499.

27 Bodensteiner, »Die deutsche Aufrüstung«, S. 13.

28 Ebd., S. 16.

29 Bodensteiner, »Die deutsche Aufrüstung. Ein Beitrag zum Krieg oder zum Frieden«, Sonderdruck 1952, S. 14, Archiv J. Müller.

Einheit auf eine Eingliederung in den Westen definitiv verzichtet werden sollte. Bodensteiner wollte »die Möglichkeit einer mittleren Linie« Deutschlands zwischen den Weltmächten genutzt wissen. Er hoffte auf Zwischenlösungen »zwischen einem neutralen Pufferstaat und einer Verschmelzung Deutschlands mit der amerikanischen Kriegsmaschine«. Seiner Meinung nach hätte diese »mittlere Linie« »auf die beiden Weltmächte entspannend (ge)wirkt, weil sie gewissermaßen das Sicherheitsbedürfnis beider befriedigen (...) könnte«.³⁰ Wessel und Heinemann argumentierten ähnlich. Selbst wenn Bodensteiner in seinem Aufsatz bis auf diesen Passus nicht deutschlandpolitisch argumentierte, genügte das doch, ihn als direkte Stellungnahme gegen den deutschlandpolitischen Regierungskurs Adenauers zu verstehen. Folgerichtig wurde er in der Presse gebührend registriert.

Das mag auch daran gelegen haben, daß mit Bodensteiner innerhalb kürzester Zeit ein zweiter Politiker aus dem Regierungslager, noch dazu aus der CDU-Schwesterpartei, mit oppositionellen Meinungen an die Öffentlichkeit trat. Anfang Juni hatte bereits der FDP-Politiker Pfeleiderer mit einer Rede in Waiblingen Aufsehen erregt, weil er die Außenpolitik der Bundesregierung kritisierte, die er im Widerspruch zur Politik der Wiedervereinigung sah.³¹ Die Parallelen zwischen Pfeleiderer und Bodensteiner erschöpften sich darin, welche Überlegungen angestellt werden sollten, um von der Sowjetunion die Herausgabe der DDR zu erreichen.

Bodensteiners Positionen betrachtete man innerhalb seiner Fraktion als die bisher schärfsten Angriffe auf die Außenpolitik des Bundeskanzlers, soweit sie aus dem Regierungslager kamen.³² Dessen ungeachtet konnte zumindest der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Heinrich von Brentano von Bodensteiners Überlegungen nicht überrascht worden sein. Ihn hatte Bodensteiner am 28.2.1952 brieflich wissen lassen, daß er demnächst seine Meinung in einem größeren Artikel darlegen werde.³³

Die CSU rückte in einer Erklärung von den Ansichten ihres Mitglieds ab und stellte fest, daß seine Auffassungen in scharfem Widerspruch zur Auffassung aller CSU-Abgeordneten stünden – und folgerte, sie müsse trotz der von ihr gewährten Meinungsfreiheit aus seinem Verhalten die notwendigen Konsequenzen ziehen.³⁴ Mit anderen Worten, sie drohte ihm den Ausschluß an. Bodensteiner wies die Behauptung³⁵ zurück, daß er sich gegen eine Politik der Stärke des Westens gewendet hätte. Er sprach sich nicht generell und grundsätzlich gegen die Adenauersche Außenpolitik aus, wie ein Leserbrief vom 21.6.1952 zeigte. Die Politik der Stärke hielt er zweifelsfrei für richtig, »um den aggressiven Bolschewismus in Schranken zu halten«. Aber sie sollte »nicht als Mittel zur Beseitigung des Kommu-

30 Ebd., S. 6.

31 Zu Pfeleiderer vgl. K. H. SCHLARP, 1976, hier S. 215 – 219.

32 »CSU droht Bodensteiner Ausschluß an«, in: WNP v. 27.6.1952.

33 Bodensteiner an Brentano, 28.2.1952, Archiv Bodensteiner.

34 Zit. n. »Die Landesgruppe der CSU rückt von Bodensteiner ab«, in: NTW v. 21.6.1952.

35 Vgl. »Der »brennende« Beitrag des Hans Bodensteiner«, in NTW v. 14.6.1952. Der NTW ist die Zeitung von Bodensteiners Wahlkreis.

nismus erstrebt werden, das ist unsittlich und auch unmöglich«. ³⁶ Bodensteiner behauptete von sich, nach wie vor die »außenpolitische Richtung« Adenauers zu bejahen.

Der Gegensatz bestand seiner Aussage nach darin, daß er die Zustimmung zu den Westverträgen an zwei Voraussetzungen knüpfte: 1. Verhandlungen mit den Sowjets. 2. Inangriffnahme einer grundsätzlichen Reform, die die »westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung« ³⁷ überwindet. Diese zweite Voraussetzung war das eigentliche Thema des Bodensteinerschen Artikels.

Bodensteiner gab, um seinem Ausschluß abzuwenden, folgende Erklärung ab: »Ich habe den in der Zeitschrift »Die Besinnung« veröffentlichten Artikel aus der schweren Sorge und der ersten Verantwortung eines christlichen Abgeordneten geschrieben. Wie immer habe ich auch in diesem Artikel betont, daß Deutschland zum Westen gehört, mit ihm politisch zusammenarbeiten muß, und daß als erstes Mittel zur Sicherung gegenüber einer möglichen bolschewistischen Aggression eine militärische Macht und notfalls auch eine deutsche Wiederbewaffnung notwendig ist. Im Gegensatz zu allen bedingungslosen »Neinsagern« *bejaha* ich soweit die Konzeption des Bundeskanzlers. Zweck meiner Schrift ist, davor zu warnen, daß die westliche Aufrüstung in den ebenso untauglichen wie gefährlichen Versuch abgleitet, das totalitäre System des Kreml allein mit militärischen Mitteln ohne gleichzeitige Reform unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bekämpfen zu wollen. (...)

Weiter liegt mir fern, aus Erscheinungen, welche mir Anlaß zu meiner besorgten Mahnung boten, verallgemeinernde Schlüsse zu ziehen.« ³⁸ Bodensteiner war also selbst zu einer modifizierten Interpretation seines eigenen Aufsatzes gezwungen. Er verschob das Schwergewicht seiner Argumentation. Die massive Kritik am Westen fehlte, der Sicherungsgedanke gegenüber dem Osten wurde besonders hervorgehoben. Bodensteiner mußte sich im übrigen bereit erklären, »in Zukunft schriftliche Verlautbarungen, welche eine Kritik an der Regierungspolitik darstellen, einigen noch zu bestimmenden Kollegen der Landesgruppe der CSU vor der Veröffentlichung vorzulegen und ihre Einwendungen gegen meine Kritik zu berücksichtigen«. ³⁹ Letzterer Passus fehlte im offiziellen Pressedienst der CDU/CSU. ⁴⁰

Mit dem Artikel 38 (1) GG konnte diese abgenötigte Erklärung nicht in Einklang gebracht werden. Offiziell war Bodensteiner unter eine Art Fraktionsaufsicht gestellt worden. Er mußte erfahren, was Heinemann zwei Jahre zuvor schon erlebt hatte, daß seine Kritik in der Fraktion weitgehend ohne Unterstützung blieb, im Gegenteil, unziemliche Maßnahmen hervorriefen. Gleichwohl ließ Bodensteiner nicht locker, im

36 Bodensteiner, Leserbrief, in: NTW v. 21.6.1952.

37 Ebd..

38 Bodensteiner, »Erklärung«, 27.6.1952, Archiv Bodensteiner. Vollständig abgedruckt in: »Bodensteiner stellt klar«, in: IK v. 28.6.1952.

39 Ebd..

40 »Christlich-demokratische Dokumentation«, in: SPD-Pressedienst P/VII/154 v. 8.7.1952, S. 5.

August 1952 gab er eine Stellungnahme zur vierten Note der Sowjetregierung vom 23.8.1952⁴¹ ab. Darin erklärte der (Noch-) CSU-Abgeordnete: »Soweit man auf den ersten Blick urteilen kann, scheint mir die Note der Sowjetunion eine wesentliche Klärung zu bringen. Werden diese Viermächte-Verhandlungen abgelehnt oder weiter verzögert und die deutsch-alliierten Verträge angenommen, so wird die Teilung Deutschlands auf unabsehbare Weise endgültig.«⁴² Zu diesem Zeitpunkt stand Bodensteiner, wie Meyer zu Schwabedissen es an Scheu schrieb, »vorbehaltslos zu uns (gemeint ist die NG, J. M.) und hat gebeten, ihn in unsere Planungen (gemeint ist die Gründung einer Partei, J. M.) einzuweißen.«⁴³

Auf Versammlungen im September 1952 und in Interviews sprach sich Bodensteiner gegen ein uneingeschränktes Ja zum Generalvertrag aus, ohne daß die CSU irgendwelche Schritte gegen ihr Fraktionsmitglied unternahm.⁴⁴

Das wurde anders, als Bodensteiner erneut und diesmal speziell gegen den EVG-Vertrag publizierte.⁴⁵ Dort heißt es unter anderem und diesmal erstmals bewußt bezogen auf die Zielantinomie von deutscher Wiedervereinigung und westdeutscher Wiederaufrüstung: »Wenn aber Politiker, die wissen, daß die Westmächte eine deutsche Wiedervereinigung von der Bedingung abhängig machen wollen, daß dieses gesamte Deutschland dem Westen Divisionen stellt, trotzdem unserem Volke einreden wollen, die Verträge seien deshalb ein großer Fortschritt, weil sich drei von vier Beteiligten zur deutschen Einheit bekennen, so kann man dies nur als *demagogische Irreführung* des Volkes (Hervorhebung, J. M.) bezeichnen.«⁴⁶ Bodensteiner wiederholte seinen Standpunkt, wenn er sowohl Verhandlungen mit der UdSSR forderte, um herauszufinden, ob und unter welchen Bedingungen die Sowjetunion in bezug auf Deutschland verständigungsbereit sei als auch neben der militärischen Aufrüstung die innerpolitische und wirtschaftliche Reform verlangte.⁴⁷ Seiner Meinung nach waren die Sowjets zu einer Verständigung bereit, wenn der Westen von ihnen nicht länger freie Wahlen gleichsam als Voraussetzung vor dem Beginn von Verhandlungen fordere. Die von der UdSSR angebotene Neutralisierung Deutschlands, wie sie die Stalin-Note angeboten hatte, hielt Bodensteiner »für uns und für den Westen durchaus annehmbar«.⁴⁸ Damit vertrat er die politische Linie der NG.

Vielleicht war es weniger die Kritik selbst, sondern die harsche Unterstellung, die EVG-Verfechter in die Nähe von Demagogen zu rücken, die die CSU-Landesgruppe jetzt zum Handeln nötigte. Jedenfalls berief sie

41 Vgl. KA v. 23.8.1952, S. 3636 C.

42 Zit. n. »Bodensteiner – »enfant terrible« der CSU«, in: SVZ v. 28.8.1952.

43 Meyer zu Schwabedissen an Scheu, 23.8.1952, NL Scheu 88.

44 Vgl. »Moskau in der Sackgasse«, in: FAZ v. 3.9.1952; vgl. »Vor letzten Entscheidungen«, in: DW v. 10.9.1952; vgl. »Wer keinen Krieg will, muß verhandeln«, in: ND v. 12.9.1952.

45 Bodensteiner, »Deutschlands Aufgabe in der heutigen Weltpolitik«, in: Die Besinnung, 7. Jg., H. 9/10 vom September/Oktober 1952, S. 217 – 230.

46 Ebd., S. 222.

47 Vgl. ebd., S. 218.

48 Ebd., S. 220.

sich auf die mit Bodensteiner getroffene Vereinbarung, die von ihm die Vorlage kritischer Äußerungen vor der Veröffentlichung verlangte. Die CSU-Landesgruppe schloß Bodensteiner von der weiteren Teilnahme an ihren Sitzungen aus, ohne daß er damit gleichzeitig seine Zugehörigkeit zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion verlor.⁴⁹

Für Bodensteiner war diese Maßregelung nur der gesuchte Anlaß, ihn mundtot zu machen. Auch sein eigener Kreisverband Tirschenreuth sprach sich einmütig gegen ihn aus.⁵⁰ Bodensteiner berief sich auf mündliche Versicherungen zur schriftlichen Verlautbarung: »Hierzu wurde mir vom Unterhändler der CSU-Landesgruppe, Herrn Dr. Schatz, mündlich versichert, daß dies nur für Veröffentlichungen gilt, soweit sie Vorwürfe gegen meine Kollegen⁵¹ enthalten. Daß wir dies so vereinbart haben, gibt Dr. Schatz in seinem Brief an den Neuen Tag⁵² auch zu. Ich mußte dann aber bald feststellen, daß sich die CSU nicht an die mündliche Vereinbarung hielt, sondern meine Erklärung nach dem Wortsinne auslegte. So machte man mich nach der Veröffentlichung meines Artikels über die Verträge dafür verantwortlich, daß KP-Zeitungen meine politischen Äußerungen aufgriffen, bezeichnete mich als Gesinnungsfreund der Kommunisten und warf mir Bruch meines Versprechens vor (...). Es ist ein sehr durchsichtiger Täuschungsversuch, wenn man der Öffentlichkeit weismachen will, ich sei wegen der Form meiner Kritik gemäßregelt worden. Die Form nahm man wohl zum Anlaß, aber die Absicht war, mich auf diese Weise mundtot zu machen, nachdem es vorher durch wiederholte Versuche anderer Art nicht gelungen war.«⁵³

Ende September 1952 wurde Bodensteiner definitiv aus der CSU-Landesgruppe ausgeschlossen und verlor seine Zugehörigkeit zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Angeblich bestanden innerhalb der CDU trotz allem Tendenzen, Bodensteiner als Hospitant aufzunehmen, wogegen die CSU-Landesgruppe keine Einwendungen erhoben hätte.⁵⁴ Um was es der CSU ging, ergibt sich aus dem Artikel in der CSU-Korrespondenz »Die saubere Linie«, in welchem zum Fall Bodensteiner geschrieben wurde: »Die Frage der westlichen Verteidigung ist über alle taktischen Alltagserwägungen hinaus zu einer echten Grundsatzfrage christlich abendländischer Gesinnung geworden. Diese Grundsatzfrage duldet auf keinen Fall ein privates Lavieren, sondern erfordert für einen christlichen Politiker ein eindeutiges Bekenntnis.«⁵⁵

Diese Gleichsetzung christlicher Politik mit der Politik der Stärke hielt Bodensteiner, der für sich in Anspruch nahm, selbst aus christlicher Moti-

49 Vgl. »Zum ›Fall Bodensteiner‹«, in: DUD v. 17.9.1952, S. 3 und S. 5. Vgl. u. a. auch »Bodensteiner gemäßregelt«, in: Die Welt v. 17.9.1952. Vgl. auch »Die Kritik der CSU an Bodensteiner«, in: SZ v. 18.9.1952.

50 Vgl. »Distanzierung von Bodensteiner«, in: FAZ v. 26.9.1952.

51 Vgl. Bodensteiner an Schatz, 20.10.1952, Archiv Bodensteiner.

52 Vgl. »Dr. Schatz contra Kollege H. Bodensteiner«, (Leserbrief Schatz v. 10.10.1952), in: NTW v. 19.10.1952.

53 Bodensteiner an Ehard, 10.11.1952, Archiv Bodensteiner.

54 So dpa Inf. 1690/26.9.1952.

55 Zit. n. Bodensteiner an Ehard, 10.11.1952, Archiv Bodensteiner.

vation für eine bestimmte Politik einzutreten, für einen Mißbrauch. Indem die CSU darüber hinaus eine abweichende Meinung als Verrat am Christentum hinstellte, wie es der Artikel suggerierte, übte sie, wie Bodensteiner meinte, »einen Gesinnungsterror aus, welcher die freie Gewissensentscheidung unmöglich macht. Ob ich eine nicht erwünschte Meinungsäußerung mit KZ bestrafe oder als Verrat am Christentum bezeichne, ist nur ein gradueller Unterschied (...). Man braucht nicht das plumpe Mittel des KZ. Die weniger wahrnehmbaren psychologischen Druckmittel erfüllen bei der überwältigenden Mehrzahl der Menschen genau den gleichen Zweck und man wahrnt nach außen die Attrappe der Freiheit.«⁵⁶ Bodensteiner war nicht gewillt, sich der Parteiloyalität zu beugen und erklärte mit dem Schreiben vom 10.11.1952 an den CSU-Landesvorsitzenden Ehard seinen Parteiaustritt. Doch schon Ende Oktober wurde mit dem Auftreten Bodensteiners auf NG-Veranstaltungen allen klar, wohin ihn sein künftiger politischer Weg führen sollte. Bodensteiner polemisierte als (Noch-) CSU-Mitglied gegen »seine« Partei. Er erhob Vorwürfe, daß alle Abgeordneten unter Druck stünden, Angst hätten, daß ihre Telefone überwacht und das Briefgeheimnis verletzt werden würde, attackierte die Außenpolitik des Bundeskanzlers und verlangte, ihm die »Zustimmung zu seiner Politik« zu verweigern.⁵⁷ Daraufhin forderte der DUD der CDU Bodensteiner auf, sein Mandat niederzulegen.⁵⁸

Es fällt auf, daß das Ausscheiden Bodensteiners aus der CSU, das parallel mit dem Austritt Heinemanns aus der CDU erfolgte, weil beide im Oktober 1952 kurz vor einer gemeinsamen Parteigründung standen, seitens der CDU/CSU nicht so respektabel begleitet wurde, wie das von Heinemann. Bezogen auf ihn hieß es im offiziellen Pressedienst der Union: »Wir achten seine Entscheidung als einen Akt der Gewissensfreiheit, den er im Hinblick auf ›letzte Verantwortungen‹ für notwendig gehalten hat.«⁵⁹ Lapidar wurde über Bodensteiner gesagt, seine Argumentation verrate auf weiten Strecken, daß ihm die Fähigkeit abgehe, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge zu erkennen.⁶⁰

56 Ebd..

57 Vgl. Bodensteiner, zit. n. »Bonner Gesinnungsterror gegen Volksvertreter«, in: Offene Worte zum Zeitgeschehen, 1. Jg., Nr. 6 v. Oktober 1952, S. 3f.

58 Zit. n. »Angriff gegen Bodensteiner«, in: FAZ v. 28.10.1952.

59 »Es herrscht Klarheit«, in: DUD v. 13.11.1952, S. 5.

60 Ebd..

Zwölftes Kapitel

Der Weg zur Partei

Bodensteiner, Heinemann und Wessel war die Kritik an der Aufrüstung gemeinsam, dennoch gab es Unterschiede. Die Sozialreform, die innere Erneuerung und Aufrüstung bezog Bodensteiner aufeinander und entkoppelte sie nicht wie Wessel im Sinne eines Entweder – Oder. Bodensteiners Meinung deckte sich zwar mit der Wesselschen, wenn er davon sprach, »die Bereitschaft zu innerer, geistiger und sittlicher Erneuerung (muß) feststehen«¹, ehe an eine Aufrüstung zu denken war. Doch seine Kritik an der westlichen Gesellschaftsordnung war wesentlich schärfer und tiefgreifender. Was die soziale Gestaltung der Gesellschaft betraf, war Bodensteiner wegen seines fundamentalen christlichen Glaubensverständnisses rigoroser. Andererseits war Wessel nicht auf den Gedanken gekommen, 1951/52 an die Realisierung beider Politikstrategien, der militärischen und sozialen Aufrüstung, zu glauben. Die Aufrüstung schloß für sie die Sozialreform aus.

Auch in außenpolitischer Hinsicht war Bodensteiner dezidiert als Wessel. Er wollte ein »bewaffnetes, aber neutrales Europa«. Es war für ihn der einzige Weg, »um eine Entspannung der Weltsituation herbeizuführen.«²

Bodensteiner, der nicht wie Wessel und Heinemann von einem möglichen Krieg her argumentierte, dachte auch nicht wie Heinemann über das Wesen des modernen Krieges nach. Die Feststellung, »daß die Qualität der heutigen Waffen das Wesen des Krieges selbst verändert habe (so argumentierte auch Heinemann, J. M.), so daß er seiner Natur nach Mord und ein ungeeignetes Mittel sei, um dem Recht zum Siege zu verhelfen«,³ ordnete Bodensteiner dem grundsätzlichen Pazifismus zu. Was Bodensteiner im Grunde genommen verlangte, war eine Rechristianisierung, die wiederum der Protestant Heinemann nicht wollte.

Obschon der Katholik Bodensteiner, die Katholikin Wessel und der Protestant Heinemann z. T. unterschiedlich motiviert waren, hatten sie eines gemeinsam; alle drei lehnten die Westintegrationspolitik Adenauers ab. Zusammen brachte sie die Hoffnung, mit einer von der Bundesregierung unterschiedenen Außenpolitik Deutschlands Einheit wieder zu

1 Bodensteiner, zit. n. »Die Bewaffnung der Bundesrepublik«, in: Leitbrief der Freunde der »Stätte der Begegnung«, Nr. 1 v. Februar 1952.

2 Bodensteiner an Widenbauer, 20.10.1952, Archiv Bodensteiner.

3 Bodensteiner, »Die deutsche Aufrüstung. Ein Beitrag zum Krieg oder zum Frieden«, Sonderdruck 1952, S. 3, Archiv J. Müller.

erreichen. Im Bundestag hatte es zwischen Wessel und Bodensteiner keine näheren Kontakte, geschweige denn eine politische Zusammenarbeit gegeben.⁴ Erst die GVP bildete die gemeinsame Basis für alle drei.

Mit dem Austritt Hans Bodensteiners aus der CSU, Heinemanns aus der CDU und Wessels aus dem Zentrum im November 1952 wurde Gewißheit, worüber man in der Öffentlichkeit seit längerem spekuliert hatte: die Gründung einer neuen Partei durch verschiedene Wiederbewaffnungsgegner stand nun definitiv fest.⁵

Die Negation der Wiederbewaffnung im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands bildete die gemeinsame Grundlage, wenn auch die langfristigen Ziele, wie Deutschland und Europa aussehen sollten, verschieden sein mochten. Alle drei verhehlten auch nicht ihren christlichen Hintergrund. Heinemann sprach von einer unzulässigen Instrumentalisierung des Christentums für die Ziele der CDU und lehnte dies ab.⁶ Bodensteiner warf Teilen der CDU/CSU vor, im »Christentum nur ein Mittel« zu sehen, »um die politische Macht zu behaupten.«⁷ Wessel verband ihren Austritt mit einer Kritik an der katholischen Kirche überhaupt. In einem mehrseitigen Schreiben vom 16.11.1952 an den Vorsitzenden des Zentrums, Johannes Brockmann, heißt es zu ihrem Austritt: »Nach 1945 haben wir gemeinsam das Zentrum wieder begründet, weil wir daran glaubten, daß die Idee der Mitte die besten Voraussetzungen zu einer echten, mutvollen und wirklichkeitsnahen deutschen Politik gewährleistete. (...) Wir lehnten die CDU ab, weil wir keiner Bürgerblockbildung mit den alten antisozialen und antichristlich-liberalen Kräften hinter einem christlichen Firmenschild Vorschub leisten wollten. (...) In diesem Kampf hat das Zentrum immer in der schwächeren Position gestanden, weil die überwiegende Zahl der Geistlichen bei der CDU stand und glaubte, gegen das Zentrum kämpfen zu müssen um der Einheit der Christen willen. (...) Das ist die Bilanz, die ich heute (...) ziehen muß. (...) Ja, wir wurden in einem Maße bekämpft, daß man nicht einmal mehr vor dem geheiligten Raum der Kirche Halt machte und bis von der Kanzel herab der Kampf gegen uns geführt wurde. (...) Ich will nicht bitter werden, und ich möchte mir meine Hochachtung vor der Kirche nicht nehmen lassen, ich möchte ein gläubiger Christ bleiben und deshalb trete ich von diesem Kampffeld ab. Ich sehe auch für die Zentrumsparterie keinen Sinn mehr in diesem Kampf, weil er mit ungleichen Waffen geführt wird. (...) Wir erleben es heute in verstärktem Maße, daß an die Stelle der Freiheit zum politischen Handeln aus christlicher Gewissensentscheidung des einzelnen der Zwang zu einer Einheitsmeinung des Christen und zwar in der Unterstützung des Bundeskanzlers zum entscheidenden Maßstab der katholischen Haltung sowohl von der Geistlichkeit wie von den katholischen Organisationen erhoben wird. (...) Ich kann nicht die Verant-

4 Auskunft Bodensteiner, 3.1.1985.

5 Vgl. »Heinemann, Bodensteiner, Wessel«, in: FAZ v. 14.11.1952.

6 Vgl. Heinemann, »Wer mißbraucht die Kirche?«, in: StdG, 4. Jg., Nr. 11 v. November 1952, S. 345ff.

7 Zit. n. »Gegen die Politik der ›starken Faust‹«, in: Allg. Zeitung v. 14.11.1952.

wortung für den Charakter und die Politik dieser Partei tragen (die CDU, J. M.), die ich insbesondere in ihrer Außenpolitik für gefährlich und verhängnisvoll halte. Darum will ich eine politische Formierung mit unternehmen, deren Anliegen es nicht zuletzt sein wird, politische Entscheidungen von unchristlichem Gewissenszwang zu reinigen und die christliche Verantwortung auf dem politischen Feld aus der tatsächlichen Einsicht des Christen und seiner Gewissenshaltung zu ermöglichen.«⁸

Als katholische Christin wollte sich Wessel die Freiheit bewahren, gegen den ihrer Meinung nach gefährlichen außenpolitischen Weg der Bundesregierung anzutreten. Wessel war sich des Wagnisses bewußt. Sie meinte aus der Gewissensverantwortung heraus nicht anders handeln zu können. Gerade diese christliche Fundierung bildete für Bodensteiner, Heinemann und Wessel, die gemeinsame Grundlage, sich auf dieses Wagnis einer Parteigründung einzulassen.

1. Interne Aktivitäten und politische Vorstellungen

Wie war es nun zur eigentlichen Parteigründung gekommen? Ein Hauptgrund dafür lag in der politischen Folgenlosigkeit der Arbeit der NG: In der ersten Lesung im Bundestag zeigte sich eine Mehrheit für die Vertragswerke. Rechtliche Schritte scheiterten: der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts wies am 30. Juli 1952 die vorbeugende Normenkontrollklage der SPD zurück. Die Petitionsaktion war insgesamt ein Schlag ins Wasser. Innerhalb der NG sah man es deshalb verstärkt für notwendig an, »von außerparlamentarischen Bemühungen zur parlamentarischen Wirksamkeit zu gelangen.«¹ Gerade die jüngere Generation der NG drängte danach, die aus der »Bonner Situation geborene Notwendigkeit« zu erkennen und entsprechend zu handeln.² Bereits in der Anfangsphase der NG-Tätigkeit wurde vereinzelt der Gedanke ventiliert und an Heinemann herangetragen, zur Durchsetzung der politischen Ziele der NG eine neue Partei zu gründen.³ Vor allem NG-Aktivisten aus Baden-Württemberg tendierten dazu, sich bei den dort anstehenden ersten Landtagswahlen im März 1952 zu beteiligen. Entsprechende Vorschläge lehnte Heinemann von Anfang an kategorisch ab: »Wenn die NG als solche im Südwest-Staat Parteicharakter annähme, oder sich mit einer Partei besonders verbinden würde, gäbe es viel größere Verluste an anderen Stellen,«⁴ meinte er. Auch im internen Führungszirkel stellte man im Frühjahr 1952 bereits Überlegungen zur Gründung einer Partei an.⁵

8 Wessel an Brockmann, 16.11.1952, Abschrift NL Hei 44.

1 Arndt, »Protokoll« einer Zusammenkunft von K. G. Arndt, W. Gerber, W. Hees, P. Lachmund, D. Posser, A. Priebe am 6./7. September 1952 in Wuppertal, NL Scheu 1.

2 Krämer an Wessel, 22.9.1952, NL We STO 36.

3 Vgl. Göckeritz an Scheu, 11.2.1952, NL Scheu 9; Göckeritz an Heinemann, 8.3.1952, NL Scheu 9; Eppler an Heinemann, 8.1.1952, NL Hei II, Januar 1952.

4 Heinemann an Hertel, 7.2.1952, NL Hei II, Januar 1952.

5 Vgl. Karrenberg an Heinemann, 12.4.1952, NL Hei 43.

Diese Diskussionen im Frühjahr fielen in eine erste Phase der Stagnation der NG-Arbeit. Der mögliche Ansprechpartner SPD hatte sich einer offiziellen Zusammenarbeit versagt, die Petition lief nicht wie geplant, Heinemann hielt alles für eine kümmerliche Sache, ohne jedoch eine Partei zu wollen.⁶

Von den Vorstandsmitgliedern der NG war es Adolf Scheu, der zu den treibenden Kräften in der Frage der Parteigründung gehörte. Vielleicht tat sich Scheu hierin wesentlich leichter, weil er anders als beispielsweise Heinemann oder Wessel keine parteipolitische Heimat im engeren Sinne hatte. Jedenfalls war er es, der den Gedanken einer neuen Partei massiv seit dem Sommer 1952 mehrheitsfähig zu machen suchte.

Helene Wessel war den Gedankengängen Scheus Mitte 1952 geneigter und aufgeschlossener als Heinemann. Obschon noch Zentrumsmitglied, schloß sie trotzdem die Gründung einer neuen Partei nicht unbedingt aus. Ob es sich als notwendig erweise, eine Parteibewegung zu schaffen, teilte sie einem Brieffartner am 28. Mai 1952, wenige Tage nach der Unterzeichnung der Westverträge, mit, müsse sorgfältig überlegt und nach allen Seiten hin abgewogen werden. Sicherlich werde es dabei auch entscheidend sein, alle Kräfte zusammenzuführen, die auf der Grundlage einer klaren politischen Konzeption sich finden, wobei die soziale Frage (sic!) eine besondere Rolle spielen werde.

Wessel zufolge mußte aber erst die Entscheidung über den Generalvertrag und den Verteidigungsbeitrag im Bundestag gefallen sein, weil sich daraus alle anderen politischen Erwägungen ergeben würden.⁷ War es dann aber nicht zu spät für die Politik einer Partei, die die Verträge verhindern wollte? Außenpolitisch gesehen wollte Wessel eine Partei, die nicht »kommunistenfreundlich« ist und doch die rechte Verständigung mit dem Osten sucht.⁸ Schon im Februar 1952 hatte sie in einem grundsätzlichen Aufsatz – »Einfluß und Grenzen der politischen Parteien nach dem Grundgesetz« – u. a. von Parteien (sic!) verlangt: »Träger des politischen Willens des Volkes zu sein.«⁹ Gerade in der für sie so bedeutsamen Wiederaufrüstungsfrage schienen die »etablierten« Parteien dieser Anforderung nicht (mehr) gerecht zu werden. So konnte es kaum ausbleiben, daß sie Scheus Aktivitäten bezüglich einer neuen Partei im Sommer 1952 vorbehaltlos unterstützte.¹⁰

Nicht nur das, sie selbst beauftragte einen Vertrauten im Sommer 1952, die politische Lage für eine neue politische Kraft in den Bundesländern zu sondieren. Karl Gustav Arndt hatte herauszufinden, ob es »tragende Persönlichkeiten«, »geeignete Mitarbeiter«, »Ansätze für Schwerpunktbildung« und »wertvolle Pressebeziehungen« für die Bildung einer politischen Partei gäbe. Die besten Entwicklungsmöglichkeiten versprach sich Arndt in Nordrhein-Westfalen, »von hier sollte eine deutsche Erneue-

6 Auskunft Posser, 5.1.1985.

7 Vgl. Wessel an Georgi, 28.5.1952, NL We STO 34.

8 Vgl. Wessel an Kraußold, 2.2.1952, NL We 22.

9 Vgl. Wessel an Küpper, 6.8.1952, NL We STO 35.

10 Auskunft Posser, 5.1.1985.

rungsbewegung ihren Anfang nehmen in die deutschen Lande«, meinte er in seinem Exposé.¹¹

Scheu hielt die Gründung einer Partei vor allem deshalb für erforderlich, weil er nicht mehr an die Wirksamkeit einer Strategie glaubte, mittels Auflockerung des Fraktionszwangs durch außerparlamentarische Aktivitäten die Ratifizierung der Westverträge verhindern zu können. Selbst Einwendungen von Kritikern der Westverträge, wie Kaiser und Lemmer, schätzte Scheu nicht für chancenreich ein. Letztlich würden auch sie seiner Ansicht nach nichts mehr an der Tatsache der Ratifizierung ändern. Scheu meinte, daß von den Kritikern »auch bei dieser entscheidenden Abstimmung, selbst wenn sie namentlich durchgeführt wird, keiner den Mut haben wird, die Position des Kanzlers zu riskieren«. ¹² Weil Scheu glaubte, »daß daran nichts mehr zu machen sein wird«, war er der Auffassung, daß die »bisherige Aufgabe«, die er »in der NG gesehen« hatte, »im wesentlichen erledigt ist«. Von dieser Überlegung ausgehend, wollte Scheu in der Bundestagswahl 1953 dafür kämpfen, »daß die Partei-Diktatur der beiden größten Parteien aufgelockert wird«. Ansonsten befürchtete er Entwicklungen wie in Italien, d. h. ein Anwachsen der kommunistischen Kräfte. Angstvoll in die Zukunft blickend resümierte Scheu: »Es brauchen nur zu den radikalen Kräften zwei, drei wirkliche Führerpersönlichkeiten dazu kommen und der Laden klappt wieder.« ¹³

Wilhelm Simpfendörfer, ein persönlicher Freund Scheus aus gemeinsamer Tätigkeit im CSVD in der Weimarer Republik, dem Scheu seine Befürchtungen mitgeteilt hatte, gab die Sicht derer wieder, die trotz etlicher Bedenken den Westverträgen zustimmten: »Sei versichert, daß uns die Zustimmung zu den Verträgen nicht leichter fällt als Dir. Aber ich sehe in allen anderen Vorschlägen der SPD, Heinemann – Scheu – Wessel – Pfeleiderer und anderen nur noch Schlimmeres. Die Zustimmung ist ein existentielles Risiko, die Ablehnung aber noch mehr. Unser Volk ist eben durch eigene Schuld ins Unglück geraten und dabei hält es sich für den Nabel der Welt. Ich halte es für eine Idiotie, zu glauben, Westeuropa oder gar Deutschland allein könnten sich noch ohne Amerika gegen Rußland behaupten.« Simpfendörfer sah »nur in der Weiterentwicklung der CDU eine Hoffnung für unsere Demokratie«. ¹⁴

Eben das bezweifelte Scheu. Sein Ansatz ging über die bloße außenpolitische Zielsetzung der NG hinaus. Folgerichtig mußte er für eine neue Partei plädieren, wollte er nicht den Bestand der Demokratie in der Bundesrepublik Gefährdungen ausgesetzt wissen. Deswegen nutzte Scheu den ersten Bundeskongreß der Aktionsgruppen der NG im Juni 1952, um die »Erweiterung der bisherigen Ziele der NG« zu fordern. Eine bloße »Anti-Remilitarisierung« genügte ihm nicht mehr. Seiner Meinung nach mußte die NG bereit sein, »zugunsten der Bildung einer neuen DRITTEN

11 Arndt, »Erfahrungsbericht«, (Sommer 1952), (S. 1 und S. 4), NL Scheu 1.

12 Scheu an Simpfendörfer, 9.6.1952, NL Scheu 9.

13 Ebd..

14 Simpfendörfer an Scheu, 12.6.1952, NL Scheu 9.

POLITISCHEN KRAFT« ihre Arbeit aufzugeben. Was man bräuchte, sei keine neue Partei im bisherigen Sinne, »sondern eine neue politische organisierte Front, die im Gegensatz zu fast allen Nachkriegsparteien Schluß macht mit der Restauration auf allen Gebieten und wieder bereit ist, neue Wege in der deutschen und europäischen Politik zu beschreiben.«¹⁵ Zu diesem Zweck sollte der Kongreß Arbeitsgruppen einsetzen, die für die neue politische Kraft folgende Punkte klären sollten:

- »a) Abkehr vom überlebten reinen Machtdenken in der Außenpolitik.
- b) Alle nur möglichen Anstrengungen zur Verständigung zwischen West und Ost, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu ermöglichen.
- c) Neue Wirtschafts- und Sozialpolitik.
- d) Neue staatliche Ordnung; Verantwortung der Persönlichkeit anstelle der Partei-Diktatur!«

Auch wenn diese Vorgaben noch der inhaltlichen Füllung bedurften, so zeigen sie doch in der Tendenz, womit Scheu unzufrieden war, was er wollte bzw. ablehnte. Er war unzufrieden mit den politischen und wirtschaftlichen Zuständen, wie sie sich seit 1949 in der Bundesrepublik herausgebildet hatten. Das Existierende war für ihn Restauration, die Chance der Erneuerung nach dem Zweiten Weltkrieg hielt Scheu in Verkennung der Tatsachen für ungenutzt. Scheu wollte etwas »Neues« in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wie er sich das Neue vorstellte, blieb unausgeführt. Deutlich war nur die Negation dessen, was er in der Bundesrepublik vorfand. Die Arbeitsgruppen, die diese Ziele im einzelnen klären sollten, kamen nicht zustande. Eines wurde jedenfalls klar: Heine- mann und Wessel sollten die Kristallisationspunkte bilden. Doch Heine- mann wollte im Juni 1952 (noch) nicht, während Wessel geneigter schien, gleichwohl noch zögerte.

Sozusagen als Kompromiß zwischen Parteigegnern und Parteibefür- wörtern setzte der Bundeskongreß der NG im Juni 1952 einen Ausschuß ein, der bezüglich einer Parteigründung interne Überlegungen anzustellen hatte, mehr nicht. Seine Vorschläge hatten nur Empfehlungscharakter. Tatsächlich trat der gebildete Ausschuß nie zusammen.¹⁶ Eine andere Überlegung innerhalb der NG lief darauf hinaus, eine Art »Bundestags- Notgemeinschaft«¹⁷ aus den bürgerlichen Abgeordneten zu bilden, die bislang schon gegen die Verträge opponiert hatten. Man dachte dabei an Bodensteiner, Pfeleiderer und Wessel. Diese »lose Vereinigung« hätte dem Zweck dienen sollen, oppositionellen Abgeordneten den Rücken zu stärken, nicht zuletzt in der Hoffnung, die Verträge damit doch noch zum Scheitern bringen zu können.

Wären nämlich die Verträge erst einmal von Bundestag und Bundesrat ratifiziert worden, so die Überlegung, würde es auch für einen neu gewählten Bundestag schwierig sein, sie wieder zu ändern bzw. aufzu- heben. Von diesem Verständnis her sollte die Bildung einer neuen Partei

15 Scheu, »An die Konferenz der Aktionsgruppen der NG«, 6.6.1952, Punkt 3, NL Scheu 14.

16 Vgl. Göckeritz an Scheu, 25.7.1952, NL We STO 35.

17 Meyer zu Schwabedissen an Wessel, 29.9.1952, NL We 275.

solange zurückgestellt bleiben, bis die Verträge rechtsgültigen Charakter hätten. Das war Ende 1952 aber noch nicht der Fall. Die Vertreter dieser Position waren noch immer durchdrungen von der Vorstellung der NG als einer »Zweckgemeinschaft«¹⁸ aller Kräfte von rechts bis links, die das gleiche Ziel verfolgten.

Andere, wie beispielsweise Erhard Eppler, waren sich nicht sicher, ob die NG vielleicht nicht doch noch mit der SPD kooperieren sollte. Seiner Meinung nach würde sich eine Zusammenarbeit beispielsweise dann aufdrängen, wenn die Chance gering eingeschätzt werde, die Fünf-Prozent-Klausel zu überwinden.¹⁹ Eppler sprach der SPD ein »gesamtdeutsches Verantwortungsgefühl«²⁰ nicht ab. Scheu hingegen hegte gegenüber der SPD aus anderen Gründen größere Bedenken. Er konnte sich ein Zusammengehen mit ihr aufgrund der »ideologisch-marxistischen Verfassungstendenz«²¹ nicht vorstellen. Eppler hielt eine weitere Möglichkeit nicht für gänzlich ausgeschlossen. Er spielte mit dem Gedanken, ob die Spannung innerhalb der FDP zwischen liberalem und nationalliberalem Flügel vielleicht dazu führen würde, daß der Teil der FDP um Pfeleiderer und Maier, mithin große Teile der südwestdeutschen FDP, vor der Abstimmung über die Verträge doch noch mit der NG zusammengingen.²²

Obwohl Scheu auf dem Bundeskongreß nicht den erwünschten Erfolg erzielte, ließ er nicht von seinem Vorhaben ab, eine neue politische Kraft zu bilden. Im Juli 1952 wandte er sich an etwa 80 Persönlichkeiten aus dem Umfeld der NG, um mit dem vertraulichen Brief zu sondieren, inwieweit die Anhänger der NG die Notwendigkeit einer neuen politischen Kraft in Deutschland befürworteten. Heinemann wie Wessel waren von dieser Aktion unterrichtet. Eine positive Stellungnahme von Heinemann läßt sich nicht ausfindig machen.²³

Scheu wollte die eingegangenen Antworten dann auch in ein politisches Manifest der neuen Partei einfließen lassen. Ursprünglich hatte Scheu vorgehabt, den Brief von den NG-Repräsentanten Heinemann, Scheu, Wessel unterzeichnen zu lassen. Davon nahm er Abstand, wohl deshalb, weil Heinemann hierfür nicht zu gewinnen gewesen sein dürfte.²⁴ Gleichwohl konnte sich Scheu auf die Rücksprache mit seinen politischen Freunden berufen, wie er dies in den Briefen Anfang Juli »Betr. Notwendigkeit einer neuen politischen Kraft in Deutschland«²⁵ ausführte. Scheu wandte sich gezielt mit einem acht Punkte umfassenden Katalog von Problembereichen an politische Gesinnungsfreunde, um deren Meinung für ein politisches Manifest »herauszufiltern«. Der Katalog umfaßte:

18 Ebd..

19 Eppler an Scheu, 11.9.1952. Hier zit. n. »Briefauszüge. Aus den Antworten zu dem Brief Scheu Juli 1952«, S. 5, NL Scheu 17. Im folgenden: »Briefauszüge 1952«.

20 Eppler, »Lohnt sich das überhaupt?«, in: Nachrichten, Nr. 4 v. Juli 1952, S. 1.

21 Scheu an Bausch, 25.6.1952, NL Scheu 9.

22 Eppler an Scheu, 11.9.1952, NL Scheu 17.

23 Die Briefentwürfe gingen zur Einsicht und Korrektur an Heinemann. Vgl. NL Scheu 14; vgl. auch Scheu an Heinemann, 24.6.1952, NL Scheu 9.

24 Vgl. Scheu an Heinemann, 24.6.1952, NL Scheu 9.

25 Scheu an Lorentz, 10. Juli 1952, NL Scheu 92. Die Briefe sind alle Anfang/Mitte Juli 1952 datiert.

- »1. Begründung für die Notwendigkeit einer neuen politischen Kraft.
2. Bruch mit überlebten Vorstellungen reinen Machtdenkens in der Politik.
3. Offenhaltung und Ausnutzung aller Verhandlungsmöglichkeiten nach dem Osten ebenso wie nach dem Westen, mit dem europäischen Ziel einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und dessen Einbeziehung in übernationale Gemeinschaften.
4. Echte Demokratisierung der Bundesrepublik und später Gesamtdeutschlands, Brechung aller diktatorischen Versuche von Einzelnen oder Gruppen und Schaffung eines freien Raumes für die Wirksamkeit von unabhängigen Persönlichkeiten, auch aus der jüngeren Generation.
5. Mitwirkung des Volkes in Lebensfragen durch Volksbegehren und Volksentscheid.
6. Überwindung der sozialen Not auf breitester Basis. Neue Wege für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Organisation der Wirtschaft im Hinblick auf ihre soziale Funktion.
7. Gestaltung einer von der Persönlichkeit des Menschen her bestimmten Kulturpolitik.
8. Auf welchem Wege stellen Sie und Ihre Freunde sich das Erreichen solcher Ziele vor und was kann vor allem im Blick auf die Bundestagswahl 1953 getan werden?«²⁶

Die Auflistung des ›Fragenkatalogs‹ war eigentlich schon eine Vorwegnahme der Zielformulierung eines neuen Parteiprogramms. Die Mitwirkungsrechte des einzelnen und des Wahlvolkes in politischen Entscheidungen sollten gestärkt bzw. gesichert werden. Man erlebte, nicht zuletzt in der eigenen politischen Arbeit für die NG, das politische Parteienspektrum als unzureichend bei der Durchsetzung entscheidender Lebensfragen für das Volk, wie sie die NG sah. Politik in den Augen Scheus durfte nicht mehr in den Kategorien von Macht gesehen werden, sondern unter dem Aspekt der Verständigung nach außen und der Neugestaltung nach innen sowohl in wirtschafts-, gesellschafts- und kulturpolitischer Hinsicht. Der Begriff der Macht hatte für Scheu und viele seiner Mitstreiter in der NG etwas Anrüchiges. Schließlich verknüpfte diese Generation mit ihm noch eine Gewaltpolitik, die zum Krieg geführt hatte. Sie sah in der Macht nicht das legitime und notwendige Mittel staatlicher Politik. Nach innen hatte die politische Macht in der Interpretation Scheus den Entscheidungsspielraum des einzelnen der ›Diktatur‹ der Parteien und Fraktionen unterworfen, nach außen war sie ein friedensgefährdender Faktor.

Scheu zielte mit dem Herausfiltern der Meinungen durch seine Briefaktion nicht allein auf die Inhalte künftiger politischer Arbeit ab, sondern

26 Ebd.. Anhang zu Brief Scheu an Lorentz. Die Berliner NG startete eine ähnliche Umfrage. Sie erweiterte den Scheuschen Katalog durch folgende Fragen: »9. Welche politische Aufgabe ergibt sich im positiven Sinne für die Situation Berlins, insbesondere Westberlins? 10. Welche wirtschafts- und nationalpolitischen Ziele halten Sie für Westberlin im Rahmen der NG-Arbeit für realisierbar, insbesondere sehen Sie Möglichkeiten, auf den Osten Einfluß zu nehmen? 11. Halten Sie eine Beteiligung an der nächsten Westberliner Wahlen (...) für möglich und nötig (...)?« Krüger, »Fragen an Freunde der NG Berlin«, 18.8.1952, NL Scheu 3.

er stellte darüber hinaus die Organisationsfrage in den Raum, wie diese politischen Inhalte vor allem hinsichtlich der anstehenden Bundestagswahl umgesetzt werden könnten. Für Scheu hieß das: die Entscheidung über Partei oder Nichtpartei. Wenn man sich für eine Partei entschied, dann wollte Scheu wissen, ob und vor allen Dingen wie dieses Projekt realisiert werden konnte.

Die Antworten auf die Briefaktion im Juli 1952 kamen zögernd, so daß ein folgender Brief vom 30.8.1952, der im übrigen laut Scheu mit Heinemann, Wessel, Bodensteiner abgesprochen war,²⁷ vornehmlich nicht die Funktion hatte, auf die bereits eingegangenen Briefe einzugehen, sondern erneut auf das Vorhaben der Gründung einer politischen Kraft »einschwören« sollte.

Ein geschlossenes Fazit aus der Analyse der circa 60 eingegangenen Briefe²⁸ läßt sich nicht ziehen. Zum Teil hielten sich die Korrespondenzpartner nicht an den vorgegebenen »Fragenkatalog«, andererseits lassen sich aufgrund der politischen Erfahrung, der gesellschaftlichen Stellung und des politischen Standpunkts die differenzierten Meinungen nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen.

Ich beschränke mich deshalb weitgehend auf die zentrale Frage einer möglichen Parteigründung. Wie stellte sich der NG-Vorstand zu diesem Vorhaben? Heinemann hatte Vorbehalte. Posser und Wessel waren dem Projekt gegenüber aufgeschlossen. Stellungnahmen von Rademacher und Stummel lassen sich nicht nachweisen.²⁹ Von den beiden anderen NG-Vorstandsmitgliedern, Nikolaus Ehlen und Oskar Hammelsbeck, nahm der eine eine ablehnende, der andere eine betont verhaltene Position ein.

Klipp und klar erklärte Ehlen: »Durch eine neue Parteigründung kann man dieses Ziel nicht erreichen, sondern nur durch Persönlichkeiten, welche die nötige Einsicht und die Einsatz- und Opferbereitschaft besitzen zu solchem politischen Handeln. Darum ist es wichtiger, diese Menschen aufzusuchen, ganz gleich, wo sie politisch bis jetzt stehen, als eine neue Partei zu gründen, die uns wieder nicht weiter bringen wird. Freilich wäre es wichtig, wenn diese Menschen überall in den Parteien ständen, oder aber wenigstens die Möglichkeit hätten, ihren Einfluß in den Parlamenten geltend zu machen, etwa durch eine planmäßige Begegnung und Besprechung mit den Abgeordneten.«³⁰ Ehlen versprach sich also mehr von einer politischen Arbeit im Sinne der »Stätte der Begegnung« als von einer neuen politischen Partei.

Auch der Protestant Hammelsbeck wollte die politische Aufmerksamkeit mehr auf das Einwirken auf die Parteien gelenkt wissen, damit »das weitere Versagen der Parteien nicht wieder durch eine totalitäre Gewalt von Scheindemokratie« abgelöst wird. Im Gegensatz zu Ehlen wollte er

27 »Betrifft: Notwendigkeit einer neuen politischen Kraft in Deutschland«, 30.8.1952, NL Scheu 92. Vgl. auch Scheu an Heinemann, 27.8.1952, NL Scheu 14.

28 Nach Durchsicht der Briefe im NL Scheu. Vgl. auch »Briefauszüge. Aus den Antworten zu dem Brief Scheu Juli 1952«, NL Scheu 17.

29 Ebd..

30 Ehlen, zit. n. »Briefauszüge 1952«, S. 12.

aber nicht von vornherein die Entwicklung einer »dritte(n) politische(n) Kraft« quer durch das vorhandene politische System« ausschließen. Jedenfalls stimmte er keiner Neugruppierung zu, »die das Christliche zu einer politischen Ideologie macht, wie das in der CDU geschieht. Von der Bekennenden Kirche her gibt es für meine Erkenntnis keinen Weg zu einer ›christlichen‹, auch nicht zu einer ›evangelischen‹ Partei. Damit ist die politische Zusammenarbeit von evangelischen und katholischen Christen und Nichtchristen keinesfalls gelehnt, sondern positiv erwünscht.«³¹

Auch der CSU-Dissident im Bundestag, Hans Bodensteiner, erklärte sich einer neuen politischen Kraft gegenüber aufgeschlossen: »Was unsere Parteien betrifft, so kann man, glaube ich, ohne Übertreibung sagen, daß sie ihr Möglichstes tun, um diese Demokratie im Volke unmöglich zu machen. Wir bewegen uns nach meiner Meinung mit ziemlicher Schnelligkeit auf den Zustand von 1933 (sic!) zu. Auf Ihren Brief vom 19.7. teile ich Ihnen mit, daß ich den gleichen Plan schon *seit über einem Jahr* (Hervorhebung, J. M.) erwäge und mit verschiedenen Persönlichkeiten besprochen habe.«³²

Untersucht man darüber hinaus die Stellungnahmen der anderen Korrespondenzpartner, die im allgemeinen aus NG-Aktivisten, zumindest aus NG-Sympathisanten bestanden, dann wird das Spektrum der unterschiedlichen Meinungen noch vielfältiger. Genau das, was beispielsweise Hammelsbeck ablehnte, wurde von anderen propagiert, nämlich die Zusammenfassung der »christlichen Linken« zu einer christlichen Volkspartei. Sie sollte eine echte Opposition zu der gesellschaftlich-restaurativ wirkenden CDU bilden. Der Sieg in einigen Wahlkreisen sollte dann zur Basis werden, um auf die politischen Geschehnisse Einfluß zu nehmen.³³ Andere wiederum wollten den Weg zu einer Partei zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht einschlagen. Statt dessen sollte die Entschiedenheit des außerparlamentarischen Auftretens der NG verstärkt werden. Ob sich aus ihr eine Kraft im parlamentarischen Raum ergeben könnte, wäre diesem Konzept zufolge eben von jener Entschiedenheit der außerparlamentarischen Opposition abhängig gewesen.³⁴

Selbst die Vertreter einer Parteibildung verfochten unterschiedliche ›Konzepte‹. Sowohl die Zusammenführung des breiten Spektrums der »partei politischen Emigration – von Kögler bis Noack« wurde vertreten als auch eine Kooperation ›zusammengefaßter‹ Oppositioneller aus CDU, FDP, Zentrum und anderen kleineren Gruppierungen in einer neuen politischen Einheit mit der stärksten Oppositionsfraktion, der SPD. Als organisatorisches Grundgerüst stellte man sich dabei die von der FDP losgelöste DVP in Baden-Württemberg und in den Hansestädten vor.³⁵

Zu den Befürwortern einer Kooperation mit der SPD gehörte Erhard Eppler. Diesbezüglich wollte er sogar einen »Burgfrieden mit der SPD« abschließen. Andere stellten die Organisationsform ›Partei‹ in Deutschland

31 Hammelsbeck an Scheu, 19.7.1952, NL Scheu 3.

32 Bodensteiner, zit. n. »Briefauszüge 1952«, S. 7.

33 Vgl. Johannes Droste an Scheu, zit. n. »Briefauszüge 1952«, S. 11.

34 Vgl. Albert Priebe an Scheu, 15.8.1952, NL Scheu 4.

35 Vgl. Göckeritz an Scheu, 25.7.1952, Abschrift, NL We STO 35.

gänzlich in Frage, weil sie sich überlebt hätte.³⁶ Wiederum andere forderten »echte staatspolitische Parteien«,³⁷ d. h., Parteien nicht im Sinne von Parteien, sondern Parteien, die nicht Partikularinteressen, wohl aber Gesamtinteressen vertreten.

Wie unterschiedlich die Vorstellungen auch sein mochten, die Kritik, der Skeptizismus gegenüber den etablierten Parteien bildete den gemeinsamen Nenner. Strittig war ausschließlich die Umsetzung der Kritik in praktischpolitische Handlungs- und Verhaltensweisen. Daß etwas geändert werden mußte, darin waren sich alle einig, Eppler, Bodensteiner, Mochalski,³⁸ Hammelsbeck ebenso wie Priebe, Ehlen u. a.. Scheu hatte auch versucht, bestimmte Einzelpersönlichkeiten wie Helmut Gollwitzer, Martin Niemöller und Paul Sethe in seine Überlegungen mit einzubeziehen. Alle drei lehnten aber ab, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Gollwitzer fand zwar »die politische Heimatlosigkeit in unserem Volk« als erschreckend groß, entschied sich aber aufgrund fehlender Zeit für seine theologisch-wissenschaftliche Arbeit.³⁹ Niemöller verstand sich als »völliger Einzelgänger«, der aber in dieser Funktion mit Rat und Tat jederzeit gern zur Verfügung stehen wollte.⁴⁰ Sethe wiederum erklärte: »Zu meinem Bedauern muß ich Ihnen (...) antworten, daß ich mich an der Gründung und Vorbereitung einer Dritten Kraft nicht beteiligen kann. Ich bin nicht feige. Aber die Haltung, die ich gegenwärtig in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gegen erhebliche Bedenken innerhalb der Redaktion einnehme, trifft bereits die äußerste Grenze meiner Möglichkeiten. Vielleicht habe ich sie sogar schon überschritten. Mich in der Öffentlichkeit an einer Partei wie der von Ihnen geplanten zu beteiligen, würde eine Illoyalität gegenüber der Zeitung bedeuten. Es würde mich freuen, wenn ich Ihnen gelegentlich helfen könnte, ohne in der Öffentlichkeit damit hervorzutreten. (...) Ich möchte noch sagen, (...) daß ich aber dennoch die Bildung einer dritten Kraft in Deutschland begrüßen würde und eigentlich dafür ziemlich zuversichtlich bin.«⁴¹

Die Stellungnahmen auf Scheus Brief vom Juli faßte dieser selbst in einem zweiten Schreiben vom 30.8.1952 an den gleichen Personenkreis in einigen Grundlinien zusammen:

- »1. Die Schaffung einer neuen politischen ›Dritten Kraft‹ ist ein dringendes *Erfordernis*. Die bisherigen großen Parteien genügen nicht mehr. Wirklich revolutionäre Kräfte im Sinne echter Erneuerung kommen in ihnen nicht mehr zum Zuge. Alles ist erstarrt im Restaurativen.
2. Eine neue *Parteibildung* begegnet größter Skepsis. Die angestrebte ›Dritte Kraft‹ darf sich nicht in den heutigen Parlamentsbetrieb hineinverlieren, wenn sie nicht auch nach kurzer Zeit erstarren soll.

36 Vgl. Wedepohl an Scheu, zit. n. »Briefauszüge 1952«, S. 8.

37 Wilhelm Gerber an Scheu, zit. n. »Briefauszüge 1952«, S. 8.

38 Mochalski: »Ich begrüße Ihre Initiative und teile Ihre Meinung voll und ganz«. Zit. n. »Briefauszüge 1952«, S. 10.

39 Gollwitzer, zit. n. »Briefauszüge 1952«, S. 2.

40 Vgl. Niemöller an Scheu, 22.7.1952, NL Scheu 25.

41 Sethe an Scheu, 4.9.1952, NL Scheu 24.

Um aber zur politischen Wirksamkeit zu kommen, muß eine ›Dritte Kraft‹ den parlamentarischen Raum aufsuchen, und es ist wohl kein anderer Weg offen, als der notvolle über die Bildung einer Wählergemeinschaft in der äußeren Form einer Partei.«⁴²

In diesem Punkt ging Scheu über eine bloße Zusammenfassung der einzelnen Positionen hinaus und gab vielmehr seinen eigenen Standpunkt wieder, der die Notwendigkeit einer neuen Partei sah. Die Kritik an einer neuen Parteigründung fing Scheu damit auf, daß er sie nicht als Partei im herkömmlichen Sinne definiert wissen wollte.

Parlamentarische Politik war nicht alles, doch für Scheu unumgänglich, um politischen Einfluß zu erlangen. Schließlich hatten die außerparlamentarischen Aktivitäten der NG gezeigt, wie wenig sie die politischen Entscheidungen beeinflussen konnten. Aufgrund der eingegangenen Antworten glaubte Scheu, »daß es möglich sein wird, eine *gemeinsame Konzeption* zu erarbeiten, die bessere und friedlichere Wege zu einem neuen Beginnen in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West und zu den speziellen deutschen geschichtlich-fälligen Schritten weist und Ansätze zur Verwirklichung zeigt.«⁴³

Scheu hielt also eine deutsche Antwort auf die Zerrissenheit der Welt für geschichtlich fällig. Entstände die ›Dritte Kraft‹ nicht, so triebe die Welt – wieder unter vorherrschend deutschem Versagen – neuem größerem Unglück und letztlich dem Kriege zu.⁴⁴

Dieses Sendungsbewußtsein, die Apokalypse aufzuhalten, war der zweite einheitliche ›Motivationsstrang‹ aller, ungeachtet dessen, ob sie für oder gegen eine Parteigründung eintraten. Scheu jedenfalls hielt aufgrund der eingegangenen Antworten folgende Schritte für notwendig: einmal die Schaffung von Arbeitsgemeinschaften für staatspolitische, wirtschaftliche, soziale, für kulturelle und geistige Fragen, zum anderen die Bildung von Arbeitsausschüssen für Organisation und Finanzen, Presse und Propaganda, für Schulung und Informationen.⁴⁵Zur Klärung dieser und anderer Fragen sollten sich die angeschriebenen Personen auf einer Tagung auseinandersetzen und den entscheidenden Schritt zur Partei wagen.

Als auch seine zweite Briefaktion anfänglich auf eine schleppende Resonanz stieß – vom August bis Ende September gingen lediglich 27 Rückantworten ein – und in einem Gespräch zwischen Wessel, Heinemann und ihm die ganze Problematik beleuchtet wurde, ließ das Scheu daran zweifeln, ob der durch seine beiden Briefe eingeschlagene Weg der richtige war und zum Erfolg führen konnte.⁴⁶

Er spielte mit dem Gedanken, die geplante Zusammenkunft zurückzustellen, und dachte daran, Persönlichkeiten wie Heinemann und die

42 Scheu, »Betriff: Notwendigkeit einer neuen politischen Kraft in Deutschland«, 30.8.1952, NL Scheu 14.

43 Ebd..

44 Ebd..

45 Ebd..

46 Vgl. Scheu an Bodensteiner, Heinemann, Wessel, 26.9.1952, NL Scheu 14. Bodensteiner zählte für Scheu also schon zum engeren Führungskreis.

Bundestagsabgeordneten Bodensteiner (CSU), Etzel (BP), Müller-Hermann (CDU), Pfeleiderer (FDP), Wessel (Zentrum) zu einer gemeinsamen Aktion zwischen der zweiten und dritten Lesung der Westverträge zu bewegen. Ob sich daraus eine neue politische Kraft oder die von Scheu nach wie vor als dringend notwendig empfundene Partei bilden würde, hätte man dann den Ereignissen überlassen können.⁴⁷ Ein Treffen zwischen den genannten Personen kam nicht zustande. Eine schriftliche Kontaktaufnahme ist nicht nachweisbar.

Immerhin traten am 24. Oktober Bodensteiner, Etzel, Wessel, Heine- mann und Thea Arnold (Z) gemeinsam in einer öffentlichen Kundgebung auf. Es blieb schließlich bei der Überlegung, die Korrespondenzpartner Scheus zu einer gemeinsamen Tagung zusammenzubringen, um weitere Schritte zu überlegen. Das Konzept der Gründung einer Partei hatte Scheu, der sich in dieser Hinsicht immer wieder als treibende Kraft erwies, damit nicht aufgegeben, im Gegenteil.

2. Die Mülheimer Tagung am 18./19. Oktober 1952 als Vorentscheidung

Die anstehende Tagung in Mülheim sollte die entscheidende Klärung in der Frage der Parteigründung bringen. Bereits in der Einladung zu dieser Tagung wurde auf die Grundsatzfrage, wie eine ›Dritte Kraft‹ wirksam werden sollte, hingewiesen: Das bezog sich auf ihre Form, ihren Namen und ihre Nah- wie Fernziele. Ausgehend von der Erkenntnis, daß man in den Grundsatzfragen ein gemeinsames Ziel hatte, sollte man, wie Scheu meinte, zu »greifbaren praktischen Vorschlägen« kommen.¹

An die 70 Personen, darunter die Bundestagsabgeordneten Thea Arnold (Zentrum), Hans Bodensteiner und Helené Wessel, trafen sich zu dieser vorentscheidenden Besprechung, an der auch Heinemann teilnahm.² Scheu wies ausdrücklich bei seiner Begrüßung darauf hin, daß es sich bei dieser Tagung nicht um eine der NG handle, wenn auch tragende Kräfte der verschiedenen Aktionsgruppen an ihr teilnahmen.³ Überdies waren auch nicht alle Aktionsgruppen von dieser Zusammenkunft unterrichtet.⁴ Für Scheu hatte das Anliegen einer Partei nur einen Sinn, wenn ihre Basis über die der NG hinausging. Zwar hob Scheu immer wieder hervor, es ginge nicht um eine Parteigründung, tatsächlich war mit der Mülheimer Tagung der Schritt zur Partei hin bereits fest geplant. Scheu selbst bemerkte in der Rückschau zu diesen Ereignissen: »*Man lade* dann ein zu einer unverbindlichen Vorbesprechung, z. B. in eine Evangelische Akademie, z. B. in Mülheim an der Ruhr. *Man versichere* vorher dem, welchen man längst als

47 Ebd..

1 Vgl. Scheu, »Persönliche Einladung«, 2.10.1952, NL Scheu 14.

2 Vgl. Teilnehmerliste der Mülheimer Tagung, NL Scheu 93.

3 Vgl. »Niederschrift über Tagung in Mülheim am 18./19.10.1952«, S. 1f, NL Scheu 92. Im folgenden: »Niederschrift – Mülheim«.

4 Vgl. Scheu an Schmidt, 11.11.1952, NL Scheu 24.

Boss (gemeint ist Heinemann, J. M.) auserkoren hat, daß sein Kommen zu solcher Vorbesprechung besonders unverbindlich sei und er zu nichts verpflichtet werden würde. *Man lasse* während der anderthalbtägigen Vorbesprechung langsam die Katze aus dem Sack und lasse langsam – und zwar je deutlicher desto unüberhörbarer der Ruf des Vorbesprechungs-volkes nach Gründung einer Partei ertönt – durchblicken, daß dies alles natürlich nur zu machen sei mit einem Boss, der das politische Leitbild der neuen Partei in persona ist. *Man verwische*, sobald dieser Auserkorene und vorbestimmte Boss aufmuckt, die eigentlichen Absichten und versichere diesem, daß natürlich ein team die Verantwortung mitübernehme – man könnte so was z. B. ›Präsidium‹ nennen.«⁵ Wie Scheu es geplant hatte, entwickelte sich auf der Tagung eine Eigendynamik. Durch die Zusammenkunft wurde eines erreicht, daß sich das Gremium darüber klar wurde, mit aller Kraft die Vorbereitungen zur Gründung einer Partei zu treffen.⁶ Heinemann, der noch einen Monat vor der Zusammenkunft in Mülheim von der Gründung einer Partei nicht angetan war, geriet in Handlungs-zwang. Im September auf Gerüchte angesprochen, er wolle im Oktober eine Partei gründen, erklärte er einem Journalisten, daß diese Behauptung in dieser Form unsinnig sei. Es sei nicht überraschend, daß sein und Frau Wessels Name immer wieder auftauche, wenn von einer Blockbildung gewisser Gruppen die Rede sei, doch ließe sich noch nicht übersehen, ob diese weit auseinanderstrebenden Parteien und Gruppen sich in einem Block vereinigen ließen. Bei diesen Gruppen handelte es sich, wie Heinemann ausführte, um die Freie Soziale Union, die Deutsche Gemeinschaft, den Deutschen Block, die Arbeitsgemeinschaft nationaler Verbände, die Dritte Front, den Evangelischen Volksdienst und Teile des Zentrums und der Bayernpartei.⁷ Heinemann war also immer noch von der Idee einer Sammlungsbewegung durchdrungen.

Es fällt auf, daß ein Teil dieses Blocks (die DG, der DB, die Dritte Front und die AnV) im politischen Spektrum (sehr) weit rechts angesiedelt war. Diese rechtskonservativen Kräfte verfochten alle ein national-neutralistisches Programm, darin bestand ihre einzige Gemeinsamkeit zum ›politischen Programm‹ der NG,⁸ dessen waren sich auch die rechts-konservativen Kräfte bewußt. Auch dort war man der Meinung, »daß bei der Bedeutung der außenpolitischen Entscheidungen alle anderen Punkte, die vielleicht zu Gegensätzen unter Deutschen führen könnten, zurückgestellt werden müssen.«⁹ Unter dem Gesichtspunkt der Wiederver-

5 Scheu, »Wie man eine Partei gründet«, in: Aus vergangenen Tagen. Privatdruck zum 70. Geburtstag von Heinemann, (1969), o. S..

6 Vgl. ›Niederschrift-Mülheim‹, S. 9ff.

7 Zit. n. »Heinemann will keine neue Partei gründen«, in: WAZ v. 19.9.1952.

8 Diese Gemeinsamkeit betonte auch der Vorsitzende der ›Dritten Front‹, Wolfgang Schenke: »Wie Sie wissen, verfolgen wir zumindest außenpolitisch dasselbe Ziel (...). Schreiben an Scheu, 17.10.1952, NL Scheu 74. Zum Teil wurde das politische Programm, wie bei dem DB, »völkisch« begründet, d. h., man agierte gegen die ›nationale Überfremdung‹. Zum Programm des DB vgl. H.W. SCHMOLLINGER, Deutscher Block, 1983, S. 821ff. Zur außenpolitischen Vorstellung der DG vgl. R. STÖSS, DG, 1983, S. 883ff. Zur ›Dritten Front‹ vgl. R. DOHSE, 1974, S. 84ff.

9 Schenke an Scheu, 17.10.1952, NL Scheu 74.

einigung waren diese Kräfte auch für Heinemann geeignete Bündnispartner. Es berührte Heinemann nicht, daß sie das Stigma des Rechtsstehenden hatten. Aus diesem Umfeld waren schließlich auch Teilnehmer in Mülheim anwesend, wenn auch nicht als offizielle Vertreter ihrer Organisationen.

Fast zeitlich parallel zur Mülheimer Tagung fielen auch Bestrebungen verschiedener CDU-Politiker, Heinemann für die politische Arbeit in der CDU nicht zu verlieren und für die CDU-Kommunalpolitik in Essen, wo er immerhin einmal Oberbürgermeister gewesen war, zu gewinnen.¹⁰ Letztlich führten diese Bemühungen nicht zum gewünschten Erfolg. Heinemann hätte nämlich bis zur Kommunalwahl am 9. November 1952 auf keiner NG-Kundgebung mehr sprechen sollen.¹¹ Sein Verhältnis zur CDU war auch durch diesen Vorgang ein überaus lockeres geworden, wie er, der Mitbegründer der Essener CDU, wissen ließ.¹² Zudem sollte eine geplante Aussprache Heinemanns mit Adenauer, um die sich Kaiser, Ehlers, Arnold, Kiesinger u. a. aus der CDU bemühten, erst nach den Vertragsratifizierungen zustande kommen, was Heinemann natürlich ablehnte. »Auf eine Vertröstung nach der Ratifizierung lasse ich mich nicht ein«, schrieb Heinemann, »dazu gehen die Dinge viel zu sehr voran. Ganz abgesehen davon, daß doch offenbar keiner von Ihnen allen dafür einstehen mag, daß dann eine Verständigung zustande kommt, welche wirklich diesen Namen verdient, also nicht ausschließlich zu meinen Lasten geht.«¹³ Die »letzte Probe auf das Exempel, welches sich seit 1951 in steigendem Maße abzeichnete«,¹⁴ war gescheitert.

Sicherlich wäre es Ende 1952 noch möglich gewesen, Heinemann in der CDU zu behalten aber nur dann, wenn er unangefochten seine außenpolitischen Ziele weiterverfolgen konnte. Daß dies langfristig nicht mehr der Fall sein würde, dessen war sich Heinemann bewußt.

Eigentlich kam es nur darauf an, wer den ersten Schritt täte. Würde die CDU Heinemann ausschließen oder jener den Austritt von sich aus erklären? Die Mülheimer Tagung brachte für Heinemann schließlich die unumkehrbare Wende. Die Versammlungsteilnehmer in Mülheim hatten Heinemann gezeigt, daß sie im Grunde genommen eine Partei wollten. Auf die Frage, wer grundsätzlich gegen eine neue Partei sei, gab es keinen nennenswerten Widerspruch. Wessel hielt es für eine Verpflichtung, in den parlamentarischen Raum mit Macht vorzudringen. Adenauer imponiere man nicht aus dem vorparlamentarischen Raum heraus.¹⁵ Die Mehrzahl der anderen Teilnehmer folgten ihr in dieser Argumentation.

Heinemann sprach sich nicht mehr gegen eine Parteigründung aus, wenn er auch nicht an eine Partei mit umfassendem Programm dachte. Ihm schwebte vielmehr eine »Notstandspartei« mit einem Vier-Jahres-Pro-

10 Vgl. Simpfendörfer an Heinemann, 17.9.1952; Heinemann an Simpfendörfer, 13.10.1952, NL Hei 44.

11 Vgl. Heinemann an Kaiser, 25.10.1952, NL Hei 44.

12 Heinemann an Simpfendörfer, 13.10.1952, NL Hei 44.

13 Heinemann an Kaiser, 30.10.1952, NL Hei 44.

14 Heinemann an Ehlers, 30.4.1953, NL Hei 45.

15 Vgl. Wessel, »Niederschrift-Mülheim«, S.9.

gramm vor. Was er wollte, war eine Plattform außerhalb der SPD und außerhalb des außenpolitischen Kurses der Bundesregierung. Die Vertreter einer neuen Kraft sollten allein aus der Gewissensentscheidung handeln, keine Interessensvertretung im engeren Sinn sein und vor allen Dingen eine Ost-West-Gebundenheit Deutschlands ablehnen. Mithin hatte Scheu sein Ziel erreicht. Wenige Tage nach der Mülheimer Tagung schrieb Heinemann an Karl Barth: »Ich glaube, daß sie (die Gründung einer neuen Partei, J. M.) für die nächstjährige Bundestagswahl nicht umgangen werden kann. Mir graut davor, aber ich weiß keinen Ausweg gegenüber all den Anforderungen und den gegebenen Umständen.«¹⁶

Die Konstituierung der neuen Partei war nur noch eine Frage der Zeit. Strittig war allein, ob sich ein zu erstellendes Grundsatzprogramm vor allem auf einer außenpolitischen Linie bewegen sollte oder ob man Adenauer aus taktischen Gründen nicht besser in bezug auf die Innenpolitik anzugreifen hätte.¹⁷ Das zu klären, sollte künftiger Arbeit vorbehalten sein. Jedenfalls waren in Mülheim, wie dies Eppler zutreffend formulierte, »die Würfel gefallen«. Auch die Strategie der Umsetzung politischer Inhalte zeichnete sich bereits ab, nämlich »die bisherigen Gruppen aufsaugen, zusammenfassen und für die Bundestagswahl aktionsfähig machen.«¹⁸ Heinemann diktierte eine Pressenotiz,¹⁹ die darüber Auskunft gab, daß in Mülheim eine Aussprache verschiedener Personen »über eine gemeinsame politische Aktion und zur Beratung künftiger Aufgaben im Hinblick auf die zur Ratifizierung (an)stehenden Westverträge« stattgefunden hätte. Lapidar heißt es weiter: »Die Versammelten waren sich über die weiter zu unternehmenden Schritte einig. (...)« Es wurde vermieden, ausdrücklich zu sagen, worin die Einmütigkeit bestand. Intern dachte man an die Proklamation der Partei Anfang Dezember 1952. Dennoch konnte es nicht ausbleiben, daß bald nach der Mülheimer Tagung in der Öffentlichkeit das Gerücht über eine bevorstehende »Sammlung der bürgerlichen Mitte in einer neuen Partei«²⁰ kursierte.

Wessel deutete sogar den »Zusammenschluß aller oppositionellen Kräfte gegen die Westpolitik Dr. Adenauers« an. Sie sprach von einer größeren Anzahl von Abgeordneten der Regierungsparteien, die den Zielen einer geplanten Sammlungsbewegung positiv gegenüberständen.²¹ Hier war der Wunsch der Vater des Gedanken. Jedenfalls berechtigten die bisherigen Gespräche nicht zu dieser Hoffnung.

16 Heinemann an Barth, 23.10.1952, NL Hei 44.

17 Vgl. »Niederschrift-Mülheim«, S. 11.

18 Eppler an Hertel, 1.11.1952, Archiv G. Hertel.

19 Vgl. »Niederschrift-Mülheim«, S. 21.

20 Zit. n. Offene Worte zum Zeitgeschehen, 1. Jg., Nr. 6 v. Oktober 1952, S. 1.

21 Zit. n. »Steht eine Sammlungsbewegung bevor?«, in: NTW v. 30.10. 1952.

3. Das Bemühen der Notgemeinschaft um nationalkonservative Kreise

Realistischerweise bemühte man sich bei der ›NG‹ um jene Gruppen, die zumindest das außenpolitische ›Grundkonzept‹ der NG positiv bewerteten.¹ Pastor Mochalski hatte es übernommen, eine mögliche Zusammenarbeit mit den ›nationalen Gruppen‹ auszuloten.² Das geschah deshalb, weil Mochalski als dezidiert Antifaschist den Rechtskreisen reserviert gegenüberstand. D. h., wenn die nationalen Kräfte seiner kritischen Einstellung standhielten, dann gab es keine grundlegenden Hindernisse seitens der NG hinsichtlich einer Kooperation mit den Nationalen. Die Mehrheitsströmung in den nationalen Gruppen war aber strikt gegen eine engere Kooperation mit der neu zu gründenden Partei eingestellt. Sie argumentierte gegen die Gruppe um Heinemann, Bodensteiner und Wessel, daß deren Motive gegen den EVG-Vertrag pazifistisch bedingt und auf ein Bündnis mit der SPD angelegt seien.³ Auch innerhalb der NG stießen derartige Gespräche auf Vorbehalte. Man befürchtete in diesen nationalen Gruppen ›Tarnorganisationen‹ der SRP⁴.

Gleichwohl waren Vertreter jener rechtskonservativen Orientierung zu Unterredungen mit den ›Heinemann-Wessel-Leuten‹ bereit. Am 3. November 1952 kam es in Darmstadt, am 12. November in Neu-Isenburg und am 19. November in Essen zu intensiven Gesprächen zwischen beiden Gruppen.⁵ Ausdrücklich hatte man sich seitens der NG um Verbindung zu maßgeblichen Leuten des sogenannten ›Friedberger Kreises‹ bemüht, der sich unter dem Arbeitstitel ›Arbeitsgemeinschaft Nationaler Gruppen‹ zusammengeschlossen hatte. Sie war in Süddeutschland beheimatet, während sich die Nationalen im Norden zum »Arbeitsausschuß für Deutsche Unabhängigkeit« zusammengetan hatten.⁶ Hierzu gehörten die ›Dritte Front‹ des Wolf Schenke, die Deutsche Rechtspartei von Adolf von Thadden, der Deutsche Block von Meißner, die Deutsche Union, deren Vorsitzender Walter Eckard war, die Deutsche Gemeinschaft, – sie hatte sich dem Friedberger Kreis durch Verhandlungen Haußleiters mit der SRP entfremdet – der BHD, eine Absplitterung des BHE und die Sammlung der Kriegsgeneration, die von dem jungen Journalisten Sepp Schelz geleitet wurde. Dieser Personenkreis faßte eine Parteigründung ins Auge. Gemeinsame Grundlage war die Ablehnung der Westverträge wie jeder Westbindung überhaupt.⁷ Dabei war klar, daß man nicht ›entmilitarisierte‹ Neu-

1 Vgl. Schenke an Scheu, 17.10.1952, NL Scheu 74.

2 Vgl. Mochalski an Scheu, 24.10.1952, NL Scheu 89.

3 Vgl. Schelz an Scheu, 31.10.1952, NL Scheu 89.

4 Vgl. Krüger an Scheu, 30.10.1952, NL Scheu 89.

5 Über die beiden ersten Unterredungen liegen Notizen bzw. Niederschriften vor. Vgl. NL Scheu 89, NL Hei 366. Wolf Schenke war nur in Neu-Isenburg und Essen anwesend, insofern findet das Darmstädter Treffen bei ihm keine Erwähnung. Vgl. W. SCHENKE, 1988, S. 364ff.

6 Vgl. Scheu an den Deutschen Block, z. Hd. Meißner, 20.11.1952, NL Scheu 89. Vgl. W. SCHENKE, 1988, S. 364.

7 Vgl. W. SCHENKE, 1988. Vgl. »Niederschrift über Besprechung in Darmstadt am 3. November 1952«, S. 3 und S. 7, NL Scheu 89. Im folgenden: ›Niederschrift – Darmstadt‹.

tralitätsvorstellungen hegte, sondern grundsätzlich für eine bewaffnete Neutralität eintrat, ja z. T. für unabdingbar hielt. Dieses Programm legte eine Zusammenarbeit mit der NG nahe, vielleicht in einer gemeinsamen Partei.

Von den nationalen Kräften nahmen u. a. am ersten Treffen in Darmstadt am 3. November Friedrich Brehm, der 1950 Generalsekretär der DG und dann im DB tätig war, Carl Cerff von der DU und ihr führender Ideologe Gottfried Griesmayr teil. Griesmayr hatte 1950 eine vielgelesene Schrift publiziert mit dem Titel ›Der politische Weg der Kriegsgeneration‹.

Im Grunde genommen lieferte schon dieses erste Treffen den Beweis für die Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit der NG mit ehemaligen Nationalsozialisten. Scheu hielt es angesichts der rechtsextremen Entwicklung in der SRP, die die Einsatzmöglichkeit der sogenannten ›guten Kräfte‹ aus dem ehemaligen NS-Lager seiner Meinung nach stärkstens behinderte, für unmöglich, jetzt noch für die Herausstellung ehemaliger Nationalsozialisten verstärkt einzutreten. Dem Innenminister Lehr sollte nämlich aufgrund des SRP-Verbotes keine Handhabe geliefert werden, eventuell durch die Teilnahme eines ehemaligen Nationalsozialisten die neue Partei sofort nach Gründung verbieten zu können.⁸ Mochalski hielt die Namen alter Nationalsozialisten in der neuen Partei überhaupt erst für tragbar, wenn die Betreffenden sich öffentlich von der Vergangenheit abgesetzt hätten. Strittige Grundsatzfragen sollten deshalb vorher geklärt werden.⁹ Für noch nicht ausgeräumt hielt man seitens der NG, ob und inwieweit die Nationalkonservativen den Antisemitismus ablehnten, worauf vor allem Heinemann und Mochalski drängten. Gerade letzterer fühlte sich jüdischen Freunden verpflichtet. Die Angesprochenen erklärten, jeden Antisemitismus abzulehnen bzw. programmatisch-politisch keine Antisemiten zu sein. Heinemann wie Mochalski hielten es zudem für erforderlich, strittige Begriffe wie »zeitlose Werte«, »soldatischer Geist«, »Großraumpolitik- Rückgabe« und »Alleinschuld Deutschlands am Kriege« eingehend zu diskutieren, um herauszufinden, was sich hinter diesen Chiffren verbarg.¹⁰

Eine Entscheidung darüber wurde vertagt, nicht zuletzt auf Anraten Scheus, der wohl spürte, daß es damit schon beim ersten Treffen zum definitiven Bruch gekommen wäre.¹¹ Auch hinsichtlich strategisch-taktischer Fragen gab es Differenzen. Heinemann drängte nun im November, anders als noch im Oktober 1952, auf eine baldige Parteigründung und argumentierte wie folgt:

- »1.) Verlegenheit der Wähler bei der Gemeindevwahl ausnützen und die neue Möglichkeit für die Zukunft ankündigen.
- 2.) Beeinflussung vieler schwankender Bundestagsabgeordneter.
- 3.) SRP- und KPD-Verbot negative Folgen für neue Parteibildung.

⁸ Vgl. Scheu, ›Niederschrift – Darmstadt‹, S. 3.

⁹ Vgl. Mochalski, ›Niederschrift Darmstadt‹, S. 4.

¹⁰ Vgl. ›Niederschrift – Darmstadt‹, S. 4.

¹¹ Ebd..

- 4.) Möglichkeit eines Wahlgesetzes, das Neubildungen erhebliche Erschwernisse bringt.
- 5.) Wenn Bundestagswahl im Juni, dann ist die Zeit sehr knapp.
- 6.) Beeinflussung der Ostzone und Frankreichs.«¹²

Heinemann erwog die Gründung der neuen Partei am 30.11.1952, obschon auch er Einwände reflektierte.¹³

Griesmayr plädierte demgegenüber für eine spätere Gründung aus folgenden Gründen. Er wollte einen Zusammenschluß des Flügels Heinemann/Wessel, der ihm allein nicht neu genug für eine Parteiwerdung erschien, da er in der Öffentlichkeit lediglich als Fortsetzung der NG angesehen werde, gleichberechtigt mit ›nationalen‹ Kräften. Dies sollte schon in der Zusammensetzung eines Vorstandes zum Ausdruck gebracht werden. Griesmayr wünschte neben Heinemann und Wessel einen General als Gegengewicht zu Heinemann – Namen wie Kesselring, Student oder Rudel waren im Gespräch – und einen konservativen Mann, etwa aus der Rechtspartei.¹⁴ Scheu mahnte ausdrücklich zu Vorsicht, auch nur einen Namen in den Vordergrund zu stellen, durch den das Ganze juristisch gestoppt werden könnte.¹⁵

Ein Ergebnis zeitigte das Darmstädter Treffen immerhin. Man verständigte sich auf den Namen der neuzugründenden Partei: ›Gesamtdeutsche Volkspartei – Block der Unabhängigen‹. Seitens der nationalen Kräfte hatte man eine Animosität gegenüber dem Begriff Partei, deshalb wurde der Zusatz gewählt.¹⁶

Das bald nach der ersten Zusammenkunft stattfindende Treffen in Neu-Isenburg bei Frankfurt am 12.11.1952 – von den Nationalneutralisten unterschiedlichster Provenienz nahmen Fritz Brehm, Gottfried Griesmayr, Otto Hess, Sepp Schelz, Wolf Schenke, Matthias Schmitt und Franz Seyboth teil – deckte dann vollends grundlegende inhaltliche Differenzen auf und ließ es fragwürdig erscheinen, ob es zu einer gemeinsamen Partei kommen konnte. Sie machten sich erneut fest in der Frage nach den »zeitlosen Werten des soldatischen Geistes«, der »deutschen Alleinschuld am Kriege« und der »Rückgabe geraubter Gebiete«. Während Griesmayr »die Mythologisierung des Soldatischen« uneingeschränkt bejahte, weil er im Soldaten den »ersten Stand der Nation«, den »Erzieher« sah, war für Heinemann der »Soldat das Erste, Krieg das Zweite«. Heinemann stellte die Frage, ob industrielle Tüchtigkeit weniger sei als soldatische Tüchtigkeit.¹⁷ Auch für Scheu hatte das Soldatische sehr wesentlich negative

12 Heinemann, ›Niederschrift – Darmstadt‹, S. 5.

13 Vgl. Heinemann, Handschriftliche Notiz, 12.11.1952, NL Hei 366. Dort heißt es: »Gegen: Substanz fehlt noch. NG in Partei gewandelt bedeutet nichts. Nichtwähler. Einseitigkeit der örtlichen Gruppen (Pazifisten pp.) stößt ab«.

14 Vgl. Griesmayr, ›Niederschrift – Darmstadt‹, S. 5.

15 Vgl. Scheu, ebd., S. 6.

16 Vgl. ebd., S. 7.

17 »Niederschrift über Besprechung in Neu-Isenburg, 12.11.1952«, S. 6, NL Scheu 89. Die Darstellung Schenkes – vgl. W. SCHENKE, 1988, S. 364f –, daß die sachlichen Differenzen als überwindbar angesehen wurden, widerspricht der Gesprächsniederschrift. Über die Essener Besprechung vom 19. November, die Schenke noch anführt, gibt es in den NL Hei, Scheu, We keine Niederschriften und dergl.. Im folgenden: ›Niederschrift – Neu-Isenburg‹.

Aspekte, die er in einer »Entpersönlichung« und in dem »Untertanen-Komplex«¹⁸ sah. Scheu meinte deswegen, man solle über den soldatischen Geist vorläufig überhaupt nicht sprechen, allenfalls in folgender Konstellation: »Ein Mann von SOS (eine in Berlin herausgegebene, pazifistisch ausgerichtete Zeitung, J. M.), also ausgesprochener Soldatenfresser, kann in einer Versammlung etwas vom Positiven der soldatischen Tugend sagen, und Griesmayr müßte ebenso deutlich in derselben Versammlung die Nachteile und Versäumnisse des Soldatischen betonen«. Griesmayr erschien die Diskussion über das »Soldatische« geradezu »volkszerstörend«.¹⁹

Entschieden widersprach auch Heinemann der geäußerten These, daß Churchill und Roosevelt die Schuld am letzten Krieg trügen und Hitler von ihnen lediglich hineingestoßen wurde. Scheu, der gleichfalls den Begriff der Alleinschuld nicht akzeptierte, hielt es gleichwohl für zwingend notwendig, daß Deutschland den größeren Teil der Schuld auf sich nehme und daß ihm vorläufig jedes moralische Recht fehle, den kleineren Teil der anderen Seite herauszustellen.²⁰ Ein Teilnehmer, Mathias Schmitt, soll auf Wunsch Heinemanns folgende Übereinkunft zur Position in der Kriegsschuldfrage festgehalten haben: »Die These von der *Alleinschuld* Deutschlands am Kriege muß abgelehnt werden. Ihre einseitige Anerkennung würde auch die moralische Unterwerfung bedeuten und der anderen Seite das Recht zubilligen, uns weiter zu regieren (auch auszuplündern!), uns zu erziehen, für uns Werte zu setzen. Andererseits bestreiten wir nicht unsere Schuld, d.h. unseren wirklich bestehenden Anteil. Diese Schuld kann nicht gemindert oder aufgehoben werden durch die frühere oder spätere Schuld der anderen.«²¹

Auch in der Frage, ob einzelne Persönlichkeiten mit ostdeutschen Vertretern in Gespräche eintreten, um die Bedingungen der DDR für eine Wiedervereinigung zu erfahren, war man sich nicht einig. Griesmayr lehnte gegenseitige Verhandlungen grundsätzlich ab. Bodensteiner dagegen vertrat zielstrebig die Position, mit einer erfolgten Parteigründung solle sofort die Bereitschaft zu jeder Verhandlung angekündigt werden. Er stand damit in der Tradition der von der Deutschland-Denkschrift aufgezeigten Wege.

Es zeigte sich aber, daß in dieser Frage selbst der Kreis um Heinemann nicht einhelliger Meinung war. Mochalski forderte sofort nach Gründung der Partei konkrete Schritte zu einer Unterredung mit Vertretern der DDR. Er sah nämlich die Hauptaufgabe der neuen Partei in der Wiedervereinigung und nicht bloß in ihrer Ausrichtung auf Bundestagswahlen, deshalb sollten seiner Meinung nach Persönlichkeiten entsprechende Schritte wagen ohne Rücksicht darauf, ob es der neuen Partei schade oder ihr etwas einbringe. Heinemann mochte dem nicht uneingeschränkt zustimmen. Die Klärung dieser und weiterer Fragen zwischen den Rechtskonservativen und den NG-Leuten sollte künftigen Gesprächen

18 Scheu, »Niederschrift – Neu-Isenburg«, S. 6.

19 Griesmayr, ebd., S. 7.

20 Vgl. Scheu, ebd..

21 Zit. n. W. SCHENKE, 1988, S. 365.

vorbehalten bleiben.²² Ebenso erzielte man keine Einigung darüber, wann die neue Partei zu gründen sei. Der Kreis um Heinemann wollte es bei dem anvisierten Termin am 30.11. belassen. Die Nationalneutralisten wollten hingegen noch abwarten. Schließlich einigte man sich darauf, die Gründung für den 30. November vorzubereiten. Sollten bis zu diesem Zeitpunkt die Westverträge noch nicht ratifiziert worden sein, dachte man an eine Verschiebung. Daraus ist dann nichts geworden. Der tiefere Grund für den Dissens in der Terminfrage war der, daß hier schon um die Vorherrschaft in der neuzugründenden Partei gerungen wurde. Den nationalen Rechten war nämlich daran gelegen noch abzuwarten, um den Gründungskreis hinsichtlich der nationalen Kräften noch zu verstärken. Die entsprechenden Gespräche schienen noch nicht zum gedeihlichen Abschluß gekommen zu sein.

Die Befürchtungen, die Wessel schon nach dem Darmstädter Treffen gehegt hatte, daß sich das Gewicht der neuen Partei zu sehr nach der nationalen Richtung hin verschieben könnte und damit andere Kreise nicht mehr zu bekommen wären,²³ hatten sich nach der Neu-Isenburger Versammlung verstärkt – zu Unrecht, denn zu unterschiedlich waren die Meinungen. Einige, wie Sepp Schelz, der die Interessen der nationalen Kräfte als Vertreter der Sammlung der Kriegsgeneration in der neuen Partei wahrnehmen sollte,²⁴ beteiligten sich zwar an der Parteigründung Ende November, doch insgesamt konnte sich die neue Partei nicht nennenswert um eine ›nationale Gruppierung‹ erweitern. Scheu wurde beauftragt, weiterhin über Griesmayr den Kontakt mit der nationalen Rechten zu pflegen, die Tür war demnach nicht verschlossen, doch immerhin zugeschlagen.²⁵

22 Mochalski, ›Niederschrift – Neu-Isenburg‹, S. 8.

23 Vgl. Wessel an Heinemann, 7.11.1952, NL Hei 44; vgl. auch Küpper an Heinemann (NG München), 9.11.1952, NL Hei 44.

24 Vgl. Griesmayr an Scheu, 25.11.1952, NL Scheu 89.

25 Vgl. Scheu an Griesmayr, 3.12.1952, NL Scheu 89; vgl. auch Brehm an Scheu, 19.12.1952, NL Scheu 89; vgl. auch Scheu an Schmitt, Cerff, Brehm, Gruber, Griesmayr, Hess, Schelz, 24.12.1952, NL Scheu 89.

Die GVP – Gründung und politisches Selbstverständnis

1. Die Gründungsversammlung

Adolf Scheu, der organisatorische Kopf im Hintergrund, war es erneut, der nach der erfolgreichen Mülheimer Tagung für den 29./30. November 1952, diesmal in Kooperation mit der DAG, zur offiziellen Parteigründung nach Frankfurt einlud. Angesichts der bevorstehenden Parteigründung hatte die DAG ihre Auflösung beschlossen und ihren Anhängern anheim gestellt, Mitglied in der neuen Partei zu werden.¹ Schon vorweg gab es in der Öffentlichkeit mehr als nur Spekulationen über die bevorstehende Gründung einer neuen Partei.² Wessel ließ gegenüber der Presse sogar einen möglichen Parteinamen fallen: »Gesamtdeutsche Volkspartei«.³ An die 160 Personen hatten sich schließlich in Frankfurt eingefunden. Hermetisch schirmten sich die Versammlungsteilnehmer von der Öffentlichkeit ab. Zugelassen waren nur Personen, die auf der Einladungsliste standen bzw. Einladungsschreiben vorweisen konnten. Nichtgeladene, die durch keinen anwesenden Geladenen legitimiert werden konnten, mußten den Saal verlassen. Selbst auf Abhöranlagen wurden die Räumlichkeiten untersucht. Nicht ganz zu Unrecht, denn wie sich herausstellte, hatte auch der Verfassungsschutz seinen Beobachter entsandt.⁴

Nach den üblichen Präliminarien setzte eine intensive Aussprache über den zu wählenden Parteinamen ein. Die Diskussion zeigte, mit welchem großem Mißtrauen man der Form des etablierten Parteiensystems, der üblichen Struktur der Politik überhaupt, begegnete. Allein 23 der 40 Namensvorschläge vermieden es, selbst den Begriff Partei zu verwenden. Statt dessen verstand man sich als Aktion, Bewegung, Bund, Block, Föderation, Gemeinschaft, Notgemeinschaft, Mitte, Sammlung.⁵ Das Alte wollten die Gründungsmitglieder nicht, hatten nicht die Parteien bislang in ihren Augen versagt? Waren es nicht gerade sie, die mit ihrer Partei- und Fraktionsdisziplin abweichende Stimmen zum Schweigen bringen wollten? Lieferten nicht die anwesenden Heinemann, Bodensteiner, Wessel ein beredtes Zeugnis hierfür?

1 Vgl. »Darmstädter Aktionsgruppe«, in: Frankfurter Nachtausgabe v. 28.11.1952.

2 Vgl. »Heinemann-Freunde«, in: Lübecker Nachrichten v. 28.11.1952.

3 Zit. n. »In der Politik muß man etwas riskieren«, in: Abendpost v. 24.11.1952.

4 Vgl. Brühl, »An der Wiege«, in: SZ v. 1.12.1952.

5 Vgl. »Parteiname«, (Liste), NL Hei 366.

Für viele bedeutete die Beteiligung an der ›Partei-Politik‹ einen schweren Schritt. Die bisherige Parteipraxis stieß sie ab. Man war nicht bereit, wie der umtriebige Organisator Scheu es beschrieb, »gehorsam der durch Parteidogma festgelegten Marschroute zu folgen«. ⁶ Ausdrücklich hatte bereits der ehemalige Oberbürgermeister von Ulm und Vater der Geschwister Scholl, Robert Scholl, in seinen ersten Einlassungen auf dem Gründungsparteitag auf die Parteidüchtigkeit des deutschen Volkes hingewiesen und darauf, daß man etwas Neues wolle. ⁷

Helene Wessel hatte für das Manifest ausdrücklich den Passus vorgesehen, daß sich in der neuen Organisation Männer und Frauen vereinigen, die des Parteienstreits müde und ehrlich entschlossen seien, nicht Parteipolitik, sondern Staatspolitik zu betreiben. ⁸

Diese Animosität gegenüber dem Begriff Partei wurde vor allen Dingen auch von den ehemaligen jungen Nationalsozialisten geteilt, die es schon bei ihren Gesprächen mit dem ›Heinemann-Bodensteiner-Wessel-Kreis‹ bevorzugt hatten, von einem ›Block der Unabhängigen‹ zu sprechen. ⁹ Heinemann plädierte aufgrund der sachlichen Richtigkeit und weil es wahlgesetzlich vielleicht eines Tages einmal notwendig sein könnte, für den ausdrücklichen Verweis darauf, eine Partei zu sein. ¹⁰ Diese pragmatische Linie setzte sich schließlich durch.

Dennoch verstand man sich nicht als eine Partei im herkömmlichen Sinne. Was man konstituieren wollte, sollte ein Novum in der deutschen Parteiengeschichte sein. Bewußt wurde die GVP, wie es später hieß, als »Zweckpartei – nicht Gesinnungspartei« gegründet, nämlich als Zweckbündnis zur Erreichung der nationalen Einheit. Ihretwegen war man in der GVP bereit, »unterschiedliche Auffassungen in wirtschaftlichen und sozialen Fragen dem größten deutschen Anliegen unterzuordnen: der Wiedervereinigung Deutschlands«. ¹¹ Den existierenden Parteienstaat sah man »auf Interessen, auf die Gesinnung und auf die Weltanschauung aufgebaut (...)«. ¹² Genau darin sollte sich die neue Partei von den alten unterscheiden. Sie wurde als ein Mittel für den politischen Zweck verstanden und nicht als ideologisches Korsett, das den einzelnen in ein weltanschauliches Konzept zwängte. Die Skepsis gegenüber der parlamentarischen Praxis in der Bundesrepublik brach sich hier erneut Bahn. Die »wirkliche Demokratie«, was auch immer die GVP darunter verstehen mochte, wurde der »heutigen Parteien-Oligarchie« gegenübergestellt. Mit

6 Scheu, Manuskript, (1952?), S. 1, NL Scheu 44.

7 Vgl. »Protokoll über die Gründungsversammlung der GVP in Frankfurt/Main, 29.11.1952, Lokal ›Feste Burg‹«, S. 1, NL Scheu 14. Im folgenden: ›Protokoll-Gründungsversammlung‹.

8 Vgl. Wessel, »Manifest der GDF«, Entwurf, S. 1, NL Scheu 91. So auch Scheu, Manuskript, (1952?), S. 4, NL Scheu 44.

9 Vgl. ›Niederschrift – Darmstadt‹, S. 7.

10 Vgl. Heinemann, ›Protokoll-Gründungsversammlung‹, S. 1.

11 Krämer, »Die junge Generation«, in: GVP. Der Aufbruch des neuen politischen Willens. (Manifest), 1953, S. 25, Archiv J. Müller. Im folgenden: ›GVP-Aufbruch‹.

12 »Zweckpartei – nicht Gesinnungspartei«, in: GR, 1. Jg., Nr. 25 v. 17. Juli 1953, S. 7. Von Nr. 1 – 14 erschien die Zeitung der GVP unter dem Titel GVP-Nachrichten. Nachrichtendienst der GVP von Nr. 15 – 22 ohne den Zusatz. Ab Nr. 23 firmierte die Zeitung der GVP als GR. Die GR stellte ihr Erscheinen erst 1959, d. h. zwei Jahre nach Auflösung der Partei, ein.

anderen Worten, die GVP war mit dem existierenden politischen System unzufrieden. Sie war der Meinung, politische Entscheidungen würden nicht nach sachgerechten Kriterien gefällt und der einzelne Abgeordnete durch »die Fraktion politisch ganz entmannt«.

Genau das, was die GVP forderte, nämlich, »eine Partei und ihre Kandidaten haben ihr Daseinsrecht dadurch zu beweisen, daß sie vor den Staatsbürgern bestehen können, indem sie sich deren Zwecke und politischen Willen zu eigen machen«,¹³ sprach sie den etablierten Parteien ab. Schließlich meinte die GVP einen ›Volkswillen‹ auf Wiedervereinigung zu erkennen, dem die etablierten Parteien nicht gerecht wurden.

Neu wollte die GVP auch im Umgang untereinander sein. Nicht mehr der Geist des Kollektivismus, sondern der einer echten Gemeinschaft sollte herrschen. Alle bisherigen Parteien würden demgegenüber mehr oder weniger den Geist der Unduldsamkeit gegen Andersdenkende verkörpern, führte Scholl auf der Proklamationsveranstaltung am 30. November aus. Ob Block oder Partei, in einem war man sich einig, etwas grundlegend Neues mußte her. Und doch blieb man in der Tradition verhaftet, der Tradition eines altliberalen Politikverständnisses.

Schwieriger gestaltete sich die eigentliche Namensgebung der Partei im engeren Sinne. Trotz divergierender Vorschläge kristallisierte sich ein Kernbereich von Sachbezeichnungen heraus: ›Frieden‹, ›Gesamtdeutsch‹, ›Unabhängig‹, ›Versöhnung‹, ›Wiedervereinigung‹ waren die Beiworte, die das Parteianliegen auf den Begriff brachten.¹⁴ Die Begriffe sprechen für sich selbst. Sie standen für das, was man wollte und was man den etablierten Parteien absprach, nämlich für eine verständigungsbereite Politik zwischen Ost und West einzutreten, die mit der Wiedervereinigung auch dem Frieden dient. So sollte schon der Name ein Programm für sich sein. Je nach Standpunkt wurde die Wiedervereinigung mehr als notwendige Voraussetzung für den Frieden gesehen, oder man legte den Schwerpunkt mehr auf den Frieden, ohne den es keine Wiedervereinigung geben konnte.

Heinemann hatte sich für den Begriff ›unabhängig‹ stark gemacht: »Unabhängig von Ost und West ist gesamtdeutsch und drückt die Fülle dessen aus, was wir wollen«.¹⁵ Tatsächlich tagte die Versammlung unter dem Motto ›Unabhängige Volkspartei Gesamtdeutschlands‹.¹⁶ Die Pazifistin Klara Maria Faßbinder, die eine ausgesprochen verständigungsbereite Haltung gegenüber dem Osten einnahm, wollte allein das Beiwort ›Gesamtdeutsch‹, weil es ihrer Meinung nach die Gegensätze überbrückte und im übrigen auch bei der Namensgebung kein Protest von der Ostseite zu erwarten sei.¹⁷ Ihrer Meinung nach war nämlich die gesamtdeutsche Haltung genau das gemeinsame Band, das die neue Partei mit den Vertretern der DDR verknüpfte. Nach einem ›Stimmungsbild‹ bei den Versammlungsteilnehmern blieben schließlich für die Namensgebung folgen-

13 »Zweckpartei – nicht Gesinnungspartei«, in: GR, 1. Jg., Nr. 25 v. 17. Juli 1953, S. 7.

14 Vgl. ›Protokoll-Gründungsversammlung‹, S.1. Vgl.auch »Parteiename« (Liste), NL Hei 366.

15 Heinemann, zit. n. ›Protokoll-Gründungsversammlung‹, S. 1.

16 Vgl. »Partei Gründung bei verschlossenen Türen«, in: BR v. 1.12. 1952.

17 Vgl. Faßbinder, zit. n. ›Protokoll-Gründungsversammlung‹, S. 2.

de Bezeichnungen in der engeren Wahl: Unabhängige Volkspartei, Gesamtdeutsche Volkspartei, Deutsche Unabhängigkeitspartei, Gesamtdeutsche Friedenspartei und Gesamtdeutsche Partei. Eine eindeutige, absolute Mehrheit konnte keiner der Namen für sich erzielen. Die 15 von 130 abgegebenen Stimmen, die die Bezeichnung Deutsche Friedenspartei wünschten, um damit den unbedingten Friedenswillen der Partei nach innen wie außen kundzutun, deuten in etwa die zahlenmäßige Stärke der pazifistisch Orientierten an.¹⁸ Um keinen falschen Eindruck zu erwecken, argumentierte Heinemann selbst gegen diesen Parteinamen. Die neue Partei sollte sich nicht dem Vorwurf aussetzen müssen, die Friedensliebe allein gepachtet zu haben. So wurde das verführerische Wort nicht zum Bestandteil der Eigenwerbung und nicht zur Abgrenzung zu den etablierten Parteien gemacht.¹⁹

Zwei Probeabstimmungen auch über Kombinationen aus den bisher gemachten Vorschlägen brachten keinen eindeutigen Favoriten. Die uns verwirrend erscheinende Prozedur der Meinungs sondierung, Vorabstimmung und Probeabstimmung hatte weniger mit der unzulänglichen Handhabung des politischen Geschäfts durch parteipolitische Individualisten zu tun; sie zeigt vielmehr, daß das Mehrheitsprinzip auf einen Konsens hin angelegt war. Die ersten Abstimmungen – bewußt als Probeabstimmungen proklamiert – sollten einen Trend zeigen. Nachdem nun kein gemeinsamer Nenner gefunden werden konnte, brachte Wessel einen Kompromiß aus den verschiedenen Vorschlägen ein: Unabhängige Gesamtdeutsche Volkspartei. Doch stilistische Bedenken und semantische Gründe ließen das Adjektiv »unabhängig« unangebracht erscheinen. Schließlich drückte der Begriff unabhängig nach Meinung etlicher Versammlungsteilnehmer allein schon das aus, was bereits der Begriff »gesamtdeutsch« beinhaltet. In der Situation griff man auf den bereits in der Presse erwähnten Namen GVP zurück, weil er überall gute Aufnahme gefunden hätte. Nach einer erneuten vorläufigen Abstimmung, in der sich die Mehrheit bei 14 Gegenstimmen und sieben Enthaltungen für diesen Parteinamen aussprach, wurde einmütig in einer Schlußabstimmung darüber befunden, sich GVP zu nennen.²⁰

Mit dieser auf Konsens angelegten Prozedur war, wie Heinemann meinte, der erste Schritt zu einer »wirkungsvollen und guten Partei«²¹ getan. Der endgültig gewählte Name drückte positiv das aus, worauf es der Partei vordringlich ankam. Die GVP stand damit außenpolitisch in der programmatischen Tradition der NG.

Sieht man sich den 29-köpfigen Bundesvorstand an, dann zeigte sich diese Tradition auch in personeller Hinsicht. Eindeutig dominierten die NG-Aktivisten. Auch das vierköpfige Präsidium (Heinemann, Scheu, Scholl, Wessel) setzte sich bis auf Scholl aus NG-Vorstandsmitgliedern

18 Ebd., S. 3, NL Scheu 14.

19 Vgl. Brühl, »An der Wiege«, in: SZ v. 1.12.1952.

20 »Protokoll-Gründungsversammlung«, S. 4.

21 Ebd., S. 6.

zusammen. Einen Vorsitzenden kannte die GVP nicht, Heinemann hatte die Übernahme des Amtes eines Parteivorsitzenden abgelehnt.²² Zur organisatorischen Stärkung wurde dem Präsidium das Amt eines Bundesgeschäftsführers beigefügt, das Hans Bodensteiner erhielt. Die Vorstandswahlen wurden zügig und reibungslos abgewickelt. Allein die Wahl von Adolf Scheu brachte etwas Sand ins Getriebe. Eine Reihe von Kräften des künftigen Landesverbandes Nordrhein-Westfalen hatten starke Bedenken gegen seine führende Mitarbeit in der Partei geäußert, weil er in der MRA-Caux-Bewegung tätig war und sich ihr noch immer zugehörig fühlte. Scheu sah sich verpflichtet, hierzu eine persönliche Erklärung abzugeben, da er annahm, daß diese Bedenken neben persönlichen Anfeindungen auch sachlicher Art waren und vor allem in die Richtung gingen, daß man behauptete, die MRA sei eine von den USA gelenkte und bezahlte anti-kommunistische Organisation. Deshalb umriß Scheu in seiner persönlichen Erklärung seine Haltung zum Bolschewismus, um der ganzen Versammlung Gelegenheit zu geben, seine Wahl zurückzunehmen. Scheu führte unter anderem aus:

- »1. Das bolschewistische System setzt bewußt jeder schöpfungsmäßigen Ordnung, in der der Mensch im Mittelpunkt steht, ein Ende.
2. Der Bolschewismus wird nie davon ablassen, seinen Plan zur Weltrevolution durchzusetzen.
3. Den Bolschewismus als Ideologie und System lehne ich eindeutig ab.
4. Selbstverständlich lehne ich jede militärisch-machtmäßige Bekämpfung Rußlands ebenso scharf ab, da ich davon überzeugt bin, daß das bolschewistische System nur die Antwort auf die furchtbaren Fehler des Westens ist und niemals mit Waffengewalt überwunden werden kann.
5. Der Westen muß deshalb zum Kreuzzug aufrufen, weil er weder die Kraft noch den Glauben hat, daß es eine andere Möglichkeit zur Überwindung des Bolschewismus gibt. (...)«²³

Scheu lehnte gleichermaßen den Bolschewismus und jede militärische Auseinandersetzung mit ihm ab. Er wollte keine »Politik der geballten Faust«, wie er es formulierte. Implizit unterstellte er damit, daß es eine Reihe von Politikern im Westen gab, die diese Scheu gefährlich anmutende

22 Vgl. P. MOLT, 1955, S. 78. Molt schreibt von 26 Vorstandsmitgliedern. Seine soziale Zuordnung ist nicht ganz exakt: Gustav Heinemann; Adolf Scheu, Industrieberater; Robert Scholl, Oberbürgermeister a. D.; Helene Wessel, MdB; Ludwig Stummel, Konteradmiral a. D.; Ruth Achelis-Bezzel; Hans Bodensteiner, MdB; Erhard Eppler, Studienreferendar; Heribert Gehle, Diplomkaufmann; Wilhelm Hermes, Kaufmann; Paul Otto Jüntgen, Fabrikant; Heinz Krämer, Student; Heinz Krüger, Journalist; Christel Küpper, Psychotherapeutin; Alfred von Martin, Univ. Prof.; Max Merten, Rechtsanwalt; Albrecht Meyer zu Schwabedissen, Industrieller, (er bat Heinemann, seine Funktion ruhen zu lassen und kündigte an, für den nächsten Parteitag seine Kandidatur zurückzuziehen: vgl. ders. an Heinemann, 12.12.1952, Archiv Meyer zu Schwabedissen); Conrad Ordemann, Kaufmann; Julie Pöhlmann, Stadtbibliothekarin; Diether Posser, Rechtsanwalt; Werner Reinecke, MdL, Oberst a. D.; Erwin Respondek, Konsul; Harald Richter, Student; Sepp Schelz, Journalist; Oskar Schomburg, Kapitän zur See a. D.; Otto Schröder, Handwerksmeister; Paul Schulze zur Wiesche, Rechtsanwalt; Milly Zapp, Hausfrau. Vgl. »Der Bundesvorstand«, in: Manifest der GVP, Flugblatt, NL Scheu 64. Nachweislich »Protokoll-Gründungsversammlung«, S. 5, gehörte dem Bundesvorstand noch Claus Harders an. Harders wurde 1953 aus der GVP ausgeschlossen.

23 Scheu, »Persönliche Erklärung«, (29.11.1952), NL Scheu 14.

Politik betrieben. Seine Strategie zur ›Überwindung‹ des Kommunismus entsprach den Vorstellungen, wie sie auch schon Wessel früher geäußert hatte. Nach ihm mußte der Westen zu einer »moralischen, geistigen und sozialwirtschaftlichen Offensive übergehen, ohne (sich) auch nur an einem Punkte an der völlig nutzlosen und nur zum Krieg treibenden Haß-Propaganda zu beteiligen«. ²⁴ Scheu erhielt ungeteilte Zustimmung zu seinen Gedanken und wurde einstimmig in das vierköpfige Präsidium gewählt. Erst daraufhin nahm er auch die Wahl zum Vorstandsmitglied an.

Neben diesem schwelenden Konflikt in der jeweiligen Haltung zur MRA hatte die Gründungsversammlung ein Zweites gezeigt, strittig war die ›Öffnung‹ gegenüber dem Osten. Es ging darum, die um den Darmstädter Mochalski konzentrierten Vertreter einer stärkeren Öffnung zum Osten hin in die Partei so einzubinden, daß von jenem aktiven Kreis eine Verschiebung der ›GVP-Linie‹ nicht zum Problem werden konnte, dergestalt, daß die GVP der ›Osthörigkeit‹ bezichtigt werden konnte. Mochalski hatte sich wohlweislich vorerst nicht in den Vorstand einbinden lassen. Heinemanns erfreulich robuste Art der Geschäftsführung, berichtete ein Teilnehmer, hatte es bei der Versammlung denjenigen Vertretern, die mehr zur DDR schauten als angebracht erschien, sehr schwer gemacht. ²⁵

Die Kontinuität des Führungspersonals bürgte für eine Fortsetzung des bisherigen Kurses der NG. Die überwiegende Mehrzahl des Vorstandes hatte keine eigentliche parteipolitische Heimat gehabt. Es war bis auf einzelne Ausnahmen nicht gelungen, parteipolitisch anders gebundene Kräfte zum Beitritt bzw. zum Übertritt zur GVP zu bewegen. Im Grunde genommen wurden die parteimäßig gebundenen Kräfte, die dem sachlichen Anliegen der GVP durchaus aufgeschlossen waren, durch die Parteikonstituierung nicht zum Übertritt in die GVP bewegt. In der GVP überschätzte man die Rationalität, daß ein singuläres Ziel, wie es die Wiedervereinigung darstellte, derart bedeutsam angesehen wurde, daß man sich von anderen politischen Bindungen freimachen konnte. Verhandlungen mit zehn norddeutschen Landtagsabgeordneten wegen eines Übertritts zur GVP blieben beispielsweise ohne Erfolg. ²⁶ Im Vorstand der GVP waren allein Werner Reinecke, vormals SPD-Mitglied und MdL in Niedersachsen, ²⁷ und Wilhelm Hermes, einst Präsident der Europa-Union und Generalsekretär der FDP in der britischen Zone, neben Heinemann, Wessel und Bodensteiner früher in herausgehobener Position parteipolitisch gebunden. Mit Helene Wessel ging auch ihre Zentrumskollegin Thea Arnold zur GVP. Ansonsten schlossen sich ihr nur noch der frühere JU-Landesvorsitzende in Württemberg-Baden Rasmussen und Mitte 1953 dann der BP-Politiker Hermann Etzel und das niedersächsische SPD-MdL Grothe an. Konfessionell

24 Ebd..

25 Vgl. Cycon, »Heinemanns fortschrittliche Bürger«, in: StZ v. 2.12.1952.

26 Vgl. »Heinemann-Partei wünscht keine Kommunisten«, in: WR v. 3.12.1952. Der Bericht geht auf ein Gespräch mit Scheu zurück.

27 Ein NL Reinecke konnte nicht ermittelt werden. Auch der niedersächsische Landtag verfügt über keine entsprechenden Unterlagen. Schreiben an den Verfasser v. 22.11.1984.

beherrschte das protestantische Element, vornehmlich der Bekennenden Kirche, die Zusammensetzung des Bundesvorstandes. In der sozialen Zusammensetzung fällt die Dominanz der Akademiker, höherer Beamter, Angestellter wie mittlerer und kleinerer Unternehmer auf. Zudem war die jüngere Generation überproportional repräsentiert. Ein zeitgenössischer Beobachter bemerkte scharfsinnig, die GVP wolle so etwas wie eine Heimat für fortschrittliche Bürger werden.²⁸

Vergleicht man die soziale, politische und konfessionelle Struktur von NG- und GVP-Vorstand, zeigt sich, daß der GVP kaum eine Verbreiterung ihrer Basis gelungen war, wie dies vor allem Scheu propagiert hatte. Zutreffend beschrieb das Präsidiumsmitglied Robert Scholl das geistige Umfeld der GVP: »Wenn ich zu ergründen suche, in welchem geistigen Boden die GVP ihre Wurzeln geschlagen hat, so scheinen es mir ihrer Ursprünge vornehmlich drei zu sein: die bekennende Kirche, der antimachtpolitische Katholizismus und Gandhis Lehre von der Gewaltlosigkeit, zusammengefaßt also: ein neuzeitlicher Humanismus.«²⁹ Scholl übersah allerdings dabei einen weiteren mainstream, der auch zur GVP führte. Diesen bildete die sog. »Kriegsgeneration«, einst junge Nationalsozialisten, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem politischen Geschehen herausgedrängt worden waren. Sicherlich war der Begriff »Kriegsgeneration« auch eine soziale Kategorie: Sie umfaßte den Teil der Jugend, der im Dritten Reich politisch aufgewachsen war und sich im jungen Alter im Krieg zu bewähren hatte. Doch »Kriegsgeneration« meint auch eine ideologische Kategorie. Diese Generation erfüllt von Ideen und Idealen, erlebte das Dritte Reich als eine neue Zeit. Dieses politische Bewußtsein erfuhr mit dem Ende des Nationalsozialismus einen Bruch, der z. T. in Nihilismus umschlug. Das, woran sie sich gebunden fühlten, galt nun nach 1945 nichts mehr. Sie mußte sich erst darüber klar werden, was sie nun wollte. Nachdem sie innerlich dem »Militarismus« abgeschworen hatte, auch angeleitet von den Alliierten durch die sog. »re-education-policy«, kam ein »Schwenk« zur Wiederaufrüstung, die nun als notwendig propagiert wurde.

Man mißtraute jeder Ideologie. Vor allen Dingen wollte man keinen Rückfall ins alte Denken, wandte sich mithin vehement gegen das Wiederaufleben eines rechtsextremistischen Kurses, wie ihn z. B. die SRP betrieb.³⁰

In der GVP sah nun beispielsweise Sepp Schelz von der »Sammlung der jungen Kriegsgeneration« erstmals die Möglichkeit zu praktischer Mitarbeit in der Parteipolitik. Gleichwohl vermochte es die GVP dennoch nicht, verstärkt in diesen Raum vorzudringen.

Das gemeinsame Anliegen aller war der entschiedene Widerstand gegen die Bonner Außenpolitik: Scheu präziserte das in seiner Eröffnungsrede auf der Gründungskundgebung der GVP in Frankfurt/Main am 30.

28 Vgl. Cycon, »Heinemanns fortschrittliche Bürger«, in: StZ v. 2.12.1952.

29 Scholl, »Neuzeitlicher Humanismus«, in: GR, 1. Jg., Nr. 40 v. 30.10.1953, S. 8.

30 Vgl. Scheu an Scholl, 16.12.1952, NL Scheu 5.

November 1952: »Von verschiedenen Standorten aus sind wir zu einer Gemeinsamkeit gekommen. Da sind Soldaten, weil sie erkannt haben, daß die westdeutsche Aufrüstung und europäische Verteidigungsgemeinschaft unter den augenblicklichen Umständen militärischer Dilettantismus wäre. Andere sind unter uns, die aus Überzeugung Friedensfreunde und Pazifisten sind. Und wieder andere, die aus der nationalsozialistischen Vergangenheit gelernt haben, und heute wissen, daß die Politik der starken Faust uns schon zweimal ins Verderben gestürzt hat. Und andere sind da, die aus dem entgegengesetzten politischen Lager kommen, die wissen, daß die Spannung zwischen Ost und West auf dem Wege, den Bonn beschritten hat, nur vergrößert werden kann und zum Schluß in die Katastrophe führen muß.«³¹ Die GVP versuchte schon auf ihrer Proklamationsveranstaltung am 30. November, einen Tag nach der offiziellen Gründung, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu verwischen, es handle sich hier um eine Heinemann-Wessel-Partei. Deshalb ergriff in den öffentlichen Reden u. a. für die Jugend der eher linksorientierte Heinz Krämer das Wort, während Sepp Schelz das rechte politische Spektrum der sog. jungen »Kriegsgeneration« abdeckte.

Eine vorbereitende programmatische Arbeit hierfür hatte es nicht gegeben. Das wäre auch nicht im Sinne der GVP gewesen, schließlich proklamierte man Gewissensfreiheit. Der Einsatz der verschiedenen Redner wurde zudem ad hoc entschieden.

Krämer räsonierte: »In den letzten Jahren waren darum weiteste Kreise der deutschen Jugend in Resignation oder politischen Nihilismus verfallen. Als die Frage des Wehrbeitrages und damit die Gefahr der endgültigen Spaltung Deutschlands auftauchte, reagierte die junge Generation recht interessiert auf diese Fragen. Beklagte man sich vorher bitter über mangelndes Interesse der Jugend am politischen Leben, so empfand man nun ihre Anteilnahme unbequem«.

Für die junge Generation beanspruchte Krämer: »Wir wollen dem Haß abschwören, den man zwischen uns und den Menschen in der Ostzone gerne ausbreiten möchte (...). Die überwiegende Mehrheit der jungen Generation weiß, daß es für sie nur eine lebenswerte Zukunft in einem friedlich wieder vereinigten Deutschland gibt, das seine Hauptaufgabe in der Beseitigung internationaler Spannungen sieht.«³²

Schelz erwartete »von der GVP nicht, daß sie unumstößliche Heilslehren verkündet oder Patentrezepte anbietet«. »Gegen ein solches Unterfangen wären wir mißtrauisch«, meinte er. Was ersehnt wurde, war, »daß von ihr echte Alternativen aufgestellt werden. Die Wahl zwischen einem ostdeutschen Teilstaat mit östlicher Tendenz und einem westdeutschen Teilstaat mit westlicher Tendenz ist keine echte Alternative, sondern die Zerreißung unseres Vaterlandes.« In der GVP sahen nun Schelz u. a. von der sog. Kriegsgeneration erstmals die Möglichkeit zu praktischer Mitgestaltung, und zwar mit dem vornehmsten Ziel, die (friedliche) Wiedervereinigung

31 Scheu, »Aus der Eröffnungsansprache«, in: ›GVP-Aufbruch‹, S. 8.

32 Krämer, »Die junge Generation«, in: ›GVP-Aufbruch‹, S. 26.

Deutschlands zu erreichen.³³ Der ebenfalls der Kriegsgeneration angehörende Meyer zu Schwabedissen urteilte wesentlich skeptischer, wie er Heinemann wissen ließ: »Ich unterschätze nicht die Möglichkeiten, die Ihre außenpolitische Konzeption für die gesamte politische Entwicklung haben kann, möchte aber sowohl auf den Kommentar der Baseler Nationalzeitung vom 2.12.52 als auch auf den des Informationsdienstes des Hauptausschusses gegen Remilitarisierung hinweisen. Der Kernsatz der Nationalzeitung kritisiert, daß die neue Partei sich zwar von der »Deutschen Sammlung« des Altreichskanzlers Wirth distanzieren, daß es ihr aber noch mehr als der SPD an einer konkreten Alternativpolitik fehle, während der »Informationsdienst« von einer weiteren Zersplitterung der Bewegung gegen die Remilitarisierung spricht, da diese Frage von einer parlamentarischen Partei nicht gelöst werden könne. Der Kampf gegen die Remilitarisierung sei eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes. Nun ist allerdings zu der »Deutschen Sammlung« zu sagen, daß ihr diese Konzeption ebenfalls fehlt, wenn man ihr nicht geradezu unterstellen will, daß sie die östliche Lösung des deutschen Problems bevorzuge. Wenn ich bei unserer Aussprache am Montag von der Konzeption sprach, die von einer Zentrale ausgehen müsse, so meine ich ebenfalls die konsequente Verfolgung einer Alternativpolitik zu der des Bundeskanzlers. Diese fällt dem politischen Ausschuß zu und kann niemals das Ergebnis eines Kompromisses zwischen verschiedenen Gruppen sein. Daher auch die sachlich sicher beherzigenswerte leidenschaftliche Reaktion vieler unserer jüngeren Freunde auf die Parteikonzeption, wie sie in der Personenzusammensetzung des Vorstandes und dem Manifest zum Ausdruck kommt. Man sollte nichts unterlassen, was eine Viermächteverhandlung über Deutschland in Gang bringen könnte. Eine bloße Obstruktion gegen EVG- und Deutschlandvertrag öffnet aber noch nicht unbedingt den Weg zur Verhandlung. Es muß eine Idee darüber vorliegen, was vom deutschen Standpunkt aus einer Viermächteverhandlung als Verhandlungsgrundlage dienen sollte. Die Konsequenz der Obstruktion gegen die Verträge wird für Amerika darin liegen – jedenfalls pflegt der Kanzler immer damit zu drohen – daß wir von der amerikanischen Hilfe abgeschnitten werden. Dies hat sofort die Unterversorgung mit Rohstoffen und in absehbarer Zeit das Ausbleiben von Rüstungsaufträgen für unsere Schwerindustrie zur Folge. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer aktiven Agrarpolitik und weitgehender Planungsmaßnahmen für Industrie und Gewerbe zur Verhinderung von Massenarbeitslosigkeit. Das bedeutet weiter Senkung des Lebensstandards aller Schichten unseres Volkes. (...) Ich fürchte, daß Sie unserem Volke, der SPD und der CDU gegenüber ohne Lösung vorstehender Probleme keine Antwort geben können auf die Frage: What is the alternative?«³⁴

33 Schelz, ebd., S. 27.

34 Meyer zu Schwabedissen an Heinemann, 12.12.1952, Archiv Meyer zu Schwabedissen.

2. Das politische Manifest der GVP

Der politische Wille der GVP drückte sich knapp aber eindeutig in ihrem Gründungsmanifest aus. Das auf der Gründungsversammlung in Frankfurt verabschiedete Manifest, in wochenlangen Diskussionen vorbereitet,¹ ging in seiner Substanz auf einen Entwurf Scheus zurück.² Dieser allerdings wurde in der von Bodensteiner geleiteten Programmdiskussion und dann noch auf dem Gründungsparteitag selbst grundlegend überarbeitet. Die Aktenlage gestattet es nicht, den Entstehungs- und Diskussionsprozeß im einzelnen nachzuvollziehen. Dennoch erlauben es die vorliegenden Manifestentwürfe partiell, bestimmte politische Ansichten und Strömungen in der GVP festzumachen.³

Die Entwürfe wie das schließlich verabschiedete Programm-Manifest der GVP haben einen gemeinsamen Nenner. Einmal werden die deutschland- und außenpolitischen Vorstellungen zu zentralen Aussagen der Partei, zum anderen zeigen die politischen Leitlinien, wie sehr man sich nicht nur Deutschland als Einheit unabhängig von Ost und West wünschte, sondern sich auch in innen- wie gesellschaftspolitischer Hinsicht als Dritte Kraft zwischen den Parteiblöcken verstand, die auch widerstreitende Interessen von Kapital und Arbeit aufheben wollte.

Unstrittig war bei allen, daß allein eine gemeinsame außenpolitische Konzeption keine ausreichende Grundlage für eine Parteigründung bildete. Strittig dagegen war, welchen Stellenwert die nichtaußenpolitischen Themen einnehmen sollten. In den innenpolitischen Festlegungen schlugen sich die negativen Erfahrungen nieder, die die Gründungsteilnehmer unmittelbar oder mittelbar mit den etablierten Parteien gemacht hatten. Die Skizzierung der politischen Situation in der Bundesrepublik ist eine einzige gebündelte Kritik am bestehenden politischen System und dessen Deformationen. Die Darstellung dessen, was war, verdeutlicht, wie tief eigentlich die Anhänger der GVP von der »Gnade des Nullpunkts«⁴ nach 1945 überzeugt gewesen waren. Ein Phänomen, das nicht allein GVP-spezifisch, bei ihr aber besonders ausgeprägt war.

Im Manifest der GVP heißt es hierzu: »Sieben Jahre nach der Kapitulation hat unser Volk noch keinen Weg gefunden, den Frieden nach Innen und Außen zu erlangen. Nach hoffnungsvollen Ansätzen sind die großen

1 Schon bei dem Treffen der NG-Leute mit den Nationalkonservativen am 3.11.1952 in Darmstadt lag ein Manifest-Entwurf vor, erarbeitet von einer von Bodensteiner geleiteten Kommission. Vgl. »Niederschrift – Darmstadt«, S. 7, NL Scheu 89.

2 Vgl. »Handschriftlichen Entwurf« Scheus, NL Scheu 91.

3 Vgl. die einzelnen Entwürfe: Eppler, »Tübinger Manifestentwurf«, (19.11.1952), NL Scheu 91; Bodensteiner, »Manifest der Christlich Europäischen Union«, NL We 60; N.N., »Manifest der Unabhängigen Deutschen Friedenspartei«, NL Scheu 91; N. N., »Manifest der Gesamtdeutschen Friedenspartei«, NL Scheu 91; N. N., »Manifest der Unabhängigen Deutschen Friedenspartei«, NL Scheu 91; Göckeritz, »Diskussionsbeitrag zur Frage der Grundkonzeption unserer Partei«, NL Hei 366; N. N. »Manifest der GVP/Block der Unabhängigen«, NL Hei 366; Priebe, »Manifest«, NL Hei 366; Respondek, »Manifest der GVP«, NL Hei 366; Schwarz, »Gedanken für die Proklamation der Deutschen Freiheitspartei«, NL Hei 366; Wessel, »Manifest der Gesamtdeutschen Freiheitspartei«, 25.10.1952, NL Scheu 91.

4 »Entwurf Scheu«, 24.11.1952, NL Hei 366/ NL Scheu 91, S. 1.

Parteien in die alten Wege und Gegensätze der Vergangenheit zurückgefallen. Angst, Gleichgültigkeit und Zerrissenheit kennzeichnen den Zustand unseres Volkes (...). *Man kennt untereinander keine Solidarität,⁵ verkoppelt Gruppeninteressen mit Weltanschauungen, mißbraucht das Christentum zu politischen Zwecken, versucht, den Bolschewismus durch einen Kreuzzug zu überwinden, stellt Partei- und Fraktionszwang über Gewissensfreiheit und ist wieder auf dem Wege, in totalitäre Regierungsformen zurückzufallen.* (...) Von Regierung und Parlament fehlt die lebendige Brücke zum Volk. Wertvolle Kräfte der jungen Generation liegen brach.«⁶

Schon auf der Mülheimer Tagung hatte man sich ausdrücklich verständigt, allein aus der Gewissensentscheidung zu handeln, keine weltanschauliche Zementierung und keinen Fraktionszwang zu dulden.⁷ Mit diesen Grundsätzen hatte die GVP ein Novum im Parteienspektrum geschaffen, das zum Ausdruck brachte, daß sie weder eine Weltanschauungspartei mit ideologischem Fundament noch ein »Interessentenhaufen«⁸ sein wollte. Göckeritz ging in seinem Manifestentwurf sogar so weit, in Anlehnung an Artikel 38 GG die »weltanschauliche Toleranz«⁹ zur Plattform der Partei zu wählen. An sich war damit die Partei nach Meinung von Göckeritz keine Partei im herkömmlichen Sinne, sondern sie stellte eine höhere Form der parlamentarischen Demokratie dar, die auf die Auflösung der Parteioligarchien abzielte.¹⁰

Die scharfe Kritik an den Parteien reicht an die Grenze einer grundsätzlichen Systemkritik heran und dennoch steckt in ihr vom Ansatz her ein konservativliberales Grundanliegen. Das eigentliche politische Entscheidungszentrum ist die verantwortungsbewußte Persönlichkeit. Dieses wird abgekoppelt von parteimäßigen Zusammenfassungen gesehen.

Im Grunde genommen sprach aus dieser Haltung eine Abneigung gegenüber den Parteien. Was man wollte, war eine Partei nicht im Sinne von Parteilichkeit, d. h. nicht gebunden an bestimmte Ideologien oder soziale Gruppen, sondern im Sinne eines Pars pro toto. Die GVP wollte als Teil das Gesamte repräsentieren. Hier machte sich bemerkbar, daß sich die GVP, zumindest der Bundesvorstand, aus »unabhängigen Intellektuellen« zusammensetzte, die nicht gewillt waren, sich parteipolitischen Dogmen zu unterwerfen.

Dieser »unabhängige Standort« wurde bei Heinemann bereits in seiner ersten öffentlichen Bundestagswahlkampfreden für die CDU am 22.7.1949 deutlich. Heinemann sagte in seiner auf die persönliche Verantwortung des

5 Der Antrag des Linkskatholiken Ludwig Zimmerer auf der Gründungsversammlung, diesen Passus zu streichen, wurde abgelehnt. Vgl. Handschriftlicher Antragszettel, in: NL Scheu 91.

6 »Manifest der GVP«, in: »GVP-Aufbruch«, S. 3. Das Manifest ist gekürzt abgedruckt in: P. BRANDT/H. AMMON, 1981, S. 114f. Vollständig publiziert findet es sich u. a. in: StdG, 4. Jg., Nr. 12 v. Dezember 1952, S. 373ff. Der Passus vom Mißbrauch fehlt, in: »GVP-Aufbruch«.

7 Vgl. Göckeritz, »Diskussionsbeitrag zur Frage der Grundkonzeption unserer Partei«, S. 1, NL Hei 366.

8 Ebd. So argumentierte u. a. auch Eppler, »Tübinger Manifestentwurf«, NL Scheu 91.

9 Göckeritz, ebd., S. 3, S. 4, S. 5.

10 Ebd., S. 4.

einzelnen in der Politik abgestellten Rede u. a.: »Es geht darum, Männer und Frauen in die Parlamente zu schicken, die von Fall zu Fall in jeder einzelnen Frage das jeweils Richtige, Gerechte, Gute, Zweckmäßige und Fortschrittliche zu tun entschlossen sind ohne Rücksicht darauf, ob oder welcher Partei es dient. Das nenne ich Politik aus persönlicher Verantwortung. Das nenne ich den Kontakt nach unten anstelle des Befehlsempfanges von oben.«¹¹ Die Notwendigkeit der neuen politischen Kraft GVP wurde genau damit legitimiert, daß mit ihr »der wahre Wille des Volkes zum Durchbruch kommt«. Scholl unterstellte damit ein (hypothetisches) Konstrukt, das nicht oder nicht genügend vom Parlament reflektiert und repräsentiert wurde. Der ›wahre‹ Wille des Volkes wurde darin gesehen, daß es die Wiedervereinigung wollte »und dadurch dem Frieden gedient wird, dem Frieden innerhalb unseres Volkes und dem Frieden zwischen den Völkern«.¹² Heinemann stellte bedauernd fest: »Es ist traurig, wenn eine neue Partei entstehen muß. Sie muß aber dann entstehen, wenn die vorhandenen Parteien den Willen des Volkes nicht mehr ausdrücken. Das ist heute der Fall«.¹³

Oder, wie Heinemann es noch formulierte, man wollte mit der GVP zwischen die Fronten treten und gesamtdeutsche Staatspolitik oberhalb der Interessen treiben.¹⁴ Die Koppelung von Gruppeninteressen jedweder Art mit Weltanschauungen wurde als Unheil betrachtet. Insbesondere verwarf die GVP die »Verfälschung des Christentums zu einer politischen Ideologie«.¹⁵ Unverkennbar wird hier die Nähe zur Bekennenden Kirche deutlich. Auch das Manifest spiegelt diese Nähe wieder, wenn es heißt: »Wir verwerfen insbesondere die Verfälschung des Christentums in ein politisches Zweckinstrument sowie jede Frontbildung von Christen gegen andere Teile unseres Volkes. Wer politische Interessen mit christlichen Parolen verteidigt, oder wer die Überwindung des Bolschewismus durch Rüstung zu einem kirchlich-westlichen Auftrag stempelt, versperrt der christlichen Verkündigung in beiden Teilen Deutschlands den breiten Zugang zu allen Menschen und gefährdet die Christen im Osten.«¹⁶

D. h. das Christentum, die ›christliche Ideologie‹ durfte nicht zum Kampf bzw. zur Abgrenzung gegenüber anderen politischen Meinungen gebraucht werden. Das Christentum sollte einen, nicht aber spalten. In seiner ersten Rede als Bundestagsabgeordneter der SPD am 23.1.1958 umschrieb Heinemann diese Haltung mit dem berühmt gewordenen Ausspruch: »Es geht nicht um Christentum gegen Marxismus. Es geht um die Erkenntnis, daß Christus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle.«¹⁷

11 Zit. n. Heinemann, »Persönliche Verantwortung oder Linientreue? Zur Entwicklung der CDU«, in: *StdG*, 7. Jg., Nr. 11 v. Juni 1955, S. 241. Auch in: ders., *Es gibt schwierige Vaterländer*, S. 82.

12 Scholl, »Wieder eine neue Partei?«, in: ›GVP-Aufbruch‹, S. 25.

13 Heinemann, »Gesamtdeutsche Volkspartei«, Manuskript, (o. Datum), NL We 95.

14 Vgl. Heinemann, »Rede vor dem GVP-LV-NRW«, 13.12.1953, S. 10, NL Hei 132.

15 Heinemann, »GVP«, in: ›GVP-Aufbruch‹, S. 22.

16 »Manifest der GVP«, in: ›GVP-Aufbruch‹, S. 5.

17 G. HEINEMANN, »Bundestagsrede vom 23.1.1958«, in: ders., *Deutschlandpolitik*, 1966, S. 130.

Den christlichen Puristen in der GVP ging sogar der Verweis, »daß Mensch und Volk auf Glaube, Sitte und Mut fester vertrauen als auf persönlichkeitsfeindliche Machtzusammenballungen«¹⁸ mit der ausdrücklichen Berufung auf den Glauben zu weit, so daß dieser Passus gestrichen werden sollte. Der Antrag fand allerdings nicht die nötige Mehrheit.¹⁹

Aus der innenpolitischen Kritik heraus ergaben sich für die GVP folgerichtig Forderungen nach Reformen, die dem Verfall der Demokratie und der Nichtbeachtung des vermeintlichen Volkswillens entgegentreten sollten. Dazu zählte die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden. Je mehr man den Parteien mißtraute, desto stärker war anscheinend das Zutrauen zum Wahlvolk. Die GVP, die »gefährliche Ansätze zur totalitären Regierungsform auch in der Bundesrepublik« sah, forderte die Stärkung des »staatsbürgerliche(n) Selbstbewußtsein(s)«.²⁰

Ein wesentlicher Schritt hierzu war die Forderung nach einem Verbot des Fraktionszwangs. Ausdrücklich wünschte die GVP »eine Politik der Entspannung auch im Innern. Gesamtdeutsche Lebensnotwendigkeiten sollen über Gruppeninteressen stehen. Wir alle können nur durch Versöhnlichkeit und Ausgleich bestehen. Die Vergangenheit muß unter uns zur Ruhe kommen, damit wir uns die Zukunft verdienen können. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, Freiheit und Ordnung im Zusammenleben der Menschen neu zu gestalten«,²¹ heißt es im Manifest. Damit wurde an die allgemeine Bereitschaft appelliert, sich nicht gegenseitig zu diskreditieren, ungeachtet des politischen Standorts im Dritten Reich.

Heinemann sprach in seiner Rede auf der Proklamationsversammlung der GVP ohne verhüllende Formeln deutlich an, worin er den »inneren« Frieden auch sah: »Aber es geht nicht an, daß wir über unseren nationalsozialistischen, soldatischen, antifaschistischen oder pazifistischen Haltungen in vergangenen Jahren, über Gehorsam und Widerstand, eine ständige Fehde untereinander führen oder einander die Gleichheit der staatsbürgerlichen Rechte streitig machen. Die »Gesamtdeutsche Volkspartei« ist grundsätzlich für alle offen.«²² Das bedeutet, die Entspannung im Innern, zwischen links und rechts, die zum außenpolitischen Pendant die Entspannung zwischen Ost und West hatte, hatte auch ihren handfesten pragmatischen Grund, der darin bestand, ein möglichst breites Spektrum für die Ziele der GVP zu gewinnen. Man wollte weder den geläuterten Nationalsozialisten noch den Antinationalsozialisten, die ihr politisches Wirken in den Dienst der Wiedervereinigung stellen wollten, die Mitarbeit in der GVP unmöglich machen.

Die Politik der Entspannung nach innen hatte zudem eine »sozialpolitische« und eine wirtschaftspolitische Komponente. Die »sozialpolitische« wird besonders deutlich in dem Manifestentwurf, den Helene Wessel vorlegte. Dort heißt es: »Die GDF aber will einen Staat, der sozial aus-

18 Manifest der GVP, in: P. BRANDT/H. AMMON, 1981, S. 114.

19 Vgl. Mochalski, Handschriftlicher Antragszettel, in: NL Scheu 91.

20 »Manifest der GVP«, in: »GVP-Aufbruch«, S. 6.

21 Ebd., S. 5.

22 Heinemann, »GVP«, in: »GVP-Aufbruch«, S. 22.

gerichtet ist, in dem das Soll und Haben für alle und auf allen Gebieten gerecht verteilt wird. (...) Zu dieser Verpflichtung echten sozialen Ausgleichs und partnerschaftlicher Verantwortung muß der deutsche Mensch im Elternhaus, in der Schule, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens hingebordnet werden. In der Gesinnung und in der Tat muß der Deutsche beweisen, daß er zum Frieden unter den Völkern nur beitragen kann, wenn er den Frieden im eigenen Volk durch Gerechtigkeit und Ausgleich der Gegensätze zu sichern weiß.«²³ Der innere Friede wird gleichsam zur notwendigen Voraussetzung für den äußeren Frieden gemacht. Die unterschiedlichen sozialen Interessen und ökonomischen Orientierungen sollten nicht gegeneinander stehen, sondern einen Interessenausgleich anstreben und das Ganze im Blickfeld haben. Auch hier wird eine »konservative« Grundstruktur, ein »Harmoniemo­dell« sichtbar. Scheu sprach einmal von einer »wirklichen Partnerschaft zwischen Arbeit und Kapital (...), bei der der Erfolg des gemeinsamen Schaffens auch der Gemeinschaft zufließt.«²⁴

Damit ist auch schon die wirtschaftspolitische Komponente angesprochen. Diese Politik der Entspannung nach innen hatte nämlich ihr Komplement in einer Wirtschaftspolitik, »die das heutige Gegeneinander der einzelnen Gruppen durch ein solidarisches Miteinander ersetzt. Der Ausgleich der widerstrebenden Interessen soll durch eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung erfolgen. Der wirtschaftliche Friede beruht auf einer gerechten Verteilung des Sozialproduktes. Dadurch soll nicht nur ein ausreichender Lebensunterhalt, sondern auch Beteiligung an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung gewährleistet werden.«²⁵

Diese Formulierungen waren sehr allgemein gehalten, überdies wenig originell. Man sieht ihnen an, daß sie aus vielen Kompromissen geboren worden sind. Sie lassen sich unterschiedlich explizieren. Sie sind breit genug gefaßt, um all jene zu erfassen, die aus der »bestehenden Politik« heraus und doch die bestehende Eigentumsordnung der Bundesrepublik nicht grundsätzlich in Frage stellen wollen. Die Formulierungen sind so verschwommen, daß sie gegebenenfalls die Partei zur Inaktivität verurteilen würden, stünde sie vor der Aufgabe, sie konkret einlösen zu müssen.²⁶ Dann hätte nämlich der Formelkompromiß ausgedient. Mit der Diskussion um ein wirtschaftspolitisches Programm im engeren Sinne begab sich die GVP auf ein überaus schwieriges Terrain.

Bereits drei Monate vor der offiziellen Gründung im November hatte Scheu versucht, im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche und soziale Fragen einer Dritten Kraft²⁷ die einzelnen programmatischen Vorstellungen zu bündeln. Es zeigte sich, daß es wesentlich komplizierter war, sich auf ein positives Wirtschaftsprogramm zu verständigen als auf ein

23 Wessel, »Manifest der Gesamtdeutschen Freiheitspartei«, S. 3, NL Scheu 91.

24 Scheu, Redemanuskript, ohne Titel, (1952?), S. 8, NL Scheu 44.

25 Manifest der GVP, in: P. BRANDT/H. AMMON, 1981, S. 115.

26 Vgl. Cycon, »Heinemanns fortschrittliche Bürger«, in: StZ v. 2.12.1952.

27 Ihr gehörten an: Friedrich Karrenberg, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses der Evang. Kirche Rheinland; Heinrich Heribert Gehle, Vorsitzender des Rings Deutscher Siedler; der Wirtschaftsberater Göckeritz; Hans Bodensteiner und Adolf Scheu, Industrieberater.

einzelnes negatives Ziel, die Ablehnung der Wiederaufrüstung. Schließlich mußte man einerseits um die Notwendigkeit eines umfassenden Programms, das eine Partei dem Wähler anbieten mußte, die der Logik der parlamentarischen Demokratie folgte. Andererseits zeigte der inhaltliche Verlauf wie die zeitliche Dauer der wirtschaftspolitischen Diskussion, wie außerordentlich mühsam es war, einen Konsens zu erreichen.

Hier wird das negative Moment des Anspruchs augenscheinlich, sowohl für Linke als auch für Rechte offen zu sein. Der einsetzende Diskussionsprozeß um ein Wirtschaftsprogramm im August 1952²⁸ fand vorerst im Juni 1953 auf dem ersten Bundesparteitag der GVP im mehrheitlich verabschiedeten »Wirtschafts- und Sozialprogramm« sein Ende.²⁹ Weil man sich bewußt war, daß man mit einem konkret ausformulierten Wirtschaftsprogramm nicht mehr den »Zustand des Schwebens«³⁰ aufrecht erhalten können und eine Menge Leute vor den Kopf stoßen würde, beließ man es bei wesentlichen Grundlinien, die den eigentlichen Schwerpunkt des Programms, die Deutschlandpolitik nicht überlagerten bzw. durch kontroverse Diskussionen innerhalb der Partei in den Hintergrund rückten. Obschon die wirtschaftspolitischen Auffassungen auseinandergingen, war man sich in diesem Punkt einig.³¹ Wirtschaftspolitisch gab es zwei Linien in der GVP.

Bodensteiner vermißte eine »plausible Antwort«, wie die »Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems überwunden werden können«.³²

Bodensteiners Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik war es gewesen, »daß Deutschland von West und Ost nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich unabhängig ist«. In der »inneren« Gestaltung der Wirtschaftspolitik wollte er »Demokratisierung der Wirtschaft (...) Gleichberechtigung und Mitbestimmung der Betriebsräte in *allen* (Hervorhebung, J. M.) wirtschaftlichen und sozialen Betriebsfragen«. Schließlich wollte der Sozialpolitiker Bodensteiner die »Sicherstellung des Menschenrechtes auf Arbeit, Nahrung, Kleidung, Behausung, Gesundheitsdienst, Bildung« garantiert sehen.³³ Wie plakativ-formelhaft das auch immer sein mochte, eines war klar, Bodensteiner wollte das bestehende Wirtschaftssystem grundlegend umgestalten, oder wie es der Berliner Heinz Krüger formulierte: »Wir können uns auf die asoziale Marktwirtschaft nicht festlegen.«³⁴

Was wollte man dem bestehenden Wirtschaftssystem nun entgegensetzen? Einerseits kritisierte man das System. Bodensteiner sprach auf der Proklamationsveranstaltung der GVP am 30. November 1952 von der

28 Vgl. Scheu an o. e. Personen, 18.8.1952, NL Scheu 88.

29 Vgl. »Protokoll der Plenarsitzungen des BPT der GVP am 6./7. Juni 1953 in Essen«, S. 5, NL Hei 375. Ausweislich des Protokolls votierten fünf von 79 der Delegierten für das Programm, drei enthielten sich der Stimme.

30 Posser, zit. n. »Bericht über die BuVo-Sitzung in Essen am 4.6.1953«, S. 5, NL Hei 375. Im folgenden: »BuVo-Sitzung-Essen«.

31 Vgl. ebd., S. 7.

32 Bodensteiner an Scheu, 29.5.1953, NL Scheu 1.

33 Bodensteiner, »Grundlegung des deutschen Wirtschafts- und Sozialprogramms in Stichworten«, Anlage zu Meyer zu Schwabedissen an Scheu, 23.8.1952, NL Scheu 88.

34 Zit. n. »BuVo-Sitzung-Essen«, S. 7.

»gefährliche(n) Macht«, die auf dem privaten Verfügungsrecht der Produktionsmittel beruhe. Andererseits behauptete er: »Es gibt keine Freiheit ohne individuelles privates Eigentum.« Bodensteiner wollte zwischen beiden Polen den »rechte(n) Weg der goldenen Mitte«.³⁵

Die GVP stellte das »westliche Wirtschaftssystem« dem »östliche(n) Wirtschaftssystem« gegenüber. Der Kapitalismus hatte in der Sicht der GVP »die persönliche Freiheit in der Wirtschaft zur Grundlage: die Freiheit der Konsumwahl, die Freiheit der Berufswahl, die Freiheit des Arbeitsplatzes, die Freiheit des Unternehmers«. Allerdings kritisiert man an diesem System die »Mißverhältnisse der Einkommensverteilung, Mißverhältnisse in der Beschäftigung von Arbeit und Kapital (Massenarbeitslosigkeit), Entstehung einer Klasse von Arbeitern und Angestellten, die von Boden und Werkzeug (Maschine), den Produktionsmitteln, getrennt sind«. Auf diese Probleme hatte nach Ansicht der GVP das existierende Wirtschaftssystem keine befriedigenden Lösungsvorschläge parat. Doch auch das »östliche Wirtschaftssystem« hatte »durch totale Vergesellschaftung der Produktionsmittel, durch »planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft« in der Lösung der sozialen Frage versagt.

Die GVP suchte so in der Wirtschaftspolitik nach einem dritten Standort zwischen Ost und West. Wie schwierig sie sich dabei tat, läßt sich beispielhaft an ihrem Verhältnis zur Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel festmachen. Die GVP beabsichtigte »die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel neu zu ordnen«. Wie sollte das nun aber geschehen? : »Sie darf nicht dem Staate übertragen, aber sie muß beschränkt werden«, heißt es im Wirtschaftsprogramm lapidar. Gleichzeitig durften nach Auffassung der GVP Eingriffe in das Wirtschaftssystem »die Privatinitiative nicht lahmlegen«.³⁶ Die GVP bewegte sich in einem selbstgeschaffenen Dilemma, sie wollte weder einen Sozialismus noch einen Kapitalismus. Was wollte sie dann? Wenn man die Positionen innerhalb der GVP auf eine (vielleicht zu) griffige Formel bringen will, dann wollten die einen einen »sozialistischen Kapitalismus« und die anderen einen »kapitalistischen Sozialismus«.

Einem Unternehmer wie Albrecht Meyer zu Schwabedissen ging das schließlich verabschiedete Wirtschaftsprogramm zu weit. Er hielt es für unausgegoren. Scheu meinte gleichwohl, daß man so einigermaßen die bösesten Spitzen gegen das Unternehmertum abgelenkt hätte.³⁷

Trotz des Dissenses in wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik herrschte Konsens darin, sich auch in Wirtschaftsfragen als Dritte Kraft zu verstehen und die Ausgestaltung der Wirtschaftsverfassung in Funktion zur Außenpolitik zu sehen. So heißt es im Wirtschaftsprogramm der GVP: »Eine gesamtdeutsche Außenpolitik, die durch ihre Unabhängigkeit von West und Ost der weltpolitischen Entspannung dienen will, setzt eine Wirtschafts- und Sozialpolitik voraus, welche die inneren Gegensätze über-

35 Bodensteiner, »Zur wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzung«, in: »GVP-Aufbruch«, S. 18.

36 »Wirtschafts- und Sozialprogramm der GVP«, in: GR, 1. Jg., Nr. 31 v. 28.8.1953, S. 8.

37 Vgl. Scheu an Meyer zu Schwabedissen, 16.6.1953, NL Scheu 4.

windet. (...) Der innere Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital findet sein weltpolitisches Gegenstück in dem Gegensatz zwischen dem östlichen und dem westlichen Wirtschaftssystem«.

Die Befriedung von Arbeit und Kapital im Inneren wurde mit zur Voraussetzung für die Entspannung des Systemgegensatzes zwischen Ost und West gemacht. Die Vorschläge, wie man dazu kommen wollte, waren nicht originell. Die GVP suchte eine Synthese, die sowohl die ›Konsumenten- und Produzentenouveränität‹ garantierte als auch die soziale Frage löste. Dazu bedurfte es nach der Theorie einer, wie es im Manifest heißt, »neuen Wirtschafts- und Sozialordnung«.³⁸ Grundlage dieser Ordnung sollte die Marktwirtschaft sein, ergänzt durch eine volkswirtschaftliche Planung. Wie man sich ein Zusammenwirken beider Komponenten im einzelnen dachte, blieb entsprechend der Vorgabe, sich nur auf Grundlinien zu verständigen, unausgeführt. Insgesamt blieb das Wirtschaftsprogramm dürftig. Plakative Leerformeln ersetzten substantielle Inhalte. Faktisch waren die angeführten Punkte zur Geld- und Kreditordnung, zur Mitbestimmung, zur Streuung des Kapitaleigentums und der Gewinnbeteiligung usw. nicht dazu angetan, der GVP ein eigenständiges Profil zu verschaffen. Sie bewegte sich in wirtschaftspolitischen Fragen zwar links von der CDU und rechts von der SPD, doch zu konturlos, als daß ihre Positionen nicht auch an den Rändern von SPD und CDU vertreten werden konnten. Insgesamt hatten Wirtschaftsfragen, sieht man einmal von den Wirtschaftsexperten der GVP ab, eine nachrangige Bedeutung. Posser sprach davon: »Das Wesentliche ist das Außenpolitische«. Heinemann pflichtete ihm auf der Bundesvorstandssitzung am 4.6.1953 bei: »Schwerpunkt ist Deutschlandpolitik, daraus folgt, daß wir in allem Übrigen im allgemeinen und grundsätzlichen die Dinge locker (sehen), um niemanden vor den Kopf zu stoßen.«³⁹

Während des Bundestagswahlkampfes 1953 war der Stellenwert des Wirtschaftsprogrammes gleich Null. Allein Bodensteiner reiste mit wirtschaftspolitischen Argumenten durch das Land. Auf eine eingehendere Analyse der Wirtschaftspolitik der GVP wird deshalb hier verzichtet.

Das zentrale Anliegen der GVP blieb die »Erhaltung des Friedens und der Wiedervereinigung«.⁴⁰ Allein zu diesem Zweck wurde nach Meinung vieler die GVP gegründet, um nämlich die Ziele der NG mit parlamentarisch-politischen Mitteln weiter verfolgen zu können.⁴¹

Diese Einschätzung teilten nicht alle. Gerade einer der Hauptinitiatoren der GVP, Adolf Scheu, wollte mit der Parteigründung einen Schritt über die bisherige Politik der NG hinausgehen. Mochte für ihn die Opposition gegen die Bonner Außenpolitik der Anstoß zu gemeinsamen politischen Bemühungen gewesen sein, so ging es ihm in der neuen Phase nicht zuletzt

38 »Wirtschafts- und Sozialprogramm der GVP«, ebd., S. 8.

39 Zit. n. »BuVo-Sitzung-Essen«, S. 7.

40 »Manifest der GVP«, in: »GVP-Aufbruch«, S. 4. Vgl. Heinemann, »Pressekonferenz am 30.11.1952«, (Tonbandnachschrift), (S. 4), NL Hei II November 1952. Vgl. auch Krämer, in: »GVP-Aufbruch«, S. 25; vgl. auch Schelz, ebd., S. 27; vgl. auch Wessel, ebd., S. 11.

41 Vgl. Scholl, »Neuzeitlicher Humanismus der GVP«, in: GR, 1. Jg., Nr. 40, 30.10.1953, S. 8.

darum, daß »eine neue Ordnung in unser Volk hineinkommt.«⁴² Seinen Ausdruck fand dieser Zwiespalt im unterschiedlich interpretierten Selbstverständnis der Partei. Es reichte vom »Friedenskartell aller um den Frieden besorgten Kreise von links bis rechts«,⁴³ das im Grunde genommen noch immer einem Sammlungskonzept der NG entsprach, bis hin zu einer Partei mit umfassendem Programmanspruch.⁴⁴

Um hervorzuheben, daß die Wiedervereinigung des deutschen Volkes die verfassungsmäßige Aufgabe jedes deutschen Politikers ist, die die GVP uneingeschränkt erfüllen wollte, wählte man die Präambel des Grundgesetzes zum Vorspann des Manifestes. Ein wesentliches Hindernis zur Erreichung der deutschen Einheit, die für die GVP ein unverzüglich einzu lösendes Nahziel war, erblickte sie in der politisch-militärischen Integration in den ›Westblock‹.

Die ursächliche Schuld für die deutsche Teilung wurde zunächst den Besatzungsmächten angelastet, an deren Politik sich die deutschen Regierungen beteiligt hätten: »Die Besatzungsmächte haben sich entzweit und beginnen, uns für ihre Auseinandersetzung gegeneinander aufzurüsten. Dadurch wird die Spaltung Deutschlands noch breiter und tiefer. Da keine der Besatzungsmächte den von ihr besetzten Teil Deutschlands räumen wird, solange sie befürchten muß, das geräumte Gebiet werde die militärische Macht ihres Gegners vergrößern, zeigt sich bei Fortsetzung dieser Politik kein Weg, unser Volk auf friedliche Weise wiederzuvereinigen; denn nicht nur die Regierung in Berlin-Ost, sondern auch die Regierung in Bonn beteiligt sich entgegen dem Volkswillen an dem Machtkampf der Besatzungsmächte. Beide machen so den eisernen Vorhang dichter, anstatt ihn zu durchbrechen.«⁴⁵

Daraus ergab sich folgerichtig die Forderung der GVP: »Deutschland als Land der Mitte und ohne koloniale Bindungen muß aus dem militärischen Aufmarsch Nordamerikas und der Sowjetunion herausbleiben. Wenn wir keiner Seite zur militärischen Gefahr werden, können wir dem Frieden besser dienen, als wenn Deutschland zum Aufmarschplatz zweier Heerlager wird, in denen Deutsche gegen Deutsche bewaffnet werden. Wir fordern daher die sofortige Beseitigung der Aufrüstung zweier deutscher Armeen in West- und Ostdeutschland. Wo immer solche Aufrüstung von Deutschen betrieben wird, haben sie zugleich die Gegenaufrüstung in dem anderen Teil unseres Vaterlandes mitzuverantworten.«⁴⁶

Diese gesamtdeutsche Haltung erforderte der GVP zufolge »Unabhängigkeit von Ost und West«.⁴⁷ Das Manifest der GVP enthält weder das Wort ›Entmilitarisierung‹ noch den Begriff ›Neutralität‹. Wessel hätte über-

42 Scheu, »Aus der Eröffnungsansprache«, in: ›GVP-Aufbruch‹, S. 8.

43 Scholl, »Neuzeitlicher Humanismus der GVP«, ebd.; vgl. auch Eppler, »Tübinger Manifestentwurf«, NL Scheu 91.

44 Vgl. Göckeritz, »Diskussionsbeitrag zur Frage der Grundkonzeption unserer Partei«, NL Hei 366.

45 »Manifest der GVP«, in: ›GVP-Aufbruch‹, S. 3.

46 Ebd., S. 4.

47 Ebd..

haupt lieber von einer »blockfreien Politik«⁴⁸ gesprochen. Die Begriffe »Unabhängigkeit« und »Blockfreiheit« lassen sich noch weniger rechtlich festlegen als der Status der Neutralität. War Unabhängigkeit mehr als Neutralität? Zumindest wurde das von einigen in der GVP so gedeutet, denn die Unabhängigkeit wurde interpretiert als Dritte Kraft zum Brückenschlag zwischen den Menschen des Westens und des Ostens.⁴⁹ Dazu war »Deutschland als Land der Mitte« berufen.

In diesem Punkt haben Wesselsche Ideen in das offizielle Manifest der GVP Eingang gefunden, die über das bloße statische Konzept der Ausklammerung, wie es Heinemann unter den Bedingungen der Nachkriegszeit propagierte, hinauswies. Daß hinter diesen Gedanken nicht nur der Weg zu einem Gesamtdeutschland gesehen, sondern damit auch weitreichendere Vorstellungen verknüpft wurden, zeigt zwar nicht unmittelbar das Manifest, doch die Position einzelner, die an ihm mitarbeiteten. Beispielsweise wurde es für notwendig erachtet, »die Dritte Kraft durch politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der großen Unabhängigkeitsbewegung in Asien und Afrika zu stärken«.⁵⁰ Man trat grundsätzlich für nationale Unabhängigkeitsbewegungen ein, enthielt sich jedes Bündnisses im Rahmen des Ost-West-Konflikts, darin eingeschlossen die jeweiligen Großmächte. Diese Charakterisierung greift jedoch über das Manifest hinaus. Rudimentäre Ansätze lassen sich aber bereits erkennen: Die GVP forderte ausdrücklich »friedliche Beziehungen nach allen Seiten auf der Grundlage gegenseitiger Nichteinmischung und den Verzicht auf friedensgefährdende Propaganda«.⁵¹ Mochalski ging noch einen Schritt weiter. Er plädierte für den Passus »freundschaftliche Beziehungen«,⁵² ohne dafür allerdings auf der Gründungsversammlung eine Mehrheit zu finden. Wie leicht hätte man dies in der Öffentlichkeit als plumpe Anbiederung gegenüber dem Osten interpretieren können. Die Aussöhnung mit dem Osten konnte Mochalski gar nicht weit genug gehen. Immer wieder war er es, der die GVP in dieser Richtung voranbringen wollte.⁵³

In ihrer Gesamtheit war die GVP durchdrungen von der Überzeugung, daß sich trotz der gegensätzlichen Interessen der Siegermächte an Deutschland ein für die Siegermächte selbst und ein für Deutschland tragbarer Kompromiß finden lassen könnte. Die GVP stellte sich dabei als Partei den Regierungen und Parlamenten in West- und Ostdeutschland sowie den Besatzungsmächten für die Ausarbeitung konkreter Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage zur Verfügung. Von den Alliierten erwartete die GVP sofortige Schritte zur vollständigen Wiedervereinigung, »auf die wir«, wie es im Manifest heißt, »ein unverbrüchliches Recht haben«.⁵⁴ Mochte die GVP auch noch so sehr auf das nationale Selbstbestimmungsrecht pochen,

48 Wessel, zit. n. »Pressekonferenz am 30.11.1952, Frankfurt« (S. 4), NL Hei II November 1952.

49 Vgl. Koch, »Die neue Partei ist da«, in: JK, 14. Jg., 1953, S. 93 – 96, hier S. 95.

50 Karl Gustav Arndt an Bodensteiner, 10.11.1952, NL Scheu 91.

51 »Manifest der GVP«, in: »GVP-Aufbruch«, S. 4.

52 Handschriftlicher Änderungsantrag, in: NL Scheu 91.

53 Auskunft Küpper, November 1984.

54 »Manifest der GVP«, in: »GVP-Aufbruch«, S. 5.

letzten Endes blieb sie doch auf die Politik der Siegermächte in Ost und West verwiesen.

Was die GVP allerdings mit Fug und Recht fordern konnte, war der Anspruch an die deutsche Seite, den gesamtdeutschen Willen ernsthaft unter Beweis zu stellen. Noch vor einer endgültigen Friedensvertragsregelung verlangte die GVP von den deutschen Regierungen »als erstes Zeichen ihres ehrlichen Willens unverzügliche Fühlungnahme zur Verbesserung der Lebensbeziehungen zwischen den Menschen in Ost und West durch Erleichterung des Reise- und Postverkehrs, durch freiwilligen Ausgleich beruflicher Kräfte und durch freien Wirtschaftsverkehr.«⁵⁵

Diese Politik der kleinen Schritte sollte einem weiteren Entfremdungsprozeß der Deutschen in Ost und West entgegenwirken. Der frühere Zentrumsminister Respondek sprach in seinem Manifestentwurf sogar von einer »fremdländischen Gestaltung«, der Ost- und Westdeutschland seit 1945 unterlagen.⁵⁶ Selbstbewußt forderte Respondek deshalb die Mitwirkung ost- und westdeutscher Vertreter schon bei ersten Erörterungen über einen Friedensvertrag. Auch die endgültige Festlegung aller Bestimmungen eines Friedensvertrages sollte sowohl »von den Alliierten und Assoziierten Regierungen einerseits und einer gesamtdeutschen Regierung andererseits«⁵⁷ erfolgen. Damit griff er erneut Gedanken auf, wie er sie schon in der Deutschland-Denkschrift zu Papier gebracht hatte.

Eine friedensvertragliche Einigung zwischen den Alliierten hielt man innerhalb der GVP dann für möglich, wenn Deutschland im Interesse des Weltfriedens von beiden Blöcken unabhängig würde. Diese völkerrechtliche Stellung des wiedervereinigten Deutschlands, das beinhaltete die Gewährung seiner Sicherheit und Freiheit, sollte im Friedensvertrag garantiert werden: »Wenn wir gewährleisten, daß wir keinem unserer Nachbarn mehr zur Gefahr werden, können wir damit rechnen, daß alle Nachbarn aus ihrem eigenen Lebensinteresse unseren Bestand garantieren.« Um damit »nicht schutzlos isoliert« zu werden, forderte die GVP, »daß das wiedervereinigte Deutschland in die ›Vereinten Nationen‹ (UN) aufgenommen wird.«⁵⁸ Die von der GVP anvisierte Unabhängigkeit Deutschlands sollte also in zweierlei Hinsicht garantiert sein: einmal durch die Aufnahme in ein internationales Kollektivgremium, zum anderen durch Garantierklärung der Weltmächte.

Der Zugang zu einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands konnte nach Meinung der GVP nur über die Anerkennung des Sicherheitsbedürfnisses der Sowjetunion erfolgen. Für die GVP bedeutete das, einen unabhängigen Status Deutschlands zwischen Ost und West zu finden. Erst wenn dieser Status völkerrechtlich definiert werde, dann bestünde berechtigte Aussicht auf die Zustimmung der Sowjets zu einem einheitlichen deutschen Staat.

55 Ebd..

56 Respondek, »Manifest der GVP«, (Entwurf), S. 1, NL Hei 366.

57 Ebd., S. 3.

58 »Manifest der GVP«, in: ›GVP-Aufbruch‹, S. 5.

Dieses außenpolitische Grundmuster der GVP blieb bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1957 relativ konstant. Es wurde auch wenig präzisiert, sondern ging 1951/1952 ebenso wie 1957 von der Grundannahme aus, daß weder der Osten noch der Westen einem Gesamtdeutschland zustimmen werden, sofern dieses sich mit dem einen oder anderen verbünde.

Die Wege zum geeinten Deutschland konkretisierte die GVP nicht im einzelnen, grundsätzlich war die GVP mit jedem Vorschlag einig, der die nationale Wiedervereinigung und Deutschlands Sicherheit zu garantieren schien, wie die Wahlkampfbroschüre ›Der Weg aus der Not‹ vom Jahr 1953 zeigt. Dort heißt es: »Einen (Weg) hat Churchill mit seinem Vorschlag eines Sicherheitssystems ähnlich dem von Locarno aufgezeigt. Einen weiteren Weg hat Eisenhower gewiesen, als er noch Präsident der Columbia-Universität war. Als mögliche Lösung des europäischen Problems schlug er damals vor, die beiden Teile Deutschlands wieder zu vereinigen und einer deutschen Zentralregierung zu unterstellen, während sich die westlichen Truppen hinter den Rhein und die östlichen hinter die Oder zurückziehen sollten. Einen dritten Vorschlag hat Dr. Adenauer bei seiner ersten Englandreise vor Mitgliedern des englischen Unterhauses gemacht, indem er in Beantwortung einer Frage eine bewaffnete Neutralität als die für alle annehmbare Lösung des Deutschlandproblems bezeichnete. Von weniger berufener Seite wurden weitere Vorschläge gemacht, so z. B. der, Deutschland gänzlich zu entmilitarisieren, oder beiderseits der Grenze einen entmilitarisierten Streifen bestimmter Breite zu schaffen.«⁵⁹ An keiner anderen Stelle in den Verlautbarungen der GVP wird so deutlich wie hier, wie wenig es in der GVP letztlich um den Weg zu einem Gesamtdeutschland ging, sofern dieses nur erreichbar war, auch wenn bestimmte Punkte in der GVP – z. B. bewaffnete oder unbewaffnete Neutralität – nicht unstrittig waren.

Nicht wenige der Teilnehmer des Gründungsparteitages aus der jüngeren Generation, vor allem aus dem Umfeld der Darmstädter Aktionsgruppe von Mochalski, hätten sich die programmatischen Verlautbarungen der Partei kompromißloser gewünscht.⁶⁰ Vor allem hinsichtlich des Ziels, eine ›unbewaffnete Neutralität‹ Deutschlands herzustellen, erschien ihnen das Manifest nicht klar und präzise genug.⁶¹ Heinemann hatte es ausdrücklich abgelehnt, sich auf bestimmte Einzelforderungen dieser Art festzulegen.⁶² Gerade die pazifistische Strömung, die sich schon bei der Namensgebung artikuliert hatte, wollte die Frage einer möglichen Bewaffnung Deutschlands definitiv geklärt wissen. Allerdings fand ein Antrag, der die Einführung der »allgemeinen Wehrpflicht aus rechtlichen und moralischen Gründen (...)«⁶³ ablehnte, keine Zustimmung. Umgekehrt plädierte man auch nicht für eine nationale Bewaffnung, die den neutralen Status Deutschlands sichern sollte. In den vorliegenden Manifestentwürfen

59 GVP (Hrsg.), ›Deutscher Weg aus der Not‹, Bonn (1953), S. 20, Archiv J. M..

60 Vgl. Brühl, ›An der Wiege‹, in: SZ v. 1.12.1952.

61 Vgl. ›Heinemann gründet neue Partei‹, in: FNP v. 1.12.1952.

62 Vgl. ›GVP‹, in: Frankfurter Nachtausgabe v. 1.12.1952.

63 Schriftlicher Antragszettel, (Vorschlag Gruhl), in: NL Scheu 91.

lassen sich diese beiden Minoritätsströmungen, Vertreter einer nationalen Bewaffnung und ausgesprochen pazifistisch Orientierte nachweisen, ohne daß sie mit ihren Extrempositionen in der Partei mehrheitsfähig waren.

Bodensteiner setzte dem Konzept der regierenden Parteien, wie es sich in der ›Politik der Stärke‹ manifestierte, sein Konzept der ›Politik der Sicherheit‹ entgegen. Diese ›Politik der Sicherheit‹ erforderte:

- »a) Deutschland nach innen und außen so stark als möglich zu machen.
- b) Durch eine Politik des Ausgleichs und der Verständigung zwischen Ost und West eine Entspannung der weltpolitischen Gegensätze herbeizuführen und dadurch den Frieden zu stärken.«

Zu diesem Zwecke erstrebte Bodensteiner »ein geeintes Europa, welches auch militärisch stark genug ist, um als selbständige Macht zwischen Ost und West ausgleichend wirken und dadurch den Frieden auf die Dauer sichern zu können«. ⁶⁴ Bodensteiner wollte demnach nicht, wie er es formulierte, eine »Politik der militärischen Ohnmacht«. Er bejahte deshalb das Ziel, »Deutschland wenigstens bescheidene militärische Macht zu geben, denn ein Staat, der überhaupt nicht in der Lage ist, für seine Sicherheit zu sorgen, gefährdet den Frieden der Welt nicht minder als eine ›Politik der Stärke‹«. ⁶⁵ Bodensteiner griff damit nationalkonservative Vorstellungen auf, die zwar ein geeintes Deutschland anstrebten, doch nicht auf die nationale Bewaffnung, Ausdruck staatlicher Souveränität, verzichten wollten. Eine Wehrpflicht schloß Bodensteiner allerdings grundsätzlich aus. Die allgemeine Wehrpflicht vertrug sich auch nicht mit seiner Vorstellung, die junge Kriegsgeneration Deutschlands in die politische Verantwortung einzubeziehen. ⁶⁶

Bodensteiners Vorstandskollege Gehle hielt dem die Forderung nach einer »wirklichen Neutralitätspolitik« entgegen. Das bedeutete für ihn, daß Deutschland nur mit den Staaten, die nicht in den Kalten Krieg verwickelt seien, politisch zusammenarbeiten konnte und auch nur insoweit, als solche Zusammenarbeit Deutschland nicht in einen Krieg verwickeln würde. ⁶⁷ Gehle plädierte nicht für ein starkes, unabhängiges Deutschland, das sich vermittelnd in die Weltpolitik einmischt, sondern er sah die sachliche Aufgabe der Partei darin, die Grundlagen für die »Schaffung der westdeutschen Friedensinsel als der Keimzelle einer europäischen Friedensinsel« ⁶⁸ zu erarbeiten. Der Gedanke einer Garantie des Friedens wie der Sicherheit spielte für ihn insofern keine Rolle, da er von der Prämisse ausging, daß eben jenen Frieden »auf die Dauer auch die stärkste Macht der Welt nicht garantieren (kann). Das sollten vor allem wir Christen wissen.« ⁶⁹ Der Gedanke einer Politik der militärischen Ohnmacht liegt nahe, auch wenn ihn Gehle nicht explizit aussprach.

64 Bodensteiner, »Manifest der Christlich Europäischen Union«, (Entwurf), S. 1f, NL We 60.

65 Ebd., S. 2f.

66 Ebd., S. 6.

67 Vgl. Gehle, »Stellungnahme zum Manifest«, Allerheiligen 1952, S. 1, NL Scheu 91.

68 Ebd., S. 1.

69 Ebd., S. 2.

Das Thema Bewaffnung oder Nichtbewaffnung Deutschlands wurde seitens der GVP in der Öffentlichkeit geradezu tabuisiert. Man wollte sich weder in der einen noch der anderen Richtung definitiv festlegen. Es gab nämlich in der GVP sowohl Vertreter eines ›antimachtpolitischen Katholizismus‹ und Pazifisten⁷⁰ als auch jene Nationalkonservative, die eine westdeutsche Aufrüstung und die EVG unter den herrschenden Bedingungen für einen militärischen Dilettantismus hielten.⁷¹ Trotz dieser Differenzen darf dabei nicht der gemeinsame Boden der GVP-Mitglieder übersehen werden. Eine Neutralität Deutschlands war nicht nur unstrittig, sondern allein durch sie glaubte man zur deutschen Einheit zu kommen. Die einigende Formel, wie sie Wessel formulierte, nämlich die »*Ausklammerung Deutschlands aus dem westlichen wie östlichen Militärblock*«,⁷² wurde von allen geteilt.

Eine eigens gebildete Deutschlandkommission der GVP, deren Zusammensetzung auch den Versuch widerspiegelte, die unterschiedlichen Strömungen zu integrieren,⁷³ hatte nun den Auftrag, fortlaufend zu prüfen, welche Schritte die Partei einleiten sollte, um zur Lösung der Deutschlandfrage im Sinne der Postulate der GVP beizutragen. Entsprechende Vorschläge waren dann dem GVP-Vorstand zu unterbreiten. Innenpolitisch wollte die GVP eine Alternative zur sozialistischen Opposition und zum konservativen Bürgerblock sein, gesellschaftspolitisch die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit vermittelnd aufheben. Nach außen hin sollte ein geeintes, neutrales Deutschland friedenssichernd zwischen den Blöcken wirken. Aus dieser Vorstellung einer Dritten Kraft schöpfte die GVP ihr Selbstverständnis.

3. ›Mit Gesamtdeutschland für ein unabhängiges Europa‹

Diese Konzeption einer ›Dritten Kraft‹ manifestierte sich bei der GVP schließlich noch in der übernationalen Idee Europa. Sicherlich spielte dieser Gesichtspunkt bei der GVP nicht die gleiche Rolle wie die nationale Wiedervereinigung, gleichwohl war der europäische Aspekt in das Konzept einer Gesamtpolitik eingebettet. Gesamtdeutschland sollte geschaffen und damit ein vereintes Europa vorbereitet werden.¹ Das Verhältnis Deutschland-Europa wurde von der GVP als ein abhängiges gesehen: ohne Wiedervereinigung konnte kein Europa geschaffen werden, umgekehrt bedurfte es auch der Deeskalation in Europa, um zur nationalen Einheit zu gelangen.²

70 Vgl. Scholl, »Neuzeitlicher Humanismus der GVP«, in: GR, 1. Jg., Nr. 40 v. 30.10.1953, S. 8.

71 Vgl. Scheu, »Aus der Eröffnungsansprache«, in: ›GVP-Aufbruch‹, S. 8.

72 Wessel, »Zur Außenpolitik«, in: ›GVP-Aufbruch‹, S. 11.

73 Vgl. »Protokoll über die Gründungsversammlung der GVP in Frankfurt/Main, 29.11.1953, Lokal ›Feste Burg‹, S. 5, NL Scheu 14. Ihr gehörten an die mehr links orientierten Heinz Krämer und Herbert Mochalski, die Pazifistin Achelis-Bezzel, der ›katholische Fundamentalist‹ Bodensteiner, der ehemalige Zentrumspolitiker Respondek und der Protestant P. O. Jüntgen. Vgl. »GVP gegründet«, in: FR v. 1.12.1952.

1 Vgl. Scheu, »Deutschland zwischen Ost und West«, in: GR, 2. Jg., Nr. 1/2 v. 1.1.1954, S. 1.

2 Vgl. Posser, »Neue europäische Perspektiven«, in: GR, 2. Jg., Nr. 3/4 v. 15.1.1954, S. 4.

Im Vergleich zur politischen Diskussion in der NG, in der vornehmlich Helene Wessel die Bedeutung eines geeinten Europas in der Öffentlichkeit vertrat, gewann die Vorstellung eines einheitlichen, unabhängigen Europas zwischen Ost und West in der GVP an Bedeutung, wenngleich man sie in der innerparteilichen Diskussion und in der öffentlichen Darstellung nicht überbewerten darf. Schon im Manifest der GVP findet sich eine (einzige) Passage zum Thema Europa, die das europapolitische Programm bündig und knapp festlegt: »Wir wollen helfen, ein freies und unabhängiges Europa auf der Grundlage föderativer Gleichberechtigung als politische Macht zwischen USA und UdSSR zu schaffen, denn nur ein solches Europa, das keiner fremden Weltmacht eine Aufmarschbasis bietet, kann dem Frieden und dem Sicherheitsbedürfnis dienen.«³

Ursprünglich sollte es statt Europa Gesamteuropa heißen. Möglichen Mißverständlichkeiten vorbeugend, fand ein Antrag von Klara M. Faßbinder, nur auf Europa zu verweisen, eine Mehrheit.⁴ Possers Antrag, diesen Passus gänzlich zu streichen, wurde allerdings abgelehnt.⁵ In der GVP wurden damit die Wesselschen Europavorstellungen zur offiziellen Parteimeinung erhoben. Die GVP bejahte in ihrer Mehrheit die Förderung eines europäischen Zusammenschlusses, vorausgesetzt, er richtete sich weder gegen den Westen noch gegen den Osten. Die These der GVP lautete: »Mit Gesamtdeutschland für ein unabhängiges Europa.«⁶ Die Wiedervereinigung Deutschlands wurde damit zur Voraussetzung für ein tatsächlich geeintes Europa gemacht und die Vorstellung der Unabhängigkeit auf Europa ausgedehnt. Das Postulat der Neutralität Deutschlands fand demzufolge seine Entsprechung in der Neutralität Europas.

War es schon schwierig, die Interessen der verschiedenen Mächte im Hinblick auf eine Wiedervereinigung Deutschlands auf einen Nenner zu bringen, so wurden diese Schwierigkeiten bezogen auf ein unabhängiges Europa potenziert. Es setzte nämlich den Gleichklang der Interessen der einzelnen europäischen Staaten voraus. Die Darlegung dessen, was die GVP unter der Chiffre Europa verstand, ließ an Präzision zu wünschen übrig, mehr noch, darüber fand nicht einmal eine eingehendere Verständigung statt. Es blieb das Etikett Europa, ohne daß man sich mit der inhaltlichen Füllung dieses Begriffs auseinandersetzte. Sieht man sich die einzelnen Verwendungsweisen des Begriffs Europa bei Meinungsführern innerhalb der GVP an, dann verschwindet die vorgebliche Einheitlichkeit dessen, was Europa bei den einzelnen bedeutete, welche Wege zu ihm führen sollten, worin seine eigentliche Hauptaufgabe zu sehen war. Tragfähig blieb und gemeinsames Ziel war die Zuschreibung der Unabhängigkeit an Europa, alles andere wurde nicht hinreichend geklärt.

3 »Manifest der GVP«, in: GVP. Der Aufbruch des neuen politischen Wollens, Broschüre, 1953, S. 5, NL Scheu 71.

4 Vgl. Antragszettel, in: NL Scheu 91.

5 Ebd..

6 So der Titel eines Artikels von Bodensteiner, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 19 v. 5.6.1953, S. 1; vgl. auch Heinemann, »Zuschrift an die ›Gemeinde‹«, Rubrik »Die Kehrseite«, in: Die Gemeinde, 30.8.1953, S. 10.

Man strich den Begriff Gesamteuropa aus dem Manifest, weil er auch die Sowjetunion bis an den Ural erfaßte. Doch wurden damit auch die osteuropäischen Staaten aus dem Europakonzept der GVP verabschiedet? Heinemann kritisierte zwar am sich entwickelnden Europa, daß anstelle der großen europäischen Gemeinschaft ein kleines Westeuropa erwachse, das »zu sehr in einen Gegensatz zu Osteuropa gestellt ist«,⁷ trotzdem plädierte er nirgendwo öffentlich für die Zusammenfassung west- und osteuropäischer Staaten. Nur einmal in einem Brief an einen Kritiker seiner Politik wurde Heinemann deutlicher, wenn er meinte: »Was den europäischen Zusammenschluß anlangt, so würde er sich nach meiner Vorstellung nicht auf eine Einfügung von Polen und Tschechoslowakei in den Straßburger-Rahmen zu beschränken haben, sondern eben auch mindestens Skandinavien umfassen.«⁸

Heinemann befürchtete die Einengung der europäischen Integration auf einen Ausschnitt Westeuropas, der noch dazu die Gefahr einer Gemeinschaft mit starkem katholisch-restaurativem Charakter in sich trug. Genau dahin führte seiner Meinung nach die EVG. In Wahrheit war nämlich für Heinemann und die anderen in der GVP Adenauers Politik nicht europäisch ausgerichtet, vielmehr war sie eine »auf einen Rheinbund hinauslaufende Westpolitik«.⁹

In dieser Beurteilung brechen konfessionelle Gegensätze auf, wenn Heinemann »katholischen Christen« unterstellte, sie würden Adenauer »in das neue Reich Karls des Großen aus Franzosen, Italienern und Westdeutschen williger zu folgen bereit (sein) als evangelische Christen«.¹⁰ Diese Formulierung führte noch Ende 1953 zu einer brieflichen Kontroverse mit seinem Freund Hermann Ehlers. Heinemann hatte dabei Äußerungen des Kardinals Frings im Sinn gehabt, der, so Heinemann, von der Wiederherstellung des Reiches Karls des Großen gesprochen hatte. Heinemann benutzte nun die Redeweise Frings, um darzulegen, daß mit dieser Politik die europäische Einigung nicht erreicht werden konnte, daß der Weg zum ›Europa‹ der EVG von der Wiedervereinigung wegführte, ungeachtet dessen, ob dies auch dem subjektiven Willen Adenauers und derer, die ihm folgten, entsprach.¹¹

Heinemann wollte kein »westeuropäisches Vorbild der atlantischen und pazifischen Aufrüstung gegen die Sowjetunion entstehen« sehen, sondern einen »unabhängigen Bund, der keiner Seite zur Gefahr wird«.¹² Der Gedanke der Unabhängigkeit war im tieferen Sinne entscheidend für Heinemanns Europaverständnis, weil er friedenssichernde Stabilität zu versprechen schien. Das wurde in einem anderen Zusammenhang noch viel

7 Heinemann, »Der Weg nach Europa«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 17 v. 22.5.1953, S. 2.

8 Heinemann an Bensch, 8.2.1954, NL Hei II 1. – 15.2.1954.

9 Heinemann, »Die christliche Sache. Ein Wort zum Parteitag der CDU«, in: StdG, 5. Jg., Nr. 4 v. April 1953, S. 99. Dieser Artikel wurde mit Begleitschreiben dem CDU-Präsidium überreicht und im Sonderdruck an die Parteitagsdelegierten verteilt; vgl. Heinemann an Ehlers, 31.10.1953, NL Hei 46.

10 Heinemann, »Die christliche Sache«, ebd., S. 98.

11 Vgl. Heinemann an Ehlers, 31.10.1953, NL Hei 46.

12 Heinemann, »Der Weg nach Europa«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 17 v. 22.5.1953, S. 2.

deutlicher, als er dem künftig wiedervereinigten Deutschland folgende Rolle zuschrieb: »Ein wiedervereinigtes Deutschland außerhalb der Machtblöcke würde Verbindung aufnehmen können mit europäischen und außereuropäischen Staaten, die heute schon außerhalb der Machtblöcke stehen wie die Skandinavischen Länder, von denen Norwegen und Dänemark zwar dem Atlantikpakt beigetreten sind, aber größte Zurückhaltung üben und sich dagegen stemmten, ihre Gebiete als Aufmarschgebiet fremder Streitkräfte herzugeben. Auch Finnland, die Schweiz, Österreich, in etwa auch Jugoslawien, dann die Türkei und Indien stehen außerhalb der Machtblöcke. Warum sollte Deutschland nicht die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit ihnen finden, so daß sich ein drittes Gebiet – ich sage noch nicht: eine dritte Kraft – zwischen die beiden Weltmächte legt und eine Überbrückung bildet.«¹³ Heinemann hing der Vorstellung nach, es könnte eine Zone der ›Entspannung‹ zwischen den beiden Weltmächten geschaffen werden. Das setzte aber die Bereitschaft und den guten Willen der ›blockfreien‹ Staaten voraus. War es aber denkbar, daß sich Staaten mit so unterschiedlichen Interessen und historischen Erfahrungen, mit nicht vergleichbaren geopolitischen Bedingungen, wie z. B. Finnland, Schweiz oder Indien, auf einen gemeinsamen Nenner verständigen konnten? Wohl nicht!

Die Tatsache, daß Heinemann Staaten, die in der NATO, einem – wenn auch nicht nur militärischen – Sicherheitsbündnis, Mitglieder sind, ein ›Entspannungsmoment‹ zusprach, zeigt seine Haltung zu Amerika. Im Grunde genommen wurde Amerika zum eigentlichen Risikofaktor der internationalen Politik erklärt.¹⁴ Die NATO wurde nicht unbedingt abgelehnt, vorausgesetzt, die in ihr zusammengeschlossenen Staaten verhielten sich so wie Dänemark und Norwegen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß sich die NATO in Abwehr zur Sowjetunion gebildet hatte und deswegen in keiner Weise eine zwischen Ost und West vermittelnde, ausgleichende, überbrückende Kraft darstellen konnte. Die Heinemannsche Position ist in diesem Punkt zwar nachvollziehbar, aber in sich widersprüchlich und schwer verständlich.

Genau das, was Heinemann strikt ablehnte, hielt der Generalsekretär der GVP, Hans Bodensteiner, schlechthin für Europas Chance, nämlich zu der »mitbestimmende(n) Macht in der Weltpolitik zu werden«.¹⁵ Helene Wessel formulierte es so: »*Nur* ein politisch starkes und unabhängiges Europa kann durch seine aktive Entspannungspolitik dem Frieden dienen.«¹⁶ Die europäische Aufgabe wurde demnach in der GVP in der

13 Heinemann, »Die Politik der GVP«, Manuskript, (Rede in Hildesheim am 13.8.1953). An anderer Stelle sprach Heinemann von den Staaten Schweden, Finnland, Irland, Schweiz, Indien, Indonesien und den arabischen Ländern. Vgl. Heinemann, »Zuschrift an die ›Gemeinde‹«, in: Die Gemeinde, 30.8.1953, S. 10.

14 In dem undatierten (1953?) handschriftlichen Manuskript, »Überlegungen zur außenpolitischen Stellungnahme der GVP« v. Heinemann heißt es: »Besteht eine amerikanische Kriegsgefahr? nach meiner Überzeugung in der Tat (...)«, S. 3, NL Hei 134.

15 Bodensteiner, »Europas Chance«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 20 v. 12.6.1953, S. 7.

16 Wessel, »Europa als dritte Kraft«, in: GR, 2. Jg., Nr. 3/4 v. 15.1.1954, S. 3. Diese Bundestagsrede Wessels v. 4.12.1952 wurde im Hinblick auf die Berliner Viererkonferenz 1954 von der GVP so bedeutsam gehalten, daß man sie in der GR, dem Organ der GVP, abdruckte.

konkreten Politik unterschiedlich gesehen, einmal sollte sich Europa aus dem Ost-West-Konflikt heraushalten, zum anderen ihn durch eigene Mitgestaltung entschärfen. Zur Voraussetzung hatte dieser Ansatz die ›Befreiung‹ Europas aus seiner Objektposition in der Weltpolitik, die allerdings für möglich gehalten wurde. Genügte es aber tatsächlich, wenn die westeuropäischen Staaten von sich aus darauf ›verzichteten‹, Teil der amerikanischen Weltpolitik zu sein, um so die UdSSR gleichermaßen zur Räumung Osteuropas bewegen zu können, wie dies die GVP vermutete?¹⁷

Zweifelloos verkannte diese Position, wie sehr die (west-)europäischen Staaten nicht nur bloße Objekte, sondern auch Subjekte im Ost-West-Konflikt waren. Für die GVP war die Herauslösung Deutschlands aus dem weltpolitischen Ringen der erste, die Herauslösung Europas dann der zweite Schritt.

Einer kleineuropäischen Lösung konnte die GVP zustimmen, sofern sie nicht »mögliche Ansätze zu einer kommenden größeren europäischen Gemeinschaft«¹⁸ zunichte machte. Wilhelm Hermes – in diesem Punkt europäischer Traditionalist – war noch 1953 allen Ernstes davon überzeugt, die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa über den Europarat in Straßburg erreichen zu können. Wessel, die früher einmal auch diese Möglichkeit erwogen hatte, war schon lange davon abgekommen. Hermes dagegen sah noch alle Möglichkeiten offen und wollte deshalb eine Vertretung der GVP in diesem Gremium erreichen. Aus diesem Grunde forderte er nicht allein die Aufstellung von Kandidaten zum Bundestag, sondern auch für das Europaparlament.¹⁹ Wie sollte ein Europa geschaffen werden können, wenn man sich wie Hermes einem Europa verpflichtet fühlte, das bewußt dem Westen verbunden war? An die Realisierung der Idee Hermes ist man aus welchen Gründen auch immer nicht herangegangen, jedenfalls fand auf dem Bundesparteitag 1953 darüber keine Diskussion statt. Das mag daran gelegen haben, daß Hermes nicht auf dem Bundesparteitag anwesend sein konnte.

Erhard Eppler suchte einen anderen Weg zu Europa. Eppler ging von der Annahme aus, die letzte Entscheidung über einen EVG-Vertrag werde in Paris und nicht in Washington fallen. Deshalb forderte er Alternativvorschläge, die den französischen Interessen ebenso wie den deutschen gerecht wurden. Bezogen auf Deutschland verlangte er eine »Form der Wiedervereinigung, die unserem Nachbarn als das kleinere Übel erscheint«. »In dem Augenblick«, analysierte Eppler, »wo die Wiedervereinigung Deutschlands auch ein französisches Anliegen ist, beginnt wieder eine Epoche eigenständiger europäischer Politik.«²⁰ Wie Eppler das erreichen wollte, darüber machte er keine Aussagen. Er forderte Alternativvorschläge zu einer für Frankreich annehmbaren deutschen Wiedervereinigung, ohne selbst konkretisierte eigene Vorstellungen einzubringen.

17 Vgl. GVP, »Deutscher Weg aus deutscher Not«, Broschüre, Bonn (1953), S. 32, Archiv J. Müller.

18 H. Lenz, »Was ist Europa?«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 10 v. 2.4.1953, S. 3f.

19 Vgl. Wilhelm Hermes, »Europa unter dem Fallbeil der EVG«, Manuskript, (26.5.1953), NL We STO 42.

20 Eppler, »Gespräch mit Frankreich«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 4 v. 27.2.1953, S. 2.

Der 26-jährige Jungpolitiker Eppler sah den zentralen Anknüpfungspunkt deutscher und französischer Politik im »französische(n) Sicherheitsbedürfnis, das genauso ein deutsches ist«. Von diesem Sicherheitsbedürfnis ausgehend, hielt Eppler das Gespräch mit Frankreich zur Herstellung der deutschen Einheit für möglich. »Amerikanischer Kreuzzugsschwing gekoppelt mit deutschem Revisionsdrang, das ist nach der Meinung der Franzosen zu viel der Dynamik«, perzipierte Eppler die französische Politik. Daraus folgerte er: »Nur wenn ein künftiges Gesamtdeutschland von den beiden Weltmächten militärisch so weit isoliert ist, daß es nicht umhin kann, in Anlehnung an Frankreich eine friedliche europäische Entspannungspolitik zu treiben, nur dann liegt dieses Gesamtdeutschland auch im französischen Interesse, und sei es nur als kleineres Übel.« Eppler setzte mithin auf den traditionellen französischen Nationalismus, der bar jeder »ideologische(n) Ost-West-Brille«,²¹ so Eppler, den USA mißtraute und keine sowjetische Aggression befürchtete. Allerdings – und das übersah Eppler bei seinen Ausführungen – lag es auch im wohlverstandenen Nationalinteresse Frankreichs, Deutschland geteilt zu halten.

Diese Stimmen aus der GVP zeigen, wie weit man noch von einem einheitlich verstandenen Europabegriff und einer einheitlichen Strategie, Europa zu erreichen, entfernt war. Auch in dieser Frage gilt das Bonmot ehemaliger GVP-Mitglieder, die aus der Retrospektive formulierten, »daß die GVP so viele Meinungen wie Mitglieder hatte«.²² Die Vorstellung, was Europa meinte, wie man zu Europa kam, wie sich Europa verhalten sollte – passiv oder aktiv – darüber fand in der GVP kein programmatischer Verständigungsprozeß statt. Gemeinsam war allen Ideen aber die Vorstellung, Europa müsse sich als unabhängige Kraft beweisen. Der Eurozentrismus sollte den Weltdualismus soweit abbauen, daß er nicht mehr zur Gefahr für den Frieden in Europa werden konnte.

21 Ebd., S. 2 und S. 3.

22 Alfred und Dorothee Willems, »Partei ohne Führer«, in: Aus vergangenen Tagen. Heinemann von seinen Freunden zum 70. Geburtstag gewidmet. Privatdruck (1969), o. S. Im folgenden: »Privatdruck«.

Die GVP in ihrem Entscheidungsjahr 1953

Dieses Programm stieß bei den im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien auf Vorbehalte und ausdrückliche Ablehnung. Wenige Tage nach der Gründung der GVP brachte dies die zweite Lesung zu den Westverträgen an den Tag. Die SPD ignorierte die politischen Einlassungen der GVP völlig. Neutralismus war für ihre Debattenredner kein Thema.¹ Allein Fritz Erler benutzte die Redeweise Heinemanns, der von der schlimmsten Neutralisierung Deutschlands durch die Aufrüstung in beiden Teilen Deutschlands gesprochen hatte, um die Politik der Bundesregierung zu attackieren.²

Die bürgerlichen Politiker von CDU und FDP, in deren Wählerreservoir die GVP einzudringen drohte, wie dies viele CDU- und FDP-Sympathisanten befürchteten,³ lehnten jeden Versuch einer »irrealen Neutralitätspolitik« mit der Begründung ab: »Neutralität heute bringt uns aber keinen Schritt weiter, sondern würde unweigerlich Abkehr von der westlichen Gemeinschaft und Schwächung unserer Position in der Gemeinschaft der westlichen Völker bedeuten, also genau das, was die Sowjetunion will. (...) Wer dazu beitragen will, daß es eines Tages zu einer Vereinbarung der vier Großmächte kommt, (...) muß zunächst einmal den Zusammenschluß der westlichen Welt bejahen und sich deswegen jetzt jeder irrealen Neutralitätsspekulation enthalten. Neutralisten heute verbauen nur den Weg zur freien Wiedervereinigung Deutschlands morgen.«⁴ So formulierte es der Abgeordnete Tillmanns in der Bundestagsdebatte. Tillmanns gehörte dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU an. Er und der Bundestagspräsident Hermann Ehlers vertraten dessen Interessen und Intentionen energisch in der CDU-Fraktion. Der EAK war ja nicht zuletzt im März 1952 deshalb gegründet worden, um seitens der CDU ein Gegengewicht zu den politischen Strömungen in der EKD gegen die Wiederbewaffnung und zur protestantisch dominierten Notgemein-

1 Vgl. Die Debattenbeiträge von Wehner, Dt. Bt., 240. Sitzung, 3.12.1952, S. 11150ff. Arndt, Dt. Bt., 241. Sitzung, 4.12.1952, S. 11364ff. Carlo Schmid lehnte im Juli 1952 ausdrücklich für die SPD die Neutralitätskonzeption ab. Vgl. C. SCHMID, 1952, S. 544.

2 Vgl. Erler, Dt. Bt., 242. Sitzung, 5.12.1952, S. 11481D.

3 Vgl. z. B. die Zuschriften aus Unternehmerkreisen an Scheu, nachdem Scheu sie um Geldspenden für die GVP gebeten hatte. NL Scheu 11. Vgl. auch »Sprengen wir den bürgerlichen Block?«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 8 v. 19.3.1953, S. 7f.

4 Dt. Bt., 241. Sitzung, 4.12.1952, S. 11354 A.

schaft zu schaffen.⁵ Im Wahljahr 1953 entwickelte sich der EAK zeitweilig zu einer regelrechten Anti-GVP-Vereinigung.⁶

Die FDP-Abgeordneten attackierten gleich Tillmanns die politischen Intentionen der neuen Partei. Das FDP-Mitglied Euler malte die Vision an die Wand, die »Gesamtdeutsche Volkspartei mit ihrer *Neutralisierungspolitik* würde, wenn sie zum Zuge käme, nichts anderes bewirken, als daß Deutschland in die Lage Koreas gebracht würde (Zustimmung bei den Regierungsparteien) und daß lediglich für uns in Zukunft das eine in Frage stünde: wann denn der Zeitpunkt eines sowjetischen Angriffs, eines sowjetischen Überfalles gekommen wäre.«⁷ Freiherr von Rechenberg (FDP) sprach sogar in bezug auf die GVP-Leute von den »gesamtdeutschen Morgenthauer(n)« und begründete seine Ansicht folgendermaßen: »Denn das war die Konzeption von Morgenthau, (...), das neutralisierte Deutschland, entmilitarisiert, das von den anderen unter der Fuchtel gehalten wird«⁸.

Wessel betrachtete die von den Vertretern der Regierungsparteien im Bundestag geäußerten Bedenken als Fehleinschätzung, die den sachlichen Kern der GVP-Politik verfehlten. Ihre größte Sorge war die, daß die Verträge »die *Wiedervereinigung Deutschlands* auf friedlichem Wege unmöglich machen«, weil sie eben nicht dem »russischen Sicherheitsbedürfnis«, dem »Angelpunkt für die Wiedervereinigung« entgegenkamen. Sie verlangte nach Wessel die »*Ausklammerung Deutschlands* aus dem westlichen wie aus dem östlichen Militärblock«, dergestalt, »daß sich zwischen den beiden Machtblöcken eine Mitte bildet, die entweder nur Deutschland umfaßt – dessen Sicherheit von allen vier Mächten garantiert wird – oder ein *neutrales Mitteleuropa*.« Keinesfalls entsprach diese Vorstellung ihrer Ansicht nach einer »Morgenthau-Politik«.⁹

Diese Darlegung der GVP-Konzeption betrachtete man wiederum in der FDP als »welfremd« wegen der »geographischen Lage (Deutschlands) an der gefährlichsten, aber auch an der politisch entscheidendsten Stelle von Europa«.¹⁰ Allenfalls bei Einzelgängern innerhalb der FDP konnte die GVP vielleicht Zustimmung und Unterstützung erfahren. Nicht einmal die außenpolitischen Kritiker Adenauers in der südwestdeutschen FDP wollten sich mit der neutralistischen GVP einlassen. Jedenfalls blieb eine Unterredung Heinemanns mit Reinhold Maier im Mai 1953 ohne Folgen. Allein der Kreisverband der Viersener FDP, der sich schon vor Gründung der GVP aufgrund der Rechtsorientierung der nordrhein-westfälischen

5 Vgl. P. EGEN, 1971, S. 90 u. S. 109.

6 Vgl. 2. Tagung des EAK, Juli 1953, zit. n. P. EGEN, 1971, S. 148, 150. Vgl. Ehlers, »Auszüge aus einer Rede in Heidelberg, 27.7.1953: 1. Niemöller, Heinemann, Wirth etc. 2. christliche Fundierung der Politik (Hinweise auf Heinemann)«, in: Rednerdienst Nr. 26, 1953, ACDP, Bestand EAK, Nr. IV-001-040/2.

7 Dt. Bt., 241. Sitzung, 4.12.1952, S. 11362C.

8 Dt. Bt., 240. Sitzung, 3.12.1952, S. 11131B/C.

9 Wessel, Dt. Bt., 241. Sitzung, 4.12.1952, S. 11360A, C u. 11361B.

10 Becker, Dt. Bt., 242. Sitzung, 5.12.1952, S. 11469C.

FDP von seinem Landesverband abgespalten hatte, schloß sich der im Entstehen begriffenen GVP an.¹¹

Die SPD war auch nicht für eine Kooperation zu gewinnen. Bereits die NG hatte ja diesbezüglich denkbar schlechte Erfahrungen mit der größten Oppositionspartei gemacht. Vorerst blieb die GVP demnach auf sich allein gestellt. Sie mußte sich der Notwendigkeit stellen, so schnell wie möglich ein »organisatorisches Gerippe« zu schaffen, »welches ausreicht, um sich mit einiger Aussicht auf Erfolg an der Bundestagswahl beteiligen zu können.«¹² Der Aufbau einer Organisation gestaltete sich dabei äußerst schwierig. Von Anbeginn an stand die praktische Arbeit unter Zeitdruck. Binnen weniger Wochen und Monate war eine Organisation aus dem Boden zu stampfen, Mitglieder hierfür zu gewinnen, geeignete Wahlkreiskandidaten aufzustellen und die Ziele der Partei der Wahlbevölkerung nahezubringen. Nach einer internen Aufstellung der Bundesgeschäftsstelle verfügte die GVP im Frühjahr 1953 erst über 61 Kreisverbände und 84 Kreisverbandsbeauftragte, d. h. in 97 Bundestagswahlkreisen war die GVP wenige Monate vor der Wahl überhaupt noch nicht präsent.¹³ Bis zum Bundesparteitag im Juni 1953 bestanden schließlich in 242 Wahlkreisen mehr oder minder 102 voll funktionsfähige Kreisverbände. In 190 Wahlkreisen hatte man Mitglieder, in manchen nur drei bis fünf.¹⁴

Über all dem hing zusätzlich das Damoklesschwert eines neuen Bundeswahlgesetzes. Die genauen Bedingungen waren bis zum Juli 1952 nicht bekannt, doch in der Tendenz liefen die Vorschläge darauf hinaus, das Auftreten junger und kleiner Parteien zu verhindern.¹⁵ Allein der GVP genügte es nicht, bloß in den Bundestag einzuziehen, sondern sie wollte ihre Politik durchsetzen. Deshalb mußte ihre weitere Aufgabe darin bestehen, »im kommenden Bundestag eine regierungsfähige Mehrheit zu erreichen, welche mindestens die Verträge in der jetzigen Form ablehnt.«¹⁶ Damit war der GVP eine Doppelstrategie vorgegeben: den eigenen Organisationsapparat aufbauen, politische Bündnispartner für den Bundestagswahlkampf suchen und schließlich im Bundestag in der Frage der Westverträge mit der SPD kooperieren.¹⁷

11 Vgl. Kreisvorstand der FDP e. V. an Heinemann, 21.12.1952, NL Hei II Nov. 1952.

12 Bodensteiner, »Die GVP im Aufbau«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 20 v. 12.6.1953, S. 5.

13 Vgl. Bodensteiner, »An die Landesbeauftragten der GVP«, (Februar/März 1953), Archiv Hertel. Heinemann sprach am 21. Februar von 110 Kreisverbänden, zit. n. »Dr. Heinemann in Stuttgart«, in: SOS, 3. Jg., März 1953. Heimann, der im Parteienhandbuch – S. 1948 – von 170 Kreisverbänden schreibt, dürfte wohl auch die Kreisverbandsbeauftragten in seine Zahl einbezogen haben. Seine angeführte Quelle (Bodensteiner, »Die GVP im Aufbau«, in: GVP-Nachrichten Nr. 21, 1953, S. 4) belegt das Datenmaterial nicht. Bodensteiner sprach vielmehr davon, daß die GVP in rund 3/4 aller Wahlkreise Fuß gefaßt habe. Diese Zahl greift aber aus Zweckoptimismus zu hoch. Vgl. Bodensteiners Bericht in der BuVoSitzung am 4.6.1953, zit. n. »Bericht über die BuVo-Sitzung am 4.6.1953 in Essen«, S. 1, NL Hei 375.

14 Zit. n. Bodensteiner, ebd., S. 1.

15 Vgl. JESSE, Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform, S.98-103; vgl. »Rundschreiben GVP-Bundesvorstand«, 7.2.1953, NL Hei 372.

16 Bodensteiner, »Die GVP im Aufbau«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 21 v. 19.6.1953, S. 4.

17 Vgl. Heinemann, zit. n. »Dr. Heinemann in Stuttgart«, in: SOS, 3. Jg., März 1953.

1. Die Suche nach politischen Bundesgenossen für die Bundestagswahl

Die eigene organisatorische Schwäche, die Haltung der großen Parteien und die bevorstehende Wahlgesetzänderung nötigte die GVP zur Fühlungnahme mit den Organisationen und Kleinparteien, die mit ihr die zweigeteilte deutsche Aufrüstung ablehnten. Gelang das, konnte die GVP dann Sammelbecken all jener Kräfte sein, die weder mit dem außenpolitischen Kurs der Regierung noch mit der nicht eindeutigen Haltung der SPD einverstanden waren.¹⁸ Damit liebäugelte Heinemann schon vor Konstituierung der GVP, die verschiedenen Parteien und Gruppen zu einem Block zusammenzuführen. Der Versuch einer Zusammenarbeit mit anderen oppositionellen Kräften mußte sich jetzt weitaus schwieriger gestalten als der Versuch, den die NG bereits als außerparlamentarische, überparteiliche Sammlungsbewegung angestellt hatte. Mit der Fortführung der Notgemeinschaftsarbeit in Parteiform trat aber nun die GVP in Konkurrenz zu den anderen Kleinparteien. Eine sachliche Einigung zwischen den verschiedenen Parteien setzte entweder eine Interessenidentität voraus, oder es mußte gelingen, konfliktrträgliche Punkte im Interesse des übergeordneten Ziels der Wiedervereinigung auszublenden.

Noch während des Status nascendi der GVP hatte sich der Zentralvorstand des bürgerlichen ›Blocks der Mitte/FSU‹, ihm gehörte auch Ulrich Noack an, an Heinemann, Bodensteiner, Scheu, Wessel, Schelz und Krämer mit der Anregung eines Wahlbündnisses oder eines kooperativen Nebeneinanders im kommenden Wahlkampf gewandt. Die Gesprächsbereitschaft seitens der GVP war jedoch damals noch nicht sehr ausgeprägt. Schließlich setzte man Ende 1952 noch auf die eigene organisatorische Stärke. Das sollte sich im Verlauf des ersten Vierteljahres 1953 ändern. Heinemann fand sich im November 1952 namens der Mitadressaten zu einer Aussprache mit den ›FSU-Leuten‹ zwar bereit, wollte aber erst die Gründung der GVP und den ersten Anlauf abwarten.¹⁹

Heinemanns persönliches Verhältnis zu Noack war ja seit den Vorgängen um den ›Ruf zum Frieden‹ des Jahres 1951 gespannt. Daß Heinemann überhaupt auf ein von Noack unterzeichnetes Anschreiben reagierte, daran war Scheu nicht unmaßgeblich beteiligt.²⁰ Noack hatte zwischenzeitlich die Freie Mitte gegründet, sein Nauheimer Kreis war sang- und klanglos eingeschlafen. Das Organ des Nauheimer Kreises, die von Noack herausgegebene Zeitung ›Welt ohne Krieg‹, erschien mit der Juliausgabe 1952 nicht mehr mit dem Untertitel ›Organ des Nauheimer Kreises‹, sondern mit dem Zusatz ›Organ für die Freie Mitte‹. Dennoch stand die Freie Mitte ideologisch in der Tradition des Nauheimer Kreises, wenn auch mit Modifikationen.

¹⁸ Vgl. ebd..

¹⁹ Vgl. Heinemann an Zentralvorstand des Blocks der Mitte/FSU, 22.11.1952, NL Hei 44.

²⁰ Vgl. Scheu an Noack, 2.12.1952, NL Scheu 23.

In der außenpolitischen Zielsetzung einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands hatte sich nichts geändert. Deutschland sollte weiterhin keinem militärischen Paktsystem beitreten und sich weder indirekt noch direkt an einem Aufrüstungsplan beteiligen. Die Frage – und das unterschied die Freie Mitte vom Nauheimer Kreis, dessen Neutralisierungspläne immer die Komponente einer Entmilitarisierung enthielten – ob Deutschland zur Erfüllung seiner internationalen Befriedungsfunktion einer bewaffneten Neutralität bedarf, wurde jetzt nicht mehr grundsätzlich zurückgewiesen, sofern sie von den vier Siegermächten als notwendige völkerrechtliche Voraussetzung zur Verständigung untereinander und mit den Deutschen gesehen wurde.²¹

Die Freie Mitte Noacks und die Frei-Soziale Union, in deren Zentralvorstand Noack gewählt wurde, gingen 1952 ein Bündnis ein. Die FSU, die heute noch in Hamburg besteht, wurde am 9. September 1952 gegründet. Ihr politisch-programmatischer Schwerpunkt lag auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Kernstück ihrer Wirtschaftslehre war die ›Freigeldtheorie‹, die auf Silvio Gesell zurückging, und in der Hortbarkeit des Geldes – die Quelle des Zinses – und in der Hortung von Geld die Ursache für Verwerfungen im Wirtschaftskreislauf sah.²²

Außenpolitisch propagierte die FSU die Neutralität Deutschlands. Noack, der mit FSU-Leuten in Baden-Württemberg in Kontakt stand, kam so über die gemeinsame außenpolitische Linie zur Zusammenarbeit mit der FSU. Beide Gruppen, die überparteiliche Freie Mitte, die allein aus Noack und seinen Anhängern gebildet wurde, und die Partei FSU – schlossen sich am 29. September 1952 mit dem Ziel eines Wahlbündnisses zum ›Block der Mitte/FSU‹ zusammen.

FSU und Freie Mitte, einigten sich in ihrem Ulmer Manifest auf eine gemeinsame Wahlplattform. Das Manifest verknüpfte die außenpolitischen Thesen Noacks mit denen der freiwirtschaftlichen FSU-Programmatik. Das zentrale Anliegen war aber die Herstellung der deutschen Einheit.²³ Genau in diesem Ziel traf sich der ›Block der Mitte/FSU‹ nun wiederum mit dem Anliegen der GVP. Die Gründung der GVP wurde von der Freien Mitte positiv aufgenommen.²⁴ Die Notwendigkeit und Möglichkeit eines breiten politischen Bündnisses auf der Grundlage einer gemeinsamen Außenpolitik führten dazu, daß Bodensteiner wie Scheu unabhängig voneinander den engeren Kontakt mit dieser Gruppe suchten, um eine mögliche Zusammenarbeit für den Wahlkampf auszuloten.

Bodensteiner pflegte das Gespräch mit Teilen der baden-württembergischen FSU. Ihm kam dabei besonders seine Aufgeschlossenheit gegenüber

21 Vgl. »Die Freie Mitte als Sammlungsbewegung«, in: Welt ohne Krieg, 1. Jg., Nr. 8 v. Juli 1952, S. 2.

22 Vgl. zur FSU R. STÖSS, FSU, 1983, S. 1397ff.

23 Vgl. Wilhelm Radecke, Vorsitzender der FSU, – Ulrich Noack, Freie Mitte, – Wilhelm Bäurle, Vorsitzender der FSU-Landesgruppe Baden-Württemberg (Hrsg.): Ulmer Manifest vom 29.9.1952, Lüdenschaid o. J., Archiv J. Müller.

24 Vgl. »Eine gute Botschaft«, in: Welt ohne Krieg, 1. Jg., Nr. 12 v. November 1952, S. 1.

den freiwirtschaftlichen Thesen der FSU zugute.²⁵ Scheu hielt seitens des GVP-Präsidiums den Kontakt zu Noack aufrecht, denn er beurteilte dessen Stellungnahmen zur Bonner Außenpolitik positiv und schätzte sie ähnlich der der GVP ein. Scheu konnte sich durchaus eine Zusammenarbeit mit Noack vorstellen.²⁶ Trotzdem zögerte Heinemann noch, ein Bündnis mit Noack und seinen Gefolgsleuten einzugehen. Noack statt dessen drängte und warnte angesichts der bevorstehenden Wahlen vor einer zu späten Einigung.²⁷

Die eigentlichen Probleme hatten die unterschiedlichen Vorstellungen auf wirtschaftspolitischem Gebiet ergeben. Vor allem der baden-württembergische GVP-Landesvorsitzende Göckeritz und der FSU-Vorsitzende Radecke gerieten in diesen Fragen aneinander. Allerdings konnte Bodensteiner in der Gesprächsphase dadurch den Konflikt entschärfen, daß er sich mit der Notwendigkeit einer Umlaufsicherung des Geldes entsprechend der freiwirtschaftlichen Geldreform anfreunden konnte.²⁸ Heinemann hingegen zögerte noch mit dem Verweis darauf, die Bedingungen der Wahlgesetze müßten erst noch bekannt sein. Doch auch er wollte sich nach Scheus eingehenden Vermittlungen nicht mehr einer Aussprache mit der FSU und Noack verschließen.²⁹

Am 23. März 1953 kam es schließlich zu der entscheidenden Vorbesprechung zwischen Bodensteiner, Scheu und Noack. Obwohl ausdrücklich ohne verbindlichen Charakter geführt, war damit die Entscheidung für eine Zusammenarbeit gefallen. Die Beteiligten waren sich darin einig, daß die politische Situation vor der Bundestagswahl ein gemeinsames Vorgehen zwingend erforderlich mache. In den politischen Grundlinien zwischen ›Block der Mitte/FSU‹ und GVP erkannte man soviel Gemeinsamkeit, daß die Differenzen in anderen Punkten überbrückbar bzw. zurückstellbar erschienen. Im Fall einer möglichen Zusammenarbeit sollte nämlich die Außenpolitik das Schwergewicht des Programms bilden.³⁰

Trotzdem herrschten noch Vorbehalte seitens der GVP, weniger gegenüber Noack als gegenüber Teilen der FSU. Scheu schrieb offen an Noack einen Brief in der Hoffnung, er werde seinen Einfluß diesbezüglich in der FSU geltend machen: »Man hat auf unserer Seite halt doch erhebliche Sorge vor politischen Bocksprüngen und Unüberlegtheiten (...). Lassen wir es uns deshalb ein rechtes inneres Anliegen sein, daß sich die Kräfte der Einigung durchsetzen, ohne daß ein fauler Kompromiß herauskommt. Zu einer endgültigen Absprache werden wir ja ohnedies erst kommen können, wenn Klarheit über das Wahlgesetz besteht.«³¹ Als erste Meldung über

25 Vgl. Radecke an Bodensteiner, 1.1.1953, Archiv Bodensteiner; vgl. auch Bodensteiner an Albrecht, 12.12.1952, Archiv Bodensteiner.

26 Vgl. Scheu an Noack, 2.12.1952, NL Scheu 23.

27 Vgl. Noack, »Liebe Freunde« (hektografiert), 10.2.1953, NL Scheu 23.

28 Vgl. Briefwechsel Göckeritz/Radecke v. 29.1.1953, NL Scheu 23.

29 Vgl. Heinemann an FSU, 4.3.1953, Abschrift, NL Scheu 23; vgl. Heinemann an Noack, 30.3.1953, NL Hei II März 1953; vgl. auch Scheu an Noack, 31.3.1953, NL Scheu 23.

30 Vgl. »Niederschrift über die Besprechung in Würzburg am 23. März 1953«, NL Scheu 23; vgl. auch Scholl an Heinemann, 30.3.1953, Abschrift NL Scheu 23.

31 Scheu an Noack, 5.4.1953, NL Scheu 23; vgl. auch Wessel an Leibersberger, 5.2.1953, NL We STO 40.

ein Zusammengehen der GVP mit dem Noack-Kreis, der FSU und den Anhängern von Otto Strasser in der Presse erschienen,³² benutzte Heinemann das Dementi, mit Strasser-Leuten zusammenzuarbeiten, sofort, um festzustellen, daß lediglich eine Besprechung zwischen der GVP und der FSU vorgesehen sei. Heinemann zögerte noch, mit der FSU zusammenzuarbeiten, doch die Entscheidung war im Grunde genommen schon gefallen.³³

Trotz atmosphärischer Störungen³⁴ führte die Unterredung, die am 12. April 1953 im Hause Heinemanns stattfand, zu dem von Noack und Scheu gewünschten, von Wessel unterstützten und von Heinemann akzeptierten Wahlbündnis. In den wesentlichen politischen Anliegen der drei Organisationen wurde Übereinstimmung erzielt. Für den Wahlkampf hatte man sich auf eine gemeinsame Plattform geeinigt, die in der Tendenz voll den Ansprüchen der GVP gerecht wurde. Außenpolitisch wollte man:

- »1. Ablehnung der zweigeteilten Wiederaufrüstung und Ablehnung jeglicher Militärallianz mit Ost oder West.
2. Die neue Bundesregierung muß die Befreiung aus allen militärischen Bindungen betreiben, die von der Adenauerregierung eingegangen werden.
3. Die Voraussetzung für freie gesamtdeutsche Wahlen ist die Regelung der völkerrechtlichen Stellung eines wiedervereinigten Deutschland auf Grund von Vier-Mächte-Verhandlungen.
4. Das wiedervereinigte Deutschland ist als gleichberechtigtes Mitglied in die UNO aufzunehmen. Seine territoriale Unantastbarkeit wird unter die Garantie der vier Mächte und der UNO gestellt.
5. Die bleibende Aufgabe gesamtdeutscher Außenpolitik ist die Erhaltung der Unabhängigkeit eines geeinten und freien Deutschlands als Land der friedlichen Vermittlung zwischen den Weltgegensätzen.
6. Deutschland darf nur ungeteilt einem europäischen Bundesstaat beitreten. Auch das wiedervereinigte Deutschland kann nur einem Vereinten Europa angehören, das zwischen den atlantischen Seemächten und dem sowjetischen Staatenblock eine vermittelnde und ausgleichende Haltung einnimmt.«³⁵

Damit wurde den außen- und deutschlandpolitischen Vorstellungen der GVP, d. h. der Idee eines wiedervereinigten, blockfreien Deutschlands wie seiner territorialen Sicherung, voll Rechnung getragen. Selbst Wessels Idee eines Europas der Dritten Kraft zwischen den Blöcken fand ihren Niederschlag in der Plattform. Doch das Vereinte Europa war nicht gesamt-europäisch, sondern westeuropäisch gedacht. Das Europa, von dem ge-

32 »Von Wessel bis Strasser«, in: Die Welt v. 9.4.1953.

33 Vgl. »Wahlbündnis GVP/FSU«, in: Die Welt v. 11.4.1953; »Noack und Heinemann«, in: FAZ v. 13.4.1953; »Geplante Wahlfusion zwischen FSU und GVP«, in: Abendblatt v. 10.4.1953.

34 Ein Teilnehmer sprach davon, daß die Atmosphäre in dem Raum »so etwas wie einen Totalitätsanspruch an sich hatte«. Schreiben an Scheu, 13.4.1953, NL Scheu 3.

35 »Essener Vereinbarung vom 12.4.1953«, NL Scheu 23. Für die GVP unterzeichneten Bodensteiner, Heinemann, Posser, Scheu, Wessel. Für die FSU Wilhelm Bäurle, Willi Eberlein, MdL; Wilhelm Radecke; Theodor Reents; Heinrich Weeke, MdL. Für die Freie Mitte Ulrich Noack u. Helmut Timm. Vgl. auch »GVP-Freie Mitte-FSU«, in: FAZ v. 24.4.1953.

sprochen wurde, sollte zwischen den ›atlantischen Seemächten‹ und dem ›sowjetischen Staatenblock‹ vermitteln. Zu diesem Block gehörten aber die osteuropäischen Staaten. Mit anderen Worten, die GVP akzeptierte in dieser Vereinbarung, die von einem gespaltenen Europa ausging, die europäische Teilung. Genau das, was sie für die eigene Nation forderte, nämlich das Selbstbestimmungsrecht, räumte sie damit den osteuropäischen Staaten nicht ein. Anstelle des einen, vermittelnden Europas war nun Westeuropa getreten. In der Vereinbarung zwischen GVP/FSU und Freie Mitte wurde die freisoziale Geld- und Wirtschaftslehre nicht explizit in das gemeinsame Wahlprogramm aufgenommen. Der Abschnitt Wirtschafts- und Sozialpolitik des Wahlprogramms enthielt lediglich drei Kernsätze, denen man die freiwirtschaftliche Theorie kaum, wenn überhaupt anmerkte:

- »1. Wir treten ein für eine wirtschaftliche und soziale Neuordnung.
2. Es ist gemeinsame Überzeugung, daß das heutige Geldwesen reformbedürftig ist.
3. Die Erhaltung der stetigen Kaufkraft der DM soll zur Sicherung der Ersparnisse und dadurch zur Kapitalbildung führen, sowie zur Beteiligung der bisher Besitzlosen an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung.«³⁶

Die GVP hatte ein Wahlbündnis geschlossen, das sie, sieht man einmal von der Namensbildung GVP-Block der Mitte-FSU³⁷ ab, zu keinerlei Zugeständnissen nötigte und in dem sie das Primat der deutschen Frage durchzusetzen vermochte.

Dennoch war das Zusammengehen der GVP mit der FSU innerhalb der GVP nicht unstrittig, wie der nordrheinwestfälische Landesparteitag zeigte. Sicherlich fand dort ein Antrag, das Wahlbündnis abzulehnen, nicht die erforderliche Mehrheit. Immerhin verweigerten aber über ein Drittel der Delegierten die uneingeschränkte Billigung des Wahlabkommens.³⁸ Der tiefere Grund lag darin, daß dort, wo die GVP schwach war, mitunter die FSU-Leute das Bild der GVP mit ihren freiwirtschaftlichen Theorien prägten.³⁹

Die FSU interpretierte das Bündnis GVP/Block der Mitte/FSU als den »einzig(e)n wirkliche(n) deutsche(n) Friedensblock«. Ihre Wahlpropaganda stellte die FSU aber stärker auf das innenpolitische Programm ab; nämlich auf den innenpolitischen Programmpunkt, der die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid verlangte.⁴⁰

Die Vorstellung, durch das Wahlbündnis wären die Kräfte der beteiligten Partner nicht bloß addiert, sondern multipliziert worden,⁴¹ war ein Trug-

36 »Essener Vereinbarung vom 12.4.1953«, NL Scheu 23.

37 Vgl. »Gemeinsamer Wahlkampf«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 13 v. 23.4.1953, (S. 10).

38 Vgl. »Protokoll des LPT in Wuppertal-Elberfeld, 31.5.1953 (Teil 2)«, S. 1, NL Scheu 60. Vgl. auch »Bericht 1. LPT NRW der GVP«, S. 4, NL We 117.

39 Vgl. Diem an Scheu, 19.5.1953, NL Scheu 1; vgl. auch Scheu an Noack, 28.5.1953, NL Scheu 23.

40 Vgl. Radecke, »GVP/Block der Mitte/FSU«, in: FSU (Hrsg.), Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik, 6. Jg., Nr. 8 v. April 1953, S. 1; vgl. auch »Das Wahlprogramm der ›Dritten Kraft‹«, Flugblatt, 1953, Archiv J. Müller.

41 Vgl. »Gemeinsames Ziel – gemeinsame Arbeit«, in: FSU (Hrsg.), Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik, 6. Jg., Nr. 9 v. Mai 1953, S. 1.

schluß. In der veröffentlichten Meinung wurde z. T. die Problematik erkannt und ausgesprochen, worin sie lag: »Es sucht der Splitter den Splitter, doch solche Splitterbrüder ergeben noch lange keine ernstzunehmende politische Familie.«⁴²

Konkret einigte man sich zwischen GVP und FSU auf einen festgelegten Schlüssel, wie die Vertreter der FSU auf den Landeslisten der GVP abzusichern waren, weil nach dem Wahlrecht eine Listenverbindung nicht möglich war und wegen der Kürze der Zeit eine Fusion Schwierigkeiten gebracht hätte.⁴³ Noack selbst hatte nach Mißhelligkeiten mit dem FSU-Vorsitzenden Radecke, die auch mit dessen »Bündnispolitik« mit der nationalistischen Otto Strasser-Gruppe zusammenhingen,⁴⁴ sein Amt im FSU-Zentralvorstand niedergelegt und am 2.6.1953 seinen Austritt aus der FSU erklärt. Er wechselte zur GVP, gründete in Würzburg einen Kreisverband und veröffentlichte sein Organ »Welt ohne Krieg – Organ der Freien Mitte« künftig mit dem Zusatz »Für die Gesamtdeutsche Volkspartei.«⁴⁵ Das GVP-Vorstandsmitglied Respondek nahm das erzielte Wahlbündnis zum Anlaß, zur Zusammenarbeit mit anderen politischen Organisationen aufzufordern, die hinsichtlich der gesamtdeutschen Aufgabe die gleiche Zielsetzung wie die GVP verfolgten. Respondek dachte dabei u. a. an die einzelnen Friedensverbände, aber auch an das Zentrum.⁴⁶ Tatsächlich hat es während der Gespräche zwischen FSU und GVP auch gelegentliche Kontakte mit Zentrumspolitikern gegeben.⁴⁷ Eine Aussprache Heinemanns mit dem Zentrumsabgeordneten Reismann, von dem Heinemann hoffte, nähere Einzelheiten über die geplante Wahlrechtsreform zu erfahren, da dieser Mitglied des Wahlrechtsausschusses war, nutzte das GVP-Präsidiumsmitglied, um die Möglichkeit einer Wahlabsprache bzw. eines Zusammengehens zu erkunden. Eindeutig sprach sich Reismann, der in dieser Frage die Kollegen seiner Zentrumsfraktion hinter sich wußte, gegen derartige Vereinbarungen aus.⁴⁸ Das war nicht verwunderlich. Schließlich war die frühere Zentrumsvorsitzende Wessel gerade deswegen aus ihrer Partei ausgeschieden, weil sie in ihr nicht mehr die politische Position eines unabhängigen Deutschlands zwischen Ost und West glaubte vertreten zu können bzw. dafür keine Mehrheit hinter sich wußte.

Die Mehrheit des Zentrums nahm trotz Ablehnung der Verträge eine von der GVP unterschiedene Haltung ein. Das Zentrum verfocht eben keine Neutralitätsidee, sondern lehnte die Einführung einer Wehrpflicht ab und hielt die Voraussetzungen für die Annahme des Generalvertrages für nicht gegeben. Der Gleichberechtigungsgrundsatz war nach Meinung der Zentrumsmehrheit nicht erfüllt. Damit schied das Zentrum wegen nicht

42 »Der Splitter sucht den Splitter«, in: Das freie Wort v.2.5.1953.

43 Vgl. »Vereinbarung zwischen dem BuVo der GVP und dem Bevollmächtigten des ZV der FSU«, 5.7.1953, NL Scheu 23.

44 Vgl. Noack an Scheu, 27.5.1953, NL Scheu 23.

45 Vgl. Noack an Scheu, 10.6.1953, Scheu an Noack, 13.6.53, NL Scheu 23, Noack an FSU-Vorstand, 2.6.1953, Abschrift, NL Scheu 23.

46 Vgl. Respondek an GVP-Präsidium, 16.4.1953, NL We STO 41.

47 Vgl. »Heinemanns GVP-Gründung in Kiel«, SHV v. 9.3.1953.

48 Vgl. »Absage des Zentrums an GVP«, in: BN v. 16.4.1953.

überbrückbarer Differenzen als möglicher Kooperationspartner für die GVP aus. Folgerichtig scheiterten die Gespräche Heinemanns. Überdies schien dem Zentrum zur Sicherung parlamentarisch-politischen Einflusses die Anlehnung an die CDU besser geeignet.

In einer Wahlabsprache mit der CDU erhielt das Zentrum einen sicheren Wahlkreis zugestanden und verpflichtete sich seinerseits, außerhalb Nordrhein-Westfalens keine eigenen Landeslisten aufzustellen.⁴⁹ Auch dort, wo es zunächst wie in Niedersachsen den Anschein hatte, daß das Zentrum zur Kooperation mit der GVP bereit war,⁵⁰ ging das Zentrum gemeinsam mit der CDU. Die GVP gewann also nicht den politischen Katholizismus, der sich außerhalb der CDU organisiert hatte. Dafür hatte die GVP einen Teil des bürgerlich-neutralistischen Blocks für sich gewonnen.

Als möglicher Ansprechpartner für die GVP boten sich auch jene politischen Gruppierungen an, die die Tradition der politischen Formation evangelischer Christen fortsetzen wollte, wie sie in der Weimarer Republik mit dem CSVD zugrunde gelegt worden war. In Bayern, Hessen und Niedersachsen gab es vereinzelte evangelische Volksdienstgruppen, die als politische Splittergruppen nur regionale bzw. lokale Bedeutung hatten. Eine der rührigsten Volksdienstgruppen arbeitete im hessischen Dillenburg. Einer ihrer Mitbegründer, H. Benner, war auch in Mülheim vertreten gewesen.⁵¹ Heinemann hatte für die Dillenburger bereits als Notgemeinschaftsmitglied in einer überaus erfolgreichen Veranstaltung referiert. Weil sich die GVP dessen bewußt war, daß gerade eine evangelisch orientierte Organisation in ihr Wählerreservoir einbrechen konnte, lag ihr viel daran, mit den Volksdienstgruppen zu einem Übereinkommen zu gelangen, damit die Kräfte in der Wahlauseinandersetzung nicht zersplittert werden würden.⁵² Monatelang bemühten sich Heinemann und vor allem Scheu, der sich darauf berufen konnte, selbst vor 1933 dem CSVD angehört zu haben und seinerzeit dessen Jugendorganisation, die Evangelische Jungfront, aufgebaut und geführt zu haben, um den Dillenburger Volksdienst – ohne Erfolg. Die Kooperation mit den Volksdienstgruppen wurde dadurch erschwert, daß zwischen den einzelnen Gruppen kein Zusammenhang bestand. Allein in Nordrhein-Westfalen hatten sich die einzelnen Volksdienstgruppen am 8. September 1952 zu einem Landesverband des CSVD zusammengeschlossen.⁵³ Er war zunächst einem Zusammengehen mit der GVP aufgeschlossen, doch eine definitive Absprache erfolgte dennoch nicht, weil seitens der GVP keine Mandate angeboten wurden.⁵⁴ Allein mit der lokalen Gruppe in Nürnberg, vertreten durch Julius Zirkelbach, kam es

49 Vgl. Hirsch-Weber, Schütz, Wähler und Gewählte, S. 48f.

50 Vgl. GVP-Landesvorsitzender Reinecke an Wessel, 9.5.1953, NL We 121; Reinecke an Justizminister Dr. Krapp, 9.5.1953, NL We 121.

51 Vgl. »Niederschrift über Tagung in Mülheim am 18./19.10.1952«, S. 8 und S. 14, NL Scheu 92.

52 Vgl. Scheu an Wehn, 2.3.1953; Posser an Mollenhauer, 15.4.1953, NL Scheu 28.

53 Vgl. »In Moers wurde eine Partei gegründet«, in: WAZ v. 9.9.1952.

54 Vgl. Mollenhauer an Scheu, 12.5.1953, NL Scheu 28. Vgl. auch handschriftliche Notizen Scheus auf Schreiben Mollenhauers an Scheu, 27.5.1953, NL Scheu 28.

zu einer definitiven Vereinbarung im Sinne eines Wahlbündnisses. Die GVP sicherte einem Kandidaten des EVD einen aussichtsreichen Listenplatz zu. Im Gegensatz dazu versprach dann der Nürnberger EVD die Unterstützung der GVP durch indirekte Beeinflussung evangelischer Kreise und indem er eine Wahlempfehlung für die GVP kurz vor der Bundestagswahl in Aussicht stellte.⁵⁵ Dazu ist es dann nicht gekommen, weil Zirkelbach wegen des Zusammengehens der GVP mit dem Bund der Deutschen die Wahlabsprache aufkündigte. In der Praxis wäre dieses Bündnis sowieso wenig ins Gewicht gefallen. Der Aktionsradius des EVD ging nicht über seinen Sitz in Nürnberg hinaus, insofern überschätzte die GVP die EVD. Stellt man nun noch in Rechnung, daß gerade Nürnberg sozialdemokratische Hochburg war, dann war das Bündnis von vornherein unerheblich. Die GVP konnte also in beschränktem Umfang bürgerliche Neutralisten und politische Protestanten für eine Zusammenarbeit gewinnen. Beim politischen Katholizismus war ihr ein gleicher Erfolg nicht beschieden.

Nun gab es noch eine dritte Orientierung, die man in der GVP als potentiellen Bündnispartner betrachtete: national-neutralistische Rechtsgruppen. Um ihr Vertrauen warb nach den Treffen in Darmstadt und Neu-Isenburg erneut Scheu, der es innerhalb des GVP-Präsidiums auf sich genommen hatte, mit all den Gruppen Kontakt zu halten, die zumindest in den außenpolitischen Grundlinien mit der GVP übereinstimmten. Scheu trat deshalb an den Deutschen Block heran, um ihn zu einer Kooperation zu bewegen.⁵⁶ Eine mögliche Zusammenarbeit mit den verschiedenen nationalen Gruppen, die schon in der Entstehungsphase der GVP mit ihr Fühlung genommen hatten, gestaltete sich außerordentlich schwierig. Sie waren, wie Scheu es formulierte, »in alle Winde zerflattert«.⁵⁷ Nicht einmal Insider fanden sich mehr in den einzelnen nationalen Oppositionsgruppen zurecht. Letztlich scheiterte eine Kooperation an den Vorbehalten, die man in der GVP gegenüber den »nationalen Elementen« vorhanden glaubte. Umgekehrt erblickten die nationalen Rechten in der GVP eine stark pazifistische Orientierung.⁵⁸

Die nationale Rechte versammelte sich schließlich in der Deutschen Rechtspartei oder ging zum GB/BHE. Allein die ausschließlich in Hessen und auch dort nur regional auftretende, in Marburg, Kassel und Kirchheim agierende Nationale Partei Deutschlands trat von sich aus an die GVP heran, um sich ihr anzuschließen.⁵⁹ Damit war die NPD die zweite Kleinpartei neben der Partei der Frauen, die in der GVP aufging.⁶⁰ Insgesamt war die Bündnispolitik der GVP alles andere als erfolgreich.

55 Vgl. Vereinbarung v. 15.6.1953, NL Scheu 28.

56 Vgl. Scheu an Meißner, 9.5.1953, NL Scheu 89.

57 Scheu an Brehm, 18.5.1953 und Scheu an Cerff, 18.5.1953, NL Scheu 89.

58 Vgl. Brehm an Scheu, 28.5.1953, NL Scheu 89.

59 Vgl. Dülfer an Scheu, 17.4.1953, NL Scheu 89; vgl. Scheu an Noack, 21.4.1953, NL Scheu 89; vgl. Eisenberg an Scheu, 28.5.1953, NL Scheu 38; vgl. Posser, »Bericht über Reise nach Wetzlar/Marburg/Leichlingen, Mai 1953«, NL Scheu 21.

60 Vgl. »Frauenpartei entschlafen«, in: Hamburger Echo v. 13.6.1953.

Die Zusammenfassung politischer Kräfte des außerparlamentarischen Raums, die in den Bundestag drängten, beschränkte sich auf marginale Gruppen. Ihre Einbeziehung machte die GVP noch heterogener als sie es allein aufgrund ihrer eigenen Mitglieder schon war. Selbst bei Sympathisanten der GVP registrierte man diese Heterogenität mit Vorbehalten. Der Theologe Helmut Gollwitzer, einer der engsten Freunde Heinemanns, lehnte gerade deswegen eine aktive Mitarbeit in und für die GVP ab: »Wenn ich nun aber auf viele andere sehe, die sich (abgesehen von der tüchtigen Helene Wessel) um die GVP sammeln und etwas von ihr erwarten, so ist das, wie gesagt, so unterschiedliches Volk, daß ich unmöglich einfach mich damit en bloc solidarisch erklären könnte, sondern mich nur dazustellen könnte, wenn ich mich berufen und in der Lage sähe, diesen zusammengewürfelten Haufen mit in die Richtung zu drängen, die mir politisch vertretbar erscheint (...). U. Noack oder Mochalski oder Nikolaus Koch oder A. v. Martin in allen Ehren, aber daß ich mit ihnen in der politischen Arbeit auch nur einen Tag lang auf einen grünen Zweig käme, kann ich mir nicht vorstellen, auf keinen Fall aber könnte ich ihnen einen Blankoscheck ausstellen. (...)«⁶¹

Die Ansätze der GVP, verstärkt in den Parlamenten Fuß zu fassen, indem man parteipolitische Dissidenten für sich zu gewinnen versuchte, blieben ohne Erfolg. In Schleswig-Holstein hatten sich zehn Abgeordnete zur Fraktion ›Deutscher Wahlblock‹ zusammengeschlossen. Vier kamen von der FDP, die übrigen von der DP.

Im Januar 1953 standen diese evangelischen Abgeordneten vor einer neuen politischen Orientierung. Nun tendierten die einen zurück zur FDP, die anderen wollten zur CDU. Versuche Heinemanns, sie für die GVP zu gewinnen, schlugen fehl.⁶² Damit blieb der GVP eine Verbreiterung ihrer Basis um parlamentarische Vertreter versagt.

Gleiches galt für eine Kooperation mit der SPD. Heinemanns vorsichtiges Vorfühlen bei Fritz Erler, dem er sein Referat ›Grundfragen der europäischen Verteidigung‹ schickte mit der Feststellung, Erler gehe sicher mit den Hauptpunkten dieses Referates einig, blieb ohne politische Folgen.⁶³ Auch jene Strömungen in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, die wie der Vorsitzende der Friedensgesellschaft und des Bundes kriegsgegnerischer Pastoren, Wenzel, dem Grundanliegen der GVP aufgeschlossen waren, sprachen sich gegen die GVP aus. Man befürchtete, daß bei einer Zustimmung zur GVP ihr Wirken in der SPD noch schwieriger werden würde. Die Traditionalisten in der SPD wiederum verweigerten sich deshalb der GVP, weil sie deren kommunistische Unterwanderung befürchteten.⁶⁴ Linkssozialisten, wie der ehemalige Landesminister Erich Arp, ließen deshalb Kooperationsüberlegungen mit der

61 Gollwitzer an Heinemann, 17.7.1953, NL Hei 46.

62 Vgl. Heinemann an Knudsen, 9.1.1953, NL Hei II 1. – 15.1.1953. Vgl. auch Posser, »Information für Herrn Dr. Heinemann vom 17.1.1953«, NL Hei 45; vgl. auch Meinicke-Pusch an Heinemann, 5.2.1953, NL Hei II Februar 1953.

63 Vgl. Heinemann an Erler, 3.2.1953, NL Hei II Februar 1953.

64 Vgl. F. Meyer zu Schwabedissen an Heinemann, 24.1.1953, NL Hei II 16. – 31.1.1953.

GVP fallen, weil man sich eine bessere politische Wirkung dadurch erhoffte, »weiter Opposition innerhalb der SPD zu machen«.⁶⁵

Gleichwohl ließ die GVP nichts unversucht, um zu einem Arrangement mit der SPD zu kommen. Ihr Vorbild war dabei das Abkommen der CDU mit dem Zentrum. In einem Gespräch von Wessel und Heinemann mit Ollenhauer am 9. Juni 1953 versuchten die GVP-Vertreter den SPD-Mann für die Bereitstellung mindestens eines GVP-Direktmandates zu interessieren.⁶⁶ Ollenhauer sicherte zwar zu, dem SPD-Vorstand diese Vorstellungen zu unterbreiten, doch er ließ keinen Zweifel aufkommen, daß damit nicht zu rechnen sei.⁶⁷ Die Absage des SPD-Vorstandes traf die GVP deswegen nicht unvorbereitet.⁶⁸ Bleibt als Fazit: die monatelangen Bemühungen der GVP um außerparlamentarische Stärkung und parlamentarische Unterstützung waren, sieht man von partiellen Erfolgen ab, im großen und ganzen gescheitert.

2. Das verhängnisvolle Wahlbündnis mit dem Bund der Deutschen

a) Die Ausgangslage

Nach monatelangen Diskussionen, Entwürfen, Modifikationen hinsichtlich eines Bundeswahlgesetzes trat schließlich im Juli 1953 ein neues Bundeswahlgesetz in Kraft. Es enthielt die von der GVP erwarteten Restriktionen für kleine und vor allem für neue Parteien. Zwei Klauseln waren es, die die GVP gegebenenfalls empfindlich treffen konnten. Da war einmal die Fünfprozentsperrklausel, die mit dem neuen Wahlgesetz nicht mehr getrennt auf jedes einzelne Bundesland angewandt wurde, sondern sich nun auf das Bundesgebiet bezog.¹ Vor allen Dingen mußte die GVP die Bestimmung des Wahlgesetzes fürchten, die für neue Parteien die Unterschrift von mindestens 500 Wahlberechtigten je Wahlkreis zwingend vorschrieb. Im Falle einer Kandidatur der GVP in allen Wahlkreisen, was ihre Intention war, hatte die Partei demnach 121.000 Unterschriften aufzubringen. Das traf die GVP an ihrem Nerv. Woher sollte sie die organisatorische Kraft hierzu aufbringen?

Das Urteil der GVP über das Wahlgesetz war demnach klar formuliert. Für sie richtete es sich »gegen alle Parteien, die sich gegen die zweigeteilte deutsche Aufrüstung und für die friedliche Wiedervereinigung aussprechen. Es zielt darauf ab, die alten Parteien zu konservieren, ja zu privilegieren, neue Parteien praktisch von der Bundestagswahl auszusperrern

65 Arp an Heinemann, 3.2.1953, Abschrift, NL We STO 41.

66 Vgl. »Protokoll über die Sitzung des Präsidiums am 26.5.1953«, NL Scheu 14; vgl. auch »Heinemann sucht Anlehnung«, in: FAZ v. 9.7.1953, auch Weser-Kurier v. 8.7.1953, auch Frankfurter Neue Presse v. 8.7.1953.

67 Vgl. Heinemann an F. Meyer zu Schwabedissen, 10.6.1953, NL Hei 44.

68 Vgl. Ollenhauer an Heinemann, 2.7.1953, NL Hei 46.

1 Vgl. E. JESSE, 1985, S. 224f.

und damit neuaufkommende politische Bewegungen zu blockieren. Dieses Gesetz bedeutet die Entrechtung der Wähler und die Entmündigung des Volkes. Es schafft zweierlei Recht und zerstört die Grundlagen jeder Demokratie.«²

Heinemann, der 1949 gegen die zerstörerische Wirkung des Verhältniswahlrechts argumentierte, mußte nun erfahren, wie anderen das Wahlrecht zum Vorteil und seiner noch jungen Partei zum Schaden gereichte. Daß das Wahlrecht auch ein politisches Steuerungsmittel sein konnte, dagegen hatte Heinemann 1949 nichts einzuwenden gehabt, wie seine Attacke gegen das Verhältniswahlrecht zeigt: »Warum vertritt die Sozialdemokratie so beharrlich das Listenwahlsystem, das Verhältniswahlsystem, dieses unglücklichste aller Wahlsysteme? Ich antworte: weil der auf Parteiliste gewählte Abgeordnete das willfähige Werkzeug der obersten Parteiführung wird. Denn er kommt ja nur auf die Liste, wenn die Parteiführung ihn draufsetzt, und er kommt vor allen Dingen zum zweiten Mal, wenn später wieder gewählt wird, nur dann wieder auf die Liste, wenn er sich in der Zwischenzeit parteifromm und fraktionsgehorsam benommen hat. Das ist der entscheidende Grund, weshalb die Sozialdemokratie und die Kommunisten dieses Verhältniswahlrecht durchgesetzt haben in Bonn mit Hilfe der Splitterparteien. Wenn aber erst in einer Partei die Führerdiktatur begonnen hat, liebe Freunde, dann haben wir sie nachher auch im Staat, wenn eine solche Partei die Mehrheit erringt.«³

Als die GVP selbst im negativen Sinne vom Wahlgesetz betroffen wurde, reichte sie auf der Grundlage eines Parteitagbeschlusses⁴ Verfassungsbeschwerde gegen das Bundeswahlgesetz ein.⁵ Heinemann kritisierte v. a. die erforderlichen Unterschriften für jeden Wahlkreiskandidaten einer neuen Partei und stellte Parallelen zur Ostzone her: »Hat man sich nicht aufgeregt, daß in der russischen Zone das Wahlgeheimnis weitgehend aufgehoben wurde? Auch das Bonner Grundgesetz sichert den Staatsbürgern geheime Wahl zu. Von einer geheimen Wahl kann aber nicht mehr die Rede sein, wenn zuvor rund 150000* Männer und Frauen öffentlich für die Zulassung bestimmter Kandidaten auftreten müssen.«⁶ Man versprach sich zwar nichts hinsichtlich einer möglichen Unwirksamkeitserklärung der Fünfprozentklausel, doch etwas davon, daß der Paragraph 26 Abs. 1, der die Regelung der Unterschriftenzahl zum Inhalt hatte, für verfassungswidrig erklärt wird – mit Erfolg, wie sich herausstellen sollte.⁷

2 »Wahlgesetz gegen Wiedervereinigung«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 20 v. 12.6.1953, S. 4.

3 G. HEINEMANN, »Wahlrede in Heidelberg im Sommer 1950«, in: ders., Vaterländer, 1976, S. 81.

4 Der einstimmig angenommene Antrag lautete: »Die GVP wird Klage beim BVerfG anstrengen, wenn ein (...) Wahlgesetz angenommen wird, welches darauf abzielt, neue Parteien von der BTW auszuschließen und die Bildung von Parteien, die gegen die Wiederaufrüstung sind, zu sabotieren (...).« Der Antrag ging auf Wessel zurück. »Protokoll der Plenarsitzungen des BPT der GVP am 6./7. Juni 1953 in Essen«, S. 6, NL Hei 375.

5 Vgl. u. a. FAZ, FR, SZ v. 13.7.1953.

6 Heinemann, »Unfares Wahlgesetz«, in: GR, 1. Jg., Nr. 25 v. 17.7.1953, S. 1.

* Heinemann berücksichtigt hier einen Sicherungszuschlag.

7 Vgl. BVerfGE 3, 19ff. Vgl. auch u. a. NN v. 3.8.1953. 1956 schlug Heinemann eine 3%-Sperrklausel vor, die entfallen sollte, wenn sich eine Partei zum zweitenmal an der Wahl zum gleichen Parlament beteilige. Vgl. ders., »Ist die Gründung von Parteien frei?«, in: Die Gegenwart, 2. Jgg., 28.1.1956, S. 43f.

Wie die GVP befürchtet hatte, bestätigte das Bundesverfassungsgericht die Fünfprozentklausel. Ihre strategischen Planungen waren deshalb im Vorfeld darauf ausgerichtet, eben diese Hürde erfolgreich zu überwinden. Sicherlich hatte man mit der antimarxistischen FSU bereits ein Bündnis beschlossen und die evangelische Splitterorganisation EVD miteinbezogen. Allerdings ermangelte es der GVP immer noch der Unterstützung eines großen Partners, die SPD hatte sich ja versagt. Wer blieb noch übrig? Als potentieller Bündnispartner waren da noch ›linke Neutralisten‹, die sich im Mai 1953 zum Bund der ›Deutschen für Frieden und Einheit‹ zusammengeschlossen hatten. BdD, GVP, FSU hatten im weiteren Sinne eine gemeinsame Grundlage. Alle drei lehnten die Westintegrationspolitik Adenauers ab, alle waren sich im Streben nach deutscher Neutralität im Ost-West-Verhältnis einig. Doch schon Nuancierungen dieser Neutralitätspolitik zeigten, daß die Gemeinsamkeiten nicht mit inhaltlicher Identität gleichzusetzen waren. Dachte die Gruppe um Noack an eine weltpolitische Funktion deutscher Neutralität, war der BdD eher geneigt, Neutralität nicht im strikten Sinne zu verstehen, sondern mit ihr eine stärkere Öffnung zum Osten hin zu verbinden, während sich die GVP im Interesse Gesamtdeutschlands aus allem heraushalten wollte.

Exkurs: Der Bund der Deutschen⁸

Wer war nun der BdD, mit dem sich die GVP einlassen wollte? Der Ursprung des BdD führt zurück auf die am 29. Juni 1952 gegründete ›Deutsche Sammlung für Einheit, Frieden und Freiheit‹. In dieser DS schlossen sich verschiedene selbständige antimilitaristische Gruppen und Kreise zusammen.⁹ Ihr politisches Ziel war es, die Wiederaufrüstung zu verhindern und mittels innerdeutscher Gespräche und Verhandlungen auf internationaler Ebene die deutsche Einheit wiederherzustellen.

Etlichen Gruppen der Deutschen Sammlung hing nicht zu Unrecht das Etikett kommunistischer Tarn- und Hilfsorganisationen an. Gleichviel ob diese Charakterisierung zutreffend ist: es stand fest, daß in den Gruppen auch Mitglieder der KPD mitarbeiteten. Beispielsweise gehörten dem ›Arbeitskreis für deutsche Verständigung‹, der die Keimzelle zur ›Deutschen Sammlung‹ bildete, neben den ehemaligen linken Zentrumspoliti-

8 Die folgenden Darlegungen stützen sich, soweit nichts anderes angegeben ist, auf folgende Quellen: R. DOHSE, 1974, S. 136 – 141; R. SCHÖNFELDT, 1983, S. 856 – 859. M. ROWOLD, 1974, S. 136/164, P. MOLT, 1955, S. 120f. »Erklärung Charlotte Fleischmann«, 26.8.1953, NL Scheu 95. »Erklärung Georg Jost«, 26.8.1953, NL Scheu 95. »Erklärung Georg Wieber«, (26.8.1953), NL Scheu 95.

9 Arbeitskreis für deutsche Verständigung und einem gerechten Friedensvertrag, Ausschüsse gegen die Remilitarisierung, die WAA (?) der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, Westdeutsches Friedenskomitee, Gesamtdeutscher Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft, Führungsring ehemaliger Soldaten, Westdeutsche Frauenfriedensbewegung, Westdeutsches Treffen der Jungen Generation, Deutsches Arbeitskomitee gegen Remilitarisierung. Vgl. »Deutsche Sammlung. Bewegung für Einheit, Frieden und Freiheit«, Flugblatt, (1952), NL We 74. Z. T. wirkten in einzelnen dieser ›Gruppen spätere GVP-Mitglieder mit: A. Haumann, A. v. Martin, H. Mochalski u. a..

kern Wilhelm Elfes¹⁰, Joseph Wirth¹¹ u. a. auch die ehemalige Reichstagsabgeordnete der DVP, Freifrau von Kardorff-Oheimb, die kommunistische Bundestagsabgeordnete Grete Thiele und das Mitglied des KP-Partei-vorstandes Oskar Neumann an.

Elfes hatte sich bereits nach 1945 um eine Verbindung von Christen und Sozialisten in einer ›Partei der Arbeit‹ bemüht.¹² Wirth hatte dadurch Furore gemacht, daß er Ende 1951 mit dem Ziel einer innerdeutschen Verständigung eine politische Reise in die SBZ unternahm.

Das isolierte Nebeneinander der einzelnen antimilitaristischen Gruppen erwies sich letztlich hinderlich für ihre Politik gegen den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung. Zur Bündelung der Kräfte schloß man sich zur ›Deutschen Sammlung‹ zusammen. Damit bildete sie das linke Pendant zur NG, die bereits ein halbes Jahr vor der DS gegründet worden war. Der vormalige Reichskanzler Wirth begründete seine Mitarbeit in der DS mit der von ihm in der Weimarer Republik praktizierten Rapallo-Politik, von deren Neuauflage er sich auch in der gegenwärtigen Situation eine friedliche Lösung des Ost-West-Konfliktes versprach.¹³

Diese ostorientierte Politik setzte im inneren die Zusammenarbeit mit Kommunisten voraus. Es war deshalb nichts Außergewöhnliches, wenn beispielsweise ein KP-Funktionär wie Max Reimann auf der gleichen Versammlung wie Wirth sprach. Ihren ersten Höhepunkt erlebte die DS im November 1952 mit ihrer Cannstatter Konferenz. Ihr war eine Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage in Ostberlin vorausgegangen. So fügte sich die »Konferenz für deutsche Einigung und nationale Unabhängigkeit« in Cannstatt in das ostdeutsche Konzept ein, eine gesamtdeutsche ›Nationale Front‹ zu konstituieren.

Charlotte Fleischmann, selbst Ratsmitglied der DS, stellte bei ihrem Austritt aus dem BdD fest, daß alle Resolutionen und Manifestationen der DS bis auf marginale Abweichungen textidentisch mit den von der KPD und SED herausgegebenen Schriften und Materialien waren.¹⁴ Im Gegensatz zur GVP fällt auf, daß die DS zwar von einem »starke(n) und unabhängige(n) Deutschland« als »einem Hort des Friedens in Europa«¹⁵ sprach, sich aber nicht von Ost wie West gleichermaßen abzugrenzen versuchte.¹⁶ Trotz des Anspruchs, einen unabhängigen Kurs Deutschlands zu verfolgen, war man gegenüber der DDR aufgeschlossener als gegenüber

10 Elfes war nach 1945 Mitbegründer der CDU, 1945 – 1950 MdL in NRW, 1945 – 1951 Oberbürgermeister und Stadtdirektor in Mönchengladbach. 1951 wurde er aus der CDU ausgeschlossen. Den NL Elfes verwaltet das Stadtarchiv Mönchengladbach. Allerdings enthält er kaum Archivalien zum BdD. Zu Elfes s. a. R. SCHÖNFELDT, 1983, S. 850, FN 5.

11 Wirth gründete 1948 nach der Rückkehr aus der Emigration die ›Union der Mitte‹, ein Versuch, Zentrum und linke CDU zusammenzuführen. Er unterhielt politische Kontakte zu Politikern aus der DDR und UdSSR und gehörte zu den ›linken‹ Westintegrationsgegnern. Zu Wirth s. a. R. SCHÖNFELDT, 1983, S. 857, FN 16.

12 Vgl. Elfes, »Christen und Sozialisten«, Broschüre, Pfingsten 1947, NL Scheu 16.

13 Zit. n., »Erklärung-Fleischmann«, S. 4.

14 Vgl. ebd., S. 5.

15 »D S. Bewegung für Einheit, Frieden und Freiheit«, Flugblatt, NL We 74.

16 Vgl. Rede Elfes am 19.3.1953 in der DDR, in: Rat der Deutschen Sammlung, »Der Weg zur deutschen Einheit und Unabhängigkeit«, Düsseldorf, März 1953, hier S. 6.

der Regierung der Bundesrepublik. Wirth und Elfes reisten wiederholt in die DDR,¹⁷ gaben sich gesprächsbereit; im Vergleich dazu ließ die Kritik an der Bundesregierung nichts zu wünschen übrig. Sie wurde schlichtweg zum »Feind«¹⁸ erklärt.

Respondek, der von sich behauptete, Wirth auf die gesamtdeutsche Linie gebracht zu haben, kritisierte die uneingeschränkt positive Haltung des ehemaligen Reichskanzlers zur DDR, weil er sich dadurch und mit seinen Auftritten mit kommunistischen Funktionären um die Wirksamkeit seiner Politik brachte.¹⁹ Es ist verständlich, daß die offiziöse Presse der DDR die DS im Vergleich zur GVP positiv bewertete.²⁰

Die DDR-Presse bezeichnete »die Partei Dr. Heinemanns (als) ein totgeborenes Kind« und kritisierte die GVP: »Wer in der gegenwärtigen Situation objektiv die Spaltung der patriotischen Kräfte betreibt und damit Adenauer und seinen Plänen Vorschub leistet, der steht im Widerspruch zu den breitesten Teilen des deutschen Volkes (...) Es wird sich zeigen, daß nur die Deutsche Sammlung, die *allen* Patrioten ihre Tore öffnet und die die Rolle und Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf um die Einheit und um den Frieden begreift und anerkennt, der Sympathie, Unterstützung und Gefolgschaft der Patrioten in Ost und West unseres Vaterlandes sicher sein kann.«²¹

Noch am 29. März 1953 hatte es der Rat der DS bei einer Tagung in Düsseldorf abgelehnt, sich zu einer Partei zu konstituieren. Deshalb kam seine Umwandlung in eine Partei am 10. Mai 1953 um so überraschender. Über die Motive der Parteiwendung der DS zum »Bund der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit« kann nur spekuliert werden. Lag es daran, daß sich die Erfolglosigkeit der KPD bei der kommenden Bundestagswahl abzeichnete? Hoffte man, die Niederlage mit dem BdD aufzufangen, weil mit ihm durch patriotische und gesamtdeutsche Parolen auch bürgerliche und nichtkommunistische Wähler zu erreichen waren? Glaubte man vielleicht, die GVP würde der DS den Rang ablaufen und die SED eine politische Einflußmöglichkeit in der Bundesrepublik verlieren? Der BdD legitimierte seine Gründung wie folgt: »Der »Bund der Deutschen« tritt jetzt auf den Plan, da es für uns alle gilt, das Steuer in der Bundesrepublik mit starker Hand herumzureißen und unser Volk vor der Katastrophe eines neuen Krieges zu bewahren.«²²

In der Intention traf sich damit der BdD mit der GVP. Dennoch unterschieden sich beide Parteien nicht nur in der Frage des Verhältnisses zu den Kommunisten. Unverhohlen griff der BdD in das Arsenal nationalistischer Argumentation, wenn er die Politiker, die die Westverträge

17 Vgl. RDS, »An alle Bundestagsabgeordneten«, 15.3.1953, NL We 133.

18 DS, »Millionenbewegung aller Patrioten«, 20.3.1953, Archiv J. Müller.

19 Vgl. Respondek an Föhr, 5.8.1952, Abschrift, NL Hei II Mai 1954.

20 Vgl. »Die »Deutsche Sammlung« – Millionenbewegung aller Patrioten Westdeutschlands«, in: Die Freiheit (Halle) v. 20.3.1952. Vgl. auch »Die Aufgaben der DS«, in: Union (Ost-CDU) v. 28.3.1952. Vgl. auch D. KOCH, Heinemann, 1972, S. 398ff.

21 »Eine notwendige Bemerkung«, in: Sächsische Zeitung (Görlitz) v. 24.3.1953.

22 »Wahlprogramm des BdD«, 7.6.1953, S. 1, NL Scheu 16.

gebilligt hatten, der »Unterwerfungspolitik« bezichtigte, »ein selbständiges und unabhängiges Deutschland nationaler Größe« propagierte, eine »starke vaterländische Regierung« wollte und behauptete, Gehalt und Folgen der Westverträge würden »das Versailler Diktat weit in den Schatten stellen.«²³

Ostkontakte waren für den BdD ebenso selbstverständlich wie die Tatsache, daß bei ihm auch Kommunisten mitwirkten. Obschon Partei, erlaubte der BdD eine Doppelmitgliedschaft – ein ablehnender Antrag hierzu kam auf dem Gründungsparteitag nicht zum Zuge²⁴ – im Vorstand erschien erneut die KP-Politikerin Thiele. Verstärkt wurde dieser negative Eindruck, den der BdD in der bundesdeutschen Öffentlichkeit genoß, schließlich durch Wirths wiederholtes Eintreten gegen den von der Bundesregierung gestellten Verbotsantrag gegen die KPD beim Bundesverfassungsgericht.

b) Der Weg zum Bündnis und der Dissens in der GVP

Es war nun die heikle Frage für die bürgerliche GVP, ob sie sich im Sinne eines übergeordneten Wahlzieles mit dem linksneutralistischen BdD zusammen tun sollte. Erstmals erfolgte im Mai 1953 eine Kontaktaufnahme zwischen BdD und GVP. Kontakte zum BdD wie das schließlich eingegangene Bündnis der GVP mit ihm waren innerhalb der GVP stets strittig. Als sich der BdD am 10.5.1953 konstituiert hatte, erfolgte umgehend eine Distanzierung der GVP. Auf Anfrage teilte Heinemann mit, daß zwischen beiden Parteien keinerlei Verbindung bestünde.²⁵

Auf dem Landesparteitag der hessischen GVP erklärte Heinemann unzweideutig: »Glaubt man, ich sei aus der Bundesregierung ausgetreten, um mich an die Ost-Berliner Strippe legen zu lassen?«²⁶ Die Politik, die die NG schon gegenüber der DS praktizierte,²⁷ schien sich jetzt im Verhältnis GVP-BdD fortzusetzen. Seitens des BdD grenzte man sich zwar auch von der GVP ab, doch bei weitem nicht derart rigoros, wie dies die GVP tat. In der Proklamation auf dem BdD-Gründungsparteitag hieß es: »Innerhalb der Partei Dr. Heinemanns mögen viele zwar den aufrichtigen Willen haben, zu einer gesamtdeutschen Lösung zu gelangen, aber es fehlt dieser Partei die Beziehung zu breiten Volksschichten, und ihre Gesamteinstellung zur innerdeutschen Verständigung ermöglicht ihr nicht, die erforderliche Brücke zum Osten zu finden.«²⁸ Das Wahlprogramm des BdD

23 »Wahlprogramm des BdD«, 7.6.1953, S. 1 und S. 4, NL Scheu 16.

24 Vgl. Hilarius Rady an Elfes, Offener Brief, 17.5.1953, (hektographiert), S. 4, NL Scheu 36. Rady hatte, bevor er mit dem BdD brach, vielfältige Funktionen in den einzelnen linken Organisationen inne. Er war u. a. BdD-Vorstandsmitglied, im Präsidium des Hauptausschusses für Volksbefragung, im Präsidium der Nationalen Front, im Präsidium des Westdeutschen Friedenskomitees, Präsidiumsmitglied der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, Vorstandsmitglied des Demokratischen Kulturbundes und Mitglied der KP.

25 Vgl. Heinemann, zit. n. »Joseph Wirth will in den Bundestag«, in: Der Mittag v. 12.5.1953; vgl. auch Posser, zit. n. »Gesamtdeutschland ohne Krieg«, in: Oberhessische Presse v. 21.5.1953.

26 Heinemann, zit. n. »Heinemann gegen Verdächtigungen«, in: FAZ v. 12.5.1953.

27 Vgl. Wessel an Respondek, 1.8.1952, NL We STO 35.

28 Zit. n. Rady, Zweiter offener Brief, 31.8.1953, (hektographiert), S. 7, NL We 97.

vom 7.6.1953 wiederholt diesen Tenor wesentlich kritischer, wenn es heißt: »Die GVP verneint die vorrangige Notwendigkeit der innerdeutschen Verständigung und bezieht eine einseitige und feindliche Haltung gegen den Osten. Sie will die Entscheidung über alle deutschen Fragen ausschließlich in die Hände der Großmächte legen und wirkt so schon dem ersten Schritt der deutschen Selbstbestimmung entgegen.«²⁹

Genau jene Öffnung zum Osten hin zu sein, beanspruchte der BdD für sich. Elfes bezeichnete es auf der konstituierenden Versammlung als besonders schmerzreich, daß es nicht gelungen sei, mit Heinemann, den er persönlich sehr schätze, zu einer Einigung zu gelangen. Man hätte ihn gern an die erste Stelle gestellt.³⁰ Belege dafür, daß der BdD dies ernsthaft wollte, lassen sich in dem vom Verfasser untersuchten Archivbestand nicht finden. Das heißt aber nicht, daß man von verschiedener Seite nicht schon im Mai versucht hätte, beide Organisationen in ein »zweckdienliche(s) Verhältnis«³¹ zueinander zu stellen. Wenn man in der GVP überhaupt an eine Zusammenarbeit dachte, dann in dem Sinne, herauszufinden, ob nichtkommunistische Teile des BdD für die GVP zu gewinnen waren.³² Erneut ist Adolf Scheu im Hintergrund erster Kontaktmann, der diese Aufgabe übernahm. Scheu traf deswegen mit dem bürgerlichen Exponenten des BdD, Wilhelm Elfes, am 16.5.1953 zu einer Unterredung zusammen. Dieses Gespräch hatte eines gezeigt, wollte die GVP mit dem BdD zusammenarbeiten, dann ging das nur unter Inkaufnahme des kommunistischen Teils im BdD. Darüber hatte sich Elfes gegenüber Scheu eindeutig ausgelassen: »KP-Leute können und wollen wir nicht ausschließen.«³³ Noch im Juli 1953 konnte sich Scheu aufgrund dieses Gespräches eine Zusammenarbeit mit dem BdD überhaupt nicht vorstellen. Während eines beruflich bedingten Aufenthaltes in der Schweiz erklärte er in einem Gespräch mit einem Schweizer Journalisten, daß die GVP solange nicht mit der Wirth-Partei am selben Strick ziehen könne, als jene mit den Kommunisten zusammenarbeite. An sich stimmte seiner Meinung nach die außenpolitische Konzeption beider Parteien überein und auch persönlich könne nichts gegen Wirth und Elfes vorgebracht werden. Aber die Tatsache, daß Wirth mit der DDR zusammenarbeitete, von dort wohl auch Geld bezöge und sich zu Propagandazwecken mißbrauchen ließe, mache jedes Zusammengehen unmöglich.³⁴

Sicherlich sprach damit Scheu für das GVP-Präsidium, doch nicht für die gesamte Mitgliedschaft. Daß die GVP in der Frage der Zusammenarbeit mit dem BdD keine einheitliche Auffassung vertrat, hatte sich auf dem ersten Bundesparteitag im Juni 1953 gezeigt. In dieser Frage ging offen-

29 »Wahlprogramm des BdD«, 7.6.1953, S. 6, NL Scheu 16.

30 Elfes, zit. n. »Neue Partei gegründet«, in: Offene Worte zum Zeitgeschehen, 2. Jg., Nr. 9 v. Mai 1953.

31 Nikolaus Koch, Paul Debes an Heinemann, 5.5.1953, Abschrift, NL Scheu 16; vgl. auch dies. an Elfes, 6.5.1953, Abschrift, NL Scheu 16.

32 Vgl. Siebert an Scheu, 15.5.1953, NL Scheu 16.

33 Zit. n. »Handschriftliche Notizen Scheus einer Unterredung mit Elfes am 16.5.1953«, NL Scheu 16.

34 Zit. n. »Ziele der GVP«, in: Die Tat v. 3.7.1953.

sichtlich ein Riß durch die Partei. Bodensteiner, Scheu und Posser sprachen sich eindeutig gegen den BdD aus. Helene Wessel hielt sich auffallend zurück. Das Vorstandsmitglied Werner Reinecke sprach gar davon, daß es allein aus den Erfahrungen vor 1933 nicht verantwortet werden könne, daß die GVP die Krücken für eine neue Diktatur abgeben solle.³⁵ Bodensteiner meinte kritisch, Wirth hätte es unterlassen, sich nach Gründung der GVP mit der GVP in Verbindung zu setzen. Trotzdem hätte man sich seitens der GVP um Gespräche bemüht, die aber keine Einigung ergeben hätten. Jetzt versuche Wirth Verwirrung in die Reihen der GVP zu tragen.³⁶ Andere waren vorbehaltlich der Ausschaltung der Kommunisten im BdD zur Zusammenarbeit bereit.³⁷ Ihnen stand eine geschlossene Gruppe von Befürwortern eines Bündnisses mit dem BdD gegenüber. Die Befürworter rekrutierten sich aus dem Kreis um Mochalski. Heinz Krämer meinte, der Feind, den es zu bekämpfen gelte, stünde rechts, die Vikarin Erica Küppers wollte »keinen Eisernen Vorhang zwischen Friedensparteien« und Mochalski selbst unterstrich die Notwendigkeit der Einigkeit aller oppositionellen Kräfte.³⁸ Das Meinungsspektrum reichte von entschiedener Befürwortung über skeptische Zurückhaltung bis hin zur eindeutigen Ablehnung einer Zusammenarbeit mit dem BdD. Heinemann, der sich noch im Mai 1953 in Hessen strikt gegen eine Kooperation ausgesprochen hatte, argumentierte nun etwas zurückhaltender, schließlich stand in dieser Frage die Einheit der Partei auf dem Spiel. In seiner Schlußrede auf dem Parteitag im Juni 1953 führte er zum Verhältnis GVP-BdD aus: »Die GVP will keinen Streit mit einer Partei, die der Politik Adenauers widersteht. Wir werden sie nicht schlecht machen und wir werden versuchen, aus der Gesamtsituation das Beste zu machen, um Dr. Adenauer zu hemmen. Die GVP läßt es sich nicht verbieten, mit den Menschen zu reden, mit denen sie will. Die GVP ist frei von einem Fraktionszwang! Wir ziehen es vor, selbst für uns zu denken und lehnen es ab, daß andere für uns denken wollen.«³⁹ Damit redete Heinemann einem Bündnis mit dem BdD nicht das Wort, doch er schloß auch nicht eine Kooperation mit ihm aus, in welcher Form auch immer. Entgegen anderslautenden Berichten in der Presse sprach sich der Parteitag nicht grundsätzlich gegen eine Zusammenarbeit mit dem BdD aus. Eine von Bodensteiner verlesene Erklärung zur DS erweckte diesen Eindruck. Ein Zusammengehen der GVP mit dem BdD wurde von ihm kategorisch abgelehnt, er erklärte, eine politische Gemeinschaft mit

35 Zit. n. »Protokollabschnitt über den 1. BPT der GVP in Essen am 6.6.1953«, (Hans Stempel), S. 2, NL Hei 375. Vgl. auch Bodensteiners Bericht auf dem LPT der GVP in Bayern: »Eine Zusammenarbeit mit der neuen Partei von Herrn Wirth lehnt die GVP an. In ihrem Vorstand sitzt die Kommunistin Frau Thiele.« Wirth habe zunächst die außerparlamentarische Aktion vertreten und sei jetzt »plötzlich umgeschwenkt«. Zit. n. »Protokoll über den 1. LPT der GVP in Bayern am 30./31. Mai 1953«, (S. 3), NL Hei 374.

36 Ebd., S. 1.

37 Vgl. ebd..

38 Ebd. und »Protokoll über den 1. BPT der GVP in Essen am 6.6.1953«, (Schäfer, Willems), S. 2, NL Hei 375.

39 »Heinemanns Schlußwort«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 20 v. 12.6.1953, S. 4. Vgl. auch »Zusammenfassung der Protokolle über die Plenarsitzungen am BPT der GVP, 6./7. Juni 1953, S. 2, NL Hei 375.

der KP sei undenkbar. Bodensteiner sagte, für die Gründung des BdD gebe es nur eine Erklärung: Entweder habe er ein anderes Ziel als die GVP oder er stehe unter Direktion der KP.⁴⁰ Der Parteitag hatte über den BdD weder positiv noch negativ befunden.

Eine Einigung in dieser Frage schien gleichwohl im Bereich des Möglichen liegend.⁴¹ Die bisherige Diskussion hatte aber gezeigt, daß im Falle einer Zusammenarbeit von GVP und BdD die internen Konflikte in der GVP unabsehbar würden. Wie vehement diese Auseinandersetzung würde, zeigte der Disput, der sich aufgrund eines Artikels in den GVP-Nachrichten am 15.5.1953 entspann.⁴² Polemisch rechnete der Autor unter der Überschrift »Separatisten« mit den beiden deutschen Regierungen ab, die er der Willfährigkeit gegenüber den Hegemonialmächten bezichtigte. Die Deutsche Sammlung wurde als Ulbrichts »Instrument« bezeichnet, »das geschickt unter umgekehrter Devise laufend, alle echten Wiedervereinigungsbestrebungen im Westen torpedieren und zersplittern soll.«⁴³ Der Verfasser unterstellte Ulbricht, daß dieser seinem erklärten Widersacher, Bundeskanzler Adenauer, und sich selbst einen großen Dienst erweise, wenn sein Plan mit der DS aufgehe. Man garantiere sich gegenseitig die Throne in der Hoffnung, daß bei einer gewaltsamen globalen Auseinandersetzung das eigene System Sieger bleiben werde.⁴⁴ Dieser Auffassung zufolge waren beide, Ulbricht wie Adenauer, »Separatisten«, denen nicht an einer deutschen Wiedervereinigung gelegen war. Um sie zu torpedieren, setzte dieser Meinung folgend die SED die westdeutsche DS als Obstruktionsinstrument ein. Abgesehen von der persönlichen Polemik dieses Artikels, die man im GVP-Präsidium selbst nicht billigte,⁴⁵ gab es Zuschriften aus den Reihen der GVP auf diesen Artikel, die seine inhaltliche Tendenz nicht nur für falsch hielten, im Gegenteil die umgekehrte Schlußfolgerung zogen. Aufgrund der außenpolitischen Gemeinsamkeit zwischen BdD und GVP forderten sie zumindest eine gegenseitige Tolerierung beider Organisationen. Begründet wurde dies mit einem aufschlußreichen historischen Vergleich. Die schrittweise Ausschaltung der Opposition im Jahre 1933 verstand man als Beleg für die Notwendigkeit eines kooperativen Nebeneinanders zwischen GVP und BdD.⁴⁶

Entscheidend für die Zusammenarbeit mit dem BdD war aber immer der Sachverhalt, wie man sich seitens der GVP zu den Kommunisten stellen

40 Bodensteiner, zit. n. »GVP veranstaltet BPT«, in: MZ v.8.6.1953; vgl. auch FR v. 8.6.1953, FAZ v. 8.6.1953, HA v. 8.6.1953, WT v. 8.6.1953.

41 Vgl. den kritischen Brief Mochalskis (Schreiben v. 18.6.1953) an das BdD-Vorstandsmitglied C. A. Weber, »Zwei Parteien. Ein Briefwechsel um die GVP und einen Artikel«, in: DW v. 1.7.1953. Vgl. auch Küpper an Wessel, 15.6.1953, NL We 124.

42 K.T.S. (d. i. Siebert), »Diesseits und jenseits der Elbe: Separatisten«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 16 v. 15.5.1953, S. 1f.

43 Ebd., S. 2.

44 Ebd..

45 Vgl. »Protokoll über die Sitzung des Präsidiums am 17.6.1953«, NL Scheu 14. Da andere Ausgaben der GVP-Nachrichten wiederholt starke Kritik in der Partei fanden, schied der Redaktionsmitarbeiter Siebert aus.

46 Vgl. Ch. Koch, Leserbrief, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 18 v. 29.5.1953, S. 6. Vgl. auch Achelis-Bezzel an BuVo, 20.5.1953, NL Scheu 16.

sollte. Das war der eigentliche neuralgische Punkt. Der Herausgeber der Zeitschrift ›Glaube und Vernunft‹ und Leiter des ›Arbeitskreises Katholischer Jugend gegen die Wiederaufrüstung‹, Ludwig Zimmerer, umriß in einem wohlgedachten Aufsatz in den GVP-Nachrichten die grundsätzliche Problematik der Arbeit der politischen Gegner der Wiederaufrüstung: »Verzichtet der Teil der Friedensbewegung, der die ganze Friedensbewegung umfassen will und die Zusammenarbeit mit den Kommunisten praktiziert, grundsätzlich auf die Kritik an den Maßnahmen der DDR und der Sowjet-Union, so bringt er all jene Friedensfreunde, die in diesem Teil der Friedensbewegung arbeiten wollen, ohne aufzuhören, Nichtkommunisten und Gegner des Kommunismus und damit auch Gegner der Entwicklung der DDR zu sein, in eine schwierige Lage.«⁴⁷ Zimmerer erkannte auch das Dilemma, in das die GVP durch die offiziellen Stellen der DDR gebracht werden könnte: »Sie (gemeint sind die Kommunisten in der DDR, J. M.) können dadurch, daß sie ein Verhandeln mit Dr. Heinemann ablehnen und für sie in Sachen ›Friedensbewegung‹ nur mehr Dr. Wirth kompetent ist, Dr. Heinemann in eine ausweglose Lage drängen, in der er nur mehr eine schöngestige Politik zu machen vermag. Werden diese Fronten so beibehalten, wie sie sich jetzt abzuzeichnen beginnen, dann wird in der Friedensbewegung eine Spaltung fixiert, dann sind vielleicht beide Teile zur Wirkungslosigkeit verurteilt.«⁴⁸ Als Folge hieraus ergab sich, daß die Verschiedenheit der Strömungen der Wiederbewaffnungsgegner akzeptiert wurde, ohne ihre Spaltung hinzunehmen. Das offizielle Organ der GVP, der GVP-Nachrichtendienst, plädierte mit der Übernahme dieses Artikels von Ludwig Zimmerer indirekt für eine Zusammenarbeit von DS und GVP.

Der sich allmählich entwickelnde Näherungsprozeß zwischen beiden Organisationen ist vor allem vor dem Hintergrund zu verstehen, der durch das neue Wahlgesetz und durch die Absage der SPD⁴⁹ an die GVP bedingt wurde. Schließlich war es nur eine Frage der Zeit, welchen Modus vivendi et procedendi man finden würde. Der Parteitag der GVP hatte im Juni 1953 bereits die Grundlage für eine Zusammenarbeit mit dem BdD geschaffen. Er hatte durch einstimmigen Beschluß den Bundesvorstand bevollmächtigt, »alle Maßnahmen zu treffen, welche ihm zur Erzielung eines bestmöglichen Erfolges bei der Bundestagswahl 1953 geboten erscheinen. (...) Die GVP muß im Stande sein, sich allen rechtlichen und politischen Erfordernissen anzupassen, welche sich aus dem z. Zt. noch nicht vorliegenden Bundestagswahlgesetz etwa ergeben könnten«.⁵⁰

Wenige Tage nachdem die anvisierte Kooperation mit der SPD gescheitert war, fand in Berlin am 11. Juni eine vertrauliche Besprechung der GVP-Mitglieder Ruth Achelis-Bezzel, Erica Küppers, Heinz Krämer – sie befür-

47 Zimmerer, »Die Friedensbewegung ist in Gefahr«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 18 v. 29.5.1953, S. 3.

48 Ebd., S. 4.

49 Vgl. Hermann Etzel an Wessel, 9.7.1953, NL We STO 42.

50 »Protokoll der Plenarsitzungen des BPT der GVP, 6./7. Juni 1953 in Essen«, (1. Fassung), S. 6, NL Hei 375.

worteten ein Zusammengehen mit dem BdD – Heinemann und Respondek u. a. mit den BdD-Vertretern Elfes, Dechant Emonds, Textor statt. Elfes forderte eine Fusion beider Organisationen; Heinemann legte dar, vor jeder Forderung hätten zwei Voraussetzungen bindende Wirklichkeit zu sein: »a) keine Mitglieder der KPD und b) keine Gelder von der KPD oder SED, direkt oder indirekt.«⁵¹ Da Elfes hierzu die Antwort schuldig blieb, hielt Respondek das Thema Fusion ein für allemal erledigt. Die Gespräche zwischen beiden Organisationen gingen dennoch weiter.

Zwischenzeitlich hatte der Bundestag am 25.6.1953 in der dritten Lesung das Bundeswahlgesetz verabschiedet. Wessel sah dadurch die »Gleichheit der Chance in Frage gestellt«, sprach von der »Mißachtung der Spielregeln der Demokratie.«⁵² Nichtsdestotrotz hatte sich die GVP mit den Gegebenheiten abzufinden. Es setzte sich die Meinung durch, weiter mit dem BdD zwecks eines Wahlbündnisses zu verhandeln. Nur kam es anders, als es sich Heinemann und Wessel gedacht hatten. In einer Zusammenkunft am 9.7.1953 kam es zu sensationellen Abmachungen. Die jeweiligen offiziellen Verhandlungspartner vereinbarten die Bildung einer »Gesamtdeutschen Aktion« aus beiden Parteien. Parteigremien wie Landeswahllisten sollten paritätisch besetzt, die neue Aktion von zwei Generalsekretären geführt werden⁵³ – angeblich Mochalski für die GVP und Josef Weber für den BdD. Heinemann war überspielt, das Verhandlungsergebnis korrekt zustande gekommen, das Ende der GVP eingeläutet.

Tags darauf ließ Heinemann den maßgeblich verantwortlichen GVP-Verhandlungsführer wissen: »Es löste hier gerade einen stürmischen Protest aus, daß der Name gewechselt werden soll, zumal die Essener Gruppe hat wirklich tage- und nächtelang darangesetzt, die Firma bekanntzumachen (...)«.⁵⁴ Heinemann war über diese Entwicklung regelrecht deprimiert. Er sah sein politisches Wollen zerstört und die GVP am Ende. Posser, der das Ergebnis der Verhandlungen mit Entsetzen hörte, machte sich gleich daran, diese Vereinbarung »kaputt zu machen« und erwies Heinemann damit, wie sich Heinemann ihm gegenüber äußerte, »den vielleicht größten Dienst seiner politischen Laufbahn.«⁵⁵

Posser wandte sich in Briefen an Elfes und Mochalski. Gegenüber Mochalski argumentierte er politisch. Er wollte ihn von der Gefährlichkeit der Fusion überzeugen und bot, um die Mochalski-Gruppe, die auch künftig für die Arbeit der GVP als unentbehrlich angesehen wurde, als äußerstes Zugeständnis die Möglichkeit der Kandidatur von BdD-Mitgliedern auf den GVP-Wahllisten an. Seiner Meinung nach konnte es sich die GVP

51 Heinemann, zit. n. Respondek an Heinemann, Wessel, Scheu, Bodensteiner, 12.6.1953, S. 2, NL Scheu 16.

52 Wessel, Dt. Bt., 276. Sitzung, 25.6.1953, S. 13767 C/D.

53 Vgl. »Fergelenkte Neutralisten«, NZ v.26.7.1953. Der Korrespondent Berben bezog sich auf die Kölner Sitzung am 9.7.1953. Die (amerikanische) NZ hatte bereits am 14.7. gemeldet: »Heinemann und Elfes planen Vereinigung ihrer Parteien«. Posser vermutete unter den Spitzenfunktionären des BdD einen amerikanischen Agenten. Vgl. Posser an Mochalski, 10.7.1953, NL Hei II 1.-15.7.1953

54 Heinemann an Mochalski, 10.7.1953, NL Hei II Juli 1953.

55 Auskunft Posser, 5.1.1985.

leisten, »Vertreter des Bundes der Deutschen auf aussichtsreicher Position auf ihren Landeslisten kandidieren zu lassen. Der Wähler wird in einer neu zu bildenden ›Gesamtdeutschen Aktion‹ aber nicht mehr die Heinemann-Partei sehen, zu der er allmählich wegen Heinemann Vertrauen gefunden hat, sondern eine Wirth-Elfes-Maase-Klös-Heinemann-Wessel-Partei erblicken (...). Wirth und Elfes haben nicht – ob zu Recht oder Unrecht ist auch hier letztlich gleichgültig – im Volk den Ruf, unabhängig zu sein. (...) Heinemann ist neben Frau Wessel m. E. im Augenblick der einzige deutsche Politiker, dem man die Unabhängigkeit von Ost und West glaubt. Er ist weder nach Ost noch West korrumpiert (was ich im weitesten Sinne zu verstehen bitte). Die Dinge treiben mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit trotz aller amerikanischer Bemühungen auf eine gesamtdeutsche Lösung zu. Dazu braucht man Männer, die für beide Seiten tragbar sind. Das sind weder die Bonner und Ostberliner Regierungsleute noch auch Wirth und Elfes.«⁵⁶

In seinem Brief an Elfes argumentierte Posser allein juristisch und nur zu dem Zweck, die Vereinbarung zu hintertreiben.⁵⁷ Posser schrieb an Elfes: »Bei der Besprechung ist offensichtlich übersehen worden, daß nach der Satzung der GVP selbst für einen außerordentlichen Bundesparteitag eine Einberufungsfrist von einem Monat eingehalten werden muß. (§19 der Satzung). Zudem ist erforderlich, daß wenigstens von einer der in Paragraph 19 aufgezählten Parteinstanzen ein Initiativ-Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages erfolgen muß. Selbst wenn dies sofort in Angriff genommen würde, könnte die Einberufung eines außerordentlichen Bundesparteitages frühestens in der zweiten Augushälfte stattfinden. Ein Bundesparteitag muß deshalb über die angeregte Namensänderung beschließen, und zwar mit 2/3 Mehrheit, weil die Namensänderung zugleich eine Satzungsänderung bedeutet. (§§1, 26 der Satzung). Es muß daher eine andere Lösung gefunden werden.«⁵⁸ Das Damoklesschwert der Fusion, mithin die Auflösung der GVP, war abgehängt. Posser konnte sich hinter satzungsrechtlichen Argumenten verschanzen, ohne den für notwendig erachteten Partner zu vergraulen.

Trotz dieser eindeutigen Stellungnahme ließ Mochalski nicht von der Idee einer Fusion ab. Mochalski, Krämer und Bodensteiner einerseits und Elfes, Prof. Hermann, J. Weber, Dr. Müller, Rosl Hillebrand, Langen, C. A. Weber andererseits kamen am 14. Juli 1953 in Düsseldorf überein, den Bundesvorständen von GVP und BdD folgende Vorschläge zu machen: »Mit dem Ziel des Zusammenschlusses wird zwischen beiden Vorständen bzw. deren Bevollmächtigten ausgearbeitet:

- a) eine gemeinsame Proklamation,
- b) die Besetzung der Landeswahllisten (auf der Grundlage der Parität),
- c) die Besetzung des Bundesvorstandes der GVP,

56 Posser an Mochalski, 11.7.1953, NL Hei II 1. – 15.7.1953.

57 Auskunft Posser, 5.1.1985.

58 Posser an Elfes, 11.7.1953, NL Hei II 1. – 15.7.1953.

- d) notwendig werdende Satzungsänderungen der GVP,
 e) Ausarbeitung eines Wahlprogramms«.⁵⁹

Die Organe der GVP sollten paritätisch besetzt werden mit Persönlichkeiten, die vorher ihren Austritt aus dem BdD erklärt hatten. Wenn sich dieses Konzept durchgesetzt hätte, wäre die Umarmungsstrategie des BdD auf Umwegen dennoch erfolgreich gewesen. Die juristischen Bedenken Possers parierte man damit, daß die GVP als eigenständige Organisation fortbestehen blieb, trotzdem hätte sich deren Qualität geändert.

Niemöller, dem Mochalski eng verbunden war – zeitweilig war er dessen Sekretär –, nahm die interne Vereinbarung von BdD und GVP am 14. Juli zum Anlaß, um von außen her publizistischen Druck im Sinne einer endgültigen Einigung zu machen. Einen Tag nach der Vereinbarung verfaßte Niemöller einen Wahlaufuf, den Mochalski der Öffentlichkeit übergab. In ihm hieß es unter anderem: »Darum ist es höchste Zeit, wenn der gefährliche bisherige Weg verlassen werden soll, daß sich die verschiedenen politischen Gruppen zusammenfinden, die ohne einseitige – wirtschaftliche oder militärische – Bindung nach West oder Ost eine deutsche Politik der Wiedervereinigung und des Friedens zu treiben entschlossen sind.«⁶⁰ Mochalski war es auch, der den Aufruf Niemöllers der Öffentlichkeit bekanntgab.⁶¹ Auf die Frage von Journalisten, an wen sich dieser Aufruf Niemöllers wende, interpretierte Mochalski den Appell bezogen auf die GVP, den BdD, die FSU, das Zentrum und die Friedensverbände. Gemeint war aber vorrangig das Zusammengehen mit dem BdD.⁶² Mochalski wollte in Kenntnis der Sachlage, daß Heinemann noch immer eine reservierte Haltung zum BdD einnahm, auf den Ausgang der Verhandlungen, die für den 19.7.1953 angesetzt waren, in seinem Sinne Einfluß nehmen. Durch Mochalski erfuhr erst jetzt eine breitere Öffentlichkeit von den bisher vertraulich verlaufenden Verhandlungen zwischen beiden Organisationen.⁶³

Durch Mochalskis geschicktes Taktieren unter den Bedingungen der neuen Wahlgesetzgebung entwickelte sich eine Eigendynamik. Das Geschehen bestimmte nunmehr Heinemann und nicht Heinemann die Entscheidung über eine Zusammenarbeit mit dem BdD. Heinemann war gezwungen, das Bemühen der GVP um den BdD zu bestätigen. Letztlich rechtfertigte Heinemann die Verhandlungen zwischen GVP und BdD mit dem Argument, seine Partei sei durch die terroristische Fünfprozentklausel in die Zwangslage versetzt worden, sich nach Wahlbündnissen umzusehen.⁶⁴ Indem er darauf abhob, lediglich mit dem nichtkommunistischen Teil des BdD zusammenarbeiten zu wollen,⁶⁵ gab er, ohne es zu wollen, den

59 »Ergebnis der Besprechung« vom 14. Juli, NL Scheu 16.

60 Niemöller, »Erklärung«, 15.7.1953, Schluchsee, (hektographiert), NL Scheu 16. Auch in: JK, 13. Jg., 1953, S. 377f.

61 Vgl. beispielhaft »Ein Wahlaufuf Niemöllers«, in: FAZ v. 17.7.1953.

62 Vgl. »Niemöller will Neutralisten sammeln«, in: HA v. 17.7.1953.

63 Vgl. u. a. BR, KR, MZ v. 17.7.1953.

64 Heinemann, zit. n. »Heinemann sucht Wahlgenossen«, in: Der Mittag v. 19.7.1953.

65 Vgl. u. a. »Heinemann dementiert sein eigenes Dementi«, in: Oberhessische Presse v. 18.7.1953.

Kritikern recht, die den BdD der ›Osthörigkeit‹ bezichtigten. Die von Heinemann vorgenommene analytische Trennung mußte den politisch unbefangenen Staatsbürger überfordern. Heinemann unterlag seinerseits einem Mißverständnis, weil er glaubte, die GVP dadurch abschotten zu können, daß er bei Verhandlungen mit dem BdD die Nichtzugehörigkeit zur KP zur Bedingung gemacht hatte, ohne sich zu fragen, inwieweit die nominellen Nichtkommunisten des BdD eben im Sinne der KP Politik trieben oder durchsetzen wollten.

Die Entscheidung war ohne Zweifel gefallen. Am 19.7.1953 wurde das Wahlbündnis zwischen BdD und GVP besiegelt, seine Grundsätze in der sog. ›Mannheimer Erklärung‹ fixiert. Die Mannheimer Erklärung nahm bewußt auf den Niemöllerschen Appell Bezug und machte deutlich, warum sich die GVP auf das Wagnis eines Bündnisses mit dem BdD eingelassen hatte: »In der kommenden Bundestagswahl geht es um die Entscheidung, ob der verhängnisvolle Irrweg, militärische Stärke als Instrument politischen Machtstrebens zu mißbrauchen, fortgesetzt werden soll. Vor uns steht die schicksalsschwere Frage, ob wir auf die friedliche Wiedervereinigung unseres geteilten Vaterlandes zugunsten einer endgültigen Eingliederung in den amerikanischen Militärblock verzichten sollen. Wir dürfen nicht durch ein Ja zur zweigeteilten deutschen Aufrüstung an einem dritten Weltkrieg mitschuldig werden. Wir wollen ein von West und Ost gleichermaßen unabhängiges Deutschland, das in Frieden und Verständigung mit seinen Nachbarn im Westen *und* im Osten lebt (...).«

Dieses Ziel nahm bei der GVP einen derart hohen Stellenwert ein, daß sich ihm alle »parteieegoistischen Interessen« unterzuordnen hatten. GVP und BdD erklärten: »Es gilt, die unabhängigen Kräfte zusammenzufassen, um der verhängnisvollen Bonner Politik ein Ende zu bereiten. Es gilt, die durch das Bundeswahlgesetz den neuen politischen Kräften in unfairer Weise auferlegten Benachteiligungen zu überwinden. Darum wird auch der BdD seinem Parteitag vorschlagen, keine eigenen Wahlvorschläge einzureichen, sondern die Stimmen seiner Anhänger der Liste der GVP zuzuführen. Ähnliche Regelungen stehen mit anderen politischen Gruppen vor dem Abschluß. Die GVP hat sich bereit erklärt, aus diesen anderen politischen Gruppen solche Personen als Kandidaten aufzunehmen, welche ihrem politischen Charakter und ihren gesamtdeutschen Forderungen entsprechen.«⁶⁶

Damit hatte die GVP weitgehend die Bedingungen diktiert, ohne ihrerseits größere politische Zugeständnisse machen zu müssen. Einen Passus, der wie der Wahlaufuf des BdD vom 5.7.1953 positiv von der Regierung der DDR sprach, die »durch vielversprechende Maßnahmen Hindernisse für die Verständigung der Deutschen untereinander aus dem Wege (räumte)«,⁶⁷ sucht man in der Mannheimer Erklärung vergebens. Der

66 »Mannheimer Erklärung«, in: GR, 1. Jg., Nr. 26 v.24.7.1953, S.3. Die ›Mannheimer Erklärung‹ wurde unterzeichnet von Joseph Wirth, Wilhelm Elfes für den BdD und von Heinemann und Wessel für die GVP. Abgedruckt in: O. FLECHTHEIM, 1963, S. 494f.

67 Hier zit. n. »Wahlaufuf«, Mülheim, 5.7.1953, (Flugblatt), NL Scheu 16. Abgedruckt in: O. FLECHTHEIM, 1963, S. 495ff.

BdD rangierte überdies nicht an herausgehobener Stelle, sondern er war nur einer unter mehreren. Im Entwurf der Mannheimer Proklamation von Bodensteiner spielte der BdD überhaupt keine eigenständige Rolle, sondern er erschien lediglich in der Zuordnung der Erklärung zu den Organisationen GVP, BdD, FSU, EVD/CSV.⁶⁸ Angesichts der vom BdD erhobenen Ausgangsforderung nach einer Fusion beider Parteien, einer Namensänderung und einer paritätischen Besetzung aller Parteiorgane hielt Heinemann »das Ergebnis zweifellos (für) lobenswert«.⁶⁹ Die Formulierung Heinemanns zeigt, wie wenig das Ergebnis von ihm als Gesinnungsbündnis, sondern als Zweckgemeinschaft gesehen wurde.

Zum Bestandteil des Bündnisses gehörte nicht nur die gemeinsame politische Proklamation, sondern auch eine interne Vereinbarung, die den Modus der organisatorischen Zusammenarbeit im einzelnen regelte. Ihre Annahme bildete erst die Voraussetzung für das Zustandekommen der Mannheimer Erklärung. Bemerkenswert ist vor allem der Passus, der den BdD dort zur organisatorischen Hilfestellung verpflichtete, wo die GVP keine Untergliederungen hatte. Es ist heute nicht mehr möglich festzustellen, welche Kreisverbände auf Aktivitäten des BdD zurückgingen. Unterstellt man die Organisationszahlen von Bodensteiner, dann dürfte ein Drittel der GVP-Kreisverbände vom BdD beherrscht worden sein. Im Namen der GVP durften allerdings nur Personen tätig werden, die von ihr gebilligt wurden.⁷⁰ Im Entwurf der internen Vereinbarung wurde noch deutlicher, wogegen sich dieser Passus richtete. Dort wurde nämlich die Forderung erhoben, zum Einsatz dürfen nur nichtkommunistische Funktionäre des BdD kommen.⁷¹

Unentbehrlich erwies sich der BdD auch für die Unterschriftensammlung. Angeblich hatte er an die 80 Prozent der Unterschriften für die Landeslisten aufgebracht.⁷² Neben der organisatorischen wurde der BdD auch zur finanziellen Hilfestellung verpflichtet. Genau die beiden Punkte, das organisatorische Defizit der GVP und deren chronischer Finanzmangel, waren es, die letztlich die GVP zum Bündnis mit dem BdD nötigte.⁷³

68 Vgl. »Mannheimer Proklamation der GVP, des BdD, der EVD/CSV(Entwurf Bodensteiner)«, NL Hei II 16. – 31.7.1953.

69 Heinemann an Schenke, 20.7.1953, NL Hei II 16. – 31.7.1953.

70 Vgl. »Mannheimer Erklärung, Anlage 1, Vereinbarung zwischen dem BdD und der GVP vom 19.7.1953«, Archiv Hertel, NL Scheu 16. Der synoptische Vergleich von Endfassung und Entwürfen zeigt, daß die Grundstrukturen und der Inhalt der Vereinbarung auf Vorschläge der GVP zurückzuführen sind. Hier zitiert Punkt 3.

71 Vgl. »Vereinbarung zwischen dem BdD und der GVP«, Punkt 5, NL Scheu 16.

72 Vgl. BdD (Josef Weber) an Präsidium der GVP (Adolf Scheu), 30.8.1953, NL Scheu 16.

73 Die Bedeutung des BdD für die GVP läßt sich in etwa ermessen am Vergleich der Wahlkampfmaterialien, die BdD und GVP für das Wahlbündnis einsetzten :Die GVP druckte und verteilte: *Broschüre*: »Deutscher Weg aus deutscher Not« – 20000; *Flugblatt*: »Warum sind wir gegen Adenauers Politik?« – 500000; *Plakat*: »9-Punkte-Erklärung« – 20000; »Brief an katholischen Klerus« – 50000. BdD: *Plakate*: »Korea« – 75000; »Sie wollen unser Bestes« – 50000; »So oder So« – 52000; *Kälber* – 52000; *Handzettel*: »So oder So« – 2 Mio; »Alle sollen besser leben« – 250000; »Aufruf an die Wähler« – 4 Mio; »Horoskop« – 2 Mio; »Karikaturen mit Versen« – 6 Mio; »Illustrierte« – 600000; »Reisekoffer« – 500000. Vgl. Müller, Aktennotiz v. 19.8.1953, NL Scheu 16.

Fast parallel zum Abschluß des Wahlbündnisses geriet der BdD erneut durch Veröffentlichungen ehemaliger BdD-Funktionäre in ein schlechtes Licht. Sie bezichtigten den BdD, kommunistisch unterwandert zu sein und vom Osten finanziert zu werden.⁷⁴ Dabei mag dahingestellt bleiben, inwieweit die Enthüllungen wahr waren. In der Öffentlichkeit jedenfalls wirkten sie verheerend. Nicht nur die Öffentlichkeit, auch viele Mitglieder der GVP reagierten zum Teil entsetzt. Hatte Heinemann nicht noch vor wenigen Wochen ein Zusammengehen mit dem BdD völlig ausgeschlossen? Und jetzt, genau zu einem Zeitpunkt, als Enthüllungen das Innenleben des BdD aufdeckten, vereinbarte die GVP mit ihm ein Bündnis – »Quo vadis Dr. Heinemann?«,⁷⁵ lautete eine einprägsame Schlagzeile.

Das Präsidium der GVP sah sich veranlaßt, eine Erklärung zur Vereinbarung mit dem BdD nachzuschreiben. Sie besagte, daß der BdD »keineswegs die kommunistische Partei darstellt, wie in der Öffentlichkeit behauptet wird«. Zudem wurde in der Erklärung herausgestellt, daß es der GVP darauf ankomme, »sich mit den Kräften im BdD zu finden, die bereit sind, die Deutschlandpolitik der GVP auf dem Boden einer einwandfreien Unabhängigkeit noch weiter zu verstärken«.⁷⁶ Vom BdD erwartete die GVP nun eine verbindliche Erklärung über den Rückzug aller Kommunisten aus den Vorständen und den Büros des BdD.⁷⁷ Auch das genügte der GVP noch nicht. Alle Bundestagskandidaten hatten eine politische »Neun-Punkte-Erklärung« zu unterzeichnen, in der es unter anderem hieß: »Ich widersetze mich jeder Diktatur in Deutschland – sei sie faschistischer, sei sie polizeilich-bürokratischer Art. Ich widersetze mich ebenso jedem kommunistischen System für Deutschland.«⁷⁸ Damit glaubte die GVP, genügend getan zu haben, um sich einmal vor kommunistischer Infiltration abzusichern, zum anderen der öffentlichen Kritik den Boden entzogen zu haben. Die Verbitterung in der GVP darüber, dennoch stets der Kommunistenhörigkeit geziehen zu werden, verschärfte jetzt auch den Ton ihrer Kritik an der Bundesregierung. Ihre Polemik stand nun in nichts mehr den wahlkämpferischen Zuspitzungen Adenauers nach. Der prokommunistischen Verdächtigungshysterie setzte die GVP entgegen: »Aber es muß einmal eine Bresche in diese so kriegsträchtige Mentalität bürgerlicher Selbstgerechtigkeit geschlagen werden, deren eigentliche Weltanschauung nur aus einem Drei-Punkte-Programm besteht, das da lautet: Viel verdienen, – Soldaten, die es verteidigen – und Kirchen, die beides segnen. Die Propaganda der Rüstungspolitik »Deutsche gegen Deutsche« wird anschwellen und nicht frei vom Dollar sein. Um so ärger wird man die Geg-

74 Vgl. u. a. »SED finanziert Partei Wirths«, in: HN v. 17.7.1953; vgl. auch NWZ v. 18.7.1953; vgl. auch BR v. 22.7.1953.

75 Neue Tagespost v. 22.7.1953.

76 »Mit verstärkter Kraft«, Erklärung des GVP-Präsidiums zur Vereinbarung mit dem BdD v. 21.7.1953, in: GR, 1. Jg., Nr. 27 v. 31.7.1953, S.10. Auch in: DVZ (Organ des BdD) v.29.7.1953, S.5.

77 Vgl. »Protokoll über einen Teil der Besprechung am 29.7.1953 in Düsseldorf«, NL Scheu 16.

78 »Die politische Erklärung des Präsidiums und der BT-Kandidaten der GVP«, in: GR, 1. Jg., Nr. 28 v. 7.8.1953, S. 1, hier Punkt 4. Vgl. auch »Ein Viertel vom Gehalt«, in: Spiegel, 7. Jg., Nr. 33 v. 12.8.1953, S. 6.

ner dieser Politik einer Abhängigkeit vom Rubel zeihen. (...) Seien wir uns klar darüber, daß die Adenauersche Innenpolitik faschistische Züge annimmt. Der Gewissenszwang wächst. (...) Das Wahlgesetz hat den Respekt der Bonner Regierungsparteien und der SPD vor der Demokratie zur Genüge demaskiert. Alle alten Lizenzparteien (man beachte den Vorwurf, der hierin steckt, J. M.) sind sich in der Abwehr neuer Parteien einig.«⁷⁹

c) *Das bürgerliche Wahlbündnis zerfällt –
die Partei steht vor dem Zusammenbruch*

Mit dem Wahlbündnis wurde die junge, organisatorisch noch instabile Partei in ihren Grundfesten erschüttert. »Daß die GVP in einer Krise steht«,⁸⁰ das hatte sich schon während des Aushandelns der Mannheimer Erklärung gezeigt. Die Spaltung der GVP schien nicht mehr ausgeschlossen. Erst eine Vertagung und die nachgeschobene Vorlage einer Neun-Punkte-Erklärung führte schließlich zu einer einheitlichen Verhandlungsgrundlage mit dem BdD. Man war sich einig, als GVP in den Wahlkampf nur eintreten zu können, wenn man geschlossen beieinanderbleibe und wenn die Kampfkraft durch ein Bündnis gefestigt werde. Diesem letzten Argument trat vor allem Helene Wessel bei, die auf dem Essener Bundesparteitag im Juni 1953 in einem privaten Gespräch vom BdD als »Staatsstreichspartei« gesprochen haben soll. Sie meinte im Juli 1953, ohne eine Absprache mit dem BdD werde es die GVP wohl nicht schaffen.⁸¹ Das übergeordnete Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands auch zum Zwecke der Friedensstabilisierung band aber nun nicht mehr die einzelnen Kräfte in der GVP. In den Augen vieler hatte die GVP durch das Bündnis mit dem BdD »den untadeligen Schild«⁸² verloren, wie es der junge GVP-Mann Johannes Rau auf dem nordrhein-westfälischen Landesparteitag am 2.8.1953 formulierte. Heinemann, dem die Brisanz des Bündnisses durchaus bewußt war, versuchte in persönlichen Unterredungen mit Journalisten dahingehend zu wirken, eine »ruhige Stellungnahme« zu beziehen, ohne Erfolg allerdings.⁸³ Die Mannheimer Vereinbarung bedurfte, um wirksam werden zu können, der Bestätigung durch die Landesverbände. Heinemann setzte sich auf dem nordrhein-westfälischen Landesparteitag persönlich dafür ein. Eine Zustimmung zum Bündnis wollte er trotz allem nicht erzwingen. Seine eigentliche Sorge galt eher der Einigung der GVP auf eine einheitliche Position, »die das Auseinanderbrechen verhindert«. Heinemann appellierte an die Delegierten: »Ich würde es durchaus hinnehmen (...), daß Sie mir das ganz bündig sagen: Geh morgen hin und sag denen das, und dann erst kannst Du Dich

79 »Mit verstärkter Kraft«, in: GR, 1. Jg., Nr. 27 v. 31.7.1953, S.10. Der Text geht auf Heinemann zurück. Wessel hatte lediglich zwei sprachliche Änderungen vorgeschlagen. Vgl. Text NL We 104.

80 Scheu, zit. n. »GVP-LPT in Herne i.W. am 2.8.1953«, (Protokoll), S. 3, Depositem Willems.

81 Wessel, zit. n. »Tagebuch von Frau Noack«, 2.8.1953, S. 6, NL Scheu 23.

82 »GVP-Parteitag – Einige Diskussionsbeiträge – Herne«, 2.8.1953», S. 1, Depositem Willems.

83 Heinemann an Mochalski, 20.7.1953, NL Hei II 16. – 31.7.1953.

wieder bei uns sehen lassen. – Aber eine herzliche Bitte habe ich: daß (...) unsere doch ganz schöne GVP beieinander bleibt, und daß alle diese Erklärungen (gemeint sind die Vereinbarungen mit dem BdD, J. M.) sehr ernstlich überprüft werden (...).⁸⁴

Die Gefahr eines Bruchs drohte tatsächlich. Austritte erfolgten,⁸⁵ aktive Mitglieder zogen sich in die Passivität zurück, einzelne Kreisverbände, wie der Marburger oder der Kölner, distanzierten sich öffentlich vom Mannheimer Abkommen,⁸⁶ der baden-württembergische Landesvorsitzende Göckeritz trat von seinem Amt zurück,⁸⁷ Ulrich Noack stellte seine Kandidatur in Frage.⁸⁸ Die Gegner des Wahlbündnisses in der GVP sahen die GVP »durch das Abkommen mit dem BdD kompromittiert« und meinten, »sie hat ihren Grundsatz der Unabhängigkeit von Ost und West aufgegeben. Die Angst vor der undemokratischen Fünf-Prozent-Klausel des Westens und vor dem dem BdD zur Verfügung stehenden Geld des Ostens hat die GVP zur Anlehnung an eine der beiden Seiten getrieben (...) Für das Linsengericht des Geldes⁸⁹ hat die GVP ihre Unabhängigkeit, die allein ihr Bestehen rechtfertigte, aufgegeben.«⁹⁰ In Freudenstadt, einer der regionalen Hochburgen der GVP akzeptierte man zwar die taktischen Erwägungen, die zum Zusammengehen mit dem BdD geführt hatten, doch ebenso entschieden sprach man sich gegen die Kandidatur des Freudenstädter BdD-Mitglieds Hermann auf der badenwürttembergischen Landesliste aus.⁹¹ Der einstimmige Protest gegen die Kandidatur Herrmanns wurde von dem Freudenstädter Kreisverband publiziert, obschon nicht zuletzt Heinemann bei den dortigen Mitgliedern Achtung, ja tiefe Zuneigung genoß.⁹² Der schleswig-holsteinische Landesverband mußte gar angemahnt werden, seinen Parteitag durchzuführen.⁹³ Nicht zuletzt der baden-württembergische Landesverband, der mit zu den bedeutendsten zählte, war resistent gegenüber dem BdD. Die Stuttgarter Delegierten stimmten geschlossen gegen die BdD-Kandidaten auf der Landesliste.⁹⁴ Es bedurfte schon zahlreicher Gespräche Possers mit dem BdD, daß dieser in seinen Forderungen die dortige GVP nicht zusätzlich in Harnisch brachte. Selbst Heinemanns enger Freund Helmut Gollwitzer lehnte es nun ab, als Redner der GVP aufzutreten. Er hielt zwar für und mit Heinemann eine Wahlversammlung ab, doch die einzige Ankündigungsform, die ihm mög-

84 »GVP-Parteitag – Dr. Heinemann wird gebeten, Stellung zu nehmen, Herne, 2.8.1953«, S. 2, Depositem Willems.

85 Vgl. u. a. »Aus der GVP ausgetreten«, in: LLZ v. 28.7.1953.

86 »GVP-Marburg distanziert sich von Wirth«, in: NPC v. 20.7.1953; »GVP Köln muckt auf«, in: ET v. 8.8.1953.

87 Vgl. »Unstimmigkeiten um eine Wahlabsprache«, in: StZ v. 27.7.1953.

88 KV-Würzburg an Präsidium, 21.7.1953, NL Scheu 23; vgl. auch »Noack warnt die GVP«, in: NN v. 28.7.1953; vgl. auch Noack, »Rettet die GVP«, 29.7.1953, (hektographiert), NL Scheu 23.

89 Der BdD stellte einen Wahlbeitrag von 400000 DM. Vgl. »Gewinn- und Verlustrechnung, 24.9.1953«, NL Scheu 12. Auskunft Posser, 5.1.1985.

90 W. Alff/A. Weber, »Nachwort«, in: Die öffentliche Sache, Köln (1953), S. 24, Archiv J. Müller.

91 Vgl. G. Hertel an Heinemann, 1.8.1953, Archiv Hertel.

92 Vgl. K. Hertel an Heinemann, 9.8.1953, Archiv Hertel.

93 Vgl. LV Schleswig-Holstein an Heinemann, 1.8.1953, Abschrift NL Scheu 3.

94 Vgl. »Neue Bundestagskandidaten«, in: StN v. 4.8.1953.

lich schien, hatte zu lauten: »In der Diskussion spricht Prof. Dr. Gollwitzer, Bonn«. In dieser Formulierung sah Gollwitzer seine Solidarität mit Heinemann ebenso ausgedrückt wie die Distanz zur GVP, denn mit dieser Partei, »die heute ja für das Bewußtsein der Öffentlichkeit die Wirth-Elfes-Gruppe mit umfaßt«,⁹⁵ wollte er sich nicht identifizieren. Trotz der verschiedenen Widerstände stimmten die einzelnen Landesverbände, wenn auch mit Vorbehalten und nicht ungeteilt, dem Wahlabkommen mit dem BdD zu. Die Partei ging aber aus diesem Ringen angeschlagen heraus. Gravierende Folgen hatte das Zusammengehen der GVP mit dem BdD auch für die bisher eingegangenen Bündnisse mit den bürgerlichen Gruppen FSU und EVD. Der Zentralvorstand der FSU hatte noch vor Abschluß der Mannheimer Erklärung in seiner Sitzung am 11./12. Juli einstimmig ein Wahlbündnis mit dem BdD für »untragbar«⁹⁶ erklärt. Die FSU hatte ihre klaren Fronten abgesteckt. Der GVP-Vorschlag, dennoch einen Vertreter zu den abschließenden Verhandlungen zwischen GVP und BdD zu entsenden, wurde von der FSU abgelehnt.

Für einen Teil der FSU war der Fall GVP trotzdem nicht abgeschlossen. Beispielsweise nahm ihr nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender, Kokaly, trotz eines anders lautenden Vorstandsbeschlusses weiterhin an Besprechungen mit dem BdD teil und stellte auch seine Kandidatur für den Bundestag nicht in Frage. Gleiches galt für den baden-württembergischen Vorsitzenden Wilhelm Bäurle. Jener hielt es, trotz Bedenken gegen den BdD, für kläglich, wenn sich nun, wie beschlossen, die FSU bei der Wahl der Stimme enthalte. Die empfohlene Wahlenthaltung setzte er mit einer »Bankrotterklärung« der jahrelangen Opposition gegen Adenauer gleich. Obschon Bäurle der GVP keine reale Chance mehr für die Bundestagswahl gab, war er dennoch davon überzeugt, angesichts ihrer Bedeutung Flagge zeigen zu müssen.⁹⁷ Bäurle und die anderen FSU-Dissidenten, die auf den Landeslisten der GVP kandidierten, wurden aus ihrer Partei ausgeschlossen.⁹⁸ Dort wo sich FSU-Anhänger zurückzogen, wie in Bayern, übernahmen häufig BdD-Mitglieder deren Plätze. Entschieden Opposition gegen den BdD betrieb auch das GVP-Mitglied Ulrich Noack. Noack beanspruchte für sich eine äußerst ablehnende Haltung gegenüber dem ostzonalen Regime, seitdem die SED dort mit der sog. Blockwahl die Verfassung der DDR gebrochen habe. Im BdD sah er nur einen Ableger der SED.⁹⁹ Im Fall Noack dürften auch andere Momente eine Rolle gespielt haben. Einmal konnte er bei den Vorverhandlungen der GVP mit dem BdD seinen Vorschlag nicht durchsetzen, jetzt die Bundestagswahlen auszusetzen und dafür gesamtdeutsche Wahlen anzuberaumen.¹⁰⁰ Zum

95 Gollwitzer an Heinemann, 21.8.1953. Der Text befindet sich auf der Rückseite v. Heinemanns Manuskript, Deutschlandfrage und der Weltfriede, 19./20.11.1952, NL Hei 133.

96 FSU (Hrsg.), Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik, 6. Jg., Nr. 14 v. Juli 1953, S. 1.

97 Bäurle, »An die FSU-Gruppen und Mitglieder in Baden-Württemberg«, 12.8.1953, NL Scheu 95.

98 FSU (Hrsg.), Informationen für Kultur, Wirtschaft, Politik, 6. Jg., Nr. 16 v. August 1953, S. 5.

99 Vgl. »Die Furcht vor der 5 %-Klausel«, in: NN v. 29.7.1953.

100 Vgl. Scheu an Noack, 22.7.1953, NL Scheu 23.

anderen hatte Noack Schwierigkeiten, einen ihm gemäßen Listenplatz zu bekommen. Nachdem er weder in Bayern zum Zuge kam noch in Baden-Württemberg den erwünschten Spitzenplatz, sondern lediglich Platz fünf erhielt, verschärfte sich seine Kritik am BdD. Noacks Einfluß darf zwar nicht überschätzt werden, aber er brachte erhebliche innerparteiliche Unruhe in die GVP. Er scheute auch nicht den öffentlichen Disput mit Heinemann in dieser Frage.¹⁰¹ Scheu war es, der Noack zumindest vorerst durch seine Zusicherung beruhigen konnte, daß Noacks Stimme im Bundesvorstand nach der Wahl ernst genommen werde, deswegen solle er sich aus Gründen weiterer persönlicher Einflußnahme bis zur Wahl stillschweigend verhalten. Damit gelang es Scheu, den schwellenden Konflikt herder vorerst einzudämmen.¹⁰² Noack trat denn auch erst nach der vernichtenden GVP-Wahlniederlage aus der Partei aus.¹⁰³ Gleich der FSU brach auch der EVD mit der GVP. Die Nationale Partei Deutschlands dagegen sah durch das Mannheimer Abkommen ihre Bedenken gegen ein Zusammengehen von BdD – GVP ausgeräumt und unterstützte die GVP weiterhin.¹⁰⁴ Das Bündnis mit dem BdD hatte insgesamt der GVP mehr Schwierigkeiten eingebracht und Sympathieverluste eingetragen als sie finanziell wie organisatorisch vom BdD profitierte.

An personellem Zugewinn brachte das Bündnis mit dem BdD über dessen Mitglieder hinausgehend für die GVP wenig. Allein der Bundestagsabgeordnete Hermann Etzel von der BP, der niedersächsische SPD-Landtagsabgeordnete Grothe, der Universitätsprofessor Ernst Wolf und der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft deutscher Friedensverbände, Siegmund-Schultze, schlossen sich bewußt wegen des Bündnisses mit dem BdD der GVP an. Ansonsten hielt das Wahlbündnis den innerparteilichen Streit in der GVP am Glimmen. Verschiedentlich hatte die GVP im Wahlkampf damit zu kämpfen, daß der BdD die Wahlvereinbarungen auch tatsächlich einhielt. Er trat sehr wohl als eigenständige Organisation auf und erfüllte nicht immer die Erwartungen, die die GVP in ihn gesetzt hatte. Allein in der Besetzung der Wahlkreise erwies sich der BdD als unentbehrlich.¹⁰⁵

Kurz vor der Wahl brachten die öffentlichen Enthüllungen der ehemaligen SED-Funktionäre Georg Jost, ehemaliger Leiter der Westabteilung in der Nationalen Front, und seines Mitarbeiters Georg Wieber den BdD, damit auch die GVP in Verruf. In einer vom Regierungssprecher Felix von Eckardt geleiteten Pressekonferenz deckten sie die Ostfinanzie-

101 Vgl. »Tagebuch Frau Noack«, 24.7.1953, S. 1, NL Scheu 23.

102 Vgl. »Neue Bundestagskandidaten«, in: StN v. 4.8.1953; vgl. auch Noack u. a., »Stuttgarter Erklärung vom 5.8.1953«, NL Scheu 23. Sie blieb auf Intervention Scheus unveröffentlicht; vgl. auch Scheu, »Niederschrift. Besprechung mit Prof. Noack und Frau am 14.8.1953«, NL Scheu 23.

103 Noack an Scheu, 15.9.1953, NL Scheu 23.

104 Vgl. »NPD und »Sammlung zur Tat« für GVP«, in: DVZ v.19.8.1953.

105 Vgl. »Berichte der Landesverbände über die Zusammenarbeit der GVP mit dem BdD«, NL Scheu 16; vgl. auch GVP-Gräsidium an BdD, 30.8.1953, NL Scheu 16; vgl. auch Scheu an LV, KV der GVP, 31.8.1953; vgl. auch »Protokoll über die BuVo-Sitzung am 14./15.11.1953 in Darmstadt«, S. 2 – S. 5, NL Hei 380.

rung des BdD auf.¹⁰⁶ Damit war die GVP kurz vor der Wahl erneut diskreditiert. Auf diese Enthüllungen angesprochen, erklärte Heinemann am selben Tag in Mainz: Es sei durch das vorgelegte Material nicht einwandfrei erwiesen, daß der BdD von der KP finanziert werde. Aber selbst, wenn dies erwiesen werden sollte, werde er das Wahlabkommen mit dem BdD vor der Bundestagswahl »auf keinen Fall« lösen. Auf die Frage, ob er sich über die Herkunft der Gelder des BdD keine Gedanken mache, erwiderte Heinemann: »Mir ist es gleichgültig, wo die Gelder für den Wahlkampf herkommen, wenn keine politischen Bedingungen daran geknüpft sind.« Erläuternd wies Heinemann darauf hin, der BdD hätte keine Forderungen an die GVP gestellt.¹⁰⁷ Mit dieser Feststellung verstieß Heinemann eklatant gegen die ideologischen Denkmuster der fünfziger Jahre. Er und seine Partei hatten dafür einen hohen Preis zu zahlen, weil sie die Psychologie der öffentlichen Meinung völlig ignorierten. Der GVP haftete der Makel der Osthörigkeit an. Es nutzte der GVP nichts, wenn sie von einem »plumpen Wahlmanöver« sprach.¹⁰⁸ Der Hinweis der GVP, Kanzler, Minister, Abgeordnete wie Beamte würden von Kommunisten mitbezahlt, weil in den erhobenen Steuern auch die Gelder von Kommunisten steckten, war ein (gescheiterter) Versuch, der Diskussion um »KP-Gelder« eine andere Ausrichtung zu geben.¹⁰⁹ Dieses von der GVP eingebrachte Argument konnte keine Schlagkraft entwickeln und wurde, wenn überhaupt registriert, als »schwache Retourkutsche«, als »merkwürdiger Vergleich« abgetan.¹¹⁰

3. Gesamtdeutsche Politik unter dem Vorzeichen nationaler und internationaler Veränderungen

a) *Positive Aufnahme der »Veränderungen« in der sowjetischen Politik nach dem Tode Stalins*

Mit Stalins Tod am 5. März 1953 schien Bewegung in die Politik der Sowjetunion zu kommen.¹ Stalins Erkrankung und Tod waren für die GVP zunächst nicht Anlaß, begründete Hoffnung auf einen Ausgleich zwischen Ost und West zu setzen, denn sie fürchtete den Machtkampf um die Führung in der Sowjetunion. Entgegen der herrschenden Meinung schätzte die GVP Stalins Rolle im Politbüro eher positiv ein, weil er dort

106 Vgl. z. B. »Enttäuschte Friedensfreunde«, in: SZ v. 28.8.1953, MM v. 28.8.1953, RP v. 28.8.1953. Vgl. auch »Erklärung Georg Josts«, S. 6f, NL Scheu 95, »Erläuterungen zu den überreichten Dokumenten«, NL Scheu 95 und »hec 892 (Meldung)«, Agenturmeldung, hier S. 5f, Fundstelle NL Scheu 95.

107 Heinemann, zit. n. »Ehemalige SED-Funktionäre erläutern Ostverbindungen der GVP und des BdD«, in: NZ v. 28.8.1953. Vgl. u. a. auch FNP v. 28.8.1953, Allg. Zeitung v. 28.8.1953, FAZ v. 28.8.1953.

108 »GVP dementiert »Enthüllung«, 28.8.1953, (Presseerklärung), NL Scheu 95.

109 Heinemann, »Presseerklärung«, 28.8.1953, NL Scheu 95.

110 »Heinemanns schwache Retourkutsche«, in: BR v. 29.8.1953.

1 Vgl. J. HACKER, Ostblock, 1983, S. 471 – 479. Vgl. auch W. LEONHARD, 1959, S. 100ff.

jene Gruppe gestützt hätte, die keinen heißen Krieg wollte. Nach Meinung der GVP hatte diese »gemäßigte Gruppe« um Stalin die sowjetischen Verhandlungsangebote an den Westen, wie sie mit der Märznote 1952 einsetzten, durchgesetzt. Durch den Tod Stalins glaubte die GVP die verhandlungsbereite Gruppe in der UdSSR geschwächt.

»Stalins Ausscheiden« – so die Argumentation der GVP – sollte der Westen »in erster Linie als Warnung und Mahnung verstehen, die Politik der starken Faust aufzugeben und zu verhandeln, ehe es zu spät ist.«² Die GVP fürchtete eine Änderung des kooperativen Kurses der UdSSR. Die am 15. März vor dem Obersten Sowjet abgegebene außenpolitische Erklärung Malenkows war zwar unbestimmt, doch der Westen meinte einen Wink zu spüren, daß Kompromisse möglich seien. Eine neue, wenn auch ungewisse Entwicklung deutete sich an.³ War die neue kollektive Führung unter G. M. Malenkow, L. P. Berija und W. M. Molotow bereit und fähig, eine Politik der Entspannung einzuleiten? Die GVP zumindest hatte dies schon vor dem Führungswechsel in der UdSSR nicht bezweifelt. Für die GVP war die Sowjetunion stets ein »vertrauenswürdiger Verhandlungspartner« gewesen, deshalb äußerte sich Heinemann bedauernd über die fehlende bundesdeutsche Vertretung in der UdSSR: »Gerade in diesen Tagen nach dem Tode Stalins ist es bedauerlich, daß wir keine eigene Vertretung in Moskau haben, die vermitteln könnte.«⁴ Wessel warnte die Bundesregierung vor übereilten Reaktionen und kritisierte deren »hastiges Handeln« in dem Augenblick, »in dem die ganze Welt ihre Politik angesichts des Todes von Stalin und der Regierungsneubildung in Moskau überprüfe«. Wessel wollte angesichts der Änderungen in der sowjetischen Führung statt der Verabschiedung der Ratifikationsgesetze für die Westverträge, wie sie für den 19.3. vorgesehen war, »neue Verhandlungen der Großmächte«. Von ihnen forderte sie »eine präzise Darlegung ihrer Politik in bezug auf Deutschland, ehe ratifiziert werde.«⁵ Die ersten Schritte der neuen sowjetischen Führung ließen sich nämlich für die GVP verheißungsvoll an.

Nachdem die GVP zunächst eine Verhärtung der sowjetischen Position nach Stalins Tod befürchtet hatte, reagierte sie nun rundherum positiv auf vorgebliche oder tatsächliche Änderungen in der sowjetischen Außenpolitik. Die Ernsthaftigkeit der Sowjets in ihrem Bemühen um einen Ausgleich mit dem Westen, wie es ihrer Meinung nach die Stalin-Note von 1952 und der darauf einsetzende Notenwechsel gezeigt hatte, stand bei der GVP nicht nur nicht in Frage, sondern sie erkannte kaum zwei Wochen nach Stalins Tod nachgeradezu eine »Friedensoffensive des Kreml«, die dieser auf »fast allen Fronten des Kalten Krieges«⁶ eröffnete. Heinemann er-

2 »Stalins Erkrankung – Anlaß zur Freude?«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 5 v. 6.3.1953, S. 1.

3 So D. DALLIN, 1961, S. 156.

4 Zit. n. »Sowjets vertrauenswürdig?«, in: Die Welt v. 12.3.1953.

5 Zit. n. »Weg der Gewaltlosigkeit«, in: FAZ v. 13.3.1953.

6 Als Belege wurden von der GVP angeführt: der Höflichkeitsbesuch des Chefs der sowjetischen Kontrollkommission, General Tschuikow, beim amerikanischen Hohen Kommissar Conant in Berlin, das persönliche Eingreifen Tschuikows bei der Beseitigung der notorischen Verkehrsstauung auf der Autobahn Helmstedt-Berlin, die Wiederaufnahme des Betriebes der Hochsee-

blickte in der sowjetischen Politik »die Chance zu einem völlig neuen Ansatz unserer Außenpolitik«. »Es ist die Chance zu einer gerade noch rechtzeitigen Abkehr von einer Verfestigung der deutschen Spaltung durch westdeutsche Weltmachtpolitik und Hinkehr zu einer gesamtdeutschen Entspannungspolitik (...), um über eine Berechtigung der deutschen Frage etwas Entscheidendes für den Frieden zu tun.«⁷

Die Ereignisse im Frühjahr und Sommer 1953 berechtigten nach Meinung der GVP zu diesen Hoffnungen. Allein der moderate Ton, den die neue sowjetische Führung, vor allem Malenkow, anschlug, führte zur Bereitschaft der GVP, die Sowjetunion noch ernster zu nehmen. In der Tat baute die UdSSR weltpolitische Konfrontationen ab. Die Sowjetunion verzichtete auf territoriale Ansprüche gegenüber der Türkei, schloß in Korea im Juli einen Waffenstillstand und war in verschiedenen humanitären Fragen zu Zugeständnissen bereit. Hier bleiben die Motive, Ziele und die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Politik für die vorliegende Arbeit ohne Belang, sondern sie wird vornehmlich in ihrer Rückwirkung auf die GVP gesehen, und die GVP erkannte nur positive Anzeichen.

In der DDR hatte die »forcierte Sowjetisierung«⁸ – Eppler sah einen kausalen Zusammenhang zwischen »rapider Bolschewisierung« und Unterzeichnung der Westverträge⁹ – eine Ernährungskrise zur Folge. Die Zahl der Flüchtlinge in den Westen stieg rapide an. In der SED herrschten Flügelkämpfe. In dieser Situation löste die neue sowjetische Führung im Mai 1953 ihre Kontrollkommission in der DDR auf.¹⁰ Der Kirchenkampf in der DDR wurde eingestellt, ergangene Urteile revidiert, konfisziertes Kirchengut zurückerstattet und den Kirchen wieder staatliche Zuschüsse zugewendet.

Vorsichtig und doch überstürzt nahm die SED-Führung rigorose Bolschewisierungsmaßnahmen zurück und beschloß wirtschaftliche Erleichterungen. Auf einem Festakt erklärte Ministerpräsident Grotewohl, die Regierung der DDR wolle jetzt beweisen, daß es ihr Ernst sei, an der Herbeiführung der Verständigung der Deutschen mitzuarbeiten. Es dürfe im Augenblick nichts geschehen, was den Gegnern der Verständigung Wasser auf ihren Mühlen wäre. In der GVP sprach man erregt von einer durch die Sowjets mitinitiierten »innere(n) Umgestaltung der Sowjetzone weg vom russischen Sozialismus zu einem bürgerlichen Staat, um die »Annäherung beider Teile Deutschlands« zu erleichtern. Der seit einem Jahr heruntergelassene »eiserne Vorhang« zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone soll zunächst wenigstens teilweise *gelüftet* werden.«¹¹

Schleuse und Tschuikows Vorschlag an Großbritannien, eine Konferenz mit dem Ziel einer Verständigung über den Luftverkehr in Deutschland abzuhalten. Zit. n. »Friedensoffensive des Kreml«, in: GVP-Wochenzeitung, Probeausgabe, 16.3.1953, S. 2.

7 Heinemann, »Die neue Lage«, 10.4.1953, (hektographierter Artikel), Archiv Hertel.

8 H. P. SCHWARZ, Ära Adenauer, 1981, S. 189.

9 Eppler, »Politik ohne Instinkt für den Osten«, in: GVP-Nachricht ten, 1. Jg., Nr. 13 v. 23.4.1953, S. 6.

10 Vgl. auch im folgenden »Ein Monat vorwärtsdrängender Entscheidungen«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 22 v. 26.6.1953, S. 4f. Zum 17.6.1953 vgl. III. 4.3.4. dieser Arbeit.

11 Ebd., S. 5. Vgl. zur SED-Politik im Mai/Juni 1953 K.W. FRICKE, Opposition, 1984, S. 89ff.

Wohlwollend registrierte die GVP eine Entspannungspolitik der Sowjets im internationalen Bereich. Vor allen Dingen die Veränderungen in Österreich beeindruckten die GVP nachhaltig. Die dortige Aufhebung der bislang üblichen Personen- und Güterkontrollen zwischen den ›Zonen‹ wurde sehr positiv aufgenommen. Diese sowjetische Politik setzte bei der GVP Hoffnungen »auf eine baldige Regelung aller Streitfragen und die Beendigung des kalten Krieges« frei. Von den Sowjets erwartete man noch vor der Bundestagswahl eine bedeutsame Initiative »mit einem an Zugeständnissen reichen Wiedervereinigungsangebot«. ¹² Entsprechend positiv wurde dann von der GVP die sowjetische Augustnote des Jahres 1953 aufgenommen.

Die GVP war Mitte 1953 vom Scheitern der Adenauerschen Außenpolitik überzeugt. Die GVP konnte deshalb zu dieser Einschätzung kommen, weil sie eigentlich die Verhaltens- und Handlungsweisen der Westmächte, vor allem der USA, aus ihrer Analyse ausblendete. Implizit unterstellte die GVP, daß von dort keine nennenswerten Widerstände ausgehen würden, sollten sich die Deutschen auf eine sofortige Wiedervereinigung festlegen. Diese Chance sah die GVP für gegeben an. Für sie bestand 1953 die große Chance zur Umkehr in der westdeutschen Politik.

Das leidige Problem, welches gelöst werden mußte, war schlicht und einfach die Frage: »Welchen Weg wird ein wiedervereinigtes Deutschland gehen?« ¹³ Im Interesse der Westmächte wie der UdSSR sollte der Status Deutschlands vor einer Wiedervereinigung definitiv geklärt sein. Die GVP unterstellte der UdSSR ein tatsächliches Interesse an einem wiedervereinigten, neutralen Deutschland. Konnte sie das? War die sowjetische Politik darauf ausgerichtet? Übersah sie nicht, daß die USA sich, wenn überhaupt, ein vereintes Deutschland nur in einem westlichen Bündnis vorstellen konnten? Wie war es mit Frankreich, und war die veränderte sowjetische Haltung in der Außenpolitik ehrlich gemeint oder geboren aus inneren und äußeren Zwängen, demzufolge nur taktisch zu verstehen? Fragen, die sich die GVP nicht stellte! Veränderungen im Osten bewertete sie ohne kritisches Hinterfragen eher positiv und dem Westen unterstellte sie keine Blockadepolitik hinsichtlich einer möglichen Wiedervereinigung.

b) Ein Vorschlag der GVP zur ›Lösung‹ der Deutschlandfrage

Noch ehe der ›Kurswechsel‹ der sowjetischen Außenpolitik nach Stalins Tod spürbar wurde, meinte die GVP die Gunst der Stunde nutzen zu können, um die Stagnation in der Deutschlandfrage zu überwinden. Die Ursache der Stagnation lag nach Einschätzung der GVP in der westlichen Politik begründet. Acht Tage nach Stalins Tod und unmittelbar vor der dritten Lesung der Westverträge unterbreitete die GVP deshalb am 13. März 1953 den vier Hohen Kommissaren einen Vorschlag und forderte in

12 »Ein Monat vorwärtsdrängender Entscheidungen«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 22 v. 26.6.1953, S. 5.

13 Heinemann an Kaiser, 18.3.1953, NL Hei 45.

textidentischen Begleitschreiben an Adenauer und Grotewohl die Befürwortung ihres Vorschlags. Zeitlich war der Vorstoß geschickt gewählt. Er nutzte das Vakuum in der sowjetischen Führung und konnte vielleicht noch Einfluß auf das Meinungsbild des Bundestags erzielen, zumindest der Öffentlichkeit ein außenpolitisches Kontrastprogramm vorstellen.

Die Überlegungen, endlich etwas Konkretes in der Deutschlandfrage zu tun, reichten bis in den Dezember 1952 zurück. Wieder einmal war es Erwin Respondek und nicht Heinemann, Bodensteiner oder Wessel, der den entscheidenden Anstoß hierfür gab. Wie man überhaupt in Respondek den deutschlandpolitischen Kopf zu sehen hat, was Initiativen, Denkschriften und Memoranden der NG/GVP betraf. Was den Versuch anging, deutschlandpolitische Vorstöße zu unternehmen, kann man allenfalls den eher linksorientierten Herbert Mochalski neben ihn stellen.¹⁴ War Scheu der umtriebige Organisator im Hintergrund, Heinemann und Wessel die öffentlichen Multiplikatoren, so zählte Respondek zum brain-trust der GVP, stets überlegend und formulierend, ob und wie sich die internationale Lage veränderte, welche Rückwirkungen auf die deutsche Situation zu erwarten waren, welche geeigneten Schritte die GVP unternehmen konnte und sollte.¹⁵

Am 16. Dezember 1952 machte Respondek Heinemann, Bodensteiner, Wessel und den Mitgliedern des Deutschlandausschusses der GVP einen Vorschlag zu »Vorarbeiten für eine fünf-tägige gesamtdeutsche Konferenz auf innerdeutscher Ebene.¹⁶ Respondek dachte demnach nicht an einen Vorstoß bei den Westmächten und der Sowjetunion, wie dies die von ihm initiierte Deutschland-Denkschrift der NG intendierte, vielmehr verlagerte er nun das »außenpolitische« Handeln auf die innerdeutsche Ebene. Der Vorschlag der NG vom 10. Oktober 1952 war der Versuch, sich der internationalen Lage anzupassen: Allein eine Viermächtekonferenz konnte die beiden deutschen Regierungen auf einen Deutschlandausschuß im Sinne der GVP verpflichten. Zwischenzeitlich war mit der Note der Westmächte vom 23. September 1952 der alliierte Notenwechsel vorerst sanft entschlafen. Respondek glaubte nicht, seitens der GVP daran etwas ändern zu können. Aussichtsreicher erschien ihm der Versuch, die deutsche Frage zunächst auf gesamtdeutscher Ebene anzugehen. Doch selbst auf dieser Ebene mußte seiner Meinung nach die DDR initiativ werden und »die Anregung für eine »Deutschlandkonferenz« müßte also von der Seite der DDR an die Parteileitung (der GVP, J. M.) kommen.«¹⁷In einem solchen Fall sollte der von der GVP ermächtigte Deutschlandausschuß beauftragt werden, in Vorbereitungen mit der DDR einzutreten. Dieses Modell lag natürlich fern jeder Realität. Warum sollte die DDR initiativ werden?

14 Es ist deshalb um so bedauerlicher, daß es dem Verfasser weder gelungen ist, einen Nachlaß Respondeks zu ermitteln noch das Archiv Mochalskis zu benutzen.

15 Vgl. die zahlreichen Memoranden Respondeks von 1952 bis 1955, NL We 132, NL We 133, NL Hei II Januar 1955.

16 Respondek, »Anlage zum Rundschreiben vom 16.12.1952 betr. »Deutschland-Ausschuß« der GVP«, S. 1.

17 Ebd., S. 5.

Warum gerade an die GVP, einer Partei unter vielen, herantreten, die noch dazu keinerlei Legitimation besaß, verbindliche Erklärungen für die Bundesrepublik abzugeben? Glaubte Respondek tatsächlich, so die Isolierung durchbrechen zu können? Die gesamtdeutsche Orientierung machte hier eher blind für die Realität.

Alle Angebote der DDR standen auf der Grundlage freier Wahlen. Doch kein staatliches Organ hatte eine ›präzise Formel‹ vorgelegt, wie man sich ihre Durchführung und vor allem die Garantie der Freiheit der Wahl dachte. Von westdeutscher Seite wurden jedenfalls alle Angebote abgelehnt. In dieser Situation sollte nun die DDR gerade an die GVP herantreten, um mit ihr die strittigen Punkte eines brauchbaren Instruments einer Wahlordnung und -kontrolle zu besprechen, wie sich das Respondek dachte. Immerhin stieß Respondeks Anregung innerhalb des Deutschlandausschusses der GVP auf (vorbehaltlose wie auch modifizierte) Unterstützung.¹⁸ Anfang 1953 forcierte Respondek seine Idee gesamtdeutscher Beratungen. Die Westmächte befanden sich hinsichtlich der EVG-Verträge nach Meinung Respondeks in der entscheidenden Diskussionsphase und die Regierung der UdSSR dürfte, so Respondeks Argumentation, in ihrer abwartenden Haltung verharren, solange kein endgültiges Votum der einzelnen europäischen Parlamente erfolgt war.¹⁹ Genau in der Phase der Diskussion und noch vor der dritten Lesung wollte jetzt Respondek eine Deutschlanddeklaration im Sinne seiner Vorschläge herausgeben und damit selbst die Initiative ergreifen.

Der Deutschlandausschuß der GVP entschied sich dann unter bestimmender Mitwirkung von Heinemann und Wessel nicht für gesamtdeutsche Beratungen, sondern für einen Appell der GVP an die beiden deutschen Regierungen sowie für eine Petition an die vier Hohen Kommissare. Das war für Respondek »realpolitisch gesehen natürlich unreal.«²⁰ Dennoch fand der Appell seine Unterstützung, weil er vom Grundsatz her im Interesse Gesamtdeutschlands lag.

Der schließlich am 13. März gemachte Vorschlag der GVP zur Lösung der deutschen Frage ging von der bestehenden Schwierigkeit aus, »daß bei dem gegenwärtigen Zustand der Spaltung« »keine verbindliche deutsche Erklärung über das künftige Verhältnis eines wiedervereinigten Deutschland zu den anderen Nationen zu erzielen ist.« Deswegen forderte die GVP die Besatzungsmächte zu folgenden Schritten auf:

- »1. Die vier Besatzungsmächte treten zu einer Konferenz zusammen, um sich zunächst über die völkerrechtliche Stellung eines wiedervereinigten Deutschland zu verständigen. Dabei ist dem Sicherheitsbedürfnis des deutschen Volkes und seiner Nachbarn in gleicher Weise Rechnung zu tragen.

18 Vgl. Achelis-Bezzel an Respondek, 3.1.1953, Abschrift, NL We 133. Vgl. Jüntgen an Respondek, 2.1.1953, Abschrift, NL We 133.

19 Vgl. Respondek an Heinemann, Wessel, Bodensteiner, 2.2.1953, NL We 133.

20 Respondek an Heinemann, Wessel, Bodensteiner, 5.3.1953, NL Hei 45.

2. Der Inhalt dieser Verständigung wird dem deutschen Volk in allen vier Besatzungszonen zur Abstimmung vorgelegt.
3. Die Volksabstimmung in allen vier Besatzungszonen erfolgt in einer freien und geheimen Weise unter gemeinsamer Kontrolle durch die Besatzungsmächte. Für ihre Vorbereitung ist allseitig die Freiheit der Rede, der Versammlungen und der Presse zu gewährleisten.
4. Bei einer Bejahung der von den Besatzungsmächten unterbreiteten Vereinbarung über die völkerrechtliche Stellung eines wiedervereinigten Deutschland durch die Mehrheit der wahlberechtigten Männer und Frauen wird diese Vereinbarung als Bestandteil des von einer künftigen gesamtdeutschen Regierung mit allen Siegermächten abzuschließenden Friedensvertrages verbindlich.
5. Alles, was nicht die völkerrechtliche Stellung eines wiedervereinigten Deutschland betrifft, also z. B. auch die Grenzfragen, bleibt dem mit einer gesamtdeutschen Regierung abzuschließenden Friedensvertrag vorbehalten.
6. Die Gesamtdeutsche Regierung ist nach einer Annahme der Vereinbarung durch das Volk alsbald aus einer ebenso kontrollierten freien und geheimen Wahl zur Nationalversammlung zu bilden.«²¹

Der erste Punkt des Vorschlags war das *Ceterum censeo* der GVP schlechthin. Immer wieder hatte sie darauf gedrungen, die völkerrechtliche Stellung Deutschlands, das hieß für sie, seine Neutralität vor einer Wiedervereinigung festzulegen. Das eine wurde stets zur Voraussetzung des anderen gemacht. Durch die Konstruktion war die GVP überzeugt, beiden Seiten gerecht zu werden. Sie erfüllte nach Meinung der GVP das unterstellte Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion – das für die GVP »der Angelpunkt für die Wiedervereinigung«²² war – und kam dem Westen entgegen. Was die GVP nicht erkannte, war das Interesse der Westmächte an einem geteilten Deutschland. Sie waren ja erst auf eine Wiedervereinigung zu verpflichten, was Adenauer zumindest im juristischen Sinne mit dem EVG-Vertrag gelungen war. Mit der Feststellung, eine getroffene Vereinbarung der Alliierten über Deutschland sie dem deutschen Volk zur Abstimmung vorzulegen, war die GVP davon überzeugt, der Befürchtung entgegen getreten zu sein, die Besatzungsmächte können sich auf Kosten Deutschlands einigen.²³

Schließlich erkannte die GVP das Axiom des Westens auf freie, geheime, kontrollierte Wahlen an. Selbstverständlich war man sich der Tatsache bewußt, daß freie Wahlen zum Zusammenbruch des SED-Regimes in der DDR führen mußten. Eben deshalb forderte die GVP den neutralen Status Deutschlands, damit Deutschland vom Westen nicht politisch gegen die Sowjetunion instrumentalisiert werden konnte. Westlichen Interessen glaubte man mit der Hereinnahme freier Wahlen zu dienen, weil sie schließlich einen Teil Deutschlands aus dem kommunistischen Machtbereich herauslösen würden.

21 »An die Hohen Kommissare«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 7 v. 17.3.1953, S. 2f; vgl. auch »Vierer-Verhandlungen«, in: FAZ v. 18.3.1953; BN v. 18.3.1953, WT v. 18.3.1953.

22 Wessel, Dt. Bt., 241. Sitzung, 4.12.1952, S. 11360 A.

23 Vgl. Heinemann an Kaiser, 18.3.1953, NL Hei 45.

Die GVP lebte von der Annahme, wenn beides, Neutralität und freie Wahl, gesichert war, dann stünde einer Wiedervereinigung nichts mehr im Wege. In der GVP war man davon überzeugt, ihr Vorschlag vom 13. März 1953 war dazu geeignet, »die Überwindung des toten Punktes«²⁴ zwischen Ost und West zu ermöglichen. In gleichlautenden Schreiben an Grotewohl und Adenauer ersuchte die GVP beide, sich den Vorschlag zu eigen zu machen, nicht ohne mit der Anrede dieser Politiker gleichzeitig ihre Politik einer Kritik zu unterziehen. Nach Auffassung der GVP stand die Politik beider Regierungschefs dem Willen des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung entgegen. Die GVP erhob die Forderung, beide Regierungen müßten von sich aus zum Zwecke der Wiedervereinigung auf ihre Existenz verzichten, denn »nur der Übergang der bestehenden Gewalten an eine frei gewählte Nationalversammlung und eine von ihr zu bildende gesamtdeutsche Regierung kann Grundlage einer friedlichen Wiedervereinigung sein.«²⁵ Die GVP bedauerte, »daß sich die Bundesregierung gegen die bisherigen Verhandlungsmöglichkeiten ausgesprochen hat«, gleichfalls kritisierte sie, »daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik durch ihre Maßnahmen die Annäherung erschwert« hat.²⁶

Insgesamt wies die GVP der Bundesregierung die ursächliche Schuld an einer Nichteinigung in der deutschen Frage zu, zu der die Maßnahmen der DDR verschärfend hinzu kamen. Die GVP erwartete von beiden Seiten Entgegenkommen. Die Bundesregierung sollte die Ratifikation der Verträge aussetzen, die DDR von Gegenmaßnahmen Abstand nehmen und keine Armee aufstellen.²⁷

Sowohl der französische als auch der englische Hohe Kommissar bestätigten den Empfang der GVP-Vorschläge. Der französische Kommissar teilte mit, er werde die Sache an seine Regierung weitergeben, der englische versprach eine Stellungnahme und nähere Prüfung.²⁸ Die allerdings erfolgte nie. Diejenigen, auf die es eigentlich ankam, UdSSR und USA, schwiegen. Die offiziellen Stellen der DDR und der Bundesrepublik reagierten überhaupt nicht. Es fällt jedoch auf, daß die Presse in der DDR justament zu diesem Zeitpunkt die Politik der GVP massiv kritisierte, die, so das Neue Deutschland, »eine Politik der Halbheiten, der Ausflüchte und Vorbehalte (treibt), die letzten Endes nur Adenauer zugute kommt.« Zur Kritik, die die GVP sowohl an der Bundesregierung als auch an der Regierung der DDR geübt hatte, stellte das ND fest: »Wer die Frage so stellt, stellt sich schützend vor die Adenauer-Regierung.«²⁹ Im Gegensatz zur DS bzw. zum

24 Bodensteiner, »Die Überwindung des toten Punktes«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 7 v. 17.3.1953, S. 4ff.

25 »An den Herrn Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. An den Herrn Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 7 v. 17.3.1953, S. 3.

26 Ebd., S. 4.

27 Ebd..

28 Vgl. »Die Antwort der Hohen Kommissare«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 10 v. 2.4.1953, S. 7.

29 Zit. n. »Gegen Heinemann«, in: FAZ v. 23.3.1953. Vgl. auch »Eine notwendige Bemerkung«, in: Sächs. VZ v. 24.3.1953.

BdD von Wirth und Elfes wurde die GVP von offiziellen DDR-Stellen nicht als Gesprächspartner anerkannt.³⁰

Die Bundesregierung reagierte nicht einmal inoffiziell. Unbeirrt setzte sie ihren Kurs fort. Ungeachtet der durch Stalins Tod hervorgerufenen neuen Lage ratifizierte die Bundestagsmehrheit die Verträge. Das, worauf die GVP gehofft hatte, mit ihrer Aktion vom 13. März eine Verschiebung der Ratifikation zu erreichen, blieb natürlich illusionäre Spekulation.

Im Zusammenhang mit dem Brief an Grotewohl versuchte die GVP erstmals mittelbar Wege, mit Politikern der DDR ins Gespräch zu kommen,³¹ und zwar sollte Mochalski im Auftrag der GVP, aber nicht in ihrem Namen sprechend, diesbezüglich beim stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Otto Nuschke von der Ost-CDU sondieren. Man sah in Mochalski deshalb den geeigneten Mann hierfür, weil er einerseits auf diese Gespräche drängte, andererseits hatte er schon einmal in seiner Funktion als Präsidiumsmitglied des ›Westdeutschen Treffens junger Generation‹ mit dem FDJ-Vorsitzenden Erich Honecker konferiert.³² Mochalski verfügte zudem über gute Kontakte zu kirchlichen und politischen Stellen in der DDR. Die Unterredung Mochalskis mit dem Vorsitzenden der Ost-CDU führten zu keinerlei greifbaren Ergebnissen. Angeblich hat sich Mochalski Nuschke gegenüber dahingehend geäußert, er sähe seine Hauptarbeit in der DS. Es dürfe keine Zersplitterung geben. Wenn es gelinge, die Menschen um Heinemann zu bewegen, sich der DS anzuschließen und nichts ohne Fühlungnahme mit der DS zu tun, dann könne eine Phalanx hergestellt werden, die bei der Bundestagswahl im Herbst eine entscheidende Rolle spielen könne.³³ Die Überprüfung dessen, was Mochalski geäußert hatte, worin sein Auftrag im einzelnen bestand und welche Strategie er tatsächlich verfolgte, erlaubt die Aktenlage nicht. Angeblich sind die Äußerungen nicht in der zitierten Form gefallen.³⁴ Im Grunde genommen ist das auch weniger bedeutsam, entscheidend war der Versuch der GVP, erstmals qua Partei über eine vermittelnde Instanz ins Gespräch zu kommen. Was die GVP im einzelnen wollte, muß ungeklärt bleiben. Der Versuch der GVP, in Richtung DDR etwas bewegen zu können, scheiterte jedenfalls.

Nichts hatte geholfen, weder die ›Briefaktion‹ noch die versuchte Gesprächsanbahnung mit dem Osten. Umsonst hatte das GVP-Mitglied Thea Arnold am 19.3.1953 an den Bundestag appelliert, »auf keinen Fall die dritte Lesung abzuschließen, sondern statt dessen Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik (...) und den drei Westmächten

30 Vgl. Respondek an Wessel, 1.4.1953, Abschrift, NL Hei 45. Vgl. »Wirth und Elfes aktiver denn je«, in: Offene Worte, 2. Jg., Nr. 6 v. April 1953. Vgl. auch »Vordringliche Aufgabe – gesamtdeutsches Gespräch«, in: Sächs. VZ v. 27.6.1953.

31 Vgl. Heinemann an Respondek, 13.3.1953, NL Hei 45.

32 Vgl. K. A. OTTO, 1981, S. 84.

33 ›Äußerungen Mochalskis‹, zit. n. Referat Nuschke vor dem Hauptvorstand der Ost-CDU, in: »Der Sturz Konrad Adenauers macht den Weg frei für die Regierung der nationalen Wiedervereinigung«, in: Die Neue Zeit v. 26.3.1953, S. 3.

34 Vgl. Respondek an Wessel, 1.4.1953, Abschrift, NL Hei 45.

aufzunehmen (...)«.³⁵ Einhellig beschworen die drei (fraktionslosen) Vertreter der GVP im Bundestag die angebliche Gefährlichkeit des von der Bundesregierung eingeschlagenen Kurses. Arnold sprach von der Entscheidung »für den Krieg oder den Frieden«,³⁶ Bodensteiner vom »Risiko des Krieges, das in dieser Politik steckt«³⁷ und Wessel von der »Schicksalsfrage, die über Leben und Tod des deutschen Volkes in West- wie in Ostdeutschland entscheiden wird«.³⁸

Verbittert reagierte die GVP deswegen auf die Verabschiedung der Ratifikationsgesetze für die Westverträge durch den Bundestag am 19.3.1953. Die historischen Parallelen, die die GVP herstellte, waren eindeutig und in gleicher Weise extrem zugespitzt. Sie sind aus dem Gefühl ihrer Ohnmacht heraus zu sehen, nichts zur Lösung der deutschen Frage beitragen zu können, zumal nun aufgrund der Entscheidung des Bundestages nach Meinung der GVP eine vertiefte, vielleicht definitive Spaltung Deutschlands begonnen hatte, mithin das Kriegsrisiko stieg. Um so erbitterter klang die Erklärung der GVP einen Tag nach der Bundestagsentscheidung: »Der Bundestag mit seiner gestrigen Entscheidung hat den Westmächten und der Bundesregierung gegen den Willen des Volkes ein Ermächtigungsgesetz gegeben. Die Mehrheit im Parlament ist kleiner, als sie 1933 in der Kroll-Oper beim Ermächtigungsgesetz für Hitler war. Wir fürchten, daß die Folgen noch größer sein werden. Die gestrige Entscheidung rückt uns den 3. Weltkrieg um einen verhängnisvollen Schritt näher. Die Spaltung Deutschlands ist weiter vertieft worden.«³⁹

Helene Wessel ließ eine Briefpartnerin wissen: »Wenn es uns nicht gelingt, bei den kommenden Bundestagswahlen eine Gruppe von Menschen in den neuen Bundestag zu bringen, die in dieser Beziehung einen klaren Kurs in der Ablehnung der Wiederaufrüstung von Ost und West verfolgen, dann können wir uns alle abschreiben.«⁴⁰ Von daher speiste die GVP ihre weitere Kraft im Kampf gegen die Westverträge. Ihn sah sie durch die Entscheidung des Bundestags »in keiner Weise geändert, sondern nur noch dringlicher«.⁴¹

c) *Churchills Entspannungsoffensive –
eine Bestätigung gesamtdeutscher Politik im Sinne der GVP*

In der innenpolitischen Auseinandersetzung hatte die Politik der GVP eine bittere Niederlage davongetragen. Dennoch gab sie die Hoffnung nicht

35 Arnold, Dt. Bt., 255. Sitzung, 19.3.1953, S. 12339 C.

36 Ebd., S. 12339 D.

37 Ebd., S. 12352 D.

38 Ebd., S. 12344 C.

39 »Die GVP erklärt«, Beilage, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 9 v. 26.3.1953. An der These von der »akuten Kriegsgefahr« wurde innerhalb der GVP auch Kritik geübt. Vgl. Alfred Weber, Wilhelm Alff, »Offener Brief an Frau Helene Wessel«, 4.4.1953, in: Die öffentliche Sache. Eine Diskussion über brennende Zeitfragen, Köln, (1953), S. 2f, Archiv J. M..

40 Wessel an Hommes, 21.3.1953, NL We STO 40.

41 Heinemann, »Der Kampf geht weiter«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 9 v. 26.3.1953, S. 2.

auf, den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung, den sie zunehmend für verhängnisvoll hielt, umkehren zu können. Ihre Hoffnungen schienen berechtigt. Die aus Moskau kommenden Signale der Kooperation fielen bei westlichen Politikern in Frankreich und Großbritannien auf fruchtbaren Boden.⁴² Der Begriff ›Entspannung‹, ein Terminus, der lange vor Stalins Tod zum Sprachgebrauch der NG/GVP gehörte,⁴³ hielt Einkehr in den diplomatischen Sprachverkehr. Hinter ihm stand zwar noch keine einheitliche Konzeption, wie sie sich seit Anfang der sechziger Jahre als Ergebnis des nuklearen Patts zwischen den Hegemonialmächten herausbildete. Doch es zeichnete sich eine Entwicklung ab, die nicht die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Ost und West zum Inhalt hatte, sondern seine Schärfe reduzieren wollte.

Der britische Premier, Sir Winston Churchill, reagierte als einer der ersten und gewichtigsten Politiker auf die Verständigungssignale aus dem Osten. Selbstverständlich hatte Churchills Handeln nicht zuletzt seinen nationalen Hintergrund. Die Idee, über die Verminderung der internationalen Spannung Großbritanniens wieder gleichberechtigt in den Chor der Weltmächte einzureihen, war für einen Briten zu attraktiv, als daß er sich mit den Realitäten des Weltsystems nach dem Zweiten Weltkrieg zufriedengeben konnte. Die Änderungen in der Führungsstruktur der Sowjetunion und deren ›neuer‹ Kurs kamen ihm dabei entgegen. Am 11. März ergriff, unerwartet für die Weltöffentlichkeit, Churchill die Initiative und leitete eine Entspannungsoffensive⁴⁴ ein, mit der Zielrichtung, den neu gewählten amerikanischen Präsidenten Eisenhower zu einer Konferenz mit den Sowjets zu bewegen.

Fast notwendigerweise mußte er damit beim amerikanischen Präsidenten ins Leere laufen. Die USA nahmen die Signale aus Moskau mit gehöriger Zurückhaltung auf, weil sie in ihnen nur ein probates Mittel der Sowjets sahen, die einheitliche antikommunistische Front aufzubrechen. In den Vorwahlen zur amerikanischen Präsidentschaft hatten sich der republikanische Kandidat und sein designierter Außenminister Dulles als betonte Antikommunisten ausgegeben und ihr außenpolitisches Konzept des Roll-back, der Zurückdrängung des Kommunismus, propagiert.⁴⁵ Mochte sich dieses Konzept in der praktischen Politik auch schließlich nicht umsetzen lassen, so war es aber auch nicht dazu angetan, die diplomatische Verständigungsbereitschaft zwischen Washington und Moskau zu fördern.

Eisenhowers Reaktion auf einen Artikel in der Prawda, der von einem friedlichen Wettbewerb des östlichen und westlichen Systems ausging, war

42 Vgl. H. P. SCHWARZ, Ära Adenauer, 1981, S. 207ff.

43 Vgl. beispielhaft Heinemann, »Deutsche Verantwortung heute«, in: StdG, 3. Jg., Nr. 4 v. April 1951, S. 2. Wessel, »Völkerverständigung, eine Verständigung für den Frieden«, Manuskript, (Rede v. 31.8.1951), S. 7, NL We 41. Heinemann, Rede auf der Kundgebung am 24.10.1952 in Köln, in: Offene Worte, 1. Jg., Nr. 6 v. Oktober 1952, S. 4. Posser, »Gesamtdeutsche Haltung erfordert Unabhängigkeit von Ost und West«, in: VOX, 19.12.1952, S. 5, Fundstelle NL Hei 367.

44 Zur Außenpolitik Churchills im ersten Halbjahr 1953 vgl. J. FOSCHÉPOTH, Churchill, 1984, S. 1286 – 1301. R. STEININGER, Deutschland, 1984, H 2, S. 105 – 144.

45 Vgl. J. SPANIER, 1962, S. 56f.

alles andere als kooperativ. In seiner Rede vor amerikanischen Zeitungsverlegern am 16. April 1953 diktierte der amerikanische Präsident den Sowjets regelrecht die Bedingungen eines Kurswechsels in der internationalen Politik. Er forderte u. a. den Aufbau eines vereinten Europas, die Freiheit der osteuropäischen Staaten, ihre eigene Regierungsform zu wählen und den Beitritt eines freien, wiedervereinigten Deutschlands zu diesem Europa.⁴⁶

Zwangsläufig reagierten die Sowjets auf diese Einlassungen negativ, wenn auch nicht mit dem üblichen drohenden Unterton. Erstaunlicherweise hielt die GVP Eisenhows Rede nicht einmal für so negativ. Dieser hatte nämlich ausdrücklich das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung anerkannt. In der GVP übersah man, daß Eisenhower damit keineswegs an ein neutrales Deutschland zwischen Ost und West dachte, wie es sich die GVP vorstellte. Jedenfalls unterstellte die GVP den Ausführungen des amerikanischen Präsidenten: »Die Rede Eisenhows (...) gab Anzeichen dafür, daß offenbar auch die USA noch einen Weg sehen, um die Weltprobleme anders als durch Krieg zu lösen.«⁴⁷ Mit anderen Worten: die GVP hatte der USA-Außenpolitik einen aggressiven Charakter unterstellt und die Roll-back-Strategie nicht nur als bloße rhetorische Floskel verstanden. Nun meinte die GVP Anzeichen einer vorsichtigen Kurskorrektur zu erkennen.

Churchill fing die Eisenhowschen Attacken auf, indem er in seiner Unterhausrede am 20.4.1953 erneut die westliche Gesprächsbereitschaft zu erkennen gab. Zum Entsetzen des Bundeskanzlers empfahl dann der britische Premier am 11.5.1953 in einer aufsehenerregenden Unterhausrede eine baldige Viererkonferenz zur Lösung der deutschen Frage.⁴⁸ Zum ersten Mal erkannte einer der westlichen Führer angesichts der westdeutschen Wiederbewaffnung das sowjetische Sicherheitsbedürfnis als Faktum an und schloß ein neutralisiertes, wiedervereinigtes Deutschland nicht aus.

Bewußt griff Churchill auf den Locarnovertrag des Jahres 1925 zurück, der zumindest für eine begrenzte Zeit den Weg zur Aussöhnung zwischen den Erbfeinden Frankreich und Deutschland ebnete. Churchill wollte nun ein Ost-Locarno. Sicherlich hinkte dieser historische Vergleich in mehrfacher Hinsicht, auch dann, wenn man strukturelle Parallelen in der Aussöhnung von Erbfeinden und im Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems sehen mag.

Entscheidend für die GVP war, daß Churchills Vorschläge ihrer Ansicht nach eine politische Alternative zum EVG-Beitritt der Bundesrepublik eröffneten.⁴⁹ Deswegen bewertete die GVP den Vorstoß Churchills uneingeschränkt positiv. Die GVP sah sich jetzt in ihrer eigenen Politik bestätigt: »Was man den ›Propheten im eigenen Lande‹ nicht so recht

46 Teilabdruck der Rede, in: KA v. 16.4.1953, S. 3953.

47 Scheu, »Ein Jahr danach«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 19 v. 5.6.1953, S. 2.

48 Vgl. »Unterhausrede Premierminister Sir Winston Churchill v. 11.5.1953«, in: EA, 8. Jg., 10./11. Folge v. 20. Mai – 5. Juni 1953, S. 5738 – 5744.

49 Vgl. Heinemanns Wahlkampfrede in Freiburg, zit. n. »Eine deutsche Politik gefordert«, in: Badisches Tagblatt v. 20.5. 1953.

geglaubt hat, wird nun von außen her deutlich gemacht: Es gibt einen anderen Weg, es gibt eine bessere Lösung der Deutschlandfrage. Die Stimmen der deutschen Politiker, die nicht nur scheinbar wie die SPD, sondern wirklich eine andere als die Adenauersche Konzeption, seit Jahren empfehlen, können nun nicht mehr totgeschwiegen werden. Wird Adenauer im deutschen Interesse umdenken?«, stellte Scheu die rhetorische Frage.⁵⁰

Daß Adenauer seinen politischen Kurs ändern würde, daran glaubte die GVP keineswegs. Doch sie meinte, nunmehr mit ihrer politischen Zielsetzung nicht mehr isoliert zu sein. Auf internationaler Ebene diskutierte man jetzt, wie die GVP meinte, die Lösung der deutschen Frage in ihrem Sinne. Monatelang fühlte sich die GVP in ihrer politischen Zielsetzung bei den großen Parteien, bei den westlichen Staatsmännern, in der Rolle des ungehörten Propheten. Jetzt stand sie ihrer eigenen Wahrnehmung nach vor der (angeblichen) Bestätigung ihrer Politik. Die »große Politik« geriet »aus der Erstarrung neu in Fluß«.⁵¹ Zurecht interpretierte Scheu Churchills Vorschlag »als ein völliges Verlassen der bisherigen westlichen Grundkonzeption, die eine einseitige militärische und machtpolitische Bindung nicht nur der Bundesrepublik, sondern auch eines wiedervereinigten Deutschland an den Westen und eine Militär-Allianz gegen Rußland zum Inhalt hatte.«⁵² Die westliche Linie war in der Tat nicht mehr einheitlich auf striktem Ablehnungskurs gegenüber der UdSSR, wenn auch aus unterschiedlichen nationalen Motiven. Erhard Eppler hielt eine Verständigung zwischen Ost und West auf der Basis des Churchill-Vorschlags durchaus für möglich: »Der Unterschied zwischen der letzten russischen Note vom 23. August letzten Jahres (d. i. 1953, J. M.) und dem Vorschlag Churchills über ein Ost-Locarno ist nicht so groß, daß er nicht überbrückt werden könnte. Die Frage ist nur, ob wir einen Kompromiß (...) wollen (...)«.⁵³

Zum Teil behauptete man in der GVP, daß Churchill »den Weg zu einem vereinigten und unabhängigen Deutschland, wie es die GVP fordert (...)«,⁵⁴ wies. So weit wollte Heinemann in der Beurteilung nicht gehen. Doch auch er erblickte in Churchills Vorschlägen den Ansatz einer »wirklichkeitsnäheren Politik«,⁵⁵ weil er im zentralen Punkt das östliche Sicherheitsverlangen zur Voraussetzung hatte, wie dies die GVP schon immer gefordert hatte. Beschämend fand man es allerdings bei der GVP, daß die »Initialzündung vom Premier-Minister eines ehemaligen Feind-Staates« kam. Im Ergebnis war dies der GVP aber einerlei, da sie doch jetzt »für die bisherige alternativlose Politik Adenauers den Todesstoß« gekommen sah.⁵⁶ Der von

50 Scheu, »Ein Jahr danach«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 19 v. 5.6.1953, S. 3.

51 Heinemann, »Die entscheidende Frage der Deutschlandpolitik«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 20 v. 12.6.1953, S. 8.

52 Scheu, »Ein Jahr danach«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 19 v. 5.6.1953, S. 2.

53 E. EPPLER, »Haller Referat v.23.6.1953«, in: ders., 1981, S. 89.

54 K. T. S.(iebert), »Churchill ergreift Initiative«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 16 v. 15.5.1953, S. 2.

55 Heinemann, »Die entscheidende Frage der Deutschlandpolitik«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 20 v. 12.6.1953, S. 8.

56 Scheu, »Ein Jahr danach«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 19 v. 5.6.1953, S. 2.

Churchill in die Debatte geworfene Gedanke eines ›Ost-Locarno‹ war nach Meinung der GVP davon angetan, »auf ähnlicher Basis die west-östlichen Spannungen zu beheben, wie Stresemann und Briand die deutsch-französischen damals behoben haben«. ⁵⁷

Waren die Hoffnungen der GVP diesbezüglich berechtigt? Zweifelsfrei war hier der Wunsch der Vater des Gedankens, zumal gerade die entscheidende westliche Großmacht auf Churchills Vorschlag ablehnend kühl reagierte. Adenauer spürte sofort die Gefahr, die in der Idee Churchills für seine Politik lag, die Gefahr nämlich einer Verständigung der Großmächte untereinander auf Kosten und ohne Konsultation der Bundesrepublik. Schließlich waren die Verträge noch nicht rechtskräftig. Die Meinungsbildung bei den Westmächten, sieht man einmal von den USA ab, lief auf eine Viermächtekonferenz hinaus. Frankreich stimmte ihr mehr oder minder bereitwillig zu. Die USA konnten zumindest zu einer westlichen Dreierkonferenz bewegt werden, wenn sie sich auch dagegen aussprach, die vorgesehene Bermuda-Konferenz im Sinne einer Viermächtekonferenz zu verstehen, die Churchill eigentlich wollte. ⁵⁸ Auch die SPD drängte nun verstärkt auf eine Viererkonferenz hin. Die NG/GVP forderte sie schon seit dem November 1951.

Die Deutschlandpolitik war im Bundestagswahlkampf zum beherrschenden Thema geworden. Adenauer sah sich einem doppelten Druck von außen und von innen her ausgesetzt. Angesichts der anstehenden Wahlen konnte er sich keinen Vorwurf leisten, bewußt Möglichkeiten zur Lösung der deutschen Frage auszuschlagen. Ohne seine grundsätzliche Haltung zu ändern, begrüßte er am 3. Juni 1953 jede Viermächtekonferenz, die Aussicht auf Erfolg hat; eine Konferenz, die nichts anderes als ›Palaver‹ sei, hatte seiner Meinung nach keinerlei Sinn. ⁵⁹ Adenauer versuchte die Zeit zu gewinnen, die die GVP nutzen wollte.

Die GVP zeigte sich denn auch höchst mißtrauisch gegen Adenauers verbale Zugeständnisse, die ihrer Ansicht nach taktisch bedingt waren, ohne daß der Kanzler von seiner Politik in der Sache abrückte. Wessel sprach das deutlich an: »Wenn der Bundeskanzler eine Viererkonferenz seit einigen Wochen plötzlich mit solchem Nachdruck fordert, um, wie er jetzt sagt, endlich die russischen Pläne kennenzulernen, so müssen wir ihm entgegen, daß die sowjetischen Pläne in den Noten sehr klar dargelegt wurden und daß eine ähnliche Klarlegung der Pläne des Herrn Bundeskanzlers ganz einfach darauf hinausläufe: man sei bereit mit den Sowjets ein Übereinkommen zu treffen, wenn diese nicht nur die heutige DDR aus ihrem Machtbereich entließen, sondern es auch noch gestatteten, die heutige DDR in einem wiedervereinigten Deutschland gegen sich aufzurüsten zu lassen.« ⁶⁰

Wenn sich in der westdeutschen Außenpolitik etwas ändern sollte, darüber war sich die GVP im klaren, konnte das nicht durch Adenauer,

57 Ordemann, »Locarno-Parallelen«, in: GR, 1. Jg., Nr. 25 v. 17.7. 1953, S. 8.

58 Vgl. R. STEININGER, Deutschland, 1984, S. 118f.

59 Vgl. Adenauer, zit. n. J. FOSCHÉPOTH, Churchill, 1984, S. 1296.

60 Wessel, »Worum geht es der GVP?«, Manuskript, 1953, S. 4, NL We 105.

sondern trotz Adenauer geschehen. Adenauer, so ihre Meinung, würde um kein Jota von seinem Westintegrationskurs abweichen.

Verständlicherweise setzte die GVP ihre Hoffnungen auf einen Wechsel in der Politik der Westmächte entsprechend den Vorschlägen Churchills. Die GVP stellte auf ihrem Bundesparteitag am 7.6.1953 fest, »daß der von ihr stets vorgeschlagene Weg zu Verhandlungen nunmehr auch von verantwortlichen Staatsmännern der vier Mächte gefordert wird.«⁶¹ Für die GVP jedenfalls war der erste Schritt in die richtige Richtung getan.

In diesem Sinne appellierte sie an die geplante Bermuda-Konferenz, »eine Lösung der deutschen Frage anzustreben, die dem Sicherheitsbedürfnis unserer Nachbarn und unserem eigenen Rechnung trägt; desgleichen dem Selbstbestimmungsrecht, das von allen Siegermächten anerkannt ist und dem Verlangen unseres Volkes nach Wiedervereinigung entspricht.«⁶² Zu diesem Zweck schlug die GVP vor: »Die Integrität des wiedervereinigten Deutschlands wird garantiert bis zu einem Zeitpunkt einer allgemeinen Abrüstung oder bis zu dem Zustandekommen eines Systems kollektiver Sicherheit in dem von allen Mächten unterzeichneten Friedensvertrag.«⁶³

Erstmals griff die GVP die Idee eines kollektiven Sicherheitssystems⁶⁴ auf: Genügte ihr nun nicht mehr das früher geäußerte Argument, die Westmächte würden sich in Deutschland selbst verteidigen, mithin dessen Sicherheit gewährleisten? Ging sie damit über ihren bisherigen Vorschlag einer garantierten Neutralität Deutschlands durch die Siegermächte hinaus, der je nach Position in der GVP militärisches Disengagement Deutschlands oder eine begrenzte nationale Bewaffnung bei strikter militärischer Neutralität vorsah? Darüber, was die GVP unter einem kollektiven Sicherheitssystem verstand, läßt sie sich im Bundestagswahlkampf 1953 nicht aus, sieht man einmal von der früher geäußerten Vorstellung ab, ein wiedervereinigtes Deutschland hätte die Aufnahme in die UNO zu betreiben und erfahre dadurch »den stärksten militärischen Schutz, der überhaupt denkbar ist. Gilt doch nach der UNO-Satzung der Angriff auf ein UNO-Mitglied als ein Angriff auf alle, der zur gegenseitigen Hilfeleistung verpflichtet.«⁶⁵ Diese Äußerung Possers zeigt ein hohes Maß an Vertrauen in das normative Fundament der Konfliktregelungsmechanismen der UNO. Die idealistische Vorstellung ging von einer internationalen Solidarität aus und unterstellte den Verzicht auf nationale Interessen im Konfliktfall. Doch schon der Korea-Krieg hatte beispielhaft die Möglichkeiten und Grenzen des Systems der UNO aufgezeigt.⁶⁶ In der GVP setzte man trotzdem auf ein kollektives Sicherheitssystem: »Gewiß, die UNO-

61 »Resolution zur Außenpolitik«, (BPT-Beschluß v. 7. Juni 1953), in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 20 v. 12.6.1953, S. 3.

62 »Öffentlicher Appell für das deutsche Volk an die Bermuda-Konferenz« und »Öffentlicher Appell für das deutsche Volk, an die Regierung der Sowjetunion«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 20 v. 12.6.1953, S. 2.

63 Ebd.. Vgl. auch Wessel, Dt. Bt., 269. Sitzung, 10.6.1953, S. 1362 D.

64 Vgl. auch III, 5.2. dieser Arbeit.

65 Posser, »Wiedervereinigung oder Anschluß?«, in: StdG, 4. Jg., Nr. 6 v. Juni 1952, S. 187; auch in: SOS, 2. Jg., Nr. 14 v. Juli 1952, S. 1.

66 Vgl. M. SCHÄFER, 1981, S. 118 – 150.

Satzung hat den Bürgerkrieg in Korea (das übrigens nicht Mitglied der UNO ist) nicht verhindern können«, argumentierte Posser. »Aber sagt das wirklich etwas Entscheidendes gegen die Brauchbarkeit der UNO und ihre Satzung?«⁶⁷ Posser zweifelte nicht an den Möglichkeiten, die die UN-Charta für die Friedenssicherung zu eröffnen schien. Die Argumentation Possers deckte eine Schwachstelle im Konzept der GVP auf, und zwar die Behandlung der Sicherheitsfrage. Immer wenn sie von der GVP aufgegriffen wurde, zeigte sich, daß es eigentlich zuerst um die Herstellung der nationalen Einheit bzw. um die Abwehr von politischen Maßnahmen ging, die die Wiedervereinigung nach Meinung der GVP unmöglich machten. So geriet die Regelung der Sicherheit Deutschlands an die zweite Stelle. Ob es nun die von den Siegermächten garantierte Neutralität Deutschlands war oder die Einbindung in ein kollektives Sicherheitssystem, primär war die Herstellung der deutschen Einheit. Sie erforderte, wie die GVP meinte, ein Eingehen auf die spezifischen Sicherheitsinteressen der UdSSR, d. h. Deutschland durfte keinem Bündnissystem angehören, das die Sowjets gegen sich gerichtet empfanden. Ein Konzept, das beides, Schutz Deutschlands und Berücksichtigung sowjetischer Sicherheitsinteressen, auf einen Nenner brachte, war für die GVP ein kollektives Sicherheitssystem. Allerdings präziserte die GVP ihre Anforderungen an ein kollektives Sicherheitsprinzip im Bundestagswahlkampfjahr 1953 überhaupt nicht. Sie thematisierte weder Modelle noch irgendwelche ›Verfahrensrichtlinien‹. Lehnte sich die GVP an die ›Uniting for peace-Resolution von 1950 der UN an?«⁶⁸ Verstand sie unter einem kollektiven Sicherheitssystem ein kollektives Garantiesystem nach Artikel 42, 43, 52 der UN-Charta? Wir wissen es nicht.

d) *Der 17. Juni 1953 – das ›Signal zur Wiedervereinigung‹*

Die Argumente des außenpolitischen Kontrastprogramms der GVP, d. h. ihr Plädoyer für ein neutrales Deutschland und ihre Hoffnungen auf eine baldige Viererkonferenz, wurden durch die Ereignisse des 17. Juni 1953 um einiges ärmer gemacht. Aber auch die Befürchtung Adenauers, der Westen könnte sich auf Kosten der Bundesrepublik einigen, verlor ihre Grundlage. Noch am 15. Juni hatten die Westmächte, anknüpfend an die Churchill-Initiative, der UdSSR eine Außenministerkonferenz über gesamtdeutsche Wahlen und eine gesamtdeutsche Regierung vorgeschlagen. Die Sowjetunion griff in ihrer Antwort auf Positionen zurück, wie sie sie seit dem Notenwechsel von 1952 vertreten hatte. Die Vorgänge des 17. Juni in der DDR schoben dieses Projekt vorerst auf die lange Bank. Die Spekulationen darüber, ob die Sowjetunion verständigungsbereit war, hatten sich für die öffentliche Meinung zerschlagen.

Die Politik der Stärke schien ihre Bestätigung zu erfahren. Die Kritiker des Westintegrationskurses mußten sich jetzt vorhalten lassen, den Cha-

67 Posser, »Es gibt eine Alternative zur EVG«, in: StdG, 6. Jg., Nr. 9 v. Mai 1954, S. 212.

68 Vgl. M. SCHÄFER, 1981, S. 45ff.

rakter sowjetischer Politik verkannt und mit ihrer illusionären Politik die Sicherheit der Bundesrepublik aufs Spiel gesetzt zu haben. Zeigte sich jetzt nicht, daß allein ein gefestigter und geeinter Westen die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit herbeiführen konnte? In der westdeutschen Öffentlichkeit verstärkte sich die Zustimmung zur Außen- und Deutschlandpolitik Adenauers. Aber auch die Reaktion der Westmächte auf die Vorfälle in der DDR wirkte auf manche Illusionen in der westdeutschen Öffentlichkeit dämpfend.⁶⁹ Die praktische Tragfähigkeit der Politik des Roll-back konnte sich jetzt bewähren. Es zeigte sich, daß das theoretische Konzept mit der faktisch betriebenen Außenpolitik der US-Regierung nichts gemein hatte. Angesichts des Verlustes des amerikanischen Nuklearmonopols war nichts anderes zu erwarten.⁷⁰ Entgegen sonstiger Rhetorik pflegte selbst die Bundesregierung eine demonstrative Zurückhaltung, die die bisher geübte Kritik der GVP Lügen strafte, die Bundesregierung betreibe eine Politik der Friedensgefährdung.

Insgesamt wertete die GVP die Vorgänge in der DDR als Bestätigung der eigenen Politik, mehr noch: sie wurden interpretiert als ein »Signal der Wiedervereinigung«.⁷¹ Die Vorkommnisse hatten nach Meinung der GVP dreierlei gezeigt: die Notwendigkeit West- und Ostdeutschland wieder zusammenzuführen unter der objektiv gebotenen Maßgabe, zu diesem Zweck die Bundesregierung bei den kommenden Wahlen abzulösen; den Willen der Bevölkerung in der DDR kein System des Kollektivismus, aber auch keine westdeutschen Verhältnisse zu wollen; das gebotene Interesse an einer Wiedervereinigung zum Zwecke der Friedenssicherung, das die endgültige Verabschiedung der Politik der Stärke erforderlich macht.⁷²

In der Beurteilung des 17. Juni konvergierten die Ansichten der GVP mit Argumenten der SPD, wenn sie auch nicht immer deckungsgleich waren. In der Bewertung des Verhaltens der Sowjets und des Verlaufs des Aufstandes stand die GVP allerdings allein, sie fiel nämlich nicht in den Chor der allgemeinen Empörung über die Niederschlagung des Aufstandes ein. Das Eingreifen der Sowjets wurde mit der Tätigkeit anonymer, subversiver Westberliner Kräfte in der DDR begründet, die die echte Demonstration des Volkswillens verfälscht hätten.⁷³ Respondek sprach von einem durch »psychologische Kriegsführung« geschürten Verlangen der DDR-Bevölkerung, sich von der DDR-Regierung und der sowjetischen Besatzungsmacht zu befreien.⁷⁴

Angesichts dieser psychologischen Kriegsführung und des Verhaltens der Provokateure hatte sich die UdSSR in der Interpretation der GVP maßvoll verhalten. Heinemann schrieb zum Verhalten der Sowjets: »Man

69 Vgl. zur Vorgeschichte und zum Verlauf: K.W. FRICKE, Arbeiteraufstand, 1982, S. 5 – 22.

70 Vgl. zur neuen amerikanischen Militärstrategie: H. G. PÖTTERING, 1975, S. 37 – 40.

71 Mochalski, »Das Signal zur Wiedervereinigung«, in: StdG, 5. Jg., Nr. 7 v. Juli 1953, S. 197 – 200.

72 Vgl. ebd., S. 200. Vgl. auch Krämer, »Der Fluch der Anonymität/Zu den Unruhen in Berlin«, in: StdG, 5. Jg., Nr. 7 v. Juli 1953, S. 199f. Vgl. auch Heinemann, »Die Lehre von Berlin«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 22 v. 26.6.1953, S. 1.78Vgl. K.W. FRICKE, 1982, S. 14.

73 Vgl. Mochalski, »Das Signal zur Wiedervereinigung«, in: StdG, 5. Jg., Nr. 7 v. Juli 1953, S. 199. Vgl. auch Krämer, »Der Fluch der Anonymität«, in: StdG, 5. Jg., Nr. 7 v. Juli 1953, S. 201.

74 Respondek, zit. n. »GVP fordert«, in: MZ v. 17.8.1953.

sollte bei aller Trauer um die Toten der russischen Seite zugute halten, daß sie in dem Einsatz ihrer militärischen Machtmittel Gott sei Dank nicht so weit ging, als man angesichts der doch sehr drastischen Attacken der Volksmassen befürchten mußte. Darin lag eine politische Weisheit, die jedenfalls größer ist als manche unverhohlene Freude im Westen darüber, daß es zu jenen tumultarischen Aufständen gekommen ist.«⁷⁵ Daraus folgerte die GVP die Notwendigkeit der Wiedervereinigung unter friedenstrategischem Aspekt und verlangte den Verzicht auf »gewaltsame Lösungen«.⁷⁶ Die Politik der Befreiung wurde seitens der GVP durch die Ereignisse in der DDR demnach als widerlegt angesehen. Man erkannte aber nicht, daß genau jene Veränderungen in der DDR der geeignete Anlaß zur Umsetzung einer Politik des Roll-back schlechthin gewesen wäre. Gleichwohl verzichteten die USA auf die von der GVP unterstellte Politik der Generalvereinbarung. Man verkannte nicht nur die amerikanische Politik, sondern unterlegte den Amerikanern auch noch nach den Vorfällen in der DDR eine Politik mit »einer großen Aufrüstung und ultimativen Drohungen einer starken Faust des Westens bis hinein in die Kriegsgefahr«.⁷⁷

Genau das Gegenteil hatte der 17. Juni gezeigt. Er entlarvte die Politik der Neuordnung Europas als rhetorische Floskel. Die Einschätzung des sowjetischen Vorgehens seitens der GVP war demgegenüber realitätsgerecht. In der Tat hatten die Sowjets, aus welchen Gründen auch immer, alles in allem zurückhaltend agiert.⁷⁸ Sei es deswegen, weil der Aufstand bereits beim Aufmarsch der sowjetischen Truppen am zusammenbrechen war,⁷⁹ sei es, weil ihn die Sowjets nicht gegen sich gerichtet sahen.

Die ›Lehre von Berlin‹, die die GVP zog, war, daß man in Washington und Bonn eine andere Deutschlandpolitik erzwingen mußte, um zugleich für Mitteleuropa entspannend wirken zu können.⁸⁰ In den Augen der GVP rückte dieses Ziel nun näher. Man sah die Chance, der Kanzler könne durch den Druck der Berliner Vorgänge gezwungen werden, der deutschen Wiedervereinigung den Vorrang vor der Integration in den Westen einzuräumen. Jedenfalls sah die GVP die Richtigkeit ihrer Politik unter Beweis gestellt.⁸¹

Die Ablehnung der militärischen Integration der Bundesrepublik in den Westen durch die Bundesregierung würde, so das Argument, die USA dazu führen, sich auf eine alsbaldige Wiedervereinigung Deutschlands einzulassen.⁸² Dieser Ansatz ging von einem doppelten hypothetischen Konstrukt aus. Er unterstellte die Nachgiebigkeit der Bundesregierung und die sich daraus ergebende Verpflichtung Amerikas, einer deutschen Wiedervereinigung zuzustimmen. Was hätte Adenauer für seine Politik ge-

75 Heinemann, »Die Lehre von Berlin«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 22 v. 26.6.1953, S. 1.

76 Ebd..

77 Ebd..

79 So A. BARING, 17. Juni, 1983, S. 90. Anders G. MOLTSMANN, 1987, S. 123.

80 Vgl. Heinemann, »Die Lehre von Berlin«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 22 v. 26.6.1953, S. 2.

81 Ebd..

82 Ebd..

wonnen, wenn er nachgäbe? Wieso sollte sich Amerika zur Wiedervereinigung bequemen, wenn sein Ziel doch die Befreiung Europas war und es infolgedessen ein Übermaß an Interesse an einer wiederbewaffneten, integrierten Bundesrepublik hatte? Die europäische Lage betrachtend, konnten die Sowjets mit einem einheitlichen und blockfreien Deutschland in Mitteleuropa leben, vielleicht auch viel gewinnen, die USA dagegen in Europa alles verlieren.⁸³ Wessel beurteilte die Situation bald nach dem 17.6.1953 nicht ganz so optimistisch. In der Bundestagsdebatte am 1.7.1953, in der die Verabschiedung eines Gesetzentwurfes anstand, den 17. Juni zum Nationalfeiertag zu erklären und ein Antrag der SPD zwecks Viermächteverhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands behandelt wurde,⁸⁴ ging sie auf die Ereignisse des 17.6. im Gegensatz zu anderen Rednern überhaupt nicht ein. Wessel erklärte: »Mit Deklamationen über die deutsche Einheit ist es heute nicht mehr getan«. Der Bundesregierung warf sie vor, daß sie »nicht in der Lage ist, einen brauchbaren, d. h. von den Realitäten ausgehenden *Beitrag zur gesamtdeutschen Lösung* zu leisten«.⁸⁵ Darunter verstand das GVP-Präsidiumsmitglied den Vorschlag, Deutschland als neutralen Staat zu erklären.

Die GVP unterschätzte allerdings Adenauers Beharrungsvermögen und verfehlte die Intention seiner Politik. Warum sollte ihn der 17. Juni zum Kurswechsel seiner Politik zwingen, hatte er nicht gerade die Notwendigkeit beschleunigter Integrationspolitik gezeigt?

Sie selbst sah im Aufstand ein Zeichen dafür, daß die Sowjets eine Bolschewisierungspolitik für ganz Deutschland vollends aufgeben müßten.⁸⁶ Die GVP war deshalb überzeugt, daß die UdSSR ihre seit dem Frühjahr 1953 eingeleitete Verständigungspolitik mit dem Westen fortsetzen und nun erst recht ein neutrales, wiedervereinigtes Deutschland anstreben würde. Die GVP fühlte sich in ihrer Einschätzung durch die sowjetische Note vom 15. August 1953⁸⁷ bestätigt.⁸⁸ Geradezu euphorisch wurde sie aufgenommen, denn nach Ansicht der GVP leitete sie »die entscheidende Auseinandersetzung um den Friedensvertrag mit Deutschland ein«.⁸⁹ »Noch vorhandene Zweifel über die Einstellung der Sowjetunion zum Deutschlandproblem«⁹⁰ wurden durch die Note als beseitigt

83 Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß noch in den fünfziger Jahren alternative Deutschlandkonzepte wie die Neutralitätslösung in der amerikanischen Administration diskutiert wurden. Zwischen Meinung und Politik der Regierung und administrativen Expertengutachten etc. ist tunlichst zu differenzieren. Vgl. P. BENDER, 1984, S. 830. Benders Aufsatz ist eine Entgegnung auf A. SCHICKEL, 1984, S. 590ff.

84 Wessel, Bodensteiner, Arnold stimmten diesem Antrag zu. Vgl. Antrag v. 9.6.1953, Drucksache Nr. 4444, in: Dt. Bt., 1. Wahlperiode 1949, Anlage zu den stenographischen Berichten. Vgl. zur Abstimmung Dt. Bt., 278. Sitzung, 1.7.1953, S. 13925.

85 Wessel, Dt. Bt., 278. Sitzung, 1.7.1953, S. 13902 B, 13902 C.

86 Vgl. Heinemann, »Die Lehre von Berlin«, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 22 v. 26.6.1953, S. 1.

87 Vgl. zur Note E. JÄCKEL, 1957, S. 43ff.

88 Vgl. z. B. E. EPPLER, Wahlbeilage im HT v. 6.9.1953, in: ders., 1981, hier S. 58.

89 »Stellungnahme der GVP zur Sowjetnote«, in: GR, Extra-Ausgabe, 1. Jg., Nr. 31 v. 28.8.1953, S. 13.

90 Bodensteiner, »Begrüßenswerte Fortschritte«, in: DVZ v. 23.8. 1953, S. 5; zustimmend auch Respondek an GVP-Präsidium, 19.8. 1953, NL Hei II 16. – 31.8.1953.

angesehen. Nach wie vor erschien der GVP die UdSSR als Vertreter der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands. Die Sowjetunion hatte das Signal der Wiedervereinigung nach Meinung der GVP gehört und richtig verstanden. Tatsächlich war die Aussicht auf eine gesamtdeutsche Einheit unter den Bedingungen eines westlich-parlamentarischen Systems mit dem 17. Juni 1953 gesunken,⁹¹ sofern sie je bestanden hatte.

4. Das Desaster der Bundestagswahl

Am 6. September 1953 stand nach Meinung der GVP die Entscheidung über Wiedervereinigung oder Westintegration, über Frieden oder erhöhte Kriegsgefahr an.¹ »Der Wähler«, so Wessel, »wird mit seinem Stimmzettel über Krieg oder Frieden entscheiden, denn mit der ›Politik der überwältigenden Macht‹, der ›starken Faust‹, der Grundlage der Adenauer-Politik, ist das Risiko eines Krieges verbunden.«² In der Aussage mag eine wahlkämpferische Zuspitzung liegen, dennoch war man vom Grundsatz her von dieser Feststellung überzeugt. Nach Auffassung der GVP war das deutsche Volk in der parlamentarischen Geschichte »wohl selten zu einer Entscheidung von solch schicksalhafter Bedeutung aufgerufen worden wie bei der Bundestagswahl am 6. September.«³

Um so bestürzter registrierte man die vernichtende Wahlniederlage: nicht einmal 2%, genau 1,16% der Wähler stimmen plädierten für die Politik der GVP.⁴ Zwei Drittel der Wähler wollten die Fortsetzung der bisherigen Regierungspolitik. Allein die CDU/CSU vermochte ihren Stimmenanteil um 14,2% auf 45,2% erhöhen. Die SPD konnte ihr Ergebnis mit einem minimalen Verlust von 0,4% der Stimmen in etwa halten. Nur in 31 von 242 Wahlkreisen erreichte die GVP über 2%, in 13 Wahlkreisen über 3% und in 8 Wahlkreisen über 4% der Stimmen.⁵ Heinemann erzielte mit 8,5% der Stimmen in seinem Wahlkreis das herausragende Zweitstimmenergebnis für die GVP. Im Wahlbezirk Freudenstadt brachte es die GVP immerhin auf rund 10% der Wählerstimmen. Eine Tatsache,

91 So auch Löwenthal, der Anzeichen dafür sah, daß Anfang Juni 1953 eine Mehrheit der sowjetischen Führung einer Wiedervereinigung Deutschlands positiv gegenüberstand. R. LÖWENTHAL, Einleitung, 1983, S. 14f. Vgl. auch B. MEISSNER, SU, 1972, S. 484f. Kritisch zur These vom Bruch in der Deutschlandpolitik G. WETTIG, Deutschland-Politik, 1982, S. 62ff.

1 Vgl. Heinemann, »Letztes Wort zur Wahl«, hektographierte Presseerklärung, 2.9.1953, u. a. NL Scheu 95, NL We 105.

2 Wessel, »Entscheidung über Krieg und Frieden«, in: GR, 1. Jg., Nr. 32 v. 4.9.1953, S. 1.

3 Ebd., S. 2.

4 Zu den Wahlergebnissen vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistische Berichte VIII/5/9 v. 17.10.1953. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 100, H 1, Die Wahl zum 2. Deutschen Bundestag.

5 Wahlkreise; Detmold – 3,0%; Essen II – 3,0% (Wessel); Wuppertal I – 3,0%; Hanau – 3,3%; Essen I – 3,6%; Konstanz – 3,6%; Marburg – 3,6%; Calw – 3,9%; Essen III – 4,2% (Posser); Wuppertal II – 4,3% (Scheu); Oberbergischer Kreis – 4,6%; Wetzlar – 7,2% (Mochalski); Siegen-Wittgenstein – 8,5% (Heinemann).

die selbst den dortigen Vorsitzenden Gerhard Hertel beim Vergleich mit den übrigen Wahlergebnissen im Bundesgebiet erstaunte.⁶

Die einzelnen Erfolge konnten dennoch nicht über die Gesamtsituation der vernichtenden Wahlniederlage der GVP hinwegtäuschen. Damit hatte man nicht gerechnet. Die GVP hielt ihre Argumente für so selbstverständlich und einleuchtend, für so zwingend, daß man auch nicht den leisesten Zweifel an einem Erfolg hatte.⁷ Der Skeptiker Bodensteiner glaubte angesichts seiner Wahlkampf Erfahrungen und seiner intimen Kenntnis der Organisationsstruktur der GVP an keinen überwältigenden Sieg seiner Partei, jedoch am Einzug in den Bundestag zweifelte auch er nicht.⁸

Die GVP verzeichnete dort ihre größten Erfolge, wo sie über eine funktionierende Organisationsstruktur und/oder über Rückhalt in einem traditionellen protestantischen Milieu verfügte. Hinzu kam noch das Ansehen einzelner Kandidaten, wie Heinemann, Mochalski, Wessel, Scheu. Daß es aber weniger auf die kandidierende Person als auf das der GVP geneigte Milieu ankam, zeigt das Beispiel Hans Bodensteiner. Obwohl er in seinem Heimatwahlkreis Tirschenreuth kandidierte, den er schon als CSU-Abgeordneter vertrat, in dem er auch Landrat gewesen war, erzielte die GVP hier nur 1,3% der Stimmen.⁹ Doch selbst in den GVP-Hochburgen konnte sich das Ergebnis nicht mit dem der beiden großen Parteien CDU und SPD messen. Die GVP verzeichnete zwar dort ihre besten Wahlergebnisse, wo es einen ihr nahestehenden politischen Protestantismus evangelisch-reformierter Provenienz gab:¹⁰ im Siegener Land, im Oberbergischen, im nördlichen Schwarzwald und um Hanau, Marburg, Wetzlar. Z. T. war man in diesen Regionen schon immer eher geneigt, einer »evangelischen« Partei die Stimme zu geben, wie die Wahlergebnisse des protestantischen CSVD in der Weimarer Republik zeigten.¹¹

Dennoch ist der GVP kein größerer Einbruch in das evangelische Wählerreservoir gelungen, entgegen der Befürchtung der Protestanten in der CDU. Wie sehr sich die CDU mitunter gerade dort in Bedrängnis fühlte, zeigte sich besonders am Beispiel Freudenstadt. Dem dortigen Einfluß der GVP begegnete sie mit dem Wahlkampfeinsatz prominenter CDU-Politiker. Beispielsweise griff Eugen Gerstenmaier Heinemanns »mißratene Theologie« an und bezichtigte ihn, ein Ersatzkommunist zu sein.¹² Die Befürchtungen mancher in der CDU erwiesen sich aber als grundlos. Adenauer war in seiner Beurteilung realistischer. In den sog. »Teegesprächen« darauf angesprochen, welche Chancen er der neuen Partei Heinemann-Wessel gäbe, antwortete er: »Welcher? Kennen Sie das

6 Vgl. Hertel, »Gustav Heinemann und Freudenstadt«, in: Aus vergangenen Tagen. Heinemann von seinen Freunden zum 70. Geburtstag gewidmet. Privatdruck (1969), o. S.. Im folgenden: »Vergangene Tage«.

7 Vgl. Alfred und Dorothee Willems, »Partei ohne Führer«, ebd..

8 Auskunft Bodensteiner, 3.1.1985.

9 Zit. n. »Das amtliche Wahlergebnis im Wahlkreis 218«, in: NTW v. 12.9.1953.

10 Das Ergebnis im »katholischen« Essen dürfte auf das Ansehen des ehemaligen OB von Essen, Heinemann, zurückzuführen sein.

11 Vgl. G. OPITZ, 1969, S. 346ff.

12 Zit.n. Hertel, »Gustav Heinemann und Freudenstadt«, in: »Vergangene Tage«.

Gustav-Wessel-Lied?«¹³ Adenauer ignorierte die Partei schlichtweg. Worauf zielte sein indirekter Vergleich mit dem nationalsozialistischen Horst Wessel-Lied ab? Hielt er die Vertreter der GVP für Repräsentanten eines überholten Nationalismus? Oder ging es ihm nur um bewußte Verunglimpfung beider Politiker?

Insgesamt fand kein großer Wähleraustausch zwischen CDU und GVP statt. Evangelische Wähler wechselten nicht in größerem Umfang zur GVP. Der GVP gelang es auch nicht, überzeugte Christen, die die SPD wegen ihrer sozialistischen Programmatik nicht wählen wollten, an sich zu binden, und diejenigen Protestanten, die die Politik der CDU ablehnten, gingen den direkten Weg zur SPD. Konnte die CDU/CSU 1949 erst 25% der evangelischen Christen an sich binden und die SPD 34%, stimmten 1953 für beide Parteien jeweils 34% der Protestanten. Der Rest verteilte sich auf die vielen kleinen Parteien.¹⁴ Das außenpolitische Kontrastprogramm der GVP hatte eine vernichtende Niederlage erfahren. Der Volkswille, den man seitens der GVP immer gegen die Politik der Bundesregierung angeführt hatte, stützte nun die Außen- und Deutschlandpolitik Adenauers. Die Wählerschaft wollte offensichtlich nichts von einem neutralen wiedervereinigten Deutschland wissen. In der GVP bewertete man die Wahl als ein »katastrophales Ergebnis«. Einer ihrer Kandidaten, Prof. Günter Koch, meinte: »In der Bewertung der Wählerschaft haben wir uns geirrt. In der Sache nicht.«¹⁵

Unerschütterlich war man von der Richtigkeit der Sache überzeugt. Die Niederlage der GVP hatte viele Väter. Im Juli 1953 machte das IfD-Allensbach eine Umfrage folgenden Inhalts: »Wissen Sie zufällig, wie die Partei heißt, die vor einiger Zeit von dem ehemaligen Innenminister Heinemann und von Helene Wessel gegründet worden ist?« Richtige Angaben machten fünf Prozent der Befragten, zehn Prozent gaben falsche Antworten und 85 Prozent hatten von der GVP noch nie etwas gehört.¹⁶

Dort, wo man die GVP kannte, weil sie politisch präsent war, tat sie sich offensichtlich gegen den latenten und manifesten Antikommunismus schwer. Er erlaubte die Fixierung des politisch »Bösen« auf einen Feind. Allein von ihm, dem Feind aus dem Osten, gingen Übel und Bedrohung aus.¹⁷ Dieser Antikommunismus, der »nicht nur motiviert ist an der Abwehr kommunistischer Expansion, sondern auf eine absolut negative Vorstellung des Kommunismus fixiert ist, die eine ebenso absolut positive Gegenvorstellung des Eigenen zur Folge« hatte, »geriet gleichsam aus dem Bereich geistig-politischer Auseinandersetzung kraft eigener Überzeugung in eine Atmosphäre lediglich emotional erfüllter Anti-Haltung«.¹⁸ Die

13 K. ADENAUER, Teegespräche, 1984, S. 360.

14 Vgl. F. TENNSTÄDT, 1957, S. 45. Vgl. auch E. FAUL, 1960, S. 205.

15 Koch an Hertel, 11.9.1953, Archiv Hertel.

16 E. NOELLE/P. NEUMANN, 1956, S. 271; vgl. auch »Der Adenauer-Sog«, in: Spiegel, 7. Jg., Nr. 38 v. 19.9.1953, S. 10.

17 Siehe auch die Einschätzung des GVP-Mitgliedes Zimmerer, »Nach dem 6. September«, in: GuV, Nr. 10 (1953), S.6. Vgl. auch Wessel an Hiller, 19.12.1953, NL We STO 45.

18 K. ERDMENGER, 1967, S. 99f.

GVP war zwar antitotalitär eingestellt, aber nicht ›antikommunistisch‹ im erwähnten Sinne. Diese Einstellung verhalf der GVP zur ›unvoreingenommenen‹ Rezeption sowjetischer Deutschlandpolitik. Sie begegnete sowjetischen Vorschlägen nicht mißtrauisch, sondern war geneigt, die Verhandlungsangebote der Sowjets ernst zu nehmen, ohne dahinter politische Gefährdungen für Deutschland auszumachen. Diese Verständigungsbereitschaft mit dem Osten wurde ihr im Bundestagswahlkampf zum Verhängnis. Ihr selbst wurde das Etikett ›osthörig‹ aufgedrückt, zumal sie ein Bündnis mit dem BdD eingegangen war.

Nach Meinung der GVP war es gerade diese antikommunistische Haltung, die eine unvoreingenommene Betrachtung sowjetischer Politik nicht zuließ. Posser sprach in seiner Analyse der Bundestagswahl geradezu von einer ›Panikmache vor kommunistischen Gewalttätigkeiten‹.¹⁹ Die GVP wurde von der Art und Weise des Wahlkampfes überrascht. Unter den Namen von GVP-Kandidaten wurden Aufkleber mit der Aufschrift ›Briefträger der Sowjets‹ angebracht. Parteiplakate der GVP wurden mit dem Streifen ›Von Moskau bezahlt‹ überklebt. In Schleswig-Holstein wurde am Sonntag vor der Wahl in Kirchen davor gewarnt, Heinemann zu wählen, weil er mit dem Bolschewismus paktiere. Der Kieler Probst Asmussen sprach Heinemann das Handeln aus christlicher Verantwortung ab. Der Bundesschatzmeister der CDU und Oberbürgermeister von Siegen, Ernst Bach, nannte Heinemann in CDU-Zeitungen einen ›bezahlten Sprecher Moskaus‹.²⁰

Am Donnerstag vor der Wahl behauptete ›Die Zeit‹ eine kommunistische Lenkung und Finanzierung der GVP²¹ und verursachte damit erheblichen Wirbel. Die Tatsache, daß die GVP dagegen beim Landgericht Essen eine einstweilige Verfügung erwirkte, blieb in der öffentlichen Meinung unbeachtet. Einen Tag vor der Wahl erschien in der Wetzlarer Neuen Zeitung, deren Verbreitungsgebiet im Wahlkreis des GVP-Kandidaten Mochalski lag, eine von der amerikanischen Neuen Zeitung übernommene Nachricht, Mochalski hätte 50000 DM zu politischen Zwecken von einem kommunistischen Funktionär erhalten. Nach der Wahl wurde mit Bedauern diese Fehlmeldung von der Wetzlarer Neuen Zeitung richtiggestellt. Gegenvorstellungen bei der Neuen Zeitung blieben unberücksichtigt. Nach der Wahl hatte die Neue Zeitung dann ihr Erscheinen eingestellt.

Der EAK der CDU bezichtigte Heinemann nicht persönlich kommunistischer Tendenzen, er sah sich aber in der »Sorge bestätigt, daß Herr Heinemann und seine Anhänger bedenkenlos von der sowjetischen Politik

19 Posser, »Katechismus des autoritären Staates«, in: GR, 1. Jg., Nr. 34 v. 18.9.1953, S. 1. Die polemischen Zwischenüberschriften in diesem Artikel (u. a. »Terroristische Propaganda«, »Evangelische Gehässigkeit«) stammen nicht von Posser. Er sah durch sie viel Wirkung genommen. Vgl. Posser an Hertel, 19.9.1953, Archiv Hertel. Vgl. auch Nikolaus Koch, »Meine persönliche Stellungnahme zur Wahl«, 9.9.1953, NL We STO 43. Vgl. auch Wessel an Respondek, 12.10.1953, NL We STO 45.

20 Beispiele, zit. n. Posser, »Katechismus des autoritären Staates«, in: GR, 1. Jg., Nr. 34 v. 18.9.1953, S. 1, S. 4. Vgl. auch »14 Punkte D. Asmussens v.23.7.1953«, in: JK, 13. Jg., 1953, S. 380f.

21 O. N., »Genosse Heinemann«, in: Die Zeit v. 3.9.1953.

mißbraucht werden.«²² Die Angriffe gegen die GVP kamen vornehmlich aus dem bürgerlichen Lager, vor allem vom protestantischen Flügel der CDU. Die SPD ignorierte die GVP weitgehend. Scheinbar war sich die CDU der evangelischen Wähler nicht so sicher. Die Anstrengungen gegen die GVP zeigten nach Meinung Heinemanns, wie ungeheuer ernst man sie im Wahlkampf genommen habe.²³ Diese Intensität der Angriffe hatte die GVP insgesamt nicht erwartet. Das lag sicherlich daran, daß die Vorstellungen der GVP in dieser Hinsicht idealistisch und durch keine politische Erfahrung korrigiert waren.²⁴

Vor dem Hintergrund dieses politischen Wahlkampfeszenarios und unter der Maßgabe des von der GVP als überlebensnotwendig gesehenen Ziels der Wiedervereinigung ist die Schärfe zu sehen, in der in der GVP mit dem Wahlausgang gerechnet wurde. Posser entdeckte in den Wahlen 1933 und 1953 eine »erschreckende und bestürzende Parallellität.« Posser machte drei Parallelen aus. 1933 wie 1953 beherrschte ein »Führerkult« die politischen Auseinandersetzungen, Industriekreise finanzierten ihnen genehme politische Parteien und beide Wahlkämpfe standen unter dem Zeichen der Panikmache vor dem Kommunismus.²⁵

Mit einem vorwurfsvollen Unterton stellte Heinemann zum Wahlausgang fest: »So ›christlich‹ ist unser Volk noch niemals gewesen. Hitler erreichte im März 1933 nur 44 Prozent der Stimmen. Was Sprecher dieser ›christlichen Einheitsfront‹ sich an Schmähungen und Verleumdungen geleistet haben, ist unvorstellbar und läßt für den Fortgang allerlei befürchten.« Ernsthafte Befürchtungen um den christlichen Glauben sprechen aus Heinemanns Fazit zur Wahl: »Wieder einmal werden viele an der christlichen Botschaft irre werden, so wie sich Bürgertum und Arbeiterschaft im vergangenen Jahrhundert weithin entfremdeten, als sie die Kirchen so einseitig im Lager der Landesherrn und der herrschenden Gesellschaftsschicht sahen. Es kommt erneut die Stunde einer bekennenden Kirche.«²⁶ Mit anderen Worten, das Bekenntnis zum Glauben wurde nun erneut gefordert. Schon einmal sah sich die Bekennende Kirche zum Widerstand gegen den Staat verpflichtet. Nun reüssierte der Widerstandsgedanke angesichts der Politik der CDU/CSU und die Verpflichtung eines mutigen Bekenntnisses zur christlichen Botschaft.

Die propagandistischen Attacken gegen die GVP und der Widerstand gegen eine Regierung, die nach Meinung der GVP das Christentum in unzulässiger Weise instrumentalisierte, führten zu einer Verzerrung in der Optik der GVP. Die Grenzen in der Kritik zwischen einem totalitären Staat und einem demokratischen Staat verwischten sich.

Das politische Anliegen der GVP war überdies nicht einfach auf die Interessenlage der Bundesrepublik abzustellen. Die GVP tat sich schwer,

22 Zit. n. »Heinemann evangelisch?«, in: Flensburger Tageblatt v. 1.9.1953.

23 Vgl. Heinemann, »Ein Jahr GVP«, in: GR, 1. Jg., Nr. 44/45 v. 4.12.1953, S. 14.

24 Vgl. A. und D. Willems, »Partei ohne Führer«, in: »Vergangene Tage«.

25 Vgl. Posser, »Katechismus des autoritären Staates«, in: GR, 1. Jg., Nr. 34 v. 18.9.1953, S. 1.

26 G. HEINEMANN, »Die Dulles-Wahlen«, (September 1953), in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 49.

die Rationalität ihrer gesamtdeutschen Politik mit den Interessen des westdeutschen Wahlbürgers in Einklang zu bringen. Diether Koch schreibt hierzu: »Eine Partei, die die Interessen der Ostdeutschen in Westdeutschland wahrnehmen wollte und darauf verzichtete, kurzfristige Interessen der Westdeutschen anzusprechen, konnte sich eben in der Wirklichkeit der Bundesrepublik nicht durchsetzen.«²⁷

Diese Aussage ist zugespitzt und in der Zuspitzung liegen Urteil und ›Fehlurteil‹ nahe beieinander. Selbstverständlich war die GVP gesamtdeutsch orientiert und versuchte die (vorgeblichen) Interessen der DDR-Bürger auf Wiedervereinigung wahrzunehmen. Die GVP glaubte ostdeutsche Interessen durch die Zurückweisung der militärischen Integration der Bundesrepublik wahrzunehmen. Doch die kurzfristigen Interessen der Westdeutschen, die Koch anspricht, waren durchaus mit denen der ostdeutschen Bevölkerung in Einklang zu bringen, soweit es ökonomische Prosperität und die Negation des politischen Systems des Kommunismus anlangte. Die Prämisse der Bundesregierung, einer Wiedervereinigung nur bei Gewährleistung der Freiheit und der Sicherheit des gesamtdeutschen Staates zuzustimmen, teilte die Mehrheit der Ostdeutschen zweifelsfrei auch. Heinemann hatte ja in seiner Reise durch die Ostzone diesen Umstand feststellen müssen. Die Politik einer gesamtdeutschen Rationalität, wie sie die GVP verfocht, setzte eben die Zurückstellung anderer Interessen zum Zwecke der Wiedervereinigung voraus. Die GVP konnte nicht nur für die Wiedervereinigung plädieren, sondern mußte gleichzeitig auch ihre Notwendigkeit für die Westdeutschen vielfach erst plausibel machen.

Die GVP tat sich aber auch selbst gegenüber der DDR schwer. Einerseits bekannte sie sich stets zu einer ausgleichenden Politik des Verhandeln mit der DDR, indem sie von der Bundesregierung entsprechende Schritte forderte, und zwar zu Bedingungen, die für die DDR akzeptabel waren. Für manche betrieb sie deshalb, ob gewollt oder ungewollt, eine Politik im Interesse der Sowjetunion. Andererseits scheute sie sich offensichtlich, ähnlich dem BdD, öffentlich das Gespräch mit Vertretern der DDR zu suchen. Sie selbst wollte keine ›offiziellen Verhandlungen‹ mit Parteien und Regierungsvertretern aus der DDR. Ihrer Ansicht nach waren allein staatliche Institutionen hierzu legitimiert, der neue Bundestag sollte dementsprechend tätig werden. Hätte man sich seitens der GVP dennoch auf das Wagnis offizieller Gespräche eingelassen, was in der Logik ihrer gesamtdeutschen Politik lag, dann hätte sie sich vermutlich in der westdeutschen Öffentlichkeit als ›prokommunistisch‹ diskreditiert. In diesem Punkt hat die GVP sehr wohl auf die Meinungslage der westdeutschen Öffentlichkeit Rücksicht genommen.

Die brennende Sicherheitsfrage – »Wie sind wir vor dem Osten zu schützen?« – konnte die GVP nicht hinreichend beantworten. Die Perspektive, durch Integration zur Stärke und dann durch Stärke zur Einheit Deutschlands zu gelangen, ließ sich als politischer Entwurf plausibler

27 D. KOCH, Heinemann, 1972, S. 424.

vermitteln als ein Konzept, das Wiedervereinigung durch Neutralität versprach. Der erste Entwurf wirkte beruhigend auf die Furcht vor den Sowjets. Das Postulat der Neutralität hatte den Charakter des Ungewissen an sich. Zudem entzog sich die GVP der herrschenden ›ideologischen Auseinandersetzung‹ zwischen Ost und West. Die nationale Orientierung war das Bestimmende und nicht die ideologische Identifizierung mit dem ›Antikommunismus‹²⁸: »Wer aus dieser ideologischen Front ausbrach und stärker der nationalen Richtschnur zu folgen versuchte, galt als unzuverlässig, wenn nicht als Verräter.«²⁹ Diese Charakterisierung Erdmengers trifft voll auf die GVP zu. Die Westintegrationsverfechter konnten an Angstinstinkte appellieren. Die gesamtdeutschen Neutralisten mußten versuchen, diese Angst abzubauen und dort, wo sie ihrerseits an die Angst appellierten, indem sie die Entscheidung zwischen Krieg und Frieden anstehen sahen, wirkte ihre Argumentation nicht in dem Maße glaubhaft.

Für die Wahlniederlage der GVP zeichneten aber auch schlicht organisatorisch-strukturelle Faktoren mitverantwortlich. Wie sollte ein ordentlicher Wahlkampf geführt werden bei dieser unzureichenden Organisation? Von einem hauptamtlichen Apparat kann man angesichts der dürftigen Besetzung der Bundesgeschäftsstelle überhaupt nicht sprechen. Der Finanzmangel der Partei war ein chronisches Übel. Vom 31.12.1952 bis zum 31.7.1953 nahm die GVP auf Bundesebene knapp 12000 DM ein.³⁰ Im April 1953 sprach Scheu einmal davon, daß die Geldlage immer katastrophaler werde und alles daran zu scheitern drohe.³¹ Hinzu kam, daß selbst auf Wahlkampfveranstaltungen der GVP gesammeltes Geld mitunter beschlagnahmt wurde. Das mußten Gustav Heinemann und der GVP-Bundestagskandidat Godde auf einer gemeinsamen öffentlichen Veranstaltung in Krefeld erleben. Die Beschlagnahme war begründet worden mit einer aus der NS-Zeit stammenden gesetzlichen Vorschrift. Erst im Ergebnis eines von Diether Posser geführten Prozesses wurde das beschlagnahmte Geld wieder herausgegeben.³² Jedenfalls hatte die GVP eineinhalb Monate vor der Wahl nicht einmal ausreichende Ressourcen, um ihre politischen Ziele einer breiteren Öffentlichkeit nahe zu bringen.³³ Allein die dreihundert Bürgschaften von GVP-Mitgliedern – als Richtschnur galt angeblich ein Viertel des monatlichen Einkommens – und nicht zuletzt der finanzielle Wahlbeitrag des BdD in Höhe von 400000 DM, retteten die GVP über die Runden. Trotzdem konnte die GVP weder im Etat noch mit dem Apparat und den erforderlichen publizistischen Mitteln mit anderen Parteien konkurrieren.³⁴ All diese Faktoren führten schließlich

28 Dehio sprach von der ›abendländischen Solidarität‹ gegen das ›nationale Sonderziel Einheit‹. L. DEHIO, 1955, S. 148. Beispielhaft für die ›nicht-antikommunistische Einstellung der GVP. Scholl, ›Bolschewistenschreck. Gegen den intellektuellen Hochmut und die Dummheit unserer Zeit‹, in: GR, 1. Jg., Nr. 27 v. 31.7.1953, S. 1f.

29 K. ERDMENGER, 1967, S. 107.

30 Vgl. ›Abrechnungen‹, in: NL Scheu 12.

31 Vgl. Scheu an Jüntgen, 4.4.1953, NL Scheu 11.

32 Auskunft Wilhelm Godde, 26.4.1989.

33 Vgl. Scheu an Droste, 24.9.1953, NL Scheu 1.

34 Vgl. ›Gewinn- und Verlust-Rechnung‹ v. 24.9.1953, NL Scheu 12. Vgl. GVP-Rundschreiben v. 17.11.1953, S. 2, Archiv Hertel. Vgl. ›Auflösen kann man immer noch‹, in: Schwarzwälder Bote

zur vernichtenden Wahlniederlage der GVP. Im September 1953 wurde der Westintegrationskurs gutgeheißen, im Grunde damit die Entscheidung über die Zukunft der GVP getroffen. Gleichgültig, welche Versuche die GVP künftig unternehmen würde, um politisch zu reüssieren und für ihre gesamtdeutsche Programmatik zu werben, die politische Existenz der GVP war fortan eine fortschreitende Agonie. Das außenpolitische Programm der GVP war überholt, die Partei überflüssig. Im überregionalen Bereich wurde die GVP nach der Bundestagswahl publizistisch deshalb kaum noch beachtet.

5. Die GVP führt ihre politische Arbeit fort

a) *Das Ziel der Wiedervereinigung bleibt*

Die führenden Funktionäre der GVP waren sich durchaus der politisch aussichtslosen Lage nach der Bundestagswahl 1953 bewußt. Die Alternative, vor der die GVP stand, wurde klar benannt: Auflösung der Partei oder Fortführung der politischen Arbeit im Sinne der bisherigen Ziele. Der engere Kreis um Heinemann dachte trotz aller Schwierigkeiten nicht an eine Auflösung der GVP.¹ Schon im ersten Rundschreiben des GVP-Präsidiums nach der Wahl, aus dem noch die deprimierte Haltung derer spricht, denen am 6. September die Wähler eine so deutliche Absage erteilt hatten, heißt es u. a.: »In Zukunft wird jeder, der bereit ist, weiterhin seinem Gewissen zu folgen und ein mahnendes Wort zu sagen, noch stärkerer Verfolgung ausgesetzt sein als bisher. Trotz allem aber sollten diejenigen, (...) nicht in Resignation und Skeptizismus verfallen, sondern ihre Aufgabe und Verantwortung darin sehen, weiterhin zu rufen und zu warnen. Ob diese opfervolle Aufgabe einen realpolitischen Erfolg haben wird ist nach den Erfahrungen dieser Wahl füglich zu bezweifeln. Wir sind bei aller ernstester Prüfung zu der Überzeugung gekommen, daß wir weiterhin zusammenbleiben und zunächst einmal die weitere Entwicklung in einer gewissen Reservestellung abwarten sollen (...) bis zu der Stunde, in der ein neuer positiver Einsatz zum Aufbau einer wirklichen neuen politischen Kraft gekommen ist.«²

Die erste Bundesvorstandssitzung der GVP nach der Wahl am 14./15. November 1953 in Darmstadt zeigte, wie sehr sich allenthalben in der GVP Resignation breitgemacht hatte. Das Vorstandsmitglied Gehle zweifelte sogar, ob es angesichts einer Epoche, die faschistische Merkmale aufwies,

v. 10.12.1953. Vgl. auch »Ein Viertel vom Gehalt«, in: Spiegel, 7. Jg., Nr. 33 v. 12.8.1953, S. 5f. Die GVP war gezwungen, nach der Wahlniederlage die selbstschuldnerischen Bürgschaften in Anspruch zu nehmen, und zwar in Höhe der Hälfte des gezeichneten Betrages. Vgl. »Protokoll über die Sitzung des Präsidiums am 25.9.1953«, NL Scheu 14.

1 Vgl. Posser an Hertel, 19.9.1953, Archiv Hertel.

2 »Rundschreiben (des Präsidiums) an die Mitglieder des BuVo, Mitglieder des Kontrollausschusses, alle LV und KV, Wahlkreisandidaten, Kandidaten der Landeslisten der GVP«, (September 1953), Archiv Hertel. Vgl. auch Heinemann an Niemöller, 25.9.1953, NL Hei II September/Okttober 1953.

überhaupt einen Sinn hätte, die politische Arbeit der GVP fortzuführen.³ Wessel und Heinemann gingen in ihren Beurteilungen nicht so weit. Doch auch sie zogen eine nüchterne Bilanz. Heinemanns Analyse, »daß nach unserem organisatorischen und finanziellen Zustand ein Weiterbestehen nicht ohne weiteres reizvoll erscheine,« wurde von den Anwesenden nahezu uneingeschränkt geteilt. Trotz allem erhob sich keine Stimme, die klipp und klar die Auflösung der GVP forderte. Heinemanns Feststellung, »solange die Wiedervereinigung Deutschlands nicht vollzogen ist, stehen wir zusammen in dieser Aufgabe, sie ist dringender, schicksalhafter geworden nach dem 6.9.«⁴, wurde nahezu von allen Anwesenden geteilt.

Auch Wessel stimmte mit Heinemann in dieser Frage überein. Gleich ihm sah sie gegenüber der Adenauerschen Politik noch eine zu erfüllende Aufgabe. »Diese Aufgabe bleibt«, so ihre Argumentation, »solange die Wiedervereinigung Deutschlands nicht vollzogen und die Weltspannung zwischen Ost und West nicht vermindert wird.« Vorausgesetzt die GVP sei in der Lage, die Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands der deutschen Bevölkerung klarzumachen, müsse die GVP zusammenbleiben. Wessel hielt es überdies für notwendig, »ein Europa-Programm zu entwickeln, das Anziehungskraft besitzt.«⁵ Bodensteiner trieb die Vorstellung um, daß »der Krieg infolge dieser Politik (gemeint ist die Politik Adenauers) unausbleiblich (ist)«. Diese Erkenntnis verlange, daß die GVP bleiben müsse.⁶ Nachdem sich die Präsidiumsmitglieder Heinemann, Wessel, Scheu, Scholl und der Generalsekretär Bodensteiner für den Fortbestand der GVP ausgesprochen hatten, fiel die Abstimmung über den Weiterbestand der GVP eindeutig aus. Allein die beiden Vertreter der hessischen GVP, Eisenberg und Priebe, enthielten sich der Stimme.⁷

Maßgebend für diesen Entschluß war die Überzeugung, durch den Wahlausgang nicht aus der Aufgabe entlassen worden zu sein, die Wiedervereinigung Deutschlands unter Absage an militärische Integration in den Westen oder Osten weiter zu verfolgen. Die GVP ging sogar einen Schritt weiter, wenn sie meinte, die Begründungen ihres Standpunktes seien weit hin Gemeingut geworden: »Als wir schon vor mehr als Jahresfrist immer wieder darauf hinwiesen, daß es auch ein russisches Sicherheitsbedürfnis gäbe, wurden wir diffamiert. Heute spricht die ganze westliche Welt davon, daß man der Sowjetunion eine Gewähr gegen Angriffe geben müsse, wenn man zu einer Entspannung kommen will.« Allerdings mußte die GVP einräumen: »Solcher und anderer Übernahme von Kernsätzen unseres politischen Standpunktes entspricht aber nicht das Handeln der Bundesregierung und der Westmächte.«⁸

3 Gehle, zit. n. »Protokoll über die BuVo-Sitzung am 14./15. November 1953 in Darmstadt«, S. 13, NL Hei 380. Im folgenden: »BuVo-Sitzung-Darmstadt«.

4 Ebd., S. 7f.

5 Ebd., S. 9.

6 Ebd., S. 18.

7 Ebd., S. 20.

8 »Rundschreiben des Präsidiums an alle LV und KV«, 17.11.1953, Archiv Hertel.

Sicherlich konnte sich die GVP auf die von Churchill initiierte Politik berufen und tatsächlich gewannen die verschiedenen »Entspannungsschulen«⁹ zunehmend an Gewicht in der westlichen Öffentlichkeit, gleichwohl konnte keine Rede davon sein, daß die Entscheidungsträger im Westen bereit waren, ein neutrales Deutschland zuzulassen.

Trotzig schrieb Heinemann einen Leserbrief an den Spiegel. Anlaß dazu war ein im allgemeinen wohlinformierter Bericht des Spiegel eben über die entscheidende Bundesvorstandssitzung der GVP am 14./15. November 1953.¹⁰ Die Aufgabe für Heinemann hieß: »Ein wiedervereinigtes Deutschland, unabhängig von Ost und West, aber verbunden mit West und Ost. Warum sollten wir wohl just in dem Augenblick die Segel streichen, wo die allgemeine Entwicklung in unsere Kerbe haut? Dr. Adenauer hat zwar am 6. September gesiegt, ist aber mit seiner Deutschlandpolitik in Verlegenheit. Wir haben zwar am 6. September verloren, sehen aber unsere Deutschlandpolitik gerechtfertigter als je.«¹¹ Die insgesamt resignative Grundstimmung innerhalb der GVP wurde durch ein trotziges »Jetzt-erst-recht-ersetzt.

*b) Strategische Überlegungen –
die Tendenz zur Konfessionalisierung und Radikalisierung*

Wie wollte man nun aber diese Stimmung in praktische Politik umsetzen? Heinemann dachte daran, neben der GVP die NG zu reaktivieren. Sie war ja bewußt im November bei der Gründung der GVP nicht aufgelöst worden. An die Wiederbelebung der NG knüpfte Heinemann die Überlegung, eine internationale Konferenz gleichberechtigter Kräfte aufzubauen.¹² Daraus konnte nichts werden, weil die an und für sich schwache NG einmal den Verlust eines ihrer Vorstandsmitglieder zu beklagen hatte,¹³ zum anderen der für die NG damals wichtig gewesene Sozialdemokrat Otto Koch nicht mehr für die Arbeit der NG zu gewinnen war. Koch wurde damals nahegelegt, aus der SPD auszutreten oder die Arbeit in der NG niederzulegen. Vor dieser Alternative stand er jetzt erneut. Sein Austritt, so befürchtete er, könnte von den »kirchenfeindlichen Elementen der SPD propagandistisch ausgeschlachtet werden.« Um der evangelischen Kirche willen blieb Koch in der SPD und betrachtete sich nur als außenstehender Freund der NG.¹⁴ Der Vorstand der NG versuchte für seine Arbeit neu hinzuzugewinnen: u. a. den Hauptgeschäftsführer des IVB, Meier, den Pazifisten Siegmund-Schultze und an von Meyer zu

9 H. P. SCHWARZ, Ära Adenauer, 1981, S. 210.

10 »Auflösen kann man immer«, In Spiegel, 7. Jg., Nr. 50 v. 9.12. 1953, S. 8f. Heinemann vermutete die Informanten aus dem Teilnehmerkreis der Baden-Württembergischen GVP. Vgl. Heinemann an Hertel, 15.12.1953, Archiv Hertel.

11 Heinemann, Leserbrief, in: Spiegel, 7. Jg., Nr. 52 v. 23.12. 1953, S. 41.

12 Vgl. Heinemann, »BuVo-Sitzung-Darmstadt«, S. 8. Vgl. auch Heinemann an Rademacher, 3.11. 1953, NL Hei 46.

13 Vgl. Otto Rademacher an Heinemann, 3.11.1953, NL Hei 46.

14 Koch an Heinemann, 14.10.1953, NL Hei 46.

Schwabedissen, der sich schon für die GVP immer wieder als unentbehrlicher Finanzier erwiesen hatte.¹⁵ Alles in allem lief diese Strategie darauf hinaus, ausgesprochen pazifistische Kreise für eine aktivere Mitarbeit zu mobilisieren. Für Wessel hatte die Wiederbelebung der NG deshalb ihren Reiz, weil ihrer Ansicht nach mit der NG unter den herrschenden politischen Bedingungen eine außerparlamentarische Opposition zu schaffen sei.¹⁶

Ansonsten waren die strategischen Überlegungen darauf abgestellt, wie die künftige Arbeit der GVP gestaltet werden sollte, um politisch wirksam sein zu können. Angesichts der Herausbildung eines Zwei-Parteien-Systems in der Bundesrepublik plädierte Erhard Eppler für »eine Igelstellung«¹⁷ der GVP. Eppler suchte den Kontakt zur SPD, ohne sich ihr gleich in die Arme werfen zu wollen, weil man nicht wisse, wieviel Substanz noch da sei. Er wollte mit ihr Gespräche zu konkreten Fragen führen. Die Überlegungen, ob es Möglichkeiten von Verbindungen zur SPD gäbe, wurden auch von anderen in der GVP angestellt.

Realistischerweise wurde der »Kaufwert«¹⁸ der GVP nicht hoch eingeschätzt. Einzelne Landesverbände suchten dennoch das politische Heil in einem engeren Zusammenrücken mit der SPD. Ausgehend von der Erkenntnis, die SPD befinde sich in einer Umbruchphase, und davon, wie Scheu es formulierte, »daß sich dort in viel stärkerem Maße als früher Kräfte entwickeln, die eine wirklich echte und klare Opposition in den wesentlichen Fragen der Freiheit, der Demokratie und der Deutschlandfrage fordern«,¹⁹ waren Teile der GVP zur Annäherung an die SPD bereit. Man wollte mit den »positiven politischen Kräften innerhalb der SPD auf Kreisebene« Fühlung nehmen. Einige dachten sogar daran, die GVP in die SPD hineinzuführen. Der nordrhein-westfälische Landesvorstand nahm dazu Stellung: »Dem kann im Augenblick vom Landesvorstand aus *noch* (Hervorhebung, J. M.) nicht das Wort geredet werden, denn die SPD ist *noch* (Hervorhebung, J. M.) nicht so, daß positive, aufbauende und nicht reaktionäre Kräfte einen wirklichen Einfluß innerhalb dieser Partei bekommen würden.«²⁰ Diese Tendenz sah man allenfalls in verschiedenen Kreisverbänden gegeben.

Neben den strategischen Überlegungen in der GVP zeichneten sich auch Ansätze einer programmatischen Umorientierung ab. Es war Herbert Mochalski, der in der Deutschlandfrage in die GVP neue Anstöße einbrachte. Ausgehend von der Vorstellung, die Außenpolitik der Bundesregierung laufe auf eine kriegerische Auseinandersetzung hinaus, folgerte er die Notwendigkeit, die politische Arbeit der GVP aus ihrer Enge um der Aufgabe der Friedenserhaltung und der Wiedervereinigung willen herauszusteuern. Welche Möglichkeiten boten sich ihm nach der Wahlniederlage?

15 Vgl. »Protokoll über die Sitzung der NG am 2.11.1953 in Essen«, NL Scheu 9.

16 Vgl. »BuVo-Sitzung-Darmstadt, S. 9.

17 Ebd., S. 12.

18 Krüger, ebd., S. 10.

19 GVP-LV NRW, »Rundschreiben Nr. 13«, 14.12.1953, S. 3, Punkt 11, NL Scheu 51.

20 Ebd..

Mochalski schwebte die Gründung einer großen Sammlungsbewegung im außerparlamentarischen Bereich vor, die die einzelnen Gruppen und Organisationen in einer Art Dachorganisation zusammenfassen sollte, ohne den eigenständigen Charakter aufzugeben. Ohne es auszusprechen, hielt Mochalski weiterhin eine Zusammenarbeit in diesem Rahmen mit dem BdD für möglich und zweckmäßig. Neu war sein Argument, man dürfe sich nicht auf den westdeutschen Bundesstaat abdrängen lassen.²¹

Christel Küpper schlug sogar dem Präsidium direkt die Gründung der GVP in der Ostzone vor. Nach Rücksprache mit Respondek, der Kontakt zum stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Nuschke unterhielt, wurde unter den gegebenen Umständen die Gründung einer ›Ost-GVP‹ nicht weiter verfolgt. Die Zulassung der GVP in der DDR wäre sehr unwahrscheinlich gewesen. Sie fiel, wie es Respondek artikuliert, »unter das Kapitel der hohen Politik« und wäre seiner Ansicht nach dann angestanden, wenn es eine Einigung auf gesamtdeutsche Wahlen gegeben hätte.²²

Mochalski wollte nicht gleich eine eigenständige Organisation der GVP in der DDR, sondern ihm schwebte eine Zusammenarbeit mit dortigen Organisationen vor, selbst wenn sie nicht von der dortigen Regierung autorisiert waren. Friedensorganisationen aus Ost und West sollten miteinander konferieren. Damit wurden Fragen der Deutschlandpolitik auf die Ebene innerdeutscher Gespräche verlagert. Mochalski sah einen Sinn in der weiteren Existenz der GVP nur dann, wenn sie sich darauf einstellte und den seiner Meinung nach erforderlichen Entwicklungen Rechnung trug.²³

Anderen war der politische Kurs der GVP generell nicht radikal genug. Sie vermißten »eine radikale Alternative zur Bonner Politik«. Die Radikalität bestand in der Unterordnung aller »programmatischen Spezialisierungen« unter die »Notwendigkeit des gesamtdeutschen Zusammenschlusses« und einer entschlossenen Opposition, die nicht »die parlamentarische Formation« erforderlich machte. Daraus folgte: keine Wahlbeteiligung der GVP bei »solchen Wahlen, die unter dem Vorzeichen der separatistisch-teildeutschen Tendenz des Bundesstaates stattfinden«. Diesen Wahlen sollte die GVP allein eindeutige Parolen entgegensetzen: »Keinen westdeutschen Kirchenstaat«, »Nicht Rom, sondern Berlin«.²⁴

Dieser Strategie der Totalopposition war eine Tendenz zur Konfessionalisierung immanent. Das protestantische Element stellte sich gegen die vorgebliche oder tatsächliche Dominanz des Katholizismus in der Politik. Es überrascht nicht, wenn in der GVP deshalb Überlegungen angestellt wurden, sich auf ihre protestantische Substanz zu beschränken und sich als

21 Vgl. ›BuVo-Sitzung-Darmstadt, S. 11.

22 Vgl. Respondek an Posser, 11.1.1954, Abschrift, NL We STO 41; vgl. auch Küpper an Präsidium, 9.12.1953, NL Hei II November Dezember 1953.

23 Vgl. ›BuVo-Sitzung-Darmstadt, S. 11.

24 Grifßhammer, »Die Überwindung der Entschlußlosigkeit der GVP«, in: Nachrichten Nr. 4/1954, NL Hei II April 1954; vgl. auch Grifßhammer an Eisenberg, 1.4.1954, Abschrift, NL Hei II April 1954. Grifßhammer war protestantischer Pfarrer.

evangelische Partei zu konstituieren.²⁵ Obschon beispielsweise Posser davor gewarnt hatte, weil er es für verkehrt hielt, »politische Probleme mit Weltanschauungen zu lösen«,²⁶ hatten die Erfahrungen mit der katholischen Kirche im Bundestagswahlkampf und den katholischen Politikern in der CDU/CSU bei Teilen der GVP zu einer konfessionellen Bewertung geführt. Adolf Scheu, der selbst nichts von einer protestantischen Partei hielt, war davon überzeugt, die GVP müsse gegen den politisch-katholischen Auswuchs, der sich immer deutlicher zeige, ganz energisch Stellung nehmen. Scheu sah hierin einen wesentlichen Ansatzpunkt für eine neue Aktivität der GVP. Er wollte sich deshalb vor allem den Fragen des »Klerofaschismus in unserem Volk«²⁷ widmen. Man brandmarkte »das unheilvolle Zusammenwirken von politischem Katholizismus und Kapitalismus«.²⁸

Diese Mischung aus Nationalismus, Kapitalismuskritik und Konfessionalisierung wird aus dem Leitantrag des nordrhein-westfälischen Landesvorstandes für den Landesparteitag 1954 deutlich. Er lautete:

- »1. Gegen den Ausverkauf Deutschlands und für eine nationale Politik.
2. Gegen den Kapitalismus und den politischen Klerikalismus.
3. Gegen den Mißbrauch der Konfessionen für politische Zwecke.
4. Gegen eine Gleichschaltung Deutschlands mit dem amerikanischen oder sowjetischen Machtblock.
5. Gegen das verlogene Gerede vom »Christlichen Abendland«, mit dem man die Absicht tarnt, Europa für machtpolitische und militärische Zwecke zu opfern.«²⁹

Diese Grundsatzlinien sollten dem Landesparteitag zur Diskussion und zur Abstimmung vorgelegt werden. Der Landesparteitag folgte diesen im Landesvorstand fast einstimmig gefaßten Empfehlungen nicht. Eine knappe Mehrheit sprach sich gegen den Antrag aus.³⁰

Die Gefahr des politischen Katholizismus wurde von vielen gesehen, wengleich darüber, was politischer Katholizismus bedeute, ob er ein Machtinstrument und/oder eine Verfälschung kirchlicher Lehre darstelle und wie man ihm entgegenzutreten habe, die Meinungen geteilt waren.³¹

Diejenigen, die wie Adolf Scheu eine Umorientierung wollten, hielten eine grundsätzliche Reform in den verschiedenen Bereichen für unumgänglich. Scheu hatte noch immer die Vorstellung einer erneuernden Dritten Kraft im Auge. Deswegen wollte er »die westliche Verderbtheit in ihrer Gänze angreifen und nicht nur an den Symptomen herumdoktern. EVG und Außenpolitik ist ja doch nur ein Symptom, das aus dem Willen entspringt, das Alte in Kultur ebenso wie in der Wirtschaft um jeden Preis

25 Vgl. Hertel an Scheu, 24.1.1954, Archiv Hertel.

26 »BuVo-Sitzung-Darmstadt«, S. 16.

27 Scheu an Hertel, 1.2.1954, Archiv Hertel.

28 »Niederschrift über die Sitzung des erweiterten LaVo am 2. April 1954«, S. 3, NL Scheu 43.

29 »Niederschrift über die Sitzung des erweiterten LaVo am 2. April 1954«, S. 3, NL Scheu 43.

30 Vgl. Reinecke an Scheu, 12.4.1954, NL Scheu 44; vgl. Scheu an Bodensteiner, 22.4.1954, NL Scheu 1.

31 Vgl. Zimmerer, »Persönliche Überlegungen anlässlich des Parteitages vom 11.4.1954«, NL Scheu 43.

zu erhalten und gegen erneuernde Kräfte, die alte Privilegien zu attackieren bereit sind, zu schützen.«³² Damit gelangte Scheu zu jenen gesellschaftskritischen Positionen, die einst Bodensteiner zur Mitarbeit in der GVP bewegt hatten. Allerdings schien Bodensteiner etwas resigniert zu haben. Er meinte zu Scheu: »Opposition um der Opposition willen ist sinnlos. (...) Entscheidende Voraussetzung des Handelns ist doch, zu wissen, was ich will. Solange ich nicht weiß oder mit meinen Freunden nicht einig bin, ist es besser im kleinsten Kreis zu wirken, weil man andernfalls der guten Sache mehr schadet als nützt (...). Ich verstehe sehr wohl, daß es für eine tatkräftige Natur sehr schwer ist, einmal still zu halten. Aber es tut gut und ist sehr nützlich.«³³ In der Tat teilte diese »kompromißlose Antistellung«³⁴ Scheu die nordrhein-westfälische GVP in zwei fast gleich große Lager. Nicht alle waren bereit, Scheu in seiner Analyse zu folgen und die daraus abgeleiteten politischen Ziele zu billigen. Die Niederlage der GVP hatte einen innerparteilichen Diskussionsprozeß in Gang gesetzt, der die Konsensfähigkeit der zur Politik der Bundesregierung entwickelten außenpolitischen Alternative durch innenpolitische »Programmdifferenzen« auflockerte.

c) *Der vorläufige Verzicht auf Parlamentarisierung*

Angesichts der Wahniederlage, des fehlenden organisatorischen Apparates und der mangelhaften finanziellen Ausstattung war man sich durchwegs einig, bei den anstehenden Landtagswahlen nicht zu kandidieren. Bereits in der ersten Bundesvorstandssitzung brachte Adolf Scheu diesen Vorschlag ein. Man überließ aber die Entscheidung darüber den einzelnen Landesverbänden.³⁵ Keiner der Landesverbände beteiligte sich dann im Jahr 1954 an den Wahlen für die Länderparlamente. Zuerst standen sie im Juli 1954 im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen an. Naturgemäß genossen gerade die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen erhebliche Bedeutung.

In der GVP war man sich durchaus des Dilemmas bewußt, in dem sich die Partei befand. Beteiligte sie sich erneut an einer Wahl ohne entsprechenden Erfolg, hätte das vermutlich zur endgültigen Resignation geführt. Eine Nichtbeteiligung wiederum hätte die GVP in Vergessenheit geraten lassen können. Die GVP befand sich, wie Posser es beschrieb, in einem Entscheidungszwang zwischen Szylla und Charybdis.³⁶

Scheu plädierte für eine Beteiligung »in einer möglichst aktiven Weise«.³⁷ Was meinte Scheu damit? Einmal konnte die GVP eine Wahlerklärung abgeben, ohne zur Stimmabgabe für eine bestimmte Partei aufzurufen. Zum

32 Scheu an Bodensteiner, 22.4.1954, NL Scheu 1.

33 Bodensteiner an Scheu, 9.5.1954, NL Scheu 1.

34 Reinecke an Scheu, 12.4.1954, NL Scheu 44.

35 Vgl. »Protokoll über die Sitzung des BuVo am 14./15. November 1953 in Darmstadt«, S. 20, NL Hei 380.

36 Vgl. Posser an Scheu, 8.4.1954, NL Scheu 4.

37 Scheu an Mai, 25.3.1954, NL Scheu 4.

Zweiten konnte sie eine Wahlempfehlung aussprechen. Schließlich bestand noch die Möglichkeit eines Wahlbündnisses. Für Scheu bedeutete das ein Zusammengehen mit der SPD, darin sah er die »einzige realpolitische Chance«. ³⁸ Die SPD von Nordrhein-Westfalen zeigte sich aber nicht interessiert. ³⁹

Ein Wahlbündnis mit kleineren Gruppen schloß man von vornherein wegen der negativen Erfahrungen mit dem BdD aus. Der Zwang der Verhältnisse brachte den nordrheinwestfälischen Landesverband dann dazu, auf eine Wahlteilnahme zu verzichten. ⁴⁰ Allein das GVP-Mitglied Thea Arnold, einst für das Zentrum im Bundestag, kandidierte für den BdD und schied demzufolge nach Rücksprache mit dem Landesvorstand einvernehmlich aus der GVP aus, wobei ihr der Landesvorstand ausdrücklich für ihre bisher geleistete Arbeit öffentlich dankte. ⁴¹ Die GVP gab die Parole »Wahlenthaltung in NRW« aus und forderte ihre Mitglieder und Wähler dazu auf, den »Bonner und Düsseldorfer System-Parteien« keine Stimme zu geben. Optimistisch behauptete die nordrhein-westfälische GVP, ihre Sicht der Dinge von den Erfordernissen einer friedlichen Lösung der Deutschlandfrage zwischen Ost und West gewänne zunehmend an Boden. ⁴²

Bei der bayerischen GVP, ohnehin ein kleiner Landesverband in einer kleinen Partei, stand eine Beteiligung an der Landtagswahl nie auf der Tagesordnung. Der dortige Landesvorstand verwies in einem Wahlauftrag auf die wesentlichen Programmpunkte der GVP, nämlich auf die deutsche Wiedervereinigung durch Neutralität im Interesse des Friedens in Europa. Im Gegensatz zur nordrhein-westfälischen GVP rief der bayerische Landesverband nicht zur Wahlenthaltung auf, sondern er appellierte an die Wähler, diejenigen zu wählen, die nicht im Widerspruch zu den Forderungen der GVP stünden. ⁴³

Auch der Berliner Landesverband protestierte durch Stimmenthaltung gegen die seiner Meinung nach existierende politische Knebelung durch »undemokratische Wahlgesetze« und »undemokratische Behandlung«. Speziell die Berliner hatten unter behördlichen Auflagen zu leiden. Sie wurden beim Anmieten von Kundgebungsräumen behindert, die Senatsverwaltung untersagte ihr das Anbringen von Plakaten an Litfaßsäulen und dergl. mehr. Mit ihrer Wahlverweigerung bzw. dem Unkenntlichmachen der Stimmzettel sollten sich die Berliner dem Protest der GVP anschließen und mit der Wahlenthaltung ein Bekenntnis zur gesamtdeutschen Einigung abgeben. ⁴⁴ Selbst in Hessen, wo bis zuletzt die Möglichkeit einer Wahlbeteiligung im November 1954 erwogen wurde, kam eine Teilnahme

38 Ebd.

39 Vgl. Scheu an Koch, 5.5.1954, NL Scheu 4.

40 Vgl. LaVo, »Rundschreiben Nr. 2«, 13.6.1954, NL Scheu 51.

41 Vgl. »Erklärung der GVP in NRW«, in: GR, 2. Jg., Nr. 24/25 v. 18.6.1954, S. 1.

42 Vgl. »Parole: Wahlenthaltung in NRW«, in: GR, 2. Jg., Nr. 24/25 v. 18.6.1954, S. 1.

43 Vgl. »Wählt nur Abgeordnete der Verständigung und des sozialen Friedens«, in: GR, 2. Jg., Nr. 44 v. 12.11.1954, S. 1.

44 Vgl. »Berliner protestieren durch Stimmenthaltung«, in: GR, 2. Jg., Nr. 45/46 v. 26.11.1954, S. 1.

der GVP an der hessischen Landtagswahl nicht zustande. Die organisatorische, personelle und finanzielle Ausstattung ließ eine Wahlbeteiligung nicht zu.⁴⁵ Erst zwei Jahre später, 1956, entschloß sich der mit am besten durchorganisierte Landesverband Baden-Württemberg eigenständig an der Landtagswahl teilzunehmen, während man 1955 in Rheinland-Pfalz ein Bündnis mit der SPD einging. Nicht zuletzt das klägliche Scheitern der GVP in Baden-Württemberg beschleunigte ihren Erosionsprozeß.⁴⁶

45 Vgl. zum Diskussionsprozeß in Hessen: GVP-LV Hessen, »Rundschreiben Nr. 9«, Anlage, 14.9.1954, NL We 121. GVP-LV Hessen, »An die Kreisverbände«, 22.9.1954, NL Scheu 4. GVP-KV Wiesbaden, »Rundbrief III/54«, Oktober 1954, NL We STO 48. GVP-LV Hessen, »Rundschreiben Nr. 10«, 7.10.1954, NL Scheu 4.

46 Vgl. zur Beteiligung der GVP an der baden-württembergischen Landtagswahl B. JOBKE, 1974, S. 170 – 180.

Frauen und Männer
im ganzen Land!

Wollt Ihr, daß



**Baden=Württemberg
die größte Kaserne
der Bundes=Republik**

Hier ist unser Programm: wird? –

Schulen statt Kasernen
Wohnungen . . . keine Bunker
Mehr Lehrer statt Korporäle
Freiheit keine Ostdiktatur
Wieder-Vereinigung
statt Bruderkrieg

Wer denkt wählt die Kandidaten der

Kurt W. Brodbeck und **Rolf Adt**
Gewerbeoberlehrer und Verm. Ing. Kaufmann

GVP

Gesamtd Deutsche Volkspartei
Die Gemeinschaft verantwortungsbewußter Menschen
(Dr. Heinemann, Adolf Scheu, Helene Wessel usw.)

Verantwortlich: GVP Stuttgart Postcheckkonto Nr. 3587 Postcheckamt Stuttgart Wiesemann Druck, Stuttgart 13

Wahlplakat des GVP-Landesvorstands Baden-Württemberg

Politik für eine außenpolitische Wende

1. Innerdeutsche Gespräche – Idee und Realität

Mit den Überlegungen Mochalskis, wie man sich als Organisation zur DDR stellen sollte, wurde auch die Frage akut, was die GVP tun konnte, um ihrem gesamtdeutschen Anspruch gerecht zu werden. Nach Mochalski verpflichtete allein schon der Name GVP, auch nach dem Osten hin tätig zu werden. Auf der Bundesvorstandssitzung am 14./15. November führte er hierzu aus: »Entweder setzen wir alle Mittel ein, Gesamtdeutschland wieder herzustellen und betrachten diese unsere Verpflichtung um des deutschen Volkes willen als *unsere* Aufgabe oder wir finden uns ab mit dem Status quo, aber selbst dieser garantiert nicht, daß es *nicht* zum Krieg kommt.« Dieser politische Ansatz verlangt eine unvoreingenommene Hinwendung zu Stellen der DDR, ungeachtet dessen, wie Mochalski ausführte, »ob wir anrücklich werden, wenn wir Dinge tun oder nicht tun, die andere nicht machen.«¹ Mochalski unterstellte bestimmten Kräften in der DDR gleichfalls ein Interesse daran, die deutsche Spaltung zu überwinden. Diese sollten seitens der GVP eine Unterstützung erfahren. Die Möglichkeit innerdeutscher Gespräche, wie sie Respondek schon einmal vergeblich im Dezember 1952 angeregt hatte, stand nun erneut zur Entscheidung an. Mochalski wollte nicht nur lockere Gespräche, sondern bewußt eine engere Zusammenarbeit. Seine Vorschläge, die vom Ansatz her in der Logik der GVP-Politik lagen, stießen ebenso auf Vorbehalte in der GVP wie auf uneingeschränkte Unterstützung. Bodensteiner stellte sich vorbehaltlos auf die Seite Mochalskis. Wessel lehnte die Vorschläge Mochalskis nicht grundsätzlich ab. Ihrer Meinung nach hätte sich die Auffassung der GVP zur Frage eines Gesprächs mit der DDR nicht geändert, wohl aber ihre Position nach der Bundestagswahl. Wessel gab zu bedenken, die GVP sei dafür nicht die notwendige starke Bewegung. Anders sähe es aus, wenn sich die SPD zu solchen Ostgesprächen bereit fände. Sie könnten dann die deutsche Politik entscheidend beeinflussen.²

Ein weiteres gab Wessel zu bedenken. Sie sah in Gesprächen zum Beispiel mit Vertretern der Regierung der DDR die Schwierigkeit, inwieweit diese überhaupt selbständige Partner seien und nicht nur auf Anweisung höherer Stellen arbeiteten. Ihrer Meinung nach hatte es mehr Sinn

1 ›BuVo-Sitzung-Darmstadt‹, S. 18f.

2 Ebd., S. 18.

abzuwarten, wohin sich die Politik der UdSSR entwickle. Wessel versprach sich mehr davon, mit der reaktivierten NG auf internationalen Konferenzen die Zusammenarbeit mit westeuropäischen Wiederbewaffnungsgegnern zu suchen.³

Heinemann griff in diese Debatte nicht ein, sondern stellte in einer Schlußzusammenfassung das Ergebnis der Aussprache im Bundesvorstand fest: »GVP oder NG sollten Kontakt mit oppositionellen Kreisen zur Aufrüstungspolitik im Auslande herstellen; in welcher Form soll Kontakt zu Ostkreisen herbeigeführt werden: z. B. Erarbeitung eines Wahlgesetzes für gesamtdeutsche Wahlen.«⁴

Mochalski hatte innerdeutsche Gespräche schon in der Entstehungsphase der GVP, nämlich während der Mülheimer Tagung im Oktober 1952 gefordert. Während des Bundestagswahlkampfes im Juli 1953 kamen aus der hessischen GVP Anregungen, gesamtdeutsche Gespräche zu führen. Hintergrund dieser Überlegungen war die Diskussion um eine durchzuführende Viererkonferenz. Am 24. Juli 1953 wurde dem GVP-Präsidium ein Entwurf einer entsprechenden Erklärung zugeleitet. Verabschiedet wurde eine solche Erklärung nicht. Jedenfalls läßt sich darüber kein Nachweis führen. Vorausgegangen war eine Initiative des DDR-Ministerrates vom 15.7.1953, in der zum wiederholten Male auf gesamtdeutsche Beratungen gedrungen wurde.⁵ Im »Erklärungsentwurf« der GVP hieß es: »Nur durch innerdeutsche Verständigung kann der deutsche Standpunkt auf einer Viermächtekonferenz wirkungsvoll und erfolgreich vertreten werden. Die innerdeutsche Verständigung ist der einzige mögliche Weg, dem unwürdigen Zustand ein Ende zu bereiten, der Deutschland zum Objekt der internationalen Politik macht. Nur durch sofortige, gesamtdeutsche Regelungen zur Beseitigung innerdeutscher Schwierigkeiten können auch kriegerische Verwicklungen vermieden werden.«⁶

Nachdem nun die Viererkonferenz im Januar 1954 abgehalten werden sollte und seitens der DDR am 25. November 1953 erneut Vorschläge zu Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten eingebracht wurden, griff Mochalski erstmals öffentlich seine Idee gesamtdeutscher Gespräche auf. Mochalski unterbreitete der westdeutschen Öffentlichkeit den Wortlaut der DDR-Erklärung.

Ulbricht hatte einen Fünf-Punkte-Vorschlag gemacht: Herstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage, Erleichterung und Ausweitung des Interzonenverkehrs, Abschluß eines Friedensvertrages, deutsche Vereinbarungen über die Polizei hinsichtlich ihrer Aufgaben, Bewaffnung, Stärke und Standorte, freie Verbreitung von Printmedien und Filmen in ganz Deutschland.⁷

Genau diese Vorschläge, wie sie Mochalski seinen Lesern in den Januarausgaben der »Stimme der Gemeinde« und der »Gesamtdeutschen

3 Vgl. ebd., S. 19f.

4 Ebd., S. 20.

5 Vgl. J. HOHLFELD, Dokumente, Bd. VIII, S. 149ff.

6 »Entwurf einer Erklärung«, Frankfurt, 25.7.1953, S. 2, NL We 104.

7 Vgl. J. HOHLFELD, Dokumente, Bd. VIII, S. 131ff.

Rundschau« mitteilte, wollte er verhandelt wissen. Die »Verschiedenheit der Weltanschauungen und der Regierungssysteme« war für ihn kein »Hinderungsgrund für Verhandlungen mit Vertretern der DDR.«

Mochalski konnte dabei auf die anstehende Viermächtekonferenz verweisen, die ungeachtet systembedingter Unterschiede durchgeführt wurde. Obschon beide deutsche Staaten seiner Meinung nach von den Besatzungsmächten abhängig waren, überschritt der Fünf-Punkte-Vorschlag in seinem Urteil nicht die der DDR zugestandenen Befugnisse. Vielmehr, argumentierte er, dürfe oder wolle die Bundesregierung gar nicht verhandeln. Mochalski resümierte: »Sie (gemeint sind die Verhandlungen) sind ein uns Deutschen möglicher – und nicht geringer – Beitrag zur Lösung der deutschen Frage. Darum sollten und dürfen wir – um der Menschen willen – keine Ruhe lassen, bis er geleistet wird.«⁸

Aufgrund des Artikels von Pfarrer Mochalski, der zuerst in der »Stimme der Gemeinde« im Januar 1954 erschien, startete der für die Bundesgeschäftsstelle der GVP hauptamtlich tätige Ingenhoven eine Umfrage unter den Mitgliedern der GVP. Ingenhoven wollte zu der von Mochalski aufgeworfenen Frage – »Warum verhandeln wir nicht mit der DDR?« – die Stellungnahme der Mitglieder einholen. Die Aktion war nicht mit dem Präsidium abgesprochen und stieß dort auf Befremden.⁹ Bereits am 19.12.1953 hatte Ingenhoven dem Präsidium eine Resolution zugeleitet, in der er die GVP auf praktische politische Schritte im Sinne von Verhandlungen mit der DDR festlegen wollte. Diese Resolution ließ Ingenhoven allen Untergliederungen der GVP zukommen. Kritisch äußerte sich Ingenhoven hierin zur Politik der GVP-Führung: »Auch die Führung der GVP redet nur von Verhandlungen zwischen Ost und West und hat nicht den Mut, mit einer praktischen Tat in dieser Richtung den Anfang zu machen.«¹⁰

Parallel zur Veröffentlichung des Mochalski-Artikels in der GR wurden auch die Stellungnahmen, um die Ingenhoven die Untergliederungen zu diesem Artikel gebeten hatte, mitabgedruckt. Eppler monierte die Position Mochalskis und hegte wegen der Parallelität der Aktion von Mochalski und Ingenhoven die Befürchtung, daß »hier ein genau berechneter Feldzug gestartet wird, mit dem Ziel, auf einem durchaus unredlichen Umweg das zu erreichen, was eben Herr Mochalski in Darmstadt (gemeint ist die Bundesvorstandssitzung vom 14./15. November 1954, J. M.) nicht erreicht hat.«¹¹ Eppler fühlte sich an das unselige Bündnis mit dem BdD erinnert und fürchtete einen Kurswechsel der GVP auf schleichendem Wege und gegen den Widerstand des GVP-Präsidiums.¹² Er bat deshalb das Präsidium um eine Stellungnahme zum Ansinnen Mochalskis, und zwar ebenfalls

8 Mochalski, »Warum verhandeln wir nicht mit der DDR?«, in: StdG, 6. Jg., Nr. 1 v. Januar 1954, S. 12; Wiederabgedruckt in: GR, 2. Jg., Nr. 5/6 v. 29.1.1954, S. 5.

9 Ingenhoven an Präsidium, 15.1.1954, NL We STO 45.

10 Ingenhoven an Präsidium, 19.12.1953, NL We STO 53. So auch Bodensteiner. Bodensteiner an Scheu, 25.1.1954, NL Scheu 1.

11 Eppler an Präsidium, 16.1.1954, NL We STO 45.

12 Ebd..

in der GR. In der Sache wollte er ein Hinauszögern der Entscheidung bis der Bundesvorstand »Ostgespräche« mit »klarer Mehrheit« gebilligt hatte.

Wessel entgegnete Eppler, sie halte es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für sinnvoll, gemeinsam mit Vertretern aus der Ostzone die Schwierigkeiten der Viererkonferenz noch dadurch zu erhöhen, daß man so etwas wie eine repräsentative Vertretung aus der DDR und der Bundesrepublik ins Auge fassen wolle.¹³ Heinemann erklärte Eppler gegenüber die Aktion von Ingenhoven für nicht autorisiert. Er lehnte aber auch eine offizielle Stellungnahme des Präsidiums zu den Darlegungen Mochalskis ab, mit der Begründung, man habe sich in der GVP Meinungsfreiheit zugesprochen.¹⁴ Heinemann wußte zur Genüge, »daß wir darüber nur unseren Zusammenhalt *noch weiter* (Hervorhebung, J.M.) gefährden würden.«¹⁵ Heinemann schlug Eppler eine Gegenäußerung in der GR zum Artikel Mochalskis vor.

Epplers Stellungnahme war aber schon gleichzeitig mit dem Artikel Mochalskis abgedruckt worden. »Die auf vier Jahre gewählte Bundesregierung verhandelt grundsätzlich nicht mit Pankow. Ob wir dazu raten oder nicht, ist belanglos (...). Weniger theoretisch wäre der Versuch der GVP, Bonn mit »gutem Beispiel« voranzugehen. Ein solcher Versuch aber wäre der Heldentod der GVP auf dem Felde der Lächerlichkeit.«¹⁶ Eppler nahm eigenen Aussagen zufolge deshalb so »zugespitzt« Stellung, weil ihm die Fragestellung Mochalskis (»Warum verhandeln *wir* nicht mit der DDR?«) zweideutig erschien. Er hegte den Verdacht, daß zwei Fragen miteinander vermengt werden sollten:

»1. Wäre es gut, wenn die Bonner Regierung das Angebot Ulbrichts aufgriffe?«

Das hätte Eppler uneingeschränkt unterstützt. In der Tat lag diese Politik auf der bisherigen Linie der GVP, die stets und ständig die Bundesregierung angemahnt hatte, mit DDR-Stellen Kontakt aufzunehmen, wie das Beispiel der Deutschlanddenkschrift und des Märzappells von 1953 zeigen.

»2. Soll die GVP die Parole: »Deutsche an einen Tisch!« nicht nur aufnehmen, sondern auch selbst zu realisieren versuchen?«¹⁷

Zweifelsfrei lag auch das in der Intention Mochalskis. Dagegen opponierte Eppler heftig. Auch das Präsidiumsmitglied Scheu hielt nichts von »einer Aussprache mit der Pankower Regierung oder mit russischen Stellen. Es ist keine Angst, sondern es ist die Frage, ob es sinnvoll ist, wenn nicht autorisierte Gruppen, bei denen es sich um Vertreter einer kleinen Minderheit handelt, zu solchen direkten Verhandlungen gehen.«¹⁸

Nur eine Minderheit der Zusendungen an Ingenhoven sprach sich ähnlich wie Eppler und Scheu gegen den Tenor des Mochalski-Artikels aus, zumindest soweit die Stellungnahmen in der GR abgedruckt wurden.

13 Vgl. Wessel an Eppler, 19.1.1954, NL We STO 45.

14 Vgl. Heinemann an Eppler, 29.1.1954, Abschrift, NL We STO 37/NL Scheu 3.

15 Ebd..

16 Eppler, »Stellungnahme«, in: GR. 2. Jg., Nr. 5/6 v. 29.1.1954, S. 5.

17 Eppler an Präsidium, 16.1.1954, NL We STO 45.

18 Scheu an Bodensteiner, 25.1.1954, NL Scheu 1.

Neben Eppler waren es allein die GVP-Mitglieder A. Meyer zu Schwabedissen und H. Wittmack, die sich öffentlich gegen das Ansinnen Mochalskis wandten. Wittmack argumentierte gleich Eppler mit dem Hinweis, die GVP sei durch die DDR nicht angesprochen und dafür auch nicht zuständig.¹⁹ Meyer zu Schwabedissen sprach davon: »Aus einem – vielleicht denkbaren – Kompromiß beider Marionettenregierungen könnte kein unabhängiges Gesamtdeutschland hervorgehen.«²⁰ D. h. nichts anderes, als daß dieser Meinung nach die Lösung der deutschen Frage in den Händen der Siegermächte lag.

Ansonsten sprachen sich alle publizierten Stellungnahmen – u. a. von Hermann Etzel, Hans Bodensteiner, Gerhard Hertel, Ludwig Stummel, Ludwig Zimmerer – positiv im Sinne des Mochalskischen Vorschlags aus.²¹ In die praktische Politik wurde der Vorschlag Mochalskis seitens der GVP nicht umgesetzt. Der GVP-Kreisvorsitzende Hertel meinte: »Aber Sympathie oder Antipathie sollte – zumal bei Christen – dann keine Rolle spielen, wenn wir es in der Hand haben, durch Verhandlungen das Schicksal vieler Menschen zum Guten zu wenden.« Für Bodensteiner ergab sich die Verpflichtung eines jeden einzelnen und jeder politischen Partei, »das in ihren Kräften stehende zu tun, um das Versäumte, soweit möglich, gut zu machen.«²² Der positive Tenor zum Vorschlag Mochalskis herrschte zweifelsfrei vor.

2. Hoffnung und Enttäuschung – die Vier-Mächte-Konferenz von Berlin

Die Initiative von Mochalski fiel in eine Phase der politischen Gesprächsbereitschaft unter den vier Mächten. Mochalski publizierte seinen Artikel Anfang Januar 1954 kurz bevor sich die Alliierten in Berlin zu einer Konferenz zusammenfanden. Diese erste Viererkonferenz nach 1949, die sich mit der deutschen Frage und der Aufgabe wie Gewährleistung der europäischen Sicherheit beschäftigen sollte, ging letztlich auf die Initiative Churchills vom Mai 1953 zurück. Erstmals war auf westlicher Seite die Bundesrepublik voll in die Konferenzplanung einbezogen worden.¹ Als die Außenminister im Januar/Februar 1954 in Berlin tagten,² war die GVP voller Hoffnungen. Das GVP-Präsidium bedauerte, daß die Konferenz

19 Vgl. Wittmack, »Warum verhandeln wir nicht mit der DDR?«, in: GR, 2. Jg., Nr. 7/8 v. 12.2.1954, S. 4.

20 A. Meyer zu Schwabedissen, »Stellungnahme«, in: GR, 2. Jg., Nr. 5/6 v. 29.1.1954, S. 5.

21 Ebd..

22 Bodensteiner, Hertel, »Stellungnahme«, in: GR, 2. Jg., Nr. 5/6 v. 29.1.1954, S. 5. In der DDR wurden diese zustimmenden Erklärungen wohl registriert und ausgewertet. Z. B. wandte sich das (östliche) Deutsche Institut für Zeitgeschichte ausdrücklich unter Bezugnahme auf Hertels Stellungnahme eben an denselben und nahm ihn in das Verteilerverzeichnis für die »Dokumente der Zeit. Gesamtdeutsches Informationsarchiv« auf. Vgl. Schreiben an Hertel, 6.2.1954, Archiv Hertel.

1 Vgl. H. P. SCHWARZ, Ära Adenauer, 1981, S. 213.

2 Vgl. zur Berliner Konferenz W. GREWE, Außenpolitik, 1960, S. 124ff. H. P. SCHWARZ, Ära Adenauer, 1981, S. 211ff.

ohne deutsche Beteiligung stattfinden sollte und daß bei der existierenden deutschen Spaltung keine verbindliche Erklärung über das künftige Verhältnis eines wiedervereinigten Deutschlands zu den anderen Staaten durch eine gesamtdeutsche Regierung abgegeben werden konnte. Gerade deswegen erblickte die GVP in der anstehenden Viererkonferenz »die entscheidende Chance zur Überwindung der deutschen Bedrängnis und zur Beseitigung des mit der deutschen Spaltung gegebenen gefährvollen Unruheherdes.«³

Nach Meinung der GVP durfte diese historische Chance nicht versäumt werden. Seit mehr als zwei Jahren hatte die GVP auf solch eine Viererkonferenz hingewirkt, nun mußten die darin gelegenen Möglichkeiten genutzt werden. Allein die Tatsache des Zusammentreffens der Außenminister der vier Siegermächte wurde seitens der GVP schon als ein »beruhigendes Faktum für die Welt und eine große Hoffnung für die Völker« angesehen. Voller Optimismus hieß es: »Nun stehen wir vielleicht am Beginn einer neuen Politik. Die Frage ›Soldaten oder Diplomaten?‹ scheint zugunsten einer politischen statt einer militärischen Strategie entschieden zu werden. (...) So wird mit der Berliner Konferenz der deutschen Besatzungsmächte endlich eine Entwicklung eingeleitet, die den Frieden durch Verhandlungen sichern, eine politische Ordnung für die Welt herbeiführen und darin eingebettet ein wiedervereinigtes freies und friedliches Deutschland schaffen kann.«⁴ Die Berliner Konferenz war für die GVP der möglicherweise entscheidende Schritt zur Lösung der deutschen Frage und zur Reduktion der internationalen Spannungen. Die GVP setzte ihre ganze Hoffnung auf einen positiven Ausgang der Konferenz.

Da die Beratungen in Berlin ohne offizielle Vertreter aus Deutschland stattfanden und da angesichts der deutschen Spaltung keine verbindliche Erklärung über das künftige Verhältnis eines wiedervereinigten Deutschlands zu den anderen Nationen durch eine gesamtdeutsche Regierung abgegeben werden konnte, unterbreitete die GVP erneut ihre deutschlandpolitische Erklärung vom März 1953.⁵

Selbstbewußt setzte sich die GVP gleichsam an die Stelle einer gesamtdeutschen Regierung, um die Interessen Gesamtdeutschlands in die Konferenz einzubringen. Erwin Respondek griff Vorschläge aus seiner Deutschland-Denkschrift der NG auf und forderte erneut die Errichtung eines gesamtdeutschen Wahlkomitees zur Durchführung freier und geheimer Wahlen. Diese Überlegungen beruhten auf der Annahme, die anstehende Viererkonferenz würde den Entwurf eines Friedensvertrages und die Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung in parallel laufenden Erörterungen behandeln.

3 »Eine Erklärung des Präsidiums der GVP«, in: GR, 2. Jg., Nr. 1/2 v. 1.1.1954, S. 1. Im folgenden: ›Präsidiumserklärung‹. Die Erklärung wurde vermutlich von Heinemann ausgearbeitet, jedenfalls nicht von Wessel, die lediglich ihre Zustimmung gab. Vgl. Paraph »einverstanden – H.W.« auf der maschinenschriftlichen Erklärung, NL Hei 281.

4 Krüger, »Wir grüßen die Friedensbereiten«, in: GR, 2. Jg., Nr. 3/4 v. 15.1.1954, S. 1.

5 Vgl. ›Präsidiumserklärung‹.

Sollte die Frage der Wahlen zurückgestellt werden, erwog Respondek, ob die Regierung der DDR nicht eine Neuwahl der Volkskammer vornehmen sollte. Neu an dieser ›Zwischenlösung‹ war die Tatsache der Zulassung von Parteien, die bisher nicht in der Volkskammer vertreten waren. Parteien, die wie die CDU, FDP und KPD in der DDR ›östlich‹ ausgerichtete Pendanten hatten, sollten von der Wahl ausgeschlossen bleiben, nicht aber jene Parteien, die es in der DDR nicht gab. Darunter zählte Respondek die SPD, den BdD, den BHE und selbstverständlich die GVP. Respondek begründete seine Idee mit internationalen und innerdeutschen Überlegungen. Er wollte nicht unnötig das innerdeutsche Verhältnis durch die Beteiligung westdeutscher Konkurrenzparteien zu den ›Schwesterorganisationen‹ CDU und LDP belasten. Da die westlichen Regierungen, so Respondeks Argumentationskette, Mißtrauen gegen die letzte politische Zielsetzung der UdSSR und ihr ›deutsches Instrument‹ DDR hegten, glaubte er in den Volkskammerwahlen eine Probe aufs Exempel liefern zu können, die den ehrlichen Willen der Sowjets zeigen sollte. Die Stellungnahme der UdSSR zum Vorschlag einer Zwischenlösung wäre nach Meinung Respondeks der geeignete Prüfstein für die tatsächliche Zielsetzung der Sowjetunion gewesen.⁶ Diese Vorstellungen Respondeks wurden allerdings nicht zum offiziellen Bestandteil der GVP-Politik.

Mit ihrem Hinweis auf ihre Märzerklärung von 1953 vertrat die GVP ein Programm, das für die UdSSR nicht unannehmbar war. Anders CDU und SPD: sie setzten nach wie vor auf die vorherige Abhaltung freier Wahlen und auf die Sicherung der Handlungsfreiheit eines geeinten Deutschlands als Verhandlungsziel einer Viererkonferenz.⁷ Zwar stimmten auch die GVP-Vertreter im Bundestag der Resolution vom 10.6.1953 zu, allerdings wollten sie vor Abhaltung freier Wahlen zuerst eine Verständigung der Außenminister über den Status eines wiedervereinigten Deutschlands, um so dem Sicherheitsbedürfnis der UdSSR Rechnung zu tragen.⁸

Die GVP konzentrierte ihre ganze Arbeit darauf, ihrer Position eine öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Heinemann und Wessel traten zu Konferenzbeginn mehrfach auf öffentlichen Kundgebungen in Berlin auf, um der gesamtdeutschen Position der GVP in unmittelbarer Konferenznähe Ausdruck zu verleihen. Dabei hatte die Berliner GVP, wie so oft, mit bürokratischen Schwierigkeiten zu kämpfen. Sie konnte keine Einladungsplakate für ihre Kundgebungen anbringen und auch das Anmieten geeigneter Versammlungsräume wurde ihr erschwert und erst nach Verhandlungen mit einem Senatsvertreter möglich gemacht.⁹

Heinemann¹⁰ hielt ein Nebeneinander der Weltmächte und damit auch eine Lösung der deutschen Frage nur dann für möglich, wenn »die

6 Vgl. Respondek, »Deutsche Vorschläge zur Außenministerkonferenz«, 2.1.1954, NL We.

7 Vgl. H. P. SCHWARZ, Ära Adenauer, 1981, S. 212. Vgl. hier auch die zentralen Punkte der Bundestagsresolution vom 10.6.1953.

8 Vgl. »Präsidiumserklärung«.

9 Vgl. Heinemann, »Was Dr. Adenauer vergißt«, in: FH, 1956, S. 469.

10 Heinemann, »Der richtige Hebel ist die Angst«, in: GR, 2. Jg., Nr. 3/4 v. 15.1.1954, S. 1. Vgl. auch Heinemann, »Was bringt uns das Jahr 1954 an politischem Geschehen?«, in: Der junge Mann. Eine Monatsschrift, Januar 1954, S. 3.

Erkenntnis, daß alle Sicherheitsfragen zweiseitig sind, also der Westen *und* der Osten ein Bedürfnis nach Sicherheit haben« zur »Begrenzung der Sicherheitsforderungen auf allen Seiten führen.« Das hieß für Heinemann, »alle bisherigen Positionen ernstlich zur Prüfung und zur Diskussion zu stellen.« Waren die Siegermächte tatsächlich dazu bereit? Würden sie, wie dies Heinemann forderte, einer Begrenzung ihrer militärischen Sicherheitsbedürfnisse zustimmen?¹¹ Würden sie den von Heinemann propagierten Weg der »Zurückführung aller militärischen Sicherheitsbedürfnisse in eine Ordnung der politischen Sicherheit«¹² mitgehen?

Diese Darlegung Heinemanns zeigt erneut, wie er die Bereiche Politik und Militär sah. Er dachte militärische und politische Sicherheit nicht zusammen. Im Gegenteil, die militärischen Maßnahmen, wie sie Adenauer auch aus Sicherheitsüberlegungen vorschwebten, hielt er für einen destabilisierenden Faktor. Statt Sicherheit produzierten sie Unsicherheit, denn zwischen den USA und der UdSSR fand – so diese Ansicht – ein Wettlauf militärischer Sicherheitsbedürfnisse statt. Beide rüsteten, beide befürchteten die Überlegenheit des anderen. Heinemann hatte nun im Januar 1954 den Eindruck, die Weltmächte wären aus eigenen Überlegungen heraus zu einer Kurskorrektur bereit: »Sie empfinden beide nicht nur, daß ihr Rüstungswettlauf zu Kosten des Lebensstandards ihrer Bevölkerungen geht, sondern daß die so gemachte Politik der Stärke schlichtweg an ihre Grenzen gekommen ist. Beide Weltmächte sind im Besitz der Atom- und Wasserstoffbombe. Beide können sich und uns alle so schauerlich vernichten, daß der Krieg keine Lösung mehr erhoffen läßt.«¹³ Heinemann sah die militärische Aufrüstung allein im Hinblick auf den Ernstfall. Er erblickte in ihr nicht ein geeignetes Instrument zur Erreichung politischer Ziele.

Die GVP glaubte an eine Verhandlungsdiplomatie und an die Behebung des Gegensatzes durch den »Abbau von Mißtrauen«. Sie setzte auf die aus Konferenzen hervorgehenden Kompromisse und auf die durch Einsicht vermittelte Anerkennung der jeweils anderen Interessen.¹⁴

Obschon die beiden deutschen Regierungen nicht am Konferenztisch in Berlin saßen, befürchtete Heinemanns Präsidiumskollege Scheu einen ungunsten Einfluß beider auf den Verhandlungsgang in Berlin. Scheu argumentierte so, als ob Deutschland bereits ein souveräner Staat sei und entscheidenden Einfluß nehmen könnte. Er erklärte: »Es ist zu hoffen, daß sich in der Deutschlandfrage weder die Sowjets von Pankow das Gesetz des Handelns diktieren lassen, noch daß die Westmächte den negativen Einflüssen von Bonn erliegen mögen. – Gesamtdeutschland *muß* Wirklichkeit werden! Dann wird es mit der Herrschaft des Herrn Ulbricht ebenso zu Ende gehen wie mit der Gefahr einer klero-faschistischen Entwicklung in der Bundesrepublik. Die akute Kriegsgefahr, die in der Tatsache der

11 Vgl. Heinemann, »Militärische Katastrophe oder politische Ordnung?«, Schriftenreihe der GVP, Heft 1, Berlin 1954, S. 4.

12 Ebd., S. 5.

13 Ebd..

14 Vgl. »Blinde Propheten«, in: NZZ v. 28.2.1954.

deutschen Spaltung liegt, muß *bald* beseitigt werden, wenn der Frieden der Welt erhalten bleiben soll.«¹⁵ Deutlich wird hier, wie sehr Scheus Wunsch nach Wiedervereinigung sowohl von ›innenpolitischen‹ Motiven als auch von außenpolitischen Erwägungen geprägt ist. Dabei unterschätzte Scheu den Ost-West-Gegensatz und unterstellte die Möglichkeit einer autonomen deutschen Politik zwischen Ost und West, die niemand wollte, auch nicht die beiden deutschen Regierungen.

Der Verlauf der Konferenz in Berlin zeigte der Weltöffentlichkeit, daß die dort vertretenen Regierungen zu Änderungen der deutschen Machtkonstellation nicht bereit waren. Herbert von Borch charakterisiert das Verhalten der Außenminister zutreffend, wenn er schreibt: »Das unheilvolle Wagnis wollte keine der Mächte ohne Sicherungen, die sich gegenseitig ausschlossen, auf sich nehmen, indem sie ihre Positionen abtasteten, ergab sich auf beiden Seiten keine Bereitschaft, um der deutschen Einheit willen Risiken einzugehen, die ihre Großmachtinteressen gefährden könnten.«¹⁶

In der GVP sah man die Stagnation der Viererkonferenz mit großem Unbehagen. Dennoch war man noch immer von einem erfolgreichen Abschluß überzeugt. Für die GVP drohte die Konferenz nur in eine »scheinbare Sackgasse«¹⁷ hineinzuschlittern. Die GVP schätzte die Position der Verhandlungspartner falsch ein, wenn sie von einer scheinbaren Sackgasse sprach. Die Politik der Mächte¹⁸ war eben nicht darauf angelegt, zu einer Einigung zu gelangen, wenn ja, dann nur unter den jeweils eigenen Bedingungen, die von der anderen Seite nicht annehmbar waren. Das jeweilige Nein war bereits vorprogrammiert.

Die GVP glaubte bis zuletzt an die Möglichkeit einer deutschen Initiative, um die Berliner Konferenz in ihrem Sinne vorantreiben zu können.¹⁹ Gegenüber der Bundesregierung erhob man deswegen den Vorwurf der Untätigkeit. Ihre während der Berliner Konferenz an allen Litfaßsäulen plakatierten Forderungen – ›freie gesamtdeutsche Wahlen, verfassungsgebende Nationalversammlung, gesamtdeutsche Regierung mit völliger Handlungsfreiheit‹ – tat die GVP als illusionäre Politik ab. Illusionär deshalb, weil diese Postulate nach Meinung der GVP nicht mit den Sicherheitsinteressen der UdSSR in Einklang zu bringen waren.²⁰ Heinemann vermißte ausdrücklich einen »positiven Beitrag«²¹ Adenauers zur Lösung der Deutschlandfrage. Doch warum sollte sich der Kanzler dazu bereit erklären, wenn es sowieso nicht im Interesse seiner Politik lag, die Westbindung zugunsten eines neutralen Deutschlands aufzugeben? Den

15 Scheu, »Deutschland zwischen Ost und West«, in: GR, 2. Jg., Nr. 1/2 v. 1.1.1954, S. 1.

16 H.v. BORCH, 1966, S. 143.

17 Posser, »Die Klärung des völkerrechtlichen Status Deutschlands durch die Viermächtekonferenz als Grundlage für seine Wiedervereinigung«, Manuskript, 7.2.1954, S. 4, NL We STO 5. Im folgenden: »Status Deutschland«.

18 Vgl. zur sowjetischen Politik H. WASSMUND, 1974, S. 59ff.

19 Vgl. Arnold, »Warum helfen die Deutschen nicht mit?«, in: GR, 2. Jg., Nr. 7/8 v. 12.2.1954, S. 4.

20 Vgl. Posser, »Status Deutschland«, S. 1ff; vgl. auch Posser, »Das Problem ›Freie Wahlen‹«, in: GR, 2. Jg., Nr. 7/8 v. 12.2.1954, S. 4.

21 Heinemann, »Was geschieht in Berlin?«, in: GR, 2. Jg., Nr. 7/8 v. 12.2.1954, S. 1.

Forderungen der Bundesregierung entgegnete Heinemann in einem offenen Brief an Adenauer: »Diese Forderungen klingen gut. Aber in demselben Maße, wie sie das deutsche Volk ansprechen, sind sie auch geeignet, dem deutschen Volk ihre gefährliche Tragweite zu verhüllen. Solange die USA und Sie samt den Mehrheitsparteien in der Bundesrepublik den Anschluß ganz Deutschlands an den Westblock betreiben, wird die Sowjetunion keiner gesamtdeutschen Regierung die »volle Handlungsfreiheit« gewähren (...).«²²

Die Anregung zu der offenen Anrede kam von dem Pazifisten Nikolaus Koch. Der offene Brief sollte dem Zweck dienen, die elementaren Forderungen der GVP in das innerdeutsche und europäische Gespräch während der Viererkonferenz einzubringen. Jetzt erschien nämlich die Gelegenheit günstig, die eigenen Positionen den Adenauerschen Postulaten sichtbar gegenüberzustellen, mit der Absicht, einer Initiative seitens des Westens eine Grundlage zu verschaffen. Heinemann übernahm den von Koch vorgeschlagenen Text weitgehend,²³ die entscheidenden Leitsätze sogar wörtlich. Die Leitsätze wiederholten das Credo der GVP:

- »1. Deutschland darf sich nicht einseitig an die Sowjetunion, aber auch nicht einseitig an die USA anschließen (...).
- 2. Deutschland muß mit seinen westlichen und östlichen Nachbarvölkern in ein friedliches Verhältnis kommen (...).«²⁴

Vereinzelt nahmen die Medien von den Forderungen Heinemanns Notiz,²⁵ doch im allgemeinen blieben sie unbeachtet und ohne jegliche Wirkung. Zurecht befürchtete Mochalski, »daß in Berlin die Dinge darauf hinauslaufen, die Deutschlandfrage beim Status Quo zu belassen.«²⁶

Um den Fortgang der Dinge in Berlin doch noch im Sinne der GVP positiv beeinflussen zu können, fuhr der ehemalige GVP-Generalsekretär Bodensteiner nach Berlin. Bereits im September 1953 hatte er schon einmal eine Unterredung mit Vertretern der Ost-CDU. Die zweite Reise im Februar 1954 führte nicht zu der erwarteten Aussprache mit Teilnehmern der sowjetischen Delegation. Aus den Gesprächen mit Funktionären der Ost-CDU gewann er vielmehr den Eindruck, daß die Sowjetunion nicht bereit sei, einem wiedervereinigten Deutschland die Rechte und die Stellung zu geben, welche die GVP bisher gefordert hatte.²⁷ Im Präsidium erzielte man Einmütigkeit darin, daß Aktionen wie die von Bodensteiner künftig nicht mehr fortgesetzt werden sollten.

Die Berliner Konferenz hatte für die GVP die Alternativen zur EVG aufgezeigt.²⁸ Den Eden-Plan²⁹ lehnte die GVP rundherum ab, selbst wenn

22 Heinemann, »Offener Brief an den Bundeskanzler«, in: GR, 2. Jg., Nr. 5/6 v. 19.1.1954, S. 2. Im folgenden: »Offener Brief«.

23 Vgl. Koch an Heinemann, 20.1.1954, NL Hei II 16. – 31.1.1954.

24 Heinemann, »Offener Brief«, S. 2; Koch an Heinemann, 20.1.1954.

25 Vgl. Mochalski an Heinemann, 30.1.1954, NL Hei II 16.-31.1.1954.

26 Ebd..

27 Vgl. Krüger an Heinemann, 16.2.1954, Abschrift, NL Scheu 3; vgl. Bodensteiner an Heinemann, 26.2.1954, NL Hei II 16.-28.2.1954.

28 Vgl. Posser, »Es gibt eine Alternative zur EVG«, in: StdG, 6. Jg., Nr. 9 v. Mai 1954, S. 212.

29 Vgl. im einzelnen H. v. SIEGLER, Dokumentation. Bd. 1, 1970, S. 180ff.

nach ihm eine gesamtdeutsche Regierung befugt sein sollte, »die internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik und der Sowjetzone Deutschlands zu übernehmen oder auch abzulehnen.«³⁰ Die GVP sah durch diesen Passus einer gesamtdeutschen Regierung keineswegs eine echte Entscheidungsfreiheit zugebilligt. Sie berief sich dabei auf den letzten Absatz des Eden-Planes: »Für Beschlüsse der Nationalversammlung und der gesamtdeutschen Regierung bei der Ausführung dieses Planes wird die Genehmigung der Vier Mächte nicht erforderlich sein; solche Beschlüsse dürfen nicht abgelehnt werden, *es sei denn durch Stimmenmehrheit der Vier Mächte*« (Hervorhebung Posser).³¹ Daraus folgerte Posser, daß ein wiedervereinigtes Deutschland in keinerlei Hinsicht etwas gegen die Interessen der Westmächte unternehmen könnte, aber alles gegen die der Sowjetunion.

Im Gegensatz zum Eden-Plan bot für die GVP der von Molotow eingebrachte »Entwurf eines gesamteuropäischen Vertrages über die kollektive Sicherheit«³² eine Alternative zur Einbindung der Bundesrepublik in die EVG. Noch Monate nach Abschluß der Berliner Konferenz behauptete Posser: »Die russischen Vorschläge von Berlin und ihre Ergänzungen in der Note vom 31.3.1954³³ stellen eine brauchbare Alternative zur EVG dar«.

Molotows Vorschlag eines Sicherheitspaktes und seine erläuternde Rede am 10.2.1954 in Berlin hielt man in der GVP für »vielleicht das Wichtigste der ganzen Berliner Konferenz.« Molotows Rede betrachtete man als »die einzige Rede mit Zukunft«, weil in ihr der sowjetische Außenminister vorgeschlagen hatte, »daß man, um zu dieser gesamteuropäischen Lösung zu kommen, West- und Ostdeutschland räumen und nur einige Überwachungsdetachements militärischer Art zurücklassen sollte.«³⁴

Nachdem die Sowjets diesen Vorschlag in die Diskussion eingebracht hatten, war für die GVP offensichtlich, »daß nur der Gedanke einer kollektiven Sicherheit, also einer Sicherheit für alle Staaten und alle Teile Europas, eine Lösung der deutschen und der österreichischen Frage nach sich ziehen könne.«³⁵ Im letzteren Fall irrte die GVP. Seit dem Molotowschen Vorschlag hieß für die GVP die Alternative zur EVG eindeutig: Anerkennung des Prinzips kollektiver Sicherheit. Dabei akzep-

30 Zit. n. Posser, »Auf der Suche nach der Alternative«, in: GR, 2. Jg., Nr. 29 v. 16.7.1954, S. 1. Im folgenden: »Alternative«. Der Passus im Eden-Plan lautet genau: »Die gesamtdeutsche Regierung soll befugt sein, die internationalen Rechte und Verpflichtungen der Bundesrepublik und der Sowjetzone Deutschlands zu übernehmen und andere von ihr gewünschte internationale Vereinbarungen abzuschließen«. Zit. n. H. v. SIEGLER, Dokumentation. Bd. 1, 1970, S. 183.

31 Zit. n. Posser, »Alternative«, S. 1.

32 Vgl. im einzelnen H.v. SIEGLER, Dokumentation. Bd. 1, 1970, S. 196ff. Einen knappen Überblick über die sowjetischen Vorschläge zu einem kollektiven Sicherheitssystem bietet B. MEISSNER, Sicherheit, 1970, hier S. 395f.

33 Diese Note berücksichtigte die Kritik des Westens. Die USA waren anders als im Vertragsentwurf vom 10.2.1954 als Teilnehmer des gesamteuropäischen Sicherheitssystems vorgesehen. Gleichzeitig schlug die UdSSR ihren Beitritt zur NATO vor. Vgl. J. HOHLFELD, Dokumente, Bd. VIII, S. 363ff.

34 Posser, »Alternative«.

35 Posser, »Kollektive Sicherheit«, in GR, 2. Jg., Nr. 30 v. 30.7.1954, S. 1.

tierte die GVP³⁶ die immanenten Voraussetzungen einer kollektiven Sicherheitslösung, die in der Anerkennung des Prinzips der friedlichen Koexistenz lagen.³⁷

Ein für die GVP wesentlicher Teil des von Molotow eingebrachten Vertragsentwurfes eines Sicherheitspaktes war der Vorschlag, »daß zunächst, d. h. bis zur Wiedervereinigung Deutschlands, sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik Teilnehmer an dem gesamteuropäischen Vertragswerk zur kollektiven Sicherheit sein sollen.« Diese Vorstellung war für die GVP schmerzlich, »weil damit offen ausgesprochen wurde, daß auch nach Ansicht der Sowjetunion für den Augenblick mit einer Wiedervereinigung Deutschlands auf friedliche Weise wegen der bestehenden Gegensätze zwischen Ost und West nicht zu rechnen ist.«³⁸

Gleichwohl war die GVP für das von Molotow vorgeschlagene kollektive Sicherheitssystem. Sie hielt nämlich die Einbindung der beiden deutschen Regierungen in einen europäischen Sicherheitspakt für ein Zwischenstadium. Worauf es ankam, war, »dieses Zwischenstadium des Beitritts der beiden deutschen Teilstaaten in die europäische Sicherheitsorganisation klein (zu) halten«. Es konnte aber nach Auffassung der GVP nur dann »klein gehalten« werden, »wenn wir so weit kommen, daß wir vorurteilsfrei die Ost Dinge und die Ostpolitik betrachten«, das bedeutete für die GVP bereit zu sein, »auf die Argumente der anderen Seite zu hören«. ³⁹ In der Überlegung der GVP hätte der Prozeß der Wiedervereinigung auch dadurch beschleunigt werden können, »daß Gespräche aufgenommen werden zwischen den beiden deutschen Teilstaaten«. ⁴⁰

Bodensteiner, der sich im Februar 1954 in Berlin aufgehalten hatte, beurteilte die Vorschläge Molotows wesentlich zurückhaltender. Bodensteiners Kommentar zu Molotows Vertragsentwurf vom 10.2.1954 war: »Nicht befriedigend, jedoch ein ermutigendes Angebot«. Ansonsten hielt er wenig von den Vorstellungen Molotows. Bodensteiner sah in ihnen »große Gefahren bzw. gefährliche Unbestimmtheiten«. Einmal hielt er den Abschluß eines Friedensvertrages ohne vorherige freie gesamtdeutsche Wahlen für nicht möglich. Zum anderen meinte er, Molotows Plan ziele »auf die *totale* Isolierung Deutschlands und damit die Verhinderung der europäischen Einigung ab«. Drittens vermochte er keine befriedigende Antwort »auf die Frage nach einer Sicherheitsgarantie für Deutschland und Mitteleuropa« erkennen. Schließlich stellte Bodensteiner mit seinem Resümee die ganze bisherige Politik der GVP in Frage: »Wir gingen bei unserer bisherigen politischen Agitation davon aus, daß die SU einer Wiedervereinigung Deutschlands zustimmen wird, wenn das militärische Potential Deutschlands isoliert wird. Der M-Plan hat in mir einige Zweifel aufkommen lassen, ob die Voraussetzungen gegeben sind, auf denen unsere Vorschläge und die Art, wie wir sie propagiert haben, beruhen. Vielleicht

36 Vgl. Heinemann an Irrmann, 25.2.1954, NL Hei II 16.-28.2.1954.

37 Vgl. Posser, »Alternative«.

38 Ebd..

39 Posser, »Kollektive Sicherheit«, in: GR, 2. Jg., Nr. 30 v. 30.7.1954, S. 2.

40 Ebd..

und hoffentlich sehe ich zu schwarz.« Um die Probe aufs Exempel zu machen, um sich zu vergewissern, ob die Voraussetzungen der GVP-Politik noch existierten, d. h., um herauszufinden, ob die UdSSR überhaupt noch eine Wiedervereinigung wollte, begab sich Bodensteiner nach Berlin. Allerdings gelang es ihm nicht, mit entsprechenden sowjetischen Stellen Kontakt aufzunehmen.

Bald nach der Berliner Konferenz zog sich Bodensteiner aus der vordersten Reihe der GVP-Politik zurück. Er hielt den »Versuch der GVP« für »zunächst gescheitert«. Die in der GVP weit verbreitete Meinung, das militärische Patt (Besitz der H-Bombe sowohl von USA als auch UdSSR) böte eine Chance für die GVP-Politik, brachte Bodensteiner »zum Bewußtsein, wie sehr ich als GVP-Mitglied meiner Überzeugung untreu geworden bin«.⁴¹

»Der dritte Weltkrieg wird nicht deshalb kommen oder nicht kommen, weil dieser oder jener Staatsmann einige taktisch richtige politische Winkelzüge macht oder unterläßt und erst recht nicht deshalb, weil sich nach Ansicht ›neutraler‹ Beobachter keiner der Gegner einen einfachen Sieg errechnen kann. Der dritte Weltkrieg wird kommen, weil ihn die unter der Oberfläche vorhandene geistige Gesamtströmung der westlichen Welt unvermeidbar macht. Sie besteht in der pharisäerhaften Selbstgerechtigkeit und Überheblichkeit, verbunden mit einer absolut unmoralischen, nur auf das materielle Wohlergehen bedachten Grundhaltung. Was demgegenüber an der politischen Oberfläche geschieht, ist bedeutungslos. Weil das Streben nach materiellem Wohlergehen bewußt oder unbewußt die entscheidende Triebfeder ist, darum verkauft sich Europa in dieser schamlosen Weise an die USA, darum hat Adenauer diesen eindeutigen Wahlsieg errungen, darum lassen sich so viele Ihrer (gemeint ist Scheu, J. M.) evangelischen Freunde vor den Wagen dieses katholisch-hyperreaktionären Bundeskanzlers spannen (...)⁴² Bodensteiner resignierte und zog sich aus der aktiven Parteipolitik zurück. Er sah keine Chance mehr, »das große Unheil zu verhindern«.⁴³

Insgesamt war sich die GVP nicht bewußt, wie weit die Einführung des Prinzips der kollektiven Sicherheit sich von ihrem ursprünglichen Konzept der Ausklammerung entfernt hatte. Vielleicht lag das daran, daß sie sich keine weiteren Gedanken über Konditionen und Inhalte im einzelnen zum Prinzip der kollektiven Sicherheit machte, wie dies beispielsweise Fritz Erler von der SPD tat.⁴⁴ Er distanzierte sich nämlich mit seinen Vorschlägen zur kollektiven Sicherheit gleichermaßen von einem herkömmlichen Militärbündnis wie von einer ›Ausklammerung‹. Es war gerade der qualitative Unterschied zwischen kollektiver Sicherheit und Ausklammerung, der ihn für dieses Sicherheitssystem einnahm. Die kollektive Sicherheit verklammerte, während die Neutralität, wie sie der GVP

41 Bodensteiner an Wessel, 11.2.1954, Abschrift, NL Scheu 1.

42 Bodensteiner an Scheu, 5.4.1954, NL Scheu 2.

43 Ebd.

44 Vgl. H. SOELL, 1976, S. 164 – 188. Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 339f. Vgl. H. HAFTENDORN, Sicherheit, 1983, S. 92f.

ursprünglich vorschwebte, ausklammerte und Deutschland zum Objekt fremder Interessen hätte machen können. Aus dieser Überlegung heraus lehnte Adenauer beides, kollektive Sicherheit wie Neutralität ab.⁴⁵ Angesichts des Optimismus, angesichts der »Hoffnung Berlin«,⁴⁶ die die Viermächtekonzferenz bei der GVP heraufbeschworen hatte, war man wegen des für Deutschland negativen Ausgangs um so betrübter. Heine- mann, der sonst viele Rückschläge wegsteckte, begann erstmals vorüber- gehend zu resignieren.⁴⁷ Das Scheitern der Berliner Konferenz enthüllte mit aller Deutlichkeit, daß die Aufhebung der Trennung Deutschlands wohl noch eines längeren Zeitraums bedurfte, wenn sie nicht schon gänzlich unmöglich war.

Am negativen Ausgang der Konferenz wies die GVP der Bundesregie- rung einen maßgeblichen Anteil zu. Allein in der Besetzung der Bonner Beobachterdelegation sah die GVP einen »schwerstwiegenden faux pas«. ⁴⁸ Das bezog sich auf die Entsendung Wilhelm Grewes nach Berlin, der zusammen mit Herbert Blankenhorn die Beobachterdelegation leitete. Grewes Ernennung war, so das GVP-Mitglied Posser, einer Provokation der Sowjets gleichgekommen.

Posser spielte damit auf Veröffentlichungen Grewes im Dritten Reich an, in denen jener den Überfall des Deutschen Reiches 1941 auf die UdSSR als eine weltgeschichtliche Mission Europas bezeichnet und im Kampf gegen die Sowjets die Nichteinhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen gefor- dert haben soll.⁴⁹ Die Sowjets machten dies während der Berliner Konfe- renz publik,⁵⁰ trotzdem erfolgte seine Abberufung seitens der Bundesregie- rung nicht. Posser hob den Sachverhalt auf die gesamtpolitische Ebene und fragte, ob man unter solchen Umständen von den Sowjets erwarten könne, daß sie dem westdeutschen Volk beziehungsweise seiner west- deutschen Führung einen Blankoscheck ausstellten und darauf vertrauten, daß er honoriert werde.⁵¹ Doch nicht nur die Bundesregierung, auch die Regierung der DDR machte die GVP dafür mitverantwortlich, daß die Berliner Konferenz in der Deutschlandfrage scheiterte.

In einer Erklärung zum Konferenzausgang stellte das Präsidium der GVP einvernehmlich mit dem Deutschlandausschuß der Partei fest: »Die Besatzungsmächte bezichtigen sich wechselseitig der Schuld. Die größte Schuld liegt bei uns Deutschen selbst.«⁵² Damit verkannte die GVP eindeutig den Handlungsspielraum der Bundesregierung, die, auch wenn sie es gewollt hätte, nicht entgegen dem Willen der westlichen Alliierten hätte handeln können. Das Bundesvorstandsmitglied der GVP, Erwin

45 Vgl. H.G. PÖTTERING, 1975, S. 32f.

46 Krüger, »Hoffnung Berlin«, in: DVZ v. 15.12.1953, S. 1.

47 Vgl. D. KOCH, Heinemann, 1972, S. 433f.

48 Posser, »Das Ende der Illusionen«, in: StdG, 6. Jg., Nr. 4 v. April 1954, S. 163.

49 Vgl. ebd.. Posser zitiert hier aus einem Aufsatz Grewes, der in den »Monatsheften für auswärtige Politik« im September 1941 erschienen war.

50 Vgl. »Sonderbevollmächtigter Grewes – als Kriegsverbrecher entlarvt«, in: Dokumentation der Zeit, Nr. 64 v.15.2.1954, S.4092f, hrsg. v. Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin (Ost).

51 Vgl. Posser, »Das Ende der Illusionen«, in: StdG, 6. Jg., Nr. 4 v. April 1954, S. 164.

52 »Wir klagen an«, in: GR, 2. Jg., Nr. 11/12 v. 12.3.1954, S. 1.

Respondek, verhielt sich demgegenüber in seiner Einschätzung realitätsgerechter, wenn er den Siegermächten unterstellte, sie hätten die jeweiligen deutschen Staaten »in die gleichen Gegensätze« gestellt. Deutschland stünde dieser Tragödie ohnmächtig gegenüber.⁵³ Nichtsdestotrotz war auch er der Auffassung, die deutschen Regierungen hätten selbst in ein Gespräch miteinander kommen sollen, um über alles Trennende hinweg einen Weg zur Wiedervereinigung zu suchen.⁵⁴ Mit massiver Kritik überhäufte die GVP vor allem die Bundesregierung. Posser sprach sogar von einer »völlige(n) Passivität der Bundesregierung während der Berliner Konferenz«.⁵⁵ Für Heinemann gehörte es »zu den erschütterndsten Begleiterscheinungen der Berliner Konferenz, daß schließlich sogar westliche Delegationsmitglieder ihr Erstaunen über den so geringen Drang einer öffentlichen Meinung in Deutschland zur Wiedervereinigung während der Berliner Konferenz nicht verhehlen konnten!«⁵⁶

Die GVP kritisierte, daß die Bundesregierung während der Konferenz nicht zu lebendigeren Bekenntnissen des Willens zur Wiedervereinigung aufgerufen hatte, daß sie selbst die Wiedervereinigung mit ihrer Politik preisgäbe. Die Regierung der DDR wurde von der GVP attackiert, weil sie die Sowjetisierung auf ihrem Gebiet forcire, dort die Bevölkerung in eine Volkspolizei militärischen Charakters nötige. An die Bundesregierung stellte die GVP die Forderung nach Aufnahme von Verhandlungen mit der DDR. Sie sollten sich den Fragen der Beseitigung innerdeutscher Barrieren, der Förderung innerdeutschen Handels und des Kulturaustausches, der Freilassung politischer Gefangener in Ost und West und der Begrenzung der Polizeistärke in beiden deutschen Staaten widmen.⁵⁷ »Nur wenn wir uns selber helfen«, hieß es in der Präsidiumserklärung vom März 1954, »wird uns geholfen«!⁵⁸

Etwaige Hoffnungen, die Konferenz könnte bald fortgesetzt werden, wurden gut einen Monat später zerstört. Die UdSSR erweiterte am 25.3.1954 die Souveränitätsrechte der DDR, ein Umstand, den man in der GVP sehr wohl als Stabilisierung des Status Quo zwischen Ost und West, d. h. auch als Vertiefung – noch nicht als Verewigung – der deutschen Spaltung begriff.⁵⁹

Die GVP redete nun einer innerdeutschen Initiative verstärkt das Wort.⁶⁰ Adenauer wiederum wurde durch den Ausgang der Berliner Konferenz in seinem Mißtrauen in die sowjetische Politik bestärkt. Offensiver denn je, vertrat er jetzt seine Politik der Westintegration.⁶¹ Die GVP konnte vorerst nichts weiter tun, als mit politischen Kräften in der DDR Kontakt

53 Respondek, »Verhandeln«, in: GR, 2. Jg., Nr. 11/12 v. 12.3.1954, S. 1.

54 Vgl. ebd., S. 2.

55 Posser, »Enttäuschung und neue Hoffnung«, in: GR, 2. Jg., Nr. 11/12 v. 12.3.1954, S. 1.

56 G. HEINEMANN, »Die Berliner Konferenz«, (März 1954), in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 67.

57 Vgl. »Wir klagen an«, in: GR, 2.Jg., Nr.11/12 v. 12.3.1954, S.1.

58 Ebd..

59 Vgl. Krüger, »Die deutsche Spaltung vertieft sich«, in: GR, 2. Jg., Nr. 15/16 v. 9.4.1954, S. 1.

60 Vgl. Posser, »Kollektive Sicherheit«, in: GR, 2. Jg., Nr. 30 v. 30.7.1954, S. 2.

61 Vgl. K. ADENAUER, Erinnerungen, 1966, S. 267f.

aufzunehmen. So erfüllten sich jene Forderungen, die Mochalski im Januar 1954 erhoben hatte und die damals noch strittig waren.

Der Generalsekretär der Ost-CDU, Götting, der früher schon mit Mochalski, Respondek, Stummel und Krüger konferiert hatte, schlug der GVP die Entsendung von 20 – 30 Freunden zum Parteitag der Ost-CDU vor, ohne ihnen den Anschein einer offiziellen Parteitagsdelegation zu geben. Tatsächlich nutzte man in der GVP diesen Anlaß, um in persönlichen Kontakt mit Politikern und Organisationen in der DDR zu treten.⁶² Ein zwingendes Ergebnis haben diese Kontakte nicht erbracht. Die Verhältnisse nach Berlin ließen dies ohnehin nicht mehr zu. So sehr die GVP noch immer auf Deutschlands Einheit setzte, sie nicht für unterschieden, sondern allenfalls für vertagt hielt, so wenig war dies mit den Realitäten in Einklang zu bringen. Die GVP wollte sich jedoch mit der endgültigen Festschreibung des Status Quo nicht abfinden.

3. Internationale Gemeinsamkeit gegen EVG/NATO

Nur wenige in der GVP waren wie Erhard Eppler der Meinung: »Die Wiedervereinigung steht nicht mehr auf der weltpolitischen Tagesordnung.«¹ Die Dringlichkeit der Lösung der deutschen Frage, wie sie die GVP empfand, hielt sie davon ab, von ihrem Grundanliegen Abstand zu nehmen. Vielmehr erschien es der GVP gerade jetzt besonders erforderlich, darauf hinzuwirken, die ihrer Meinung nach noch nicht definitive Spaltung Deutschlands nicht gänzlich unumkehrbar zu machen. Heinemann war sich einig mit Eppler, daß in außenpolitischen Dingen »gegenwärtig hier (gemeint ist die Bundesrepublik, J. M.) nichts auszurichten« war. Bonn hatte nach Meinung Heinemanns »alle Karten aus der Hand gegeben. Der Generalvertrag hängt jetzt an Paris.«²

Die Folge dieser Einschätzung war für die politische Arbeit der GVP der Versuch eines Strategiewechsels, und zwar im Sinne einer internationalen Zusammenarbeit mit EVG-Gegnern im westlichen Ausland, vornehmlich in Frankreich. Überlegungen zu einer internationalen Zusammenarbeit hatte es in der GVP schon im Mai 1953 gegeben.³ Heinemann, Wessel und andere sollten, so die Überlegungen in der GVP, in der Zeit vom 7. bis 10. Juli 1953 eine sog. Verständigungsreise nach Paris unternehmen, um mit dortigen EVG-Gegnern zu konferieren. Wenn es sich realisieren ließe, wollte man ähnliche Reisen in die USA und die Sowjetunion unternehmen.⁴ Posser, Wessel und der Organisator im Hintergrund, Karl Gustav

62 Vgl. Krüger an Wessel, 5.8.1954, NL We 123. 1956 fuhr erneut eine »Delegation« zum Parteitag der Ost-CDU. Wie schon 1954 ohne Beteiligung Heinemanns oder Wessels. Vgl. Heinemann an Scheu, 26.7.1956, NL Scheu 39.

1 Eppler an Heinemann, 9.5.1954, NL Hei II Mai 1954.

2 Heinemann an Eppler, 15.5.1954, NL Hei II Mai 1954.

3 Vgl. K. G. Arndt an Lachmund, 15.5.1953, Abschrift, NL We STO 43.

4 Vgl. Arndt an Wessel, 23.6.1953, NL We STO 42; ders. an F. Meyer zu Schwabedissen, 16.6.1953, Abschrift, NL We STO 42.

Arndt, hatten das Treffen schon fest eingeplant, die Termine, Referatsthemen von Heinemann etc. bereits festgelegt. Allein Heinemanns definitive Zusage fehlte noch, so daß dieser erste Versuch einer internationalen Zusammenarbeit schließlich an ihm scheiterte.⁵ Wessel übernahm die undankbare Aufgabe, dem französischen Protektor der Zusammenkunft, Senator Léo Hamon, abzusagen. Gerade zu der Zeit fanden nämlich die entscheidenden Bündnisverhandlungen mit dem BdD statt. Sie hatten für die GVP Vorrang.⁶

Anfang 1954 stand die GVP vor einer gänzlich anderen Situation. Jetzt waren ihre maßgeblichen Repräsentanten bereit und willens, sich an einer internationalen Konferenz von Gegnern der EVG in Paris zu beteiligen. Sie sollte am 20./21. März 1954 in Paris abgehalten werden. Die Initiative hierfür ging von einem Kreis französischer Deputierter und Senatoren aus, die unter Führung des gaullistischen Senators Michelet⁷ EVG-Gegner einluden.⁸ Sie sollten vor Verabschiedung des EVG-Vertrages durch die französische Nationalversammlung den Meinungsbildungsprozeß im Sinne der EVG-Gegner beeinflussen. Durch die Ehrenpräsidentschaft von Edouard Herriot und durch den Vorsitz des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Daladier⁹ gewann die Konferenz für französische Kreise an Ansehen, aber deswegen noch lange nicht eine Beachtung in der westdeutschen Öffentlichkeit.¹⁰

Für die GVP lag der Wert der Veranstaltung vor allem in persönlichen Kontakten und den daraus möglicherweise erwachsenden Kooperationsmöglichkeiten zwischen den einzelnen nationalen Gruppen gegen eine westdeutsche Aufrüstung. Ein eigens in Paris errichtetes ständiges Büro sollte den Austausch von Informationen fördern. Nikolaus Koch, stets auf der Suche, die internationale Kooperation zu fördern, hegte die Idee, Michelets »Pariser Büro«, die Notgemeinschaft/GVP in Deutschland und das sog. Third Camp Contact Committee von A. J. Musts in Amerika zu einer engeren Zusammenarbeit zusammenzuschließen. Die Vorstellung, die sog. Dritten Kräfte in Frankreich, Deutschland und Amerika aneinanderzubinden, ließ sich nicht realisieren.¹¹ Bis auf die gemeinsame Entschließung in Paris hatte der Versuch der GVP, sich in die internationale Diskussion gegen den EVG-Vertrag einzuschalten, für ihre politischen Belange nichts eingebracht. In der Schlußerklärung der Konferenz hieß es:

5 Vgl. Arndt an Wessel, 26.10.1953, NL We STO 44.

6 Vgl. Wessel an Hamon, 2.7.1953, NL We STO 42.

7 Michelet war Minister im 1. Kabinett De Gaulle. Er war zusammen mit Niemöller inhaftiert im KZ Dachau. Vgl. »Pariser Konferenzen«, NL Hei II März 1954.

8 Von deutscher Seite nahmen teil: Heinemann, Wessel, Mochalski, Prof. Delekat, Frau Arnold, Bloetz, Präses der Synode der Vereinigten Lutherischen Kirche in Deutschland und einige BdD-Vertreter. Vgl. ebd..

9 Daladiers Konferenzrede wurde abgedruckt, in: GR, 2. Jg., Nr. 18 v. 30.4.1954, S. 1. Ansonsten wurde sie wenig beachtet.

10 »Ein neuer Bund der Völker«, in: GR, 2. Jg., Nr. 18 v. 30.4.1954, S. 1.

11 Vgl. Koch an Must, 31.3.1954, Abschrift, NL Hei II März 1954; vgl. Koch an Wessel, 31.3.1954, NL We STO 45; vgl. auch »Widerstand gegen die EVG wächst«, in: GR, 2. Jg., Nr. 13/14 v. 26.3.1954, S. 1.

- »1. Die EVG verbessert weder die Aussichten auf Frieden noch ist sie das kleinere Übel, sondern sie versperrt den Weg zu Verhandlungen zwischen Ost und West. Sie schafft ein unübersteigbares Hindernis für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands (...).
2. Die Remilitarisierung Deutschlands (...) verbessert nicht die Chancen der Demokratie in Deutschland, sondern setzt die Demokratie der Gefahr aus, zum zweiten Mal durch Militarismus erstickt zu werden (...).
3. Von einem Vertragswerk, das den verschiedenen nationalen Parlamenten wichtige Befugnisse zugunsten unverantwortlicher Organe (...) nehmen will und das die Eigenart und Unabhängigkeit der beteiligten Völker wie auch die persönlichen Freiheiten aufs Spiel setzt, kann man nur bedenkliche Auswirkungen erwarten.«¹²

Punkt 1 und 2 gehörten zum unabkÖmmlichen Repertoire der GVP.¹³ Aus Punkt 3 sprach die nationale Grundhaltung französischer Kreise. Die Konferenzteilnehmer in Paris forderten die Abkehr von der bisherigen EVG-Politik und plädierten für die Wiederaufnahme der Berliner Verhandlungen mit dem Ziel, die Lösung der internationalen Probleme (Deutschland-, Friedensfrage, Abrüstung, kollektive Sicherheitssysteme etc.) anzugehen.¹⁴ In der Sache waren sich die Konferenzteilnehmer einig. Dennoch erwuchs aus dem inhaltlichen Konsens keine vertiefte organisatorische Zusammenarbeit. Der Kampf gegen die EVG hatte sich nach Frankreich verlagert, dort führte er zum Erfolg.

In der französischen Öffentlichkeit entwickelte sich nämlich ein wachsender Widerstand gegen die EVG. So heterogen die Opposition in Frankreich auch sein mochte, sie setzte sich letztlich durch. Es gab in Frankreich, anders als in der Bundesrepublik, eine unabhängige nationale Grundhaltung einer Opposition von links bis rechts, und zwar mit Einfluß, so daß Aktionen gegen die EVG dort auf breite Resonanz stießen.¹⁵

Am 30. August 1954 lehnte schließlich die französische Nationalversammlung den EVG-Vertrag ab.¹⁶ Nachdem die EVG am 30.8.1954 gescheitert war, herrschte triumphale Stimmung in der GVP, die Verlagerung der politischen Strategie schien sich gelohnt zu haben. Die »dogmatische Außenpolitik«¹⁷ Adenauers war für die GVP am Ende. Das

12 »Entschließung der Int. Konferenz der EVG-Länder in Paris am 20./21. März 1954 im Palais d'Orsay«, in: GR, 2. Jg., Nr. 13/14 v. 26.3.1954, S. 1.

13 Vgl. auch die Ausführungen von Mochalski und Wessel in Paris: »Le pasteur Herbert Mochalski s'oppose au projet de l'armée européenne parce que: 1° – Il multiplie les dangers de guerre avec URSS; 2° – Il rend impossible la réunification allemande«; zit. n. »Conférence Internationale des Pays mis en cause par la CED (Deuxième Communiqué), NL Hei März 1954. »Sie (gemeint ist Wessel, J. M.) möchte darauf hinweisen, daß der EVG-Vertrag für die Deutschen nicht nur die Gefahr einer Verschärfung des gegenwärtigen Zustandes zwischen den Westmächten und Rußland darstellt und die Gefahr eines dritten Weltkrieges in sich schließt, sondern auch die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich macht«. Wessel, zit. n. »Kurzer Inhalt der Rede von Frau Wessel auf der Internationalen Tagung der EVG-Gegner in Paris am 20./21. März 1954«, NL We STO 45.

14 Vgl. ebd., S. 1.

15 Vgl. J. MARCUS, 1958.

16 Zum Scheitern der EVG vgl. P. NOACK, 1977; vgl. auch R. POIDEVIN, 1985.

17 Posser, »Dogmatische Außenpolitik«, in: GR, 2. Jg., Nr. 36 v. 10.9.1954, S. 1.

»Kernstück« der Bonner Außenpolitik, die EVG, hatte nicht die Billigung Frankreichs gefunden. Die deutsche Politik war, wie Heinemann es formulierte, an einer »neue(n) Wegscheide« angelangt. »Der Zwang zu anderer Planung ist da«,¹⁸ meinte Heinemann. Mochalski resümierte: »Wir Deutsche haben es nicht vermocht. Ein französischer Ministerpräsident hat der Politik des Bundeskanzlers ein Ende gemacht«. »Die Karten sind neu gemischt«. »Die Europafrage und die Deutschlandfrage liegen auf dem Tisch.«¹⁹ Trotzdem war man in der GVP davon überzeugt, Adenauer würde seinen Kurs der Politik der Stärke fortsetzen. Es kam nicht zu der von der GVP propagierten Strategie: »Durch Absage an neue deutsche Aufrüstung den ersten Schritt zu einer fortschreitenden Abrüstung festzuhalten, der mit unserer Entwaffnung 1945 vollzogen wurde«. Die Inangriffnahme dieser Strategie war für die GVP »der einzige Ausweg aus dem Todeszirkel, in den die bisherige Nachkriegspolitik uns alle verstrickt«.²⁰

Sicherlich waren Adenauers politische Anstrengungen über den EVG-Vertrag und den mit ihm verbundenen Deutschlandvertrag zur souveränen Bundesrepublik zu gelangen, gescheitert. Doch eine »Ersatzlösung« stand schon bereit. Sie wurde bereits im Sommer 1954 gemeinsam von Großbritannien und den USA vorbereitet, als sich das definitive französische Nein zum EVG-Vertrag abzeichnete. Vorausgesetzt, die EVG sollte scheitern, dachten Briten und Amerikaner daran, die Bundesrepublik zum direkten Mitglied der NATO werden zu lassen. Binnen kurzer Zeit wurde eine Konferenz nach London einberufen. Adenauer, der früher schon die NATO-Lösung für die Bundesrepublik präferiert hatte, stellte sich schnell auf die neue Situation um.

Die GVP wiederum hoffte, daß diese NATO-Lösung auch jetzt am Veto Frankreichs scheitern könnte.²¹ Am 23. Oktober wurden die sog. »Pariser Verträge« unterzeichnet.²² Damit rückte für die GVP erneut eine verstärkte internationale Zusammenarbeit in den Vordergrund. Den internationalen Verträgen mußte auch durch eine internationale Opposition begegnet werden. Am 11./12. Dezember 1954 kam es auf französische Einladung hin zum zweiten Mal in Paris zu einer »Europäischen Konferenz für Verhandlungen über das deutsche Problem und die Abrüstungsfrage«. Doch jetzt machte sich schon stärkerer Zweifel innerhalb der GVP breit, ob überhaupt noch eine deutsche Wiederbewaffnung mit all den negativen Folgen, wie sie die GVP für die Stabilität in Europa und der Wiedervereinigung Deutschlands perzipierte, aufzuhalten war. Trotz alledem war man von der Notwendigkeit einer internationalen Kooperation gerade jetzt überzeugt.²³ Heinemann hielt nicht zuletzt deswegen eine persönliche

18 Heinemann, »Neue Wegscheide«, in: GR, 2. Jg., Nr.37 v.24.9.1954, S. 1.

19 Mochalski, »Am Ende – und nun?«, in: StdG, 6. Jg., Nr. 17 v. Oktober 1954, S. 413.

20 Heinemann, »Neue Wegscheide«, in: GR, 2.Jg., Nr.37 v.24.9.1954, S. 1.

21 Vgl. »Um eine echte Alternative«, (Erklärung GVP-LV NRW), in: GR, 2. Jg., Nr. 37 v.24.9.1954, S. 1.

22 Vgl. K. ADENAUER, Erinnerungen, 1961, S. 355 – 383. Aus DDR-Sicht vgl. H. BRANDWEINER, Verträge, 1955, S. 4 – 29.

23 Vgl. Wessel an Hamon, 2.11.1954, NL We STO 46.

Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Mendès-France für notwendig. Der französische Senator Hamon machte der GVP bezüglich der französischen Haltung zu den Pariser Verträgen keine Hoffnung. Seiner Einschätzung nach bestand gegen sie kein vergleichbarer Widerstand in Frankreich wie seinerzeit gegen die EVG.²⁴ Auch die geplante Unterredung Heinemanns mit Mendes-France kam nicht zustande. Mendes-France war dazu nicht bereit. Die Darlegungen eines Vertreters Frankreichs auf der Pariser Konferenz im Dezember 1954 machten deutlich, daß es nicht zuletzt in französischen Kreisen um die »begriffliche Angst vor der deutschen Wiederbewaffnung« ging und weniger um das deutsche Anliegen einer nationalen Wiedervereinigung. Hamon konnte sich durchaus eine »Anerkennung der Teilung Deutschlands«,²⁵ eine Normalisierung auf der Basis des Status quo vorstellen. Heinemann widersprach dieser Auffassung selbstverständlich: »Man hat sich gefragt, ob eine solche Teilung normalisiert werden könnte. Diese Frage beantworte ich mit einem glatten Nein. Die Existenz eines entzweigeschnittenen Wurms läßt sich nicht normalisieren. Die Situation der Gesamtheit der Völker im Osten und Westen, die unter verschiedenen Systemen koexistieren, könnte vielleicht in sich normalisiert werden (...) Aber nicht normalisieren läßt sich die Lage eines in sich selber gespaltenen Volks, das unter zwei sich grundsätzlich widersprechenden Systemen lebt, von denen jedes das andere zu übertrumpfen hofft, unter zwei Systemen, die als Rivalen innerhalb ein und desselben Volks nichts bringen können als einen ewigen Kalten Krieg.«²⁶ Die politische Entwicklung widerlegte Heinemann. Die historische Realität hat sich Heinemanns nationalen Wünschen nicht gefügt. Heinemann konnte sich (noch) nicht vorstellen, daß es sehr wohl einen Modus vivendi auf der Grundlage des Status quo gab. Ja, eben die Garantie des Status quo erst zur Voraussetzung für eine (dauerhafte) Entspannung wurde. Jedenfalls zeigte die Pariser Konferenz eine gemeinsame Gegnerschaft zur deutschen Aufrüstung, die allerdings unterschiedlich motiviert war. Ging es Heinemann und seinen Gesinnungsgenossen um die nationale Wiedervereinigung, lag das nationale

24 Vgl. Hamon an Wessel, 5.11.1954, NL We STO 46; vgl. Hamon an Wessel, 11.12.1954, NL We STO 46.

25 Hamon, »Redeauszüge«, in: Europäische Konferenz für Verhandlungen über das deutsche Problem und die Abrüstungsfrage – Paris 11. und 12. Dezember 1954«, Broschüre, o.O., o.J., S. 15, Fundstelle NL Hei 143. Im folgenden: »Europäische Konferenz«. Die Rede ist vollständig abgedruckt in: StdG, Sonderheft, Februar 1955, »Stimmen der Vernunft«, S. 8ff, hier S. 9. Hier heißt es, »daß die Wiederbewaffnung dieses Volkes in den ganzen Welt verständliche Befürchtungen hervorruft«.

26 Heinemann, »Europäische Konferenz«, S. 31. Im Sonderheft der StdG vom Februar 1955 lautet die entsprechende Passage auf Seite 12: »Man hat hier gefragt, ob eine solche Teilung »normalisiert« werden könne. Auf diese Frage antworte ich bündig mit »Nein«. Das Leben eines Wurmes, den man in zwei Teile schneidet, kann man nicht normalisieren. Es mag sein, daß man einen »eisernen Vorhang« zwischen ganzen Völkern, die in Ost und West unter verschiedenen Systemen leben, normalisieren könnte. Aber man kann nicht die Spaltung ein und desselben Volkes normalisieren, das unter zwei Systemen lebt, die einander fundamental entgegengesetzt sind und beide hoffen, über das andere obsiegen zu können, unter zwei Systemen also, die einen ständigen kalten Krieg um dieses Volk führen.«

Motiv der anderen Kongreßteilnehmer vornehmlich darin, Deutschland nicht mehr zur Gefahr für den europäischen Frieden werden zu lassen. Insgesamt gesehen waren die jeweiligen Motive zu unterschiedlich, als daß sich auf dieser Grundlage einer Negativkoalition eine stabile internationale Bewegung entwickeln ließ.

Obschon die Konferenz in Paris die Pariser Verträge attackierte und auch in Frankreich die nationale Armee der souveränen Bundesrepublik alles andere als unstrittig war, gelang es der französischen Opposition nicht mehr, sich durchzusetzen. Am 30. Dezember 1954 billigte die französische Nationalversammlung, wenn auch knapp, die Pariser Verträge, damit die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO und WEU. Die internationale Zusammenarbeit der GVP fand ihr Ende. Mit der französischen Entscheidung für die NATO-Lösung verlagerte sich die inhaltliche Auseinandersetzung erneut in die Bundesrepublik, auf die dort anstehende Ratifikationsentscheidung wollte man nun massiert Einfluß nehmen.

4. Der außerparlamentarische Mobilisierungsversuch – die Gesamtdeutsche Aktion/Paulskirchenbewegung

Der Kreis um Heinemann erwog schon während der Diskussion um den EVG-Vertrag außerparlamentarische Aktivitäten in der Bundesrepublik. Heinemann und andere wollten für den Juni 1954 einen Kreis repräsentativer westdeutscher Persönlichkeiten zu einem sog. ›Deutschen Tag‹ einladen, der der Öffentlichkeit Alternativen zur EVG unterbreiten sollte.¹ Zu diesem Zweck stand Heinemann seit längerem im Gedankenaustausch mit dem nationalliberalen Reinhold Maier, ohne daß Konkretisierungen hinsichtlich einer geplanten Aktion erfolgten.²

Diese Idee, nationalliberale und nationalneutralistische Kräfte mit jenen aus der GVP zu Aktivitäten für eine deutsche Initiative zur Wiedervereinigung zusammenzufassen, wurde nach dem Scheitern der EVG weiter gesponnen. Die Vorstellung, die dahinter steckte, war, eine »Konzeption der Mitte zusammen mit Kräften aus der FDP, des BHE und der GVP zu verwirklichen«.³ Aus nationalneutralistischen Kreisen wurde an Heinemann die Überlegung herangetragen, inwieweit nicht ein Arbeitskreis zu internationalen Konferenzen sozusagen die Stimme des ›unabhängigen Deutschlands‹ zur Lösung der Deutschlandfrage zur Geltung bringen konnte.⁴

Die Intention Heinemanns, die vom engeren Führungskreis der GVP geteilt wurde, ging aber dahin, nicht allein eine breite bürgerliche Bewe-

1 Vgl. Heinemann an Mochalski, 4.5.1954, NL Hei 47.

2 Vgl. Kiefer an Heinemann, 10.5.1954, NL Hei 47.

3 Kiefer an Heinemann, 28.3.1955, NL Hei 50; vgl. auch Kiefer an Heinemann, 5.2.1955, NL Hei 49.

4 Vgl. Schenke an Heinemann, 6.6.1954, NL Hei 48.

gung zu entfalten, sondern um Erfolg zu haben, mußte die nichtkommunistische Linke, also SPD und Gewerkschaften sowie Teile der Kirche für Aktionen zugunsten der Wiedervereinigung Deutschlands gewonnen werden. Entsprechende Maßnahmen waren für die GVP-Spitze deshalb von besonderer Dringlichkeit, weil mit dem Scheitern der EVG nicht die militärische Integration der Bundesrepublik in den Westen aufgegeben worden war. Vielmehr vergingen nicht einmal zwei Monate nach dem Scheitern der EVG bis die ›Ersatzlösung‹ bereitstand. Dagegen konnte auch eine französische Opposition nichts in ihrem Land ausrichten. Die Pariser Verträge kollidierten in der Interpretation der GVP mit dem Wiedervereinigungspostulat der Grundgesetzpräambel, und sie waren auch unvereinbar mit der Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit, wie es Molotow auf der Berliner Konferenz vorgestellt hatte.

Bestrebt, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu forcieren, überlegte sich das Präsidium der GVP am 5. November 1954, welches die weiteren politischen Schritte sein sollten. Das Präsidium dachte daran, auf einer breiten Front eine ›Gesamtdeutsche Aktion‹ gegen die Aufrüstung, das hieß unter der gegebenen Situation eine Front gegen die Pariser Verträge und für die Wiedervereinigung zustandezubringen.⁵ Nach Meinung des Präsidiums mußte das bestehende Haupthindernis für die Wiederherstellung der deutschen Einheit, nämlich der Plan, die Bundesrepublik mit einer nationalen Armee auszustatten und sie militärisch an den Westen zu binden, beseitigt werden. Deshalb polemisierte die GVP vehement gegen diesen Plan. Ihre Mittel waren aber beschränkt. Erneut dachte man an eine Petition an den Bundestag. Damit kehrte die GVP, was Tätigkeitsfeld und methodische Mittel anbelangte, zu ihrem Ausgangspunkt politischer Arbeitsformen zurück. Diesmal versprach man sich aber größeren Erfolg, weil sich nämlich eine gedeihliche Zusammenarbeit mit der SPD anzubahnen schien.

In der GVP dachte man nicht an eine Neuauflage der politischen Arbeit im Stile der NG. Alle in Betracht kommenden Organisationen, worunter vor allem den Gewerkschaften und der SPD herausragende Bedeutung zukam,⁶ sollten nicht unter dem Dach der NG zusammengefaßt werden, sondern ihren eigenständigen Charakter bewahren.⁷

Die SPD, um deren Unterstützung die NG/GVP immer gerungen hatte, war einer Zusammenarbeit mit der GVP nicht mehr abgeneigt. Erstmals am 1. November 1954 wurde der Gedanke an außerparlamentarische Aktionen in den Führungsgremien der SPD erörtert und dann seit der zweiten Dezemberwoche zum Programm der SPD erhoben.⁸ Die Intention Heinemanns ist klar und knapp einem Brief an Karl Barth zu entnehmen. Heinemann schrieb ihm: »Ich bemühe mich, eine ›Gesamtdeutsche Ak-

5 Vgl. »Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 5.11.1954 in Wuppertal«, NL Scheu 14.

6 Heinemann an Wessel, 18.11.1954: »Die Unterstützung der Aktion aus weiten Kreisen der evangelischen Gemeinde ist sicher. Dennoch kommt es entscheidend auf SPD und Gewerkschaften an, wenn die Sache Stoßkraft haben soll.«, NL Hei 48.

7 Vgl. Heinemann an Krüger, 24.12.1954, Abschrift NL We 74.

8 Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 345.

tion« in überparteilicher Zusammenfassung gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge und mit dem Ziel ernster Verhandlung, um die Wiedervereinigung Deutschlands zustandezubringen. Ich stehe dieserhalb mit Dr. Brüning⁹ und führenden SPD-Leuten in Verhandlung. Bei der SPD wird die wesentliche Frage die sein, ob der Parteichef grünes oder rotes Licht gibt. Aus der Evangelischen Kirche werden ohne weiteres zahlreiche große und kleine Namen mit dabei sein und die GVP selbstverständlich ebenfalls. Dagegen können wir nicht mit der KPD und der Gruppe Wirth-Elfes paktieren. Das würde nur abschreckend wirken.«¹⁰

Über die Vermittlung Gollwitzers war es am 16. November 1954 zu einem Gespräch Heinemanns mit den SPD-Politikern Erler, Wehner und Metzger gekommen.¹¹ Heinemann hatte ein »absolut positives Interesse an dem Plan« seiner Gesamtdeutschen Aktion bei seinen Gesprächspartnern festgestellt. Die SPD-Vertreter sicherten ihm jedenfalls zu, mit ihrem Vorsitzenden Ollenhauer die Angelegenheit positiv zu erörtern. Heinemann bat Gollwitzer um den notwendigen Nachdruck bei den SPD-Politikern. Entsprechende Erklärungen und Ermunterungen für eine Zusammenarbeit in einer Gesamtdeutschen Aktion sollten an die SPD von nicht SPD-gebundenen Kreisen herangetragen werden.¹² Heinemann meinte: »Die bisherige Befürchtung in diesen Kreisen, daß kommunistische Kräfte sich hineinspielen, muß endlich einmal überwunden werden.«¹³ Der ehemalige Reichskanzler Brüning, den Wessel im Dezember 1954 besuchte, konnte für die Gesamtdeutsche Aktion nicht gewonnen werden. Wessel meinte, er sei zu vorsichtig geworden und riskiere nicht mehr gern etwas. Es sei schon etwas Richtiges daran, wenn Sethe in der FAZ schreibe, daß Adenauer solche Gegner wie Brüning gern hätte. Wessel bedauerte das, denn sie meinte, jetzt wäre mit der Gesamtdeutschen Aktion noch einmal der Zeitpunkt für Brüning dagewesen.¹⁴ Helene Wessel, die nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag ein berufliches Betätigungsfeld bei der Gewerkschaft gefunden hatte und nicht mehr in dem Maße wie früher für die GVP tätig sein konnte, wurde von Heinemann gebeten, aus dem Gewerkschaftsbereich Personen für die Gesamtdeutsche Aktion zu gewinnen. Er selbst wandte sich auch an den DGB-Bundesvorstand, um ihn für ein »Volksplebitz« im Sinne der Gesamtdeutschen Aktion zu gewinnen.¹⁵ Die Aktionsmittel konnten seiner Meinung nach in folgendem bestehen:

9 Vgl. Heinemann an Brüning, am 15.11. abgegeben, (handschriftliche Notiz Heinemanns), NL Hei 48. Brüning hatte in einer Aufsehen erregenden Rede am 2. Juni 1954 die Bonner Außenpolitik kritisiert. Die GVP drückte die Hoffnung aus, »daß dieser Mann in einer hoffentlich nicht mehr fernen Zukunft (...) durchaus noch eine wichtige Rolle spielen kann«. Zit. n. R.F., »Was sagte Dr. Brüning?«, in: GR, 2. Jg., Nr. 28 v. 9.7.1954, S. 3. Vgl. zu Brünings Rede R. MORSEY, Kritik, 1987, S. 349 – 364.

10 Heinemann an Barth, 18.11.1954, NL Hei 48.

11 Vgl. Heinemann an Wessel, 18.11.1954, NL Hei 48.

12 Vgl. Heinemann an Gollwitzer, 18.11.1954, NL Hei 48.

13 Heinemann an Wessel, 18.11.1954, NL Hei 48.

14 Vgl. Wessel an Respondek, 4.2.1955, NL Hei II Februar 1955. Respondek hatte Wessel in einem Schreiben vom 16.12.1954 angeraten, einmal die politische Situation mit Brüning zu besprechen. NL We STO 45.

15 Heinemann an Ginhold, DGB-BuVo, 23.11.1954, NL Hei II November 1954.

»1. Durch intensive jedoch faire Propaganda in der Öffentlichkeit, den Parteien, Gewerkschaften, Verbänden, Kirchen etc. den Gedanken der deutschen Wiedervereinigung zu aktivieren.

2. Die beiden teildeutschen Regierungen sowie die vier Besatzungsmächte zu drängen, durch Verhandlungen alles zu tun, was der unverzüglichen Wiederherstellung der deutschen Einheit nützlich ist und sie ggf. in diesen Fragen zu beraten.«¹⁶

Als man in der GVP die Strategie diskutierte, wurden Überlegungen sogar dahingehend angestellt, die GVP selbst in eine überparteiliche und überkonfessionelle Volksbewegung, in die Gesamtdeutsche Aktion, zu transformieren. Am 4. November 1954 wurde ein entsprechender Antrag auf dem Berliner GVP-Landesparteitag gestellt. Durch Stimmenmehrheit wurde die Beschlußfassung darüber in Berlin zurückgestellt und auch später nicht mehr behandelt.¹⁷

Insgesamt gestaltete sich die mögliche Zusammenarbeit mit der SPD schwieriger, als man in der GVP gedacht hatte. Heinemann bedauerte es, daß unnötige Zeit verstreiche, gerade in einem Moment, in dem sich die Bonner Wiedervereinigungspolitik festgefahren hätte. Deswegen publizierte er im Dezember 1954 in der ›Stimme der Gemeinde‹ einen Artikel unter dem Titel ›Gesamtdeutsche Aktion‹. Er unterbreitete einer interessierten Öffentlichkeit erstmals sein Vorhaben. Der Artikel hatte nicht zuletzt den Zweck, die SPD unter Zugzwang zu setzen. »Wann kommt eine gesamtdeutsche Aktion zustande, die alle Kräfte einschließt, welche im Rahmen freiheitlicher Ordnung zusammengehören? Der Gewerkschaftsbund hat Stellung genommen, Studenten haben es in Heidelberg, Pfarrer taten es in Leverkusen und anderwärts, Jugendliche tun es unausgesetzt in Versammlungen und Diskussionen usw.. Es fehlt die Zusammenfassung. Es fehlt, daß die Kritiker der Adenauerschen Politik mit den bekannten Namen sich aus Parteigebundenheit herauslösen und ihrer Meinung das Gewicht der Konsequenz geben.«¹⁸ Die SPD reagierte darauf nicht, anders der BdD. Er fühlte sich offensichtlich angesprochen und bot Heinemann seine Zusammenarbeit an.¹⁹

Erst Ende Dezember 1954 gewann Heinemann den Eindruck einer positiven Haltung der SPD insgesamt zu außerparlamentarischen Aktionen.²⁰ Erlers Vorschlag an Heinemann, selbst der SPD beizutreten, beantwortete dieser mit dem Argument, daß ihm gar nichts an einer persönlichen Position liege, um so mehr aber an konsequenter Alternative zur Adenauerschen Deutschlandpolitik und an der Förderung einer sich links von der CDU vollziehenden Parteienentwicklung mit reeller Aussicht auf eine Mehrheit.²¹ D. h. in seiner Gesamtdeutschen Aktion erblickte

16 Heinemann an Brüning, (15.11.1954), NL Hei 48.

17 Vgl. Anträge, in: NL Hei II November 1954.

18 Heinemann, »Gesamtdeutsche Aktion«, in: StdG, 6. Jg., Nr. 23 v. Dezember 1954, S. 560.

19 Vgl. Weber, »Ein Ja zur ›Gesamtdeutschen Aktion‹«, Öffener Brief an Heinemann, in: DVZ v. 18.12.1954.

20 Vgl. Heinemann an Kiefer, 27.12.1954, NL Hei 48.

21 Vgl. Heinemann an Erler, 27.12.1954, NL Hei II Dezember 1954.

Heinemann nicht zuletzt auch ein Mittel zur Herausbildung einer politischen Kraft zwischen CDU und SPD. Wiederholt sprach Heinemann vom Vorbildcharakter des Verhältnisses zwischen CDU und Zentrum für SPD und GVP. Wie das Zentrum den ›Beiwagen‹ zur CDU bilde, so könne dies die GVP für die SPD sein.²²

Mitte Januar 1955 zeichnete sich schließlich die längst geplante gemeinsame Aktion ab. Erler sah erfreulicherweise eine gegenseitige Annäherung von SPD und den durch Heinemann vertretenen Kräften.²³ Was Heinemann noch wünschte, war »eine Erweiterung des Kreises der oppositionellen Wortführer und zugleich deren Zusammenrücken zu gemeinsamem Handeln.«²⁴ Vor allem wollte er den Kreis um prominente Linkskatholiken ergänzt wissen. Heinemann dachte dabei an Reinhold Schneider und nicht an Walter Dirks, den anscheinend die SPD im Auge hatte und der nach Meinung Heinemanns allein nicht ausreichte.²⁵

Als der Name des Zentrumsvorsitzenden Brockmann im Gespräch war, plädierte Heinemann für einen prominenteren Katholiken, »der mehr als nur die provinzielle Bedeutung des Herrn Brockmann aufweist.«²⁶ Heinemann meinte, mit Brockmann allein könne man nicht das Zusammenrücken der bislang getrennten politischen Gruppen zu einer Gemeinschaft forcieren. Aus parteiübergreifenden Gründen beanspruchte Heinemann als GVP-Präsidiumsmitglied neben Brockmann gleichfalls das Rederecht für sich: »Wir haben nun 4 1/2 Jahre lang eine Vorarbeit geleistet, die in ihren Thesen und Methoden heute weithin von anderen übernommen wird. Darüber kann ich mich nur neidlos freuen. Die Frage aber für unsere GVP-Freunde im ganzen Lande und für die Öffentlichkeit ist die, ob man nun die GVP in die auf die Zukunft weisende Gemeinschaft des politischen Handelns so einbezieht, daß daraus wirklich das Gefühl eines neuen Ansatzes entsteht.« Auch hier zeigt sich, daß Heinemann mehr im Sinn hatte als eine bloße Aktion gegen die Deutschlandpolitik der Regierung. Er verlangte, auf »eine neue Konstellation zuzugehen! Nicht der GVP muß geholfen werden, sondern einer mehrheitsfähigen Linken bis hinein in die FDP, den BHE und die CDU! Das ist die weitere Aufgabe in dem, was jetzt unternommen wird.«²⁷

Unterstützung bekam Heinemann aus Kreisen der GVP. Ihr Deutschlandausschußmitglied Herbert Mochalski hatte sich nachdrücklich für Heinemann bei Erler verwandt: »Wenn es der SPD wirklich um eine Volksbewegung geht, sollte sie sich darüber im klaren sein, daß weite Teile der evangelischen Christenheit und darüber hinaus auch anderer Bevölkerungskreise sich an dieser Volksbewegung nicht beteiligen können und werden, weil sie durch den Ausschluß Heinemanns sich in ihr nicht

22 Auskunft G. Hertel, 28.1.1987. Vgl. auch Heinemann an Gollwitzer, 18.1.1955, NL Hei 49.

23 Vgl. Erler an Hertel, 18.1.1955, Archiv Hertel.

24 Heinemann an Gollwitzer, 18.1.1955, NL Hei 49.

25 Vgl. Heinemann an Erler, 27.12.1954, NL Hei II Dezember 1954.

26 Heinemann an Gollwitzer, 18.1.1955, NL Hei 49.

27 Ebd..

vertreten sehen.«²⁸ Diese Unstimmigkeiten konnten bereinigt werden. Heinemann wurde als Redner vorgesehen.

Am 29. Januar 1955 kam schließlich die Kundgebung der Gesamtdeutschen Aktion in der Paulskirche in Frankfurt zustande. Die Veranstaltung stand unter dem Motto ›Rettet Einheit, Friede und Freiheit. Gegen Kommunismus und Nationalismus‹. Der symbolträchtige Veranstaltungsort gab dann der ganzen Aktion seinen Namen. Man sprach nur noch von der Paulskirchenaktion oder der Paulskirchenbewegung.²⁹ Auch für Heinemann war der Ort der Auftaktveranstaltung der Gesamtdeutschen Aktion nicht von ungefähr die Paulskirche in Frankfurt. Sie war ihm ›ein Symbol im Widerstreit von Volkswille und Obrigkeit‹. Die nationale Bewegung von 1848 war für Heinemann eine Volksbewegung, die sich gegen die ›Throne‹, die Obrigkeit durchzusetzen hatte.

Jetzt erblickte Heinemann den Volkswillen in der Haltung gegen die Wiederaufrüstung. ›Dieser Widerstreit durchzieht die Auseinandersetzung über die deutsche Aufrüstung von Anfang an.«³⁰ Daß das Staatsvolk aber im September 1953 den Kurs Adenauers legitimiert hatte, übergang Heinemann im Januar 1955.

In diesem vermeintlichen Widerstreit schlugen sich, anders als 1951 oder 1953, die Gewerkschaften und die SPD auf die Seite der prinzipiellen Kritiker einer militärischen Aufrüstung, zu denen die GVP zu zählen war. Zumindest bei den Gewerkschaften war es nicht unstrittig. Deren Vorsitzender Walter Freitag gab im privaten Gespräch gegenüber Repräsentanten des American Federation of Labor unumwunden zu, daß die SPD-Politik in der NATO-Frage selbstmörderisch für die deutsche Arbeiterbewegung und das Land insgesamt sei und daß er diese Auffassung auch Adenauer mitgeteilt habe.³¹ Sein DGB-Stellvertreter, Georg Reuter, hob ausdrücklich in seiner Rede am 29.1.1955 in der Paulskirche hervor, als Beauftragter und Sprecher für Millionen von Staatsbürgern in Frankfurt zu sein, d. h. er beanspruchte für sich nicht, namens des DGB zu sprechen.³² Der Schwerpunkt der Argumentation lag bei den ›Gewerkschaftsvertretern‹ in der Paulskirchenbewegung auf den die Wirtschafts- und Sozialpolitik belastenden Folgen einer Wiederbewaffnung, während SPD und GVP vor allem auf die die Wiedervereinigung behindernde Tendenz der Pariser Verträge abhoben. Trotz der verschiedenen Redner in Frankfurt – es sprachen der SPD-Vorsitzende Ollenhauer, Georg Reuter, verschiedene Universitätsprofessoren, ein katholischer Moraltheologe, ein reformierter Protestant, der Niemöller-Schüler Pastor Ernst Lange und Heinemann – wurde im öffentlichen Erscheinungsbild die Paulskirchenbewegung vor-

28 Mochalski an Erler, 20.1.1955, NL Hei II Januar 1955. Vgl. auch Mochalski an Gollwitzer, 20.1.1955, NL Hei II Januar 1955.

29 Vgl. zur Paulskirchenbewegung: D. KOCH, Heinemann, 1972, S. 455ff. H. K. RUPP, 1970, S. 49ff. F. KRAUSE, 1971, S. 180ff.

30 Heinemann, zit. n. Broschüre: ›Rettet Einheit, Freiheit, Frieden! Gegen Kommunismus und Nationalismus‹, Frankfurt o.J., S.9.

31 Freitag, zit. n. W. LINK, Gewerkschaften, 1980, S. 91.

32 Vgl. Reuter, in: ›Rettet Einheit, Freiheit, Frieden! Gegen Kommunismus und Nationalismus!‹, Frankfurt, o. J., S. 4.

nehmlich der SPD und den Gewerkschaften zugerechnet. Noch heute hält sich diese Meinung bis hinein in die wissenschaftliche Literatur.³³ Dabei wird übersehen, daß nicht zuletzt die GVP diese »vorparlamentarische überparteiliche Initiative«³⁴ gewollt und Heinemann sie maßgeblich initiiert hatte. Unabhängiges Bürgertum, das zum neutralistischen Lager tendierte, Sozialdemokratie und Protestantismus gingen zum ersten Mal ein Bündnis ein.³⁵

Die GVP sah die »Durchschlagkraft und sachliche Unbesiegbarkeit jener Argumente, denen die GVP seit Jahren Gehör zu verschaffen versucht«, erstmals voll wirksam werden.³⁶

Parallel zur Paulskirchenbewegung verliefen auch Bemühungen seitens bürgerlich-liberaler und national-neutralistischer Kreise um Aktionen gegen die Pariser Verträge. Einer ihrer Initiatoren war Wolf Schenke, der sich schon Mitte 1954 um Heinemann und seine Gesinnungsgenossen bemüht hatte. Es entwickelte sich ein »Arbeitskreis«,³⁷ der vor der entscheidenden Bundestagsdebatte am 26. Februar einen Aufruf publizierte, in dem vor den negativen Folgen einer Vertragsratifizierung für die Wiedervereinigung und die Sicherheit gewarnt wurde. Tunlichst vermied der Aufruf den zum Teil als mißverständlich angesehenen Kampfbegriff der Neutralität. Eine gleichfalls angesetzte Pressekonferenz dieses Arbeitskreises, auf der auch Heinemann erscheinen sollte, wurde kurzfristig abgesagt, weil Reinhold Maier eine Reise in die USA antrat.³⁸ Diesem »bürgerlichen Aktionskreis« blieb allerdings im Gegensatz zur Paulskirchenbewegung die gewünschte Breitenwirkung völlig versagt.

Heinemann tat sich schwer mit diesen nationalen Kreisen. Die Grundlage seines politischen Handelns war eben doch von der der National-neutralisten unterschieden, wie er dies Anfang 1956 Hermann Rauschning wissen ließ: »Was zwischen Ihnen und mir differierte, war das Bild von der moralischen Erneuerung. Ich kann es für meinen Teil nicht mit dem Begriff eines irgendwie gearteten Nationalen umschreiben und hatte es darum bei aller Bereitwilligkeit immer wieder schwer, ganz und gar die Brücke zu den Männern zu finden, mit denen wir im letzten Jahr zusammengewesen sind. Meine Grundlage für die Bemühung auch und nicht zuletzt um die moralische Substanz unseres Volkes ist die Stuttgarter Erklärung des Rates

33 So noch K. A. OTTO, 1981, S. 85ff.

34 »Gebot der Stunde: Vorparlamentarische Aktion«, Erklärung (GVP-Präsidium und LaVo NRW), in: GR, 3. Jg., Nr. 1/2 v. 7.1.1955, S. 1. Im folgenden: »Gebot der Stunde«.

35 Vgl. H. K. RUPP, 1970, S. 59 und E. RICHERT, 1969, S. 70.

36 »Gebot der Stunde«, S. 1.

37 Vgl. R. DOHSE, 1974, S. 94–96. Vgl. auch Schenke an Heinemann, 6.6.1954, NL Hei 48. Diesem lockeren Arbeitskreis gehörten zeitweilig oder dauernd an: Fritz Erler, Gustav Heinemann, Botschafter a. D. Werner O. v. Hentig, die Industriellen Heinrich Krumm und Richard Freudenberg, Reinhold Maier, der ehemalige Senatspräsident von Danzig Hermann Rauschning, Generaloberst a. D. Kurt Student, der FDP-Politiker Wolfgang Stamberger, Wolf Schenke, Karl Graf von Westphalen, u. a.. Heinemanns NL enthält handschriftl. Gesprächsaufzeichnungen eines Treffens dieses Arbeitskreises am 10.2.1955. Siehe NL Hei 382. Die Teilnehmer dachten nicht daran, wie in der Öffentlichkeit zum Teil vermutet wurde, eine sozialliberale/nationalliberale Partei zu gründen. Vgl. Hamburger Brief, Nr. 36 v. 5.2.1955.

38 Vgl. R. DOHSE, 1974, S.96f. Vgl. Heinemann an Kiefer, 18.2.1955, NL Hei 59.

der Evangel. Kirche in Deutschland vom Oktober 1945 oder allgemeiner gesagt die Bekennende Kirche (...).«³⁹ Gleichwohl wollte Heinemann Rauschning, der im Begriff war, politisch zu resignieren und in die USA auszureisen, nicht als anregenden, diskutierenden Gesprächspartner verlieren, vergeblich, Rauschning kehrte der politischen Bühne in Deutschland den Rücken.⁴⁰

Die Paulskirchenbewegung verabschiedete am 29. Januar 1955 ein sog. ›Deutsches Manifest‹. Es zeigt in gewisser Weise die Annäherung der SPD an die Argumente der GVP. Das Argument, daß die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der sowjetischen Besatzungszone die Wiedervereinigungschancen auf unabsehbare Zeit zunichte machen würde, konnte sich die SPD uneingeschränkt zu eigen machen. Die Behauptung, die Ost-West-Spannungen würden sich gegebenenfalls verschärfen, paßte ebenfalls ins Argumentationsrepertoire der SPD.

Der Hinweis, die Wiederbewaffnung »würde die Gewissensnot großer Teile unseres Volkes unerträglich steigern, das furchtbare Schicksal, daß sich die Geschwister einer Familie in verschiedenen Armeen mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen, würde Wirklichkeit werden«,⁴¹ war aber nicht SPD-spezifisch. Dieses Argument zeugte vom Einfluß derer, die sich wie die GVP auf christlich-ethisches Gedankengut stützten. Diese emotionale Zuspitzung schloß jedweden Kompromiß in der Frage der Wiederbewaffnung aus. Eine derartige Feststellung konnte nicht eine verständnisvollere Haltung gegenüber den Pariser Verträgen aufkommen lassen. Noack spricht dezidiert von zwei Kategorien, in denen sich die Redner der ›Paulskirchenversammlung‹ unterbringen lassen: »Weber und Ollenhauer appellierten vor allem an die politische Ratio, Hessen, Lange und Heinemann an das christliche Gewissen.«⁴²

Das ›Deutsche Manifest‹ – ein Titel, der nicht von Heinemann stammte und den er auch nicht für glücklich hielt, da er suggerierte, allein seine Unterzeichner beanspruchten für sich Vertreter deutscher Interessen zu sein,⁴³ – brachte nichts aufregend Neues. Wie das Manifest überhaupt knapp und dürftig war. Es warnte vor einer militärischen Blockbildung und forderte eine Verständigung über eine Viermächtekonferenz zur Wiedervereinigung. Wie die Bedingungen zu gestalten waren, die sowohl Deutschland als auch dessen Nachbarstaaten zufriedenstellen konnten, darüber schweigt sich das Manifest wohlweislich aus. Eine Klärung dieser Fragen hätte unweigerlich zu dem Problem führen müssen, wie sich die SPD im einzelnen zum Neutralitätspostulat stellte. Die GVP hätte damit keine Probleme, die SPD sehr wohl welche gehabt.

Die Wiederaufrüstungsgegner in SPD und Gewerkschaften waren keineswegs unangefochten. Gerade in den Gewerkschaften gelang es,

39 Heinemann an Rauschning, 7.1.1956, NL Hei 53.

40 Vgl. Rauschning an Heinemann, 14.1.1956, NL Hei 53.

41 »Deutsches Manifest«, in: Rettet Einheit, Freiheit, Frieden! Gegen Kommunismus und Nationalismus!, Broschüre, Frankfurt o. J., S. 13.

42 P. NOACK, 1977, S. 149.

43 Vgl. Heinemann an Dietze, 25.2.1955, NL Hei 49.

durch Aktivitäten der AFL ein günstiges Meinungsklima für eine aufgeschlossene Haltung zu den Pariser Verträgen zu entwickeln und als Gegengewicht zum Einfluß der Wiederaufrüstungsgegner in DGB und SPD zu wirken.⁴⁴

Die SPD hatte sich erstmals mit der Paulskirchenbewegung auf ein plebiszitäres Manöver, wenn auch halbherzig,⁴⁵ eingelassen und zum Teil mit Unbehagen, auch was die Kooperationspartner betraf.⁴⁶ Die SPD verstieß im Grunde genommen gegen die von ihr im Grundgesetz mitbeschlossenen antiplebiszitären Elemente. Entgegen der politischen Auffassung der GVP war die SPD immer gegen Volksentscheide und Volksbefragungen in der Wiederbewaffnungsfrage eingetreten, nun führte sie selbst solche »plebiszitären Befragungen« durch.⁴⁷ Die Einschätzung Pirker's, die Paulskirchenbewegung hätte für die SPD nur den einen Zweck gehabt, »den zunehmenden Radikalismus unter den aktiven Parteigenossen und Gewerkschaften in legitime Bahnen zu lenken« und »ein Ventil für den Druck in Partei und Gewerkschaft und nicht mehr« zu sein,⁴⁸ hat einiges für sich. Dennoch darf man nicht übersehen, daß die SPD auch versuchte, ihre nahezu aussichtslose parlamentarische Stellung auszugleichen. Der Rückgriff auf außerparlamentarische Ausdrucksformen beinhaltete dann aber die Gefahr in sich, daß diese Aktionen auch als Stellungnahme gegen die parlamentarische Demokratie interpretiert werden konnten. Schließlich hatte die Bundestagswahl eine Legitimation der »Adenauer-Politik« gebracht.

Entgegen den Erwartungen in der GVP⁴⁹ entwickelte sich die Arbeit der Paulskirchenbewegung nicht so wie erhofft. Das hatte einmal seinen pragmatischen Grund darin, daß der Paulskirchenkreis für die künftige öffentliche Arbeit keine Festlegung traf.⁵⁰ Doch auch die von der GVP so emphatisch begrüßte Zusammenarbeit mit der SPD klappte nicht so wie gewünscht. Heinemann wollte die Versammlung in der Paulskirche nicht als einmaligen Akt verstanden wissen, nicht nur wegen der Abwehr der Bonner Außenpolitik, sondern auch im Hinblick auf »weitere innenpolitische Entwicklungen«.⁵¹ Beim SPD-Vorstand monierte Heinemann, nicht den Frankfurter Ansatz örtlich zu verderben.⁵² Eine weitergreifende

44 Vgl. W. LINK, *Gewerkschaften*, 1978, S. 95. Zur Rolle des DGB-Vorsitzenden Walter Freitag und seiner Klientel im Bundesvorstand, die nicht den harten Kurs der gewerkschaftlichen Wiederbewaffnungsgegner teilten. Vgl. »Wohin steuert der Deutsche Gewerkschaftsbund?«, in: GR, 4. Jg., Nr. 43 v. 19.10.1956, S. 4. Der anonyme Artikel stammt von einem wohlinformierten gewerkschaftlichen Insider.

45 So H. P. SCHWARZ, *Ära Adenauer*, 1981, S. 260.

46 Vgl. Interview von Wehner mit Gaus, in: G. GAUS, 1966, S. 26.

47 Vgl. z. B. »Nun erst recht! Dokumente des Widerstandes aus Baden-Württemberg«, Heidelberg (1955), S. 13.

48 Th. PIRKER, 1977, S. 205. Rupp stellt die These von Pirker in Frage, wenn er meint, »daß zunächst herausgefunden werden müßte, wie stark der Druck von unten tatsächlich war.« H. K. RUPP, 1970, S. 51, FN 205.

49 Vgl. beispielhaft Schreiber an Wessel, 2.3.1955, NL We 120.

50 Vgl. GVP-Präsidium, »Rundschreiben«, 4.2.1955, NL Hei 50.

51 Heinemann an Albertz, 4.2.1955, NL Hei II Februar 1955.

52 Heinemann an SPD-PV, 1.2.1955, NL Hei 49.

Zusammenarbeit zwischen SPD und GVP sah Heinemann in einem Wahlbündnis zwischen beiden Parteien in der 1955 anstehenden Landtagswahl in Niedersachsen. Heinemanns Idee war, diejenigen Wähler zu erreichen, die die SPD nicht direkt wählen wollten, aber in etwa deren außenpolitischen Kurs billigten. Die GVP-Wähler sollten ins Stimmenpaket der SPD eingebracht werden. Wegen »gewisser Schwierigkeiten«, wie es Mellies von der SPD formulierte, gelang es dem niedersächsischen SPD-Minister Albertz nicht, seine Partei diesbezüglich zu einem Gespräch mit der GVP zusammenzuführen.⁵³

Ähnlich problematisch gestaltete sich z. T. die Arbeit in der Paulskirchenbewegung. Der Landesvorsitzende der hessischen GVP meinte sogar, man habe Heinemann nur zum Aushängeschild benutzt, ohne daß die SPD bis auf wenige Großkundgebungen an einer Zusammenarbeit wirklich gelegen sei.⁵⁴

Die Vorbehalte, die man trotz der gemeinsamen Großveranstaltung in Frankfurt seitens der SPD gegenüber Teilen der GVP hegte, zeigten sich beispielsweise darin, daß der SPD-Vorsitzende Ollenhauer ein gemeinsames Auftreten mit dem GVP-Präsidiumsmitglied Wessel schlichtweg ablehnte.⁵⁵ In Berlin traten sogar offene Differenzen in der SPD über Aktionen mit der GVP im Sinne des Deutschen Manifestes auf. Die Führung der Berliner SPD, in der ein erbitterter Machtkampf seit Anfang der fünfziger Jahre zwischen Willy Brandt und dem Vorsitzenden der Berliner SPD, Franz Neumann, herrschte,⁵⁶ stand in schweren Auseinandersetzungen mit gewerkschaftlich orientierten Parteikreisen sowie mit den Jungsozialisten bzw. den »Falken«. Die SPD-Spitze rückte von Berliner Aktionen gegen die Pariser Verträge im Sinne der Paulskirchenbewegung ab.⁵⁷

Dennoch kam es anderen Orts zu regionalen Paulskirchen-Komitees, beispielsweise in Freiburg und Hamburg.⁵⁸ Dort, wo die GVP lokale Hochburgen hatte, wie etwa in Freudenstadt, dominierte die GVP sogar die Paulskirchenbewegung. Sie war es, die entsprechende Aktionen mit SPD-Spitzenfunktionären, z. B. Fritz Erler, organisierte, und sie war der eigentliche Motor der außerparlamentarischen Paulskirchenbewegung. Trotz der Versammlungswelle, die die GVP in örtlicher Zusammenarbeit mit SPD und Gewerkschaften organisierte, blieb die erhoffte Volksbewegung aus.⁵⁹

53 Mellies an Heinemann, 8.3.1955, NL Hei 50.

54 Vgl. Köckritz an Wessel, 23.2.1955, NL We 121.

55 Vgl. Mellies an Heinemann, 8.2.1955, NL Hei 49.

56 Siehe hierzu A. ASHKENASI, 1968, S. 82-84, S. 91ff, S. 97-103.

57 Vgl. Krüger, »Zur Information und Auswertung zu eigenen Kommentaren«, 17.2.1955, NL Hei II Februar 1955.

58 Vgl. »Echo der Paulskirchenbewegung«, in: GR, 3. Jg., Nr. 9/10 v. 4.3.1955, S. 5 und GR, 3. Jg., Nr. 13 v. 25.3.1955, S. 5.

59 Heinemann sprach unter anderem am 12.2.1955 mit Wehner auf einer Kundgebung des DGB in Augsburg, am 13.2.1955 in Bonn mit dem Theologen Iwand und dem SPD-Politiker Heinrich Albertz, am 16.2.1955 auf einer Gewerkschaftsveranstaltung in Offenbach. Ollenhauer hielt Veranstaltungen am 6.2. in Dortmund, am 13.2. in Essen allein auf SPD-Grundlage. Wessel hielt u. a. Versammlungen am 17.2. in Nürnberg, 18.2. in Düsseldorf, 19.2. in Hamburg, 23.2. in

Fast schlagartig mit der Ratifikation der Pariser Verträge im Bundestag brach die Paulskirchenbewegung in sich zusammen. Das »Echo der Paulskirche«⁶⁰ verhallte bald. Nur wenige Male kam es wie am 10. März in Essen noch zu einer gemeinsamen Kundgebung von SPD und GVP. »Die Aktionen (sind) momentan wieder am Sinken«, beschrieb ein GVP-Funktionär die allgemeine Situation.⁶¹ In der westdeutschen Bevölkerung hatte sich seit 1950 ein Meinungsumschwung vollzogen. Die ursprüngliche strikte Ablehnung wich der Tolerierung und schließlich der wachsenden Zustimmung zum Regierungskurs.⁶² In der GVP registrierte man diesen Umschwung nicht, dort war man immer noch der Meinung, die Mehrheit des Volkes stünde nicht hinter der Politik Adenauers.⁶³

Ende Februar 1955 ratifizierte der Bundestag die Pariser Verträge. Das Pro und Contra zur Wiederbewaffnung war längst ausdiskutiert, neue Gesichtspunkte und Argumente fehlten. Der Mehrheitsblock im Parlament und in der Wahlbevölkerung teilte die gängigen Argumente, wie sie zugunsten der Wiederbewaffnung seit 1950 angeführt wurden. Theodor Blank, der »Beauftragte des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen«, also schlichtweg der designierte Bundesverteidigungsminister, hatte auf Anfragen Heinemanns am 10.1.1955 diese Argumente noch einmal kompakt aufgelistet: Die deutschen Streitkräfte garantierten demzufolge eine Verstärkung der NATO und eine erfolgreiche Abwehr eines sowjetischen Angriffes weit ostwärts des Rheins. In der WEU und der NATO sah Blank einen Schutz vor aggressiven Akten der Sowjetunion. Seiner Interpretation nach würde die Beteiligung der Bundesrepublik an einer westeuropäischen Verteidigung die bestehenden Spannungen vermindern. Diese Wiedervereinigung sah er nicht behindert, weil ein Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik:

- »1. Sowjetrußland, den entscheidenden Gesprächspartner der Westmächte nach den Erfahrungen der sowjetischen Geschichte für Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands eher geneigter machen als davon absehen lassen wird;
- 2. die einzig annehmbare Form der Wiedervereinigung, nämlich in Frieden und gesicherter Freiheit, ermöglicht;
- 3. die Bevölkerung in der Sowjetzone in ihrer Haltung bestärken und eine allmähliche hoffnungslose Apathie verhindern wird.«⁶⁴

Diesen dominierenden Meinungsblock vermochte die Paulskirchenbewegung weder im Parlament noch in der Öffentlichkeit aufzubrechen.

Heinemann sah nur dann die Chance eines neuen Ansatzes für eine Wiedervereinigung, wenn die Verträge nicht ratifiziert würden: »Nur dann

Wermelskirchen, am 25.2. in Augsburg, 26.2. in Fürth, zumeist waren es Gewerkschaftskundgebungen. Zu den Veranstaltungen im nordrhein-westfälischen Raum siehe »Millionen sagen: »Jetzt kein Militär«, in: NRZ v. 21.1.1955.

60 So hieß eine Rubrik in der GR. Sie erschien erstmals am 18.2.1955 und das letzte Mal am 25.3.1955.

61 Bay an Hertel, 17.5.1955, Archiv Hertel.

62 Siehe Jacobsen, Zur Rolle der öffentlichen Meinung, S. 67.

63 Siehe Wessel an Hamon, 5.3.1955, NL We STO 47.

64 Blank an Heinemann, 10.1.1955, NL Hei II Januar 1955.

entsteht eine Möglichkeit, unser Volk aus der Verfestigung seiner Spaltung durch dreigeteilte Aufrüstung (Saargebiet, Bundesrepublik und DDR) herauszusteuern und den Weg zu einer gesamteuropäischen Lösung außerhalb der beiden Machtblöcke aufzuschließen.«⁶⁵ Die Ratifikation der Pariser Verträge war aber nicht mehr aufzuhalten gewesen. Resigniert schrieb Wessel über die Paulskirchenaktion: »Das alles hat aber nichts genutzt.«⁶⁶

Die Bundesregierung konnte auf die Bundestagswahl vom 6. September 1953 verweisen, die ihrer Politik eine Legitimation erteilt hatte.⁶⁷ Die Ratifikationsdebatte und die Entscheidung für die Pariser Verträge im Bundestag bereitete der SPD, dem parlamentarischen Kooperationspartner der GVP, eine vernichtende parlamentarisch-politische Niederlage. Allein in der Frage des Saarvertrages fand die SPD Bundesgenossen bei FDP und BHE, trotzdem brachte dieses Bündnis den Saarvertrag nicht zu Fall.⁶⁸ Die von der GVP initiierte und im Öffentlichkeitsbild von der SPD dominierte ›Volksbewegung‹ der Paulskirchenaktion wurde von der Bundestagsmehrheit vollständig ignoriert. Der SPD hatte die Instrumentalisierung außerparlamentarischer Oppositionspolitik für den parlamentarischen Entscheidungsprozeß nichts eingebracht. Die plebiszitären Manöver hatten der SPD eher geschadet, denn genutzt. Die Niederlage führte die SPD wieder auf das parlamentarische Aktionsfeld zurück.

Die Einschätzung Ollenhauers, das Deutsche Manifest hätte wesentlich dazu beigetragen, das Gewissen der deutschen Öffentlichkeit wachzurütteln, ging an der Wirklichkeit vorbei. Es bestand keine begründete Vermutung, wie Ollenhauer sie anstellte, auf einen Erfolg der für Deutschland zu bedeutsamen Sache zu hoffen.⁶⁹

Hoffnungsvoll und gespannt blickte man nach Paris, vergeblich!⁷⁰ Das von der GVP heraufbeschworene »Menetekel aus Paris«⁷¹ blieb aus. Der französische Rat der Republik ratifizierte am 27.3.1955 die Verträge. Die wieder einmal auf Frankreich gesetzten Hoffnungen⁷² wurden enttäuscht.

Mit dem faktischen Ende der Paulskirchenbewegung hatte die GVP erneut ein Aktionsfeld verloren. Daß die Paulskirchenbewegung nicht den gewünschten Erfolg hatte, lag jedenfalls nach Meinung der GVP nicht an ihr.⁷³

Anläßlich der Genfer Konferenz im Juli 1955 ergriff der Paulskirchenkreis noch einmal das Wort mit einer Erklärung, dem sog. ›Deutschen Programm‹: Zum wiederholten Male wurde an die vier früheren Besatzungsmächte appelliert, »eben nicht die deutschen Teilstaaten oder

65 Heinemann, »Der Ausweg«, Manuskript, (Anfang 1955), S. 3, NL Hei 141.

66 Wessel an Hamon, 5.3.1955, NL We STO 47.

67 Erklärung des Bundeskabinetts, in: K. ADENAUER, *Erinnerungen*, 1966, S. 421f.

68 Siehe hierzu, v. a. zur Haltung der FDP, F. KLINGL, 1985, S. 297 – 303.

69 Vgl. Ollenhauer an Wessel, 30.3.1955, NL We STO 47.

70 Vgl. Wessel an Walz (Paris), 5.3.1955, NL We STO 47.

71 Vgl. »Menetekel aus Paris«, in: GR, 3. Jg., Nr. 11./12 v. 18.3. 1955, S. 2.

72 So Wessel an Hamon, 5.3.1955, NL We STO 47.

73 So (Posser?), »Entwicklung der Gesamtdeutschen Volkspartei«, Manuskript, S. 6, NL Hei II Oktober/Dezember 1955.

ganz Deutschland jeweils in das Militärsystem des Ostens oder des Westens eingliedern zu wollen«. Von der Bundesregierung forderte man, »jede sich bietende Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit durch eigene Vorschläge zu nutzen.«⁷⁴

Mit dieser »Aktion« hatte die Paulskirchenbewegung dann definitiv ihr Ende gefunden. Reaktivierungsversuche, wie sie Heinemann Anfang 1956 einleiten wollte, scheiterten zunächst am zögerlichen Verhalten der SPD.⁷⁵ Schließlich kam es zu einer definitiven Absage der SPD. Der Parteivorstand vertrat die Ansicht, »daß gegenwärtig die Dinge zu sehr in Fluß seien. Eine neue Aktion müsse ja auch unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß man schnell einen starken Widerhall in der Bevölkerung fände. In diesem Augenblick besteht dazu nach unserer Auffassung keine Möglichkeit«. Den Kontakt zu Heinemann wollte die SPD aber nicht abreißen lassen.⁷⁶ Die von der GVP ausgegebene trotzige Parole, »der Kampf der Opposition um Wiedervereinigung und gegen Wiederbewaffnung geht weiter«, war deshalb eine trügerische Illusion.⁷⁷

Allein in der evangelischen Kirche wurden die Auseinandersetzungen um die Pariser Verträge fortgesetzt. Sie führten schließlich zum Verlust des Amtes des Präses für Heinemann.⁷⁸

Wie sollte und konnte man jetzt noch auf eine Wiedervereinigung hoffen? Die GVP sah allein in einer Viererkonferenz eine Chance. Diese hielt Heinemann allerdings nur dann für sinnvoll, wenn die Bereitschaft bei allen vorhanden sei, Deutschland außerhalb einseitiger Blockbindungen wieder zu vereinen.⁷⁹ Hatte aber nicht die Berliner Konferenz die Unmöglichkeit dieser Vorstellung gezeigt? Ja, Heinemann räumte sogar selbst Anfang 1955 ein: »Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die Sowjetunion kein Interesse mehr daran hat, eine westdeutsche Aufrüstung durch Konzessionen abzuwenden (...) Außerdem sind ja die Westmächte auch heute noch fest entschlossen, uns nicht aus ihrer Inanspruchnahme für ihre Aufrüstung gegen die Sowjetunion zu entlassen, und Dr. Adenauer, der sich wohl zur Anerkennung auch eines sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses durchrang, hält ihnen weiterhin die Stange.«⁸⁰ Anlässlich einer Gedenkrede zum 17. Juni bedauerte Heinemann, »daß die deutsche Wiedervereinigung weder nach dem politischen Programm des Westens noch nach der Haltung des Ostens mit der Vordringlichkeit auf die Rangliste der internationalen Verhandlungen gestellt wird.«⁸¹ Dennoch gaben er und

74 »Die Paulskirche ruft zur Wiedervereinigung in Freiheit«, in: GR, 3. Jg., Nr. 30/31 v. 22.7.1955, S. 7. Die Idee und das Manifest stammten aus SPD-Kreisen. Vgl. Heinemann an Mellies, 27.6.1955, NL Hei 51.

75 Vgl. Ollenhauer an Heinemann, 23.1.1956, NL Hei 53.

76 Mellies an Heinemann, 14.3.1956, NL Hei 53.

77 Hilberath, »Politik mit dem Popanz«, in: GR, 3. Jg., Nr. 9/10 v. 4.3.1955, S. 1.

78 Zum Hintergrund der Präses-Wahl auf der Synode von Espelkamp vom März 1955 vgl. D. KOCH, Heinemann, 1972, S. 448ff. Zur Diskussion der Pariser Verträge in der EKD vgl. J. VOGEL, 1978, S. 197 – 206.

79 Vgl. Heinemann, »Nach der Redeschlacht«, in: GR, 3. Jg., Nr. 9/10 v. 4.3.1955, S. 1. Siehe auch ders., »Zur Bundestagsdebatte«, in: StDG, 7. Jg., Nr. 5 v. 1.3.1955, S. 114f.

80 Heinemann, »Der Ausweg«, Manuskript, (Anfang 1955), S. 2f, NL Hei 141.

81 Heinemann, »Gedenkrede gehalten am 17.6.1955 im Stadttheater zu Dortmund«, Manuskript, S. 2, NL Hei 141.

seine Mitstreiter nicht auf, nach Möglichkeiten einer deutschen Wiedervereinigung zu suchen. Nach wie vor war für die Gesamtdeutschen die nationale Selbstbestimmung ein Wert an sich und gleichzeitig überlebensnotwendig, weil sie die europäische Sicherheit verstärkt gewährleisten sollte.⁸² Sie konnten und wollten nicht einsehen, wie sehr sich Entspannungstendenzen auch mit dem Status quo vereinbaren ließen.

5. Gesamtdeutsche Lösungsvorschläge und politische Einflußnahmeversuche im Zeichen der Genfer Gipfelkonferenz im Juli 1955

Wie sehr sich die politische Koexistenz, die politische Entspannung mit der Festschreibung des Status quo vereinbaren ließ, zeigte sich im Juli 1955 in Genf, als die Regierungschefs von Frankreich, Großbritannien, USA und UdSSR erstmals seit 1945 tagten.¹ Die GVP hoffte, daß es neben den vielfältigen Problembereichen der Abrüstung und Atomkontrolle, des europäischen und asiatischen Sicherheitssystems u. a. auch »um die Wiederherstellung der Einheit unseres Volkes« gehe.² Für die GVP war diese Konferenz der Anlaß, erneut einen Vorstoß zu unternehmen, um der gesamtdeutschen Lösung einen Weg zu bereiten. Es sollte die letzte, wenn auch die spektakulärste Aktion der GVP werden. Anfang Juli 1955 hatte der Bundesparteitag der GVP auf Antrag Herbert Mochalskis bereits den Bundesvorstand beauftragt, durch persönliche Vorsprachen den Vertretern der in Genf beteiligten Mächte den Standpunkt der GVP darzulegen und ihnen Anregungen im Sinne einer gesamtdeutschen Lösung zu geben.³

Die Chancen hierfür beurteilte man in der GVP insgesamt eher positiv. Wenige Wochen zuvor hatten nämlich die Sowjets in Österreich den Weg zum Abschluß eines Staatsvertrages frei gemacht. Dieser am 15. Mai 1955 unterzeichnete Staatsvertrag legte den Abzug aller Besatzungstruppen aus Österreich fest und fixierte im sog. Moskauer Memorandum die permanente Neutralität Österreichs nach Schweizer Muster.⁴ Das ermutigte die GVP, ihre März-Initiative des Jahres 1953 erneut aufzugreifen und als möglichen Schritt zur Wiedervereinigung vorzuschlagen.⁵ Für die GVP hatte sich »der Probefall Österreich« ereignet und trotz aller Unterschiede zwischen den Ländern Bundesrepublik Deutschland und Österreich seine

82 Vgl. Wessel, »Die deutsche Aufgabe in Europa«, in: GR, 3. Jg., Nr. 9/10 v. 4.3.1955, S. 2.

1 Vgl. zur Einschätzung und Bewertung des Genfer Gipfels W. CORNIDES, 1958, S. 837 – 855.

2 G. HEINEMANN, »Was erwarten wir von der Genfer Konferenz?«, (Juli 1955), in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 93.

3 »Protokoll zum BPT der GVP vom 1. – 3. Juli 1955 in Recklinghausen«, S. 5 und S. 10, NL Hei 382/NL Scheu 58. Im folgenden: »BPT-Protokoll 1955«. Der Delegation sollten angehören: Heinemann, Heinz Krämer, Mochalski, Scheu.

4 Zum Moskauer Memorandum vgl. F. ERMACORA, 1975, S. 42 – 46. Zum Zustandekommen und zur Interpretation der österreichischen Neutralität vgl. H.v. SIEGLER, Österreich, 1967, S. 3. – 39. Vgl. zur Entwicklung nach 1945 auch G. S., 1985, S. 98 – 111.

5 Vgl. »Militärische Ausklammerung«, in: GR, 3. Jg., Nr. 28/29 v. 8.7.1955, S. 3.

›Nutzanwendung‹ für Deutschland gezeigt: »Österreich hat an die erste Stelle die Regelung seines militärischen Status gestellt und von dort her und danach den Weg in die Besatzungsfreiheit und seine übrige Handlungsfreiheit aufgeschlossen.«⁶

Genau diese Abfolge hatte die GVP immer als den einzig möglichen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands gesehen. Zuerst sollte der Status Deutschlands geklärt werden, d. h. er durfte sich nicht gegen Ost und West richten, und erst dann war nach Meinung der GVP der Weg über freie Wahlen zu einem wiedervereinigten Deutschland möglich. In der GVP unterstellte man den Sowjets sogar, daß es ihnen in Österreich eigentlich um Deutschland ginge, denn sie wollten nach Auffassung der GVP, daß der ›Modellfall Österreich‹ als Lösung der deutschen Frage international diskutiert werde.⁷ Ähnlich interpretierte man in der DDR die österreichische Lösung als ein beispielgebendes Vorbild zur Regelung der deutschen Frage.⁸

Die Einwände, die allenthalben gegen die Übertragung des österreichischen Beispiels auf Deutschland erhoben wurden, wies man in der GVP mit dem Hinweis zurück: »Besteht für einen kleinen Staat keine Gefahr der Vergewaltigung durch seine Nachbarschaft, so erst recht nicht für einen großen Staat.«⁹ Daß es aber gerade die Größe Deutschlands und seine politische Lage in Europa waren, die eine Anwendung des österreichischen Modells auf Deutschland eher unwahrscheinlich machten, erwog dieses Argument nicht. Man sah in der GVP beispielhafte Parallelen zwischen Österreich und der Bundesrepublik, die hoffen ließen. Die österreichische Regierung hatte sich nach Ansicht der GVP den Spielraum für eigene Initiativen offengehalten und deshalb auch Erfolg gehabt, während sich die Bundesrepublik auf eine Bindung an den Westen einließ und sich damit gegen den Osten, folglich gegen die Wiedervereinigung aussprach.

Den Spielraum der Bundesregierung sah man in der GVP durch die Pariser Verträge außerordentlich eingeengt, gleichwohl war er ihrer Ansicht nach noch vorhanden. Posser meinte: »Es liegt an der Bundesregierung, ob sie sich bei den jetzt laufenden Besprechungen der Westmächte völlig gleichschalten läßt.«¹⁰ Es war Aufgabe der Deutschen und »nicht die Aufgabe fremder Völker, dafür zu sorgen, daß ein geteiltes Volk seine staatliche und nationale Einheit wiedergewinnt.«¹¹ Nur: Konnte man gegen die Interessen der Westmächte ankommen, und wer sollte, wenn die Bundesregierung offensichtlich nicht dazu gewillt war, Wiedervereinigungsinitiativen im Sinne des österreichischen Modells forcieren, wer sollte den Spielraum, den die GVP erblickte, optimal ausnutzen? Die GVP fühlte

6 G. HEINEMANN, »Der Probefall Österreich«, (Mai 1955), in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 89.

7 Vgl. Posser, »Die Fessel Westdeutschlands«, in: StdG, 7. Jg., Nr. 9 v. Mai 1955, S. 214.

8 So z. B. H. BRANDWEINER, Staatsvertrag, 1955, S. 43f.

9 Scholl, »Neutralität und Souveränität«, in: GR, 3. Jg., Nr. 24/25 v. 10.6.1955, S. 1.

10 Posser, »Die Fessel Westdeutschlands«, in: StdG, 7. Jg., Nr. 9 v. Mai 1955, S. 214.

11 Posser, »Rührt Euch, sonst werdet ihr weggetreten«, Manuskript, 10.2.1955, S. 4, NL Hei II Februar 1955.

sich verpflichtet, von sich aus den deutschen Wiedervereinigungswillen zu artikulieren und nach geeigneten Handlungsmöglichkeiten zu suchen, die Deutschland einer Wiedervereinigung näherbrachten.

Eine Überlegung dabei war, die politische Basis der GVP auch auf die DDR auszudehnen, d. h. dort eine Zulassung zu beantragen. Das allerdings schloß der Bundesparteitag der GVP Anfang Juli in Recklinghausen aus. Immerhin wurde der Bundesvorstand beauftragt, Zulassungsmöglichkeiten der GVP in der DDR zu sondieren.¹² Was die GVP mehrheitlich im Sinn hatte, war eher den Meinungsbildungsprozeß der Großmächte für eine gesamtdeutsche Lösung zu beeinflussen.

Wie im einzelnen die Wiedervereinigung auszusehen hatte, darüber war man sich in der GVP keineswegs immer einig. Das zeigte sich beispielhaft in einem Antrag des von Mochalski stark beeinflussten Deutschlandausschusses an den Recklinghausener Parteitag. Er lautete: »Wiedervereinigung ja, aber nicht mit allen Mitteln und nicht um jeden Preis. Die Wiedervereinigung soll nur mit friedlichen Mitteln und nicht um den Preis volksdemokratischer Lösungen erfolgen, aber unter Wahrung guter, fortschrittlicher Entwicklungen in der DDR.«¹³ Der Antrag zeigte die »Rechts-Links-Konstellation«, die es auch in der GVP gab. Sie drückte sich im Verhältnis zur DDR und ihrer inneren Ausgestaltung aus.

Zeigte der erste Teil des Antrags das kritische Verhältnis der GVP zur DDR, hob der ergänzende Zusatz positive Momente in der DDR hervor. Der zur Diskussion gestellte Nebensatz war nicht mehrheitsfähig und schließlich verwarf man ihn ganz, ob der in dem Antrag liegenden politischen Brisanz.¹⁴

Was blieb, war die ungeteilte Meinung in der GVP, den Wiedervereinigungswillen nachdrücklich geltend zu machen. In der GVP war man sich völlig darin einig, »daß es nur unter der Voraussetzung einer Einigung der vier Großmächte einerseits und Deutschlands andererseits über die künftige völkerrechtliche Stellung Gesamtd Deutschlands zu freien gesamtdeutschen Wahlen kommen kann.«¹⁵ Das war und blieb das politische Credo der GVP bis zuletzt.

Die GVP erblickte aufgrund des in der Presse am 1. Juli 1955 ange deuteten Eden-Plans¹⁶ »in wesentlichen Punkten eine Übereinstimmung mit den Vorstellungen, wie wir sie bisher vertreten haben.«¹⁷ Insofern hoffte die GVP, daß Genf eine Lösung der deutschen Frage einleiten konnte.¹⁸ Die

12 Vgl. »BPT-Protokoll 1955«, S. 10. Der abgelehnte Antrag geht auf den Deutschlandausschuß zurück.

13 Ebd.. Der Antrag geht auf Godde zurück. Er meinte, die GVP lehnt »das volksdemokratische System ab, wünscht aber auch kein reines westlich-demokratisches System, obwohl substantiell westliche Demokratie als Grundlage geeignet wäre«. Ebd., S. 2.

14 Vgl. ebd., S. 10. Der erste Satz wurde am 1.7. angenommen, der zweite am 3.7. zur Diskussion gestellt. Daraufhin wurde der Antrag aufgehoben, die Diskussion auf Vorschlag Scheus abgebrochen.

15 »Militärische Ausklammerung«, in: GR, 3. Jg., Nr. 28/29 v. 8.7.1955, S. 3.

16 Vgl. z. B. FAZ v. 1.7.1955. Einen knappen Vergleich der verschiedenen Eden-Pläne liefert A. BARING, Bundeskanzler, 1974, S. 419, FN 75.

17 »Militärische Ausklammerung«, in: GR, 3. Jg., Nr. 28/29 v. 8.7.1955, S. 3.

18 Vgl. Scheu an Duttweiler, 5.7.1955, NL Scheu 1.

GVP registrierte jedoch nicht, daß Edens Plan von einer militärisch verdünnten Zone östlich und westlich der Demarkationslinie ausging, damit die deutsche Teilung zum Ausgangspunkt machte. Sie sah nur Edens Vorschlag, der einen Beistandspakt eines wiedervereinigten Deutschlands mit den Siegermächten vorsah.

Wie dies der Bundesparteitag beschlossen hatte, entsandte die GVP Heinz Krämer aus Rüsselsheim, Herbert Mochalski aus Darmstadt und Adolf Scheu aus Wuppertal nach Genf. Diese Beobachterdelegation hatte den Auftrag, für Martin Niemöller und Gustav Heinemann eine Unterredung mit den dort vertretenen Verhandlungsdelegationen zu vermitteln, eine auf dem Bundesparteitag beschlossene Verlautbarung zu übergeben und sie nach Möglichkeit zu erörtern.

Der Vorschlag der GVP, der Anregungen Respondeks aufgriff, die dieser schon Anfang Februar formuliert hatte,¹⁹ lautete: »In der Bundesrepublik und in der Deutschen Demokratischen Republik finden geheime, gleiche und freie Wahlen für eine gesamtdeutsche ›provisorische Nationalversammlung‹ statt. Die Wahlen sollten auf der Grundlage des Weimarer Wahlgesetzes und unter internationaler Kontrolle erfolgen. Über die Wahl zur ›provisorischen Nationalversammlung‹ verständigen sich von den Regierungen der beiden deutschen Teilstaaten legitimierte Sachverständigenkommissionen.

Die ›provisorische Nationalversammlung‹ arbeitet Empfehlungen an den Bundestag und die Volkskammer aus, auf welche Weise eine gesamtdeutsche Regierung durch Wahlen gebildet, die Polizeitruppen der Teilstaaten begrenzt und kontrolliert, die wirtschaftliche, kulturelle und rechtliche Angleichung beider Teilstaaten und eine Regelung der Grenzfragen eines wiedervereinigten Deutschlands erreicht werden können.« Dieser Vorschlag war für die GVP »eine Mindestforderung«.²⁰

Die GVP wandte sich an die in Genf vertretenen Mächte, um von ihnen das Plazet zu erhalten, auf innerdeutscher Basis zu realisierbaren Regelungen für eine Wiedervereinigung zu kommen. Der Vorschlag der GVP ging von der gleichberechtigten Existenz von DDR und Bundesrepublik Deutschland aus und von der Vorstellung, beide deutsche Staaten könnten sich im ökonomischen Bereich, in rechtlichen und politischen Fragen auf einen gemeinsamen Nenner verständigen.

Für die GVP schien dies durchaus im Bereich des Möglichen zu liegen, weil sie nicht ohne weiteres Wiedervereinigung und Anschluß der DDR an den Westen gleichsetzte. Posser beispielsweise konnte sich durchaus vorstellen, »daß manches, was an Neuem in der DDR geschaffen wurde, auch für den gesamtdeutschen Staat übernommen werden sollte«.²¹ Selbstver-

19 Siehe z. B. Respondek, »Wiedervereinigung«, Manuskript, (Anfang Februar 1955), hier S. 15 – 17, NL Hei II Februar 1955. Vgl. auch den stark modifizierten Artikel Respondeks, »Deutsche Wiedervereinigung«, in: GR, 3. Jg., Nr. 7/8 v. 18.2.1955, S. 1.

20 Zit. n. »Provisorische Nationalversammlung«, in: StdG, 7. Jg., Nr. 16 v. August 1955, S. 374. So argumentierte auch Heinemann. Vgl. G. HEINEMANN, »Wo bleibt nun die Wiedervereinigung?«, (August 1955), in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 99.

21 Posser an Wegner, 18.8.1954, NL Hei II August 1954.

ständiglich war es für die GVP undenkbar, die Essentiale westlicher Demokratien preiszugeben. Deutschland war und blieb auch nach Ansicht der GVP nach Geschichte und Entwicklung »ein Volk des Westens«. ²² War unter diesen Voraussetzungen überhaupt an eine Einigung mit der DDR zu denken? Würde die DDR, sprich die SED, das Nationale über das politisch Trennende stellen und damit zur Aufgabe ihres Herrschaftssystems bereit sein?

Die GVP ging unbeirrbar davon aus, »sowohl den deutschen Teilstaaten als auch den vier Mächten (den) zumutbaren praktischen ersten Schritt zur Wiedervereinigung« gezeigt zu haben. ²³ Der Vorschlag, den die GVP den Konferenzmächten in Genf unterbreiten wollte, sollte auf alle Fälle dann an die Öffentlichkeit gebracht werden, falls eindeutig zu erkennen war, daß Deutschland trotz Genf geteilt bleiben sollte. ²⁴ Scheu versuchte, diesen Vorschlag der GVP in Genf den vier Delegationen zu übermitteln und eine Unterredung der dort vertretenen Delegationsspitzen mit Heinemann und Niemöller zu arrangieren. ²⁵ Scheu gelang es sogar, mit Vertretern der amerikanischen, britischen und sowjetischen Delegation ins Gespräch zu kommen. Doch was die hochrangigen Gesprächspartner anbelangte, wurde Scheu vertröstet. In einer eigens für die GVP anberaumten Pressekonferenz erläuterten Scheu und Mochalski dann den GVP-Vorschlag, eine provisorische Nationalversammlung zu wählen.

Die Resonanz war allerdings äußerst mäßig. Heinemann und Niemöller, die während der Konferenz in Genf eingetroffen waren, gelang es nicht, die Delegationsführer selbst zu sprechen. Die GVP erntete nur Schwierigkeiten mit der Schweizer Polizei, weil die Pressekonferenz unangemeldet war. Es tauchten Gerüchte auf, Heinemann wäre verhaftet worden. Den politischen Zweck verfehlte die Genfer Delegation der GVP völlig. Sie mußte unverrichteter Dinge abziehen, ohne ihren Vorschlag mit den in Genf vertretenen Mächten erörtern zu können.

Scheu wurde in Genf deutlich, wie sehr sich eine Politik der Entspannung betreiben ließ, ohne die deutsche Teilung aufheben zu müssen. Genau das war aber eine der Grundannahmen der GVP gewesen. Sie ging davon aus, es könnte keine stabile Sicherheit in Europa geschaffen werden, falls es bei einem geteilten Deutschland bleiben würde. Gerade die Hinnahme des Status quo führte aber zu dem, was Cornides den »weltpolitischen Modus vivendi« nannte. ²⁶ Die Interessenlage der in Genf vertretenen Mächte brauchte die Wiedervereinigung Deutschlands nicht zu berücksichtigen. In der GVP wurde man sich dessen zunehmend bewußt.

Heinemann meinte, die Sowjets hätten ihre Ankündigung wahr gemacht, daß die Pariser Verträge das Thema der deutschen Wiedervereinigung für

22 Posser, »Rührt Euch, sonst werdet Ihr weggetreten«, Manuskript, 10.2.1955, S. 4, NL Hei II Februar 1955, S.8.

23 »Provisorische Nationalversammlung«, in: StdG, 7. Jg. Nr. 16 v. August 1955, S. 374.

24 Siehe Anlage 9 zu »BPT-Protokoll 1955«.

25 Vgl. hierzu und auch im folgenden Scheu, »Die ›APO‹ 1955 in Genf/am Rande der großen Weltpolitik«, in: Aus vergangenen Tagen. Heinemann von seinen Freunden zum 70. Geburtstag gewidmet. Privatdruck (1969), o. S.. Im folgenden: ›APO in Genf‹.

26 W. CORNIDES, 1958, S. 854.

sie von der Diskussion ausschließen würden. Seit der Ratifizierung der Pariser Verträge hätten sie die deutsche Frage einer Verständigung mit den USA untergeordnet.²⁷ Welche Handlungsmöglichkeiten blieben der GVP angesichts dieser Erkenntnis dann noch? Je weniger Bundesregierung und Großmächte bereit waren, über die Wiedervereinigung Deutschlands im Sinne der GVP zu reden, desto mehr fühlte sich die GVP in die Pflicht genommen. Nun hatte nach Ansicht der GVP eine gesamtdeutsche Initiative einzusetzen, die Verbreiterung und Aktivierung der Paulskirchenbewegung zu erfolgen und gesamtdeutsche Gespräche mit der DDR stattzufinden.²⁸

Wie es der Parteitag der GVP im Juli 1955 beschlossen hatte, präsentierte die GVP ihr Vorschläge für eine Wiedervereinigungspolitik, nachdem die Genfer Konferenz gezeigt hatte, »daß Deutschland geteilt gehalten wird«.²⁹ Am 26.7.1955 hatte Chruschtschow in Ost-Berlin die sowjetische Zwei-staatendoktrin für Deutschland verkündet, am 20.9.1955 dann die Souveränität der DDR erklärt. Für die GVP bedeutete das: »Es soll keine Lösung der Deutschlandfrage mehr ohne Verständigung zwischen den beiden deutschen Teilstaaten geben«.³⁰ Das hieß, für sie war die Wiedervereinigungspolitik nicht mehr ausschließlich eine Angelegenheit der einstigen Besatzungsmächte. »Das Gewicht der Verantwortung für die Wiedervereinigung«, so Mochalski, »hat sich seit dem Abschluß der Pariser Verträge und den beiden Moskauer Konferenzen (mit der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik) eindeutig auf beide deutsche Staaten verlagert«.³¹ Gesamtdeutsche Verhandlungen sollten also die Voraussetzungen für eine deutsche Wiedervereinigung schaffen. Mochalski wie Heinemann unternahmen es deshalb im Oktober 1955 erneut, der Öffentlichkeit den Vorschlag der GVP zur Bildung einer provisorischen Nationalversammlung, eines Provisorischen Gesamtdeutschen Rates zu unterbreiten.³²

Mochalski wollte darüber hinaus Verhandlungen der beiden deutschen Regierungen über einen »Aufrüstungsstop« und über die Beendigung des »gegeneinander geführten Kalten Krieg(es)«.³³ Die GVP fand ihre Vorschläge angesichts der »neuen« Weltsituation für konstruktiv, faktisch war sie auf die Übernahme ihrer Anregungen durch die beiden deutschen Regierungen angewiesen und darauf, daß die Großmächte eine Wiedervereinigung zuließen. Diese Politik glich einer Gleichung mit mehreren Unbekannten. Allein in der Bundesrepublik erhoben sowohl Regierung als auch SPD-Opposition, wie man in der GVP richtig herausstellte, einen »Katalog der Einwände gegen Gespräche und Beratungen zwischen den

27 Vgl. G. HEINEMANN, »Wo bleibt nun die Wiedervereinigung?«, in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 98.

28 Vgl. Mochalski, »Wiedervereinigung aber wie?«, in: StdG, 7. Jg., Nr. 19 v. Oktober 1955, S. 445ff. Vgl. Scheu, »Zwischen Angst und Hoffnung«, in: GR, 3. Jg., Nr. 30/31 v. 22.7.1955, S. 2.

29 So die formulierte Bedingung des BPT. Vgl. »BPT-Protokoll 1955«, Anlage 9, S. 10, NL Scheu 58.

30 G. HEINEMANN, »Die neue Lage«, (Oktober 1955), in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 103.

31 Mochalski, »Wiedervereinigung – aber wie?«, in: StdG, 7. Jg., Nr. 18 v. Oktober 1955, S. 446.

32 Vgl. Scheu, »APO in Genf«. Vgl. Mochalski, »Wiedervereinigung«, S. 446.

33 Ebd., S. 447.

Regierungen der beiden deutschen Teilstaaten«.³⁴ Der GVP blieb deshalb, wie sie es formulierte, nichts anderes übrig als »die Aufgabe immer wieder auf die Wahrnehmung dieser Chancen (eines deutschdeutschen Gespräches, J.M.) durch die Bundesregierung zu drängen«.³⁵

Doch weder mit dem Drängen auf Verhandlungen mit der DDR noch mit der Reaktivierung der Paulskirchenbewegung hatte die GVP Erfolg. Sie spürte verstärkt das Korsett, in dem ihre Deutschlandpolitik eingeeignet war, seit die Pariser Verträge ratifiziert waren.

Posser räumte im Oktober 1955 unumwunden ein: »Wir können und dürfen die Verträge nicht einseitig brechen, müssen aber ihre Revision anstreben, die (...) die Aufhebung der Verträge als Grundlage des westlichen Blocksystems zugunsten kollektiver Sicherheitslösungen beinhaltet. Das ist nur schrittweise möglich und hängt u. a. von dem Tempo ab, mit dem der ›Kalte Krieg‹ zwischen West und Ost im allgemeinen und zwischen Bonn und Berlin-Ost abgebaut wird.« Posser resümierte: »Der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands ist länger geworden. Dem Ausmaß der Bindung entspricht die Tiefe der Sackgasse, in die uns die Politik des Kanzlers gebracht hat.«³⁶ Die GVP stand, wie Heinemann es auf einen Nenner brachte, vor der Aufgabe »die Politik der letzten fünf Jahre zu liquidieren.«³⁷ Die Frage des ›Wie?‹ mußte offen bleiben.

Die GVP schätzte die politische Weltkonstellation, die internationalen Bedingungen, eine Wiedervereinigung zu erreichen, völlig falsch ein. Gesamtdeutsche Lösungsmöglichkeiten hatten endgültig keine Chance mehr. Mit der Annahme der Pariser Verträge und der Freilassung der Bundesrepublik in die (bedingte) Souveränität³⁸ hatte sich die in sich konsequente Deutschlandpolitik Adenauers endgültig durchgesetzt. Jetzt war der Zeitpunkt für Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine Wiederherstellung der deutschen Einheit eingetreten, weil die Bundesrepublik unumkehrbar in den Westen integriert war. Erst jetzt bahnte sich nach der erfolgreichen Westpolitik eine Ostpolitik Adenauers an.

Die Außenministerkonferenz im Oktober/November 1955 machte dann das Scheitern der Deutschlandpolitik der GVP vollends deutlich. Posser mußte zu der für ihn betrüblichen Erkenntnis gelangen: »Die deutsche Frage ist trotz aller wortreichen Erklärungen in Genf von der internationalen Tagesordnung abgesetzt worden.«³⁹

Da nutzte es auch nichts, wenn er in anderem Zusammenhang die Anerkennung der Alternative ›Koexistenz oder Nichtexistenz‹ seitens der Großmächte befürwortete, mithin den Kalten Krieg im Abbau begriffen

34 Posser, »Innerdeutsches Gespräch?«, in: GR, 3. Jg., Nr. 41 v. 30.9.1955, S. 2.

35 Koch, Godde, »Vorschläge zur Wiedervereinigungspolitik«, in: GR, 3. Jg., Nr. 44 v. 21.10.1955, S. 3. Sie geben in ihrem Artikel eine positive Stellungnahme zu den Anregungen Mochalskis ab.

36 Posser, »Das Ausmaß der Bindungen«, in: GR, 3. Jg., Nr. 44 v. 21.10.1955, S. 2.

37 G. HEINEMANN, »Die neue Lage«, (Oktober 1955) in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 104.

38 Rumpf spricht von einem ›abhängigen Staat besonderer Art‹. H. RUMPF, 1973, S. 37. Zur Diskussion um den ›Souveränitätsmangel‹ der Bundesrepublik nach dem Deutschlandvertrag. Vgl. O. KIMMINICH, 1970, S. 88 – 95.

39 Posser, »Deutsche Sorgen nach der Genfer Konferenz«, in: GR, 3. Jg., Nr. 49 v. 25.11.1955, S. 2.

sah.⁴⁰ Auf die Überwindung der Teilung Deutschlands hatten diese internationalen Entwicklungen keine Auswirkungen. Die Verbesserungen des internationalen Klimas gingen zu Lasten Deutschlands. Unter den Bedingungen der Koexistenz wurde die deutsche Teilung faktisch festgeschrieben. Das konnte und wollte die GVP 1955/1956 aber nicht wahrhaben.⁴¹

Seit der Genfer Konferenz war dennoch die Arbeit der GVP an einem Nullpunkt angelangt. Mochalski hatte noch Ende Oktober 1955 im Bundesvorstand einen Antrag eingebracht, daß das Präsidium und der Deutschlandausschuß einen Deutschlandplan erarbeiten sollen. Diese Anregung wurde auch gebilligt. Allerdings kam es zu keiner Ausarbeitung eines entsprechenden Plans mehr. Die politische Arbeit in der GVP begann zunehmend zu zerfasern. Heinemanns Arbeit verlagerte sich in den kirchlichen Raum. Helene Wessel war gesundheitlich schwer angeschlagen und fiel 1954 weitgehend aus. Bedingt durch ihre berufliche Tätigkeit beim DGB konnte sie auch 1955/1956 nur in eingeschränktem Maße für die GVP aktiv werden. Scheu war unentwegt bemüht, in die GVP organisatorische Effizienz zu bringen. Ansonsten kam es zwar zu vereinzelt Kontakten von GVP-Mitgliedern mit Organisationen in der DDR. Vom Ergebnis her brachte dies allenfalls atmosphärische Verbesserungen, ohne an der Gesamtsituation etwas ändern zu können.⁴²

40 Vgl. Posser, »Rückblick«, in: GR, 4. Jg., Nr. 1 v. 1.1.1956, S. 2. Vgl. auch G. HEINEMANN, »Halbstarke Politik«, (Oktober 1956), in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 119f.

41 Beispielhaft hierzu Posser, »Gemeinsame Bemühungen Deutschlands für den Weltfrieden«. Rede Possers vor der Indian Association anlässlich des indischen Unabhängigkeitstages am 15.8.1956, in: GR, 4. Jg., Nr. 36 v. 31.8.1956, S. 4.

42 Vgl. Bericht von Schöll, »Am runden Tisch in Cottbus«, in: GR, 4. Jg., Nr. 44 v. 26.10.1956, S. 3. Vgl. auch Gottmann, »Im Blick auf Gesamtdeutschland«, in: GR, 4. Jg., Nr. 40 v. 28.9. 1956, S. 4.

Der Weg der Auflösung – der Weg zur SPD

Die Genfer Aktion war die letzte deutschlandpolitische Aktivität der GVP. Seit ihrer vernichtenden Wahlniederlage 1953 war die Geschichte der GVP ein schleichender Prozeß der Agonie gewesen. Sie war aber auch gekennzeichnet durch stetes Bemühen der GVP um Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Opposition. Eine spektakuläre Zusammenarbeit mit der SPD gelang der GVP erstmals in der Paulskirchenbewegung. Die sozialdemokratische Oppositionspolitik hatte sich aus der Sicht der GVP ihren außen- und deutschlandpolitischen Vorstellungen angenähert. Es verwundert nicht, wenn deshalb die überwiegende Mehrheit der GVP nach ihrer Auflösung nahezu geschlossen zur SPD überwechselte. Dennoch war der Prozeß der Auflösung kein eruptiver Akt, sondern er setzte allmählich ein und entwickelte eine innere Dynamik, die folgerichtig zur Auflösung der GVP und zum Eintritt in die SPD führte.

1. Die Annäherung an die SPD und erste Erosionstendenzen in der GVP

Schon drei Jahre vor der Auflösung der GVP im Jahre 1957 erschien ein Aufsatz Heinemanns im Februar 1954 mit dem Titel ›Gestalt und Wandel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands‹.¹ Angeregt zu diesem Schritt wurde Heinemann durch die lebhafte Erörterung,² wie sie allenthalben in der SPD nach dem 6. September 1953 einsetzte und die darin bestand, herauszufinden, wie die Chancen der SPD in der Zukunft verbessert werden könnten. Heinemann gedachte mit seinem Beitrag in diesen Diskussionsprozeß einzugreifen. Ursprünglich sollte der Aufsatz über ›Gestalt und Wandel der SPD‹ in der Stuttgarter Zeitung erscheinen. D. h. Heinemann wollte sich bewußt nicht allein an die engere Parteiöffentlichkeit von SPD und GVP, sondern an die Öffentlichkeit im weiteren Sinne wenden.³ Allein dadurch, daß sich Heinemann mit der SPD beschäftigte, bekundete er sein Interesse an ihr und zeigte durch seine

1 Heinemann, »Gestalt und Wandel der SPD«, in: *StdG*, 6. Jg., Nr. 3 v. Februar 1954, S. 49 – 56. Mit Einverständnis Heinemanns wurde sein Aufsatz mit geringfügigen Korrekturen in der *SPD-Zeitschrift Neue Gesellschaft* abgedruckt. Vgl. Heinemann, »Der Weg der Sozialdemokratie«, in: *Neue Gesellschaft*, 1. Jg., H 2, Sept./Okt. 1954, S. 44 – 49. Vgl. hierzu auch D. KOCH, Heinemann, 1972, S. 426 und H. SOELL, 1976, S. 280f.

2 Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 292 – 298. Vgl. auch H. KÖSER, 1971, S. 220 – 240.

3 Vgl. Heinemann an *StZ*, 15.1.1954, NL Hei II 1. – 15.1.1954.

Ausführungen, daß ihm deren Entwicklung nicht gleichgültig war. Heinemann ließ Sonderdrucke seines Artikels anfertigen, »teils für Werbezwecke gegenüber der SPD nahestehenden Leuten, teils auch für die Einleitung von Gesprächen«.⁴

Fritz Erler war es, der erstmals persönliche und inhaltliche Berührungspunkte zwischen SPD und GVP »herstellte«. Bereits im Dezember 1952 zitierte Erler als erster aus der SPD-Führungsriege Heinemann zustimmend gegen dessen frühere Parteifreunde: »Die schlimmste Neutralisierung – da nehme ich ein Wort Ihres ehemaligen Parteifreundes Heinemann auf – ist, daß deutsche Waffen hüben und drüben einander neutralisieren.«⁵ Im November 1953 hielt Erler dann in Frankfurt eine Rede, in der er präzise wie nie zuvor den Zusammenhang zwischen europäischer Sicherheit und deutscher Wiedervereinigung darlegte – eine Rede, von der Jahre später das ehemalige Bundesvorstandsmitglied der GVP, Posser, behauptete, wäre sie im Herbst 1952 gehalten worden, hätte es möglicherweise die GVP nicht gegeben.⁶ Auch Heinemann unterstellte der SPD, erst nach der Bundestagswahl 1953 zu der Erkenntnis gefunden zu haben, »daß die militärische Bündnisfreiheit Deutschlands eine Voraussetzung für Lösungen mit der Sowjetunion ist.«⁷ Wie Posser dachte Heinemann dabei vor allem an die sicherheitspolitischen Überlegungen Erlers. Paradoxerweise kam die GVP somit der SPD aufgrund sicherheitspolitischer Vorstellungen eines Sozialdemokraten näher, der im Gegensatz zu anderen Sozialdemokraten als einer der ersten ein unvoreingenommenes Verhältnis der SPD zur Bundeswehr herstellte. Was die GVP damals an Erlers Gedanken so faszinierte, war vor allem seine Anschauung, die Sicherheitspolitik in Funktion zur Wiedervereinigung zu sehen.

In seinem Februaraufsatz des Jahres 1954 ließ Heinemann die Geschichte der SPD Revue passieren und stellte sich die Frage, warum »*der SPD der Vorstoß in die oberste politische Ebene versagt geblieben ist.*« Heinemann erblickte die Ursache »*in dem unrealistischen Verhältnis zwischen den Zielen, die von der SPD verfolgt worden sind, und dem Weg, den sie zu diesen Zielen eingeschlagen hat.*«⁸ Heinemann sah das Dilemma der SPD bedingt durch den Widerspruch zwischen verbaler Revolutionsprogrammatik, die das jeweils Bestehende negierte, mithin sich gegen Staat und Gesellschaft wandte, und der pragmatisch geführten Tagespolitik, die auf das Bestehende aufbaute. Heinemanns Analyse gipfelte in der Forderung an die SPD, »*sich zu der großen linken Volkspartei zu entwickeln, die in jeder Demokratie neben den konservativen Kräften ihre legitime Rolle und Chance hat.*«⁹

Ein entscheidendes Hindernis auf dem Weg zur Volkspartei sah Heinemann in der Befangenheit der SPD, »*in dem Dogmatismus einer*

4 Heinemann an Mochalski, 1.2.1954, NL Hei II 1. – 15.2.1954.

5 Erler, Dt. Bt., 242. Sitzung, 5.12.1952, S. 11481 D. Siehe hierzu auch H. SOELL, 1976, S. 281.

6 Ebd..

7 Heinemann an Gollwitzer, 28.9.1955, NL Hei II August/September 1955.

8 Heinemann, »Gestalt und Wandel der SPD«, in: StdG, 6. Jg., Nr. 3 v. Februar 1954, S. 51.

9 Ebd., S. 55.

Ersatzreligion«, sprich im Marxismus, der realistisches Handeln unmöglich mache. Heinemann forderte die eindeutige Absage an eine Weltanschauungspartei und eine Neubestimmung des Verhältnisses der Arbeiterbewegung zum Christentum. Die »Absage an den Marxismus als Ersatzreligion« war für Heinemann »noch keine Entscheidung für eine positive geistige Haltung«. Heinemann stellte die Frage in den Raum: »Kann die Partei ein positives Verhältnis zum Christentum finden, so daß insbesondere der christliche Arbeiter einen Zugang zu ihr gewinnen könnte?«¹⁰ In der Weise argumentiert niemand, dem die Entwicklung der SPD völlig gleichgültig ist. Die kritischen Fragen, die Heinemann an die SPD richtete, setzten eine gewisse Sympathie für die Partei und deren Ziele voraus. Heinemann ging an die Analyse der SPD mit kritischer Anteilnahme und nicht mit Ablehnung heran. Was Heinemann vorschwebte, war im Grunde genommen die Vorwegnahme dessen, was sich 1959 im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD niederschlagen sollte.¹¹

Allerdings war Heinemann hinsichtlich der von ihm erhofften Selbstkorrektur der SPD recht skeptisch. Nach Einschätzung des niedersächsischen SPD-Ministers Heinrich Albertz hatte Heinemanns Artikel gerade bei den »Gegeneliten«,¹² »die auch offiziell mit der Erarbeitung von Reformvorschlägen betraut sind«, die von Heinemann erwünschte Wirkung.¹³ Erler, dem Heinemann seinen Artikel zugesandt hatte, hielt es für »wirklich selten, daß ein außerhalb unserer Reihen stehender Mann mit soviel Sachkunde, Duldsamkeit, ja fast Freundschaft an die Probleme unserer Partei herangeht«. Erler meinte zu Heinemann: »Warum hilft ein solcher Mann nicht von innen her dabei, die Partei auf jenen Weg zu bringen, den er ihr offensichtlich wünscht? Man kann die Sozialdemokratie nicht von außen her verändern. Dazu ist sie zu groß und ein Organismus, der beständig wächst und sich verändert. Ein wirklicher Einfluß in der von Ihnen zutreffend gekennzeichneten Richtung kann nur ausgeübt werden, wenn man selbst mittut. Nicht auf Wünschen kommt es an, sondern auf das Tun.«¹⁴ Der protestantische SPD-Bundestagsabgeordnete Werner Jacobi ließ Heinemann wissen, daß sich der SPD-Aufsatz in allen entscheidenden Punkten mit seinen eigenen Beobachtungen und Schlußfolgerungen decke.¹⁵ Gleichwohl beurteilte Heinemann nach wie vor die »Erneuerung der SPD« eher vorsichtig-zurückhaltend.¹⁶

Eine positivere Einstellung zur SPD nahmen dagegen einige besonders aktive GVP-Mitglieder aus Baden-Württemberg ein, zu denen Erhard

10 Ebd., S. 56.

11 So auch Posser, *Auskunft* 5.1.1985. Vgl. auch Widmann, o. T., in: *Aus vergangenen Tagen*. Heinemann von seinen Freunden zum 70. Geburtstag gewidmet. Privatdruck (1969), o. S.

12 Im Zusammenhang mit der SPD-Reformdiskussion verwendet Köser diesen Begriff in Anlehnung an Lasswell. Siehe H. KÖSER, 1971, S. 32, S. 225f.

13 Albertz an Heinemann, 10.2.1954, NL Hei II 1. – 15.2.1954.

14 Erler an Heinemann, 26.2.1954, NL Hei 47.

15 Vgl. Jacobi an Heinemann, 20.2.1954, NL Hei II 16. – 28.2.1954.

16 Vgl. Heinemann an Erler, 8.4.1954, NL Hei II April 1954. Vgl. auch Heinemann an Eppler, 15.5.1954, NL Hei II Mai 1954.

Eppler gehörte. Eppler hatte über Carlo Schmid schon 1951 Kontakt zur SPD gewonnen. Da die von Eppler erwünschte Präzisierung der Außen- und Deutschlandpolitik der SPD 1952 ausblieb, schloß er sich unmittelbar an seine NG-Tätigkeit der GVP an.¹⁷ Ende 1954 hatte Erler in der Debatte zur ersten Lesung der Pariser Verträge am 15./16. Dezember 1954 geschickt eine weitere psychologische Barriere in der Beziehung zwischen GVP und SPD abgebaut, weil er evangelische Pfarrer und Laientheologen vor Angriffen aus den Reihen der CDU/CSU in Schutz nahm. Posser sprach damals bereits vom »Ende der ›christlichen‹ Einheitsfront« und projizierte den Beginn einer neuen Entwicklung in der SPD, die aus dem 30%-Turm herausführen könnte.¹⁸Überhaupt sah man in der GVP in dieser Rede Erlers genau die »Vertretung evangelischer Anliegen«.¹⁹ Erler war es auch, der im Oktober 1954 im ›Neuen Vorwärts‹ einen Artikel publizierte, der die »präziseste und abgerundetste Zusammenstellung der Konditionen, Inhalte und Perspektiven« enthielt, »welche die SPD mit dem Gedanken der kollektiven Sicherheit verband«.²⁰ Erler distanzierte sich hier sowohl vom traditionellen Verteidigungsbündnis als auch vom Status der Neutralität Deutschlands. Für Heinemann jedenfalls hatte sich die SPD »im Oktober 1954 zu der These vom ›bündnisfreien‹ Deutschland durchgerungen«.²¹

Bei Eppler bedurfte es dieser Rede Erlers und seines Artikels nicht, um zwischen SPD und GVP eine Annäherung zu verzeichnen. Epplers Meinung war stark geprägt von der desillusionierten Einschätzung dessen, was die Möglichkeiten der GVP anlangte. Kritisch urteilte er schon im Mai 1954 über seine Partei: »Die GVP gerät in Gefahr, ein Verein im luftleeren Raum zu werden.«²²Eppler wollte einen regierungsfähigen Block aus Arbeiterschaft bis hinein ins protestantische Bürgertum. In seiner Kritik an Heinemanns Politik wird deutlich, was Erhard Eppler wollte: »Auf der einen Seite möchten Sie (gemeint ist Heinemann, J. M.) gerne die Dinge reifen lassen, vor allem, was die SPD angeht. Gleichzeitig wissen Sie wohl, daß Äpfel nicht nur reif, sondern auch faul werden können, und daß, bis der SPD-Apfel reif geworden ist, der GVP-Apfel faulig sein wird. Wenn ich bisher der GVP noch nicht davongelaufen bin, so nur Ihretwegen. Wir haben unser politisches Kapital (...) eingesetzt und verbraucht.«²³

Eppler drängte schon jetzt zur SPD. Heinemann und die Führungsriege der GVP dagegen hatten noch Vorbehalte hinsichtlich der positiven Entwicklungsfähigkeit der SPD. Für Heinemann regierten in der CDU noch immer die Kirche und in der SPD die Funktionäre. Er entgegnete Eppler: »Wir sind der Überzeugung, daß mit den Bonner Systemparteien, einerlei ob regierend oder scheinbar opponierend, kein Ansatz für eine

17 Vgl. E. EPPLER, Interview v. 12.10.1986, in: ders., 1986, S. 12.

18 Vgl. Posser, »Ende der ›christlichen‹ Einheitsfront«, in: GR, 3. Jg., Nr. 1/2 v. 7.1.1955, S. 3.

19 Das GVP-Mitglied Pfarrer Dreher, zit. n. Hertel an Posser, 4.3.1957, Archiv Hertel.

20 K. KLOTZBACH, 1982, S. 339.

21 Heinemann, »Der Ausweg«, Manuskript, (Anfang 1955?), S. 2, NL Hei 141. Siehe auch Scholl, »Die Alternative der SPD«, in: GR, 2. Jg., Nr. 39/41 v. 22.10.1954, S. 2.

22 Eppler an Heinemann, 9.5.1954, NL Hei II Mai 1954.

23 Ebd..

Demokratie zu schaffen ist. (...) Wir beurteilen die Erneuerungsmöglichkeiten für die SPD durchweg skeptisch. (...) Einige Freunde haben Föhlung mit der SPD zu gewinnen versucht, stießen aber nur auf Ablehnung jeglichen Gesprächs. Die SPD hat nicht das Talent, Bundesgenossen zu entwickeln. Darin bleibt sie sich ihrer 80-jährigen Geschichte treu.«²⁴ Die Erfahrungen mit der SPD machten Heinemann also auch nach der Publikation seines SPD-Aufsatzes sehr skeptisch, ob sich die SPD in die von ihm gewünschte Richtung entwickeln würde.

Trotzdem leitete Heinemann wegen der aktuellen Lage in der Deutschlandpolitik (die Unterzeichnung der neuen Vertragswerke auf den Pariser Konferenzen war erfolgt, die erste Lesung der Verträge im Bundestag stand an) und der positiven Einstellung der SPD zu »kollektiven Sicherheitslösungen« im Herbst 1954 eine Gesprächsphase mit der SPD ein, die schließlich Anfang 1955 zur Paulskirchenbewegung führte. Sie war dann auch der eigentliche Durchbruch der GVP zur Zusammenarbeit mit der SPD. Überlegungen einzelner GVP-Mitglieder, die GVP-Arbeit in Aktionen mit den Gruppen um Otto Strasser, um Wolf Schenke, Hermann Rauschnig und um die Zeitschrift »Die Nation« einzubringen, blieben dagegen isolierte Einzelmeinungen.²⁵

Ein erstes Ergebnis der Paulskirchenbewegung war das Wahlbündnis zwischen SPD und GVP bei der Landtagswahl 1955 in Rheinland-Pfalz. Dort stellte die SPD zwei GVP-Mitgliedern Listenplätze und Wahlbezirke zur Verfügung. Bezeichnenderweise waren beide Kandidaten, Hans Goethe und Karl Handrich, protestantische Pfarrer und aktive Teilnehmer im Kirchenkampf der Bekennenden Kirche während des Dritten Reiches gewesen.²⁶ Weitere SPD-Bezirke hatten sich einer Zusammenarbeit mit der GVP strikt verweigert.²⁷ Gerade dort, gerade in den Bezirken, in denen das Wahlbündnis GVP/SPD bestand, verlor die SPD zwei Mandate. Es waren zwar unsichere Wahlkreise und die SPD verlor auch anderswo, gleichwohl bedeutete dies einen Rückschlag für die Zusammenarbeit der GVP mit der SPD. Die GVP hatte die Wählerkreise, die sie ansprechen wollte, nicht erreicht. In ihre Wahlkampfveranstaltungen, die massiv von der Spitze der GVP unterstützt wurden, kam nicht die Klientel der GVP, sondern die der SPD.²⁸

Erschwerend kam im rheinland-pfälzischen Landtagswahlkampf hinzu, daß von seiten der CDU Anwürfe an die GVP erhoben wurden, von kommunistischer Seite Wahlgelder erhalten zu haben. Dies führte zu einer Reihe von Prozessen, die 1956 mit einem Vergleich endeten, demzufolge die CDU diese Behauptungen nicht wiederholen durfte.²⁹ Diese Vorgänge

24 Heinemann an Eppler, 15.5.1954, NL Hei II Mai 1954.

25 Vgl. K. G. Arndt an Wessel, 17.1.1955, NL We STO 47.

26 Zu den Kandidaten vgl. »GVP-Kandidaten in Rheinland-Pfalz«, in: GR, 3. Jg., Nr. 20 v. 6.5.1955, S. 2.

27 Vgl. Mochalski an Heinemann, 31.3.1955, NL Hei II März 1955.

28 Vgl. Posser, »Politik ohne Solidarität«, in: GR, 3. Jg., Nr. 24/25 v. 10.6.1955, S. 5.

29 Vgl. D. KOCH, Heinemann, 1972, S.477. Vgl. auch Posser, »Muß Politik so sein?«, in: GR, 4. Jg., Nr. 8 v. 17.2. 1956, S. 4. Die Akten des sog. »Frankenthal-Prozesses« sind u. a. in NL Scheu 72.

trübten auch das Verhältnis der SPD zur GVP. Es gab vermehrt Stimmen in der SPD, die gerade im Bündnis mit der GVP die ursächliche Schuld für die Niederlage der SPD sahen.³⁰ Eppler glaubte durch den Ausgang der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz den Kurswert der GVP für die SPD rapide gesunken.³¹ Noch am 17. April 1955 hatte Eppler im Sinne Heinemanns auf der Bezirkskonferenz der südwürttembergischen GVP für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen GVP, SPD und Bürgerlichen geworben. Er wollte, wie er es nannte, ein Viereck Ollenhauer, Reinhold Maier, Karl Arnold und Heinemann zu einer Mehrheit gegen den ›Rheinbund‹ zusammenschweißen.³² Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz hatte ihn eines Besseren belehrt. Genau jene katalysatorische Funktion der GVP für die Entwicklung einer Labour-Partei, in der GVP und SPD ihren Platz haben sollten, glaubte Eppler der GVP nicht mehr zusprechen zu können.

In der GVP zeigten sich Mitte 1955 erste Auflösungserscheinungen, die in Richtung einer SPD-Mitgliedschaft zielten. Entgegen einer verbreiteten Meinung in der baden-württembergischen GVP vertrat Heinemann nach wie vor den Standpunkt, die GVP habe ihre Existenzberechtigung und müsse deshalb ihren Weg fortsetzen. Heinemann begründete die Funktion der GVP wie folgt: »Der SPD traue ich noch keineswegs eine konsequente Linie zu (...). Abgesehen von aller Deutschlandpolitik stehen wir vor der Frage, wie endlich einmal eine Mehrheit ohne CDU zustande kommen kann. Das ist das gleiche Problem, wie es Naumann schon vor Jahrzehnten im Hinblick auf das Zentrum bewegt hat. Kann eine Mehrheit außerhalb der heutigen CDU ohne eine GVP entstehen? Mit einem Hinüberwechseln unsererseits zur SPD ist es gegenwärtig nicht zu schaffen. Folglich muß auch unter solchem Gesichtspunkt die GVP noch weiter arbeiten. Sie wird insbesondere für die Auseinandersetzung mit dem ›C‹ wichtig sein, die die SPD jedenfalls heute noch nicht oder nicht allein in guter Weise führen kann. Ich sehe also die Notwendigkeit der GVP nicht in programmatischen Besonderheiten, sondern in ihren funktionellen Aufgaben.«³³ Demnach verstand Heinemann die GVP nicht zuletzt als Mehrheitsbeschaffer für die SPD.

Eppler bestritt nicht die Möglichkeit der GVP, in dem von Heinemann beschriebenen Sinn funktionell zu wirken. Seiner Meinung nach reichten aber weder die personellen, materiellen noch programmatischen Voraussetzungen der GVP zu diesem Zweck aus. Personell hielt er die GVP deshalb für diese Aufgabe nicht gewachsen, weil sie in ihrer Wirkung nicht

30 Vgl. Scheu, »Von der GVP zur SPD 1956/57 – Versuch einer Dokumentation«, in: Aus vergangenen Tagen. Heinemann von seinen Freunden zum 70. Geburtstag gewidmet. Privatdruck, (1969), o. S.

31 Vgl. Eppler an Heinemann, 27.8.1955, NL Hei II August/September 1955.

32 Eppler, zit. n. »Protokoll der ordentlichen Bezirkskonferenz der GVP in Sulz a. N. am 17.4.1955«, S. 3, Archiv Hertel.

33 Heinemann an Eppler, 19.7.1955, NL Hei II Juli 1955. Vor diesem Hintergrund ist auch die Formulierung Heinemanns nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten besser einzuordnen, als er von einem ›Stück Machtwechsel‹ sprach. Vgl. A. BARING, Machtwechsel, 1982, S.120ff, hier S. 122.

über gewisse Kreise hinausgekommen war. Eppler meinte: »Der antikerikale Christ ist ein rarer Artikel in einer Zeit, wo der Christ nicht allzu häufig vorkommt. Er kann innerhalb größerer Gruppen zur Geltung kommen, aber er kann keine Partei bilden.«³⁴ Von der inhaltlich-programmatischen Seite her hatte die SPD nach Ansicht Epplers zudem die Deutschlandpolitik der GVP weitgehend übernommen.³⁵ Diese Überlegungen Epplers machen deutlich, wie sehr er sich bereits innerlich von der GVP verabschiedet und mit dem Gedanken einer SPD-Mitgliedschaft angefreundet hatte.

Der Beschluß der baden-württembergischen GVP vom 25. September 1955, sich an der Landtagswahl zu beteiligen, gab schließlich den letzten Anstoß für einige besonders rührige GVP-Aktivistinnen – zu ihnen gehörten Eppler, Roland Ostertag und Hans Heller – die GVP zu verlassen und die politische Arbeit in der SPD fortzusetzen. Ein Viertel der Delegierten sprach sich entschieden gegen eine Teilnahme an der Wahl aus.³⁶

Die positive Entscheidung des Parteitages führten die baden-württembergischen »GVP-Dissidenten« auf die Parteitagsrede Heinemanns in Cannstatt zurück, in der dieser sich nicht gegen eine Wahlbeteiligung aussprach.³⁷ Heinemann brachte nach der heftigen Debatte auf dem Parteitag um das Für und Wider einer Beteiligung an der Landtagswahl folgenden Antrag ein: »Der Landesparteitag Baden-Württemberg beschließt: Allgemeine Beteiligung an der Landtagswahl mit konzentriertem Einsatz der Kräfte.«³⁸ Heinemann appellierte zwar nicht an die Delegierten, dem Antrag zuzustimmen, allein die Tatsache, daß er diesen Antrag einbrachte, führte die positive Entscheidung für eine Beteiligung herbei.³⁹ Eppler hielt die Entscheidung für falsch und bewertete die Haltung der GVP als unpolitisch. Er hatte den Eindruck gewonnen, »daß viele GVP-Leute der Politik nicht geben wollen, was der Politik ist, daß ihnen die Übersetzung eines ethischen Impulses in einen politischen nicht gelingt. Aber ich meine: jenes, hier stehe ich, ich kann nicht anders, ist zwar recht eindrucksvoll (...) aber als Devise für eine Partei ist sie nicht nur unpolitisch, sondern unrealistisch«. Eppler ersparte Heinemann nicht den Vorwurf, »er fühle sich manchmal mehr als Zeuge, denn als Politiker«. Eppler meinte, daß bei Heinemann »gegen die SPD im Untergrund manches Gefühlsmäßige mitschwingt«. Er hatte jedenfalls »in den Taktiker und Psychologen Heinemann nicht mehr viel Vertrauen.«⁴⁰

Eppler, Ostertag u. a. traten am 4.10.1955 aus der GVP aus. Das Hauptanliegen der GVP sahen sie im wesentlichen jetzt durch die SPD

34 Eppler an Heinemann, 29.7.1955, NL Hei II Juli 1955.

35 Vgl. Eppler an Heinemann, 27.8.1955, NL Hei II August/September 1955.

36 Vgl. »Protokoll des außerordentlichen LPT der GVP in Stuttgart/Bad Cannstatt am 25.9.1955«, S. 2, Archiv Hertel.

37 Vgl. Eppler, Heller, Ostertag an Heinemann, 4.10.1955, NL Hei II Oktober/Dezember 1955. Kritisch antwortend: Heinemann an Eppler, 22.10.1955, NL Hei II Oktober/Dezember 1955.

38 »Außerordentlicher LPT«, 25.9.1955, S. 2, Archiv Hertel.

39 Vgl. auch Eppler an Heinemann, 26.10.1955, NL Hei II Oktober/Dezember 1955.

40 Eppler an Bay, 21.4.1956, Abschrift, Archiv Hertel.

vertreten.⁴¹ Um den anstehenden Landtagswahlkampf der GVP nicht zu belasten und auch keinerlei Irritationen angesichts der anstehenden Gespräche zwischen SPD- und GVP-Führungsspitze hervorzurufen, traten die GVP-Dissidenten erst nach der badenwürttembergischen Landtagswahl mit ihrer gemeinsamen Erklärung zum Austritt aus der GVP an die Öffentlichkeit.⁴² Heinemann bedauerte den Schritt der Dissidenten, zumal er gerade mit ihnen »eine mehr als nur oberflächliche Gemeinschaft des Suchens und Wollens zu haben glaubte und jeder von Ihnen mehr Bemühung an unsere politische Arbeit machte als viele andere«.⁴³ Man spürt die Enttäuschung Heinemanns aus diesen Worten.

Diesen Schritt aus der GVP heraus vollzogen nicht wenige, die führend, wenn auch oft mehr im Hintergrund für die GVP tätig gewesen waren. Erwin Respondek hatte im April 1955 aus persönlich-privaten Gründen die Partei verlassen.⁴⁴ Ruth Achelis-Bezzel sah »keinerlei Möglichkeit für einen erfolgreichen Neuaufbau der Landesgruppe Berlin der GVP«⁴⁵ und beendete ihre Parteimitgliedschaft. Die Tendenz der wenigen Aktiven in der bayerischen GVP ging Mitte 1956 in Richtung SPD und FDP.⁴⁶

Die GVP befand sich inmitten eines allmählichen Auflösungsprozesses. Dieser Umbruch in der GVP ereignete sich in einer Phase der erschwerten Zusammenarbeit zwischen SPD und GVP. Die Vorstöße seitens der GVP im Herbst 1955, die Paulskirchenbewegung zu reaktivieren und zu verbreitern, wurden von der SPD abgeblockt.⁴⁷ Zuerst schob man seitens der SPD die vereinbarten Termine im Herbst/Winter 1955 immer wieder hinaus. Wessel ließ das zu der Einschätzung kommen: »Die SPD wird immer lahmer in ihrer Opposition«.⁴⁸ Schließlich fand nach informellen Gesprächen im Januar 1956 die Zusammenarbeit von SPD und GVP nach der baden-württembergischen Landtagswahl ein Ende. Die SPD wollte die Paulskirchenaktion nicht mehr fortführen. Allerdings wollte die SPD nach wie vor mit den GVP-Leuten in Verbindung bleiben.⁴⁹

Vielleicht loteten Heinemann und Scheu wegen der »Schwierigkeiten« mit der SPD Ende 1955 die Möglichkeit aus, eine »Liga« zu gründen, die ähnlich der Notgemeinschaft in der Öffentlichkeit wirken sollte, mit der Tendenz, eine neue Partei auf breiter Basis zu gründen. Darunter verstand man die Zusammenarbeit des GVP-Blocks mit Nationalneutralisten in enger

41 Vgl. Eppler, Heller, Ostertag an Heinemann, 4.10.1955, NL Hei II Oktober/Dezember 1955.

42 Vgl. Eppler, Ostertag, »Gemeinsame Erklärung v. 26.3.1956«, hektographiert, Archiv Hertel. Vgl. auch E. EPPLER, 1986, S. 59-62. Der Hinweis Soells – vgl. H. SOELL, 1976, S. 620, FN 242 – Erler hätte Eppler seit dem Juli 1956 »betreuen« lassen, kann mißverständlich interpretiert werden. Eppler trat bereits am 27.1.1956 der SPD bei, ohne allerdings irgend jemandem davon zu berichten. Auskunft Eppler, 10.5.1989.

43 Heinemann an Eppler, Heller, Ostertag, 22.10.1955, NL Hei II Oktober/Dezember 1955.

44 Vgl. Respondek an GVP-LV Berlin, 4.4.1955, Abschrift, NL We STO 48. Vgl. auch Respondek an Heinemann, 14.4.1955, Abschrift, NL We STO 48.

45 Achelis-Bezzel an Heinemann, 15.10.1955, NL Hei II Oktober/Dezember 1955.

46 Vgl. Küpper an Wessel, 22.6.1956, NL We 124.

47 Vgl. Heinemann an Ollenhauer, 21.11.1955, Abschrift, NL Scheu 20. Vgl. Ollenhauer an Heinemann, 5.12.1955, NL Hei 54.

48 Wessel an Heinemann, 13.12.1955, NL Hei 52.

49 Vgl. Mellies an Heinemann, 14.3.1956, NL Hei 53.

Fühlungnahme mit den Gewerkschaften und der SPD. Bis auf eine Besprechung am 28.11. 1955 im Hause Heinemann ist darüber nichts weiteres nachweisbar.⁵⁰ Die GVP entschied sich jedenfalls für den Weg zur SPD.

Der Ausgang der baden-württembergischen Landtagswahl am 4.3.1956 – die GVP erhielt lediglich 1,5% der Stimmen⁵¹ – brachte innerhalb der GVP den entscheidenden Umschwung. Nach der Wahl in Baden-Württemberg war selbst in den Hochburgen der GVP die Depression tief. Obschon z. B. die GVP in Freudenstadt 17.9% der Stimmen erhalten hatte – in 19 von 50 Gemeinden war sie sogar stärkste Partei, in 39 Gemeinden stärker als die CDU⁵² – gelang es dem dortigen Kreisvorsitzenden Hertel nur mit Mühe, die GVP davor zu bewahren, sich aufzulösen. Jetzt nach Baden-Württemberg setzte sich in der GVP-Spitze die Erkenntnis durch, es niemals alleine schaffen zu können.⁵³ Der Bundesvorstand ermächtigte am 21./22. April 1956 das Präsidium der GVP, »nach anderen Seiten Fühlung zwecks eines gemeinsamen Handelns in der nächsten Bundestagswahl aufzunehmen«. Herbert Mochalski wurde beauftragt, zu klären, »ob und welche Fühlungnahme mit Personen außerhalb der Bundesrepublik zur Förderung der Ziele der GVP zweckmäßig erscheint«. ⁵⁴

2. Der Prozeß der Auflösung

Auch seitens der SPD witterte man die Chance, die GVP für die SPD erfolgreich einzubinden. Erler wollte sich mit Heinemann »über die politische Entwicklung im Lichte der Wahlergebnisse von Baden-Württemberg« unterhalten.¹ An eine Fortsetzung der Paulskirchenbewegung, wie sie sich die GVP wünschte, hatte die SPD jedenfalls nicht gedacht. In den Führungsgremien der GVP wurde in den ersten Monaten des Jahres 1956 intensiv darüber nachgedacht, wie man bei der kommenden Bundestagswahl den CDU-Regierungsblock aufbrechen könnte. Heinemann erstellte zu diesem Zweck ein Exposé, datiert vom 5.4.1956. In ihm erklärte Heinemann:

- »1. Die GVP wäre bereit, mit allen anderen Gruppen, vor allem mit der SPD im Blick auf die Bundestagswahl 1957 zu einer Zusammenarbeit zu kommen, mit dem Ziel, die CDU-Regierung aus dem Sattel zu heben.
2. Es wird festgestellt, daß nur SPD, FDP und BHE bei der Bundestagswahl mit Mandaten im Alleingang rechnen können, während Bayern-Partei, Zentrums-Partei und GVP dies nur in gewissen

50 Vgl. »Besprechung am 28.11.1955«, NL Scheu 22.

51 Vgl. zu den Ergebnissen und zur Bewertung der Landtagswahl im einzelnen B. JOBKE, 1974, S. 171ff.

52 Vgl. »Der Wahlkampf im Kreis Freudenstadt-Horb«, Manuskript, Archiv Hertel. Vgl. Hertel an Schreiber, 10.3.1956, Archiv Hertel. Vgl. auch Hertel an Köckritz, 15.4.1957, Archiv Hertel.

53 Vgl. Wessel an Heinemann, 6.3.1956, NL Hei 53.

54 »Protokoll über die BuVo-Sitzung der GVP am 21./22. April 1956 in Essen«, S. 2, NL Hei 383.
1 Erler an Heinemann, 14.3.1956, NL Hei II März 1956.

Schwerpunkten erreichen dürften. Ob die kleinen Parteien aber jeweils zu drei Direkt-Mandaten und damit zur Wertung der Zweitstimmen kommen, wird als zweifelhaft bezeichnet und festgestellt, daß sehr viele dieser Wähler ihre Zweitstimme dann wahrscheinlich doch wieder der CDU zukommen lassen. Die den drei Gruppen verbleibenden Stimmen würden dann weggeworfen sein und sich dann ebenfalls anteilig in Mandate der CDU umsetzen.

3. Da die FDP und der BHE für unser Ziel, eine Regierung ohne CDU zu bilden, nur bedingt in Rechnung zu setzen sind, müßte in der verbleibenden Zeit erreicht werden, daß die SPD mit diesen beiden Parteien und den kleineren Parteien zusammen eine deutlich sichtbare Opposition gegenüber der Bundesregierung bildet(...).
4. Da der Kern der Opposition gegen die CDU die SPD darstellt, muß diese sich in erster Linie fragen lassen, ob sie bereit ist, die drei kleineren Parteien in der Wahl so zu fördern, daß diese ihrerseits der SPD bei der Regierungsbildung helfen können, da die SPD alleine auf keinen Fall über eine 50-Prozent-Mehrheit kommen kann.«

Das Exposé endete mit der Frage: »Ist die SPD bereit, sich auf eine Überlegung einzulassen, wie dieser Situation Rechnung getragen werden kann?«²

Heinemanns Strategie war also die Förderung und Unterstützung der kleineren Oppositionsparteien³ durch die SPD. Thomas Dehler, den Heinemann ansprach, schien einer Zusammenarbeit nicht abgeneigt zu sein. Gleiches galt für Feller und Keller vom BHE. Alle Drei ließen eine »grundsätzliche Geneigtheit erkennen«, teilte Heinemann Mellies mit.⁴ Alle drei wollten aber erst ihren Parteitag abwarten. Helene Wessel sollte mit dem Zentrum sprechen. Heinemann hatte mit der BP »vorbereitende Fühlung«⁵ genommen. Letztlich blieben die Bemühungen einer gemeinsamen Opposition erfolglos. Wessel hatte bei Vorstandssitzungen immer wieder davor gewarnt, die Möglichkeit eines Zusammengehens von Zentrum und GVP zu überschätzen.⁶ Noch nach seinem Wechsel zur SPD im Mai 1957 bedauerte es Heinemann ausdrücklich gegenüber dem nordrhein-westfälischen Zentrumspolitiker Amelunxen, daß dieser Schritt zur SPD »leider nicht in der Gemeinsamkeit mit Ihren engeren politischen Freunden (gefallen ist), die ich gern gewünscht hätte.«⁷

Adolf Scheu argumentierte stets gegen die Strategie des »Zusammenschlusses« der kleinen Parteien, mit der Begründung, daß drei Schwache

2 Zit. n. Scheu, »Von der GVP zur SPD 1956/57 – Versuch einer Dokumentation«, in: Aus vergangenen Tagen. Heinemann von seinen Freunden zum 70. Geburtstag gewidmet. Privatdruck (1969), o. S.. Im folgenden: »Zur SPD«.

3 Vgl. Heinemann, »Bundestagswahl«, in: GR, 4. Jg., Nr. 15 v. 6.4. 1956, S. 2. Arndt wollte den Zusammenschluß von FDP, BHE, GVP, DPS zur DU. Mit dieser Vorstellung blieb er allein. Vgl. Arndt an Schneider (Vorsitzender der DPS-Saar), NL We STO 48. Die Resonanz Schneiders war positiv. Vgl. ders. an Arndt, 4.9.1956, NL We STO 48. Wessel hielt Schneider für »zu nationalistisch«, so Wessel an Arndt, 8.10.1956, NL We STO 48.

4 Heinemann an Mellies, 5.4.1956, NL Hei 53.

5 Ebd..

6 Vgl. D. KOCH, Heinemann, 1972, S. 480.

7 Heinemann an Amelunxen, 22.5.1957, NL Hei II 1957.

zusammengeschlossen nicht einen Starken ergäben, sondern möglicherweise, zum mindesten was die einheitliche politische Linie anlange, eine noch schwächere Einheit.⁸ Beide Strategien auszuloten, nämlich den Versuch einer engeren Kooperation mit der FDP oder einer Unterstützung durch die SPD, unternahm der baden-württembergische Landesverband der GVP.⁹

Hertel kam Ende 1956 zu der Einsicht: »Die FDP neigt nicht zu ›Altruismus‹ (...). Sie meint, die GVP ›verhungere‹ so oder so.«¹⁰ In Baden-Württemberg konzentrierten sich deshalb die Gespräche zu der Zeit allein auf die SPD. Heinemann selbst hatte im Herbst 1956 mehrere Unterredungen mit FDP-Vertretern, u. a. mit Thomas Dehler. Heinemanns Überlegungen und sein Anliegen an die FDP gingen dahin, daß die FDP in den Wahlkreisen, in denen die GVP »von der SPD die Vorhand bekommen würde«, selbst keine Kandidaten benennt, um die GVP-Chancen zu verbessern. Im Gegenzug hätte die GVP auf jegliche Direktkandidaten in den anderen Wahlkreisen verzichtet.¹¹ Auch Mochalski hatte im Herbst 1956 eine Unterredung mit Dehler.¹² Ein konkretes Ergebnis erbrachten diese Gespräche nicht. Im Gegenteil, laut Mitteilung Wessels hatte Dehler auf dem niedersächsischen Landesparteitag der FDP seine Bereitwilligkeit erklärt, nach der Bundestagswahl 1957 sowohl mit der SPD als auch mit der CDU zu koalieren. Einer ›Verschmelzung‹ der FDP mit kleineren Parteien stimmte er nicht zu.¹³

Neben den Gesprächen mit FDP-Vertretern hatte Heinemann auch mit SPD-Funktionären unverbindlich konferiert. Scheu empfahl Heinemann, endlich aus den unverbindlichen Einzelgesprächen herauszutreten und mit der SPD-Führung offizielle Gespräche zu führen. Auch Wessel drängte Heinemann, »daß wir energischer auf die SPD zugehen sollten mit dem bewußten Willen, dadurch auf das Zweiparteiensystem in Deutschland hinzusteuern, was ohnehin in der Luft liegt«.¹⁴

Bereits im Juli hatte der nordrhein-westfälische Landesvorstand der GVP das Präsidium dringend ersucht, »konkrete Verhandlungen mit der SPD im Hinblick auf die Bundestagswahl 1957 unverzüglich anzubahnen und durchzuführen.«¹⁵ Die Notwendigkeit hierzu wurde sowohl von Scheu und Posser als auch von Wessel gesehen, nachdem sich ihrer Meinung nach in den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen Ende

8 Vgl. Scheu, ›Zur SPD‹.

9 Vgl. »Grundlagen für Verhandlungen mit der SPD« und »Grundlagen für Verhandlungen mit der FDP«, Anlage zu Hausmann an GVP-LaVo, 8.9.1956, Archiv Hertel.

10 Hertel an Leikam, 15.12.1956, Archiv Hertel.

11 Heinemann an Scheu, Wessel, 2.11.1956, NL Scheu 32. Vgl. auch Heinemann an Schulze zur Wiesche, 8.11.1956, auf Rückseite »Zu Entwicklungstendenzen des Bergrechtes«, NL Hei 143. Heinemanns Strategie lief, wie der ganze Quellenkontext ergibt, auf eine Zusammenarbeit mit der FDP, nicht auf eine FDP-Mitgliedschaft hinaus, wie das Baring behauptet. Vgl. A. BARING, Machtwechsel, 1982, S. 61.

12 Vgl. Priebe an Hertel, 4.9.1956, Archiv Hertel.

13 Zit. n. Wessel an Heinemann, 21.11.1956, NL Hei 57.

14 Wessel an Heinemann, 3.10.1956, NL Hei 56.

15 »Protokoll der LaVo-Sitzung in Düsseldorf am 27.7.1956«, S. 2, NL Scheu 51.

Oktober 1956 eine deutliche Tendenz zum Zweiparteisystem abgezeichnet hatte.¹⁶

Eine Vorentscheidung brachte schließlich die Bundesvorstandssitzung am 29./30.9.1956 in Köln. Wichtigster Beschluß war ein von Baden-Württemberg eingebrachter Antrag, der das GVP-Präsidium und die Landesvorstände im Benehmen mit dem Präsidium ermächtigte, Verhandlungen mit anderen politischen Gruppierungen über ein Zusammengehen bei der Bundestagswahl 1957 zu führen, unter zwei Voraussetzungen: das politische Anliegen der GVP war zu wahren und öffentliche Verlautbarungen durften nicht zu Verwirrungen innerhalb der Partei führen.¹⁷

Hertel, Scheu u. a. dachten dabei allein an die SPD. Die Zusammenarbeit mit der SPD war in folgenden Alternativen denkbar: einmal im Sinne eines traditionellen Wahlbündnisses mit der SPD – das wollte Heinemann – oder durch Überführung der GVP in die SPD, das war das Ziel von Scheu. Während der Kölner Bundesvorstandssitzung, auf der Scheu eine Reihe von Einzelgesprächen führte, verspürte er eine immer geringer werdende Bereitschaft innerhalb der GVP, die Partei in eigener Regie weiterarbeiten zu lassen.

Gerade die aktivsten Kräfte und die Renommierkreisverbände, wie Freudenstadt, beschäftigten sich schon mit dem Gedanken, die GVP-Arbeit im Sinne einer eigenständigen Organisation aufzugeben. In Köln wurde »einerseits von einem Begräbnis der GVP und andererseits vom Weitermachen gesprochen. Dr. Heinemann hat die Dinge in Schwebelage lassen«,¹⁸ war der Kommentar eines Teilnehmers an der Vorstandssitzung.

Heinemanns Meinung, daß der Weg zur wie auch immer gestalteten Zusammenarbeit mit der SPD vorgezeichnet war, war aber seit der Kölner Sitzung klar. Das wird aus dem Schreiben Albert Priebe, der weiterhin für die Bundestagswahl auf einen Alleingang der GVP setzte, an Gerhard Hertel deutlich: »Aus meinen Besprechungen, dem Verhalten Heinemanns bei der Bundesvorstandssitzung in Köln, dem Bericht Mochalskis über seine Verhandlungen mit der SPD, der Reaktion Niemöllers, aus anderen Beobachtungen ist mir jetzt ziemlich deutlich geworden, daß Heinemann, Wessel und Mochalski anstreben, daß sie auf Landeslisten der SPD unterkommen.«¹⁹

Aus zahlreichen Einzelgesprächen zwischen SPD und GVP (Mochalski – Klaus Arndt²⁰; Wessel – Willi Eichler²¹; u. a.) gewann man in der GVP den Eindruck, die SPD sei ernsthaft an einer Mitarbeit der GVP-Leute interessiert. Im Dezember 1956 forderte schließlich das GVP-Präsidium den SPD-Parteivorstand schriftlich auf, ein verbindliches Gespräch über

16 Vgl. »Protokoll über die Sitzung des LaVo am 12.11.1956«, S. 2, NL Scheu 51.

17 Zit. n. Scheu, »Zur SPD«.

18 Priebe an Hertel, 3.10.1956, Archiv Hertel.

19 Priebe an Hertel, 5.11.1956, Archiv Hertel.

20 Vgl. Priebe an Hertel, 2.10.1956, Archiv Hertel.

21 Vgl. Scheu, »Zur SPD«. Vgl. auch Wessel an Heinemann, 21.11.1956, NL Hei 57.

ein Zusammengehen bei der Bundestagswahl 1957 zu führen.²² Heinemann dachte dabei, Direktwahlkreise von der SPD für die GVP zu erreichen.²³ Am 14.1. 1957 und am 28.1.1957 kam es zu offiziellen Verhandlungen zwischen Heinemann, Hertel, Wessel, Scheu und der SPD-Führungsriege Ollenhauer, Mellies, Menzel und Wehner. Aufgrund präziser Berechnungen ermittelten die GVP-Leute im Fall einer gemeinsamen Opposition drei Überhangmandate. Heinemann machte deutlich, allein könne die SPD es nicht schaffen, die CDU aus dem Sattel zu werfen.²⁴ Ebenso nachdrücklich machte Heinemann Ollenhauer klar, er halte ein Aufgehen der GVP in der SPD, zu der sie gehöre, für zu früh, weil die Wähler der GVP möglicherweise wieder zur CDU ›zurückgestaut‹ würden. Für Heinemann bedurfte die Linke, wie er es formulierte, eines »Beiwagens«, da sie nur mit ihm eine parlamentarische Mehrheit schaffen könnte.²⁵

Die SPD dachte aber gar nicht daran, mit der GVP zu landesweiten Regelungen zu kommen. Ihr Hauptaugenmerk richtete sich auf mögliche regionale Vereinbarungen, und zwar gerade in den Wahlkreisen, in denen die GVP über ein relativ hohes Stimmenpotential verfügte. In der SPD gab es vier verschiedene Grundeinstellungen zur GVP. Es gab Funktionäre, die wegen des Abkommens der GVP mit dem BdD²⁶ einen Stimmenverlust der SPD bei Wahlen befürchteten. Andere wehrten sich gegen ein Abkommen mit der GVP, weil deren Führungsspitze sowieso auf SPD-Listen hätte kandidieren können. Eine dritte Gruppe wiederum hatte politische Bedenken wegen der Wiedervereinigungspolitik, wie sie der GVP vorschwebte. Und schließlich gab es SPD-Politiker, die sich grundsätzlich gegen jegliche Bündnisse aussprachen.²⁷ Aus diesen Darlegungen Wehners schloß Scheu auf die Unmöglichkeit eines traditionellen Wahlbündnisses zwischen SPD und GVP. Scheu vertrat denn auch seit dem zweiten Gespräch mit der SPD verstärkt den Standpunkt, die GVP müsse in der SPD aufgehen. Derartige Gedanken stießen noch auf Widerstand sowohl bei Heinemann als auch in Untergliederungen. Unterstützt wurde Scheu von Posser, der sich erstmals ebenso deutlich wie Scheu am 22./23.2.1957 auf der Bundesvorstandssitzung für die Auflösung der GVP und die Weiterarbeit innerhalb der SPD aussprach.²⁸

Heinemann zögerte noch, er fühlte sich nicht zuletzt seinen GVP-Freunden des Kreisverbandes Siegerland/Wittgenstein verpflichtet. Dort hatte er kandidiert, dort seine Erfolge erzielt. Gerade der Kreisverband

22 Vgl. Heinemann, Wessel an Ollenhauer, 20.12.1956, NL Hei 57.

23 Vgl. Heinemann an Leikam, 21.12.1956, Abschrift, Archiv Hertel. Vgl. auch Heinemann an Hertel, 21.12.1956, Archiv Hertel.

24 Heinemann, zit. n. Scheu, ›Zur SPD‹.

25 Heinemann, zit. n. einer Auskunft Hertels v. 28.1.1987, der bei den Verhandlungen am 28.1.1957 zugegen war.

26 Der BdD hatte bereits in der Anfangsphase der Gespräche zwischen SPD und GVP eine Einigung zu torpedieren versucht. Er publizierte, daß es der GVP darum ginge, Ministerposten zu erlangen. Vgl. Heidingsfelder an (Wessel), 1.10.1956, Abschrift, NL Hei 56. Vgl. auch Wessel an Heinemann, 3.10.1956, NL Hei 56.

27 Wehner, zit. n. Scheu, ›Zur SPD‹.

28 Posser, zit. n. ebd..

sperrte sich aber gegen die SPD.²⁹ Heinemann appellierte sogar an Scheu, »mit der Tendenz zur Auflösung der GVP zurückhaltend zu sein«.³⁰ Scheu trat deshalb an Wessel heran und bat sie inständig: »Beste Frau Wessel, ich flehe Sie an, ringen Sie sich vor der nächsten Präsidiumssitzung zu einer klaren Linie durch, denn nur so können wir Heinemann helfen, seine Treuekomplexe über Bord zu werfen. Diese Partei ist nicht mehr zu retten.«³¹ Für Heinemann wich die SPD aber »einer grundsätzlichen Lösung« aus, weil »keine Gemeinschaftskandidatur mit der SPD zustande kommt«.³²

Um auf Heinemann einwirken zu können, teilte Scheu der Öffentlichkeit mit, eine Auflösung der GVP und ein Übertritt zur SPD werde erwogen. Scheu argumentierte, die Standpunkte von SPD und GVP hätten sich seit 1953 sowohl innen- wie außenpolitisch zusehends angenähert. Ferner müsse die allgemeine Tendenz zum Zweiparteiensystem in Betracht gezogen werden. Die Durchsetzung der politischen Ziele, die sich die GVP einst gesteckt hatte, Wiedervereinigung, Entideologisierung der Politik, Aktivierung christlicher Kräfte gegen die Adenauersche Restaurationspolitik, sah Scheu nun durch die SPD gesichert.³³ In der baden-württembergischen GVP fand Scheu uneingeschränkte Unterstützung. Ja, die Freudenstädter GVP weigerte sich auf dem baden-württembergischen Landesparteitag, die GVP-Arbeit fortzuführen. Hertel wollte damit nachhaltigen politischen Druck ausüben. Schließlich stimmten 27 Delegierte der baden-württembergischen GVP für den Übertritt zur SPD, 18 sprachen sich dagegen aus und drei enthielten sich der Stimme.³⁴

Wider Erwarten votierte der nordrhein-westfälische Landesparteitag gegen eine Auflösung der GVP.³⁵ Scheu meinte, es hätte sich hier um »einige ultralinks eingestellte Leute«³⁶ gehandelt, denen es darum ginge, »im Sinne des <anderen Deutschland> und der Handvoll alter Marxisten innerhalb der SPD eine Voraussetzung zu einer gesamtdeutschen Volksfront-Regierung zu schaffen«.³⁷ Trotz der Entscheidung der nordrhein-westfälischen GVP kam Scheu aufgrund der dort gewählten Delegierten für einen Bundesparteitag zu der Einschätzung, eine Mehrheit für die Auflösung der GVP zu bekommen. Die Satzung sah aber eine qualifizierte Mehrheit von drei Viertel der Stimmen für einen Auflösungsbeschluss vor.

Heinemann wurde von verschiedenen Seiten bedrängt, die Ausweglosigkeit der GVP-Arbeit, die auch er erkannt hatte, ebenso klar auf dem Bundesparteitag der GVP darzustellen. Ende April hatte sich Heinemann

29 Vgl. Heinemann an Bay/Hertel, 22.3.1957, Archiv Hertel. Vgl. auch »Niederschrift über die Mitgliederversammlung der GVP Siegerland/Wittgenstein«, 16.2.1957, NL Hei 384.

30 Heinemann an Scheu, 22.3.1957, NL Scheu 13.

31 Scheu an Wessel, 5.4.1957, Abschrift, Archiv Hertel.

32 Heinemann an Bay/Hertel, 22.3.1957, Archiv Hertel.

33 Vgl. Scheu, zit. n. »GVP und SPD«, in: GR, 4. Jg., Nr. 15 v. 12.4.1957, S. 4. Vgl. auch »Die GVP will sich auflösen«, in: FAZ v. 4.4.1957.

34 Vgl. Hertel an Scheu, 1.4.1957, Archiv Hertel.

35 Vgl. Scheu an Posser, 5.4.1957, Abschrift, Depositum Willems 11.

36 Scheu an Hertel, 3.4.1957, Archiv Hertel.

37 Scheu an Posser, 5.4.1957, Abschrift, Depositum Willems 11.

zur Auflösung der GVP durchgerungen, wie ein Brief Hertels von 29.4.1957 an ihn zeigt. Dort heißt es: »Ich bin Ihnen, hochverehrter Herr Doktor, herzlich dankbar, daß Sie bei der Besprechung mit den Siegernern so klar und deutlich Stellung bezogen haben. Darum ging es uns. Die Siegerner wissen jetzt, daß auch Sie keinen Weg für die GVP mehr sehen.«³⁸ Heinemanns Beschluß stand also vor dem ausschlaggebenden Bundesparteitag schon fest. Seine Entscheidung mag durch die Einflußnahme vieler seiner protestantischen Freunde erleichtert worden sein, die ihm zur Auflösung der GVP rieten.³⁹ Am 18./19. Mai 1957 kam die GVP zu ihrem letzten Bundesparteitag zusammen. Der Schritt fiel den Beteiligten schwer. Die Schlußabstimmung, die GVP aufzulösen und einen Übertritt in die SPD zu wagen, fiel dennoch mit eindeutiger Mehrheit aus. Vier Fünftel der Delegierten – 43 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und eine Enthaltung – sprachen sich für den vorliegenden Antrag der Parteiauflösung aus. Allein hessische Delegierte und Vertreter aus dem Kreisverband Siegerland/Wittgenstein widersetzten sich dem Auflösungsbeschluß.⁴⁰ Das hessische GVP-Mitglied Mochalski, das nicht selbst am Bundesparteitag teilnehmen konnte, schloß sich der Meinung seines Landesverbandes nicht an. Er verfaßte ein Schreiben für den Bundesparteitag, in dem er für die Auflösung der GVP eintrat und zum Übertritt zur SPD aufforderte. Mochalski ermächtigte Heinemann, von diesem Schreiben gegebenenfalls Gebrauch zu machen. Auch Mochalski sah nur noch in der SPD eine Chance, »die Besiegelung der Teilung Deutschlands und die Provokation des Krieges durch die atomare Bedrohung« verhindern zu können.⁴¹

Die Führungsspitze wechselte geschlossen zur SPD. Wenige GVP-Mitglieder fand man in der FDP wieder. Herbert Mochalski u. a. suchten bald nach einer linken Alternative und bauten die DFU mit auf. Daß sich die GVP-Mitglieder ihre eigenständige politische Haltung bewahrten, zeigt sich am Beispiel der bayerischen GVP-Landesvorsitzenden Christl Küpper. Sie trat aus der SPD aus, nachdem der zuständige Unterbezirk der SPD eine Reise von ihr in die DDR mißbilligte, und widmete sich künftig der Friedens- und Konfliktforschung.⁴² Selbst viele Aktivisten aus dem Kreisverband Siegerland/Wittgenstein der GVP gingen nach der überwältigenden Mehrheitsentscheidung zur SPD.⁴³ Der Versuch des hessischen Landesvorsitzenden Köckritz, die GVP-Tätigkeit in einer anderen

38 Hertel an Heinemann, 29.4.1957, Archiv Hertel.

39 Vgl. Präses Wilm an Hertel, 13.5.1957, Archiv Hertel. Auch Niemöller, Gollwitzer, Iwand, Kloppenburg bedrängten Heinemann. Vgl. Leikam, »Begründung des Antrags des Landesverbandes Baden-Württemberg für den außerordentlichen Bundesparteitag am 18./19.5.1957«, S. 6, Archiv Hertel. Präses Held schrieb am 24. Mai 1957 an Hertel: »Ich war glücklich, als er mir vor einigen Wochen sagte (Hervorhebung, J. M.), daß er sich entschlossen habe, der SPD beizutreten«, Archiv Hertel. Vgl. auch Kloppenburg an Hertel, 16.5.1957, Archiv Hertel.

40 Vgl. Scheu, »Zur SPD«. Vgl. auch KV-Siegerland/Wittgenstein, »An Parteifreunde«, 15.5.1957, NL Scheu 65.

41 Mochalski an Heinemann, 17.5.1957, NL Hei 59. Vgl. auch Heinemann, »Der Weg zur SPD«, in: GR, 5.Jg., Nr.21 v.31.5.1957, S.2.

42 Auskunft Küpper, November 1984.

43 Anfang 1958 waren drei Viertel des ehemaligen KV-Siegerland/ Wittgenstein zur SPD übergetreten. Vgl. Vomhof an Scheu, 13.1. 1958, NL Scheu 39.

Organisationsform weiterzuführen, scheiterte. Die GVP existierte zwar in Hessen unter dem Namen ›Sammlung der Mitte‹ weiter, doch sie war nach Selbsteinschätzung Köckritz lediglich ein ›Debattierclub‹. Nach der eindeutigen SPD-Wahlniederlage im September 1957 hielt Köckritz es überhaupt für abwegig, weiterhin »die Wege des Parteienkampfes« zu beschreiten. Er wollte die Rückkehr zu außerparlamentarischen Kampfformen.⁴⁴ Treffend charakterisierte Wessel die ›GVP-Geschichte‹: »Irgendwie waren wir doch immer auf dem Wege dahin und dies um so mehr, da sich die SPD doch unseren Ansichten sehr genähert hat.«⁴⁵ Heinemann motivierte zwei Monate nach seinem Eintritt in die SPD den Parteiwechsel weniger deutschlandpolitisch, denn strategisch-politisch. Er meinte in einem Schreiben: »Die Anrede an die SPD, etwas in Richtung Volkspartei-Labour Party tun zu müssen, war so eindringlich, daß es im Mai zu den bekannten Vorgängen, nämlich Auflösung der GVP und Übertritt ihrer weitaus meisten aktiven Mitglieder zu SPD kam.«⁴⁶ Mit dem »Übertritt aktiver christlicher Männer und Frauen« zur SPD wollte er der »seit 1950 einsetzende(n) Entwicklung zu ›christlichen Einheitsfront‹ gegen die Roten und gegen die Liberalen« begegnen.⁴⁷

3. Die ›GVP‹-Politik in der SPD

Die GVP war 1953 mit einem klaren deutschlandpolitischen Programm angetreten. Die politische Annäherung an die SPD war dadurch gekennzeichnet, daß man in der GVP glaubte, die SPD hätte das Wiedervereinigungsprogramm der GVP voll übernommen. Entsprach das tatsächlich den Gegebenheiten? Wirkte die GVP auf die programmatischen Richtlinien der sozialdemokratischen Deutschlandpolitik ein?

Sicherlich war es den ehemaligen GVP-Präsidiumsmitgliedern Heinemann und Wessel gelungen, auf SPD-Listen in den Bundestag einzuziehen. Den beiden baden-württembergischen ehemaligen GVP-Mitgliedern Hans Bay und Gerhard Hertel blieb dies verwehrt. Auch der erhoffte Stimmenzuwachs für die SPD durch GVP-Wähler blieb in der Bundestagswahl 1957 aus. Das Konzept war nicht aufgegangen. Nachträglich bestätigte sich Heinemanns ursprüngliche Skepsis gegen eine zu frühe Auflösung der GVP. Heinemann wollte ja eigentlich einen ›Beiwagen‹, einen rechten Flügel für die Linke.

Mit dem Eintritt der GVP-Leute in die SPD ging zwar, wie es Scheu schon vor der GVP-Auflösung formulierte, ein »Signal eines Wandels«¹ von der SPD aus, doch war das Zusammengehen eines Teils des christlichen Bürgerblocks mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ein Symbol

44 Köckritz an Heinemann, 20.9.1957, NL Hei 61.

45 Wessel an Koralle, 4.6.1957, NL We 38.

46 Heinemann an Barth, 1.8.1957, NL Hei 61. Vgl. auch Heinemann an Droste, 20.9.1957, NL Hei 61.

47 Heinemann an Sternberger, 18.6.1957, NL Hei 60.

1 Scheu an Erler, 16.3.1957, NL Scheu.

der Aussöhnung zwischen Kirche und SPD? Man darf in dieser Hinsicht den Schritt der GVP zur SPD nicht überbewerten. Diejenigen, die aus der GVP zur SPD stießen, gehörten einem prononcierten Protestantismus an, der innerhalb der EKD selbst nur eine Strömung darstellte. Die SPD war bei allem Zuwachs aus der ›protestantischen‹ GVP noch immer auf Gespräche mit offiziellen Vertretern der evangelischen Kirche angewiesen. Dennoch sollte man den langfristigen Effekt des Übertritts von Heinemann und seinen Gesinnungsgenossen nicht unterschätzen. Wenn sie auch auf die programmatischen Veränderungen innerhalb der SPD, auf den Prozeß des Wandels des ideologischen Selbstverständnisses unmittelbar keinen bestimmenden Einfluß hatten. Die Veränderungsprozesse in der SPD setzten schon vor dem Wechsel der GVP-Politiker ein.² Heinemann und seine Anhänger waren überzeugte ›Godesberger‹.³ Sie waren Verfechter der Wandlung der SPD zu einer linken Volkspartei. Heinemann brachte Vorstellungen im Kapitel ›Kirche und Staat‹ des Godesberger Grundsatzprogrammes von 1959 ein. Aber das Godesberger Programm war der Abschluß einer innerparteilichen Diskussion, die schon nach 1945 einsetzte, nach 1953 forciert und 1955 intensiviert wurde. Entscheidend war und blieb der Einfluß der ethischen Sozialisten auf das Godesberger Programm. Sie revolutionierten das programmatische Verständnis der SPD, indem sie das neue Parteiprogramm auf eine Wertaxiomatik stellten.⁴

Die Gedanken, die Ehemalige aus der GVP ursprünglich in der Programmarbeit der SPD diskutieren wollten,⁵ hielt Eppler »für jeden, der von Marx herkommt, so revolutionär (...), daß er es gar nicht verstehen wird. Ein solches Grundsatzprogramm hat in der Partei, so wie ich sie kennengelernt habe, nicht die geringste Chance«. Eppler hielt es für »unerhört schwer, dem Neuen gerecht zu werden und die geschichtliche Kontinuität zu wahren.« Genau das war nach Epplers Meinung die Aufgabe, die vor den ehemaligen GVP-Mitgliedern lag.⁶ 1958/1959 ist der Versuch unterblieben, dieses programmatische Neue in die SPD einzubringen. Interessant für die SPD waren Heinemann und seine Anhänger vor allen Dingen als bürgerlichprotestantische Christen, die dem Gesamtcharakter der Partei einen anderen Anstrich gaben.

Die ›GVP-Mitglieder‹ sahen durch den Eintritt in die SPD einen qualitativen Sprung in der ›Arbeiterpartei‹. Mit Heinemanns Schritt zur SPD wurde für sie »nach außen sichtbar, daß Christen auf beiden Seiten – der Regierung und der Opposition stehen können.« Für sie repräsentierte Heinemann »einen wesentlichen Teil des Protestantismus, des Protestantismus nämlich, der eine Thron- und Altarpolitik ablehnt, und der zutiefst

2 Vgl. H. KÖSER, 1971, S. 240.

3 Vgl. Posser, »Ein Leben, das aus Widerspruch und Verantwortungsbewußtsein ein Vorbild für uns alle wurde«, in: Vorwärts, Nr. 29 v. 15.7.1976.

4 Vgl. hierzu Th. MEYER, 1978, S. 102 – 106. Vgl. auch K. LOMPE/L. NEUMANN, 1979, S. 7 – 24.

5 Z. B. Leikam, »Sozialdemokratische Partei Deutschlands – ihre Grundlage, ihre Ziele«, (1958), NL Scheu 69.

6 Eppler an Heinemann, Scheu, Bay, Haußmann, 23.1.1958, NL Scheu 69.

um die Schuld weiß, die die Kirche bei der Entfremdung der Arbeiterschaft von der Kirche trägt«. ⁷

Wie sah es nun mit dem praktischen Einfluß von Heinemann und seinen Gefolgsleuten auf die Deutschlandpolitik aus? Kurzum: er ist nicht nennenswert. ⁸ Das zeigte sich erstmals während des Bundestagswahlkampfes im Jahr 1957. Heinemann wollte sich in einem Artikel mit den Argumenten gegen die Neutralisierung Deutschlands auseinandersetzen und erinnerte an den Modellfall Österreich: »Es erlangte« – so die Argumentation von Heinemann – »die Räumung von allen Besatzungen dadurch, daß es ›neutral‹ wurde, indem es sich verpflichtete, seine Rüstung begrenzt zu halten und künftig keine Militärbündnisse einzugehen. (...)« ⁹ In diesem Artikel führte Heinemann längst bekannte Argumente aus seiner GVP-Zeit an. Der Parteivorstand sah sich nicht in der Lage, den Artikel in der vorliegenden Form zu publizieren, denn »der Bundesregierung bieten Sie den bequemen Vorwand, daß man in der Sozialdemokratischen Partei doch wieder von Neutralität rede (...). Unsere Formulierung ›kollektives Sicherheitssystem in Europa‹, in dem das wiedervereinigte Deutschland mit allen Rechten und Pflichten beteiligt ist; aber keine Neutralisierung Deutschlands hat sich bewährt.« ¹⁰ Heinemann beugte sich den Einwänden und ließ dieses Thema während des Wahlkampfes ruhen. ¹¹ Wessels außenpolitische Überlegungen, wie sie sie noch 1957 anstellte, waren zwischenzeitlich anachronistisch geworden und nicht mit der SPD-Vorstellung in Einklang zu bringen. Noch immer verfolgte Wessel die Idee, Europa aus der Inanspruchnahme beider Machtblöcke herauszuführen und zu einer dritten Kraft, zu einer nach Ost und West hin offenen, ausgleichenden Politik entwickeln zu können. ¹²

Auch Heinemann knüpfte am 23.1.1958 in der ersten außenpolitischen Debatte des im September 1957 gewählten Bundestages an seine in der GVP entwickelten Vorstellungen an. Jedoch nicht in dem Sinne, daß er alte GVP-Konzepte neu vorlegte. Sie waren in der SPD nicht konsensfähig. Sein Parteifreund Carlo Schmid hatte vor ihm in dieser legendären und denkwürdigen Debatte eine Neutralisierung Deutschlands abgelehnt ¹³. Heinemann führte wohlüberlegt eine Generalabrechnung mit der bisherigen Adenauerschen Westintegrationspolitik. Er sah die deutsche Nachkriegspolitik vor eine doppelte Aufgabe gestellt, beides, das Nein zum Totalitarismus zu verbinden mit einem Ja zu den totalitär regierten Ostvölkern. Daß sich Adenauer um einen Ausgleich mit dem Westen bemüht hatte, hielt Heinemann für »unerlässlich«. Allerdings durfte sie

7 Hertel, »Zur Auflösung der GVP«, hektographiert, (1957), (S. 2), Archiv Hertel.

8 So zutreffend W. HENNIS, 1983, S. 44.

9 Heinemann, »Neutralisierung Deutschlands«, NL Hei 60.

10 Mellies an Heinemann, 17.7.1957, NL Hei 60.

11 Vgl. Heinemann an Mellies, 20.7.1957, NL Hei 60.

12 Vgl. Wessel, »Europäische Verständigung und deutsche Wiedervereinigung«, in: Versöhnung und Friede, Nr. 2 v. September 1957, S. 4.

13 Vgl. Dt. Bt., 9. Sitzung, 23.01.1958, S. 362.

nicht an eine »neue Ostfeindschaft«¹⁴ gekoppelt werden, die er Adenauer unterstellte. Neu war an den Argumenten Heinemanns nichts. Er listete – so wie er es in hunderten Versammlungen, Artikeln und Aufsätzen vorher getan hatte – nochmals die Punkte auf, die der Kanzler seiner Ansicht nach versäumt hatte, um Deutschland einer Wiedervereinigung näher zu bringen: Heinemann führte das Wiederbewaffnungsangebot des Jahres 1950 an, hob die Bedeutung der Stalinnote hervor, wies auf die Berliner Konferenz vom Januar 1954 und die Sowjetnote vom 23. Oktober 1954 hin. Er kritisierte, daß die Losung ›Zuerst freie Wahlen‹ eine Annäherung in der deutschen Frage unmöglich gemacht habe. Implizit waren damit seine jetzigen Parteifreunde aus der SPD in die Kritik miteinbezogen. Die Kritik am Kanzler gipfelte in der Aufforderung zurückzutreten. Wie ist dann aber, wenn Heinemann keine grundsätzlich neuen Argumente zur Deutschlandpolitik einführte, die Wirkung zu erklären, die er mit dieser Rede erzielte? Anders als etwa die von Thomas Dehler¹⁵ leidenschaftlich vorgetragene Philippika, der vor ihm gesprochen hatte, führten Heinemanns Darlegungen nicht zu tumultartigen Szenen im Bundestag. Trotzdem meinte der seinerzeitige Bundestagspräsident Gerstenmaier in seinen Memoiren: »Als Heinemann fertig war, saß meine Fraktion da, sprachlos.«¹⁶ Grewe, enger politischer Berater Adenauers, gibt seinen damaligen Eindruck so wieder: »Zum ersten Male wurmte es mich zutiefst, als anonymen Beamter hinter den Ministern zu sitzen und zum Schweigen verurteilt zu sein.«¹⁷

Adenauer schwieg. Das mußte wie ein Zurück- und Ausweichen erscheinen. Das konnte wie ein Eingeständnis aussehen, daß Heinemann doch recht hatte. Gegen einen Punkt ließ sich auch schlecht argumentieren, daß des Kanzlers Politik entgegen aller Rhetorik bislang nicht zu einer Wiedervereinigung geführt oder sie ihr nähergebracht hätte. Hier hatte sich seine Politik als Illusion erwiesen.

Seine Politik der Stärke – Heinemann, der sie bis etwa Mitte der fünfziger Jahre als friedensgefährdend beurteilte, sprach noch vor dem Mauerbau von ihr als »Politik der eingebildeten Stärke«¹⁸ – brachte die Sowjets entgegen aller Behauptungen nicht zur Nachgiebigkeit in der deutschen Frage. Die Ausführungen von Heinrich Krone waren nicht dazu angetan, die Vorwürfe Heinemanns zu entkräften, so daß Helmut Schmidt zum Debattenschluß feststellen konnte, sie seien nicht widerlegt worden.¹⁹ In der publizistischen Öffentlichkeit setzte demzufolge eine intensive Diskussion ein.²⁰ Das Diktum der ›verpaßten Chancen‹, das 1952 u.a. von

14 Ebda., S. 404B.

15 Zur Rede Dehlers: vgl. F. KLINGL, 1985, S.475ff. Trotz Beifall in der Fraktion stützte der FDP-Bundesvorstand mehrheitlich Dehler nicht. Vgl. ebda., S. 485ff.

16 E. GERSTENMAIER, Streit, 1981, S. 436.

17 W. GREWE, Rückblenden, 1979, S.319.

18 Heinemann, Interview für die Revue 18.11.1960. Hier zit. n. NL Hei 60.

19 Vgl. Dt.Bt., 9.Sitzung, 23.01.1958, S. 408C.

20 Vgl. z.B. »Wurde eine Chance zur Wiedervereinigung versäumt?«, in: SZ v.28.1.1958; »Die Warnung von 1952«, in: StZ v. 31.1.1958; »Die Sowjetnoten von 1952 im Spiegel der Rundschau: ›Politik der Stärke‹ zerstörte eine Chance – Der Beweis kann erbracht werden: Adenauer wollte mit den Sowjets nicht verhandeln«, in: WR v.8./9.2.1958.

der GVP in die Welt gesetzt und 1956 mit der Publikation von Sethe neue Nahrung erhielt, hat sich mit den Reden von Heinemann und Dehler 1958 in den Köpfen festgesetzt. Erst nach vier Tagen versuchten Pressesprecher von Eckardt und Grewe Heinemanns und Dehlers Kritik im einzelnen zu widerlegen.²¹

Bedeutsam für die parlamentsinterne und öffentliche Wirkung war die Tatsache, daß mit Heinemann ein überzeugter Christ nüchtern, fast leidenschaftslos sprach²². Er konnte zahlreiche Erklärungen aus kirchlichen Kreisen überzeugt anführen, die seine politische Haltung, sein Nein zur atomaren Bewaffnung kräftigten. Der Christ Heinemann konnte sich glaubwürdig dagegen verwahren, «daß der Westen unter dem Schild und der Parole einer christlichen Front aufmarschiert»²³. Heinemann hatte hier wohl noch das Wort des Kanzlers aus dem Bundestagswahlkampf 1957 im Ohr, der vor katholischen Männern in Bamberg davon sprach, es gehe darum, ob Deutschland christlich bleibe oder kommunistisch werden wolle²⁴. Am 23. Januar zeigte sich die Zweiseitigkeit dieser Argumentation. Heinemann konnte selbst seine Kritik am Kanzler mit kirchlichen Argumenten legitimieren. Das vielfach der SPD aufgeklebte Etikett des Achristlichen zog in diesem Fall nicht mehr.

Das zeigt auch die Resonanz. An die 1000 zustimmenden Zuschriften – bei weitem die meisten in seiner Zeit als Oppositionspolitiker – erhielt Heinemann auf diese Rede²⁵. Es ging wie ein kollektives Aufatmen durch die Reihen seiner Sympathisanten aus christlichen Kreisen, aus seiner Zeit als GVP-Mann. Es ist zu spüren, wie sehr gerade diese Opposition einer parlamentarischen Bühne entbehrt hatte. Blieb nur die Frage, inwieweit er oder die mit ihm im Bundestag sitzende Wessel diesem Erwartungsdruck gerecht werden konnte. Inwieweit sie imstande waren, das Vakuum zu füllen und eine Deutschlandpolitik im Sinne der GVP in der SPD zu führen. In der SPD deuteten sich schon Änderungen an, die so manchem ehemaligen GVP-Mitglied Unbehagen bereiten sollte.

Wie gering der deutschland- und außenpolitische Einfluß von GVP-Positionen in der SPD war, zeigte sich erstmals im Mai 1957 auf dem Stuttgarter Bundesparteitag. Auf ihm wurde die sozialdemokratische Konzeption der Sicherheitspolitik neu diskutiert. Die Partei lehnte zwar noch immer offiziell die Bündnispolitik der Bundesregierung ab, gleichzeitig bemühte sie sich, zu einem geordneten Verhältnis zur Bundeswehr zu kommen. Beide Positionen wurden in einer Resolution verknüpft.²⁶ Noch immer ging man davon aus, die Wehrpolitik dürfe eine Wiedervereinigung nicht verhindern, dennoch kam Stuttgart einer »Rahmen-

21 Vgl. W. GREWE, Rückblenden, 1979, S. 319-328.

22 Grewe spricht von »Ausbrüchen einer tiefverwurzelten Feindseligkeit« und von einer »mit kaltem Haß vorgetragenen Gesamtabrechnung«. Ebd., S.318. Die Wertung aus der Sicht eines Mitbeteiligten mag verständlich sein, sie trifft aber nicht zu. Klingl weist sie auch für Dehler als unzutreffend zurück. Vgl. F. KLINGL, 1985, S. 479.

23 Heinemann, Dt. Bt., 9. Sitzung, 23. Januar 1958, S. 403 D.

24 Adenauer, zit. n. H. P. SCHWARZ, Ära Adenauer, 1981, S. 368.

25 Vgl. NL Hei. Der NL Hei im AdSD geht bis zum Jahr 1970.

26 Vgl. K.Th. SCHMITZ, 1978, S. 138f.

markierung« gleich, der Weg zur Bejahung der Landesverteidigung zeichnete sich ab.²⁷

Scheu hatte zwar für den Parteitag einen Antrag formuliert, ihn aber nicht auf dem Parteitag eingebracht. Der Tenor dieses Antrags ging nicht konform mit der schließlich verabschiedeten Resolution. Nach dem Antrag Scheus sollte die Bundesrepublik aus der NATO entlassen werden, sofern die DDR aus den Bindungen des Warschauer Paktes freikommt, die Sowjetunion ihre Truppen aus der DDR, Polen, CSSR und Ungarn zurückziehen und die westlichen Alliierten die Unantastbarkeit Deutschlands garantieren und Gesamtdeutschland in den Stand setzen, seine Grenzen durch eigene Streitkräfte zu verteidigen. Weiterhin sollte sich Gesamtdeutschland verpflichten, keinem Militärbündnis künftig beizutreten.²⁸ Faktisch sprach sich Scheu damit für die Neutralisierung Deutschlands aus, das aber, so das PV-Mitglied Mellies an Scheu »widerspricht der bisherigen Haltung der Partei«.²⁹ Der von Scheu formulierte Antrag wurde, wie erwähnt, schließlich nicht über eine Untergliederung der SPD zum Parteitag eingebracht. Über die Gründe kann man nur spekulieren. Beugten sich Scheu und die anderen jetzt einer Parteidisziplin, die sie früher immer strikt abgelehnt hatten? Lag es daran, daß man nicht den Eindruck erwecken wollte, »als ob die alten GVP-Leute eine Art Fraktion bilden?«³⁰

Selbst wenn die »GVP-Leute« bestimmte Positionen nicht teilten, war die Reaktion alles in allem maßvoll, wie das Beispiel der Fünf-Punkte-Erklärung der SPD-Bundestagsfraktion zur Bundeswehrfrage vom Oktober 1958 zeigte: Sie besagte, daß erstens jeder SPD-Abgeordnete gehalten sein sollte, eine möglichst enge Verbindung zu den Dienststellen der Bundeswehr zu pflegen. Zweitens wurde der PV gebeten, zu prüfen, wie die SPD-Organisationsgliederungen besseren Kontakt zur Bundeswehr pflegen könnten. Drittens hielt es die SPD-Fraktion für richtig, daß SPD-Mitglieder in die Bundeswehr einträten. Viertens wurde der Fraktionsvorstand beauftragt, zu prüfen, wie er die Kontakte zur Bundeswehr intensivieren könnte. Fünftens sollte der Arbeitskreis »Sicherheit« der Fraktion Vorschläge für die sog. »psychologische Verteidigung« ausarbeiten.³¹ Heinemann nannte die Erklärung auf einem Treffen ehemaliger GVP-Mitglieder in Boppard am 10./11.1.1959 eine »Panne, dem Zeitpunkt nach und dem Wortlaut nach, die Verwirrung angerichtet hat«.³² Von einer harten Kritik kann da nicht die Rede sein. Die Teilnehmer des Treffens in Boppard wünschten sich eine »oppositionellere Opposition«,³³ die SPD-Mitgliedschaft stellte niemand der anwesenden ehemaligen GVP-Mitglieder (u. a. Heinemann, Wilhelm Godde, Posser, Rau) in Frage.

27 K. KLOTZBACH, 1982, S. 476.

28 »Antrag 2: Zur Außenpolitik und Wiedervereinigung«, NL Scheu 69.

29 Mellies an Scheu, 6.2.1958, NL Scheu 69.

30 Scheu an Hausmann, 21.1.1958, NL Scheu 69.

31 Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 478.

32 Zit. n. P. H. »Die Partei ist notwendig«, in: GR, 7. Jg., Nr. 4 v. 23.1.1959, S. 4.

33 Ebd..

Auch auf den Deutschlandplan der SPD vom 18. März 1959, der letztmalig die Sicherheitspolitik als eine Funktion der Wiedervereinigungspolitik sah, hatte die alte GVP-Riege nicht den prägenden Einfluß. Heinemann saß zwar in der siebenköpfigen Kommission, die den Deutschlandplan zu entwickeln hatte, die endgültige Formulierung nahm aber Herbert Wehner eigenmächtig vor.³⁴ Vielleicht war Heinemanns Einfluß auf den Deutschlandplan im einzelnen insofern gar nicht von der entscheidenden Bedeutung, da er sich sowieso mit dem Junktim zwischen Wiedervereinigung und europäischer Sicherheit identifizieren konnte.³⁵ »Kaum verabschiedet, geriet der Deutschlandplan immer mehr in Vergessenheit«³⁶ und wurde schließlich durch die Rede Wehners im Bundestag vom 30.6.1960 obsolet.

Der Schlußpunkt unter den bisherigen außenpolitischen Kurs der SPD war gesetzt. Fortan stellte sich die SPD gleich der Bundesregierung positiv zum westlichen Bündnis. Das ehemalige Konzept der GVP, über Neutralität zur Wiedervereinigung zu gelangen, war nun definitiv gescheitert.

Sowohl die publizistische Öffentlichkeit³⁷ als auch ehemalige Mitglieder und Sympathisanten der GVP³⁸ fragten sich, wie nun Heinemann³⁹ auf die Revision des außenpolitischen Kurses der SPD reagieren würde. Heinemann stand zwar noch immer der Adenauerschen Deutschlandpolitik kritisch gegenüber, doch er stellte sich pragmatisch auf die Gegebenheiten der weltpolitischen Situation ein⁴⁰, was für ihn auch die Kritik an der Politik des Ostens miteinbegriff. So schrieb er einem ehemaligen GVP-Mitglied: »Die Vorgänge um Berlin machen deutlich, daß jetzt von der östlichen Seite eine Politik der Stärke betrieben wird, gegen die wir uns wehrten, als sie in den Jahren 1950-56 oder 1957 von der westlichen Seite unter Mißachtung von Verständigungsmöglichkeiten betrieben wurde.« Zu den von der GVP seinerzeit vertretenen politischen Optionen meinte Heinemann: »Heute lassen sich die Vorschläge, die Frau Wessel und ich zur Zeit der GVP und *später in der SPD* (Hervorhebung, J.M.) betrieben haben, offensichtlich nicht anbringen. Gleichwohl stehen wir vollauf zu dem, was wir vertreten haben; es hat sich aber die Situation gewandelt.«⁴¹

Für ihn war es »zwecklos an die GVP zurückzudenken.«⁴² Den an ihn herangetragenen Gedanken einer Wiederbelebung der alten GVP in neuer Form lehnte er ab: »Eine neue Partei mache ich nicht mehr. Im 1. Bundestag gab es 10 Parteien, im 2. nur noch 6 und im 3. nur noch 4. Im

34 Vgl. H. G. LEHMANN, 1984, S. 114 – 119, hier S. 115.

35 Vgl. auch G. HEINEMANN, »Zum Deutschlandplan der SPD«, (April 1959), in: ders., Deutschlandpolitik, 1966, S. 140 – 144.

36 H. G. LEHMANN, 1984, S. 115.

37 Vgl. z.B. »Eingerollte Fahne«, in: Junge Stimme v.9.7.1960; »Willy Brandt und seine Kanzlerschaft«, in: Tagesspiegel v. 21.8.1960.

38 Vgl. verschiedene Briefe im NL Hei 78 und 79.

39 Vgl. hierzu auch K. L. SOMMER, 1980, S. 67-85.

40 Das meint das Berlin-Ultimatum 1958, den Besuch Chruschtschovs in den USA 1959 und die gescheiterte Gipfelkonferenz in Paris 1960.

41 Heinemann an Korsch, 23.9.1960, NL Hei 79.

42 Heinemann an Imker, 16.8.1960, NL Hei 78.

nächstjährigen Bundestag werden höchstens 3 Parteien verbleiben«. Sein Fazit: »Wir müssen also alle lernen, mit großen Parteien zurechtzukommen«⁴³; eine Erkenntnis, die ihm nicht zuletzt seine Erfahrungen mit NG und GVP in den 50er Jahren gezeigt hatten.

Dort, wo es aber für Heinemann um Gewissensfragen ging – etwa in der Haltung der SPD zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr –, blieb er unbeugsam. Die Entscheidung des Hannoveraner Parteitag in dieser Frage bedeutete für ihn, »daß die Partei deren Kanzlerkandidaten (gemeint ist W. Brandt, J.M.) nicht die Hände auf ein absolutes Nein (der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, J.M.) gebunden hat«. Heinemann dagegen hielt für seine Person an dem Nein wie früher fest. »Das war auch der Grund, weshalb ich das Meine dazu getan habe, nicht in die sog. Mannschaft⁴⁴ einbezogen zu werden«, ließ er seinen ehemaligen GVP-Mitstreiter Eppler wissen. Gleichwohl bat Heinemann Eppler im gleichen Schreiben: »Dies aber muß eine vertrauliche Mitteilung an Sie persönlich bleiben, weil ich jede Diskussion über meinen Grund, mich nicht in die Mannschaft einbeziehen zu lassen, vermeiden konnte.«⁴⁵

Obschon Heinemann von der Richtigkeit der Deutschlandpolitik der GVP überzeugt war, äußerte er noch wenige Monate vor seinem Tod, daß es ihm nie darum gegangen sei, »verlorene Schlachten ewig fortzuführen und nachträglich gewinnen zu wollen. Nachdem die Aufrüstung und die Eingliederung in die NATO da waren, konnte nur von diesen Gegebenheiten aus gehandelt werden.«⁴⁶

Allerdings ging Heinemann in der Beurteilung nie so weit wie sein ehemaliger Mitstreiter Erhard Eppler. Jener bewertete am 24.5.1986 in einem Referat auf der Jahrestagung der Gustav-Heinemann-Initiative Adenauers Deutschlandpolitik wie folgt: »Daß Adenauer sich in der Sache durchsetzte, kann ich heute nicht mehr wie damals als Katastrophe empfinden. Es spricht einiges dafür, daß die Integration der beiden Teile Deutschlands in die jeweiligen Blöcke für ganz Europa *nicht nur* Nachteile hatte.« Allerdings behauptete auch Eppler nach wie vor, daß es »die Chance einer Alternative gegeben habe« und spricht von der »Lüge, daß die Eingliederung der Bundesrepublik ins westliche Militärbündnis der Weg zu deutschen Einheit sei«.⁴⁷

43 Heinemann an Quistorp, 16.8.1960, NL Hei 78.

44 Der SPD-Ortsverein Marktredwitz hatte auf Bitten Heinemanns einen Antrag zum Parteitag in Hannover zurückgezogen, der zum Inhalt hatte, Heinemann in die Regierungsmannschaft aufzunehmen. Vgl. Korrespondenz NL Hei 79.

45 Heinemann an Eppler, 28.11.1960, NL Hei 79.

46 Heinemann an Enaux, 4.2.1976. Zit. n. K. L. SOMMER, 1980, S.75.

47 E. EPPLER, »Die Deutschlandpolitik Adenauers aus der Sicht des Jahres 1986«, in: ders., 1986, S. 94ff, hier S. 98f.

Zusammenfassung

Wie ein roter Faden durchzieht der Kampf gegen Wehrbeitrag und Westintegration die Geschichte und Politik der GVP. Die Ablehnung der Westverträge bildete das Zentrum ihrer politischen Tätigkeit und Programmatik. Die GVP entstand Ende 1952. Sie bildete sich im Gefolge des Rücktritts Heinemanns vom Amt des Innenministers heraus. Sie war der Versuch einer parteimäßigen Organisation, sich eine parlamentarische Vertretung zu verschaffen, um so auf dem legislativen Weg die Verabschiedung der für den Frieden in Europa und für die Restituierung Gesamtdeutschlands gefährlich erachteten Westverträge zu verhindern.

Das Gründungsmanifest der GVP gibt in bündiger Zusammenfassung ihr zentrales Anliegen wieder: »Die zentrale Aufgabe deutscher Außenpolitik sehen wir in der Erhaltung des Friedens und der Wiedervereinigung unseres Volkes in einem einheitlichen Staatswesen, welches Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde zur Grundlage seiner Ordnung hat. Deutschland als Land der Mitte und ohne koloniale Bindungen muß aus dem militärischen Aufmarsch Nordamerikas und der Sowjetunion herausbleiben. Wenn wir keiner Seite zur militärischen Gefahr werden, können wir dem Frieden besser dienen, als wenn Deutschland zum Aufmarschplatz zweier Heerlager wird, in denen Deutsche gegen Deutsche bewaffnet werden. Wir fordern daher die sofortige Beseitigung der Aufrüstung zweier deutscher Armeen in West- und Ostdeutschland. Wo immer solche Aufrüstung von Deutschen betrieben wird, haben sie zugleich die Gegenaufrüstung in dem anderen Teil unseres Vaterlandes mitzuverantworten. Solange man hüben und drüben nur den anderen Teil unseres Volkes an einer Eingliederung in den westlichen oder östlichen Machtblock abhalten will, bei sich selber aber das Gegenteil tut, kommen wir nicht zueinander. Gesamtdeutsche Haltung erfordert Unabhängigkeit von Ost und West.«¹ In der GVP gingen national- und friedenspolitische Motive ineinander auf. In ihrer Argumentation bekannte sie sich nicht grundsätzlich zum Neutralismus und auch nicht zum Pazifismus. Ihr Alternativkonzept ist aus der konkreten politischen Situation heraus zu verstehen und darauf abgestellt, dem Programm der Bundesregierung entgegenzutreten; movens waren eine »nationale Perspektive und nicht zuletzt christliche Impulse, die sich in einer von der Regierungsseite unterschiedenen Bewertung der Folgen einer Wiederbewaffnung für den Frieden manifestierten. Entstanden ist zunächst im November 1951 die überparteiliche »Notgemeinschaft für den Frieden Europas«. Die Zusammenarbeit von Pazifisten, ehemaligen Soldaten, Protestanten, Katholiken, die im einzelnen unterschiedliche politische Positionen vertraten, in einer

1 »Manifest der GVP«, Archiv J. Müller.

überparteilichen Sammlungsbewegung, ist vor dem Immobilismus der amtierenden Bundesregierung zu sehen. Sie war in ihrer Sicherheitspolitik zu keiner Kehrtwendung bereit, weil sie ihren politischen Verantwortungsbereich anders wie die Protagonisten der Notgemeinschaft definierte. Die Arbeit hat gezeigt, worin sich die Repräsentanten von NG/GVP in der Bewertung vom Kanzler unterschieden: Sie perzipierten die Sicherheitslage Deutschlands anders, sahen seine Sicherheit durch die UdSSR nicht bedroht bzw. einen ausreichenden Schutz durch die in Westeuropa präsenten Amerikaner gewährleistet. Den Kommunismus verstanden sie primär als innenpolitische Bedrohung, der sich dann weltrevolutionär entfalten konnte, wenn die innere soziale Verfaßtheit, wenn soziale Spannungen und Krisen dies ermöglichten. Das politische Gleichgewicht in der internationalen Politik sahen sie durch eine westdeutsche Aufrüstung verschoben, mit der Gefahr, sie könnte einen neuen Krieg heraufbeschwören. So wie die Menschen um Heinemann und Wessel eine äußere Gefahr in der Aufrüstung sahen, verstanden sie sie auch als Bedrohungsfaktor für die noch junge Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland.

Die organisatorischen, die strategischen und inhaltlich-substantiellen Schwierigkeiten, auf außerparlamentarischem Weg etwas zu erreichen, führten zur Gründung der GVP. Warum mußte es aber eine eigene Partei sein? Eine konsequente politische Arbeit in der CDU/CSU stand nicht zur Debatte. Sie stand, auch wenn es Differenzen und Dissens gab, mehrheitlich hinter dem Kurs Adenauers. Das zeigte sich gerade dann, wenn es um entscheidende Weichenstellungen ging. Die SPD als Oppositionspartei bildete in den Augen derer, die eine neue Partei wollten, eben nicht die politische Kraft, mit der ein qualitativ neuer Kurs in der Außenpolitik angesteuert werden konnte. Man meinte, in der Konzeption der SPD keine substantielle Differenz zur Westpolitik der Bundesregierung zu erkennen. Zudem war es für die durch und durch bürgerlich Gesinnten undenkbar, sich der als sozialistisch-marxistisch eingeschätzten SPD anzuschließen, die überdies für die zumeist vom christlichen Glauben Geprägten antiklerikal war. In ihrer Perzeption ging es darum, die »Parteidiktatur« von Oppositions- und Regierungsparteien aufzubrechen. Heinemanns Überlegung war folgende: »Durch die GVP hoffte ich, all denen eine politische Plattform zu bieten, welche wie Sie mit der CDU gebrochen haben. Aber nur wenige haben zugegriffen, so daß die Bemühung sinnlos wurde«². Den Schritt zur Sammlung in einer bürgerlichen Partei unternahmen nur wenige. Weltanschauungsmäßig lassen sie sich verorten im Umfeld der Bekennenden Kirche, in pazifistisch-christlichen Friedensorganisationen wie der Quäkerbewegung und dem Internationalen Versöhnungsbund, im Ring Deutscher Siedler, in bislang parteimäßig noch nicht organisierten Linkskatholiken, in ehemaligen Angehörigen der Deutschen Zentrumspartei, denen es nicht gelungen war, das Zentrum als Linkspartei zu etablieren, und in jungen Nationalkonservativen, die auf der Suche nach

2 Heinemann an Küpper, 18.6.1957, NL Hei 60.

einer politischweltanschaulichen Heimat waren. Gleichwohl läßt sich eine Dominanz der evangelischen Christen erkennen.

Den Linkskatholiken in der GVP war vor allem eines gemeinsam: Sie setzten vor dem Hintergrund ihres Glaubens auf die Kraft des Geistes, der internationale Gemeinsamkeit schafft. In diesem idealistischen Denken wird der Einsatz machstaatlicher Mittel im Sinne von ökonomischer bzw. militärischer Repression oder Einflußnahme sittlich illegitim und zur Bewältigung der konkreten politischen Situation, wie sie sich nach 1945 herausgebildet hatte, für unzumutbar gehalten. Robert Scholl, Präsidiumsmitglied der GVP, prägte einmal dafür den Begriff des »antimachtpolitischen Katholizismus«.

Diese trotz aller Gemeinsamkeit verschiedenen Gruppierungen mit jeweils unterschiedlichen Orientierungspunkten blieben nicht ohne Einfluß auf das Innenleben und das programmatische Profil der Partei. Soweit die Gemeinsamkeit nicht in der Negation zur Westintegrationspolitik Adenauers bestand, sondern die Suche von positiven Lösungen verlangte – wie z.B. in der Sozial- und Wirtschaftspolitik – wird die Bedeutung der Verankerung der jeweiligen Milieus, denen die Strömungen ihre Identität verdanken, deutlicher erkennbar. Deshalb konnte ein wirklich gemeinsames gesellschaftspolitisches Programm der GVP gar nicht entwickelt werden. Das Drängen hierzu kam allerdings innerhalb der Partei stärker von katholischer Seite. Bodensteiner, Wessel und Gehle waren hier treibende Kräfte und angesichts der Herausforderung, vor die sich die GVP gestellt sah, blieb die Gesellschaftspolitik ein Randproblem. Doch auch in außenpolitischen Fragestellungen, soweit sie die fernere Zukunft betrafen, zum Beispiel in der Angelegenheit, welche Rolle und Aufgabe Europa spielen sollte, waren die Positionen in der GVP keineswegs deckungsgleich. Sollte Europa eine dritte Kraft zwischen Ost und West werden, die vermittelt, oder ein drittes Gebiet im Sinne eines neutralen, entmilitarisierten Mitteleuropas, das gleichsam dämpfend zwischen den beiden Polen wirkt? Wessel drängte nach der Bundestagswahl 1953 auf die Erarbeitung eines europapolitischen Programmes, wie die Entwicklung zeigte, ohne Erfolg. In der Öffentlichkeit wurde das europapolitische Profil der GVP sowieso eindeutig von Wessel geprägt, das allerdings angesichts der aktuellen Wiedervereinigungsproblematik etwas in den Hintergrund trat. Bei den zahlreichen Versammlungen, die Wessel mit Heinemann absolvierte, legte sie den eindeutigen Schwerpunkt auf Europa und Heinemann ging dafür näher auf das »Ausklammerungskonzept« der GVP für eine Wiedervereinigung ein. Diese und andere Unterschiede, wie z.B. soll nun ein neutrales Deutschland bewaffnet werden oder nicht, wurden in der GVP nicht ausdiskutiert. Die Bewaffnungsproblematik klammerte man in der GVP sogar bewußt aus, um nicht unnötigerweise den Konsens innerhalb der Partei zu gefährden. In der GVP war man davon überzeugt, ein vereintes, aus Ost und West ausgeklammertes Deutschland, hätte zwischen eben diesen Kraftfeldern existieren können. Heinemann konnte sich durchaus sogar für eine Übergangszeit Gesamtdeutschland als Kondominium vorstellen. Nicht nur deshalb war eine deutschlandpoliti-

sche Gemeinsamkeit der GVP mit den Koalitionsparteien im Bundestag und der SPD gar nicht denkbar. Auch die faktische Anerkennung der DDR isolierte die GVP im demokratischen Parteienspektrum. Zu einer Zeit als man allenfalls die Begriffe ›Pankow‹, Ostzone, Sowjetzone ... seitens westdeutscher Politiker hörte, sofern sie dem demokratischen Spektrum zuzurechnen waren, sprach man in der GVP ungeniert davon, daß die Legitimation eines Staates in seiner Existenz liege, nannte West- und Ostdeutschland, Bonn und Berlin-Ost, in einem Atemzug. Die GVP klinkte sich aus dem Antikommunismus der fünfziger Jahre aus und geriet deshalb auch in Rechtfertigungsnotstand, noch dazu als sie 1953 mit dem Bund der Deutschen, der offensichtlich seitens der KPD und SED gesteuert wurde, ein Wahlbündnis einging. Hier verlor die GVP an Glaubwürdigkeit, was im Mai 1953 noch bestritten wurde, war im Juni 1953 vereinbarte Sache. Ja, es stand sogar in Frage, ob die GVP unter ihrem Namen zur Wahl antreten würde, was Posser abzuwenden vermochte. Heinemann selbst war hier mehr Getriebener denn Treibender. Doch auch die GVP steckte im Verhältnis zur DDR in einem Dilemma. Einerseits forderte sie Gespräche, Kontakte und Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten, andererseits konnte sie sich mehrheitlich nicht durchringen, als Partei offizielle Verbindungen zu Organisationen und Gruppen in der DDR aufzunehmen und innerdeutsche Gespräche zu führen, wie sie Mochalski 1954 verstärkt propagierte (vgl. S. 336ff.). Im Klima der fünfziger Jahre war es auch schwer mit einer differenzierteren Bewertung der internationalen Akteure durchzudringen, ohne sich selbst politisch zu schädigen. Zweifelsfrei hat das, soweit das die UdSSR betraf, die GVP und hier vor allem Heinemann getan. Auf ihre spezifische Situation, die Anerkennung ihrer legitimen Sicherheitsinteressen, konnten sich NG/GVP gut einstellen. Dahin geführt hat nicht zuletzt der Umstand, den Blick für das der Sowjetunion geschehene Unrecht nicht verloren zu haben. Gegen den Kommunismus wollte die GVP keine christliche Gegenideologie aufbauen. Das hätte man als Mißbrauch des christlichen Glaubens gesehen. Eine ähnlich nuancierte Einschätzung der amerikanischen Politik ist der GVP allerdings nicht gelungen. Koch bewertet hier Heinemann anders und meint, daß er auch die Interessen der USA differenziert gesehen hätte: »Er unterschied zwischen einem fraglichen Maximalinteresse, überall auf der Erde politische und militärische Bündnispartner zu finden und zu stützen, und einem berechtigten Interesse, existierende demokratische Verhältnisse nicht durch kommunistische Machtergreifung gefährden zu lassen.«³

Koch argumentiert nun, weil Heinemann die Interessen der Siegermächte und der Deutschen differenziert gesehen hätte, hätte er für Verhandlungen eintreten können und sei gegen irrealer Maximalforderungen gefeit gewesen.⁴

Dem kann, was die Einschätzung der USA anlangt, nicht so generell und uneingeschränkt beigepflichtet werden. Heinemann unterstellte den USA

3 D. KOCH, Engagement, 1986, S. 111.

4 Ebd.

zumindest bis Anfang 1954 eine Politik der Generalbereinigung mit der UdSSR (vgl. S. 156ff.). Er nahm die Rhetorik des Roll back ernst und befürchtete, mit einem westdeutschen Militär könnten die USA geneigt sein, die Lösung der Konfrontation mit militärischen Mitteln zu versuchen und von einem defensiven Kurs abzugehen.

Diese doppelte Sichtweise Heinemanns, so wie sie Koch darstellt, hat ihre Ursache in der Beurteilung des Kommunismus durch Heinemann, der für ihn eine innere Bedrohung war. Im übrigen unterstellte Heinemann, daß die USA, als Beispiel diene der Koreakrieg, im Ernstfall ihre Interessen in Europa verteidigen würden. Er setzte also auf die Schutzmacht der Vereinigten Staaten. D.h. konsequent durchdacht, der Ernstfall hätte wie in Korea erst eintreten müssen, damit die USA hätten tätig werden können.

Es ist zwar falsch von einem Antiamerikanismus der GVP zu sprechen – gerade Heinemanns Sozius Posser und der noch junge GVP-Mann Rau wandten sich entschieden gegen eine solche Haltung⁵ – doch in der GVP war man keineswegs davor gefeit. Implizit ging die GVP davon aus, sollte die Bundesregierung wirklich eine Wiedervereinigung wollen, so wie sie sich die GVP vorstellte, dann hätte v.a. die entscheidende Führungsmacht USA dem nichts in den Weg gelegt. Aus dem Bewußtsein heraus, über die richtige Politik für ein zu einigendes Deutschland zu verfügen und dennoch bei der Bundestagswahl 1953 nicht gehört worden zu sein, gab es nach der Wahlniederlage innerhalb der GVP Radikalisierungs- und Konfessionalisierungstendenzen. Verstärkt wurde auch über eine Öffnung hin zur DDR diskutiert. Eine schlüssige Fortsetzung ihrer gesamtdeutschen Politik eröffnete sich für die GVP durch internationale Ereignisse (z. B. Berliner Konferenz 1954, Ablehnung des EVG-Vertrages durch die französische Nationalversammlung). Die GVP redete nun verstärkt einer innerdeutschen Initiative das Wort und war ihrerseits bemüht, auf internationaler Ebene ein Bündnis mit Gegnern der bundesdeutschen Wiederbewaffnung zu schmieden, allerdings ohne Erfolg. Ihr ursprüngliches Konzept der ›Ausklammerung‹ trat nun in den Hintergrund und wurde durch Vorstellungen im Sinne eines kollektiven Sicherheitssystems (vgl. z. B. Molotowplan) überlagert. Erst mit der sog. Paulskirchenbewegung des Jahres 1955, in der Zusammenarbeit von GVP und SPD, konnte sich die GVP wieder stärkeres öffentliches Gehör verschaffen. So furios die Paulskirchenbewegung gestartet war, so schlagartig war sie mit der Ratifikation der Pariser Verträge zu Ende. Immerhin wurde mit dieser ›Gesamtdeutschen Aktion‹ das Berührungstabu, das die Sozialdemokraten stets gegenüber der GVP gehabt hatten, öffentlich durchbrochen. Damit war ein Grundstein für die politische Zusammenarbeit gelegt. Die spektakuläre Reise von GVP-Repräsentanten zur Genfer Gipfelkonferenz im Jahr 1955 war die letzte aufsehenerregende Aktion seitens der GVP. Ihr betrüblicher Ausgang läutete das Ende der GVP ein. Läßt man die einzelnen deutschlandpolitischen Initiativen der NG/GVP Revue passieren,

5 Vgl. Posser, »Gegen den Antiamerikanismus«, in: GR v. 7.10.1955.

fällt auf, wem geringen Anteil hieran gerade ihre beiden ›Aushängeschilder‹, Heinemann und Wessel, hatten. Allein der ›Aufruf an das deutsche Volk‹ der NG geht auf Heinemann zurück. Ansonsten spielten beide Politiker weder bei der Deutschlanddenkschrift vom Oktober 1952 noch bei der Märzinitiative 1953 eine nennenswerte Rolle. Selbst der offene Brief Heinemanns an Adenauer während der Berliner Konferenz 1954 ging hinsichtlich Idee *und* Text auf Nikolaus Koch zurück. Auch die Delegationsreise 1955 nach Genf wurde nicht von Wessel oder Heinemann initiiert. Gleiches gilt für die Anregung innerdeutscher Gespräche ein Jahr zuvor.

Allein beim steten Versuch der Annäherung an die SPD hatte Heinemann einen größeren Anteil. Doch auch hier kam der letzte Anstoß, in die SPD überzuwechseln und die Partei aufzulösen, nicht von ihm. Heinemann hatte ursprünglich mehr ein Bündnis GVP-SPD im Sinne. Er mußte sogar als einer der letzten aus dem Führungskreis der GVP bedrängt werden, den Schritt in die SPD zu machen.

Wie überhaupt auffällt, daß Heinemann alle wesentlichen Entscheidungen im betrachteten Untersuchungszeitraum der Studie sehr spät, für manche zu spät fällte. Es war nicht Heinemann, der schon im November 1952 mit der NG die politische Bühne betreten wollte, ursprünglich war er auch gegen eine Parteigründung. Erst spät ließ er sich davon überzeugen. Er wollte den politischen Diskussionsprozeß noch gären lassen. Wessel, die das politische Terrain für eine neue Partei erkunden ließ, und Scheu drängten und überzeugten ihn mit Erfolg. Heinemann wollte aus einem reifen Stadium heraus handeln. Im Grunde genommen war ihm der parteipolitische Betrieb immer fremd. Pragmatische innerparteiliche Machtpolitik lag ihm fern. Eigentlich war und blieb er ein von der Sache überzeugter, prinzipienfester Staatsbürger, für den der Satz – »Ich kann nicht anders, hie stehe ich« – uneingeschränkt zutrifft.

Hatte er sich einmal in einer für ihn wesentlichen Frage durchgerungen – darin war ihm Wessel ähnlich –, blieb er bei diesem Standpunkt. Das zeigte sich bis zuletzt als die Auflösung der GVP anstand. Der Kreisverband Siegerland, von dem er zum Bundestagskandidaten aufgestellt worden war, war anfangs gegen ein Aufgehen der GVP in die SPD. Heinemann fühlte sich den Menschen verpflichtet und es bedurfte schon des Einflusses zahlreicher Freunde und einer Tendenz in der siegerländischen GVP hin zur SPD, damit er sich ruhigen Gewissens für eine Mitgliedschaft in der SPD entscheiden konnte.

Helene Wessel war nicht nur bedingt durch schwerere Krankheiten, 1955 rang sie nach einem Herzinfarkt sogar mit dem Tode, für längere Zeit aus dem politischen Geschäft der GVP ausgeschaltet. Sie befand sich eigentlich mit ihrer nicht großen Klientel in der GVP immer in einer etwas isolierten Position. Sie konnte in der Partei wenige gestaltende Impulse setzen, auch wenn sie mit Heinemann diejenige war, die in der Öffentlichkeit den größten Zuspruch fand. Das, was ihr ein tiefes Anliegen war, die Idee eines blockfreien Europas, blieb ihr vornehmliches Anliegen in der GVP. Das trifft auch für ein grundlegend neues sozialpolitisches Programm zu, das sie

gerne in Unterstützung durch katholische Mitstreiter entwickelt hätte. Wenn man will, waren hier die Katholiken in der GVP ›linker‹ als ihre protestantischen Parteifreunde.

Durch die Zusammenarbeit von engagierten Linkskatholiken und Protestanten in der sowohl anfänglich sozialdemokratisch- als auch regierungskritischen GVP hat sie das ihrige zur Entkonfessionalisierung der Politik auch im oppositionellen Milieu beigetragen. Das war wohl – bei aller Vorsichtigkeit in der Bewertung – der wesentliche Beitrag der GVP für die SPD. Die Frontstellung, hier die achristliche SPD, dort die das europäische Abendland verteidigende christlichen Regierungsparteien, verlor so zunehmend ihren politischen Stellenwert. Den außenpolitischen Kurs der SPD haben die ehemaligen GVP-Mitglieder nicht maßgeblich beeinflusst. Spätestens seit 1960 spielte das Neutralitätskonzept der GVP überhaupt keine Rolle mehr. Sicherlich zählten Politiker wie Eppler, Posser, Rau zu den nachhaltigsten Verfechtern der Ostpolitik Brandts. Doch allenfalls im strukturellen Vergleich unter dem Gesichtspunkt ›der Versöhnung mit dem Osten‹ lassen sich Parallelen zur ehemaligen GVP-Politik ziehen. Das, was die GVP ursprünglich wollte, über ›Ausklammerung‹ zur Wiedervereinigung zu gelangen, blieb uneingelöstes Postulat.



GVP-Plakat »Ohne Krieg« (Originalentwurf)

Kurzbiographien

Abatz, Harald (1893–1954)

Handelsvertreter und selbständiger Kaufmann
FDP-Politiker
Bundesvorsitzender der DFG
1949–1951, 1953/54 Vizepräsident der Hamburger Bürgerschaft

*Achelis-Bezzel, Ruth (*1899)*

Hausfrau
Studium der Geschichte
Landesvorstand GVP-Berlin
1952–1955 Bundesvorstand der GVP

Amelunxen, Rudolf (1888–1968)

Dr. jur.
Zentrumspolitiker
1926–1932 Regierungspräsident in Münster
1945 Oberpräsident der Provinz Hannover
1946 Ministerpräsident von NRW
1947–1956 Minister in den Kabinetten Arnold
1956–1958 Minister in den Kabinetten Steinhoff, Meyer

*Arndt, Karl-Gustav (*1928)*

Wohlfahrtspfleger
Bis 1945 Jungvolkführer
1951/52 Mitglied des Deutschen Kongresses
GVP-Mitglied

Arnold, Thea (1882–1966)

Schulrektorin a.D.
Zentrumspolitikerin
1949–1953 MdB
1952–1954 GVP-Mitglied
1953/54 Bundesvorstand der GVP
1954 Kandidatur für den BdD zum nordrhein-westfälischen Landtag

*Arp, Erich (*1909)*

Unternehmer
1928/29 Studium der Pädagogik, Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft
1929–1933 Sozialdemokratischer Studentenbund, Reichsbanner, SPD Politische Tätigkeit gegen den Nationalsozialismus
1933 Kaufmann in der Lebensmittel- und chemotechnischen Industrie
1938–1945 Inhaber einer Speisefettfabrik
1940 Erwerb eines weiteren Unternehmens
1945 Verkauf der Speisefettfabrik
1946–1948 Minister für Aufbau und Arbeit, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.
1949 Rücktritt als Minister und Austritt aus der SPD
1951/52 Mitglied des Rates des Deutschen Kongresses für die »Oppositionellen Sozialdemokraten«

1961–1974 Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft

1970 Erwerb eines Unternehmens

Asmussen, Hans (1898–1968)

Evangelischer Kirchenleiter

Kritiker der Barth'schen Theologie

1919–1923 Studium der Theologie

1926–1932 Pastor

1934 Mitarbeit an der Erklärung der Barmer Synode

1936 Theologischer Berater in der Leitung der Bekennenden Kirche

1936–1941 Leiter der Kirchlichen Hochschule in Berlin

1939–1941 Pfarrer in Berlin

Inhaftierung

1945–1949 Leiter der Kanzlei der EKD

1949–1955 Propst

Bähnisch, Dorothea (1899–1973)

Verwaltungsjuristin

Zentrumspolitikerin

1946–1959 Regierungspräsidentin von Hannover

1964 Bevollmächtigte des Landes Niedersachsen in Bonn

1949–1952 Vorsitzende des Deutschen Frauenringes

Barth, Karl (1886–1968)

Prof. Dr. theol.

Ordinarius an den Universitäten Münster (ab 1925), Bonn (ab 1930), Basel (1935–1962)

*Bodensteiner, Hans (*1912)*

Diplomvolkswirt

Kriegsteilnehmer bei den Kämpfen um Stalingrad

1946–1949 Landrat in Neustadt an der Waldnaab für die CSU

1949–1953 MdB

1952 Austritt aus der CSU und Mitbegründung der GVP

1953 Generalsekretär der GVP

*Brehm, Fritz (*1898)*

Ingenieur

Gründer der DNSAP (sudetendeutsche NSDAP)

Tätigkeit im Siedlungswesen der NSDAP

1945 Internierungslager

1949–1952 Generalsekretär der DG

Mitarbeiter der 1953 gegründeten Deutschen-National-Zeitung

Brockmann, Johannes (1888–1975)

Pädagoge

Zentrumspolitiker

1926–1933 MdL in Preußen

1945–1948 Vorsitzender der Deutschen Zentrumspartei

1946–1958 MdL in NRW

1953–1957 MdB

Brühl, Fritz (1928–1982)

Dr. rer. pol.

Journalist und Schriftsteller

1946–1948 Bürgermeister der Stadt Bad Hersfeld

1948/49 Leiter des Frankfurter Büros der »Neuen Zeitung«(München)

1950–1955 Leiter des Bonner Büros der »Süddeutschen Zeitung«
 1955–1960 Chefredakteur des Hörfunks des WDR
 1960–1974 Programmdirektor Hörfunk des WDR

Cerff, Carl (*1906)

Leiter des Kulturamtes der Reichsjugendführung
 Abteilungskommandant in der Waffen-SS (HJ-Division)
 1945–1948 Internierung
 Vorstand des Bundesverbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS (Hiag)

Droste, Johannes

Volksschullehrer
 Schriftleiter der Siedler-Zeitung
 GVP-Gründungsmitglied

Ehlen, Nikolaus (1886–1965)

Dr. phil.
 Studienrat und katholischer Sozialpädagoge
 1915 Gründer der »Großdeutschen Jugend«
 Sog. »Siedlervater«
 1951 Vorstand der NG

Ehlers, Hermann (1904–1954)

Dr. jur.
 Mitglied des Bruderrates der Bekennenden Kirche im Dritten Reich
 1945 Wahl zum Oberkirchenrat
 1949–1954 MdB der CDU
 1950–1954 Präsident des Deutschen Bundestages
 1952–1954 Stellvertretender Vorsitzender der CDU

Eisenberg, Oswald

Dr. jur.
 Seit 1930 Rechtsanwalt
 Seit 1940 Notar
 1930–1933 CSVD
 1945 CDU-Mitglied: Austritt
 1953–1957 Bundesvorstand der GVP
 Bis 1955 Landesvorsitzender der GVP-Hessen

Elfes, Wilhelm (1884–1969)

Journalist
 Zentrumspolitiker während der Weimarer Republik
 1945 Mitbegründer der CDU
 1947–1950 MdL in NRW
 1945–1951 Oberbürgermeister und Stadtdirektor von Mönchengladbach
 1952 Mitbegründer der Deutschen Sammlung
 1953 Mitbegründer des BdD
 1953–1956 Vorsitzender des BdD mit Reichskanzler a.D. Wirth
 1956–1963 Vorsitzender des BdD
 1960 Mitbegründer der DFU
 1968 Mitbegründer der Aktion Demokratischer Fortschritt

Engelhard, Edgar (1917–1979)

Kaufmann und Reedereihhaber
 FDP-Politiker
 1937 Inhaftierung

1937/38 Aufenthalt in Nord- und Lateinamerika
 1939–1945 Soldat
 1947–1949 Deutsches Vorstandsmitglied des Weltbundes Junger Liberaler
 1949–1974 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft
 1949–1953 Fraktionsvorsitzender der FDP in der Hamburger Bürgerschaft
 1958–1966 FDP-Landesvorsitzender und FDP-Bundesvorstandsmitglied

Eppler, Erhard (*1926)

Dr. phil.
 Studienrat
 1943–45 Kriegs- und Wehrdienst
 1952–1955 Bundesvorstand der GVP
 Landesvorstand GVP-Baden-Württemberg
 4.10.1955 Austritt aus der GVP
 1956 SPD-Mitglied
 1961–1976 MdB
 Seit 1968 Vollmitglied der Synode der EKD
 1968–1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
 Seit 1970 Mitglied im SPD-Parteivorstand
 1971–1977 Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages
 1973–1981 SPD-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg
 1976–1980 SPD-Fraktionsvorsitzender im baden-württembergischen Landtag
 1977 Vorsitzender der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD
 1978 Gründungsmitglied der Gustav-Heinemann-Initiative
 1981–1983 Amtierender Kirchentagspräsident

Etzel, Hermann (1882–1978)

Dr. jur.
 Syndikus der Handwerkskammer München und Oberbayern
 1946 Landrat in Bamberg
 1948 Eintritt in die BP
 1949–1952 stellvertretender Landesvorsitzender
 1949–1953 MdB
 1950–1951 MdL
 1952 Treffen mit der Volkskammerdelegation anlässlich ihres Besuches in der Bundesrepublik
 1953 Eintritt in die GVP, Bundesvorstand der GVP (kooptiert), Ehrenpräsidium des bundesdeutschen Komitees für die IV. Weltjugendfestspiele in Bukarest
 1954 Mitbegründer des Deutschen Klubs 1954
 Mitherausgeber der »Blätter für Deutsche und Internationale Politik«

Fassbinder, Klara (1890–1974)

Prof. Dr. phil.
 Lehre der Geschichte an der Pädagogischen Akademie Bonn
 1951/52 Mitglied im Rat des Deutschen Kongresses für die W.O.M.A.N
 Gründungsmitglied der GVP
 Tätigkeit in verschiedenen pazifistischen Organisationen
 1960 Mitglied der DFU

Gehle, Heribert Heinrich (*1906)

Dr. rer. pol.
 Diplomkaufmann und Wirtschaftsschriftsteller
 Mitarbeit in den Christlichen Gewerkschaften
 1934 Referent im Statistischen Reichsamt
 1941–1945 Forschungsstelle für Marktwirtschaft in Münster

1946 Landesarbeitsamt NRW
 1948–1952 Unabhängiger Gemeinderat einer Landgemeinde
 1948–1964 Ehrenamtlicher Vorsitzender des Rings Deutscher Siedler
 1952–1955 Bundesvorstand der GVP
 1954–1974 Direktor eines Selbsthilfe-Bauträgers

Gereke, Günter (1893–1970)

Dr. jur. et rer. pol.
 In der Weimarer Republik Mitglied der DNVP
 1930–1932 MdR
 1932/33 Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung in den Kabinetten Schleicher, Hitler
 1945 Präsidialdirektor der Provinzialregierung von Sachsen-Anhalt
 1946 Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland
 1946–1950 Mitglied der CDU, Ausschuß aus der CDU
 1946/47 Innenminister in Niedersachsen
 1948–1950 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Hannover, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
 1950 Mitglied im BHE, Ausschuß
 1950 Gründung der Deutschen Sozialen Partei
 1952 Übersiedlung in die DDR, Mitglied der CDUD

*Glock, Karl Borromäus (*1905)*

Diplomkaufmann
 Verleger und Schriftsteller
 Herausgeber und Schriftleiter der Zeitschrift »Die Besinnung«
 GVP-Mitglied

*Godde, Wilhelm (*1926)*

Dr. phil.
 Schul- und Kulturdezernent i.R.
 1953 Vorsitzender des Landesverbandes der GVP in NRW zusammen mit Alfred Koch
 1953 Bundestagskandidat der GVP in NRW
 1955 praktische Leitung und Verantwortung der GR
 1955–1957 Bundesvorstand der GVP
 1957 SPD-Mitglied

Göckeritz, Hermann (1891)

Dr. rer. pol.
 Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
 Rede- und Schreibverbot im Dritten Reich
 Vorstandsmitglied einer Treuhandgesellschaft
 Berater in Wiedergutmachungsfragen
 1952/53 Landesvorsitzender der GVP-Baden-Württemberg
 1953 Austritt aus der GVP

Gollwitzer, Helmut (1908)

Prof. Dr. theol.
 1936 Referent in der Leitung der Bekennenden Kirche in Preußen und Thüringen
 1938 Pastor in Berlin-Dahlem
 1940 Redeverbot
 1949–1975 Lehrstuhlinhaber in Bonn, Berlin
 1955 Redner an der Paulskirchenversammlung in Frankfurt

Griesmayr, Gottfried (1912)

1942–1945 Leiter des Politischen Schulungsamtes der Reichsjugendführung

1949 Mitgründung der DU
 Bundesvorstand der DU
 Landesvorsitzender der DU-Baden-Württemberg
 1954 Übertritt zum BHE

Hammelsbeck, Oskar (1899–1975)

Prof. Dr. phil.
 Referent der Bekennenden Kirche
 1936 Entfernung aus dem Schuldienst
 1946–1954 Vorsitzender der Kammer für Erziehung und Unterweisung beim Rat der EKD
 1946–1959 Leiter der Pädagogischen Akademie in Wuppertal
 1946–1971 Nebenamtliche Lehre der Katechetik und Pädagogik an der Kirchlichen Hochschule in Wuppertal
 1951 Vorstand der NG
 Mitherausgeber der StdG
 GVP-Mitglied

Heidingsfelder, Georg (1899–1967)

Schriftsteller und Publizist
 Schreibverbot im Dritten Reich
 Im Internierungslager Cherbourg »Selected Citizen«
 Konversion zum Katholizismus
 Mitarbeit in der Katholischen Arbeiterbewegung bis zu deren Zustimmung zur Wiederbewaffnung
 1952/53 Herausgeber und Redakteur von »Katholische Freiheit. Eine Monatszeitschrift für mündiges Christentum«
 1953 Bundestagskandidat der GVP in NRW
 1954/55 Herausgeber von »Umschau im Katholizismus«

Heinemann, Gustav (1899–1976)

Dr. rer. pol. und Dr. jur.
 Rechtsanwalt
 1930 Beitritt zum CSVD
 1933–1945 Mitglied der Bekennenden Kirche, Beteiligung an der Barmer Synode Mai 1934
 1933–1948 Presbyter in Essen
 1936–1950 Vorsitzender des CVJM in Essen
 1945–1962 Mitglied der Leitung der Evangelischen Kirche in Rheinland
 1945–1967 Mitglied des Rates der EKD
 1946–1949 Oberbürgermeister in Essen
 1947/48 Justizminister in NRW im Kabinett Arnold
 1947–1950 MdL in NRW
 1949–1950 Bundesinnenminister im Kabinett Adenauer
 1949–1955 Präses der Synode der EKD
 1951 Vorstand der NG
 1952 Austritt aus der CDU
 1952–1957 Präsidium der GVP
 1957–1969 MdB
 Bis 1959 Mitherausgeber der StdG
 1958–1969 Parteivorstand der SPD
 1966–1969 Bundesminister der Justiz im Kabinett Kiesinger
 1969–1974 Bundespräsident

*Hermes, Wilhelm (*1910)*

Kaufmännische Tätigkeit in der Industrie und im Bergbau
 Studium der Nationalökonomie, Jurisprudenz und Philosophie
 1940 Anklage wegen Wehrkraftersetzung vor dem Berliner Reichsgericht
 1945 Gründung der Sozialliberalen Partei in Mönchen-Gladbach
 1945 Mitgründer und 1. Generalsekretär der FDP in der Britischen Besatzungszone
 1946 Austritt aus der FDP
 1946 Gründung der Europa-Union
 1947 Präsident der Europa-Union
 1948 Spaltung der Europa-Union; der von Hermes geführte Zweig löst sich bald auf
 1949 Gründung der Wochenzeitung »Europa-Kurier«
 1952 Gründungsmitglied der GVP
 1952–1953 Bundesvorstand der GVP

*Hertel, Gerhard (*1924)*

Steueramtmann a. D.
 1951/52 Mitarbeit in der NG
 1952–1957 GVP-Kreisvorsitzender
 1956 Stadtrat in Freudenstadt
 1958–1966 SPD-Landesvorstand
 1958–1972 SPD-Kreisvorsitzender
 1959 Kreisrat in Freudenstadt

Hess, Otto (1908–1967)

Regierungsrat a.D.
 NSDAP-Kreisleiter in Hessen-Darmstadt
 1937–1939 Tätigkeit bei der obersten SA-Führung
 1945 Mitglied der DU
 1953 Mitgründung des Reichsblocks, Übertritt zur DRP
 1957 Stellvertretender DRP-Vorsitzender
 1964 NPD-Gründungsmitglied
 1967 NDP-MdL in Niedersachsen

*Hilberath, Leo (*1903)*

Dr. rer. pol.
 Journalist, Leiter der »Aachener Journalisten-Schule«
 1951 Mitglied des Hauptausschusses für Volksbefragung
 1953–1955 Chefredakteur der GR

Iwand, Hans-Joachim (1899–1960)

Prof. Dr. theol.
 1923 Leiter des theologischen Konvikts in Königsberg
 1927–1935 Privatdozent in Königsberg
 Leiter des Predigerseminars der Bekennenden Kirche in Blöstau/Ostpreußen
 1938–1945 Pfarrer in Dortmund
 1945–1960 Lehrstuhlinhaber in Göttingen, Bonn

*Jüntgen, Paul Otto (*1912)*

Unternehmer
 Verschiedene Funktionen in Verbänden der ledererzeugenden Industrie
 1952–1955 Bundesvorstand der GVP

Karrenberg, Friedrich (1904–1966)

Dr. rer. pol. Prof. D. theol. h.c.
 Unternehmer
 1951 Vorstand der NG

Tätigkeit in verschiedenen Gremien der Evangelischen Kirche: u.a. Evangelische Akademie, Evangelischer Kirchentag, Kammer für soziale Ordnung der EKD, Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche im Rheinland
Mitherausgeber der StdG

*Kiefer, Wilhelm (*1890)*

Publizist und Schriftsteller

Vor 1933 stellvertretender Chefredakteur der katholischen Wochenzeitung »Der gerade Weg«

Emigration in die Schweiz

In den fünfziger Jahren Sprecher des sog. »Nation-Kreis«

*Koch, Alfred (*1916)*

Diplomvolkswirt

Selbständiger Kaufmann

1953 Vorsitzender des Landesverbandes der GVP in NRW zusammen mit W. Godde

1955 Redaktionsmitglied der GR

*Koch, Nikolaus (*1912)*

Prof. Dr. phil.

1946–1949 CDU-Mitglied

1950/51 Leitung der Deutschen Friedensakademie Harzburg bis zu ihrer Auflösung

1951/52 Mitglied des Rates des »Deutschen Kongresses« für die Deutsche Friedensakademie

1952 Mitgründer der Gruppe »Die Streitlosen«

1953 Leiter der Pädagogischen Zentralbibliothek, Dortmund

1954 Gründung der »Beratungsstelle des Friedensdienstes«

1959 Professor für Philosophie an der PH Ruhr, Abteilung Dortmund

Mitarbeit in verschiedenen pazifistischen Organisationen u.a. IVB, IdK
GVP-Mitglied

*Krämer, Heinz (*1925)*

Diplomingenieur

Mitglied der DAG

1952 Mitinitiator des Westdeutschen Treffens der Jungen Generation am 2.3. in Darmstadt, Präsidium des Westdeutschen Treffens der Jungen Generation am 11.5. in Essen

1953–1955 Bundesvorstand der GVP

1953 GVP-Kandidat in Hessen

1955 keine Wiederwahl in den Bundesvorstand der GVP

Kreiterling, Willi (1927–1983?)

Journalist

Nach 1945 Vorsitzender des Windthorstbundes

Seit 1950 freier Journalist, Pressereferent

Assistent der Landtagsfraktion des Zentrums in NRW

1952 GVP-Mitglied

1957 SPD-Mitglied

1958/59 Referent der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle in NRW

1959/60 Jugendreferent des Deutschen Volkshochschulverbandes

1960–1972 Leiter des Kulturamtes und der Volkshochschule Leverkusen

1972–1974 Stellvertretender Leiter der Landeszentrale für politische Bildung in NRW

1974 Leiter der Landeszentrale für politische Bildung

Krüger, Heinz

Journalist

Im Dritten Reich als Versicherungsvertreter tätig

1945 Journalist u.a. für die AN, NN, Realpolitik, DVZ

Redakteur des Berliner »Sozialdemokraten«

Pressesprecher des SPD-Ministerpräsidenten Lüdemann von Schleswig-Holstein

Herausgeber des »Pressespiegel Ost-West«

1948/49 Mitarbeit im Gründungsausschuß der USPD

1951 Teilnehmer am Deutschen Kongreß

1952 Verhaftung durch die Volkspolizei

1952–1955 Bundesvorstand der GVP

Leiter des Berliner Zentralbüros der NG-Arbeitsgruppen Berlin

1955 Redner bei der »Arbeitsgruppe Wiesbaden des »Freiheitsboten«

*Küpper, Christel (*1906)*

Psychotherapeutin

Während der Weimarer Republik in der Jugendbewegung und im

Guardinikreis tätig

1932 Eintritt in die Internationale Liga für Frieden und Freiheit

Nach 1945 Landesvorsitzende der W.O.M.A.N. in Bayern

1952–1957 Bundesvorstand der GVP

Landesvorsitzende der GVP-Bayern

1957–1961 SPD-Mitglied

1958 Initiatorin der »Studiengesellschaft für Friedensforschung«, Mitglied im IVB

Vorstandsmitglied der »Deutschlandzentrale des Exekutivkomitees des Peace Bureau«
in Genf

Küppers, Erika

Pfarrerin

1952 »Besuchsdienst« mit Mochalski in der DDR

1953–1955 Bundesvorstand der GVP

Mitarbeit in der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung/Land Hessen

Lilje, Hanns (1899–1977)

Landesbischof, Dr. theol., D.

1927–1935 Generalsekretär der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung

1933–1936 Herausgeber der »Jungen Kirche«

1945 Gefängnis nach Verurteilung durch den Volksgerichtshof

1945 Oberkirchenrat, Mitglied des Rates der EKD

1946 Präsident des Zentralausschusses der Inneren Mission

1947 Landesbischof

1949 Stellvertretender Vorsitzender des Rates der EKD

1952–1957 Präsident des Lutherischen Weltbundes

1955–1969 Leitender Bischof der Vereinten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Mitglied des Zentralkomitees, des Exekutivkomitees und des Präsidiums des Weltrats
der Kirchen

Herausgeber des Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes

Martin, Alfred von (1882–1979)

Prof. Dr. jur. et phil.

Soziologe und Geschichtsphilosoph

1921 a.o.Professor an der Universität Frankfurt

1924 a.o.Professor an der Universität München

1931 Honorarprofessor und Direktor des Soziologischen Seminars an der Universität Göttingen

1933 Ausscheiden aus dem Lehramt

1946 Lehrauftrag an der TU München

1948 Universität München

1952/53 Bundesvorstand der GVP

1955–1958 kommissarischer ordentlicher Professor an der Universität München

*Meyer zu Schwabedissen, Albrecht (*1918)*

Diplomkaufmann

Geschäftsführer einer Druckereigesellschaft

Während der Weimarer Republik tätig in der »Großdeutschen Jugend«

1951 Mitglied im IVB

1951 Mitbegründer des Deutschen Kongresses

1951/52 Leiter der Mittelstelle des Deutschen Kongresses

1952 gewähltes Bundesvorstandsmitglied der GVP, keine Ausübung dieser Funktion.

Meyer zu Schwabedissen, Friedrich (1888–1954)

Dr. jur.

Unternehmer

Leiter des Deutschen Friedensbundes

1951/52 Mitarbeit beim Deutschen Kongreß

1952 Mitarbeit bei der NG

SPD-Mitglied

*Mochalski, Herbert (*1910)*

Pfarrer

Mitglied der NSDAP und SA

1935 Verhaftung und Ausweisung aus Schlesien

Geschäftsführer des Bruderrats der Bekennenden Kirche

1949 Wiedergründung der StdG

1949–1974 Mitherausgeber und Schriftleiter der StdG

1951 Gründung der »Darmstädter Aktionsgruppen«

1952–1957 GVP-Mitglied

1953 GVP-Kandidat in Hessen

1953–1957 Bundesvorstand der GVP

1955–1957 2. Vorsitzender der GVP-Hessen

1960 Mitbegründung der DFU

1970 Vizepräsident der Prager »Christlichen Friedenskonferenz«

Mönckeberg-Kollmar, Vilma (1892–1985)

Rezitatorin, Literaturwissenschaftlerin

Während der Weimarer Republik Mitarbeit in der Jugendbewegung

1939 als Lektorin für Sprecherziehung und Vortragskunst an der Universität Hamburg entlassen

1946–1976 Lehrauftrag an der Universität Hamburg

1948–1958 Bundesvorsitzende der W.O.M.A.N.

GVP-Mitglied

*Müller-Westing, Helmuth (*1914)*

Ltd. Landesverwaltungsdirektor a.D.

Mitarbeiter der Stätte der Begegnung

Initiator verschiedener Stiftungen und Selbsthilfswerke: u.a. NOSTRA Verbund-Werkstatt GmbH, »Betriebsfamilie«

Niemöller, Martin (1892–1984)

Kirchenpräsident
 1918/19 U-Boot-Kommandant
 1924–1930 Geschäftsführer der Inneren Mission in Westfalen
 1930 Pfarrer in Berlin-Dahlem
 Gründer und Vorsitzender des Pfarrernotbundes
 1934 Barmer Erklärung
 1937 Verhaftung
 1938–1945 Konzentrationslager Sachsenhausen, Dachau
 1945–1955 Mitglied des Rates der EKD
 Bis 1956 Leiter des kirchlichen Außenamtes
 1947–1964 Kirchenpräsident der Landeskirche Hessen und Nassau

Noack, Ulrich (1899–1974)

Prof. Dr. phil.
 1946–1964 Ordinarius für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Würzburg
 1946 CDU-Mitglied in Greifswald
 1946 CSU-Mitglied und Würzburger Stadtrat
 1948 Gründung des Nauheimer Kreises
 1951 Ausschluß aus der CDU
 1951/52 Mitglied des Rates des Deutschen Kongresses für den Nauheimer Kreis
 1952 Gründung der Freien Mitte
 1952/53 GVP-Mitglied
 1952–1967 Herausgeber der Zeitschrift »Welt ohne Krieg«
 1953 Bundesvorstand der GVP
 1956 FDP-Mitglied

Oechslin, Ruth (1914–1982)

Dr. jur.
 Richterin
 Mitglied im IVB, Quäker-Älteste
 1951/52 Mitglied des Rates des Deutschen Kongresses für den IVB
 GVP-Mitglied

*Ordemann, Conrad (*1900)*

Kaufmann
 Studium der Geschichte und Germanistik
 1952–1955 Bundesvorstand der GVP
 GVP-Landesvorsitzender Bremen

Ostau, Joachim von (1902–1969)

Unternehmer
 1930–1932 Gaureferent für politische Ausbildung der NSDAP in Westfalen. Ausscheiden aus der NSDAP
 1932 Eintreten für Kronprinz Wilhelm als Reichspräsident
 1945 Mitbegründer der Deutschen Aufbauartei
 1946/47 Mitglied der Deutschen Konservativen Partei-Deutschen Rechtspartei
 Gründung verschiedener Parteien und Rückzug aus der politischen Arbeit
 1951/52 Mitglied des Rates des Deutschen Kongresses für den Block der Nationalen Einigung
 1956 FDP-Mitglied
 1961 Mitgründer der »Vereinigung Deutsche Nationalversammlung«
 1964 Mitgründer der Nationaldemokratischen Union
 1966 Teilnehmer an der Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands

*Posser, Diether (*1922)*

Dr. jur.

Rechtsanwalt

1951 Vorstand der NG

1952–1957 Bundesvorstand der GVP

1955 (rechtlicher) Schriftleiter der GR

1955–1957 Präsidium der GVP

1957 SPD-Mitglied

1966–1990 MdL in NRW

1968–1972 Bezirksvorstand der SPD-Niederrhein

1968–1988 Minister in NRW (Minister für Bundesangelegenheiten, Justizminister, Finanzminister)

1970–1986 SPD-Parteivorstandsmitglied

*Priebe, Albert (*1915)*

Kaufmann. Angestellter

1951 Mitarbeit in der NG, Initiator der NG-Petition

1953 GVP-Kreisvorsitzender in Offenbach

1953 GVP-Kandidat in Hessen

1954 GVP-Aktionsausschuß Hessen

*Rau, Johannes (*1931)*

Verlagsdirektor

1952 GVP-Mitglied

1954 Verlagsgeschäftsführer

1955 Redaktionsmitglied der GR

1957 SPD-Mitglied

1958 MdL in NRW

1958–1962 Vorsitzender der Jungsozialisten in Wuppertal

1959–1962 Unterbezirksvorstandsmitglied der SPD-Wuppertal

1962–1968 Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirkes Wuppertal

1964–1967 Vorsitzender der SPD-Fraktion in Wuppertal

1965 Mitglied der Synode und stellvertretendes Mitglied der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland

1967 Fraktionsvorsitzender der SPD NRW

1968 SPD-Parteivorstandsmitglied

1969/70 Oberbürgermeister von Wuppertal

1970 Minister für Wissenschaft und Forschung

1977 SPD-Landesvorsitzender

Seit 1978 Ministerpräsident von NRW

1985 Mitherausgeber der »Evangelischen Kommentare«

*Reinecke, Werner (*1891)*

Landwirt, Oberst a.D.

Nach dem Gymnasium bis 1920 Berufsoffizier

1923 Verwaltung des durch den Versailler Vertrag polnisch gewordenen väterlichen Besitzes

1924 Ausweisung durch Polen, tätig als Landwirt in Schlesien

1937 Soldat

1943 wegen Schwerbeschädigung Ausscheiden aus dem Wehrdienst und Übernahme eines Versehrtenhofes bei Bromberg

1945 Flucht

1946–1951 Stromableser

1951–1955 MdL in Niedersachsen bis 1952 für die SPD

1952 Austritt aus der SPD
 1952–1957 Bundesvorstand der GVP
 GVP-Landesvorsitzender in Niedersachsen

*Respondek, Erwin (*1894)*

Dr. rer. pol., Dr. habil. für Nationalökonomie
 Hochschullehrer und Konsul a.D.
 1916 Mitglied der Deutschen Zentrumspartei
 1916–1926 Reichsfinanzministerium: Budget- und Reparationsabteilung; Auswärtiges
 Amt: Wirtschaftsabteilung
 1924 Titularkonsul
 1926–1932 Privatdozent, Wirtschaftsberater, Sachverständiger an Wirtschaftskonferen-
 zen des Völkerbundes
 1931–1933 MdR, Mitarbeiter von Reichskanzler Brüning
 1933–1945 Verlust aller Ämter, Publikations- und Redeverbot
 1942 Gestapohaft
 1944 Nach dem 20. Juli Gestapohaft
 1945 Wirtschaftsberater
 1945/47 Ablehnung der Mitarbeit in Ämtern der SBZ
 1946 Ablehnung der Übernahme von Ämtern in der Bizone
 1952–1955 GVP-Bundesvorstandsmitglied

Schelz, Sepp (1917–1986)

Journalist
 Tätigkeit im evangelisch-journalistischen Bereich
 Gründer der »Sammlung der Kriegsgeneration«
 1952/53 Bundesvorstand der GVP
 1971–1983 Verlagsdirektor, Mitherausgeber der »Hamburger Morgenpost«

Schenke, Wolf (1914–1989?)

Journalist und Verleger
 Bannführer in der Reichsjugendführung
 Herausgeber des HJ-Schulungsbriefes »Wille und Macht«
 1936 Auslandspressereferent der Reichsjugendführung
 1937–1946 Kriegsberichterstatler
 1946/47 Kriegsgefangenschaft
 1949 Gründung des Pressedienstes »Realpolitik«
 1949 Gründungsmitglied der »Deutschen Gesellschaft für Wiedervereinigung«
 1950–1953 Initiator und Hauptträger der »Dritten Front«
 1951 Mitglied des Deutschen Kongresses für die Dritte Front
 1951 Austritt aus dem Deutschen Kongreß
 1955 Mitgründer und Verleger des Holsten-Verlages
 1956–1983 Verleger und Chefredakteur der Zeitschrift »NEUE POLITIK«
 1958 Gründung der »Arbeitsgemeinschaft Neue Politik«
 1961 Mitgründung der »Vereinigung Deutsche Nationalversammlung«

Scheu, Adolf (1907–1978)

Industrie- und Unternehmensberater
 1930–1933 CSVD-Württemberg, Gründung der Evangelischen Jungfront
 1941 Gestapohaft
 1945 in der MRA-Bewegung tätig
 1951 Vorstand der NG
 1952–1957 Präsidium der GVP

1957 SPD-Mitglied
1969–1978 MdB

Mitarbeiter in der sozialetischen Arbeit der Evangelischen Kirche und in Evangelischen Akademien

Schmitt, Mathias (*1913)

Dr. jur.

Ministerialbeamter

Fallschirmjägeroffizier

Nach 1945 Tätigkeit in der Bizonenverwaltung, Wirtschaftsministerium

Mitglied der DU, Austritt

Schneider, Reinhold (1903–1958)

Schriftsteller

GVP-Mitglied

Scholl, Robert (1891–1973)

Jurist

1945–1948 Oberbürgermeister der Stadt Ulm

1952–1957 Präsidium der GVP

Mitherausgeber der »Blätter für deutsche und internationale Politik«

Schomburg, Oskar (*1897)

Kapitän zur See a.D.

1915 Ordonnanzoffizier von Gustav Noske

Seit 1920 in der Reichsmarine

1952/53 Bundesvorstand der GVP

Siegmund-Schultze, Friedrich (1875–1969)

Prof. Dr.

1911 Gründung der »Sozialen Arbeitsgemeinschaft« in Berlin

1913–1933 Herausgeber der Zeitschrift »Die Eiche«

1914 Gründung des IVB zusammen mit dem englischen Quäker H. Hodgkin

1925 Professor für Jugendkunde, Sozialpädagogik und Sozialethik an der Universität Berlin

1933 Verhaftung und Ausweisung

Bis 1947 im Exil in Zürich

1941 Bemühungen um Friedensverhandlungen mit den Alliierten nach dem Sturz Hitlers

1947 Professur für Sozialpädagogik in Münster

1948 Gründung der Jugendwohlfahrtsschule in Dortmund

1953 GVP-Mitglied

1957 Einrichtung der »Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen«

1959 Gründung des Ökumenischen Archivs in Soest

Simpfendorfer, Wilhelm (1888–1973)

Lehrer

Minister a.D.

1924 Mitgründung des CSVD

1929–1933 Reichsvorsitzender des CSVD

1930–1933 MdR

1946/47 Kultusminister in Nordwürttemberg

1946–1960 MdL

1949–1958 CDU-Landesvorsitzender

1953–1958 Kultusminister
1971 Austritt aus der CDU wegen der Ostpolitik der CDU/CSU

Strecker, Reinhard (1876–1951)

Prof. Dr. phil.
1919–1921 Kultusminister in Hessen
1945 Honorarprofessur in Leipzig
1946 Honorarprofessur in Gießen
1948–1951 Mitglied des Nauheimer Kreises
1951 Ausschluss aus der SPD

Stummel, Ludwig

Konteradmiral a.D.
Nach 1945 Sozialberater
1951 Vorstand der NG
1952–1955 Bundesvorstand der GVP
Landesvorsitzender der GVP-Rheinland-Pfalz

Wessel, Helene (1898–1969)

Diplomfürsorgerin
1915–1928 Büroangestellte und dann Parteisekretärin der Deutschen Zentrumspartei
Dortmund-Hörde
1919 Mitglied des Zentrums
1921–1933 Mitglied in Reichs-, Landes- und Provinzialorganen des Zentrums und des
Windthorstbundes
1928–1933 MdL in Preußen
1933–1945 u.a. Tätigkeit in einem Dortmunder Krankenhaus
1945 Mitgründerin der Deutschen Zentrumspartei in Soest, dritte Vorsitzende
1946–1950 MdL in NRW
1947/1948 Mitglied im Zonenbeirat der britischen Zone
1948/1949 Mitglied des Parlamentarischen Rats
1949–1952 Zentrumsvorsitzende
1949–1953 MdB
1951 Vorstand der NG
1952–1957 Präsidium der GVP
1953 Freie Mitarbeiterin beim DGB
1957 Eintritt in die SPD
1957–1969 MdB
Vorstandsmitglied der deutschen Sektion des IVB

Zimmerer, Ludwig

Journalist
1952–1955 Herstellung und Gestaltung von »Glaube und Vernunft. Theoretisches
Organ und Mitteilungsblatt für den Arbeitskreis Katholische Jugend gegen die
Wiederaufrüstungspolitik«
1955–1956 Herausgeber der »Umschau im Katholizismus«
GVP-Mitglied

Verzeichnis der Abbildungen

1. GVP-Signet	(Schutzumschlag)
2. Titelblatt der ersten Broschüre der Notgemeinschaft für den Frieden Europas	20
3. Helene Wessel und Gustav W. Heinemann in Berlin (März 1952)	114
4. Faltblatt für die Bundestagswahl 1953	208
5. Wahlplakat des GVP-Landesverbands Baden-Württemberg	336
6. GVP-Plakat »Ohne Krieg« (Originalentwurf)	408

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Archivalien

Nachlaß Heinemann, AdsD (= Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg)
Nachlaß Scheu, AdsD
Nachlaß Wessel, AdsD
Depositum Willems, AdsD
Nachlaß Ehlers, ACDP (= Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin)
Bestand EAK, ACDP
Privatarchiv Hans Bodensteiner
Privatarchiv Gerhard Hertel
Privatarchiv Albrecht Meyer zu Schwabedissen

(Welche Quellen im einzelnen benutzt wurden, geht aus den Fußnoten hervor. Dort ist der jeweilige Fundort genannt: NL Hei 128 bedeutet Nachlaß Heinemann Nr. 128. Der NL Heinemann ist in zwei Bestände aufgeteilt. Zur besseren Unterscheidung hat der Verfasser deshalb für den zweiten Bestand die Nomenklatur II eingeführt).

II. Gedruckte Reden, Aufsätze und Artikel

EPPLER, Erhard: Einsprüche. Zeugnisse einer politischen Biographie. Hrsg. v. Bregenzer, Albrecht/Brinkel, Wolfgang/Erler, Gernot. Mit einem aktuellen Interview von Eberhard Stammler, Freiburg i. Br. 1986.

FAßBINDER, Klara-Marie: Begegnungen und Entscheidungen, Darmstadt 1961.

HEINEMANN, Gustav W.: Deutsche Friedenspolitik. Reden und Aufsätze, Darmstadt 1952.

HEINEMANN, Gustav W.: Im Schnittpunkt der Zeit. Reden und Aufsätze. Mit einem Vorwort von Prof. H. Gollwitzer, Darmstadt 1957.

HEINEMANN, Gustav W.: Verfehlt Deutschlandpolitik. Irreführung und Selbsttäuschung. Artikel und Reden, Frankfurt/M. 1966.

HEINEMANN, Gustav W.: Plädoyer für den Rechtsstaat. Rechtspolitische Reden und Aufsätze. Mit einem Vorwort von Rolf Zundel und einem Protokoll von Günter Gaus, Karlsruhe 1969.

HEINEMANN, Gustav W.: Reden und Interviews. 5 Bände. Hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1969 bis 1974.

HEINEMANN, Gustav W.: Allen Bürgern verpflichtet. Reden des Bundespräsidenten 1969 bis 1974, Frankfurt/M. 1975.

HEINEMANN, Gustav W.: Präsidiale Reden. Einleitung von Theodor Eschenburg, Frankfurt/M. 1975.

HEINEMANN, Gustav W.: Glaubensfreiheit – Bürgerfreiheit. Hrsg. v. Diether Koch, Frankfurt/M. 1976.

HEINEMANN, Gustav W.: Es gibt schwierige Vaterländer. Aufsätze und Reden 1919 bis 1969. Hrsg. v. H. Lindemann, Frankfurt/M. 1976.

PFELEDERER, Karl Georg: Politik für Deutschland. Reden und Aufsätze 1948–1956, Stuttgart 1962.

- POSSER, Diether: Deutsch-sowjetische Beziehungen 1917–1941, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1963, Stuttgart 1962.
- POSSER, Diether: Politische Strafjustiz aus der Sicht des Verteidigers, Karlsruhe 1961.
- SCHUMACHER, Kurt: Reden-Schriften-Korrespondenzen 1945–1952. Hrsg. v. Willy Albrecht, Berlin/Bonn 1985.

III. Parlamentaria

- AUFTAKT ZUR ÄRA ADENAUER. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949. Bearb. v. Udo Wengst (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Vierte Reihe Deutschland seit 1945. Bd. 3. Hrsg. v. der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien sowie dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung), Düsseldorf 1985.
- DIE KABINETTSPROTOKOLLE DER BUNDESREGIERUNG. Bd. 1 1949, Bd. 2 1950, Bd. 3 1950 Wortprotokolle. Hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms. Bearb. v. Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1982, 1984 und 1986.
- VERHANDLUNGEN DES HAUPTAUSSCHUSSES DES PARLAMENTARISCHEN RATES, Bonn 1948/1949.
- VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES – Stenographische Berichte, 1949ff.
- VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES – Anlage zu den stenographischen Berichten, 1949ff.

IV. Pressedienst und Zeitungen der NG/GVP (Jahrgänge)

- NACHRICHTEN DER NOTGEMEINSCHAFT FÜR DEN FRIEDEN EUROPAS, 1952.
- GVP-NACHRICHTEN. Nachrichtendienst der Gesamtdeutschen Volkspartei, 1953.
- GESAMTDEUTSCHE RUNDSCHAU, 1953–1959.

V. Zeitungen und Zeitschriften

Ausgewertet wurden Ausschnitte aus regionalen (z. B. Mittlbayerische Zeitung, Neuer Tag Weiden, Hamburger Abendblatt) und überregionalen Zeitungen (FAZ, SZ, Die Welt) und Zeitschriften (z. B. Der Spiegel).

- Fundstellen: AdsD
 Archiv des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung
 Archiv des Deutschen Bundestages
 Zeitungsarchiv des Neuen Tag Weiden

VI. Dokumentensammlungen und gedruckte Quellen

- BRANDT, Peter/AMMON, Herbert, Die Linke und die Nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit, Reinbek bei Hamburg 1981.
- BULLETIN DES PRESSE- UND INFORMATIONSAMTES DER BUNDESREGIERUNG, Bonn 1951ff.
- DEUTSCHLANDPLÄNE. Dokumente und Materialien zur deutschen Frage. Hrsg. von Kurt Hirsch mit einer Einleitung von Harry Pross, München 1967.

- DIE AUßENMINISTERKONFERENZ IN GENÈVE VOM 27. OKTOBER BIS 16. NOVEMBER 1955. Dokumente und Materialien. Hrsg. vom Auswärtigen Amt, Bonn o. J..
- DIE VIERERKONFERENZ IN BERLIN. REDEN UND DOKUMENTE. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin o. J..
- DOKUMENTATION DER ZEIT. Gesamtdeutsches Informationsarchiv. Heft 63, Februar 1954 – Heft 67, April 1954. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin (Ost) 1954.
- DOKUMENTE ZUR AUßENPOLITIK DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK. Bd. Iff. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin (Ost) 1954ff.
- EUROPA-ARCHIV. Zeitschrift für internationale Politik, 1949ff (EA).
- FLECHTHEIM, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Bd. 2: Programmatik der deutschen Parteien. Erster Teil, Berlin 1963.
- FOERSTER, Rolf Helmut (Hrsg.): Die Idee Europa 1300–1946. Quellen zur Geschichte der politischen Einigung, München 1963.
- FOREIGN RELATIONS OF THE UNITED STATES. Diplomatic Papers. Hrsg. v. Department of State, Washington 1861ff, 1949, Vol. III: Council of Foreign Ministers; Germany and Austria. 1950, Vol. III: Western Europe. 1951, Vol. III: European Security and the German Question (in two parts). 1952–1954, Vol. VII: Germany and Austria (in two parts).
- HOHLFELD, Johannes (Hrsg.), Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Ein Quellenwerk für die politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung. Band VII u. Band VIII. Das Ringen um Deutschlands Wiederaufstieg. Teil I: 1951–1952, Teil II: 1953–1954. Bearb. v. Klaus Hohlfeld, Berlin o. J..
- JÄCKEL, Eberhard (Hrsg.): Die deutsche Frage 1952–1956. Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte (= Dokumente. Hrsg. Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Kiel, Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen. Heft XXIII), Frankfurt a. M./Berlin 1957. (Jäckel)
- KEESING'S ARCHIV DER GEGENWART (ab 1956: Archiv der Gegenwart), 1949ff. (KA)
- SCHUBERT, Klaus von: Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945–1978. 2 Bde., Köln 1978.
- SIEGLER, Heinrich von (Hrsg.): Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantikcharta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961. Bd. I und II, 2. Aufl., Bonn-Wien-Zürich 1970.
- SIEGLER, Heinrich von (Hrsg.): Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands, 3. Aufl., Bonn-Wien-Zürich 1958.
- STEININGER, Rolf: Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumente auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Bonn 1985.

VII. Persönliche Schriften, Briefe, Erinnerungen, Memoiren, Unterredungen

- ADENAUER, Konrad: Briefe 1945–1947; Briefe 1947–1949; Briefe 1949–1951. Hrsg. v. Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. Bearb. v. Hans Peter Mensing, Berlin 1983, 1984 und 1985.
- ADENAUER, Konrad: Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965.
- ADENAUER, Konrad: Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966.

- ADENAUER, Konrad: Teegespräche 1950–1954. Hrsg. v. Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. Bearb. v. Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1984.
- BLANKENHORN, Herbert: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuches 1949 bis 1973, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1980.
- ECKARDT, Felix v.: Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen, Düsseldorf-Wien 1967.
- GEREKE, Günther: Ich war königlich preußischer Landrat, Berlin (Ost) 1970.
- GERSTENMAIER, Eugen: Streit und Frieden hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt M. 1981.
- GREWE, Wilhelm G.: Rückblenden 1976–1951. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1979.
- HEINEMANN, Gustav W.: Wir müssen Demokraten sein. Tagebuch der Studienjahre 1919–1922. Hrsg. v. Brigitte und Helmut Gollwitzer, München 1980.
- KAISER, Jakob: Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl. Hrsg. Tilmann Mayer, Köln 1988.
- LEMMER, Ernst: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt/M. 1968.
- MAIER, Reinhold: Erinnerungen 1948–1953, Tübingen 1966.
- SCHENKE, Wolf: Siegerwille und Unterwerfung. Auf dem Irrweg zur Teilung. Erinnerungen 1945–1955, München 1988.
- SCHMID, Carlo: Erinnerungen, Bern-München-Wien 1979.
- SPEIDEL, Hans: Aus unserer Zeit. Erinnerungen, Berlin-Frankfurt/M.-Wien 1977.
- TILLMANNS, Robert: Eine Lebensleistung. Hrsg. v. Hermann Brügelmann und Klaus Simon, Stuttgart 1956.

VIII. Benutzte Literatur

- ABELEIN, Manfred: Deutschland besteht weiter, in: Criticon 88 (1985), S. 57.
- ABELSHAUSER, Werner: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Frankfurt/M. 1983.
- ALBRECHT, Willy: Kurt Schumacher. Ein Leben für den demokratischen Sozialismus, Bonn 1985.
- ANFÄNGE WESTDEUTSCHER SICHERHEITSPOLITIK 1945–1956. Hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Bd. 1: Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan. Hrsg. v. Foerster, Roland G./Greiner, Christian/Meyer, Georg/Rautenberg, Hans-Jürgen/Wiggershaus, Norbert, München/Wien 1982.
- ASHKENASI, Abraham: Reformpartei und Außenpolitik. Die Außenpolitik der SPD, Berlin-Bonn-Köln-Opladen 1968.
- ASPEKTE DER DEUTSCHEN WIEDERBEWAFFNUNG BIS 1955. Hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Boppard am Rhein 1975.
- AUGSTEIN, Rudolf: Konrad Adenauer und seine Epoche, in: Die Ära Adenauer. Einsichten und Ausblicke. 2. Aufl., Frankfurt a. M./Hamburg 1963, S. 30–83.
- AZZOLA, Axel Ch.: Die Diskussion um die Aufrüstung der BRD im Unterhaus und in der Presse Großbritanniens November 1949 – Juli 1952, Meisenheim am Glan 1971.
- BAHN-FLESSBURG, Ruth: Leidenschaft mit Augenmaß. Fünf Jahre mit Hilda und Gustav Heinemann, München 1984.
- BAHR, Egon: Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten, Reinbek bei Hamburg 1982.
- BARING, Arnulf: Die westdeutsche Außenpolitik in der Ära Adenauer, in: PVS 9 (1968), S. 45–55.
- BARING, Arnulf: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Westdeutsche Innen-

- politik im Zeichen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. 2 Bde., München 1971.
- BARING, Arnulf: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich v. Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974.
- BARING, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982.
- BARING, Arnulf: Der 17. Juni, Stuttgart 1983.
- BARTH, Karl: Der Römerbrief. 2. Aufl., München 1922.
- BAUR, Hannecläre/FÖLSING, Günter (Hrsg.): Das politische Engagement des Christen heute. Zum 80. Geburtstag von Klara-Marie Faßbinder, Bonn 1970.
- BECKMANN, Johannes: Der theologische Ertrag des Kirchenkampfes, in: Beckmann, Johannes/Mochalski, Herbert (Hrsg.): Bekennende Kirche. Martin Niemöller zum 60. Geburtstag, München 1952, S. 75–88.
- BENDER, Peter: Amerikanische Deutschlandpolitik. Ein realistisches Wiedervereinigungskonzept hat es nie gegeben, in: DA 17 (1984), S. 830–833.
- BENTLEY, James: Martin Niemöller, Oxford 1984.
- BENZ, Wolfgang/PLUM, Günter/RÖDER, Werner: Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945, Stuttgart 1978.
- BERGMANN, Gerhard: Die weltanschaulichen Grundlagen und Ziele der Parteien. Hrsg. v. der JU Rheinland, Köln 1953.
- BESSON, Waldemar: Die christlichen Kirchen und die moderne Demokratie, in: Fuchs, Walter P. (Hrsg.): Staat und Kirche im Wandel der Jahrhunderte, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966, S. 201–215.
- BESSON, Waldemar: Prinzipienfragen der westdeutschen Außenpolitik, in: PVS 9 (1968), S. 28–44.
- BESSON, Waldemar: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970.
- BESSON, Waldemar: Der Streit der Traditionen. Über die historischen Grundlagen der westdeutschen Außenpolitik, in: Kaiser, Karl/Morgan, Roger (Hrsg.): Strukturwandlungen der Außenpolitik in Großbritannien und der Bundesrepublik, München/Wien 1970, S. 94–109.
- BESSON, Waldemar: Zum Verhältnis von Zielen und Mitteln in Adenauers Außenpolitik, in: HZ 214 (1972), S. 363–377.
- BLUMENWITZ, Dieter u. a. (Hrsg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. 2 Bde., 2. Aufl., Stuttgart 1976.
- BORCH, Herbert von: Friede trotz Krieg. Spannungsfelder der Weltpolitik seit 1950, München 1966.
- BRACHER, Karl Dietrich/JÄGER, Wolfgang/LINK, Werner: Die Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 5.1. Hrsg. v. K. D. Bracher u. a., Stuttgart/Mannheim 1986.
- BRANDWEINER, Heinrich: Der österreichische Staatsvertrag, Leipzig/Jena 1955.
- BRANDWEINER, Heinrich: Die Pariser Verträge, Berlin (Ost) 1955.
- BRÜNNECK, Alexander von: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968, Frankfurt/M. 1978.
- BRUNNER, Emil: Das Gebot und die Ordnungen, Tübingen 1932.
- BUCHHAAS, Dorothee: Die Volkspartei. Programmatische Entwicklungen der CDU 1950–1973, Düsseldorf 1981.
- BUCHHEIM, Hans: Adenauers Deutschlandpolitik, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Konrad Adenauer. Ziele und Wege, Mainz 1972, S. 83–95.
- BUCHHEIM, Hans: Adenauers Sicherheitspolitik 1950–1951, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955, Boppard am Rhein 1975, S. 119–147.
- BUCHHEIM, Hans: Die Richtlinienkompetenz unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers, in: Blumenwitz, Dieter u. a. (Hrsg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik

- und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 2: Beiträge der Wissenschaft, Stuttgart 1976, S. 339–351.
- BUCHHEIM, Hans: Deutschlandpolitik 1949–1972. Der politisch-diplomatische Prozeß, Stuttgart 1984.
- BU CZYLOWSKI, Ulrich: Kurt Schumacher und die deutsche Frage. Sicherheitspolitik und strategische Offensivkonzeption vom August 1950 bis September 1951, Stuttgart-Degerloch 1973.
- CALLEO, David: Legende und Wirklichkeit der deutschen Gefahr. Neue Aspekte zur Rolle Deutschlands in der Weltgeschichte von Bismarck bis heute, Bonn 1980.
- CAMPENHAUSEN, Axel von: Staatskirchenrecht, München 1973.
- CAMPENHAUSEN, Axel von: Staat, Kirche und Gesellschaft bei Gustav W. Heinemann, in: GWU 32 (1981), S. 1–23.
- CONZE, Werner: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1969.
- CORNIDES, Karl: Die Bewegung für Moralische Aufrüstung, in: EA 5 (1950), S. 3223–3226.
- CORNIDES, Wilhelm: Deutschlandfrage und europäische Sicherheit auf den Genfer Konferenzen, in: Die Internationale Politik 1955. Eine Einführung in das Geschehen der Gegenwart. Hrsg. v. Arnold Bergsträsser, Wilhelm Cornides unter Mitwirkung von Walter Hofer und Hans Rothenfels, München 1958, S. 837–862.
- CRAIG, Gordon: Deutschland und die Vereinigten Staaten. Historische Parallelen und Verschiedenheiten, und wie sie sich in der Einstellung zur Außenpolitik niederschlagen, in: Cooney, James A./Craig, Gordon/Schwarz, Hans-Peter/Stern, Fritz (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika, Stuttgart 1985.
- CZEMPIEL, Ernst-Otto/SCHWEITZER, Carl-Christoph: Weltpolitik der USA nach 1945. Eine Einführung und Dokumente, Bonn 1984.
- DALLIN, David J.: Sowjetische Außenpolitik nach Stalins Tod, Köln/Berlin 1961.
- DANIEL, Jens (d. i. Augstein, Rudolf): Deutschland, ein Rheinbund?, Darmstadt 1953.
- DEHIO, Ludwig: Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, München 1955.
- DETHLEFFSEN, Erich: The Chimera of German Neutrality, in: FA, Vol. 30, 1951/52, S. 361–375.
- DIETZFELBINGER, Eckart: Die westdeutsche Friedensbewegung 1948 bis 1955, Köln 1984.
- DITTMANN, Knud: Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung. Die politische Diskussion des Jahres 1952, Düsseldorf 1981.
- DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: Katholizismus und Wiederbewaffnung. Die Haltung der Katholiken gegenüber der Wehrfrage 1948–1955 (=Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B: Forschungen. Bd. 32), Mainz 1981.
- DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: Friedensdiskussion und innerkatholisches Selbstverständnis – ein Rückblick auf die Wehrdebatte 1950–1952, in: Korff, Wilhelm, (Hrsg.): Den Frieden sichern (=Schriften der Katholischen Akademie in Bayern. Bd. 106), Düsseldorf 1982.
- DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung, Darmstadt 1983.
- DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: Die Kirchen und die EVG. Zu den Rückwirkungen der Wehrdebatte im westdeutschen Protestantismus und Katholizismus auf die politische Zusammenarbeit der Konfession, in: Volkmann, Hans-Erich/Schwengler, Walter (Hrsg.): Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Boppard am Rhein 1985, S. 317–336.
- DOHSE, Rainer: Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg 1974.
- DORMANN, Manfred: Demokratische Militärpolitik. Die alliierte Militärstrategie als Thema deutscher Politik 1949–1968, Freiburg im Breisgau 1970.

- EDINGER, Lewis Joachim: Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln/Opladen 1967.
- EGEN, Peter: Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Diss. Bochum 1971.
- ELLWEIN, Thomas: Klerikalismus der deutschen Politik, 2. Aufl., München 1956.
- ERDMENGER, Klaus: Das folgenschwere Mißverständnis. Bonn und die sowjetische Deutschlandpolitik 1949–1955, Freiburg 1967.
- ERMACORA, Felix: 20 Jahre Österreichische Neutralität, Frankfurt am Main 1975.
- FAUL, Erwin: Soziologie der westdeutschen Wählerschaft, in: ders., (Hrsg.) Wahlen und Wähler in Westdeutschland, Villingen 1960.
- FISHER, Stephen L.: The Minor Parties of the Federal Republic of Germany. Toward a Comparative Theory of Minor Parties, Den Haag 1974.
- FOERSTER, Roland G.: Innenpolitische Aspekte der Sicherheit Westdeutschlands (1949–1950), in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956. Bd. 1: Foerster, Roland G./Greiner, Christian/Meyer, Georg/Rautenberg, Hans-Jürgen/Wiggershaus, Norbert (Hrsg.): Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan, München/Wien 1982, S. 403–575.
- FORSTER, Karl: Der Katholizismus in der Adenauer-Ära, in: Blumenwitz, Dieter u. a. (Hrsg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 2: Beiträge der Wissenschaft, Stuttgart 1976, S. 488–520.
- FOSCHEPOTH, Josef: Churchill, Adenauer und die Neutralisierung Deutschlands, in: DA 17 (1984), S. 1286–1301.
- FOSCHEPOTH, Josef (Hrsg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952, Göttingen/Zürich 1985.
- FOSCHEPOTH, Josef (Hrsg.): Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988.
- FOSCHEPOTH, Josef: Westintegration statt Wiedervereinigung. Adenauers Deutschlandpolitik, in: ders. (Hrsg.): Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988.
- FREI, Daniel: Dimensionen neutraler Politik. Ein Beitrag zur Theorie der internationalen Beziehungen, Genève 1969.
- FRICKE, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968, Köln 1979.
- FRICKE, Karl Wilhelm: Der Arbeiteraufstand. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen, in: Spittmann, Ilse/Fricke, Karl Wilhelm (Hrsg.): 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982, S. 5–22.
- FRICKE, Karl Wilhelm: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984.
- FRIESE, Elisabeth: Helene Wessel und die Deutsche Zentrumsparterie in der Nachkriegszeit, Magisterarbeit Köln 1983.
- FRIESE, Elisabeth: Helene Wessel, eine unbequeme Christin, in: Grafe, Peter/Hombach, Bodo/Grätz, Reinhard (Hrsg.): Der Lokomotive in voller Fahrt die Räder wechseln. Geschichte und Geschichten aus Nordrhein-Westfalen, Berlin, Bonn 1987, S. 120–125.
- FRITSCH-BOURNAZEL, Renata: Die Sowjetunion und die deutsche Teilung. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1949–1979, Opladen 1979.
- FRITSCH-BOURNAZEL, Renata: Das Land in der Mitte. Die Deutschen im europäischen Kräftefeld, München 1986.
- GABBE, Jörg: Parteien und Nation. Zur Rolle des Nationalbewußtseins für die politischen Grundorientierungen der Parteien in der Anfangsphase der Bundesrepublik, Meisenheim am Glan 1976.
- GAUS, Günter: Staatserhaltende Opposition oder Hat die SPD kapituliert? Gespräche mit Herbert Wehner, Reinbek bei Hamburg 1966.
- GERSTENMAIER, Eugen: Adenauer und die Macht, in: Blumenwitz, Dieter u. a. (Hrsg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 1: Beiträge der Zeitgenossen, Stuttgart 1976, S. 29–44.

- GESAMTDEUTSCHE VOLKSPARTEI (GVP), in: Deutsches Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.): Die westdeutschen Parteien 1945–1965, Berlin (Ost) 1966.
- GÖRTEMAKER, Manfred: Die unheilige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943–1979. München 1979.
- GÖRTEMAKER, Manfred: Die USA und die Teilung Deutschlands, in: Quandt, Siegfried/Schult, Gerhard. (Hrsg.): Die USA und Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg, Paderborn-München-Wien-Zürich 1985, S. 55–68.
- GOLLWITZER, Helmut: Die christliche Gemeinde in der politischen Welt, in: Gollwitzer, Helmut: Forderungen der Freiheit. Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, München 1964, S. 3–60.
- GOTTO, Klaus: Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963, in: Morsey, Rudolf/Repgen, Konrad (Hrsg.): Adenauer-Studien III. Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974, S. 3–91.
- GRAML, Hermann: Nationalstaat oder westdeutscher Teilstaat. Die sowjetischen Noten vom Jahre 1952 und die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik, in VfZ 25 (1977), S. 821–864.
- GRAML, Hermann: Die Legende von den verpaßten Gelegenheiten. Zur sowjetischen Notenkampagne des Jahres 1952, in: VfZ 29 (1981), S. 307–341.
- GREINER, Christian: Die alliierten militärstrategischen Planungen zur Verteidigung Westeuropas 1947–1950, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik. Bd. 1: Forster, Roland G./Greiner, Christian/Meyer, Georg/Rautenberg, Hans-Jürgen/Wiggershaus, Norbert (Hrsg.): Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan, München/Wien 1982, S. 119–323.
- GRESSEL, Hans: Friedrich Siegmund-Schultze. Pionier der Friedensbewegung und Mitbegründer des Internationalen Versöhnungsbundes, in: Gewaltfreie Aktion, Beilage, 18. Jg., 1985, Nr. 65/66/67, S. 3–22.
- GREWE, Wilhelm G.: Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960.
- GREWE, Wilhelm G.: Der Deutschland-Vertrag nach zwanzig Jahren, in: Blumenwitz, Dieter u. a. (Hrsg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 1: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, Stuttgart 1976, S. 698–718.
- GREWE, Wilhelm G.: Die deutsche Frage in der Ost-West-Spannung. Zeitgeschichtliche Kontroversen der achtziger Jahre, Herford 1986.
- GRÜNEWALD, Guido: Die Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK). Ihre Geschichte 1945–1968, Köln 1982.
- GURLAND, A.R.L.: Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953, Frankfurt/M. 1980.
- HACKE, Christian: Von Adenauer zu Kohl: Zur Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik 1945–1985, in: APuZ, 35. Jg. (1985), B 51/52, S. 3–22.
- HACKER, Jens: Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980, Baden-Baden 1983.
- HACKER, Jens: Reunification and Foreign Policy of the German Democratic Republic and North Korea in Comparison, in: Korea & World Affairs Vol. 8 (1984), S. 575–609.
- HAFTENDORN, Helga: Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen Sicherheitsbefriedigung und Friedenssicherung. Zur Außenpolitik der BRD 1955–1973, Düsseldorf 1974.
- HAFTENDORN, Helga: Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982, Baden-Baden 1983.
- HANRIEDER, Wolfram F.: Die stabile Krise. Ziele und Entscheidungen der bundesrepublikanischen Außenpolitik 1949–1969, Düsseldorf 1971.
- HEIDTMANN, Günter: Hat die Kirche geschwiegen? Das öffentliche Wort der evangelischen Kirche aus den Jahren 1945–1957, 3. Aufl., Berlin 1958.

- HEIMANN, Siegfried: Die Gesamtdeutsche Volkspartei, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteienhandbuch. Bd. 2, Opladen 1984, S. 1478–1508.
- HENNIS, Wilhelm: Überdehnt und abgekoppelt. An den Grenzen des Parteienstaates, in: Krockow, Christian Graf von (Hrsg.): Brauchen wir ein neues Parteiensystem?, Frankfurt/M. 1983, S. 28–46.
- HESS, Jürgen C./WIELENGA, Friso: Die Niederlande und die Wiedervereinigung Deutschlands. Zur Debatte um die »verpaßten Gelegenheiten« im Jahr 1952, in: VfZ 35 (1987), S. 349–384.
- HILLER, Kurt: Realistischer Pazifismus, in: Weltbühne 21 (1925), S. 153–155.
- HILLGRUBER, Andreas: Adenauer und die Stalin-Note vom März 1952, in: Blumenwitz, Dieter u. a. (Hrsg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd 2: Beiträge der Wissenschaft, Stuttgart 1976, S. 111–130.
- HILLGRUBER, Andreas: Deutsche Geschichte 1945–1975. Die deutsche Frage in der Weltpolitik, 2. Aufl., Frankfurt am Main-Berlin-Wien 1978.
- HILLGRUBER, Andreas: Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit (1945–1963), München/Wien 1979.
- HILLGRUBER, Andreas: Heinemanns evangelisch-christlich begründete Opposition gegen Adenauers Politik 1950–1952, in: Albrecht, Dieter/Hockerts, Hans Günter/Mikat, Paul/Morsey, Rudolf (Hrsg.): Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag, Berlin 1983, S. 503–517.
- HIRSCH-WEBER, Wolfgang/SCHÜTZ, Klaus: Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953. Unter Mitarbeit von Peter Schran, Martin Virchow u. a. Mit einem Vorwort von Otto Stammer, Berlin/Frankfurt/M. 1957.
- HOEBINK, Hein: Westdeutsche Wiedervereinigungspolitik 1949–1961, Meisenheim am Glan 1978.
- HOLL, Karl: Pazifismus, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 767–787.
- HOLL, Karl: Pazifismus in Deutschland, Frankfurt 1988.
- HRBEK, Rudolf: Die SPD – Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschland-Politik und West-Integration (1945–1957), Bonn 1972.
- HÜRTEIN, Heinz: Zur Haltung des deutschen Katholizismus gegenüber der Sicherheits- und Bündnispolitik der Bundesrepublik Deutschland 1948–1960, in: Langner, Albrecht (Hrsg.): Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949–1963, Paderborn-München-Wien-Zürich 1978, S. 83–102.
- JACOBSEN, Hans Adolf: Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei der Debatte um die Wiederbewaffnung 1950–1955, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955, Boppard am Rhein 1975, S. 61–117.
- JÄNICKE, Johannes: Politik aus christlicher Verantwortung, in: Evangelische Theologie 33 (1973), S. 436–444.
- JAHN, Hans Edgar: Für und gegen den Wehrbeitrag. Argumente und Dokumente, Köln 1957.
- JESSE, Eckhard: Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1963 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 78. Hrsg. v. der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien), Düsseldorf 1985.
- JOBKE, Barbara: Aufstieg und Verfall einer wertorientierten Bewegung. Dargestellt am Beispiel der Gesamtdeutschen Volkspartei, Diss. Tübingen 1974.
- KARRENBERG, Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus, in: Grebing, Helga (Hrsg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland (= Deutsches Handbuch der Politik. Bd.3), München/Wien 1969, S. 561–694.

- KIEFER, Markus: Die Reaktion auf die »Stalin-Noten« in der zeitgenössischen deutschen Publizistik. Zur Widerlegung einer Legende, in: ZBLG 51 (1988), S. 209–237.
- KIMMINICH, Otto: Die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1970.
- KISSINGER, Henry A.: The White House Years, London 1979.
- KLEßMANN, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1982.
- KLINGL, Friedrich: »Das ganze Deutschland soll es sein!« – Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre. Eine Analyse der außenpolitischen Konzeption und des außenpolitischen Verhaltens Thomas Dehlers, Diss. Regensburg 1985.
- KLOTZBACH, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin/Bonn 1982.
- KNAPP, Manfred: Das Deutschlandproblem und die Ursprünge des Europäischen Wiederaufbauprogramms. Eine Auseinandersetzung mit John Gimbels Untersuchung. »The origins of the Marshall-Plan«, in: PVS 19 (1978), S. 48–65.
- KOCH, Diether: Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972.
- KOCH, Diether: Christen in politischen Konflikten des 20. Jahrhunderts, Göttingen 1985.
- KOCH, Diether: Engagement für ein (vereintes) Deutschland außerhalb der Machtblöcke. Gustav Heinemann und die Möglichkeiten einer alternativen Friedenspolitik, in: Häussermann, Titus/Krautter, Horst (Hrsg.): Arbeit und Bürgerrechte, Stuttgart 1986, S. 101–113.
- KOCH, Diether: Gustav W. Heinemann, in: Greschat, Martin (Hrsg.): Gestalten aus der Kirchengeschichte. Bd. 10,2: Die neueste Zeit, Stuttgart 1986, S. 225–242.
- KOCH, Diether: Deutsche Ostpolitik 1952/53 – vertane Chancen für einen friedlichen Ausgleich?, in: Häussermann, Titus/Krautter, Horst (Hrsg.): Die Bundesrepublik und die deutsche Geschichte, Stuttgart 1987, S. 81–99.
- KOCH, Diether: Heinemanns Kritik an Adenauers Deutschlandpolitik, in: Foschepoth, Josef (Hrsg.): Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988, S. 207–234.
- KOCH, Peter: Konrad Adenauer. Eine politische Biographie, Reinbek bei Hamburg 1985.
- KOCH, Werner: Heinemann im Dritten Reich. Ein Christ lebt für morgen, Wuppertal 1972.
- KÖSER, Helmut: Die Grundsatzdebatte in der SPD von 1945/46 bis 1958/59. Entwicklung und Wandel der Organisationsstruktur und des ideologisch-typologischen Selbstverständnisses der SPD. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Diss. Freiburg im Breisgau 1971.
- KOSTHORST, Erich: Jakob Kaiser. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1972.
- KRAIKER, Gerd: Politischer Katholizismus in der BRD. Eine ideologiekritische Analyse, Stuttgart 1972.
- KRAUSE, Fritz: Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949–1955, Frankfurt/M. 1971.
- KRIPPENDORFF, Ekkehart: Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt/M. 1985.
- KRUSCHE, Werner: Schuld und Vergebung der Grund christlichen Handelns. Hrsg. v. Aktion Sühnezeichen, Friedensdienste, Gustav-Heinemann-Initiative, Ohne Rüstung leben, Versöhnungsbund, Berlin 1984.
- KÜNNETH, Walter: Politik zwischen Dämon und Gott. Eine christliche Ethik des Politischen, Berlin 1961.
- LANGE, Erhard H. M.: Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956, Meisenheim am Glan 1975.

- LEDERER, Werner: Die Einflußnahme der kleinen Koalitionsparteien auf die Regierungspolitik des Bundeskanzlers 1949–57, Diss. Kiel 1967.
- LEHMANN, Hans Georg: Öffnung nach Osten. Die Ostreisen Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik. Bonn 1984.
- LEONHARD, Wolfgang: Krenl ohne Stalin, Köln 1959.
- LINDEMANN, Helmut: Gustav Heinemann. Ein Leben für die Demokratie, München 1978.
- LINK, Werner: Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945–1975. Eine Studie über transnationale Beziehungen, Düsseldorf 1978.
- LINK, Werner: Der Ost-West-Konflikt der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1980.
- LIPGENS, Walter: Europäische Integration, in: Löwenthal, Richard/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 519–553.
- LÖWENTHAL, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, in: Löwenthal, Richard/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 604–699.
- LÖWENTHAL, Richard: Einleitung, in: Arnulf Baring, Der 17. Juni 1953, Stuttgart 1983.
- LÖWKE, Udo F.: Für den Fall, daß ... Die Haltung der SPD zur Wehrfrage 1949–1955, Hannover 1969.
- LÖWKE, Udo F.: Die SPD und die Wehrfrage 1949 bis 1955, Bonn-Bad Godesberg 1976.
- LOMPE, Klaus/NEUMANN, Lothar F. (Hrsg.): Willi Eichlers Beiträge zum demokratischen Sozialismus, Berlin/Bonn 1979.
- LOTH, Wilfried: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977.
- LOTH, Wilfried: Der ›Kalte Krieg‹ in der historischen Forschung, in: Niedhart, Gottfried (Hrsg.): Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983, S. 156–175.
- LOTH, Wilfried: Der Korea-Krieg und die Staatswerdung der Bundesrepublik, in: Foschepoth, Josef (Hrsg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952, Göttingen/Zürich 1985, S. 335–361.
- MAIER, Hans: Revolution und Kirche. Studien zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie (1789–1901), 2. Aufl., Freiburg im Breisgau 1965.
- MAIER, Hans: Staat und Kirche in Deutschland, in: Maier, Hans: Kirche und Gesellschaft, München 1972, S. 159–177.
- MARCUS, John T.: Neutralism and Nationalism in France, New York 1958.
- MEISSNER, Boris: Rußland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943–1953, Hamburg 1953.
- MEISSNER, Boris: Sowjetunion und kollektive Sicherheit, in: Außenpolitik 21 (1970), S. 393–405.
- MEISSNER, Boris: Triebkräfte und Faktoren der sowjetischen Außenpolitik, in: Meissner, Boris/Rhode, Gotthold (Hrsg.): Grundfragen sowjetischer Außenpolitik, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1970, S. 9–40.
- MEISSNER, Boris: Die Sowjetunion und die deutsche Frage, 1949–1955, in: Geyer, Dietrich (Hrsg.): Osteuropa-Handbuch. Bd. 3,1: Sowjetunion. Außenpolitik 1917–1955, Köln/Wien 1972, S. 473–501.
- MEYER, Georg: Innenpolitische Voraussetzungen der westdeutschen Wiederbewaffnung, in: Fischer, Alexander (Hrsg.): Wiederbewaffnung in Deutschland nach 1945, Berlin 1986, S. 31–44.
- MEYER, Thomas: Grundwerte und Wissenschaft im Demokratischen Sozialismus, Berlin/Bonn 1978.
- MEYER-LANDRUT, Nikolaus: Frankreich und die deutsche Einheit. Die Haltung der

- französischen Regierung und Öffentlichkeit zu den Stalin-Noten 1952 (=Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Bd. 56), München 1988.
- MÖLLER, Martin: Das Verhältnis von evangelischer Kirche und Sozialdemokratischer Partei in den Jahren 1945 bis 1960. Grundlagen der Verständigung und Beginn des Dialoges, Göttingen 1984.
- MOLT, Peter: Die neutralistische Opposition. Bedingungen und Voraussetzungen der neutralistischen Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem der Gesamtdeutschen Volkspartei, 1949 – 1954, Diss. Heidelberg 1955.
- MOLTMANN, Günter: Die Entwicklung Deutschlands von 1949 bis zu den Pariser Verträgen 1955, in: Lilge, Herbert (Hrsg.): Deutschland 1945–1963, Hannover 1967, S. 71–147.
- MORSEY, Rudolf: Brüning und Adenauer. Zwei deutsche Staatsmänner, Düsseldorf 1972.
- MORSEY, Rudolf: Brünings Kritik an Adenauers Westpolitik. Vorgeschichte und Folgen seines Düsseldorfer Vortrages v. 2. Juni 1954, in: Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf/Knütter, Hans-Helmuth/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Bonn 1987, S. 349–364.
- MORSEY, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 1987.
- MÜLLER-LIST, Gabriele: Eine neue Moral für Deutschland?, in: APuZ, 31. Jg. (1981), B 44, S. 11–23.
- NIEDHART, Gottfried: Einleitung: Perzeption und Politik im Umgang mit der Sowjetunion, in: Niedhart, Gottfried (Hrsg.): Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983, S. 7–24.
- NIETHAMMER, Lutz/BORSODORF, Dieter: Traditionen und Perspektiven der Nationalstaatlichkeit, in: Scheuner, Ulrich (Hrsg.): Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates. Bd. 2: Das Vordringen neuer Kräfte, München/Wien 1972, S. 13–107.
- NOACK, Paul: Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Entscheidungsprozesse vor und nach dem 30. August 1954, Düsseldorf 1977.
- NOELLE, Elisabeth/NEUMANN, Erich Peter (Hrsg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, 2. Aufl. Allensbach am Bodensee 1956.
- NOLTE, Ernst: Deutschland und der Kalte Krieg, 2. Aufl., Stuttgart 1985.
- OPITZ, Eckardt: Die sicherheits- und wehrpolitische Diskussion in den politischen Parteien 1949–1955, in: APuZ, 33. Jg. (1983), B 35, S. 3–18.
- OPITZ, Günter: Der Christlich-soziale Volksdienst (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 37), Düsseldorf 1969.
- OTTO, Karl A.: Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Motivstruktur und politisch-organisatorische Ansätze, in: Steinweg, Reiner (Hrsg.): Unsere Bundeswehr. Zum 25jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution (= Friedensanalysen 14. Hrsg. v. der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, mit Unterstützung der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung), Frankfurt/M. 1981, S. 52–105.
- PIRKER, Theo: Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964, Berlin 1977.
- PÖTTERING, Hans-Gert: Adenauers Sicherheitspolitik 1955–1963. Ein Beitrag zum deutsch-amerikanischen Verhältnis, Düsseldorf 1975.
- POIDEVIN, Raymond: Frankreich und das Problem der EVG. Nationale und internationale Einflüsse (Sommer 1951 bis Sommer 1953), in: Volkman, Hans-Erich/Schwengler, Walter (Hrsg.): Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, S. 101–124.

- POPPINGA, Anneliese: Konrad Adenauer. Geschichtsverständnis, Weltanschauung und politische Praxis, Stuttgart 1975.
- POSSER, Diether: Gustav Heinemann, in: Scholder, Klaus/Kleinmann, Dieter (Hrsg.): Protestantische Profile, Königstein im Taunus 1983, S. 382–396.
- PRITTIÉ, Terence: Konrad Adenauer. Vier Epochen deutscher Geschichte, Stuttgart 1971.
- RICHERT, Ernst: Die Radikale Linke von 1945 bis zur Gegenwart, Berlin 1969.
- ROWOLD, Manfred: Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1974.
- RUMPF, Helmut: Land ohne Souveränität. Kritische Betrachtungen zur Deutschlandpolitik von Adenauer bis Brandt, 2. Aufl., Karlsruhe 1973.
- RUPIEPER, Hermann-Josef: Zu den sowjetischen Deutschlandnoten 1952. Das Gespräch Stalin-Nenni, in: VfZ 33 (1985), S. 547–557.
- RUPP, Hans Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD, Köln 1970.
- SCHÄFER, Michael: Die Funktionsfähigkeit des Sicherheitsmechanismus der Vereinten Nationen, Berlin 1981.
- SCHELER, Max: Die Idee des Friedens und der Pazifismus, Berlin 1931.
- SCHUEER, Gernot: Materielle Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung in der Sicht nichtamtlicher Vorschläge, in: EA 15 (1960), S. 177–192.
- SCHUENER, Ulrich: Die Stellung der evangelischen Kirche und ihr Verhältnis zum Staat in der Bundesrepublik 1949–1963, in: Rauscher, Anton (Hrsg.): Kirche und Staat in der Bundesrepublik 1949–1963, Paderborn-München-Wien-Zürich, 1979, S. 121–150.
- SCHICKEL, Alfred: Washington war nicht dagegen. Wie die USA ein neutralisiertes Deutschland sahen. Die Geheimakte 6993, in: DA 17 (1984), S. 590–593.
- SCHLARP, Karl-Heinz: Alternativen zur deutschen Außenpolitik 1952–1955: Karl Georg Pfeleiderer und die »deutsche Frage«, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann (Hrsg.): Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze. Hans Rothfels zum Gedächtnis, Stuttgart 1976, S. 211–248.
- SCHMID, Carlo: Germany and Europe, in: FA, Vol. 30, No 4, July, S. 544ff.
- SCHMIDT, Dietmar: Martin Niemöller, Reinbek bei Hamburg 1959.
- SCHMIDT, Ute: Die Zentrums-Idee zwischen Tradition und Anpassung. Ein Beitrag zur Analyse von Integrationskonzepten des politischen Katholizismus, untersucht am Beispiel der Deutschen Zentrums-Partei in Nordrhein-Westfalen 1945–1949, Diss. FU Berlin 1981.
- SCHMITZ, Kurt Thomas: Deutsche Einheit und Europäische Integration. Der sozialdemokratische Beitrag zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des programmatischen Wandels einer Oppositionspartei, Bonn 1978.
- SCHMOLLINGER, Horst W.: Der Deutsche Block, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteienhandbuch. Bd. 1, Opladen 1983, S. 807–847.
- SCHMOLLINGER, Horst W.: Die Sozialistische Reichspartei, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteienhandbuch. Bd. 2, Opladen 1983, S. 2274–2336.
- SCHNABEL, Franz: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Bd. 4. Die religiösen Kräfte, München 1987 (=unveränderter photomechanischer Nachdruck der Ausgabe Freiburg i. Br. 1937).
- SCHÖNBOHM, Wulf: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980, Stuttgart 1985.
- SCHÖNFELDT, Rolf: Die Deutsche Friedens-Union, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteienhandbuch. Bd. 1, Opladen 1983, S. 848–900.
- SCHOLDER, Klaus: Die theologische Grundlage des Kirchenkampfes. Zur Entstehung und Bedeutung der Barmer Erklärung, in: Evangelische Theologie 44 (1984), S. 505–524.

- SCHOLDER, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd.2: Das Jahr der Ernüchterung. 1934 Barmen und Rom, Berlin 1985.
- SCHUBERT, Klaus von: Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950–1952, Stuttgart 1970.
- SCHULZE, Hagen: Weimar. Deutschland 1917–1933 (=Die Deutschen und ihre Nation. Bd. 4), Berlin 1982.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers, in: Morsey, Rudolf/Reppen, Konrad (Hrsg.): Adenauer-Studien I, Mainz 1971, S. 71–108.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauers Wiedervereinigungspolitik. Zwischen nationalem Willen und realpolitischem Zwang, in: Die Politische Meinung, 20. Jg. (1975), H. 163, S. 33–54.
- SCHWARZ, Hans-Peter (Hrsg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München/Zürich 1975.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer und Europa, in: VfZ 27 (1979), S. 471–523.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, 2. Aufl., Stuttgart 1980.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957 (=Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 2. Hrsg. v. Karl Dietrich Bracher u. a.), Stuttgart/Wiesbaden 1981.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer und Rußland, in: Kroneck, Friedrich J./Oppermann, Thomas (Hrsg.): Im Dienste Deutschlands und des Rechtes. Festschrift für Wilhelm Grewe zum 70. Geburtstag am 16. Oktober 1981, Baden-Baden 1981, S. 365–389.
- SCHWARZ, Hans-Peter (Hrsg.): Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 (= Rhöndorfer Gespräche. Bd. 5), Stuttgart/Zürich 1982.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963 (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 3. Hrsg. v. Karl Dietrich Bracher u. a.), Stuttgart/Wiesbaden 1983.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986.
- SIEGLER, Heinrich von: Österreichs Souveränität, Neutralität, Prosperität, Wien-Bonn-Zürich 1967.
- SIEGMUND-SCHULTZE, Friedrich: Die deutsche Friedensbewegung 1945 bis 1953, in: Die Friedenswarte. Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation 52 (1953/55), S. 154–162.
- SIMON, Helmut: Das Verhältnis von Kirche und Staat nach der Lehre der evangelischen Kirche, in: Friesenhahn, Ernst/Scheuner, Ulrich (Hrsg.): Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1, Berlin 1974.
- SMEND, Rudolf: Protestantismus und Demokratie (1932), in: Smend, Rudolf: Staatsrechtliche Abhandlungen und andere Aufsätze, 2. Aufl., Berlin 1968, S. 297–308.
- SOELL, Hartmut: Fritz Erler – Eine politische Biographie. 2 Bde., Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976.
- SOMMER, Karl-Ludwig: Gustav Heinemann und die SPD in den sechziger Jahren. Die Entwicklungen politischer Zielsetzungen in der SPD in den Jahren 1960 bis 1969, dargestellt am Beispiel der politischen Vorstellungen Gustav Heinemanns, München 1980.
- SPANIER, John W.: American Foreign Policy since World War II., 2. Aufl., New York 1962.
- STAMMLER, Eberhard: Politische Strömungen im deutschen Protestantismus, in: Oberndörfer, Dieter/Rattinger, Hans/ Schmitt, Karl (Hrsg.): Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der

- Bundesrepublik Deutschland (= Ordo Politicus. Veröffentlichungen des Arnold-Bergstraesser-Instituts. Bd. 25), Berlin 1985, S. 237–244.
- STEININGER, Rolf: Ein vereintes, unabhängiges Deutschland? Winston Churchill, der Kalte Krieg und die deutsche Frage im Jahre 1953, in: MGM 1984, H. 2, S. 105–144.
- STEININGER, Rolf: Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung. Eine Studie auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Berlin/Bonn 1985.
- STERN, Carola: Gustav Heinemann, in: Först, Walter (Hrsg.): Aus dreißig Jahren. Rheinisch-Westfälische Politikerporträts, Köln/Berlin 1979, S. 232–249.
- STÖSS, Richard: Die Deutsche Gemeinschaft, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteienhandbuch. Bd. 1, Opladen 1983 S. 877–900.
- STÖSS, Richard: Die Freisoziale Union, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteienhandbuch. Bd. 2, Opladen 1984, S. 1397–1423.
- STOURZH, Gerald: Geschichte des Staatsvertrages 1945–1955. Österreichs Weg zur Neutralität, 3. Aufl., Graz-Wien-Köln 1985.
- SYWOTTEK, Arnold: Die Sowjetunion aus westdeutscher Sicht seit 1945, in: Niedhardt, Gottfried (Hrsg.): Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der Sowjetunion in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983, S. 289–362.
- TENNSTÄDT, Friedrich: Der Wähler, Allensbach 1957.
- THAYER, Charles W.: Die unruhigen Deutschen, Stuttgart 1958.
- THIELICKE, Helmut: Theologische Ethik. Bd. 2.2: Ethik des Politischen, Tübingen 1958.
- THIELICKE, Helmut: Glauben und Denken in der Neuzeit. Die großen Systeme der Theologie und Religionsphilosophie, Tübingen 1983.
- THOMAS, Siegfried: Der Weg in die NATO. Zur Integrations- und Remilitarisierungspolitik der BRD 1949–1955, Berlin (Ost) 1978.
- TUCHMANN, Barbara: In Geschichte denken, Düsseldorf 1982.
- VINKE, Hermann: Gustav Heinemann, Hamburg 1979.
- VOGEL, Johanna: Kirche und Wiederbewaffnung. Die Haltung der Evangelischen Kirche in Deutschland in den Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik 1949–1956, Göttingen 1978.
- VOLKMANN, Erich: Heinemann und Adenauer, in: GWU 38 (1987), S. 10–32.
- WAGNER, Dietrich: FDP und Wiederbewaffnung. Die wehrpolitische Orientierung der Liberalen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1955, Boppard am Rhein 1978.
- WALLICH, Henry C.: Triebkräfte des deutschen Wiederaufstieges, Frankfurt/M. 1955.
- WASSMUND, Hans: Kontinuität im Wandel. Bestimmungsfaktoren sowjetischer Deutschlandpolitik in der Nach-Stalin-Zeit, Köln 1974.
- WEBER, Elisabeth: Die Opposition gegen die Blockbildung Deutschlands 1945–1955, Frankfurt 1983.
- WEBER, Jürgen: Das sowjetische Wiedervereinigungsangebot vom 10. März 1952. Versäumte Chancen oder trügerische Hoffnung?, in: APuZ, 19. Jg. (1969), B 50, S. 3–30.
- WEIDENFELD, Werner: Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bundeskanzlers, Bonn 1976.
- WEIDENFELD, Werner (Hrsg.): Die Identität der Deutschen, München 1985.
- WEIDENFELD, Werner: Konrad Adenauer, in: Sternburg, Wilhelm von (Hrsg.): Die deutschen Kanzler. Von Bismarck bis Schmidt, Königstein im Taunus 1985.
- WENGST, Udo: Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 74), Düsseldorf 1984.
- WENGST, Udo: Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, in: VfZ 34 (1986), S. 1–52.
- WETTIG, Gerhard: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland

- 1943–1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967.
- WETTIG, Gerhard: Der publizistische Appell als Kampfmittel. Die sowjetische Deutschland-Kampagne vom Frühjahr 1952, in: ders., Politik im Rampenlicht, Frankfurt 1967, S. 136–184.
- WETTIG, Gerhard: Die sowjetische Deutschland-Politik am Vorabend des 17. Juni, in: Spittmann, Ilse/ Fricke, Karl Wilhelm (Hrsg.): 17. Juni 1953. Der Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982, S. 56–69.
- WIGGERSHAUS, Norbert: Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag 1950, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956. Bd. 1: Foerster, Roland G./Greiner, Christian/ Meyer, Georg/Rautenberg, Hans-Jürgen/Wiggershaus, Norbert (Hrsg.): Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan, München/Wien 1982, S. 325–402.
- WOLF, Ernst: Abendland, in: Galling, Kurt u. a. (Hrsg.): Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft, 3. Aufl., Tübingen 1957, Sp. 9f.
- WOLF, Ernst: Volk, Nation, Vaterland im protestantischen Denken von 1930 bis zur Gegenwart, in: Zilleßen, Horst(Hrsg.): Volk, Nation, Vaterland. Der deutsche Protestantismus und der Nationalismus, Gütersloh 1970, S. 172–212.
- WOLF, Gunther (Hrsg.): Luther und die Obrigkeit, Darmstadt 1972.

IX. Bibliographie, Nachlaßverzeichnis

- GUSTAV W. HEINEMANN. Bibliographie. Hrsg. v. AdsD. Bearb. v. Martin Lotz, Bonn-Bad Godesberg 1976.
- DENECKE, Ludwig/BRANDIS, Tilo: Die Nachlässe in den Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland, 2., Aufl. Boppard am Rhein 1981.
- MOMMSEN, Wolfgang A.: Die Nachlässe in den deutschen Archiven, Teil I und Teil II, Boppard am Rhein 1971 und 1983.

REGISTER

- Gustav W. Heinemann und Helene Wessel sind nicht in das Personenregister aufgenommen.
- Abatz, Harald 139, 145
Achelis-Bezzel, Ruth 245, 246, 289, 290, 306, 385
Acheson, Dean 27, 129, 170, 198
Adenauer, Konrad 13, 21–46, 53, 62, 65, 67–71, 76, 82, 83, 156–160, 162, 164, 166, 167, 172–174, 176, 181, 182, 184, 188, 192, 194–196, 210–212, 214, 234, 235, 261, 265, 270, 288, 289, 299, 305, 307, 308, 313–317, 319, 321, 343–346, 354, 355, 360, 362, 369, 375, 395, 396, 397, 402, 406
Agartz, Viktor 116
Albertz, Heinrich 365, 366, 380
Alff, Wilhelm 298, 310
Allgaier, Walther R. 151
Amelunxen, Rudolf 128, 387
Arndt Adolf 118, 269
Arndt, Karl-Gustav 151, 222–224, 259, 352, 353, 382, 387
Arnold Karl 31, 43, 234, 383
Arnold, Thea 209, 232, 246, 309, 310, 319, 334, 345, 353
Arp, Erich 280, 281
Asmussen, Hans , 323
Auriol, Vincent 189
- Bach, Ernst 116, 323
Bähnisch, Dorothea 128
Bäurle, Wilhelm 273, 275
Barth, Eberhard 116, 117
Barth, Karl 14, 47, 48, 51, 235
Bausch, Paul 33, 41, 226
Bay, Hans 367, 384, 391, 393
Bayer 23
Becker 270
Beckers 132
Benner, H. 278
Berben 291
Berija, Lavrentij P. 302
Bismarck, Otto von 48, 76, 77, 87
- Blank, Theodor 367
Blankenhorn, Herbert 38, 350
Bloetz 353
Blücher, Franz 169
Bodensteiner, Hans 15, 17, 18, 175–177, 197, 209–222, 225, 228–232, 236, 239, 241, 242, 244–246, 250, 254–257, 259, 262, 264, 266, 271–273, 275, 288, 289, 291, 292, 295, 305, 308, 310, 319, 321, 327–329, 332, 333, 337, 340, 341, 346, 348, 349, 409
Bollert, Erich 132
Bosch, Elisabeth 145
Bradley, General 67
Brandt, Willy 366, 399, 400
Brehm, Fritz 237, 238, 240
Brentano, Heinrich von 169, 170, 211, 215
Brockmann, Johannes 221, 222, 361
Brühl, Fritz 129, 130, 133, 241, 261
Brüning, Heinrich 18, 70, 359, 360
Brunner, Emil 59, 60
Burkhardt-Schomburg 133
- Cerff, Carl 237, 240, 279
Chruschtschow, Nikita 399
Churchill, Winston 99, 100, 178, 239, 261, 311, 313–316
Clay, Lucius D. 27
Cloldt, Alwine 144
Coerper, Prof. 31
Conant 302
Coudenhove-Kalergi, Richard Nicolas Graf 96
Cycon, Dieter 246, 247, 254
- Dahmen, Hans 122
Daladier, Edouard 353
Damaschke, Adolf 130
Debes, Paul 287
De Galle, Charles 353
Dehler, Thomas 38, 169, 387, 388, 396, 397
Delekat 353
Djem, Hermann 276
Dietze 363

- Dirks, Walter 132, 212
 Domenbach, Jean-Marie 209
 Dreher, Pfarrer 381
 Droste, Johannes 132, 229
 Dülffer, H.D. 121, 279
 Dulles, John Foster 158
 Duttweiler, G. 373

 Eberlein, Willi 275
 Eckard, Walter 236
 Eckardt, Felix von 300, 397
 Eden, Anthony 129, 346, 347, 373
 Ehard, Hans 42, 183, 209, 210, 218, 219
 Ehlen, Nikolaus 130, 228, 230
 Ehlers, Hermann 18, 44, 65, 78, 117,
 119–121, 141, 146, 193, 234, 265, 269
 Eichler, Willi 389
 Eisenberg, Oswalt 279, 331
 Eisenhower, Dwight D. 158, 159, 261
 Elfes, Wilhelm 284–287, 291, 292, 294,
 299, 309, 359
 Emonds, Dechant 291
 Enaux, Max 400
 Engelhard, Edgar 120, 139
 Eppler, Erhard 18, 52, 136, 177, 222,
 226, 229, 230, 235, 245, 250, 251, 258,
 267, 268, 303, 313, 330, 339, 340, 341,
 352, 380–385, 394, 400, 407
 Erhard, Ludwig 210, 279
 Erler, Fritz 269, 280, 359–363, 366, 379,
 381, 386, 393
 Etzel, Hermann 209, 232, 246, 290, 300,
 341
 Euler, August-Martin 270

 Fanselow, Otto 150
 Faßbinder, Klara 136, 243
 Feller, Erwin 387
 Flecken, Adolf 31
 Fleischmann, Charlotte 283, 284
 Fratzscher, Arnold 23, 119
 Freitag, Walter 362, 365
 Freudenberg, Richard 363
 Friedländer, Ernst 157
 Frings, Joseph 265

 Gablenz 132
 Gehle, Heinrich Heribert 132, 245, 254,
 262, 327, 403
 Georgi 151, 223
 Gerber, Wilhelm 222, 230
 Gereke, Günter 118–120
 Gerstenmaier, Eugen 33, 44, 192, 321, 496

 Gesell, Silvio 273
 Ginhold, W. 359
 Globke, Hans 42
 Glock, Karl Borromäus 139, 212
 Godde, Wilhelm 326, 372, 376, 396
 Göckeritz, Hermann 197, 222, 225, 229,
 250, 251, 258, 274, 298
 Goethe, Hans 382
 Götting, Gerald 352
 Gollwitzer, Helmut 132, 230, 280, 298,
 299, 359, 361, 362, 379, 392
 Graeber, Friedrich 14
 Grewe, Wilhelm 350, 396, 397
 Griesmayr, Gottfried 237–240
 Grißhammer, Heinrich 331
 Gromyko, Andrei 191, 194
 Grotewohl, Otto 79, 181, 182, 187
 Grothe 300
 Gruber 240
 Gruhl, (Karl-Ernst?) 261

 Hallstein, Walter 158
 Hammelsbeck, Oskar 18, 34, 35, 45, 131,
 151, 228–230
 Hamon, Leo 189
 Handrich, Karl 382
 Harth, Joachim 151
 Haumann, Arnold 283
 Hausmann 388
 Haußleiter, August 23
 Hees, Waldemar 222
 Heidingsfelder, Georg 131, 137, 158, 390
 Heine, Fritz 142
 Held, Heinrich 118, 392?
 Heller, Hans 384, 385
 Hentig, Werner Otto von 363
 Hermann, Prof. 292, 298
 Hermes, Wilhelm 245, 246, 267
 Herriot, Edouard 353
 Herrmann, Paul Kurt , 128, 132
 Hertel, Gerhard 17, 18, 222, 235, 298,
 321, 323, 327, 329, 332, 341, 361, 367,
 381, 386, 388, 389, 390–394
 Hertel, Karl 298
 Hess, Otto 238, 240
 Hessen, Johannes 364
 Heuss, Theodor 44
 Heydorn, Heinz-Joachim 139
 Hilberath, Leo 186, 369
 Hillebrand, Rosa 139
 Hiller, Kurt 322
 Hitler, Adolf 48, 105, 108, 160, 239, 310
 Holzapfel, Friedrich 23, 119

- Hommes, Martha 310
 Honecker, Erich 309
 Humburg, Manfred 149
- Ibsen, Henrik 177
 Ingenhoven, Willi 339, 340
 Iwand, Hans-Joachim 129, 133, 366, 392
- Jacobi, Werner 380
 Jaene, Hans Dieter 38
 Jessup 170
 Jost, Georg 283, 300, 301
 Jüntgen, Paul Otto 245, 263, 306, 324
- Kaiser, Jakob 36, 76, 84, 117, 146, 174,
 195, 224, 234, 304, 307
 Kardorff-Oheimb, Freifrau von 284
 Karl der Große 265
 Karrenberg, Friedrich 130, 222, 254
 Karwasz 144
 Keller, Wilfried 387
 Kesselring 238
 Kiefer, Wilhelm 357, 360
 Kiesinger, Kurt Georg 234
 Kipphardt, Elfriede 89
 Klös, Heinrich 148, 292
 Kloppenburg, Heinz 392
 Koch, Alfred 376
 Koch, Christel 289
 Koch, Nikolaus 126, 132, 280, 287, 323,
 346, 353, 406
 Koch, Otto 131, 141, 142, 329
 Koch, Werner 128, 129, 141, 150
 Köckritz, Ernst 386, 392, 393
 Kögler, Theodor 229
 Kohl, Helmut 209, 211
 Kokaly, Aloys 299
 Krahe, Paul 132
 Krämer, Heinz 140, 191, 222, 242, 245,
 248, 255, 257, 263, 271, 288, 290, 292,
 317, 370, 373
 Krapp, Otto 278
 Kraußold, Konstantin 223
 Kreiterling, Willi 123, 128, 133
 Krone, Heinrich 396
 Krumm, Heinrich 363
 Krüger, Gerhard 128
 Krüger, Heinz 89, 151, 154, 227, 236,
 245, 330, 342, 346, 350–352
 Kühn, Walter 139
 Küpper, Christel 18, 149, 205, 223, 245,
 259, 289, 331, 385, 392, 402
 Küppers, Erika 288, 290
- Lachmund, Margarethe 222
 Lange, Ernst 362, 364
 Langen 292
 Lehr, Robert 34, 44, 81, 117
 Leibersberger, Wilhelm 274
 Leikam, Alfred 388, 390, 392, 394
 Lemmer, Ernst 129, 224
 Lilje, Hanns 120
 Lindig, Ernst 61
 Lorentz, Kai und Lore 226, 227
- Maase, Friedrich 292
 Mai, Heinz 333
 Maier, Reinhold 226, 270, 357, 361, 363,
 383
 Malenkow, Georgi 302, 303
 Martin, Alfred von 121, 245, 280, 289
 Marx, Karl 252
 McCloy, John 137, 198
 Mehs, Matthias Joseph 209
 Meinicke-Pusch 280
 Meißner, Karl 236, 279
 Mellies, Wilhelm 366, 369, 385, 387, 390,
 395, 398
 Mendes-France, Pierre 356
 Mensching, Wilhelm 132
 Menzel, Walter 390
 Merthen, Max 245
 Meyer zu Schwabedissen, Albrecht 17,
 217, 245, 225, 249, 256, 329, 341
 Meyer zu Schwabedissen, Friedrich 132,
 151, 280, 281, 352
 Michelet 353
 Middelhaue, Friedrich 120
 Mochalski, Herbert 15, 18, 34, 51, 56,
 73, 117, 118, 119, 136, 140, 141, 149,
 150, 154, 155, 183, 230, 236, 237, 239,
 240, 253, 259, 261, 263, 280, 283, 288,
 289, 291–293, 297, 305, 309, 317,
 320–323, 331, 337–341, 346, 352–355,
 357, 361, 362, 370, 372, 374–377, 379,
 382, 386, 388, 389, 392
 Mönckeberg-Kollmar, Vilma 133
 Mollenhauer, Karl 278
 Molotow, Wjatscheslaw 302, 347, 348,
 358, 405
 Morgenthau, Henry 270
 Mounier, Emanuel 85
 Müller-Hermann, Ernst 174, 176, 232
 Müller-Westing, Helmuth 122, 123, 129
 Must, A.J. 353
- Nachtwey, Hermann Joseph 132

- Nehru, Pandit 75
 Nenni, Pietro 189
 Neumann, Franz 366
 Neumann, Oskar 284
 Niemöller, Martin 23, 34, 35, 79, 11, 119,
 121, 122, 138, 190, 230, 270, 292, 327,
 353, 373, 374, 389, 392
 Noack, Marianne 297, 300
 Noack, Ulrich 86, 118–121, 163, 229, 272–
 274, 276, 277, 279, 280, 283, 298–300
 Nuschke, Otto 79, 80, 331
- Oechslin, Ruth 133, 136, 139, 140, 169
 Ohaus, Werner 135
 Ollenhauer, Erich 141, 281, 359,
 363–367, 369, 383, 390
 Ordemann, Conrad 245, 314
 Ostau, Joachim von 121
 Ostertag, Roland 384, 385
- Pfeleiderer, Viktor 176
 Pleiderer, Karl-Georg 175, 176, 215, 225,
 226, 232
 Pleven, Rene 178
 Pöhlmann, Julie 245
 Posser, Diether 15, 17, 18, 116, 128, 131,
 145, 147, 149, 153, 155, 156, 158, 159,
 161, 162, 170, 171, 183, 186, 202, 222,
 228, 245, 255, 263, 264, 275, 278, 279,
 280, 286, 288, 291, 292, 298, 311, 315,
 316, 320, 323, 324, 326, 327, 331, 332,
 345–348, 350, 351, 354, 371, 373–375,
 377, 379, 381, 382, 388, 390, 391, 394,
 398, 404, 405, 407
 Priebe, Albert 140, 147, 149, 150, 151,
 222, 229, 230, 250, 327, 388, 389
 Priester, Karl Heinz 121
- Quistorp, Pfarrer 400
- Radecke, Wilhelm 273–277
 Rademacher, Ottfried 131, 228, 329
 Rady, Hilarius 286
 Rahn 120
 Rasmussen 246
 Rau, Johannes 297, 398, 405, 407
 Rauschnig, Hermann 363, 382
 Rechenberg, Freiherr von 270
 Reents, Theodor 275
 Reimann, Max 284
 Reinbacher, L. 147
 Reinecke, Werner 245, 246, 278, 288,
 332, 333
- Reismann, Bernhard 145, 277
 Respondek, Erwin 15, 17, 18, 194, 199,
 201, 245, 250, 260, 277, 285, 286, 291,
 305, 306, 309, 317, 319, 323, 331, 337,
 342, 343, 351, 352, 359, 373, 385
 Reuter, Georg 362
 Richter, Harald 145
 Rietz, Werner 67, 115, 122–126, 128
 Roosevelt, Theodor 159, 239
 Rudel, Hans-Ulrich 237
 Rust, Josef 38
- Schäfer, Hermann 169
 Schäffer, Fritz 40, 209, 210
 Schelz, Sepp 236, 238, 240, 245, 247, 248,
 249, 257, 272
 Schenke, Wolf 69, 86, 141, 154, 233, 236,
 238, 295, 357, 362, 382
 Schmid, Carlo 118, 269, 381, 395
 Schmidt, Helmut 396
 Schmitt, Mathias 238, 239
 Schneider, Heinrich 387
 Schneider, Reinhold 133, 147, 212, 361
 Scheu, Adolf 15, 17, 18, 43, 89, 124,
 127, 129, 130, 138, 139, 142, 148, 151,
 153, 154, 158, 166, 205, 209, 217,
 223–228, 230–233, 235–242, 244–247,
 250, 254–258, 263, 269, 272–279,
 286–288, 291, 295, 299, 300, 312, 313,
 320, 321, 323, 324, 327, 332, 333, 339,
 340, 344, 345, 349, 370, 372–375, 385,
 387, 388, 389–393, 398, 406
 Schneider 387
 Schöttle, Erwin 118
 Scholl, Robert 18, 186, 242, 244, 245,
 247, 250, 252, 257, 258, 263, 274, 327,
 371, 377, 381
 Schomburg, Oskar 245
 Schreiber, Wilhelm 386
 Schröder, Gerhard 146
 Schröder, Luise 128
 Schröder, Otto 245
 Schröter, Carl 210
 Schuhmann, Helmut 151
 Schulze zur Wiesche, Paul 245, 388
 Schumacher, Kurt 79, 96–98, 118, 141,
 64, 173, 182, 183, 188, 196
 Schuman, Robert 129, 179, 210
 Schwarz, E. 250
 Seffner, Alfons 81, 91, 101
 Sethe, Paul 157, 193, 230, 359
 Severing, Carl 128
 Siebert, K.Th. 287, 289, 313

- Siegmund-Schultze, Friedrich 61, 86,
121, 139, 300, 329
Simon 115
Simpfendorfer, Wilhelm 224,234
Smith, Adam 213
Stalin, Josef 189, 193, 194, 217, 301, 302,
304, 311
Stammberger, Wolfgang 363
Stammler, Eberhard 182
Sternberger, Dolf 393
Strasser, Otto 275, 277, 382
Strauß, Franz-Josef 166, 169, 210
Strecker, Reinhard 121
Stresemann, Gustav 77, 314
Student Kurt 238, 363
Stummel, Ludwig 18, 127–130, 136, 137,
155, 245, 341, 352

Textor 291
Thadden, Adolf von 209, 236
Thiele, Grete 284, 286, 288
Thielicke, Helmut 32
Tillmanns, Robert 23, 119, 146, 269
Truman, Harry S. 158
Tschuikow 302, 303

Ulbricht, Walter 338, 344

Vomhof 392

Walz 368
Weber, Alfred 298, 310
Weber, C.A. 289
Weber, Josef 291, 292, 295
Weeke, Heinrich 275
Wegner 373
Wehn, Wilhelm 278
Wehner, Herbert 359, 365, 390, 399
Wenzel, Fritz 280
Westarp, Wolf Graf von 128
Westphalen, Karl Graf von 363
Wieber, Georg 283, 300
Willems, Alfred 17, 205, 268, 321, 323
Willems, Dorothee 268, 321, 323
Wilm, Ernst 45, 132, 392
Wirth, Joseph 292, 294, 296, 299, 309,
359
Wissell, Rudolf 128
Wittmack, Hans 341
Wolf, Ernst 300

Zapp, Milly 245
Zimmerer, Ludwig 132, 139, 251, 290,
322, 332, 341
Zirkelbach, Julius 278

Müller, Josef

Die Gesamtdeutsche Volkspartei : Entstehung und Politik unter dem Primat
nationaler Wiedervereinigung / Josef Müller. – Düsseldorf : Droste, 1990
(Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Bd. 92)

ISBN 3-7700-5160-2

NE: GT



EX OFFICINA

1990

Satz

pagina GmbH, Tübingen

Stempel Garamond aus der Linotype Library

Papier

Alterungsbeständiges Nordland Naturpapier
gemäß DIN 6723, frei von Aluminiumsulfat und
säurebildenden Verbindungen

Einbandstoff

Bamberger Kaliko

GmbH

Druck und Einband

Verlagsdruckerei Schmidt GmbH

Neustadt/Aisch

Printed in Germany